L 70000
38
1914-15
29./VII.-15./VIII.
Gemeinderatsang.
1

Neues Wiener Tagblatt

29/7 1914

Eine Obmännerkonferenz beim Bürgermeister.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hoß und Rain fand gestern mittag im Rathause eine Obmännerkonferenz der im Gemeinderat vertretenen Parteien statt. Für den Bürgerklub erschien Oberkurator Steiner, für die liberale Gruppe die Gemeinderäte Professor Goll, Dr. Schwarz-Hiller, Medizinalrat Doktor Loewenstein, für die sozialdemokratische Fraktion die Gemeinderäte Reumann und Winarsky.

Der Bürgermeister erklärte einleitend, daß er für heute nachmittag eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates behufs Stellungnahme zu den ernsten Ereignissen, die sich in diesen Tagen abgespielt haben, einberufen habe. Er behalte sich vor, in seiner Ansprache einen Appell an die Bevölkerung Wiens zur Mitarbeit bei den schweren und verantwortungsvollen Aufgaben, die nunmehr die Gemeindeverwaltung zu erfüllen habe, zu richten.

Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten, mit Rücksicht auf ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg an dieser Kundgebung nicht teilnehmen zu können, jedoch ihre Mitarbeit für die notwendigen Gemeindemaßnahmen dem Bürgermeister zur Verfügung stellen zu wollen. Die Vertreter der liberalen Partei erklärten, an der Kundgebung teilzunehmen und selbstverständlich ebenfalls mit allen ihren Kräften den Bürgermeister unterstützen zu wollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erörterte sodann die von ihm bereits getroffenen oder eingeleiteten Approvisionierungsmaßnahmen, welche nach eingehender Erörterung gutgeheißen wurden. Ferner legte der Bürgermeister die Normen vor, nach denen die zur Militärdienstleistung Einberufenen städtischen Angestellten behandelt werden sollen. Eine eingehende Diskussion entspann sich über die Frage der Einführung von Maximaltarifen und der Bürgermeister versprach einen Appell an die Gewerbetreibenden zu richten, sich der Preistreibereien zu enthalten. Die Erstellung von Maximaltarifen wurde einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Auf Anregung des Gemeinderates Doktor Schwarz-Hiller wird der Bürgermeister an Finanzlandesdirektion wegen kulantester Behandlung der Steuerträger herantreten.

Die zur Sicherung der Wasserleitungen vom Gemeinderatspräsidium getroffenen Maßnahmen wurden einstimmig genehmigt.

Weiter wurde im Prinzip beschlossen, eine Zentralstelle zur Sammlung von Spenden und Liebesgaben für die Familien der im Felde Stehenden und für die Verwundeten zu schaffen. Es wurde dem Bürgermeister überantwortet, mit dem Landmarschall von Niederösterreich Prinzen Liechtenstein und dem Statthalter Freiherrn v. Bienerth das Einvernehmen wegen Organisierung einer solchen Zentralstelle zu treffen, durch welche zwar der Sammeltätigkeit von physischen und juristischen Personen kein Abbruch geschehen, aber die Kontrolle der eingelaufenen Spenden gewährleistet und die zweckmäßigste Verwendung gesichert werden soll.

Der Bürgermeister dankte zum Schluß den Erschienenen und erklärte, der Mitwirkung der Obmännerkonferenz in den bevorstehenden schweren Zeiten sich versichert zu halten.

Neues Wiener Tagblatt

29/8/1914

(Vom Seehospiz San Pelagio.) Mit Rücksicht auf die kriegerischen Ereignisse und die voraussichtliche Verwendung des Seehospizes San Pelagio für militärische Zwecke mußte die Aufnahme von kranken Kindern in diese Anstalt sistiert und der für den 30. d. anberaumte Ersatztransport von 45 Kindern rückgängig gemacht werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nun den Magistrat angewiesen, eventuell einen Teil der für San Pelagio bestimmt gewesenen Kinder in die Kinderheilanstalten Bad Hall und Sulzbach, wo bis auf weiteres Aufnahmen noch vorgenommen werden können, zu entsenden.

Neues Wiener Tagblatt

19./8. 1914.

(Heimkehr der Wiener Kinder aus San Pelagio.) Gestern mittags 12 Uhr langten 257 Wiener Kinder, die im Kinderhospiz der Stadt Wien zu San Pelagio weilten, auf dem Südbahnhofe an. In Gesellschaft derselben befanden sich die Aerzte Dr. Teufelberger, Dr. Wielsch und Dr. Scholz sowie eine größere Anzahl von Pflegeschwestern. Die Kinder waren 52 Stunden unterwegs, und auf den größeren Bahnhöfen war ein vorzüglich funktionierender Labedienst eingerichtet, wobei sich insbesondere die Damen vom Roten Kreuz und die Pfadfinder hervortaten. Auf dem Südbahnhof hatten sich zum Empfange der Kinder Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Gemahlin, Vizebürgermeister Hoß, Stadtrat Doktor Haas, der Direktor der öffentlichen Kinderheilanstalten der Stadt Wien Dr. Porges, Magistratsrat Dr. Weiser und Stadtphysikus kaiserlicher Rat Dr. Pichler eingefunden. Auf dem Perron hatten 24 Mann der fünf städtischen Sanitätsstationen unter der Führung des Stationsleiters Kropik Aufstellung genommen und trugen die schwerkranken Kinder, ungefähr zwanzig, auf Tragbahren zu den bereitstehenden Krankenwagen. Die Leitung des Transports hatte Inspektor Grundschober über. Diese Kinder wurden in das Kaiserjubiläumsspital der Gemeinde Wien nach Lainz gebracht, während die übrigen unter Führung des Oberoffizials Boyer mittels Sonderwagen der Straßenbahnen in die Kinderübernahmsstelle der Gemeinde in der Siebenbrunnengasse fuhren, woselbst sie von ihren Eltern übernommen wurden. Das Hospiz in San Pelagio ist nunmehr vollständig geräumt. Wie bekannt, ist beabsichtigt, das Gebäude der Militärverwaltung für Zwecke des Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen. Nach dem Abtransport der Kinder besichtigte der Bürgermeister Dr. Weiskirchner und seine Begleitung einen Straßenbahnwagen, welcher für den Transport verwundeter Soldaten adjustiert wurde. In einem solchen Wagen, von denen bisher sechzig zu dem Zwecke ausgerüstet wurden, können vier Tragbahren mit Verwundeten untergebracht werden.

Neues Wiener Tagblatt
20./8. 1914.

(Die Rückkehr der Kinder aus San Pelagio.) Die Kinder, welche vorgestern aus dem Seehospiz der Gemeinde Wien zu San Pelagio wieder in Wien eintrafen, haben infolge der geschickten und umfassenden Vorbereitungen durch die Gemeindeverwaltung und dank dem Entgegenkommen der Behörden die Fahrt sehr gut überstanden. Sowohl die Staats- als auch die Südbahndirektion und insbesondere der Stationsvorstand von Rovigno, dem Ausgangspunkt der Fahrt, bewiesen ein außerordentliches Entgegenkommen und es wurden genügend Wagen beigestellt, so daß die Kleinen bequem fahren konnten. Die Kinder bekamen für die ganze Reise Proviant mit und früh und abends wurde ihnen warmer Kaffee, mittags Suppe in den Stationen verabreicht. Auf Anordnung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner waren der städtische Oberarzt Dr. Teufelberger, Magistratskommissär Urban und Offizial Girschner in einem Automobil bis nach Laibach dem Zuge entgegengefahren, und diese Herren führten dann die Organisation des Transports bis nach Wien durch. In Laibach, wo die Kinder Montag früh einlangten, übernahmen die Damen vom Roten Kreuz die Verteilung des schon früher bestellten Kaffees und labten die Kinder mit Wasser. In Graz machten sich der mit der Leitung der Gemeindegeschäfte betraute Hofrat v. Underrain und der Leiter der am Bahnhof befindlichen Sanitätsstation Hauptmann Auer, dem auch das stets hilfsbereite Pfadfinderkorps untersteht, um die Kinder außerordentlich verdient. Frau Berta Weiskirchner besuchte noch vorgestern nachmittag die Kinder in der Uebernahmsstelle in der Siebenbrunnengasse und im Jubiläumsspital zu Lainz. Sie erkundigte sich eingehend über das Befinden der Kleinen und war erfreut, zu hören, daß durch den Transport auch nicht die leiseste Verschlimmerung in dem Zustand der Pfleglinge eingetreten ist.

Neues Wiener Tagblatt
23./8. 1914

(Gegen die Umbenennung historischer Gassennamen.) Wir erhalten folgende Zuschrift: „Der unter dem 21. d. in Ihrem geschätzten Blatte wiedergegebene Vorschlag, die Parisergasse und den Belgraderplatz umzutaufen, scheint einem durch den hochgehenden Patriotismus verursachten Irrtum zu entspringen. Jene Benennungen sind keineswegs ein Ausdruck der Sympathie, sondern Wahrzeichen früherer Siegestaten, wie der Einzug der Verbündeten in Paris und die mehrfache Eroberung Belgrads durch unsre Waffen. Das gleiche gilt von der Serbengasse in Budapest. Dergleichen Namen sollen mit Stolz gehegt und nicht abgeschafft werden. So haben wir auch eine Custozzagasse und eine Novaragasse, die indirekt auf einen Sieg zurückzuführen ist, da das berühmte Expeditionsschiff seinen Namen zu Ehren der Eroberung von Novara erhalten hat. Auch unsre Türkenstraße wollen wir behalten. Berlin hat seinen Sedanplatz und in Paris wimmelt es von Erinnerungen an Napoleonische Siege: Pont d'Iéna, Pont d'Alme, Rue de Rivoli, Rue d'Austerlitz, le Trocadéro ꝛc. — Ich würde daher im Gegenteil vorschlagen, eine Gasse, an deren Namen sich keine besonderen Erinnerungen knüpfen, in Schabatzgasse umzutaufen als Anfang einer hoffentlich langen Reihe. Damit ehren wir unser Volk und nicht das fremde. Mit der Benennung nach einer bestimmten Person verhält es sich anders, zum Beispiel Kaiser Wilhelm-Ring. Wir werden daher auch nie — und sollten unsern Waffen alle glänzenden Siege verliehen sein, die wir so heiß erflehen und so freudig erhoffen — einen Zar Nikolaus- oder einen Putnikplatz haben. Eine Offizierstochter."

Reichspost

26./8. 1914.

– **Die Wiener Bürgervereinigung** hielt vorgestern unter dem Vorsitze ihres Präsidenten kaiserlichen Rates Bezirksvorstehers Weidinger eine außerordentliche Sitzung ab, in welcher der Präsident auf die durch den Weltkrieg geschaffene schwierige Lage vieler Erwerbszweige hinwies und den Antrag stellte, aus den Mitteln der Bürgervereinigung einen Betrag von 6000 Kronen in Anlehensobligationen der Stadt Wien der Zentralstelle der Fürsorge für Soldaten und deren Angehörigen im Rathause zuzuwenden. (Ohne Debatte einstimmig angenommen.) Dann brachte der Vorsitzende eine Zuschrift des gewesenen Bürgermeisters Dr. Neumayer als Obmannes der Ortsgruppe des 1. Bezirkes zur Verlesung, in welcher dieser die Zuwendung von 500 Kronen aus eigenen Mitteln für denselben Zweck mitteilte. (Beifall.) Der Präsident gab ferner in begeisterten Worten seiner Freude Ausdruck über die heldenmäßige Haltung unseres tapferen Heeres und beantragte eine herzliche Kundgebung der Bewunderung und Sympathie für unsere Truppen und die Truppen unseres verbündeten Deutschen Reiches. (Begeisterte Zustimmung.) Schließlich gedachte der Vorsitzende der rastlosen, unermüdlichen Tätigkeit und des erfolgreichen Eingreifens des Bürgermeisters in der Frage der Approvisionierung Wiens, der Fürsorgeaktion und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und beantragte, dem Bürgermeister für diese von allen Schichten der Bevölkerung anerkannte hingebungsvolle Tätigkeit den Dank der Bürgervereinigung auszusprechen. Dieser Antrag wurde unter lebhafter Zustimmung einstimmig zum Beschluß erhoben. Unmittelbar nach der Sitzung begab sich das Präsidium der Bürgervereinigung, bestehend aus dem Präsidenten, dem Präsidenten-Stellvertreter StR. Brauneiß und den Gemeinderäten Huschauer und Roth zum Bürgermeister Dr. Weiskirchner, um ihm diesen Beschluß mitzuteilen und ihm den Dank der Wiener Bürgerschaft auszusprechen.

Neue Freie Presse
14. IX. 1915

Kommunalzeitung.

[Teilreform beim Wiener Magistrat.] Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Heinrich Herbatschek schreibt uns: „Ungeachtet des Umstandes, daß eine große Anzahl von Beamten Militärdienste leisten, kann sich die größte politische Verwaltungsbehörde der Monarchie nicht zu einer Reform aufschwingen, welche geeignet wäre, Geld, Zeit und Energie zu ersparen. Die Zustellung von Bescheiden seitens der einzelnen magistratischen Bezirksämter geschieht in der Weise, daß der betreffende Bogen von einem Beamten ausgefüllt, durch die Kanzlei weitergeleitet, mittels eines Boten jedoch an jenes magistratische Bezirksamt abgegeben wird, in dessen Sprengel jene Person wohnt, an welche die Zustellung wiederum durch einen Boten des zuständigen magistratischen Bezirksamtes erfolgt. Niemand wird leugnen, daß hier eine große Energievergeudung vor sich geht, welcher leicht dadurch abgeholfen werden könnte, wenn sich der Wiener Magistrat entschließen würde, die Zustellung durch die Post, wie es bei allen übrigen Behörden geschieht, zu veranlassen. Umgekehrt weiß jedermann, der mit den Verhältnissen vertraut ist, daß gewisse Erledigungen trotz ihrer Dringlichkeit mit Rücksicht auf den Beamtenmangel über Gebühr auf sich warten lassen, und es könnte diesem Uebelstande teilweise dadurch abgeholfen werden, daß man auch beim Wiener Magistrat, wie es andere Behörden längst getan haben, zu manipulativen Diensten Mädchen und Frauen anstellt. Anstatt die Parteien mittels Vorladungen, welche durch zwei Boten zugestellt werden müssen, von der Notwendigkeit des Erscheinens zu verständigen (auch das Erscheinen könnte durch eine kurze telephonische Aussprache ersetzt werden), dürfte eine telephonische Verständigung durch ein bei jedem magistratischen Bezirksamte anzustellendes Telephonfräulein, wie dies zum Beispiel beim Exekutionsgerichte mit Erfolg eingeführt ist, sehr am Platze sein."

Reichspost
22./9. 1914.

Der Bürgerklub des Wiener Gemeinderates hielt heute unter dem Vorsitz seines Obmannes Oberkurator Steiner eine Sitzung ab. Der Vorsitzende gedachte in ehrenden Worten des verstorbenen Mitgliedes Gemeinderates Kleiner, worauf der Bürgermeister in ausführlicher Weise über die von ihm getroffenen Verfügungen sowie über die Beschlüsse des Stadtrates anläßlich des Krieges Bericht erstattete. Sodann berichteten die Vizebürgermeister Hoß und Rain. Der Bürgermeister ersuchte auch um die Ermächtigung, während der Dauer des Kriegszustandes alle dringenden Verfügungen unter seiner Verantwortung gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates treffen zu dürfen. Sämtliche vorgebrachten Anträge wurden einhellig vom Bürgerklub genehmigt. GR. Steiner gedachte in längeren Ausführungen der unermüdlichen und aufopfernden Tätigkeit des Bürgermeisters und sprach ihm im Namen des Bürgerklubs den herzlichsten Dank aus. Zum Zeichen des Dankes erhoben sich die Anwesenden von den Sitzen und unter lebhaften Beifallsbezeigungen für den Bürgermeister wurde die Sitzung geschlossen.

Neues Wiener Tagblatt
23./9. 1914.

I. 9

Die Kriegssitzung des Gemeinderates.

Gestern fand die erste reguläre Gemeinderatssitzung, als sogenannte Kriegssitzung des Gemeinderates, statt. Der Bürgermeister gab in großen Zügen eine resümierende Darstellung über die von ihm getroffenen Verfügungen, beziehungsweise über die Beschlüsse des Stadtrates aus Anlaß des Krieges und erbat sich zugleich die Ermächtigung für die Dauer des Kriegszustandes. Sämtliche Anträge wurden ohne jede Debatte einstimmig angenommen. Nach den Mitteilungen des Bürgermeisters kann an eine regelmäßige Tätigkeit des Gemeinderates kaum gedacht werden.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:

Kriegsdienste leisten die Gemeinderäte Biber, Dr. Glasauer, Kohout, Dr. Hemala, Hötzl, Schelz, Moißl, Nemetz, Dr. Vupovac, Vignati und Winarsky. Ich glaube, wir geben dem Wunsch Ausdruck, daß unsre Kollegen aus der Kriegsdienstleistung heil und gesund zurückkehren. (Beifall.)

Der Bürgermeister widmet sodann dem am 31. August verstorbenen Gemeinderat Wendelin Kleiner einen ehrenden Nachruf.

Vizebürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Die Verfügungen des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet über die infolge des Kriegszustandes bisher getroffenen Verfügungen und die Ermächtigung für die Zukunft und führt unter anderm aus:

Ein besonderes Augenmerk habe ich von vornherein darauf gerichtet, den wirtschaftlichen Uebelständen, die der Krieg mit sich bringt, tunlichst zu begegnen. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges zeigten sich in wichtigen Lebensartikeln Preistreibereien, denen ich mit aller Energie an den Leib rückte. (Lauter Beifall.) Es wurden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die ich aber vorderhand noch nicht durchführte. So insbesondere den Vorschlag nach einem Maximaltarif. Diese Maßregel wäre damals nach meiner Ueberzeugung verderblich gewesen. (Zustimmung.) Es wäre eine Steigerung der Lebensmittelpreise eben bis zur Maximalhöhe eingetreten. Wie soll ich den Kleinhändler zu einem Maximaltarif verpflichten, wenn ich nicht auch einen Maximaltarif für den Großhandel habe. (Zustimmung.) Viele Detailhändler hätten ihre Geschäfte zusperren müssen, weil sie nicht mehr in der Lage gewesen wären, zu den vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen. Ich habe eine Tabelle vom Marktamt ausarbeiten lassen, welche einen Vergleich der Preise der notwendigen Lebensmittel vom 20. September 1913 und vom 20. September 1914 gibt. Ohne weiteres muß zugegeben werden, daß die Preise gewisser Artikel angezogen haben, das gilt insbesondere von Zucker und Mehl, aber immer nicht so, daß von einer bedrohlichen Teuerung gesprochen werden könnte. Andre Artikel sind aber billiger als zur Zeit des Vorjahres. Während am 20. September 1913 auf unsern Märkten die Kartoffeln einen Preis von 16 bis 24 H. pro Kilogramm hatten, haben sie heuer 8 bis 18 H. gekostet. Wie alle Herren sich überzeugen können, sind die Zufuhren so reichlich, daß dieses wichtige Nahrungsmittel des Volkes allen zur Verfügung steht. Ich will noch darauf hinweisen, daß Fisolen, Paradeiser und andre Gemüse reichlich und zu entsprechenden Preisen verkauft wurden. Obst, besonders Zwetschken, sind zu Preisen erhältlich, zu denen sie früher nie auf unsern Märkten verkauft wurden. Meine Aufgabe und Aufgabe der gesamten Gemeindeverwaltung wird es stets sein, darauf zu sehen, daß genug Lebensmittel und zu entsprechenden Preisen erhältlich sind. Ich habe bisher von der Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten keinen Gebrauch gemacht, behalte mir aber vor, wenn von irgendeiner Seite Preistreibereien unternommen werden sollten, rücksichtslos vorzugehen (Beifall!) und entsprechende Anträge dem Statthalter zu unterbreiten.

Die staatlichen Unterhaltsbeiträge für Wien.

Ich habe es ferner für meine Pflicht erachtet, dafür zu sorgen, daß den Familien der Reservisten die nach dem Gesetze gewährleisteten Unterhaltsbeiträge so rasch als möglich zukommen. Bisher wurden 82,063 Gesuche um Unterhaltsbeiträge eingebracht; unerledigt sind am heutigen Tage 2469, das sind die laufenden Ansuchen, die noch von dem jetzigen Aufgebot herrühren. Wenn Sie bedenken, daß 82,000 Personen in Wien staatlich unterstützt werden, so wird man den Segen des Gesetzes voll und ganz begreifen. (Beifall!) Wenn Sie berücksichtigen, daß der durchschnittliche Unterhaltsbeitrag 3 bis 4 K. beträgt, so kann man rechnen, daß täglich eine Summe von 300,000 K. den Familien zukommt, das sind in einem Monat 9,000,000 K. Das Geld bleibt nicht in den Händen der Beteiligten, es fließt in alle Kreise. Es ist bezeichnend, daß in dieser Kriegszeit im kaiserlichen Versatzamte um mehr als eine Million Kronen Pfänder ausgelöst worden sind. (Hört! Hört!) Ich gebe zu, daß eine Frau, die ein Kind unter 8 Jahren hat, am schlechtesten daran ist. Sie bekommt 1 K. 98 H. Am besten ist vielleicht jene Frau mit einem Kinde über und zwei Kindern unter 8 Jahren daran, sie bekommt nämlich 3 K. 98 H., das sind 4 K. Es mag manche Arbeitersfrau, so lange ihr Mann in Arbeit stand, niemals so viel pro Tag erhalten haben. (Zustimmung.) Ich glaube, daß der österreichische Reichsrat, der nicht viele Verdienste aufzuweisen hat, sich mit diesem Gesetz ein großes Verdienst erworben und das Armenbudget der Gemeinden wesentlich entlastet hat. (Beifall.) Soweit sich die Unterhaltsbeiträge als ungenügend erweisen, wird durch die bei der Zentralstelle, über die ich später sprechen werde, einlaufenden Spenden nachgeholfen. Ich habe es als meine Pflicht erachtet, darauf zu dringen, daß zwischen den beiderseitigen Regierungen das Verhältnis sichergestellt wird, damit ungarische Familien von einberufenen Reservisten den Unterhaltsbeitrag ebenfalls erhalten, was mir auch nach einigen bureaukratischen Verzögerungen und Schwierigkeiten gelungen ist. Auch ungarische Familien beziehen ihre Unterhaltsbeiträge. Ein ähnliches Verhältnis hat sich bezüglich der Familien von einberufenen deutschen Reservisten herbeiführen lassen. So können wir sagen, daß für alle Familien von einberufenen Familienerhaltern staatlich gesorgt ist. (Beifall.) Mit Stolz darf ich darauf hinweisen, daß die Gemeindeverwaltung für die eigenen Angestellten und deren Familien in weitgehender Weise gesorgt hat. (Beifall.)

Die Privatwohltätigkeit im Kriege.

Der Bürgermeister berichtet sodann über die im Einvernehmen mit dem Statthalter und Landmarschall eingeleitete Organisation der Fürsorge für die Angehörigen der Eingerückten und für sonstige durch den Krieg in Not Geratene, über die Kommission für soziale Fürsorge sowie über die Notstandsarbeiten der Gemeinde. Vom 1. August bis 21. d. wurden vermittelt: Erdarbeiter 19010 und in den verschiedenen Abteilungen der Vermittlung 21,210 Personen, daher im ganzen 40,220 Personen.

Neues Wiener Tagblatt
23/9. 1914.

11.

10

die Sitzung des Gemeinderates

Die öffentliche Ausspeisung.

Der Bürgermeister fuhr dann fort: Aber wir stehen noch immer vor der Tatsache, daß Tausende arbeitslos sind, und wenn gewisse Erdarbeiten fertig werden, weitere Tausende hinzukommen. Wir haben auch den 1. Oktober vor uns, als einen Stichtag, an welchem etliche tausend Handelsangestellte und Mitglieder der Intelligenzberufe brotlos werden. Ich habe es daher als meine Pflicht erachtet, um auch diejenigen, denen Arbeit und Verdienst nicht verschafft werden kann, vor der äußersten Not schützen zu können, eine öffentliche Ausspeisung im großen Stil vorzubereiten. Zum Teil hat die Ausspeisung bereits begonnen, und zwar insbesondere für die galizischen Flüchtlinge, welche vielfach ohne Hab und Gut, nur mit dem Notwendigsten bekleidet, hier eingetroffen sind. Heute darüber zu sprechen, ist noch nicht am Platze, aber es wird schon die Zeit hiefür kommen. Für diese und andre Approvisionierungsmaßnahmen habe ich vom Stadtrate einen Kredit von fünf Millionen Kronen angesprochen, und ich hoffe, daß auch Sie mir Ihre Zustimmung hiezu geben. Weiter fühle ich mich an dieser Stelle verpflichtet, der Gemahlin des Statthalters, Anka v. Bienerth, den herzlichsten Dank der Gemeinde dafür auszusprechen, daß sie in aufopferungsvoller Weise die Sammlungen für diese Ausspeisungsaktion in ihre Hand genommen hat. Sie hat im Verein mit meiner Frau für diese Aktion des Schwarzgelben Kreuzes bereits den Betrag von 200,000 Kronen und von 80,000 Kronen an monatlichen Gaben für Kriegsdauer zustande gebracht. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Die Konkurrenz der Sammlungen.

Die Zentralstelle im Rathaus hat bisher 1,621,327 K. erhalten, darunter für Ausspeisungszwecke 137,109 K. und für Arbeitslose mit spezieller Widmung 7016 K. Es ist dies eine Ziffer, die mich nicht befriedigen kann, es darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Konkurrenz der Sammlungen schon zu groß wird. Was ich vom Anfang an mit aller Energie anstrebte, die Einheitlichkeit der Sammlungen, wurde durch diese Sonderbestrebungen immer mehr eingeschränkt. Ich habe auch viele reiche Leute gesprochen, welche mit ihren Gaben noch zurückhalten, weil sie sagen: „Ich weiß ja nicht, was noch an Sammlungen an mich herantritt." Es läßt sich halt mancher Tätigkeitsdrang nicht zudämmen. Ich hoffe aber, daß mein Appell, insbesondere für die Ausspeisung der Arbeitslosen, jetzt nicht mehr unbeachtet in die Winde verhallt.

Im Verfolge der wirtschaftlichen Erscheinungen des Krieges war besonders das eine zu beklagen, daß für die Kreditnot unsrer Industriellen, mittleren und kleinen Gewerbetreibenden nicht entsprechend vorgesorgt war. Wir haben es für notwendig befunden, im Stadtrate in zweifacher Richtung einzugreifen, und zwar dadurch, daß wir an der von der Handels- und Gewerbekammer inizüerten Aktion zur Errichtung einer Kriegskreditbank uns beteiligten, und in den Verwaltungsrat dieser Stelle drei Mitglieder entsendeten, und zwar: Vizebürgermeister Hoß, Gemeinderat Dr. Eglauer und Obermagistratsrat Doktor August Mayer. Ich rechne darauf, daß diese drei Herren insbesondere die Interessen unsres Gewerbestandes mit allem Nachdrucke vertreten. Anderseits haben wir den Kreditverein der Zentralsparkasse mit einem weiteren Kredit von einer Million Kronen gestärkt.

Keine Herabsetzung der Zölle auf Nahrungsmittel.

Einige Schritte waren allerdings nicht von Erfolg begleitet, so insbesondere mein Antrag, den ich bei der Regierung gestellt habe wegen zeitweiliger Aufhebung oder Herabsetzung der Zölle auf die wichtigen Nahrungsmittel, welche an dem Widerstand der ungarischen Regierung gescheitert ist. Einen ähnlichen Zweck verfolgt der Beschluß des Stadtrates, mit welchem die zeitweilige Aufhebung der Wiener Linienverzehrungssteuer auf Wildbret gefordert wird. Dadurch soll es ermöglicht werden, das Wild, welches zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturen abgeschossen werden muß und dessen Export nach England und Frankreich unterbunden ist, zu einem Volksnahrungsmittel zu machen einerseits für die Gegenwart, anderseits dazu, um in unsern Kühlanlagen als Reservefleischvorräte aufgespeichert zu werden.

Die Betriebsschwierigkeiten der Straßenbahnen.

Ich kann nicht leugnen, daß sich im Betriebe der städtischen Verkehrsmittel außerordentliche Schwierigkeiten ergeben haben. Ich bitte die ganze Wiener Bevölkerung um Entschuldigung, daß auch sie durch unser Verkehrswesen zu Kriegsopfern herangezogen wurde. Ich hoffe aber, daß auch diese Verhältnisse allmählich sich bessern werden; jetzt ist ja schon ein Teil der Neuaufgenommenen abgerichtet und in den Dienst gestellt. Die Straßenbahnen erhielten eine neue Funktion in der Kriegszeit: sie hatten Waren zu befördern. So wurde die Floridsdorfer Linie zur Hereinbeförderung von Milch, Gemüsen, Kartoffeln benützt und diese Waren bis zu den Märkten geführt, beziehungsweise bis zur Viktualienhalle, anderseits wurden Militärverpflegsartikel zu den Bahnhöfen befördert. Es ist dies eine jener Einrichtungen, welche wir auch in die Friedenszeit übernehmen wollen, es wird damit ein neuer Zug in das Approvisionierungswesen unsrer Stadt kommen. Die Straßenbahnen bekamen aber noch eine zweite Funktion: den Transport von Verwundeten. Es wurde eine große Anzahl von Straßenbahnwagen für diese Sache in den Dienst gestellt, und ich halte es für meine Pflicht, den Beamten, welche bei Tag und bei Nacht den betreffenden Dienst besorgen, meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.

Als Bürgermeister aber habe ich die Pflicht, nicht bloß für die verwundeten Soldaten zu sorgen, sondern auch dafür, daß auch die Zivilbevölkerung, auch die Wiener, wenn sie krank werden, noch Unterkunft in den Spitälern finden. Ich habe zu diesem Zwecke das Versorgungsheim in Lainz teilweise evakuieren lassen, um einen freigemachten Pavillon für die Zivilbevölkerung freizuhalten. Außerdem gehe ich daran, für Infektionskrankheiten Spitalsbaracken zu bauen; hiefür soll eine Million Kronen bewilligt werden. Pietätvoll wurde auch derer gedacht, die im Kampfe für das Vaterland ihr Leben gelassen haben. Es ist, wie ich glaube, unsre Pflicht, daß wir für alle jene Wiener, welche auf dem Felde der Ehre gefallen sind, sowie für alle österreichischen und ungarischen Soldaten, welche nach Wien gebracht wurden und hier ihren Verletzungen erlegen sind, eine gemeinsame Ehrenbegräbnisstätte widmen. Es ist wohl selbstverständlich, daß die gefallenen Krieger unsrer Verbündeten ebenfalls in dieser Begräbnisstätte Platz finden. (Lebhafter Beifall.)

Es wurde eine Reihe von Subventionen, teils für kriegshumanitäre Zwecke, teils für die landsturmpflichtigen Korporationen, die zur Militärdienstleistung aufgeboten wurden, gewidmet. Alle diese Beschlüsse und Verfügungen erfolgten im Einvernehmen mit den Vertretern der drei Parteien des Gemeinderates, denen ich für ihre loyale und opferwillige Mithilfe sowie ihre Bereitwilligkeit, den Bürgermeister zu unterstützen, den besten Dank sage. (Beifall.)

Neues Wiener Tagblatt
23./9. 1914.

III

11

Die Eröffnung des Gemeinderates.

Die Ermächtigung für die Kriegsdauer.

Es obliegt nun Ihnen, meine Herren, alle diese Verfügungen und Beschlüsse nachträglich zu genehmigen. Die Zeiten sind solche, daß kaum an eine regelmäßige Tätigkeit des Gemeinderates gedacht werden kann. Ich muß Sie daher bitten, daß Sie mir auf Grund eines Stadtratsbeschlusses und eines Beschlusses der Obmännerkonferenz für die Dauer des Kriegszustandes die Ermächtigung erteilen, alle in der Gemeindeverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Beziehung, unter meiner Verantwortung zu treffen und für sie in einem mir geeignet erscheinenden Zeitpunkt, spätestens aber nach Aufhörung des Kriegszustandes, die nach dem Gemeindestatut erforderliche kompetenzmäßige Genehmigung zu erwirken.

Vorsitzender Vizebürgermeister Hierhammer erklärt, daß zum Worte niemand gemeldet ist. Die bereits bekannten Anträge des Bürgermeisters werden durch Erheben von den Sitzen einstimmig angenommen. (Lebhafter, allgemeiner Beifall.)

Die nachträgliche Genehmigung der Stadtratsbeschlüsse.

Vizebürgermeister Hoß legt nun eine Reihe von Geschäftsstücken vor, die vom Stadtrat beschlossen wurden und der Genehmigung des Gemeinderates bedürfen.

Die nachträgliche Genehmigung wird einstimmig erteilt.

Vizebürgermeister Rain berichtet nun über die Geschäftsstücke (Grundtransaktionen), zu deren Beschlußfassung die Anwesenheit von hundert Mitgliedern des Gemeinderates erforderlich ist.

Auch diese Referate werden, und zwar mit mehr als achtzig Stimmen, angenommen.

Sämtliche Genehmigungen erfolgten ohne jede Debatte.

Vizebürgermeister Hierhammer bemerkte sodann, daß damit die Tagesordnung erschöpft sei, und er erklärte diese denkwürige Sitzung für geschlossen.

* * *

In der vertraulichen Sitzung wurde nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hoß der Leiter der Zentralsparkasse Dr. Alfred Meller unter Verleihung des Titels „Direktor" ad personam in die siebente Rangsklasse befördert. Nach einem Berichte des Stadtrates Baron gewährt die Gemeinde Wien der Jella Hertzka zur Durchführung der von ihr geplanten Bepflanzung eines größeren Grundkomplexes im 19. Bezirk mit Herbstgemüse (hauptsächlich Spinat) eine Subvention von 1000 K. unter der Bedingung, daß der Gemeinde von dem gewonnenen Gemüse ein Teil bis zum Werte von 2000 für die zu errichtenden Speisestellen ohne weitere Entschädigung zur Verfügung gestellt wird. Nach einem Berichte des Stadtrates Oppenberger wird dem Baudirektor Ingenieur Heinrich Goldemund in Würdigung seiner ausgezeichneten Dienstleistung beim Umbau der Ferdinandsbrücke und dem Magistratsrat Dr. Franz Müller für seine hervorragende verdienstvolle Betätigung bei dieser Bauführung der Dank und die vollste Anerkennung und dem städtischen Baurat Hans Strößner für seine besondere umsichtige Tätigkeit bei dem Neubau der Ferdinandsbrücke die vollste Anerkenung ausgesprochen. Dem Vizeinspektor der städtischen Straßenbahnen Franz v. Mihanovich wurde anläßlich seiner Pensionierung der Titel Inspektor verliehen.

Amtsblatt der Stadt Wien
25/9. 1914.
I
12

Gruppe VI.

Finanzielle Maßnahmen, Subventionen und Sonstiges.

43. P. Z. 12358. Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung.

Beschluß: 1. Von den elektrischen Bogenlampen der im vorgelegten Verzeichnisse C angeführten Straßen ist nur die Hälfte in Betrieb zu setzen.

2. Die halbnächtigen Flammen, die mit ganznächtigen zu Doppelflammen vereinigt sind, sind nicht mehr zu entzünden.

44. P. Z. 12621. Abstandnahme von der Zuerkennung von Preisen für die Blumenausschmückung der Fenster und Balkone.

Beschluß: Der Antrag des Preisgerichtes „Wien im Blumenschmuck" diesmal nur Anerkennungsschreiben auszufertigen und den für die Verteilung von Preisen bewilligten Betrag von 12.000 K für die öffentliche Ausspeisung der Gemeinde Wien zu verwenden, wird genehmigt.

45. P. Z. 11882. Wiener Bürger-Scharfschützenkorps um Bewilligung einer Subvention.

Beschluß: Dem Wiener Bürger-Scharfschützenkorps wird eine Subvention von 20.000 K gewährt und diese Ausgabe auf den Reservefonds verwiesen.

46. P. Z. 12287. Deutschmeister-Schützenkorps um Bewilligung einer Subvention.

Beschluß: Dem Deutschmeister-Schützenkorps wird nach dem Magistrats-Antrage eine Subvention von 20.000 K bewilligt, die Ausgabe ist auf den Reservefonds zu verweisen.

47. P. Z. 12403. Militärveteranenbund um Bewilligung einer Subvention.

Beschluß: Dem Militärveteranenbund IV., Wiedner Hauptstraße 52, wird zur Anschaffung von Mänteln und sonstigen Uniformsorten eine Subvention von 10.000 K bewilligt und die Ausgabe auf den Reservefonds verwiesen.

48. P. Z. 11917. Zuweisung des Schulgebäudes III., Hegergasse 20, als Kaserne an das Deutschmeister-Scharfschützenkorps.

Beschluß: Es wird genehmigt, daß das Gebäude der Knaben-Volks- und Bürgerschule III., Hegergasse 20 und Kleistgasse 12, Kölblgasse 23, bis auf weiteres dem Deutschmeister-Scharfschützenkorps als Kaserne eingeräumt, 20 Betten vom Feuerwehr-Kommando als Schlafstätten für die den Nachtdienst versehenden Korpsmitglieder zur Verfügung gestellt und die auflaufenden Beleuchtungs- und Beheizungskosten nachgesehen werden. Für die Reinigung der Stiegen, Gänge und Räume des Schulgebäudes hat das Korps entweder selbst aufzukommen oder den Schuldiener hiefür entsprechend zu entlohnen.

49. P. Z. 11826. Konstituierung der Kriegsleistungsgesetz-Kommission.

Beschluß: Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Delegierung von zwei Vertrauensmännern der Gemeinde in die gemäß § 33 des Kriegsleistungsgesetzes vom 26 März und 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 238, zu konstituierende Kommission für den politischen Bezirk Wien namens des Stadtrates gegen nachträgliche Bestätigung durch den Gemeinderat vorzunehmen. Delegiert wurden kaiserl. Rat Ferdinand Strobl und Gem.-Rat Franz Huber.

50. P. Z. 11532. Widmung eines Betrages von 100.000 K an die Österreichische Gesellschaft vom „Roten Kreuze" und eines Betrages von 50.000 K für die Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich.

Beschluß: Genehmigung.

51. P. Z. 13293. Widmung eines Betrages von 25.000 K für die durch den russischen Einfall in Ostpreußen notleidend Gewordenen.

Beschluß: Genehmigung.

52. P. Z. 12526. Förderung der Theaterunternehmungen durch Erleichterung der Gebührenabgabe.

Beschluß: Die Gemeinde Wien erläßt den Theatern bis auf Widerruf, längstens aber bis zur Beendigung des im Gange befindlichen Krieges, die Entrichtung der Gebühren für die Beistellung der Feuerwache und für den Inspektionsdienst des Stadtbauamtsbeamten. Die festgesetzten, den Stadtbauamtsbeamten und Feuerwehrleuten zukommenden Gebühren werden für die oben angegebene Dauer aus den eigenen Geldern der Gemeinde ausbezahlt.

* * *

II. Für die Dauer des Kriegszustandes wird der Bürgermeister ermächtigt, alle in der Gemeindeverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Beziehung,

Amtsblatt der Stadt Wien
25/9. 1914
Sitzung VI.

II.
13

Niederösterreich wird die unentgeltliche Abgabe von Gas und elektrischem Strom für Beleuchtungs- und Beheizungszwecke anläßlich der Benützung des Gebäudes, I., Schellinggasse 13, ausnahmsweise bewilligt.

35. P. Z. 12528. Widmung einer gemeinsamen Begräbnisstätte für die gefallenen österreichischen Krieger im Wiener Zentral-Friedhofe.

Beschluß: 1. Zur bleibenden dankbaren Erinnerung an die für Ehre und Ruhm unseres Vaterlandes Gefallenen widmet die Gemeinde eine gemeinsame Begräbnisstätte beim Rondeau am Rande der Kapellenstraße des Wiener Zentral-Friedhofes.

Die Stätte ist — ohne Unterschied der Nationalität und des Religionsbekenntnisses — zur Beerdigung aller vaterländischen Krieger bestimmt, die vor dem Feinde geblieben sind und in Wien heimatberechtigt oder ansässig waren, oder die ihren im Kampfe erlittenen Verletzungen in Wien erlegen sind.

Für die Beisetzung und Beerdigung solcher Personen wird keinerlei Gebühr eingehoben.

Die Gemeinde wird auf der Begräbnisstätte ein würdiges Grabdenkmal errichten und übernimmt die gärtnerische Ausschmückung und Erhaltung der Anlage sowie die Kosten der bei den einzelnen Gräbern anzubringenden Gedenktafeln.

2. Auf dem Begräbnisplatze, dessen Einteilung nach dem vorgelegten Plane genehmigt wird, sind nur eigene Gräber mit einer Länge von 2·30 m und einer Breite von 1·43 m anzulegen. In den Gräbern der Personen des Mannschaftsstandes sind je vier Leichen, in den anderen Grabstätten nur je eine Leiche zu beerdigen. Grabhügel sind nicht zu errichten und sind die Grabstätten mit Pflanzeneinfassungen zu versehen.

Auf der gemeinsamen Begräbnisstätte dürfen Einzeldenkmäler nicht aufgestellt werden; bei den Gräbern werden Gedenktafeln mit dem Namen der Beerdigten angebracht.

Die auf dem Platze der Begräbnisstätte derzeit befindliche Gärtnerei ist nach Maßgabe des Bedarfes zu räumen.

3. Der Magistrat wird beauftragt, über die Kosten der gemäß Punkt 1 und 2 gefaßten Beschlüsse zu berichten.

Für die Ausführung des Grabdenkmales sind Wettbewerbsbedingnisse zu verfassen und dem Stadtrate vorzulegen.

Die in der Kapellenstraße und gegen das Rondeau gelegenen Seitenflächen der Gruppen 79 und 80 sind bis auf weiteres zu reservieren.

36. P. Z. 12756. Widmung der Grabstätte auf dem Zentral-Friedhofe auch für Krieger des deutschen Heeres.

Beschluß: Die gemeinsame Grabstätte für vaterländische Krieger auf dem Wiener Zentral-Friedhofe wird auch der Beerdigung aller Krieger des verbündeten Deutschen Reiches gewidmet, die vor dem Feinde geblieben sind und in Wien ansässig waren oder die ihren im Kampfe erlittenen Verletzungen in Wien erlegen sind.

37. P. Z. 12757. Widmung einer Grabstätte im Zentral-Friedhofe für feindliche Soldaten.

Beschluß: Für die Beerdigung in Wien verstorbener feindlicher Offiziere und Soldaten wird nach dem vorgelegten Plane ein Teil der Gruppe 68 a des Wiener Zentral-Friedhofes bestimmt. Die Toten sind in Schachtgräbern zu bestatten.

38. P. Z. 13164. Begünstigungen beim Bezuge von Wasser, Gas und Elektrizität an Vereine und Einzelpersonen anläßlich Beistellung von Räumlichkeiten zur Pflege der vom Kriegsschauplatze verwundet oder krank zurückkehrenden Militärpersonen.

Beschluß: Für die Gebäude oder Räumlichkeiten, die von Privatvereinen oder Einzelpersonen der Pflege der vom Kriegsschauplatze verwundet oder krank zurückkehrenden Militärpersonen gewidmet werden, werden folgende Begünstigungen gewährt: Ein Mehrverbrauch an Wasser über die normalmäßig zugewiesene Menge wird nicht angerechnet. Wo nach dem Gesetze eine Normal-Wassermenge nicht zugewiesen wird, wird von dem Tarifpreise von 20 h per Kubikmeter ein Nachlaß von 50 Prozent gewährt. Beim Bezuge von Gas und elektrischer Energie wird ein Nachlaß von 50 Prozent vom tarifmäßigen Preise (17 h per Kubikmeter Gas und 7 h per HW-Stunde elektrischer Energie) zugestanden. Wo der Bezug von Wasser, Gas oder elektrischer Energie für die dem obigen Zwecke gewidmeten Gebäude oder Räumlichkeiten nicht gesondert bemessen werden kann, ist der durch den Nachlaß zu begünstigende Verbrauch durch Einschätzung, und zwar tunlichst nach dem Ergebnisse des Vorjahres zu ermitteln.

Amtsblatt der Stadt-Wien.
25/9. 1914.

14.

Gruppe V.

Verkehrswesen.

39. P. Z. 11612. Gewährung freier Fahrt auf den städtischen Straßenbahnen für die einberufenen Soldaten.

Beschluß: Es wird die Bewilligung erteilt, daß die unter die Fahne einberufenen Personen des Mannschaftsstandes gegen Vorweisung der Einberufungskarte die freie Fahrt auf der Wiener städtischen Straßenbahn genießen.

40. P. Z. 11816. Einführung von zwei Beiwagen auf der Lokalbahn Wien—Baden während der Verkehrsbeschränkung auf der Südbahn.

Beschluß: Die Verfügung des Herrn Bürgermeisters vom 5. August 1914, P. Z. 11816, mit der zugestanden wurde, daß die Lokalbahn Wien—Baden die Peagestrecke Giselastraße bis Matzleinsdorfer Viadukt auf die Dauer der Verkehrsbeschränkung der Südbahn mit zwei Beiwagen befahren darf, wird nachträglich genehmigt.

41. P. Z. 12085. Änderung des Fahrplanes der städtischen Straßenbahnen infolge Einführung eines Ruhetages.

Beschluß: Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird ermächtigt, im Bedarfsfalle bei weiterer Verminderung des Standes an Fahrbediensteten einen neuen Fahrplan in Kraft treten zu lassen, bei welchem der Betriebsschluß um eine Stunde früher erfolgt als jetzt.

42. P. Z. 13090, 11943, 13118, 11673, 12359, 12559, 11959, 12327, 12423, 12165, 12421, 12257, 12748, 12505, 12721, 11902, 12672, 12843, 12860, 12675, 13048, 13079, 13040, 13091, 11821, 13092. Bewilligung von Fahrbegünstigungen auf der städtischen Straßenbahn auf die Dauer des Kriegszustandes.

Beschluß: Genehmigung.

Amtsblatt der Stadt Wien. 15
25./9. 1914.

Gruppe IV.

Sanitäre Maßnahmen.

28. P. Z. 12067. Vorkehrungen für den Fall des Auftretens ansteckender Krankheiten, Vermehrung des Belagraumes im Kaiserjubiläums-Spital.

Beschluß: Zur Komplettierung der Einrichtung des Kaiserjubiläums-Spitales, zur Instandsetzung der für die Unterbringung Infektionskranker in Aussicht genommenen kommunalen Anstalten, dann zur Sicherstellung des sonstigen aus Anlaß der Vorsorge gegen ansteckende Krankheiten sich ergebenden besonderen Erfordernisses wird ein außerordentlicher Kredit von 150.000 K bewilligt, der nach Maßgabe des Erfordernisses auf neu zu eröffnenden außerordentlichen Sub-Rubriken der Ausgabs-Rubriken XXXV und XXXVI $^{1}/_{II}$ zu verrechnen und auf den Reservefonds zu verweisen ist.

29. P. Z. 12068. Heranziehung von städtischen Schulgebäuden zur Unterbringung von Verwundeten.

Beschluß: Die Heranziehung der vom Magistrate in Aussicht genommenen städtischen Schulgebäude wird genehmigt.

30. P. Z. 12743. Verwendung des Pavillons I im Versorgungsheime als Spital für Verwundete.

Amtsblatt der Stadt-Wien.
25./9. 1914.

16

Gruppe III.

Approvisionierung.

25. P. Z. 11567, 11768. Bewilligung eines Kredites von fünf Millionen Kronen für Approvisionierungszwecke.

Beschluß: Genehmigung.

26. P. Z. 13171. Maßnahme zur Versorgung Wiens mit Wildbret.

Beschluß: Die Regierung wird ersucht, die Linienverzehrungssteuer für Wildbret ohne Verzug wenigstens auf Kriegsdauer aufzuheben. Gleichzeitig erklärt sich die Gemeinde bereit, auf die Zuschläge zur Verzehrungssteuer für Wild zu verzichten. Die Eingabe und Aufhebung der l. f. Verzehrungssteuer auf Wild ist sofort zu überreichen.

27. P. Z. 11802. Abstandnahme von der Durchführung der Erhöhung der Marktgebühren in der Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien.

Beschluß: Von der Durchführung der in der Magistrats-Kundmachung vom 25. August 1914, Z. IX, 2521, ausgesprochenen Erhöhung der Marktgebühren für die Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien, III. Bezirk, wird bis auf weiteres abgesehen.

Gruppe II.

Soziale Fürsorge.

11. P. Z. 12198. Schaffung einer städtischen Auskunftei für lierte Wohnungen und Zimmer.

schluß: Anläßlich des durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen Bedarfes wird die Errichtung einer städtischen Auskunftei für möblierte Wohnungen und Zimmer im Bureau der Magistrats-Abteilung für städtische Wohnungsfürsorge, VIII., Schmidgasse 18, Ecke Langegasse, bis auf weiteres mit folgenden Bestimmungen genehmigt:

1. Das Bureau steht den Vermietern zur Anzeige möblierter Wohnungen, Zimmer oder Kabinette und den Mietern zur Nachfrage nach solchen Wohnungen an Werktagen von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 12 Uhr vormittags offen.

Die Vermittlung durch das Bureau erfolgt für Mieter und Vermieter vollständig kostenlos.

2. Der Betrieb der Auskunftei ist in analoger Weise wie jener der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 29. April 1902, P. Z. 6442, genehmigten städtischen Auskunftei für Sommerwohnungen und mit tunlichster Verwendung der Einrichtungen dieser Auskunftstelle zu führen. Für je einen Kanzleibeamten und einen Diener der Magistrats-Abteilung III a wird ein Kostgeld von 2 K beziehungsweise 1 K 60 h für jeden Wochentag jener Zeit bewilligt, in welcher diese Organe nicht ohnehin bei der Auskunftei für städtische Sommerwohnungen ein Kostgeld beziehen.

3. Für die Auskunftei für möblierte Wohnungen und Zimmer wird ein Kostenbetrag von 500 K bewilligt, welcher auf der neu zu eröffnenden, außerordentlichen Ausgabs-Rubrik LII 21 1.3 „Errichtung einer Auskunftei für möblierte Wohnungen und Zimmer anläßlich des Krieges" zu verrechnen ist und seine Deckung in den Kassenbeständen findet.

12. P. Z. 12597. Erweiterung der Tätigkeit der städtischen Berufsvormundschaft während der Kriegszeit. (Erwirkung des Unterhaltsbeitrages für Wöchnerinnen u. s. w.)

Beschluß: Während der Kriegszeiten wird eine erweiterte Tätigkeit der städtischen Berufsvormundschaft in der Richtung genehmigt, daß sie einschreitet:

1. Für neugeborene eheliche und uneheliche Kinder an Stelle der Wöchnerinnen, um diese so rasch als möglich in den Genuß des Unterhaltsbeitrages zu setzen und ihnen dadurch die Stillpflicht zu erleichtern. Mütter, deren neugeborene Kinder also Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag haben, weil der eheliche oder uneheliche Kindesvater zur Militärdienstleistung einberufen wurde und welche diesen Anspruch durch die städtische Berufsvormundschaft geltend zu machen wünschen, hätten, wie dies durch die Tageszeitungen zu veröffentlichen ist, dem Amte städtischer Berufsvormünder VIII., Laudongasse 17, mittels Postkarte oder auf andere Weise es mitzuteilen und gleichzeitig ihren Namen und Wohnort, sowie das Geburtsdatum des Kindes bekanntzugeben. In jedem solchen Falle begibt sich unverzüglich eine Säuglingspflegerin der Berufsvormundschaft in die Wohnung der Wöchnerin, um die Anmeldung des Anspruches in der vorgeschriebenen Form entgegenzunehmen, die Mutter über Ernährung und Pflege des Säuglings zu beraten, sie insbesondere auf die Wichtigkeit des Stillens in Kriegszeiten aufmerksam zu machen und ihr ein Merkblatt der Berufsvormundschaft (Ratschlag für Ernährung und Pflege des Säuglings) einzuhändigen. Die Berufsvormundschaft entsendet täglich zu demselben Zwecke Pflegerinnen in die Gebärklinik, damit die Mütter gleich nach dem Verlassen der Klinik den Unterhaltsbeitrag für ihre Kinder beziehen können.

2. Dort, wo keine geeignete Person vorhanden ist, welche den Unterhaltsanspruch geltend machen kann, insbesondere wird die Berufsvormundschaft den Unterhaltsanspruch für solche Kinder geltend machen, deren verwitweter Vater einberufen wurde und der für seine zurückgelassenen Kinder nicht mehr vorsorgen konnte; mit Hilfe des Magistrates vermittelt sie in allen diesen Fällen auch sofort geeignete Pflegestellen.

13. P. Z. 11672. Behandlung von Straßenbahnzeitkarten, deren Inhaber zur Kriegsdienstleistung einberufen wurden.

Beschluß: I. Der Gemeinderat genehmigt folgende Abweichungen von den Vorschriften über die Ausgabe von Zeitkarten, deren Inhaber zur Kriegsdienstleistung einberufen werden:

1. Umschreibungen von Monats- und Halbjahrskarten ohne Rücksicht auf die im Gemeinderats-Beschlusse vom 30. November 1906, P. P. 15958, festgesetzte Befristung und ohne Einhebung einer Gebühr, sofern die Einberufung des Inhabers in irgendeiner Weise glaubhaft dargetan wird.

2. Rückerstattung jenes Teiles des Kaufpreises von Halbjahrskarten, der nach Abzug von je 24 K für jeden abgelaufenen oder angefangenen Monat der Gültigkeitsdauer übrigbleibt, durch Gutschrift oder Barzahlung an den Inhaber, seinen ordnungsmäßig Bevollmächtigten oder einen gehörig ausgewiesenen Familienangehörigen gegen Abgabe der

unter seiner Verantwortung zu treffen und für sie in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte, spätestens aber nach Aufhören des Kriegszustandes die nach dem Gemeindestatute erforderliche kompetenzmäßige Genehmigung zu erwirken.

III. Alle infolge des Krieges notwendigen Ausgaben mit Ausnahme derer, für die bereits Verrechnungs-Rubriken in der Gruppe XII des Hauptvoranschlages und Rechnungsabschlusses bestehen, sind auf einer neu zu eröffnenden außerordentlichen Rubrik in der Gruppe XIII zu verrechnen.

Amtsblatt der Stadt-Wien 18

25/9. 1914. 1.

6. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Meine hochgeehrten Herren! Am 14. Juli 1914 hat der Gemeinderat eine Geschäftssitzung abgehalten und mit derselben die Ferien angereten. Damals wurde die Verfügung genehmigt, daß dringende Angelegenheiten, die der Beschlußfassung des Gemeinderates unterliegen, im Laufe der Ferien durch den Stadtrat gegen nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat erledigt werden können.

Nun, die kaum begonnene Zeit der Ruhe wurde jäh unterbrochen und durch den Kriegsausbruch wurden Bürgermeister und Stadtrat genötigt, in einer ganzen Reihe von Fällen, die weit über den Rahmen der kurrenten Verwaltung hinausreichen, dringende Verfügungen zu treffen, Verfügung welche heute Ihrer Genehmhaltung unterliegen.

Nach dem Kriegsausbruche war es die erste Pflicht der Gemeindeverwaltung, alles aufzubieten, damit die Durchführung jener Militär-Angelegenheiten gesichert werde, die nach den bestehenden Gesetzen der Gemeinde unterliegen. Selbstverständlich wurde alles getan, um in der Gemeinde Wien diesen Verpflichtungen voll und ganz zu entsprechen. Die Gemeindeverwaltung war aber auch bemüht, über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus den Anforderungen der Militärverwaltung nachzukommen.

Ein besonderes Augenmerk habe ich von vornherein darauf gerichtet, den wirtschaftlichen Übelständen, die der Krieg mit sich brachte, tunlichst zu begegnen. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges zeigten sich in wichtigen Lebensmitteln Preistreibereien, denen ich mit aller Energie an den Leib rückte. (Lebhafter Beifall.) Es wurde damals eine Reihe von Vorschlägen gemacht, welche ich aber nicht zur Durchführung brachte. Unter diesen nahm insbesondere die Forderung nach Maximaltarifen einen breiten Raum ein.

Meine geehrten Herren! Ohne diese Maßnahme für die Zukunft auszuschließen, wäre sie damals nach meiner innersten Überzeugung verderblich gewesen. (Rufe: Sehr richtig!) Es wäre nämlich gerade durch die Maximaltarife eine Steigerung der Lebensmittelpreise bis zum Maximum eingetreten. Wie soll ich den Kleinhändler zum Maximaltarif verpflichten, wenn nicht auch für den Großhändler Maximaltarife bestehen? (Rufe: Sehr richtig!) Es wäre eingetreten, was man unter allen Umständen vermeiden muß, daß nämlich viele Detailhändler ihre Geschäfte hätten sperren müssen, weil sie nicht in der Lage gewesen wären, zu den Preisen, die die Behörden vorgeschrieben hätten, zu verkaufen.

Ich habe hier eine Tabelle vom Marktamte ausarbeiten lassen, einen Vergleich zwischen den Preisen der notwendigen Lebensmittel am 20. September 1913 und am 20. September 1914. Ich muß ohneweiters zugeben, daß die Preise gewisser Artikel angezogen haben, ich zähle da insbesondere Zucker und Mehl auf, aber noch immer nicht so, daß von einer bedrohlichen Teuerung gesprochen werden könnte. Andere Artikel sind aber billiger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Während am 20. September 1913 auf unseren Märkten die Kartoffeln 16 bis 24 h per Kilo notierten, haben sie heuer 8 bis 16 h gekostet. Wie die Herren sich auf unseren Märkten überzeugen können, sind die Zufuhren so reichlich, daß gewiß dieses wichtige Nahrungsmittel des Volkes allen zur Verfügung steht. Ich will darauf hinweisen, daß insbesondere auch Fisolen, Paradeiser und anderes Gemüse reichlich und zu entsprechenden Preisen verkauft wurden. Obst, insbesondere Zwetschken, sind zu Preisen, wie sie noch selten früher verkauft wurden, auf unseren Märkten erhältlich. Es wird gewiß meine und der gesamten Gemeindeverwaltung Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß genug und zu entsprechenden Preisen Lebensmittel feilgehalten werden. (Allseitige Zustimmung.) Ich habe bisher von dem durch eine Notverordnung eingeräumten Recht der Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten keinen Gebrauch gemacht, aber ich behalte mir vor, eventuell in Zukunft, wenn von irgend einer Seite Preistreibereien verursacht würden, rücksichtslos vorzugehen und entsprechende Anträge dem Statthalter zu unterbreiten. (Lebhafter Beifall.)

Sie wissen, daß auch plötzlich durch eine Panik im Publikum ein Hartgeld-Rummel entstand. Ich habe dafür Sorge getragen, daß die bei den Straßenbahnen eingehenden kleinen Münzen sofort wieder dem Verkehre zugeführt wurden. Es wurde den auf den Märkten amtierenden Markt-Kommissären eine große Menge Kleingeld zur Verfügung gestellt und tatsächlich war kaum nach einer Woche der Hartgeld-Rummel vorüber. Ich muß bemerken, daß es ungemein töricht ist, wenn gewisse Personen aus dem Publikum sich einbilden, daß sie mit der Thesaurierung von Kronen- oder Nickelmünzen einen besonderen Schatz in ihren Strümpfen bergen. Diese Strumpfgeld-Theorie ist töricht und auch nicht im Werte der Metallmünzen gelegen.

Ich habe es weiters als meine vornehmste Pflicht erachtet, dafür zu sorgen, daß den Familien der eingerückten Reservisten die Unterhaltsbeiträge, die ihnen nach dem Gesetze vom Jahre 1912 zugesichert worden sind, so rasch als möglich zukommen.

Ich habe durch Beamte die Erhebungen pflegen lassen und war bemüht, sie zu einer raschen Erledigung im Schoße des Magistrates zu bringen. Ich habe auch wiederholt beim Herrn Statthalter interveniert, damit auch bei der Landesstelle mit aller Beschleunigung gearbeitet werde.

Meine Herren! Ich werde Ihnen einige Ziffern nennen, die gewiß bei Ihnen allen Befriedigung erwecken werden. Es sind bisher 82.063 Ansuchen um Unterhaltsbeiträge eingebracht worden und am Tage der Berichterstattung, das ist also am heutigen Tage, waren 2469 unerledigt. Das sind also nur die laufenden, die von dem jetzigen Aufgebote herrühren. (Beifall.) Wenn Sie bedenken, daß in Wien 82.000 Personen staatlich unterstützt werden, wird man den Segen des Gesetzes voll und ganz begreifen können. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Sie berücksichtigen, daß der Unterhaltsbeitrag durchschnittlich 3 bis 4 K beträgt, so kann man berechnen, daß täglich eine Summe von nahezu 300.000 K den Familien zukommt, das sind im Monat 9,000.000 K. (Rufe: Hört!) Das Geld bleibt ja nicht in den Händen der damit Beteilten, es fließt ja zu allen Geschäftsleuten zurück und es ist gewiß bezeichnend, daß jetzt in diesen Kriegszeiten im kaiserlichen Versatzamte über eine Million Pfänder ausgelöst worden sind.

Ich gebe ohneweiters zu, daß eine Frau, die nur ein Kind unter acht Jahren hat, am schlechtesten daran ist; sie bekommt 1 K 98 h täglich. Am besten ist vielleicht eine Frau mit einem größeren Kinde über 8 Jahren und zwei Kindern unter 8 Jahren daran, sie bekommt 3 K 98 h, also 4 K pro Tag, und es mag wohl manche Arbeiterfrau, solange der Mann in Arbeit stand, nicht soviel Geld pro Tag für die Besorgung des Haushaltes erhalten haben. (Zustimmung.) Ich begrüße dies aber und glaube, der österreichische Reichsrat, der wohl nicht viele Verdienste aufzuweisen hat, hat mit diesem Gesetze sich wirklich ein Verdienst

Gruppe I.

Fürsorge für städtische Angestellte während des Krieges und Ersatzanstellungen.

1. P. Z. 11531. Regelung der Bezüge der städtischen Angestellten und Bediensteten im Mobilisierungsfalle.

Beschluß: I. Die nachstehenden Bestimmungen (II bis IV) finden auf alle jene nicht der „Vorschrift über die Personal- und Dienstverhältnisse der der bewaffneten Macht angehörigen städtischen Bediensteten mit Bezug auf deren Verpflichtung zur aktiven Dienstleistung im Heere, in der Kriegsmarine, in der Landwehr und im Landsturme" unterliegenden Angestellten der Gemeinde Wien mit Einschluß der bei den Anstalten und Unternehmungen der Gemeinde Beschäftigten Anwendung, die anläßlich der gegenwärtigen Mobilisierung zur aktiven Militärdienstleistung — ausgenommen die Ableistung des gesetzlichen (ein-, zwei- oder dreijährigen) Präsenzdienstes — einberufen werden. Unter „Angestellte" sind hiebei nicht nur Beamte, Kanzlisten, Diurnisten, Kanzleigehilfen, Unterbeamte und Diener, sondern auch Bedienstete und Arbeiter was immet für einer Kategorie zu verstehen.

II. Den Angestellten, die noch nicht durch ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Gemeinde stehen, wird beim Einrücken zur aktiven Dienstleistung, wenn sie einen Jahres- oder Monatsgehalt (-Lohn) beziehen, der vierte Teil des auf einen Monat entfallenden Gehaltes (Lohnes), Familienerhaltern aber die Hälfte des Monatsgehaltes, wenn sie einen Wochenlohn beziehen, ein Wochenlohn, und wenn sie im Taglohne stehen, ein sechsfacher Taglohn als Aushilfe gewährt. Den gleichen Betrag erhalten sie bei der Rückkehr von der aktiven Dienstleistung.

III. Für die Angestellten, die ein Jahr oder länger ununterbrochen im Dienste der Gemeinde stehen, gilt vorbehaltlich des Anspruches nach § 8 letzter Absatz des Handlungsgehilfengesetzes folgendes:

Den dem Mannschaftsstande angehörenden ledigen Angestellten, die nicht mindestens einen Elternteil erhalten, gebührt ein Monatslohn (Gehalt) beim Einrücken und, wenn die Militärdienstleistung länger als zwei Monate gedauert hat, ein Monatslohn (Gehalt) bei der Rückkehr.

Die dem Mannschaftsstande angehörenden Angestellten hingegen, die für eine Gattin oder für ein Kind zu sorgen haben oder mindestens einen Elternteil nachweisbar erhalten, bekommen die Hälfte des Lohnes (Gehaltes) während der Dauer der aktiven Dienstleistung.

Den zu den Militärgagisten gehörenden Angestellten gebührt unter allen Umständen ein Drittel des Gehaltes (Lohnes) auch während der Dauer der Militärdienstleistung. Außerdem bleibt den letzteren, wenn sie für eine Gattin oder für ein eheliches Kind zu sorgen haben oder mindestens einen Elternteil nachweisbar erhalten, sowie den Angestellten, denen der Fortbezug des halben Monatslohnes (Gehaltes) gebührt, falls sie den Anspruch auf ein Quartiergeld (Mietzinsbeitrag, Quartierbeitrag) oder eine Naturalwohnung (Naturalquartier) besitzen, der Bezug des Quartiergeldes (Mietzinsbeitrages, Quartierbeitrages) oder der Genuß des Naturalquartieres (der Naturalwohnung) gewahrt.

An Stelle des letzteren Naturalbezuges kann aber auch ein Ersatzbetrag angewiesen werden.

IV. Den unter II und III bezeichneten Angestellten bleibt für die Dauer der Militärdienstleistung ihr Dienstposten und der damit verbundene Titel oder Dienstrang gewahrt. Durch diese Dienstleistung wird weder die Stellenbeförderung gehindert, noch der Lauf der Beförderungs- oder Vorrückungsfristen unterbrochen. Andere als die vorstehend bezeichneten Bezüge erhalten die Angestellten während der Militärdienstleistung nicht.

Die Angestellten der städtischen Straßenbahnen haben auch während der Dauer der aktiven Militärdienstleistung die Beiträge zum Pensions-Institute für die Beamten und Beamtinnen, beziehungsweise zur Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen und zum Pensions-Institute des Verbandes der österreichischen Lokalbahnen zu entrichten.

Diese Beiträge werden von den Bezügen in Abrechnung gebracht oder müssen von denen, welchen keine Bezüge ausbezahlt werden, nachträglich geleistet werden.

V. Die für die Praktikanten geltenden Bestimmungen der unter I berufenen Vorschrift sind auch für die Aspiranten anzuwenden, aus denen diese Praktikanten hervorgehen; doch wird der Lauf der Probedienstzeit durch die Militärdienstleistung gehemmt.

2. P. Z. 11566. Gewährung von Vorschüssen an einrückende Beamte und Bedienstete.

Beschluß: Der Magistrat wird ermächtigt, den zur Kriegsdienstleistung einrückenden städtischen Angestellten und Bediensteten Vorschüsse auf die fällig werdenden Bezüge in entsprechender Höhe zu gewähren. Die etwa bisher bereits angewiesenen Vorschüsse werden nachträglich genehmigt.

3. P. Z. 11581. Regelung der Bezüge der anläßlich der Mobilisierung zur militärischen Dienstleistung einberufenen Lehrpersonen.

Beschluß: Es wird genehmigt: 1. Daß die zur militärischen Dienstleistung einberufenen Lehrpersonen, und zwar sowohl die dem Mannschaftsstande Angehörigen als auch die Militärgagisten für den Fall, als sie mittellose Eltern oder Geschwister haben, im Fortgenusse eines allfälligen Naturalquartieres oder Quartiergeldes bleiben;

2. daß die zu den Militärgagisten gehörenden Lehrpersonen nicht nur dann, wenn sie einen eigenen Hausstand mit Frau und Kind, sondern auch dann, wenn sie Frau oder Kind haben, im Fortgenusse eines allfälligen Naturalquartieres oder Quartiergeldes bleiben;

3. daß den zur militärischen Dienstleistung einberufenen Lehrpersonen ihre am 1. August fälligen Bezüge ungeschmälert jedoch gegen seinerzeitige Ver-

rechnung eines dadurch etwa entstehenden Übergenusses zur Auszahlung gebracht werden.

4. P. Z. 11979. Bezüge der provisorischen Schuldiener end der Militärdienstleistung.

chluß: Den provisorischen Schuldienern, welche anläßlich der gegenwärtigen Mobilisierung zur aktiven Dienstleistung einberufen wurden und dem Mannschaftsstande angehören, wird, im Falle der Dienst an der Schule, welcher die betreffenden Schuldiener zugewiesen sind, von seinen Angehörigen versehen wird und die Zuweisung einer Aushilfskraft unterbleibt, für die Dauer der aktiven Dienstleistung der volle bisherige Monatslohn samt Nebenbezügen flüssig gemacht.

5. P. Z. 11967. Auslegung des § 6, Punkt 5 a und b der rschrift über die Personal- und Dienstverhältnisse der der waffneten Macht angehörenden städtischen Bediensteten mit zug auf deren Verpflichtung zur aktiven Dienstleistung im ere, in der Kriegsmarine, in der Landwehr und im Landrme. (Anhang II zur Dienstpragmatik.)

eschluß: Nach § 6, Punkt 5 a und b dieser Vorschrift gebührt neben der im Absatze b bezeichneten Differenz noch ein Drittel des bei einer Pensionierung anrechenbaren Zivilbezuges, das ist Gehaltes (Adjutums) samt den allfälligen für die Pension anrechenbaren Zulagen.

6. P. Z. 12733. Regelung der Bezüge der aushilfsweise tellten provisorischen Lehrer im Mobilisierungsfalle.

eschluß: 1. Die nachstehenden Bestimmungen finden auf aushilfsweise bestellte provisorische Lehrer II. Klasse Anwendung, die anläßlich der gegenwärtigen Mobilisierung zur aktiven Militärdienstleistung, ausgenommen die Ableistung des gesetzlichen Präsenzdienstes, einberufen werden.

2. Für diejenigen aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrer II. Klasse, die wenigstens zwölf Monate im Wiener Schuldienste und davon im abgelaufenen Schuljahre insgesamt mehr als 23 Wochen in Verwendung waren, gilt folgendes: Den dem Mannschaftsstande angehörigen ledigen aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrern II. Klasse, die nicht mindestens einen Elternteil erhalten, gebührt eine Monatsremuneration beim Einrücken und wenn die Militärdienstleistung länger als zwei Monate gedauert hat, auch eine Monatsremuneration bei der Rückkehr. Die dem Mannschaftsstande angehörigen, aushilfsweise bestellten Lehrer II. Klasse hingegen, die für eine Gattin oder für ein Kind zu sorgen haben oder mindestens einen Elternteil nachweisbar erhalten, bekommen die Hälfte der Jahresremuneration während der Dauer der aktiven Dienstleistung. Den zu Militärgagisten gehörenden, aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrern II. Klasse gebührt unter allen Umständen ein Drittel der Jahresremuneration auch während der Dauer der Militärdienstleistung.

3. Allen übrigen aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrern II. Klasse wird beim Einrücken zur aktiven Dienstleistung der vierte Teil der auf einen Monat entfallenden Jahresremuneration, Familienerhaltern aber die Hälfte der Monatsremuneration als Aushilfe gewährt. Den gleichen Betrag erhalten sie bei der Rückkehr von der aktiven Dienstleistung.

7. P. Z. 12426. Behandlung der städtischen Kanzleigehilfen im Falle der Einberufung zur militärischen Präsenzdienstleistung.

Beschluß: Die Bestimmung des Gemeinderats-Beschlusses vom 8. November 1912, P. Z. 17006, betreffend die Behandlung der Diurnisten und Kanzlisten im Falle ihrer Einberufung für militärische Präsenzdienstleistung haben auf die städtischen Kanzleigehilfen mit der Ausnahme sinngemäße Anwendung zu finden, daß Kanzleigehilfen, welche noch nicht über ein Jahr bei der Gemeinde Wien gedient haben, so zu behandeln sind, als ob sie bereits eine mehr als einjährige Gemeindedienstzeit vollstreckt hätten. Für Kanzleigehilfen, welche zur ein-, zwei- oder dreijährigen Präsenzdienstleistung einrücken, können Ersatzdiurnisten aufgenommen werden, die nach Rückkehr der ersteren in den städtischen Dienst bis zur Erledigung systemisierter Diurnistenstellen weiter verwendet werden dürfen. Diese Vorschriften haben auf die bereits gegenwärtig zur militärischen Präsenzdienstleistung einberufenen Kanzleigehilfen Anwendung zu finden.

8. P. Z. 12472. Unterstützung der zu Kriegsdiensten einberufenen provisorischen Bediensteten der städtischen Versorgungsanstalten.

Beschluß: Bei Bemessung jener Aushilfen und Unterstützungen, die provisorischen Bediensteten der städtischen Versorgungsanstalten nach dem Stadtrats-Beschlusse vom 29. Juli 1914, Z. 11531, im Falle ihrer Einrückung zur Kriegsdienstleistung gewährt werden, ist in den Lohn auch das Relutum für Speisen- und Getränkebezug einzurechnen, insofern sie vor ihrer Einberufung in Naturalverpflegung standen.

9. P. Z. 12273. Aufnahme von Studierenden der Medizin für den hilfsärztlichen Dienst im Kaiserjubiläums-Spitale.

Beschluß: Den im Kaiserjubiläums-Spitale für den hilfsärztlichen Dienst aufgenommenen Studierenden der Medizin wird nebst Dienstwohnung samt Bedienung und Beleuchtung und dem für die Hilfsärzte festgesetzten Kostrelutum eine Entschädigung von monatlich 60 K gewährt. Bei besonders zufriedenstellender Dienstleistung kann über Antrag des Magistrates vom Stadtrate eine monatliche Remuneration von 40 K zuerkannt werden.

10. P. Z. 11806. Ergänzung des Standes der städtischen Sanitätsmannschaft während des Kriegszustandes.

Beschluß: Der Magistrat wird für die Dauer des Kriegszustandes bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse grundsätzlich zur Aufnahme von Aushelfern für den städtischen Sanitätsdienst ermächtigt. Als Taglohn für diese im Bedarfsfalle aufzunehmenden Personen wird bestimmt: 3 K bei Verwendung im Kranken- und Leichentransportdienst, 3 K 40 h für fahrkundige Pferdewärter und Wagenwascher, sowie 7 K als Maximallohn für aufgenommene Monteure, Desinfektionäre und Chauffeure, wenn nicht im Wege besonderer Vereinbarung niedrigere Ansätze zu erzielen sind. Die Aufzunehmenden haben einen Revers zu unterfertigen, demzufolge keinerlei Verpflichtung besteht zu dauernder Verwendung.

Amtsblatt der Stadt Wien. II
25/9. 1914.
21

Gemeinderats-Sitzung.

erworben und er hat insbesondere auch das Armen-Budget der Gemeinden wesentlich entlastet. Soweit sich die Unterstützungsbeiträge ungenügend erweisen, wird durch die bei der Zentralstelle — über die ich später reden werde — eingelangten Spenden nachgeholfen.

Ich habe es auch für meine Pflicht gehalten, mit allem Nachdrucke darauf zu dringen, daß bei den beiderseitigen Regierungen ein Verhältnis sichergestellt werde, damit die Angehörigen der ungarischen Reservisten, die sich in Wien aufhalten, endlich auch eine Unterstützung bekommen. Nach einigen bureaukratischen Schwierigkeiten ist mir das auch gelungen; auch die ungarischen Familien beziehen jetzt Unterhaltsbeiträge. Ein ähnliches Verhältnis hat sich bezüglich der Unterhaltsbeiträge eingerückter deutscher Reservisten herbeiführen lassen und so können wir ruhig sagen, daß allen Familien, deren Erhalter im Felde stehen, ein staatlicher Unterhaltsbeitrag gesichert ist.

Ich darf wohl mit Stolz darauf hinweisen, daß die Gemeindeverwaltung für ihre eigenen Angestellten, die in den Krieg ziehen mußten, in weitestgehender Weise gesorgt hat. Im Verzeichnisse A haben Sie alle Beschlüsse, welche der Stadtrat gefaßt hat, und ich zweifle nicht, daß Sie diesen Beschlüssen Ihre einhellige Bewilligung zuteil werden lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Um den zu Beginn des Krieges vielfach aufgetauchten caritativen Bestrebungen wenigstens einigermaßen ein Ziel und eine Zusammenfassung zu bieten, habe ich im Einvernehmen mit Seiner Exzellenz dem Herrn Statthalter und mit Seiner Durchlaucht Prinz Liechtenstein als Landmarschall eine Zentralstelle der Fürsorge für Soldaten und deren angehörige Familien geschaffen. Es hat sich aber bald gezeigt, daß es den Familien der Einberufenen viel besser geht als denen der nicht einberufenen Männer, die arbeitslos geworden sind. Außerdem hat das Kriegsministerium eine eigene Stelle der Kriegsfürsorge gebildet mit der Aufgabe, für die Soldaten und dann für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger zu sorgen, so daß ich wohl mit Fug und Recht im Einverständnisse mit den beiden Herren, die ich genannt habe, darangehen konnte, den Titel der Zentralstelle umzuändern. Sie ist nun eine Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Eingerückten und für sonstige durch den Krieg in Not Geratene, wobei mit dieser Bezeichnung der weiteste Wirkungskreis der Zentralstelle gesichert erscheint und ihre Tätigkeit sich unter anderem jetzt auch auf die in galizischen Orten durch die Militärverwaltung evakuierten und sonstigen Flüchtlinge beziehen kann.

Meine sehr geehrten Herren! Ich war gezwungen, dieser Zentralstelle auch Bezirks-Komitees anzugliedern, sowohl Bezirks-Hilfs-Komitees, welche in erster Linie in ungemein dankenswerter Weise Sammlungen durchführten, als auch Frauenarbeits-Komitees, welche insbesondere in der Fürsorge für erwerbslose Frauen und Mädchen zu wirken haben. Ich kann allen Frauen, welche sich in den Dienst der Sache gestellt haben, von dieser Stelle aus nur meinen herzlichsten Dank mit der Bitte aussprechen, auch weiter in zielbewußter Weise zu arbeiten. (Beifall.)

Anschließend an die Zentralstelle habe ich es für meine Pflicht erachtet, eine Kommission für soziale Fürsorge zu schaffen, an deren Spitze Herr Gem.-Rat Leopold Steiner, unser verehrter Kollege, getreten ist. Die Kommission steht insbesondere allen Bedürftigen in wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen mit Rat und Tat zur Seite und fungiert als Vermittlungsstelle aller der Kommission für soziale Fürsorge bekanntgegebenen Arbeitsgelegenheiten. Aus einer Sektion dieser Zentralstelle wurde das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien gebildet, an dessen Spitze in dankenswerter Weise Exzellenz Dr. v. Wittek, unser Ehrenbürger, getreten ist.

Ich kann nur betonen, daß dieses Bureau der Gemeinde insbesondere beim letzten Kündigungstermin in ungemein aufopfernder Weise tätig war, um sich ergebende Konflikte zwischen Mietern und Hausherren nach Möglichkeit zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Als eine der wichtigsten Aufgaben zur Linderung des durch den Krieg hervorgerufenen Notstandes erschien die Schaffung von Verdienst- und Arbeitsgelegenheit. Der Wiener Stadtrat hat beschlossen, alle Arbeiten der Gemeinde, soweit überhaupt Unternehmer vorhanden sind, fortzusetzen. Wir haben eine ganze Liste von Notstandsarbeiten zusammengestellt, welche sukzessive zur Ausführung kommen werden.

Heute ist eine Reihe von städtischen Arbeiten im Gange, bei welchen 2935 Arbeiter, darunter 166 Aufseher, 914 qualifizierte Arbeiter, 1772 Hilfsarbeiter und 83 jugendliche Arbeiter beschäftigt werden. Ich habe ferner eine ganze Anzahl von Lieferungen vergeben; ich erwähne als größte Lieferung die an Siemens-Schuckert im Betrage von $1^1/_2$ Millionen Kronen, um den Betrieb dieser großen Firma, welche mehrere tausend Arbeiter beschäftigt, auch während der Kriegsdauer aufrechthalten zu können. (Allseitige Zustimmung.)

Wir haben auch unserer kleinen Leute gedacht (Lebhafte Rufe: Bravo!) und angeordnet, daß die Lieferungen für die Armenlotterie schon jetzt hinausgegeben werden; eventuell werden wir auch Vorrat ankaufen, um gerade dem Teil des Gewerbes, der am schwersten betroffen ist, das ist das kleine Kunstgewerbe, halbwegs einen Verdienst zu sichern.

Ich habe bei der Donauregulierungs-Kommission mit Unterstützung der autonomen Vertreter der Gemeinde und des Landes durchgesetzt, daß ein Kredit von 3 Millionen für eine Notstandsarbeit bewilligt wurde, welche in der Herstellung des alten Niveaus des linken Donauufers bestand.

Bei den städtischen Straßenbahnen, wo mehr als die Hälfte des Personals zum Kriegsdienste einberufen wurde, haben wir 2000 Neuaufnahmen durchgeführt.

Ich habe ferner die Ergebnisse der Arbeitsvermittlung in unserem städtischen Dienst- und Arbeitsvermittlungsamte zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Vom 1. August — ich wiederhole vom 1. August — bis inklusive 21. September 1914 wurden vermittelt, und zwar:

Erdarbeiter in der Zeit vom 1. August bis 20. September . . . . . 19.010 Personen,

in den verschiedenen Abteilungen der Arbeits- und Dienstvermittlung in der gleichen Zeit . . . . . 21.210 „

daher in Summa . 40.220 Personen.

Ich glaube, wir können wohl mit Genugtuung diese Zahlen begrüßen, weil einer großen Zahl von Personen Arbeitsgelegenheit und Verdienst geboten wurde. (Lebhafte Zustimmung.) Aber, meine Herren! Wir stehen noch immer vor der Tatsache, daß Tausende arbeitslos sind und daß, wenn gewisse Erdarbeiten zu Ende geführt sein

Amtsblatt der Stadt-Wien. 111
25/9. 1914. 22

Gemeinderats-Sitzung.

erden, eine Rückstauung von Arbeitslosen erfolgen wird. Wir aben auch den 1. Oktober als Stichtag vor uns, wo etliche usend Handelsangestellte und Mitglieder der Intelligenzberufe stenlos werden. Ich habe es daher als meine Pflicht erachtet, ch die öffentliche Ausspeisung im großen Stile vorzubereiten, nd es sind alle Vorkehrungen getroffen, damit wenigstens der rößte Teil jener, an die gedacht werden kann, durch öffentliche usspeisung befriedigt werde. Die öffentliche Ausspeisung hat ereits in verschiedenen Bezirken begonnen und wir mußten insesondere für die galizischen Flüchtlinge sorgen, welche aus dem aume des Kriegsschauplatzes, viele ohne Habe und nur notürftigst bekleidet, nach Wien gekommen sind. Über diese Verältnisse zu sprechen, ist heute nicht am Platze, es wird aber ie Zeit kommen, wo darüber gesprochen werden wird.

Ich fühle mich auch verpflichtet, an dieser Stelle der Frau es Statthalters Frau Baronin Anka Bienerth den herzichsten Dank dafür auszusprechen, daß sie in aufopferungsollster Weise durch Sammlungen für die öffentliche Ausspeisung orgt.

Wie mir heute mitgeteilt wurde, hat die im Vereine mit meiner Frau initiierte Aktion des schwarz-gelben Kreuzes bereits einen Betrag von 200.000 K als einmalige Gabe und 80.000 K als monatliche Gaben für Kriegsdauer zustande gebracht. (Lebhafter Beifall.)

Die Zentralstelle — ich gebe auch diese Zahlen bekannt — hat bisher 1,621.327 K erhalten, darunter für Ausspeisungszwecke 137.109 K und für Arbeitslose mit spezieller Widmung 7016 K. Letztere ist eine Zahl, die mich zwar nicht befriedigt, man darf jedoch nicht übersehen, daß der Konkurrenzsammlungen schon zu viel werden. (Rufe: Sehr richtig!) Was ich von allem Anfang an mit aller Energie anstrebte: Die Einheitlichkeit der Sammlungen wurde durch Sonderbestrebungen immer und immer wieder eingeschränkt. Ich habe mit vielen reichen Leuten gesprochen, die mir auf meine Frage, warum geben Sie entsprechend Ihrem Vermögen nicht mehr, sagten: Ich weiß ja nicht, was noch an Sammlungen an mich herantreten wird. Es läßt sich eben mancher Tätigkeitsdrang nicht eindämmen. Ich hoffe aber, daß mein Appell, den ich heute an die breiten Schichten des Wiener Publikums richte, gerade für Zwecke der Arbeitslosigkeit und öffentlichen Ausspeisung beizusteuern, nicht ungehört in den Wind verhallen wird.

Für die öffentliche Ausspeisung, sowie für andere Approvisionierungszwecke hat der Stadtrat mir einen Kredit von fünf Millionen Kronen genehmigt; ich nehme an, daß Sie ohneweiters mir dieses Vertrauen zuwenden werden.

In Verfolgung der wirtschaftlichen Erscheinungen, die im Gefolge des Krieges auftauchen, war besonders eine zu beklagen: das war die Kreditnot unserer Industriellen, der mittleren und kleineren Gewerbetreibenden. Wir haben es auch im Stadtrate für notwendig gefunden, hier in zweifacher Richtung helfend einzugreifen.

Wir hielten uns für verpflichtet, an der von der Handels- und Gewerbekammer initiierten Kriegskreditbank teilzunehmen, für welche gestern die gründende Versammlung stattgefunden hat und haben den Betrag von zwei Millionen Kronen als Garantie übernommen, damit diese Bank ins Leben gerufen werden kann.

Ich habe in den Verwaltungsrat dieser Bank drei Mitglieder entsendet, nämlich den Herrn Vize-Bürgermeister Hoß, den Herrn Gem.-Rat Sektionschef Eglauer und den Herrn Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr.

Ich rechne darauf, daß diese drei Herren die Interessen unserer Gewerbetreibenden und überhaupt auch der anderen Stände, die sich an die Kriegskreditbank um Hilfe wenden, mit allem Nachdruck vertreten werden.

Wir haben ferner unseren Kreditverein, der im Anschluß an die Zentral-Sparkassa besteht, mit einer Million gestärkt und ich hoffe, daß auf diese Weise wenigstens so weit als möglich der Geldnot der Gewerbetreibenden — und da denke ich insbesondere an den 1. November als das Zinsquartal — abgeholfen werden wird. (Beifall.)

Wir haben auch die städtische Berufsvormundschaft dotiert und eine städtische Auskunftei für möblierte Wohnungen und Zimmer eingerichtet.

Wir haben auch einige Schritte getan, welche nicht von Erfolg begleitet waren. Der Antrag, den ich der Regierung unterbreitet habe — sowohl auf Grund des Beschlusses des Stadtrates, wie der Obmänner-Konferenz — nämlich auf Aufhebung oder wenigstens Herabsetzung der Getreidezölle hat infolge des Widerstandes der ungarischen Regierung keinen Erfolg gehabt.

Wir haben neuerlich an die Regierung [illegible]gitte gerichtet, die Verzehrungssteuer auf Wild aufzuheben. Wir haben uns bereits im Stadtrate dahin geeinigt, daß wir Ihnen den Antrag unterbreiten, auf die städtischen Zuschläge zur Verzehrungssteuer auf Wild zu verzichten, wenn der Staat mit gutem Beispiel vorangeht. Wir glauben nämlich, daß gerade dadurch, daß einer Reihe von Wildbretgattungen der Export nach Frankreich und England, der in Friedensjahren in schweren Mengen dorthin ging, unterbunden ist, ein Volksnahrungsmittel geschaffen werden kann, und zwar einerseits für die Gegenwart, daß aber anderseits auch in unseren Kühlanlagen Reservevorräte für künftige Fälle aufgespeichert werden können.

Ich kann nicht leugnen, daß sich im städtischen Verkehrswesen arge Schwierigkeiten ergeben haben. Mir tut es außerordentlich leid, daß tatsächlich der Verkehr reduziert werden mußte und ich bitte die ganze Wiener Bevölkerung um Entschuldigung, daß auch sie durch unser Verkehrswesen zu Kriegsopfern gezwungen wird. Allein, wenn die Hälfte des Personals einberufen wird, so können wir die Neuaufgenommenen nicht sofort in Dienst stellen.

Ein Motorführer bedarf einer sechswöchentlichen Abrichtung. Ich kann also nicht den von der Straße Übernommenen sofort zum Motor stellen. Ich bin ja auch für die Sicherheit des Publikums verantwortlich. Anderseits hat die General-Inspektion der österreichischen Eisenbahnen ganz bestimmte Vorschriften, die auch in Kriegszeiten befo'gt werden müssen. Ich hoffe aber, daß sich die Verhältnisse allmählich bessern werden. Seit Mitte September ist schon ein Teil der Neuaufgenommenen abgerichtet und in den Dienst gestellt worden. Ich glaube also, daß sich die Sache soweit als möglich geben wird.

Ich gebe auch ohneweiters zu, daß sich mit den ausgegebenen Freikarten gewisse Mißbräuche ergeben haben und daß mancher Wagen der elektrischen Straßenbahn mit Passagieren gefüllt war, die mißbräuchlich Freikarten haben.

Ich habe für Freitag eine Sitzung einberufen, um diese Angelegenheit zu besprechen und habe auch den Militärkomman-

Amtsblatt der Stadt-Wien. IV 23
25/9. 1914.

Gemeinderats-Sitzung.

anten von Wien Exzellenz Wikulill zu dieser Besprechung ingeladen, damit es endlich aufhört, daß jeder Feldwebel des Militärkommandos Freikarten für die städtischen Straßenbahnen usstellen kann.

Die Straßenbahnen haben in der Kriegszeit eine neue Funktion übernommen, das ist die Beförderung von Waren. Wir haben in Stammersdorf eine Überladestelle von den Landesbahnen errichtet und führen nun in den Frühstunden Gemüse, Kartoffel u. s. w. direkt auf den Naschmarkt und in die Viktualienhalle. Außerdem haben wir vom Militärärar die Verpflichtung übernommen, Wagenzüge zur Nordwestbahn einzurichten. Ich muß aufrichtig gestehen, daß das eine der Einrichtungen sein wird, die wir in die Friedenszeit übernehmen werden. (Zustimmung.) Dadurch tritt ein neuer Zug in das Approvisionierungswesen unserer Stadt. (Beifall.)

Noch eine andere Funktion hat die Straßenbahn übernommen, nämlich den Transport von Verwundeten. Eine große Anzahl von Wagen ist in den Dienst dieser Sache gestellt worden und ich muß hier den Beamten, welche bei Tag und Nacht in aufopferungsvoller Weise diesen Dienst versehen, den besten Dank und die Anerkennung aussprechen.

Was die sonstigen sanitären Maßnahmen anlangt, so ergeben sie sich aus der Natur der Sache.

Wir mußten zahlreiche Schulen für Spitalzwecke zur Verfügung stellen. Wir haben uns dieser Verpflichtung nicht entschlagen. Ich habe aber als Bürgermeister auch die Pflicht, nicht nur für die verwundeten Soldaten, die aus dem Krieg heimkehren, zu sorgen, mir obliegt auch die Sorge, daß die Zivilbevölkerung, woran immer sie krank wird, noch Unterkunft in den Spitälern findet.

Wir wollen das Versorgungsheim teilweise evakuieren, um wenigstens einen Pavillon des Versorgungsheims, nachdem wir den Pavillon I den Verwundeten zur Verfügung gestellt haben, für die Zivilbevölkerung zu erhalten.

Außerdem gehe ich daran, für den Fall des Auftretens von Infektionskrankheiten Spitalbaracken zu bauen. Der Stadtrat hat hiefür einen Kredit von einer Million Kronen bewilligt und ich bitte ebenfalls um Ihre Genehmigung.

Auf diese Weise wollen wir neue Betten schaffen, um unserer Pflicht, der Fürsorge für die Kranken, zu entsprechen.

Wir haben auch pietätvoll derer gedacht, die im Kampfe um das Vaterland um ihr Leben gekommen sind, und Sie werden mir gewiß zustimmen, daß die Gemeinde ihre Pflicht tut, wenn sie den gefallenen Soldaten eine gemeinsame Ehrenbegräbnisstätte am Zentral-Friedhofe einräumt. Es ist selbstverständlich, daß nicht nur unsere Wiener, die im Felde gefallen sind, daß nicht nur die österreichisch-ungarischen Soldaten, die ihren Wunden in Wien erliegen, dort ihre Ruhestätte finden, sondern es ist selbstverständlich, daß die Gemeinde Wien auch den Soldaten unserer verbündeten Armee, den reichsdeutschen Soldaten, dasselbe Recht eingeräumt hat. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben eine Reihe von Subventionen bewilligt. Sie haben dieselben im Verzeichnisse aufgezählt. Teils sind dieselben für kriegshumanitäre Zwecke, teils für Zwecke, welche die Sicherung von Wien durch die landsturmpflichtigen Korporationen beinhalten, bestimmt. Diese Beschlüsse, welche Sie in dem Verzeichnisse haben, wurden in der von mir eingerichteten Obmännerkonferenz für genehm gehalten und ich kann hier den Vertretern der drei Parteien des Gemeinderates, welche Vertreter in die Obmännerkonferenz entsendet haben, für ihre loyale Bereitwilligkeit, den Bürgermeister zu unterstützen, nur den besten Dank aussprechen. (Lebhafter Beifall.)

Im Sinne des Gemeindestatutes obliegt es Ihnen nunmehr, alle diese Verfügungen und Beschlüsse nachträglich zu genehmigen.

Die Zeiten sind aber auch solche, daß kaum an eine regelmäßige Tätigkeit des Gemeinderates gedacht werden kann. Ich muß Sie daher bitten, auf Grund eines Stadtrats-Beschlusses und auf Grund des Beschlusses der Obmännerkonferenz mir die Ermächtigung zu erteilen, alle in der Gemeindeverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Beziehung, unter meiner Verantwortung zu treffen und für alle diese Verfügungen in einem mir geeignet erscheinenden Zeitpunkte, spätestens aber nach Aufhören des Kriegszustandes, die nach dem Gemeindestatute erforderliche kompetenzmäßige Genehmigung zu erwirken.

Ich habe Ihnen nur in Kürze eine resümierende Darstellung der Tätigkeit des Bürgermeisters, der Vize-Bürgermeister und des Stadtrates unterbreiten können.

Meine Herren, wenn ich Ihnen aufzählen wollte, wie viel tausend Angelegenheiten sich in der Zeit vom 1. August bis heute im Rathause abspielten, so würde das Bände füllen. Ich kann nur sagen, daß wir bemüht waren, der Allgemeinheit zu nützen und den Einzelnen zu helfen. Ich spreche daher meinen treuen Freunden, den Herren Vize-Bürgermeistern und den Herren Stadträten und (mit erhobener Stimme fortfahrend) allen Gemeinderäten meinen herzlichsten Dank aus.

Ich bitte, aber auch zu gestatten, daß ich allen Beamten, welche in dieser Zeit hingebungsvoll gedient haben, den Dank ausspreche. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir wollen mit Gottes Hilfe die Sache weiterführen. Ich kann nur sagen: Kopf hoch! Wir wollen uns bemühen, das Vertrauen der Bevölkerung in das Rathaus zu verdienen.

Ich bitte um die Annahme der Anträge. (Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Frankfurter Zeitung
7./X. 1914.

24

Stadtverordneten-Versammlung und Kriegskommission.

Im Hause Limpurg herrscht seit langer Zeit Ruhe. Das Einzige, was man von ihm hört, ist seit Wochen die ständige Notiz: „Nächste Woche findet keine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung statt." Aber eine Stadtverwaltung soll nimmer stille stehen, auch in den schwersten Zeiten nicht. Die Stadt bildet einen Organismus, der ständig arbeiten muß, um vorwärts zu kommen. So war es auch 1870/71; damals hat in Frankfurt die Stadtverordneten-Versammlung regelmäßig getagt. Ein regelmäßiges Zusammentreten der Bürgervertretung ist notwendig und ersprießlich. Es wirkt auch beruhigend auf die Bürgerschaft, deren Aufmerksamkeit beizeiten auf das gelenkt wird, was im neuen Haushaltsplan seinen Ausdruck finden wird und muß.

Ein erheblicher Teil der Obliegenheiten der Stadtverordneten-Versammlung wird gegenwärtig von der am 3. August d. J. niedergesetzten Gemischten Kommission für die Kriegsfürsorge ausgeübt. Diese Kommission, deren Arbeit und Fürsorge nicht unterschätzt werden soll, ist übrigens gar nicht so zusammengesetzt, wie es sein sollte, denn nach dem gemeinsamen Beschlusse der städtischen Behörden (§§ 762 bis 763 der Stadtverordneten-Protokolle) sollte sie aus je 9 Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bestehen. Einer gemischten Deputation kann die Erledigung vorübergehender Aufträge zugewiesen werden, ihre Rechte kann ihr aber die Stadtverordneten-Versammlung nicht übetragen und sie hat es auch nicht getan.

Auf Antrag des Magistrats wurde am 3. August ein Betrag bis zu 2 Millionen Mark für die in nächster Zeit infolge des Kriegszustands im Interesse der Bevölkerung erforderlich werdenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Zur Verausgabung der bewilligten Summe sollte die Zustimmung der Gemischten Kommission eingeholt werden. Nun hieß es kürzlich u. a., die Kommission habe zugestimmt, daß die beschlossene Erhöhung der Gehälter und Löhne vorerst nicht in Kraft treten solle. Diese Maßnahme ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen gewiß angebracht; sie hätte aber unseres Erachtens der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung bedurft, die sicher gegeben worden wäre.

Nun werden neuerdings wieder einige Beschlüsse der Gemischten Kriegskommission veröffentlicht, die unserer Ansicht nach über den Kreis ihrer Befugnisse hinausgehen, beispielsweise der Beschluß über Verwendung von Einkünften der Schmeyschen Stiftung. Ferner sei auf die Bewilligung von 50 000 Mk. für die Notleidenden in Elsaß-Lothringen hingewiesen. Die 2 Millionen Mark sind nur im Interesse der Frankfurter Bevölkerung bewilligt worden, für andere Inanspruchnahme bedarf es besonderen Auftrags, wie es beispielsweise in Bezug auf die Unterstützung Ostpreußens geschehen ist. Nicht die Höhe der Summe sei beanstandet, auch das Doppelte würde man gern geben. Aber die Bewilligung ist Sache der Stadtverordneten-Versammlung. Ihre Zustimmung einzuholen, wäre auch schon deshalb angebracht gewesen, weil hinter der Zuwendung dann auch der ausdrückliche Wille der Vertretung der Bürgerschaft gestanden hätte und so neben die materielle Hilfeleistung eine nicht zu unterschätzende ideelle getreten wäre: der Ausdruck der Sympathie und Dankbarkeit, die wir für unsere Brüder in Elsaß-Lothringen in dieser Zeit schweren Kampfes ganz besonders empfinden.

Fremdenblatt
9./X. 1914.

25

Städtische Chronik.

(Die Gemeindeverwaltung während des Krieges.) Vor Beginn der gestrigen Stadtratssitzung brachte Vizebürgermeister Rain folgende Zuschrift der Statthalterei zur Kenntnis des Stadtrates: „Der vom Gemeinderate der Stadt Wien in der Sitzung vom 22. September d. J. gefaßte Beschluß, für die Dauer des Kriegszustandes den Bürgermeister zu ermächtigen, alle in der Gemeindeverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Beziehung unter seiner Verantwortung zu treffen und für sie in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte, spätestens aber nach Aufhören des Kriegszustandes die nach dem Gemeindestatute erforderliche kompetenzmäßige Genehmigung zu erwirken, wird genehmigend zur Kenntnis genommen."

Reichspost
20./X. 1914.

26

* **Siegesstraßen in Berlin.** Aus Berlin, 19. d., wird uns gemeldet: Der Berliner Magistrat beschloß, die während des Krieges zur Vollendung kommenden neuen Straßen der Reichshauptstadt nach den Hauptorten der deutschen und österreichischen Siege und nach hervorragenden Heerführern Deutschlands und Oesterreichs-Ungarns zu benennen.

Fremdenblatt
22./X. 1914.

* **(Ein Hohenzollernplatz in Baden.)** Aus Baden, 21. d., wird uns gemeldet: Ueber Antrag des Gemeinderates Hölzl faßte der hiesige Gemeindeausschuß in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß, „zu Ehren unseres treuen Bundesgenossen" den Weikersdorfer Rathausplatz „Hohenzollernplatz" zu benennen.

Frankfurter Zeitung
25./XII. 1914.

28

Die Rechte der Stadtverordneten-Versammlung.

Wir haben uns vor kurzem mit der Kriegskommission und deren Kompetenzen beschäftigt und kommen heute auf das zweite Thema zurück, da diese Kommission sich Rechte zuerkennt, die der Stadtverordneten-Versammlung obliegen. Dagegen ist im Interesse der Selbstverwaltung Einspruch zu erheben. In anderen Städten sind auch Kriegskommissionen niedergesetzt worden, die in Gemeinschaft mit dem Magistrat über der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung zu unterbreitende Vorlagen beraten; hier aber verfügt die Kommission selbständig.

Am 3. August ds. Js. wurde auf Antrag des Magistrats von der Stadtverordneten-Versammlung ein Betrag bis zu zwei Millionen Mark für die in nächster Zeit infolge des Kriegszustands im Interesse der Bevölkerung erforderlich werdenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt und gleichzeitig eine aus je neun Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bestehende gemischte Kommission eingesetzt, deren Zustimmung zur Verausgabung der bewilligten Summe eingeholt werden sollte. Der Kommission wurde gleichzeitig die Berechtigung zuerkannt, zu den Beratungen der von ihr einzusetzenden Unterkommissionen hilfsbereite Männer und Frauen zuzuziehen. Ueber die besonderen Befugnisse der Kriegskommission verlautete in der erwähnten Sitzung kein Wort, wohl aber sagte der Oberbürgermeister, es werde der Stadtverordneten-Versammlung wohl angenehm sein, mit dem Magistrat und der Verwaltung über die zu treffenden Maßnahmen in dauernder Fühlung zu bleiben.

Die dauernde Fühlung hat darin bestanden, daß der Magistrat den Stadtverordneten unter dem 28. August einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen erstattete, in dem auch die Tätigkeit der Kriegskommission geschildert wurde. Kaum ein Gebiet der Verwaltung ist ihrer Fürsorge entrückt, sie ist ein richtiger Wohlfahrts-Ausschuß geworden. Als am 28. Oktbr. das Geld zur Neige gegangen war und weitere drei Millionen notwendig wurden, ließ sich der Magistrat wiederum vernehmen. Er gab die ganzen Ausgaben nur in großen Summen an und vermied es sorgfältig, auf Einzelheiten einzugehen. Das taten auch die Stadtverordneten, sie stritten über die Höhe des städtischen Zuschusses zu den Reichs-Unterstützungssätzen, für die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Stadtverordneten-Versammlung erhob sich keine Stimme.

Nach Verlauf von zwei Monaten hört man dann wieder einmal etwas von der Kriegs-Kommission, und zwar durch Veröffentlichungen in der Presse. Die Kommission hat Mark 50 000 für die Hindenburg-Spende für das Ostheer bewilligt, ferner Gelder für den Mittelrheinischen Pferdezuchtverein, für den Verein zur Pflege armer Kranker aller Konfessionen usw. Gegen die Verwendungszwecke dieser Gelder an sich ist kein Einwand zu erheben, wohl aber dagegen, daß sie von der Kriegskommission bewilligt werden. Dazu hat sie kein Recht und der Magistrat ist nicht berechtigt, die Gelder auf Grund dieser Bewilligung zu verausgaben. Er muß die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung einholen. Die fünf Millionen, bei deren Verausgabung die Zustimmung der Kriegskommission erforderlich ist, sind bewilligt für die infolge des Kriegszustands im Interesse der Frankfurter Bevölkerung erforderlich werdenden Maßnahmen. Unter diese aber fallen die erwähnten Ausgaben nicht.

Wir leben zwar in außergewöhnlichen Zeiten, aber es besteht keine Notwendigkeit, die verfassungsmäßigen Rechte der Stadtvertretung aufzugeben. Sie sind festgelegt in § 72 des Gemeinde-Verfassungsgesetzes, in dem wörtlich steht: „Ausgaben, welche außer dem Etat geleistet werden, bedürfen der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung." Dieses Rechtes kann sich die Stadtverordnetenversammlung nicht begeben und niemand ist befugt, es ihr streitig zu machen. Eine Behinderung der Stadtverordnetenversammlung, ihres Amtes zu walten, die allenfalls als Erklärung oder Entschuldigung dienen könnte, liegt nicht vor. Gerade der Ernst der Zeiten verlangt, daß mit aller Strenge auf die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte, die auch die der Bürgerschaft sind, gesehen wird.

Die Zeit
25./XII 1914.

29

Die städtischen Unternehmungen und der Krieg.

Von den städtischen Unternehmungen haben die Straßenbahnen und die Stellwagenunternehmung durch den Krieg am meisten gelitten. Zunächst wurde die Hälfte des Straßenbahnpersonals, nämlich 6000 Mann, infolge ihrer Einberufung dem Verkehrsdienst entzogen. Man hat zwar wieder zirka 3000 neue Straßenbahner aufgenommen, aber die Leute mußten erst wieder den Dienst kennen lernen. Da der Nachtverkehr überhaupt sehr abgenommen hat und infolgedessen um eine Stunde früher schließt, wird sich die Einnahmeziffer der Straßenbahn heuer sehr verringern. Auch die städtische Stellwagenunternehmung hat durch den Krieg eine große Einbuße erlitten, denn viele Autoomnibusse wurden für Kriegszwecke requiriert und dadurch der Verkehr eingeschränkt. Für die Elektrizitäts- und Gaswerke der Stadt Wien wird sich der Krieg weniger fühlbar machen, denn Licht und Kraft braucht die Großstadt nach wie vor, wenn auch ein wenig gespart wird. Im Brauhaus der Stadt Wien wird übrigens sogar jetzt mehr Bier erzeugt und verkauft als früher.

Amtsblatt der Stadt Wien
29./XII. 1914.

30

6.

Die magistratischen Bezirksämter sind selbständige politische Bezirksbehörden.

Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 4. November 1914, Nr. 10613 (M. B. A. IV, 407/1/I):

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers!

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat unter dem Vorsitze des k. k. Ersten Präsidenten Marquis Bacquehem, in Gegenwart der Räte des k. k. Verwaltungsgerichtshofes: Dr. Schimm, Freiherrn v. Weiß, Dr. Weingarten und Dr. Ritter v. Kamler, dann des Schriftführers k. k. Ministerial-Konzipisten Edlen v. Neupauer, über die Beschwerde des Gremiums der konzessionierten Drogisten Niederösterreichs in Wien gegen die Entscheidung des k. k. Handelsministeriums vom 15. Dezember 1913, Z 39775, betreffend die Zurückweisung eines Rekurses in Angelegenheit der dem E. S. erteilten Konzession, nach der am 4. November 1914 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung, und zwar nach Anhörung des Vortrages des Referenten sowie der Ausführungen des Dr. Emil Heller, Hof- und Gerichtsadvokaten in Wien, in Vertretung der Beschwerde und der Gegenausführungen des Dr. Richard Leipen, Hof- und Gerichtsadvokaten in Wien, als Vertreters des mitbeteiligten E. S. in Wien zu Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Mit der angefochtenen Entscheidung wurde der Rekurs des Gremiums der konzessionierten Drogisten Niederösterreichs in Wien gegen die Statthalterei-Entscheidung vom 30. September 1913, Z. 1440, betreffend die Erteilung einer Konzession zum Verkaufe von Giften und von zu arzneilicher Verwendung bestimmten Stoffen und Präparaten an E. S. als verspätet zurückgewiesen, weil der Ministerialrekurs ungeachtet der richtigen Rechtsmittelbelehrung beim magistratischen Bezirksamte für den II. Bezirk in Wien statt beim magistratischen Bezirksamte für den IV. Bezirk in Wien eingebracht und erst nach Ablauf der Rekurspflicht an das magistratische Bezirksamt für den IV. Bezirk, welches in erster Instanz entschieden hatte, gelangt sei.

Die Beschwerde bekämpft diese Entscheidung als gesetzwidrig, weil die Bezirksämter nicht selbständige Ämter, sondern nur Verwaltungs-Abteilungen des Magistrates seien und daher ein Rekurs auch dann als bei der richtigen Überreichungsstelle eingebracht anzusehen sei, wenn er bei einem anderen Bezirksamte als jenem überreicht worden sei, das in der Sache in erster Instanz entschieden hat.

Diese Anschauung der Beschwerde konnte der Gerichtshof nicht als zutreffend erkennen.

Nach § 102 des Wiener Gemeindestatutes in der Fassung des Gesetzes vom 28. Dezember 1904, L.-G.-Bl. Nr. 1 ex 1905, bestehen in den Bezirken magistratische Bezirksämter, welche in den Bezirken dem Magistrate zugehörige Angelegenheiten selbständig namens des Bürgermeisters, beziehungsweise des Magistrates und unter dessen Überwachung besorgen. Jedes Bezirksamt hat, wie aus der Bestimmung des 3. Absatzes des § 102 hervorgeht, sein eigenes Personal, es hat auch zweifellos jedes dieser Bezirksämter seine eigenen Kanzleieinrichtungen und sein eigenes Einreichungsprotokoll.

Nach dieser den Bezirksämtern zukommenden Organisation kann mit Recht nicht behauptet werden, daß die einzelnen Bezirksämter nicht als selbständige Ämter anzusehen seien. Vielmehr ist das Bezirksamt in jenen Angelegenheiten der politischen Verwaltung, welche ihm nach der Geschäftsordnung zugewiesen sind, als politische Bezirksbehörde anzusehen. Wenn also ein Bezirksamt in einer Angelegenheit als politische Bezirksbehörde in erster Instanz entscheidet, so ist der Rekurs gegen diese Entscheidung nach § 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1896, R.-G.-Bl. Nr. 101, eben bei diesem Bezirksamte einzubringen. Dies entspricht auch der ratio dieser gesetzlichen Bestimmung; denn die Anordnung, daß Rekurse bei jener Behörde einzubringen sind, welche in erster Instanz entschieden hat, verfolgt offenbar den Zweck, daß jene Behörde, welche zur Durchführung der Entscheidung berufen ist und sich in der Regel auch im Besitze der Verhandlungsakten befindet, von der Einbringung des Rekurses rechtzeitig Kenntnis erhält und daß ein solches Rechtsmittel ohne weitere, durch Requisition der Akten hervorgerufene Verzögerungen zur Entscheidung an die zuständige Rekursbehörde geleitet werden kann.

Gegenüber der Einwendung der Beschwerde, daß jedes magistratische Bezirksamt, bei welchem der Rekurs unrichtig überreicht worden ist, verpflichtet wäre, unverzüglich den Rekurs an die richtige Überreichungsstelle zu leiten, hat der Gerichtshof an der wiederholt und insbesondere im Erkenntnisse vom 2. Oktober 1907, Z. 8914, Nr. 5390 A, ausgesprochenen Rechtsanschauung festgehalten, daß eine derartige Verpflichtung für die Behörden nicht besteht.

Endlich ist die Behauptung, daß die Statthalterei-Entscheidung die Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes in der Sache bestätigt habe, daß es sich also um zwei gleichlautende Entscheidungen gehandelt hat, und daß die Rechtsmittelbelehrung, welche einen Rekurs ans Handelsministerium eingeräumt habe, unrichtig gewesen sei, direkt aktenwidrig, denn die Statthalterei hat in Abänderung der Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes dem E. S. die Konzession erteilt.

Die Beschwerde war daher zur Gänze abzuweisen.

Neues Wiener Tagblatt
31./XII 1914.

(Die magistratischen Bezirksämter sind selbständige Behörden.) Der Verwaltungsgerichtshof hat in einem in den letzten Tagen den Parteien zugestellten Erkenntnis eine bemerkenswerte Entscheidung über die Wiener magistratischen Bezirksämter gefällt. Ein Rekurs des Gremiums der konzessionierten Drogisten Niederösterreichs gegen eine Konzessionserteilung war von der Statthalterei als verspätet zurückgewiesen worden; die Verzögerung war dadurch hervorgerufen worden, daß der Rekurs bei einem andern als demjenigen magistratischen Bezirksamte, welches in erster Instanz entschieden hatte, überreicht worden war. Der Verwaltungsgerichtshof (Vorsitzender Erster Präsident Marquis Bacquehem) hat die Beschwerde, welche den Standpunkt vertrat, daß die magistratischen Bezirksämter nicht selbständige Aemter, sondern Abteilungen des Magistrats seien, als unbegründet abgewiesen. Die Begründung lautet: Nach § 102 des Wiener Gemeindestatuts in der Fassung des Gesetzes vom 28. Dezember 1904 bestehen in den Bezirken magistratische Bezirksämter, welche in den Bezirken dem Magistrat zugehörige Angelegenheiten selbständig namens des Bürgermeisters, beziehungsweise des Magistrats und unter dessen Bewachung besorgen. Jedes magistratische Bezirksamt hat, wie aus der Bestimmung des 3. Absatzes des § 102 des Wiener Gemeindestatuts hervorgeht, sein eigenes Personal, es hat auch zweifellos jedes dieser Bezirksämter seine eigenen Kanzleieinrichtungen und sein eigenes Einreichungsprotokoll. Nach dieser den Bezirksämtern zukommenden Organisation kann mit Recht nicht behauptet werden, daß die einzelnen Bezirksämter nicht als selbständige Aemter anzusehen seien. Vielmehr ist das Bezirksamt in jenen Angelegenheiten der politischen Verwaltung, welche ihm nach der Geschäftsordnung zugewiesen sind, als politische Bezirksbehörde anzusehen. Wenn also ein Bezirksamt in einer Angelegenheit als politische Bezirksbehörde in erster Instanz entscheidet, so ist der Rekurs gegen diese Entscheidung nach § 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1896 eben bei diesem Bezirksamt einzubringen. Dies entspricht auch der Ratio dieser gesetzlichen Bestimmung; denn die Anordnung, daß Rekurse bei jener Behörde einzubringen sind, welche in erster Instanz entschieden hat, verfolgt offenbar den Zweck, daß jene Behörde, welche zur Durchführung der Entscheidung berufen ist und sich in der Regel auch im Besitze der Verhandlungsakten befindet, von der Einbringung des Rekurses rechtzeitig Kenntnis erhält, und daß ein solches Rechtsmittel ohne weitere durch Requisition der Akten hervorgerufene Verzögerungen zur Entscheidung an die zuständige Rekursbehörde geleitet werden kann. Gegenüber der Einwendung der Beschwerde, daß jedes magistratische Bezirksamt, bei welchem der Rekurs unrichtig überreicht worden ist, verpflichtet wäre, unverzüglich den Rekurs an die richtige Ueberreichungsstelle zu leiten, hat der Gerichtshof die Rechtsanschauung ausgesprochen, daß eine derartige Verpflichtung für die Behörden nicht besteht.

Fremdenblatt
3./I. 1915

Verschiebung der Gemeindewahlen.

Die Verpflichtung zur aktiven Kriegsdienstleistung schließt einen großen Teil der männlichen, zur Teilnahme an den Wahlen in die Gemeindevertretungen berufenen Bevölkerung für die Dauer der Einberufung von der Ausübung des Wahlrechtes aus. Der Entfall einer so bedeutenden Zahl von Wählern könnte unter Umständen nicht ohne Einfluß auf das Wahlresultat bleiben und zu Wahlergebnissen führen, die der regelmäßigen Struktur der Wählerschaft in keiner Weise entsprechen würden. Sollten daher in allen Gemeinden, in denen die Amtsdauer der Gemeindevertretung zu Ende geht, ohne Rücksicht auf die gegenwärtige außerordentliche Lage Neuwahlen oder Ergänzungswahlen zur Durchführung gelangen, so wäre zu befürchten, daß die Mehrheit der Bevölkerung vielfach den neuen Gemeindevertretungen nach Eintritt normaler Verhältnisse ablehnend gegenüberstünde und daß es zu Reibungen käme, die anhaltende Gegensätze unter den Gemeindemitgliedern auslösen würden. Weiter sind aber auch aktiv dienende Militärpersonen vom passiven Wahlrechte ausgenommen, so daß zahlreiche Mitglieder der Gemeindevertretungen, die bereits auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung tätig waren, nicht neuerlich zu ihren früheren Funktionen berufen werden könnten. Dieser notwendige Verzicht auf die Mitarbeit älterer Gemeindevertretungs-Mitglieder wäre jedoch um so mehr zu bedauern, als voraussichtlich nach Abschluß der Kriegswirren an die Gemeinden mannigfache Aufgaben herantreten werden, deren rasche und zweckmäßige Lösung eine reichere Erfahrung im öffentlichen Leben geradezu voraussetzt.

Allein auch in wahltechnischer Beziehung müßten der Durchführung der Wahlen während des Krieges ernste Schwierigkeiten erwachsen.

Angesichts dieser Sachlage sah sich die Regierung in der Erwägung, daß die Durchführung der Wahlen eine Angelegenheit des vom Staate der Gemeinde übertragenen Wirkungskreises darstellt, veranlaßt, in Uebereinstimmung mit mehrfachen, aus der Mitte der Bevölkerung lautgewordenen Wünschen den in Betracht kommenden Landesstellen entsprechende Weisungen in Absicht auf die Verschiebung der in der nächsten Zeit nach den Bestimmungen der Gemeindeordnungen allenfalls vorzunehmenden Gemeindevertretungswahlen zu erteilen, zumal als je nach den Bestimmungen der betreffenden Gemeindeordnungen ohnedies die im Amte befindlichen Gemeindevertretungen so lange die Geschäfte weiterzuführen haben, als nicht die neu gewählten Gemeindevertretungen bestellt sind.

Tägliche Rundschau
4. I. 1915.

Berlin arbeitet.

Von **Oberbürgermeister Wermuth.**

Berlins Oberhaupt Exzellenz Adolf Wermuth eröffnet das Januarheft des „Kunstfreundes", Zeitschrift der Vereinigung der Kunstfreunde, mit folgender beachtenswerter Betrachtung:

Ein Vorwort für eine Veröffentlichung zu dem Thema „Berlin arbeitet" darf getrost von dem Satz ausgehen: Arbeit ist das Element dieses jungen Weltstadt-Riesen; in ihm fühlt er sich wohl, spürt er seine Kräfte ständig wachsen. Viele unserer großen Städte zeigen in ihrem Treiben eine scharf hervortretende Prägung. Wir finden Städte, die im Zeichen des Luxus, der Eleganz, des frohen Genusses, der Gemütlichkeit, der Kunst, geschichtlicher Vergangenheit, des Klassizismus leben. Die Signatur Berlins ist und bleibt: die Arbeit. Sie ist die Basis der neuen Kultur, die sich die jüngstgeborene unter den Weltstädten schafft, schaffen muß; von alten, wohlgespeicherten Kulturschätzen kann sie noch nicht zehren.

Hier arbeitet das Hirn des großen Reichskörpers, schwingt das Nervenzentrum des preußischen Staates. Was hier an geistiger Arbeit geleistet, was hier gewollt wird, kann Welten in Bewegung setzen. Hier laufen die Fäden der größten Unternehmungen zusammen; Handel und Industrie, Wissenschaft und Technik haben sich in Berlin bedeutsame Mittelpunkte geschaffen, von denen aus sie unablässig über die ganze Erde hin wirken. Berlin ist auch der Sitz selbst einer gewaltigen Zahl großer und kleiner Betriebe, die sich bei der Betriebszählung im Jahre 1907 bereits dem zweiten Hunderttausend näherte.

Daran nun, die Volkskraft der Millionen, die sie bevölkern, zu erhalten und zu vermehren, arbeitet die Stadt ihrerseits. Das Rüstzeug, mit dem diese Aufgabe zu lösen versucht wird, besteht in mehr als fünfeinhalbtausend Berufs- und siebzehntausend Ehrenbeamten (die Gesamtzahl aller Berliner Ehrenbeamten einschließlich der Mitglieder der Steuerkommissionen und der Schiedsmänner beträgt 30 000) und in nahezu achttausend Angestellten und fünfzehntausend Arbeitern, sodann in einem Gemeindegut von weitaus mehr als einer Milliarde und einem jährlichen Betriebsaufwand von mehr als 400 Millionen Mark. Diese Zahlen sprechen beredt von dem Vollmaß an Arbeit, das geleistet werden muß. Und alle diese Kräfte, die in der Berliner Verwaltung am Werk sind, sie arbeiten und schaffen in dieser Zeit, wo der Krieg den Millionenstädten eine große Zahl neuer, schwerer Probleme gebracht hat, in einer nie gesehenen Hochspannung. Mit einem Schlage hat sich die Fürsorge für die Erhaltung unserer Volkskraft gewaltig vergrößert, intensiv und extensiv. Es wird eine Summe neuer Leistungen nötig, die, auf ein Jahr berechnet, etwa mit 100 Millionen Mark zu veranschlagen ist.

In erster Linie stehen die Unterstützungen, die den Familien der Kriegsteilnehmer gewährt werden, um ihnen ihre wirtschaftliche Fortexistenz zu ermöglichen. Die Stadt hat es sich in dieser Richtung angelegen sein lassen, um die aus der Reichskasse fließenden Unterstützungen für die Kriegerfamilien den Lebensverhältnissen der Großstadt anzupassen, Zuschüsse von 100 v. H. aus eigener Tasche zu gewähren. Eine neue Organisation, die mit dreiundzwanzig über die ganze Stadt verteilten Unterstützungskommissionen arbeitet, ist für die Zwecke des Kriegsunterstützungswesens geschaffen worden.

Aber nicht nur die Kriegerfamilien sind in besondere Obhut genommen, auch den Erwerbslosen (den Arbeitslosen, den in Not geratenen Gewerbetreibenden, den Angehörigen freier Berufe) hat sich die städtische Fürsorge zugewandt; in erster Linie: durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit bei den fortgeführten und neu in Angriff genommenen städtischen Bauten; da aber, wo mit diesen Mitteln nicht geholfen werden kann, tritt Unterstützung mit Geld ein. Besondere, den Unterstützungskommissionen angegliederte Kommissionen für Arbeitslosenfürsorge bearbeiten diesen Teil der städtischen Kriegsgeschäfte. Sowohl den Kriegerfamilien wie auch den Erwerbslosen werden endlich, wo es notwendig ist, zum Zwecke der Erhaltung der Wohngelegenheit, und damit die Krieger bei ihrer Rückkehr keine drückenden Mietschulden vorfinden, besondere Mietbeihilfen gewährt. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen geht eine umfassende Speisung Bedürftiger, Erwachsener und Kinder.

Besondere Arbeitsgebiete der Stadt stellen die Kreditfürsorge und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dar. Die öffentlichen Ankäufe erstrecken sich auf Roggen, Weizen, Kartoffeln und die daraus gewonnenen Mehlarten, auf Hülsenfrüchte, Konserven, Heringe und Fleisch; diesem Zweig widmet eine besondere Deputation ihre Arbeit.

In engster Berührung endlich mit dem Krieg steht das, was die Stadt tut auf dem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge, der Einquartierung und der Verwundetenpflege. In den städtischen Anstalten in und außerhalb Berlins haben zurzeit bereits nahezu 4000 deutscher Mitkämpfer Aufnahme gefunden. Auch das städtische Untersuchungsamt und die städtische Desinfektionsanstalt leisten für militärische Zwecke besondere Hilfe. In gleicher Richtung wie die städtische Verwaltung, teils mit, teils neben ihr, arbeiten in unserer Stadt zahlreiche Behörden, Angestellten- und Arbeiterorganisationen und die Vereinigungen der freien Liebestätigkeit. Ja, es arbeitet gesteigert fast jeder einzelne Bürgerhaushalt bis hinunter zu seinen jüngsten Mitgliedern, die ihre kleinen Kräfte, wo sie schon Nützliches zu leisten vermögen, in den Dienst der Sorge für die Krieger und ihre Angehörigen stellen.

All die gesteigerte Arbeit aber, die die Stadt Berlin jetzt — und zwar mit einem durch Heranziehung zum Kriegsdienst erheblich verminderten Personal — zu leisten hat, dünkt jeden, der mithelfen darf, doppelt schön und befriedigend und treibt ihn, das Aeußerste an Kräften einzusetzen. Denn noch nie fühlte sich der Einzelne in so besonderem Maße mit dem Herzen an der Arbeit beteiligt als gerade in dieser ernsten Zeit. So hoffen wir denn, daß, was Berlin an seinem Teil an Kriegsarbeit fördert, dermaleinst wert befunden wird der Arbeit, die Deutschlands heldenmütige Wehr draußen vor dem Feinde tut.

Fremdenblatt
8/I. 1915.

(Die Absperrung von Gartenanlagen zur Nachtzeit.) Die Kommune war schon wiederholt genötigt, Parkanlagen wegen allerlei Unfugs mit Eintritt der Dämmerung abzusperren. Die Reihe der zur Nachtzeit gesperrten Parkanlagen soll nun um eine vermehrt werden. In der Bezirksvertretung Währing stellte nämlich Bezirksrat Kamenicky den Antrag, daß im Interesse der Ruhe und Ordnung der sogenannte „Kaiser Ferdinands-Park" auf dem Währingergürtel, in welchem sich vieles lichtscheues Gesindel aufhält, im Sommer um 10 Uhr und im Winter mit Eintritt der Dämmerung abgesperrt werde. Im Antrage wurde auf die nächtliche Sperrung des Schönborn- und Esterhazy-Parkes hingewiesen, die sich bis jetzt als sehr ersprießlich erwiesen hat. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Zeit
9. I. 1915.

35

Berichte in der Obmännerkonferenz.

Die Rathauskorrespondenz meldet:

Gestern fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des Vizebürgermeisters Dr. Hoß eine Obmännerkonferenz der gemeinderätlichen Parteien statt, in der insbesondere die Mehlfrage einen breiten Raum einnahm. Der Bürgermeister gab eine Darstellung aller Schritte und Maßnahmen der Gemeinde Wien und kam mit Zustimmung aller Anwesenden zu dem Schluß, daß die Gemeinde alles getan habe, was in ihrem Wirkungskreise zur Lösung dieser Frage möglich und zweckdienlich war. Die Verfügungen hinsichtlich der Kohlenversorgung wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister berichtete weiter über den Stand der Gesundheitsverhältnisse in der Wiener Bevölkerung und wies darauf hin, daß nur die Blattern eine steigende Tendenz zeigen und daß bisher von den durch die Gemeinde eingerichteten Impfstationen zu wenig Gebrauch gemacht wurde.

Verkauf von Braunkohle.

In der Obmännerkonferenz brachte der Bürgermeister auch einen Magistratsbericht über den Verkauf von Braunkohle auf dem städtischen Lagerplatz Westbahnhof zur Kenntnis. Nach diesem wurden dort von mittags den 4. bis mittags den 5. d. an 2132 Parteien im ganzen 752·12 Meterzentner verkauft. Von diesen Parteien kauften: 885 je 12½ Kilogramm, zusammen 110·62 Meterzentner, 602 je 25 Kilogramm, zusammen 150·5 Meterzenter; 308 je 50 Kilogramm, zusammen 154 Meterzentner; 337 je 100 Kilogramm, zusammen 337 Meterzentner. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß mehr als die Hälfte (4/7) der verkauften Kohle in ganz kleinen Mengen und der geringere Teil (3/7) in größeren Mengen (a 100 Kilogramm) abgesetzt wurde. Besonders auffallend ist, daß mehr als ein Drittel der Parteien in der geringsten Menge (12½ Kilogramm) eingekauft haben. Nach Angabe des Verkaufspersonals stammen die Käufer nicht nur aus der nächsten Umgebung, sondern kommen auch aus entfernteren Bezirken herbei.

Arbeiterzeitung
10./I. 1915.

36

Eine Obmännerkonferenz über Wiener Fragen.

Gestern fand abermals eine Obmännerkonferenz des Gemeinderates statt. Von den Sozialdemokraten nahmen die Genossen Reumann und Skaret teil. Der Bürgermeister berichtete über die Hilfsaktionen für die durch den Krieg notleidend Gewordenen. Daraus geht hervor, daß der staatliche Unterhaltsbeitrag an 109.317 Familien erteilt wird. Von den Frauen, die nicht des staatlichen Unterhaltsbeitrages teilhaft werden, weil sie etwa im Konkubinat leben 2c., erhalten 2155 Unterhaltsbeiträge aus den Sammelgeldern, die für die Notleidenden aufgebracht wurden. Das Erfordernis für diese Unterstützungen beträgt 118.143 Kronen monatlich. Im Bericht über die sanitären Verhältnisse in Wien wurde mit Befriedigung festgestellt, daß die Cholera im Erlöschen ist. Dagegen weisen Blatternfälle eine Zunahme auf. Zu den schon vorhandenen Fällen kamen 46 Fälle neu hinzu. Davon 36 Fälle in Favoriten nächst dem Epidemiespital. Das lasse auf Verschleppung schließen, die bekämpft werden müsse. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß er bisher vergeblich die Kasernierung des Pflegepersonals und der Aerzte verlangt habe. Die Gemeindesanitätspersonen werden kaserniert und erhalten dafür entsprechende Zulagen. Der Staat unterlasse es, diese Auslagen zu machen. Die Gemeinde hat fünfzig Impfärzte und fünf Epidemieärzte bestellt. Leider werde von der Schutzimpfung von der Bevölkerung noch wenig Gebrauch gemacht. Die Impfstationen seien schwach besucht. Wie notwendig die Schutzimpfung sei, beweise die Tatsache, daß von neunzehn Todesfällen bei Blattern sechzehn an ungeimpften Personen konstatiert wurden.

Der Bürgermeister berichtete auch über die Approvisionierung. Für Kohle seien die Bezugsverhältnisse günstiger geworden. Bei der Mehlfrage besprach er die Wirkung der Höchstpreise und gab eine Uebersicht über die von der Gemeinde erhobenen Forderungen. Jetzt gibt ein Erlaß den amtlichen Stellen bekannt, daß für die Beschaffung von Getreide eine zweieinhalbprozentige Provision an die Mühlen geduldet werde! Es wurde die Requirierung für den Bedarf der Armee besprochen. Dabei ergab sich im Laufe der Debatte die Befürchtung, daß der größte Teil des Bedarfes für die Armee in Mehl und Brotfrüchten in Oesterreich requiriert wurde, wodurch die Approvisionierungsverhältnisse recht wesentlich erschwert werden. Oberkurator Steiner fragte an, wie es um die Nachtragsverordnung zu den Höchstpreisen für Hasen stehe, die zu erlassen der Ackerbauminister versprochen habe. Reumann teilte mit, daß das Ackerbauministerium nach einer Konferenz mit dem Vertreter der Wildbrethändler merkwürdigerweise die Nachtragsverordnung fallen ließ. Im Laufe der Debatte wurde festgestellt, daß bereits alle in den Kühlräumen untergebracht gewesenen Hasen ausverkauft sind und daß in Wien fast kein Hase mehr zu bekommen ist. Hasen werden in Brünn und Prag angekauft, wo keine Höchstpreise normiert sind. Im Laufe der Debatte wurde auf die Knappheit in Petroleum und Reis erinnert.

Vizebürgermeister Rain berichtete über die Forderung nach einer Gebäcksverordnung. Auf eine Anfrage Reumanns wegen der Gebäcksorten antwortete er, daß im Weißgebäck künftig drei Sorten erzeugt werden sollen. Nach einem Referat des Vizebürgermeisters Hoß über provisorische Unterkunftsräume für Vieh am Zentralviehmarkt machte Reumann auf die Viehdiebstähle am Viehmarkt in St. Marx aufmerksam, die sich in letzter Zeit häufen. Er forderte rasche Maßnahmen, die das Eigentum an Vieh den Fleischhauern sichern. Ganz kleine Meister hatten schwere Verluste zu tragen dadurch, daß ihnen gekauftes Vieh gestohlen oder für minderwertiges ausgetauscht wurde. Er forderte, daß den Verlustträgern der erlittene Schaden vergütet werde. Das Ansehen der Stadtverwaltung werde durch solche Vorkommnisse empfindlich geschädigt und die Approvisionierungsverhältnisse werden dadurch sehr ungünstig beeinträchtigt. Vizebürgermeister Hoß versprach Abhilfe. Auch die Gründung einer Darlehenskasse für den Hausbesitz und die Errichtung von Baracken für Verwundete wurden in der Konferenz erörtert.

Neue Freie Presse
27./1. 1915.

[Obmännerkonferenz und Bürgerklub.] Die „Rathauskorrespondenz" meldet: Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand heute eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, in welcher vorerst die Ausweise über die vorhandenen Lebensmittel und deren Preise, der Stand der Zentralstelle, die Statistik der staatlichen Unterhaltsbeiträge und der Bericht des Stadtoberphysikus über die Gesundheitsverhältnisse Wiens vorgelegt wurden. Sodann berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über den Stand der Mehlfrage, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern über andere Approvisionierungsfragen, Obermagistratsrat Konstantin Mayer über die Milchfrage, Obermagistratsrat Dr. August Mayr über Maßnahmen wegen besserer Versorgung der Invaliden, Witwen und Waisen und der Superarbitrierten, schließlich legte Vizebürgermeister Hoß die inzwischen im Stadtrate erledigten, in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Geschäftsstücke der Obmännerkonferenz vor. Die gestellten Anträge fanden einhellige Zustimmung. — Nachmittags fand unter dem Vorsitze des Obmannes Oberkurator Steiner eine außerordentlich zahlreich besuchte Sitzung des Wiener Bürgerklubs statt, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein eingehendes Referat über die seitens der Gemeindeverwaltung getroffenen Maßnahmen erstattete. Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifalle zur Kenntnis genommen. Gemeinderat Doktor Stich stellte nun den Antrag, folgende Resolution zum Beschlusse zu erheben: 1. Der Bürgerklub des Wiener Gemeinderates nimmt den Bericht des Herrn Bürgermeisters mit Befriedigung zur Kenntnis und sagt ihm für seine unermüdliche Tätigkeit und seine zielbewußte und erfolgreiche Aktion auf allen Gebieten der kommunalen Fürsorge in diesen schweren Zeiten herzlichsten Dank. 2. Der Bürgerklub kann nicht umhin, bei dieser Gelegenheit sein Bedauern auszudrücken, daß die k. k. Regierung in der Approvisionierungsfrage, insbesondere aber bei der Versorgung der Bevölkerung mit Getreide, Mehl und Brot, einerseits durch verspätetes, anderseits durch inkonsequentes und schwächliches Eingreifen in die Verhältnisse Schwierigkeiten entstehen ließ, die sonst zu vermeiden gewesen wären. Der Bürgerklub spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die k. k. Regierung endlich rasche und energische Maßnahmen treffe, auf daß die vorhandenen Vorräte in der gesamten Monarchie dem Konsum tatsächlich erschlossen, entsprechend verteilt und einer haushälterischen Verwendung zugeführt werden. 3. Der Bürgerklub fordert, daß die k. k. Regierung dem von der Vertretung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien bereits am 22. Oktober 1914 gestellten Ersuchen wegen zeitgerechter Abänderung des Militärversorgungsgesetzes und der gesetzlichen Bestimmungen über die Versorgung der Witwen und Waisen von Offizieren und Mannschaftspersonen durch geeignete Maßnahmen Rechnung trage. Schließlich fordert der Bürgerklub von der k. k. Regierung, daß auch bezüglich derjenigen Personen, die im Laufe des Krieges dauernd oder zeitlich superarbitriert werden, für ihre Person und ihre Familien bis zu jenem Zeitpunkte, zu dem sie ihren bisherigen Beruf oder mit Rücksicht auf ihre Verwundung einen neuen bürgerlichen Beruf zu ergreifen in der Lage sind, Vorsorge getroffen wird. Die Resolution wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Arbeiterzeitung
28/I. 1915.

38

* **Städtisches Gaswerk.** Der letzten Sitzung des Stadtrates wurde der Verwaltungsbericht und die Bilanz der städtischen Gaswerke für das erste Halbjahr 1914 vorgelegt. Der Gasabsatz war um fast acht Prozent höher als im ersten Halbjahr 1913, obwohl der Verbrauch in Gas zu gewerblichen und industriellen Zwecken nach wie vor durch die geringe Beschäftigung vieler gewerblicher und industrieller Betriebe ungünstig beeinflußt wurde. Dagegen brachten besonders die Wintermonate, die gegenüber dem Vorjahr kälter waren eine wesentliche Erhöhung des Gasverbrauches für Raumheizung. Auch im Haushalt wurde mehr Gas verwendet. Der Absatz an Koks war günstig, für Teer konnten besondere Preise erzielt werden; der Erlös für Ammoniak wurde aber durch den weiteren starken Preisfall auf dem englischen Ammoniakmarkt stark beeinträchtigt. Das wirtschaftliche Gesamtergebnis des Halbjahres ist infolge der besseren Ausnützung der Werksanlagen günstig. Der Gebarungsüberschuß beträgt 2,735.458 Kronen und ist gegenüber dem Voranschlag um 458.348 Kronen größer und auch höher als der halbe Gebarungsüberschuß des Jahres 1913. Die Gesamtzahl der Angestellten betrug am Halbjahrsabschluß 2866; an Gehalten wurden 848.569 Kronen, an Löhnen 2,031.712 Kronen ausbezahlt. Der Gebarungsüberschuß wird folgendermaßen verteilt: Selbstversicherungsreserve 43.000 Kronen, Investitionsauslagen 562.881 Kronen, Tilgung der Anlehen 158.595 Kronen, Remunerierung von Beamten und sonstigen Bediensteten 51.320 Kronen und reiner Gewinn an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien 2,919 662 Kronen.

Fremdenblatt
28/I. 1915.

(Aus dem Verband der freiheitlich-bürgerlichen Gemeinderäte.) In der gestrigen Beratung des Verbandes der freiheitlichen Gemeinderäte erstattete Gemeinderat Dr. Hein Bericht über den Stand der Brot- und Mehlversorgung. Er und die Delegierten des Verbandes seien sowohl in den Obmännerkonferenzen als auch bei den Besprechungen der Parteiobmänner mit dem Ministerpräsidenten und dem Ackerbauminister für die sofortige Aufhebung der Getreidezölle und einheitliche Festsetzung von Höchstpreisen, insbesondere aber für Erhebungen der Getreidevorräte, energische Durchführung der Requisitionen, Organisation der Verteilung in der gesamten Monarchie und für die nötigen Ersparungsmaßregeln eingetreten. Diese Maßregeln sind nun entweder überhaupt noch nicht oder erst zu einer Zeit zur Durchführung gelangt, in welcher sie keine oder nur eine sehr eingeschränkte Wirkung hatten. Nach wie vor fordern wir Beschlagnahme der Vorräte in beiden Reichshälften und organisierte einheitliche Verteilung auf die Konsumenten in Oesterreich und Ungarn.

In der Debatte wurde die Haltung des Obmannes und der Delegierten des Verbandes gebilligt und die Einführung des Getreidehandelmonopols verlangt. Der Verband erörterte hierauf die bei der Handhabung der Präventivzensur zutage getretenen Mängel, die auf Beseitigung dieser Mängel gerichteten Bestrebungen fanden allgemeine Zustimmung. Der Vorsitzende erwähnte, er habe in der letzten Besprechung der Parteiobmänner mit dem Ministerpräsidenten darauf hingewiesen, daß in Deutschland ein aus den Vertretern der hervorragendsten Blätter gebildeter Zensurbeirat bestehe und daß sich hier die Einführung einer ähnlichen Institution zur Vermeidung von Mißgriffen empfehlen würde. Nach einem Berichte des Vorsitzenden wurde die Notwendigkeit der Abänderung des schon 40 Jahre alten Militärversorgungsgesetzes und der Bestimmungen über die Versorgung der Witwen und Waisen von Offizieren und Mannschaftspersonen besprochen und hiebei auch die Forderung aufgestellt, daß die Unterhaltsbeiträge auch während der zeitlichen Beurlaubung ausbezahlt werden sollten, ebenso daß für die Personen und Familien der dauernd oder zeitlich Superarbitrierten während einer gewissen Uebergangszeit bis zur Erlangung einer neuen Beschäftigung Vorsorge getroffen werden sollte. Schließlich teilte der Vorsitzende mit, daß er dem auf dem nördlichen Kriegsschauplatze befindlichen Verbandsmitgliede Bezirksvorsteher Dr. Blasel anläßlich der Beförderung zum Oberleutnant die Glückwünsche des Verbandes übermittelt habe.

Fremdenblatt
10./II. 1915.

Aktionen der Gemeinde Wien.

Die Reform der Militärversorgung. — Approvisionierungsfragen. — Die Portofreiheit der Feldpostbriefe.

In Ausführung der Beschlüsse des Wiener Stadtrates und der Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien begab sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit Dr. v. Wittek und den Gemeinderäten Steiner, Dr. Hein und Neumann zum Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um unter Hinweis auf die unbedingte und dringende Notwendigkeit einer Reform der längst veralteten Normen über die Militärversorgung eine vom wirtschaftlichen Hilfsbureau ausgearbeitete Denkschrift zu überreichen. Nach dem Bürgermeister nahm Dr. v. Wittek das Wort, um in ausführlicher Weise die Denkschrift zu begründen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung sich der Bedeutung dieser Frage wohl bewußt sei, da ja die Bevölkerung, an welche während des Krieges so große Anforderungen gestellt werden, einen Anspruch habe, in allen diesen Belangen beruhigt und gesichert zu werden. Die Regierung habe im Bewußtsein ihrer verantwortungsvollen Aufgaben alles getan, um die tatsächlich rückständige Invalidenversorgung in neue, moderne Bahnen zu leiten und Vorsorge getroffen, daß tatsächliche Mißstände ehestens behoben werden. Der Ministerpräsident bemerkte weiter, daß sich in dieser Frage eine völlige Uebereinstimmung beider Regierungen unserer Monarchie ergebe und daß auch das Kriegsministerium seine Bereitwilligkeit erklärt habe. Er müsse die Frage in zwei Teile trennen, da es wohl kaum möglich sei, den ganzen Komplex der Militärversorgungsfrage jetzt schon zu erledigen. Die Regierung werde sich bemühen, sofort an die Beratung von Gesetzentwürfen zu gehen, welche nach Kriegsschluß dem wieder zusammentretenden Parlament vorgelegt werden können, aber jetzt schon, soweit dies im Verordnungswege möglich ist, entsprechende Normen hinausgeben. Er verkenne nicht, daß die von den Vertretern der Gemeinde Wien vorgeführten Argumente voll zutreffen und er hoffe, daß in kürzester Frist diesen Forderungen Rechnung getragen werden könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte für diese Erklärungen und brachte dann noch Approvisionierungsfragen zur Sprache. Er wies darauf hin, daß die sprunghafte Teuerung auf dem Schlachtviehmarkte zu Besorgnissen Anlaß gebe und die Regierung nötigen werde, entsprechende Verfügungen zu treffen, daß aber auch die Frage der Mehlversorgung rasche und entscheidende Schritte der Regierung erheische.

Der Ministerpräsident versicherte, daß die letztere Frage geradezu die Sorge der Regierung sei und daß er persönlich mit seinem Ressortminister sich bemühen werde, in Budapest mit den Vertretern der ungarischen Regierung die Angelegenheit zu ordnen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte dann noch die in jüngster Zeit erlassenen Verordnungen wegen Einschränkung der Portofreiheit im Verkehre zwischen den Soldaten und ihren Angehörigen zur Diskussion und wies darauf hin, daß nach seinen eigenen Wahrnehmungen die weitestgehende Förderung des brieflichen Verkehres zwischen den im Felde stehenden Soldaten und ihren Angehörigen in der Heimat im Interesse des guten Mutes und der Stimmung der Truppen eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die Deputation bat den Ministerpräsidenten, auf den Handelsminister einzuwirken, daß diese einschränkenden Postverordnungen wieder behoben werden.

Unmittelbar darauf begaben sich die Vertreter der Gemeinde Wien zu dem Kriegsminister Ritter v. Krobatin, um auch hier die oben berührte Frage einer Reform der Militärversorgung vorzutragen. Auch der Kriegsminister gab die Notwendigkeit der geforderten Reform zu, versprach, die Denkschriften der Gemeinde und ihres wirtschaftlichen Hilfsbureaus seiner eingehenden Würdigung zu unterziehen und gab ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, daß es den unmittelbar bevorstehenden Beratungen zwischen dem Kriegsministerium und den beiderseitigen Regierungen gelingen werde, den den Interessen breiter Kreise der Bevölkerung dienenden Wünschen der Gemeinde Rechnung zu tragen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm auch noch Anlaß, das ihm gestern von einer Deputation überreichte Promemoria in Angelegenheit des Häuteankaufes durch die Militärorgane dem Kriegsminister vorzulegen und ihn zu ersuchen, diese Angelegenheit genau prüfen zu wollen. Der Kriegsminister sagte dies zu und beauftragte den Sektionschef Jarzebecki, die Deputation unter Führung des Vorstehers Vieröckl zu empfangen, um noch durch die mündlichen Ausführungen der betreffenden Innungsvorsteher die Sache nach jeder Richtung hin klarzustellen.

Fremdenblatt
25./I. 1915

Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien.

Der Unterhaltsbeitrag. — Die Ausspeiseaktion. — Eine kommunale Sanitätskommission. — Approvisionierungsangelegenheiten.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand gestern eine Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien statt. Der Bürgermeister verlas den Einlauf, daraus geht hervor, daß nun bereits 132.392 Familien in Wien den staatlichen Unterhaltsbeitrag beziehen. Die Zentralstelle leistet in Ergänzung der staatlichen Unterstützungen an 2273 Familien monatliche Beiträge von 125.919 Kronen. Für die öffentliche Ausspeisung wurden bisher 830.559 Kronen verausgabt und der Bürgermeister weist darauf hin, daß die Sammlungen für die öffentliche Ausspeisung unbedingt noch fortgesetzt werden müssen, da bedeutende Mittel insbesondere für den Fall des Kriegsschlusses zweifellos noch benötigt werden, übrigens auch die Steigerung der Lebensmittelpreise die Kosten der öffentlichen Ausspeisung namhaft erhöhe.

Oberphysikus Dr. Böhm und Stadtbaudirektor Goldemund berichteten dann über das im Auftrage des Bürgermeisters ausgearbeitete Projekt für die Errichtung einer Desinfektionsanstalt gegen Flecktyphuserkrankungen. Das Projekt wurde genehmigt und dem Bürgermeister ein Kredit von 50.000 Kronen eingeräumt. Bei der Debatte hierüber brachten Skaret, Reumann und Steiner Klagen über die Verschleppung von Flecktyphus aus den Konzentrationslagern vor. Es wurde einstimmig beschlossen, an die Regierung und die Militärverwaltung heranzutreten, es seien alle Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, um der Verschleppung des Flecktyphus nach Wien vorzubeugen. Ferner wird der Antrag des Gemeinderates Dr. Hein genehmigt, die Militärsanitätsverwaltung zu ersuchen, über die Durchführung der seinerzeit zugesagten Quarantänemaßregeln der Gemeindeverwaltung eingehende Aufschlüsse zu erteilen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete weiter, er habe sich entschlossen, eine Sanitätskommission der Gemeinde Wien zu bilden, welcher die Aufgabe zuzuweisen wäre, für die Dauer des Kriegszustandes der Gemeindeverwaltung als Beirat in allen mit den Kriegserkrankungen in Verbindung stehenden sanitären Angelegenheiten zur Seite zu stehen. Insbesondere soll diese Kommission über Vorkehrungen zur Verhütung der nach dem Epidemiegesetz anzeigepflichtigen Krankheiten beraten. In diese Kommission sollen die Obmänner aller Gemeinderatsparteien, dann die dem Gemeinderate angehörenden Aerzte, der Magistratsdirektor, der magistratische Sanitätsreferent, der Stadtbaudirektor, der Oberstadtphysikus, Delegierte der Aerztekammer, der Gesellschaft der Aerzte, des medizinischen Doktorenkollegiums, der Wiener Bezirkskrankenkasse und der allgemeinen Arbeiter-Krankenunterstützungskasse in Wien berufen werden. Der Bürgermeister wurde ermächtigt, auch noch Delegierte anderer Korporationen und fallweise Fachmänner den Beratungen beizuziehen. Die Anträge des Bürgermeisters wurden einstimmig genehmigt.

Obermagistratsrat Dr. August Mayr berichtete über die kaiserliche Verordnung wegen Regelung des Verkehrs mit Getreide- und Mahlprodukten und über die zur vorläufigen Durchführung dieser Verordnung vom Bürgermeister getroffenen Maßnahmen. An der Debatte beteiligten sich die Gemeinderäte Steiner, Leitner, Reumann, Dr. Hein und Skaret. Es wurde einstimmig beschlossen, die Verfügungen des Bürgermeisters zur Kenntnis zu nehmen, gleichzeitig aber auch an die Regierung die Forderung zu richten, einen genügenden Vorrat von Mehl der Gemeinde für die Zeit des Uebergangsstadiums, nämlich von der erfolgten Sperre bis zur definitiven Verbrauchsregelung zur Verfügung zu stellen, da nach den Berichten des Marktdirektors der überwiegende Teil der mehlverarbeitenden und der mehlhandelnden Geschäftsleute nur auf ganz kurze Zeit versorgt ist und bei einem länger dauernden Uebergangsstadium sich ein schwerer Notstand in Wien einstellen könnte.

Obermagistratsrat Dr. Konst. Mayer berichtete über den Ankauf von Schweinen und Konservierung des daraus gewonnenen Fleisches und Speckes. Magistratsrat Doktor Ehrenberg erstattete ein ausführliches Referat über die Aktion der Gemeinde wegen Verwendung von Baugelände und Oedland zu Zwecken des Gemüse- und Kartoffelanbaues. Auch dieser Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und die Anträge des Referenten genehmigt.

Schließlich erbat sich der Bürgermeister die Genehmigung zur Auszahlung der Bilanzremunerationen für Beamte und Bedienstete der Städtischen Straßenbahnen, der Gaswerke und der Leichenbestattung gegen nachträgliche Genehmigung im Plenum des Gemeinderates, sobald dieser in die Beratung und Beschlußfassung über die Bilanzen der städtischen Unternehmungen eintreten wird.

Reichspost
6./III. 1915.

Gemeinderätlicher Bürgerklub.

Der Bürgerklub trat heute unter dem Vorsitze seines Obmannes Oberkurators Steiner zu einer Beratung zusammen, in welcher zunächst der Vorsitzende die Mitteilung machte, daß GR Vignati sein Mandat niedergelegt hat. Die Mandatsniederlegung wurde zur Kenntnis genommen. Sodann erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Klub in fünfeinviertelstündiger, oft von lebhaften Zustimmungskundgebungen unterbrochener Rede einen ausführlichen Bericht über die Maßnahmen und Verfügungen der Gemeindeverwaltung in den letzten Wochen. Der Bericht wurde einstimmig und unter lebhaften Beifallsbezeugungen zur Kenntnis genommen. Oberkurator Steiner dankte namens des Klubs dem Bürgermeister und schloß mit den Worten: Aus dem klaren und umfangreichen Berichte des Bürgermeisters ersehen wir, welche Unsumme von Arbeiten Tag für Tag im Rathause geleistet werden muß, da immer neue Anforderungen an die Gemeindeverwaltung herantreten und dringend der Erledigung zugeführt werden müssen. Auf den Schultern des Bürgermeisters ruht eine ungeheure Arbeitslast und mit bewunderungswürdiger Tatkraft entledigt sich unser Führer seiner schweren und verantwortungsvollen Aufgaben. Wir glauben, dem Herrn Bürgermeister dadurch unseren schuldigen Dank am besten zum Ausdruck zu bringen, daß wir ihn versichern, daß der Bürgerklub geschlossen und einig wie ein Mann hinter ihm steht und ihn jederzeit kräftig unterstützen wird in seiner Arbeit für das Wohl der Stadt Wien und der Bevölkerung. Den Worten des Bürgerklubobmannes folgten stürmischer Beifall und lebhafte Ovationen für den Bürgermeister.

Fremdenblatt
20./III. 1915.

43

Konferenz der Gemeinderats-Obmänner.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister fand gestern eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. Vorerst machte der Bürgermeister folgende Mitteilungen: Staatliche Unterhaltsbeiträge werden dermalen an 140.924 Parteien gezahlt. In Ergänzung des staatlichen Unterhaltsbeitrages werden aus den Mitteln der Zentralstelle 3220 Personen mit fortlaufenden monatlichen Unterstützungen beteilt. Die Monatsausgaben belaufen sich auf 135.429 Kronen, die Gesamtausgaben bereits auf 576.618 Kronen. Die Ausgaben für die Ausspeisung stellen sich auf 1,053.535 Kronen. Der Bürgermeister gedenkt bei diesem Anlaß des ungemein verdienstvollen Wirkens der Frau Baronin Bienerth und des Schwarz-gelben Kreuz-Komitees, das in unermüdlicher Arbeit 1,206.449 Kronen für den Zweck der Ausspeisung gesammelt hat. Die Meinung, als ob weitere Sammlungen für die öffentliche Ausspeisung überflüssig wären, sei unrichtig, weil die Zahl der Bedürftigen wachse. Für die Näh- und Strickstuben der Frauenhilfsaktion im Kriege wurden 321.066 Kronen ausgegeben. Die Auslagen für die Flüchtlinge belaufen sich jetzt schon auf 8,275.440 Kronen.

Nach einem Referate über die Ergebnisse der Mehlfatierung, über das wir an anderer Stelle berichten, besprach der Bürgermeister noch die Kundmachungen des Magistrats wegen eines Verbotes der Verwendung von Milch zur Erzeugung von Kleingebäck sowie eines Verbotes der sogenannten Ostereier und brachte er einen Erlaß des Ministeriums für Landesverteidigung zur Kenntnis, nach welchem den Angehörigen der Gefallenen, der an einer Krankheit verstorbenen Soldaten und der wegen Invalidität ins nicht aktive Verhältnis Rückversetzten, bis auf weiteres der Unterhaltsbeitrag fortbezahlt wird, sowie einen Erlaß des Kriegsministeriums, der besagt, daß dem Antrag der Obmännerkonferenz, den Nahrungsmittelbedarf für alle Militäranstalten, Spitäler 2c. aus den der Heeresverwaltung zur Verfügung stehenden Vorräten zu decken, nicht Folge gegeben wurde, daher bis auf weiteres die Deckung des Bedarfes für die militärischen Erfordernisse im Hinterland aus den vorhandenen Vorräten des Landes zu erfolgen habe. Schließlich teilte der Bürgermeister noch mit, daß er auch wegen des Verkaufes von Kartoffeln aus den städtischen Vorräten die Einleitungen treffe.

Reichspost
24./III. 1915.

Hauptversammlung des gemeinderätlichen Bürgerklubs.

Unter dem Vorsitz des Obmannes Oberkurator Steiner fand heute unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder die diesjährige Hauptversammlung des Bürgerklubs statt. Nach Erstattung des Rechenschafts- und Kassaberichtes, welche beide genehmigend zur Kenntnis genommen wurden, wurde an die Neuwahl der Klubleitung geschritten. Ueber Antrag des Herrn Bürgermeisters wurde die bisherige Leitung einstimmig per Akklamation wiedergewählt und gleichzeitig derselben der Dank und die Anerkennung für ihr bisheriges Wirken ausgesprochen. Im Anschluß an die Hauptversammlung berichtete der Magistratsreferent über die seitens der Regierung geplanten Maßnahmen, betreffend die Abgabe von Mehl und Brot an die Bevölkerung. Doktor Weiskirchner ergänzte diese Mitteilungen und berichtete gleichzeitig über die von ihm unternommenen Schritte bei der Regierung. Hierauf entspann sich eine Wechselrede, an der sich die Gemeinderäte Kerner, Körber, Angermayer, Partik Rotter, Dr. Klotzberg, Müller Josef, Eglauer, Goldeband, Vaugoin, Effenberger, Kunschak, Müller Rudolf, Ellend und Elis beteiligten. Zum Schluß wurde dem Bürgermeister und den Vizebürgermeistern für ihr bisheriges Wirken der Dank und die Anerkennung unter lebhaftem Beifalle der Versammelten zum Ausdrucke gebracht.

Neues Wiener Tagblatt
10/IV. 1915.

(Obmännerkonferenz.) Vorgestern fand im Rathause eine Konferenz der Obmänner der Parteien des Wiener Gemeinderates statt, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner über das Ergebnis der jüngst beim Ministerpräsidenten im Beisein der betreffenden Ressortminister und Fachreferenten stattgehabten Konferenz über die Mehlversorgung Wiens Bericht erstattete und die von seiten der Regierung in dieser für die Bevölkerung höchst wichtigen Frage in Aussicht gestellten Maßnahmen und gegebenen Zusicherungen bekanntgab. Die Konferenz nahm den Bericht über die von der Gemeinde Wien hinsichtlich des Gemüse- und Kartoffelanbaues eingeleitete Aktion sowie über die durch die Vermittlung des Görzer Landesausschusses angebahnte Versorgung Wiens mit Frühgemüse zustimmend zur Kenntnis und entschied sich dafür, daß die von der Stadtgartendirektion gezogenen Pflanzensetzlinge unentgeltlich an das Publikum abzugeben seien. Die vom Magistrat anläßlich der Einführung der Mehl- und Brotkarte getroffenen Maßnahmen wurden gutgeheißen.

Fremdenblatt
11./IV. 1915

Städtische Chronik.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über kommunale Fragen.

In einer Versammlung beim Grünen Tor in der Josefstadt hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner vorgestern eine Rede über kommunale Fragen, in welcher er ausführte:

Es wird der Gemeinde wahrlich nicht leicht gemacht, ihre Pflicht zu erfüllen. Ich weiß von vielen Gerüchten, die sich mit meiner Person beschäftigen. So soll ich vor kurzer Zeit meine Tochter ausgeheiratet und ihr als Aussteuer 15 Säcke Mehl mitgegeben haben. (Lebhafte Heiterkeit.) Meine Töchter sind schon seit längerer Zeit verheiratet, sie haben ihre bescheidene Aussteuer erhalten, aber einen solchen Schatz, wie 15 Säcke Mehl, besitze ich nicht. Weiters soll ich den Juden ich weiß nicht wieviel Waggons Mehl für ihre Osterbrote verschafft haben. Dieses Gerücht hat mich wirklich empört, und wenn ich den erwische, der es erfunden hat, so schleppe ich ihn vors Gericht. Gerüchte gibt es ja jetzt übergenug. Ich aber möchte bitten, daß sie mich wenigstens verschonen. Die Gemeinde hat alles getan, was möglich war, und zwar bereits zu einer Zeit, als noch alles glaubte, daß der Krieg nicht länger als höchstens drei Monate dauern könne. Nun stehen wir im neunten Monat und es ist noch immer kein Ende abzusehen.

Mit der Brotkarte werde es insoferne seine Schwierigkeiten haben, als einige tausend Personen polizeilich nicht gemeldet sind. Diese Leute sind zwar zumeist polizeischeu, aber Brot wollen sie doch haben. Er wünsche der Polizei für die nächste Zeit gute Unterhaltung; vielleicht werden bei dieser Gelegenheit auch Individuen gefunden, die die Polizei schon seit längerer Zeit sucht.

Unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung erwähnte der Bürgermeister sodann der Mitteilungen, welche der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza im Nationalkasino vor einigen Tagen gemacht hat. Der Bürgermeister stellte fest, daß es ihm nie eingefallen sei, in diesen schweren Zeiten der ungarischen Reichshälfte irgendwie nahezutreten. So wie in Przemysl Honved und Wiener zusammen heldenhaft die größten Entbehrungen ertragen haben und wie gewiß in der belagerten Festung der Honved mit dem Wiener sein Letztes geteilt haben werde, so müsse es wohl auch zwischen den beiden Reichshälften sein. Da aber Ungarn auch in der Friedenszeit seine Vorräte an Oesterreich und insbesondere an Wien abgibt, so ist ja kein Grund zu zweifeln, daß auch in diesen schweren Zeiten Ungarn seinen Ueberfluß an Brotfrucht an Oesterreich abgeben werde. Dankbar nehme Redner in dieser Beziehung die Erklärungen des Grafen Tisza entgegen, es möge aber der ungarische Ministerpräsident verzeihen, wenn der Bürgermeister schon von einer gewissen Ungeduld erfüllt sei, denn von den ungarischen Lieferungen werde zwar schon längere Zeit gesprochen, eingelangt sei aber bisher nichts. Was das Anbot von 46 Kronen per Meterzentner Mais aus Ungarn anbelangt, so sei dieses nicht von irgend einem preistreibenden Agenten erfolgt, sondern dieses Anbot sei der Gemeinde Wien von der offiziellen Kriegs-Getreideverkehrsanstalt gemacht worden und beziehe sich eben auf ungarischen Mais. Graf Tisza könne auch überzeugt sein, daß die Wiener im Brotgenusse während dieser Tage nicht verwöhnt sind und daß wir gerne auch mit minderwertigen Mehlen vorlieb nehmen, während nach Erzählungen von Reisenden in ungarischen Städten noch sehr schönes weißes Gebäck feilgeboten werde. Bezüglich der Flüchtlinge stellte er fest, daß die aus ihrer Anwesenheit erwachsenden Kosten der Staat trage. Die Gemeinde bestreite die Auslagen nur vorschußweise. Uebrigens sei seit Dezember der Zuzug gesperrt. (Lebhafter Beifall.)

Die Gemeinde Wien werde den Tapferen, die im Kampfe ihr Leben lassen mußten, auf dem Zentralfriedhofe, auf welchem sich leider die Heldengräber mehren, ein würdiges Denkmal errichten. Ebenso werden im Arkadenhofe des Rathauses die Namen jener Wiener Helden verewigt werden, die für das Vaterland gefallen sind. Redner habe aber noch den Plan, für jeden gefallenen Wiener eine deutsche Eiche zu pflanzen, zum Zeichen, daß Wien nicht nur bereit war, durchzuhalten, sondern auch das Andenken seiner in blutiger Schlacht gefallenen Söhne festzuhalten für ewige Zeiten. In Wien sollen Eichen stehen, die an Helden erinnern. (Tosender Beifall.)

Neues Wiener Tagblatt
16./IV. 1915.

(Obmännerkonferenz.) Gestern vormittag fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner eine Sitzung der gemeinderätlichen Obmännerkonferenz statt, in welcher ein Bericht des Stadtphysikats über den gegenwärtigen Stand der Infektionskrankheiten in Wien zur Mitteilung gelangte. Aus demselben geht hervor, daß die Blatternfälle, von welchen seit Oktober 1914 1331 gemeldet wurden und bisher 277, das ist mehr als 20 Prozent, tödlich verliefen, nicht in Abnahme begriffen sind. Leider ist ein Abflauen der Beteiligung der Bevölkerung an der öffentlichen Impfung, der sich bis zum 9. April 596,057 Personen, also ungefähr ein Viertel der Gesamtbevölkerung Wiens, unterzogen haben, zu konstatieren. Die Konferenz sprach sich daher einmütig dafür aus, daß die Bevölkerung durch eine entsprechende Propaganda auf die Vorteile der Impfung aufmerksam zu machen und unter Hinweis auf das statistische Material, demzufolge die Todesfälle fast ausschließlich ungeimpfte oder bereits außerhalb der Inkubationsfrist befindliche Personen betreffen, zur Impfung zu veranlassen sei. Die Konferenz nahm sodann den Bericht des Bürgermeisters über das Ergebnis der Besprechungen der beiderseitigen Regierungen in Budapest hinsichtlich der Maislieferungen zur Kenntnis und befaßte sich in eingehender Weise mit der Frage der Mehlversorgung Wiens, stellte schließlich jenes Mehlquantum fest, welches für eine ausreichende Versorgung der Stadt mit Mehl bis zur neuen Ernte erforderlich und daher von der Getreideverkehrsanstalt anzusprechen wäre. Hiebei wurde nachdrücklichst die Forderung erhoben, daß auch ein solches Quantum von Edelmehlen zur Verfügung zu stellen sei, welches eine Mischung gewährleiste, aus der bekömmliches Brot hergestellt werden könnte. Es müsse getrachtet werden, daß nicht wie bisher 1:3, sondern 1:2 Edelmehl und Maismehl abgegeben werden. Die Konferenz gab dem Wunsche Ausdruck, daß seitens der städtischen Marktamtsorgane auf eine ordnungsmäßige Mischung der den Bäckern zur Verfügung gestellten Mehlsorten sowie auf die Erzeugung eines der Bevölkerung bekömmlichen Brotes strenge gesehen werde. Den Bericht des Magistratsrats Doktor Jamöck, wonach die Ausgabe der Mehl- und Brotkarten, die insgesamt an 1,993,000 Personen verabfolgt wurden, sich in klagloser Weise abwickelte, nahm die Konferenz mit Befriedigung zur Kenntnis. Es wurde sodann eine Reihe von Fragen, wie Unzulänglichkeit der Brotration für Arbeiterkreise, Versorgung magenkranker Personen, Brotverteilung an Soldaten und Verwundetenspitäler, eingehend erörtert und die Notwendigkeit einer Abänderung der Regierungsverordnung allseits betont. Auf Anregung des Gemeinderates Dr. Hein wird der Bürgermeister für nächsten Montag neuerlich eine Obmännerkonferenz berufen, in der die Erfahrungen der ersten Brotkartenwoche zur Erörterung gelangen werden.

Fremdenblatt
21/IV. 1915

48 — 1

Städtische Chronik.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Tagesfragen.

In einer Versammlung des christlichsozialen Wählervereines im Bezirke Neubau, die Montag abends im großen Wimbergersaale stattfand, hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Rede, in welcher er ausführte: „Wir wollen getreulich an dem alten Lueger-Programm fortarbeiten. Das Programm Luegers, es ist ein Programm der „Pflichterfüllung bis zum Aeußersten", ein Programm, das die Mandatare verpflichtet, unentwegt im Verkehre mit den Wählerkreisen zu stehen, aufklärend zu wirken, sich über alle Maßnahmen zu rechtfertigen und auf diese Weise das Vertrauen weiter Volksmassen ungeschwächt zu erhalten. Nun wird aber in unseren Zeiten die Ausführung dieses Programmpunktes etwas erschwert.

Der konfiszierte Bürgermeister.

Wir haben vorige Woche in der Josefstadt eine Versammlung gehabt. Ich habe nun gestern das Josefstädter Bezirksblatt erhalten, Sie erlauben, daß ich Ihnen den Versammlungsbericht zeige. (Der Bürgermeister hält bei diesen Worten eine Zeitung mit den weißen Flecken gegen die Versammelten.) Und so schaut die zweite Seite aus. (Heiterkeit.) Das heißt, sie schaut überhaupt nicht mehr aus. (Neuerliche Heiterkeit.) Ich habe mir vorgenommen, wenn ich heute in die Versammlung komme, von hier aus an die Regierung die Aufforderung zu richten, die Staatsanwälte zu belehren, daß man auf diese Weise die Bevölkerung nicht beruhigt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Mandatare der christlichsozialen Partei, einer durch und durch deutschen kaisertreuen Partei, reden ja nicht staatsgefährlich, allerdings müssen wir — vielleicht täusche ich mich — gegenüber unsinnigen Gerüchten, die von Mund zu Mund gehen, doch aufklärend uns rechtfertigen. Ich habe in der Josefstadt gegenüber den wiederholt auftauchenden Gerüchten nur festgestellt, daß weder der Bürgermeister, noch die Gemeinde Weizen- oder anderes Mehl zur Mazzeserzeugung zur Verfügung gestellt hat. Ich muß auch hier erklären, daß von mir nicht ein Gramm Mehl zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt wurde. Das muß ich doch sagen. Dieser Teil meiner Rede wurde konfisziert. (Entrüstungsrufe.) Bitte, keine Zwischenrufe! Ich konstatiere tatsächlich, daß ich am nächsten Tage der Rathaus-Korrespondenz lediglich diese Feststellung gegeben habe, welche auch konfisziert wurde. Ich sage es heute noch einmal und bin neugierig, ob es noch einmal konfisziert wird. Ich werde — die hohe Regierung muß dies entschuldigen — jede Woche in eine Versammlung in einen anderen Bezirk gehen, um aufklärend zu wirken. (Lebhafter Beifall.) Ich habe im städtischen Archiv einen Faszikel anlegen lassen, der die Ueberschrift trägt: „Der konfiszierte Bürgermeister". (Heiterkeit.) Es soll kommenden Geschlechtern überliefert werden, wie im Kriegsjahre 1914/15 der freigewählte Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien behandelt wurde. (Rufe: Sehr gut!)

Der erste Schlepper mit Mais.

Sofort zu Beginn des Krieges habe ich die Einmündung der Marchfeldbahnen bis zur Augartenbrücke durchgeführt und von dort die Führung der Wagen bis zum Naschmarkt veranlaßt. Auch jetzt hat sich Landesausschuß Sturm in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Es tut wohl, wenn man bei anderen Behörden ein Entgegenkommen findet, aber es soll nicht immer so sein. (Heiterkeit.) Ich sage nicht mehr, sonst werde ich wieder konfisziert. Ich habe die Ehre, der Versammlung mitzuteilen, daß heute der erste Schlepper mit Mais aus Ungarn angekommen ist. (Beifall.) Der Anfang ist gemacht. Wir haben lange warten müssen aber jetzt ist er da.

Die Mehl- und Brotversorgung. — Schlechtes Brot.

Ich bin gezwungen, einiges über die Mehl- und Brotversorgung zu sprechen. Ueber die Brotkarten rede ich nicht. Ich kann aber gegenüber verschiedenen Zeitungsartikeln nicht schweigen. Ein Zeitungsartikel ist erschienen, in welchem gesagt wird, daß die Bäckermeister von mir nur das Höchstausmaß von höchstens 14 Sack Mehl bekommen. Jeder Bäckermeister bekommt das Quantum an Mischmehl und Maismehl, das er nach Ausweisen, die er von Anstalten bringt und auf Grund der Ausweise des Marktamtes benötigt. Die Erschöpfung der Vorräte ist soweit gediehen — eine Bäckerei in Lainz erzeugt allein 40.000 Laib Brot — daß ich schwer durchkomme. Solange ich etwas habe, gebe ich es her. Mitte März hat aber nur die Gemeinde Wien Vorräte gehabt. Zweitens muß ich doch etwas bemerken, und da appelliere ich an die Vertreter der Bäckergenossenschaft, die ich hier sehe: Meine hochgeehrten Herren Bäcker, ohne Ihnen nahe treten zu wollen, aber einzelne Ihrer Berufskollegen erzeugen ein Brot, daß es ein Skandal ist. (Stürmische Zustimmung.) Ich verwahre mich dagegen, daß ich das verallgemeinernd gesagt habe, aber was mir vom Marktamte an Brot vorgelegt wird, verdient diesen Namen nicht. (Zustimmung.) Ich möchte an Sie appellieren: Was müssen Sie denn dieses elendige Futtermehl Nr. 8 verwenden. Wenn das Publikum sich beschwert, wird gesagt, das ist aus Gemeindemehl hergestellt, das der Bürgermeister zur Verfügung stellt. Ein Bürgermeister, der im neunten Kriegsmonate arbeitet, wird doch das Vertrauen haben. Wenn ich sage, ich bemühe mich das Mischungsverhältnis von 1:2 den Bäckern zur Verfügung zu stellen, aber haben muß ich es. Ich bin überzeugt, wenn ich Roggenmehl bekomme, daß ein besseres Brot gebacken wird. Aber auch aus der jetzigen Mischung kann man ein besseres Brot herstellen, als es in einzelnen Bäckereien der Fall ist. Die Herren Bäckermeister müssen auch in Kriegszeiten etwas auf ihr Renommee halten. Die Kaisersemmel hat mit beigetragen, den Ruf Wiens über den Erdball zu tragen. Aber verwenden Sie nicht jeden Mist zum Brot backen. Wenn das so weiter geht, werde ich jenen Bäckermeistern, die ein solches Brot erzeugen, einfach die Mehlabgabe einstellen.

Graf Tisza und die „verwöhnten" Wiener.

In seiner Rede, die Graf Tisza gegen mich gehalten hat, hat er auch gesagt, daß die Wiener verwöhnt sind. Na also, ich schicke dem Grafen Tisza nach Budapest ein solches Brot und da wird er sehen, daß wir Wiener bei Gott nicht mehr verwöhnt sind. Ich erkläre, daß nach meiner Schätzung

wir in vierzehn Tagen schon in Ordnung kommen.

Es geht in Oesterreich halt alles langsamer. (Heiterkeit.) Ich bin vielen Leuten zu rasch, aber es paßt mir so. Ich glaube, wenn wir noch vierzehn Tage Geduld und einzelne Bäckermeister, die ich im Auge habe, sich gebessert haben, werden wir ein Brot haben, das der Kriegsnot und Kriegszeit entspricht. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. So wie unsere Brüder und Söhne schwere Opfer draußen bringen, haben auch wir Kriegsopfer zu bringen. Das ewige Raunzen und Murren nützt nichts. (Beifall.) Das Schicksal hat uns in eine schwere Zeit gebracht und so müssen wir es tragen. Ich hoffe also, daß es in vierzehn Tagen geht. Wovon hängt das ab? Daß endlich ein Ausgleich zwischen den einzelnen Bezirken stattfindet. Ich habe unlängst beim Statthalter gebeten, er möge mich in die Vorratsaufnahmen der einzelnen Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich Einsicht nehmen lassen. Ich will die Bezirkshauptmannschaft nicht verraten, sonst laufen mir alle Wiener davon und ziehen dorthin (Heiterkeit), aber da hat sich folgendes ergeben: Die besitzen dort zu vierzig Prozent Weizen, zu dreißig Prozent Roggen, zu fünfundzwanzig Prozent Gerste und zu fünf Prozent Mais. Wie sollen die mischen? Was geschieht? Weil sie nicht mischen können, backen sie ein herrliches Roggenbrot und nehmen das Weizenmehl zum Kochen. Wie geht es uns? Das brauche ich nicht zu schildern. Jetzt habe ich dem Statthalter gesagt: Ich bitte, Exzellenz, da kommt mir eine Idee. Wenn ich jetzt ungarischen Mais bekomme, werde ich dieser Bezirkshauptmannschaft fünfzig Waggons Mais geben und dafür müssen mir die fünfzig Waggons Weizen und Roggen geben. Das ist der einzig richtige Ausgleich.

Fremdenblatt
21/IV. 1915

II
49

Städtische Chronik

Eine gute Idee.

Baron Bienerth hat gesagt: Das ist eine gute Idee, das werden wir machen. Wie ich ins Rathaus zurückgekommen bin, habe ich mir berechnet, was ich darauf zu zahlen habe. Wie ich darüber nachdenke, kommt es zutage, daß die Bauern mir noch etwas zahlen müssen, weil nämlich die Regierung die Höchstpreise für Mais und Maismehl aufgehoben hat und für diese die Marktpreise gelten, während für Roggen und Weizen noch die Höchstpreise in Kraft sind. Daher müssen die Bauern noch etwas zahlen. (Heiterkeit.) Zeigen Sie mir den Bauern, der auf dieses Geschäft eingeht. Es ist dies bezeichnend für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse.... Na, reden wir von etwas anderem. Ich möchte noch aufmerksam machen, daß, was die Brotversorgung anbelangt, wir gewiß gedeckt sein werden. Wir werden, wenn die ungarischen Zuschübe anhalten und die Versorgung mit Mehl aus anderen Provinzen und Bezirken glatt vor sich geht, keine Not haben. Allerdings werden wir uns an minderwertige Mehle gewöhnen müssen. Da richte ich an die Hausfrauen die Bitte, nicht wieder zum Hamstern anzufangen. 18 Prozent der Bevölkerung sind gedeckt. Das ist nicht viel, aber einzelne sind so gedeckt, als ob sie für zwei Jahre auskommen müßten. Das ist ein Unsinn, weil unter Umständen die Vorräte verderben. Das Mehl aus Neumais hält sich ja gar nicht so. Jetzt tritt wieder die Erscheinung zutage, daß Rollgerste in den Geschäften aufgespeichert wird und eventuell verderben kann, wenn das Wetter wärmer wird. Das kommt daher, weil Rollgerste nur mit der Brotkarte ausgefolgt werden darf und daher von den Hausfrauen keine Rollgerste gekauft wird. Wir können aber doch nicht die Rollgerste zugrunde gehen lassen und deshalb richte ich an die Regierung die Bitte, Rollgerste ohne Brotkarte ausfolgen zu lassen.

Die Fleischteuerung. — Eine Aktentasche für Brot- und Milchkarten.

Der Krieg hat auch auf anderen Gebieten Verhältnisse gezeitigt, die außerordentlich bedauerlich sind. Wir haben eine Fleischteuerung, welche wir vor wenigen Monaten nicht erhofft hätten. Jetzt stürzen die kaufkräftigen Fleischhauer auf die vorhandenen Rinder los und zahlen jeden Preis. Ich habe bisher vergeblich versucht, diesem Uebelstande zu begegnen, hoffe aber bei aller Hartnäckigkeit, die ich entwickle, doch noch auf einen Erfolg. Auch die Milchversorgung ist auf einige Wochen knapp geworden. Ich gewärtige, daß das Grünfutter eine gewisse Besserung erzielen wird, und bitte die Hausfrauen, wenn sie Speisen mit Milch bereiten, kondensierte oder Trockenmilch zu verwenden. Das wäre eine wesentliche Ersparnis. Die Wiener haben in ihrer Gutmütigkeit schon Brotkarten geschluckt, jetzt sollen wir vielleicht noch Milchkarten, Fleischkarten oder Bierkarten schlucken? (Heiterkeit.) Da brauchen wir ja eine Aktentasche. (Neuerliche Heiterkeit.) Wenn nicht immer die Hausfrauen auf den konservativen Standpunkten stehen, daß sie wie in Friedenszeiten kochen müssen, sondern wenn sie auch andere Mehle und Nahrungsmittel verwenden, so werden wir darüber hinwegkommen. Wenn wir neun Monate ausgehalten haben, werden wir auch die neue Ernte erwarten.

Die Kriegsprozession.

Ich kann nicht unerwähnt lassen das Bild, das ich von der sonntägigen Prozession in mir trage. Das war eine der größten Kundgebungen, die ich je gesehen habe. Es waren vielleicht nicht nur katholische Organisationen, sondern ich habe den Eindruck bekommen, das Volk von Wien betet, es möge Gott endlich Frieden schicken. Die Frauen haben geweint und es herrschte eine so gehobene Stimmung, daß ich erfreut war über den tadellosen Verlauf des Tages, an dem über Hunderttausende auf den Beinen waren und in tiefer Andacht und Rührung den Zug vorbeiziehen ließen.

Der Wunsch des Kaisers.

Es täuschen sich gewisse Blätter, die vom Burgfrieden reden, aber ihn selbst nicht halten. Ich habe ihn objektiv gehalten und viele meiner Freunde waren nicht einverstanden, wie weit ich da oft gegangen bin. Aber es war der Wunsch unseres Kaisers, daß Burgfriede herrsche und diesen Wunsch muß und werde ich erfüllen, so schwer es auch oft von den Gegnern oder von der gegnerischen Presse gemacht wird.

Die Ehrung der Helden. — Kriegerheimstätten.

Auch hier möchte ich gedenken jener Beschlüsse der Wiener Gemeindeverwaltung, die sich auf die Ehrung unserer Helden beziehen. Draußen auf der großen Gräberstätte gegen Osten unserer Stadt haben wir Gräber geschaffen, in denen die in Wien gestorbenen Helden und die gefallenen Wiener begraben werden. Leider mehrt sich die Zahl dieser Gräber, aber mit Stolz erfüllt mich, daß jede Familie es als Auszeichnung betrachtet, wenn ihre gefallenen Angehörigen in diesen Heldengräbern bestattet werden. Dort werden wir ein großes Denkmal errichten, als Erinnerung an die große und schwere Zeit. Wir werden durch Erinnerungstafeln in Stein und Erz im Arkadenhofe des Rathauses der gefallenen Wiener in Ehren gedenken. Ich habe ferner ein Projekt eines Eichenhaines ausarbeiten lassen, und für jeden gefallenen Wiener soll eine Eiche gepflanzt werden. (Lebhafter Beifall.) Deutsche Eichen sollen stehen als Erinnerung an jene Wiener, die im Kampfe für ihr deutsches Volk und Vaterland den Tod erlitten haben. (Stürmischer Beifall.) Ich möchte aber auch für diejenigen sorgen, die von den Schlachtfeldern zurückkehren und denen ein Erwerb oder die volle Ausübung ihres Berufes unmöglich geworden ist. Es wird sich der Stadtrat in einer der nächsten Sitzungen mit dem Projekt von Kriegerheimstätten befassen. (Lauter Beifall.) Ich will, daß diesen Wienern und ihren Familien die Sorge um eine Wohnung genommen wird und daß sie in kleinen Heimstätten mit kleinem Gartengrunde und einer allfälligen gemeinsamen Werkstätte für ihre alten Tage Unterkommen finden. Es ist Ehrenpflicht der Gemeinde und aller Bürger, alles aufzubieten, um die Wunden, die der Krieg geschlagen, zu heilen. Es ist unsere Ehrenpflicht, der Toten pietätvoll zu gedenken, aber auch für die Lebenden zu sorgen, soweit wir können. (Beifall.) So kann ich heute schließen. Ich kann ruhig sagen, die Wiener und Wienerinnen des Kriegsjahres 1914/15 haben nach jeder Richtung ihre Pflicht erfüllt, aber auch die Gemeindeverwaltung hat ihre Pflicht erfüllt und kommende Enkel und Urenkel werden auf Grund dokumentarischer Nachweise sagen: Die Wiener und Wienerinnen dieser Zeit waren nicht unwert der großen Zeit, die ihnen das Schicksal gestellt hat. (Rauschender, nicht endenwollender Beifallssturm.)

Neue Freie Presse
21./IV. 1915

50

Kommunalzeitung.

[Die Frage der Einberufung des Wiener Gemeinderates.] Beim Bürgermeister hat heute eine Obmännerkonferenz stattgefunden, in der die Anregung der sozialdemokratischen Gemeinderäte, betreffend die Einberufung des Wiener Gemeinderates, erörtert wurde. Die freiheitlichen Gemeinderäte schlossen sich dem Verlangen der Sozialdemokraten an. Der Bürgermeister erklärte, er könne sich zu dieser Frage nicht äußern, bevor der Bürgerklub dazu Stellung genommen habe. Der § 69 des Gemeindestatuts bestimmt in Alinea 3, daß der Bürgermeister verpflichtet sei, eine Sitzung des Gemeinderates einzuberufen, sobald dies Verlangen von wenigstens 52 Gemeinderatsmitgliedern schriftlich gestellt wird oder der Statthalter ein solches Verlangen stellt. Bekanntlich verfügt die freiheitlich-fortschrittliche und sozialdemokratische Partei zusammen nicht über 52 Stimmen.

Reichspost 28/IV. 1915

51

Wien im Kriegsjahre.

Eine Rede des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach am Montag abend in der Versammlung beim Hamberger in Margareten, über die wir bereits berichtet haben, über das Thema „Wien im Kriegsjahr 1914/15". Der Bürgermeister, der mit brausendem Jubel empfangen wurde, führte u. a. aus:

Die Hauptstadt des Reiches, welches Krieg führt, muß finanziell und wirtschaftlich gerüstet sein. Ich kann mit Stolz darauf hinweisen, daß wir bereits im November 1913 unsere Schatzscheinanleihe hinausgegeben, daß wir den letzten Augenblick, wo Geld zu annehmbaren Bedingungen zu haben war, benützt haben und für die Kriegszeit gesichert waren. Man darf nicht Geld aufnehmen, wenn man es braucht, sondern wenn man es kriegt, und ich habe diese Gelegenheit benützt und bin dadurch in der angenehmen Lage, daß die Gemeinde Wien ruhig noch lange Zeit aushalten und den durch den Krieg ungeheuer gesteigerten Ansprüchen gerecht werden kann. (Lebhafter Beifall.) Die wirtschaftliche Mobilmachung ist merkwürdigerweise zuerst im Schoße der Wiener Gemeindeverwaltung aufgetaucht, und wir haben bereits im Mai vorigen Jahres im Approvisionierungsausschuß beraten und an die Regierung die Aufforderung gerichtet, alles Zweckentsprechende für die wirtschaftliche Mobilisierung des Reiches und der Hauptstadt vorzukehren. Es hat niemand im Mai an den Weltkrieg gedacht, aber von einer gewissen Sorge getrieben, haben wir vorbereitet. Als das Ultimatum erging, weilte ich eine Woche in einem Sommeraufenthalte und fuhr sofort zurück, um die Geschäfte zu übernehmen. Nun stehen meine Freunde und ich im neunten Kriegsmonate in ununterbrochener Arbeit, in ununterbrochener Mühe und schwerer Sorge. Was wir nicht vorbereitet hatten, haben wir während des Krieges durchgeführt, und ich kann mit Stolz hinweisen, daß in dieser Beziehung alle Wiener einig sind, daß die Gemeindeverwaltung ihre Pflicht erfüllt hat. (Stürmische Zustimmung.)

Ich habe zu Beginn der Kriegszeit mit dem Statthalter und Landmarschall die Zentralstelle der Fürsorge geschaffen. Es kann der Stolz von Wien sein, wie unser Mittelstand, wie alle, ob groß ob klein, arm oder reich, geopfert haben, um die Sorgen des Krieges für Tausende von Familien zu lindern. (Lebhafter Beifall.) Mit Rührung denke ich zurück, wie unsere braven Mädeln und Buben zusammengearbeitet haben, um unseren Soldaten im Felde eine Weihnachtsfreude zu machen. Auch sonst haben die Schulkinder den Ernst der Zeit erfaßt und ich bin überzeugt, daß aus ihnen tüchtige Männer und Frauen werden. Die Zentralstelle hat alle Lücken des Unterhaltsbeitragsgesetzes zu ergänzen versucht. Wir haben alles aufgeboten, damit niemand in Not und Sorge ist. (Beifall.) Am Anfange des Krieges war ich der Meinung, es werde eine große Arbeitslosigkeit eintreten. Ich war nicht der Einzige, der so dachte. Ich habe heute Gelegenheit gehabt, mit einem deutschen Zentrumsabgeordneten zu sprechen, der mir bestätigte, daß in Berlin dieselbe Sorge von Verwaltungsleuten geteilt wurde. Ich habe mich mit den Beamten und Vizebürgermeistern zusammengesetzt und im Stadtrate ein Investitionsprogramm bis 30 Millionen ausgearbeitet. Statt Arbeitslosigkeit ist eigentlich Arbeitermangel eingetreten. Das große Investitionsprogramm kann jeden Tag aufleben; vielleicht kommt die Zeit nach dem Friedensschluß, da es notwendig sein wird und man mit aller Macht darangehen muß, Arbeit und Verdienst und nützliche Friedenswerke für die Bewohner zu schaffen.

Wir haben uns auch seit Kriegsbeginn bemüht, alles aufzubieten, damit Wien von einer Seuchengefahr verschont bleibe. Mit einem Kostenaufwande von anderthalb Millionen Kronen haben wir Spitalsbaracken errichtet, die für längere Zeit gebaut sind als nur für die Kriegsdauer, und vielleicht ist es dadurch gelungen, der Spitalsnot in Wien ein Ende zu machen. Ich muß hier des ausgezeichneten Physikates der Stadt Wien gedenken. Dieser Stab von Aerzten hat mitgekämpft und es ist gelungen, eine Reihe von Seuchen, welche uns drohten, so wirksam zu bekämpfen. Es ergeht aber von mir an die Bevölkerung der warnende Ruf, daß jeder mit beitrage, drohende Seuchen zu bekämpfen. Wir haben allerdings schon in früheren Jahren alle Vorkehrungen getroffen; die zwei Wasserleitungen versorgen Wien mit gutem Wasser, dann haben wir eine glänzende Kanalisation und Spitalsbaracken, in denen die Kranken gepflegt und der Gesundung zugeführt werden können. (Beifall.)

Im August wurde mit Käufen von Lebensmitteln zum Zwecke der Approvisionierung begonnen. Damals hieß es, ein moderner Krieg sei in sechs Wochen, spätestens drei Monaten zu Ende. Als Mitte März ein Mehlmangel in Wien eintrat, konnte die Gemeinde die Tore ihrer Vorratskammern öffnen und Mehl hinausgeben. Dank dem energischen Einschreiten des Statthalters und der Regierung bin ich hoffentlich bald in der Lage, die nötigen Quantitäten Edelmehl zu bekommen, so daß wir auch in der Beziehung besser verpflegt werden. (Beifall.) Ich bitte, noch einige Zeit sich zu gedulden, und hoffe, daß wir dann auch besseres Brot bekommen. (Neuerlicher Beifall.) Ich bin vor wenigen Tagen durch die Wachau gefahren. Dieses herrliche Frühlingsbild entzückte mich, aber noch mehr die herrliche Wintersaat, und wie in unserem Nibelungengau, wird es auch anderswo sein, daß Frauen und Kinder die Väter und Brüder ersetzen wollen und für unsere Ernährung arbeiten. So möge Gott die Ernte Oesterreichs segnen! (Großer Beifall.)

Es wäre mir nicht möglich, alles zu leisten, wenn ich nicht die treue und wackere Unterstützung aller Mandatare besäße. Ich spreche hier dem Bezirksvorsteher, den Gemeinderäten, Bezirksräten des 5. Bezirkes meinen verbindlichsten Dank für die treue, werktätige Mitarbeiterschaft aus. Besonders verpflichtet bin ich, meinem lieben, alten Freunde Stumm zu danken. (Beifall.) Als ich durch die Regierungsrequisition Weizen-, Roggen- und Gerstenmehl zugesprochen erhielt, war ich in Verlegenheit, wie ich es nach Wien transportiere. Ich dachte an Freund Stumm, der im Lande der Eisenbahnreferent ist und Waggons hat. Ich habe ihm die Verhältnisse dargestellt, und er ist heute eigentlich mein Eisenbahnminister. Mit einer Hartnäckigkeit und Zähigkeit sekkiert er die ganze Welt (Heiterkeit), um der Gemeinde Wien die nötigen Waggons zur Herbeischaffung von Lebensmitteln zum Verfügung zu stellen. (Beifall.) Es sei im heute im Kreise der Margaretner der beste Dank des Bürgermeisters und der Gemeinde ausgesprochen. (Neuerlicher Beifall.)

Wir haben auch des Gewerbestandes nicht vergessen und waren bemüht, die Kreditgewährung zu erhöhen und zu erleichtern, und so haben wir beim Kreditverein der Zentralsparkasse die Kreditmöglichkeit um eine Million Kronen erhöht. Wir haben uns auch an allen Aktionen beteiligt, die das Kunstgewerbe betrafen, und uns bemüht, Aufträge zu beschaffen. (Beifall.)

Wenn nach Kriegsschluß ein Buch erscheinen wird, „Die Stadt Wien und ihre Gemeindeverwaltung im Kriegsjahre 1914/15", wird das ein mächtiger Foliant werden und den kommenden Zeiten Kunde geben von dem Ernste und Pflichtbewußtsein der Mandatare, denen Sie Ihr Vertrauen geschenkt haben. Die Zukunft wird in das Buch der Geschichte schreiben, daß Wien und die Wiener des Kriegsjahres 1914/15 nicht unwert der Helden waren, die draußen für die Ehre und Existenz Oesterreichs kämpfen. Ich muß mit Genugtuung verzeichnen, wie viele Frauen sich uneigennützig in den Dienst der Charitas gestellt haben, wie viele bei den Ausspeisungen sich mühten, wie viele in den Nähstuben tätig waren, um vielen arbeitslosen Frauen und Mädchen Arbeit und Verdienst zu schaffen. Der Dank des Bürgermeisters gebührt den Wiener Frauen. (Lebhafter Beifall.) Aber auch die Männer haben mich unterstützt und ich bin überzeugt, daß die Bürgerschaft das Bewußtsein in sich trägt: Auch wir wollen das Unsrige beitragen, damit unser Vaterland gegen übermächtige Feinde verteidigt werde, und daß wir nicht unwert sein wollen der Helden draußen. Gott sei Dank, der Karpathenwall hat gehalten (Stürmischer Beifall) und die Uebermacht der Feinde konnte selbst durch die Verstärkung durch die freigewordenen Belagerungstruppen von Przemysl nichts ausrichten. Wir stehen fest und festgefügt mit uns Schulter an Schulter der deutsche Bundesgenosse. (Großer Beifall.) Das historische Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wird nun durch Blut gekittet und, wie nach altgermanischem Brauche die treueste, festeste Freundschaft geschlossen wurde, so soll es weiten sein. Auch wir denken daran, daß die beiden Kaiserreiche, die Zentralmächte von Europa, durch der Jahrhunderte Lauf ein Bündnis geschlossen haben zum Heile und Segen des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Der Bürgermeister verwies nun auf die von der Gemeinde Wien pietätvoll durchgeführte Ehrung der gefallenen Helden durch die Heldengrabstätte mit Denkmal am Zentralfriedhofe, durch die Anbringung von Ehrentafeln im Arkadenhofe des Rathauses und durch Pflanzung eines Eichenhaines, bezeichnete es als Ehrenpflicht, für die Invaliden zu sorgen, wiederholte seine Erklärung über Errichtung der Kriegerheimstätten und schloß: Die Helden, die da oben kämpfen, verteidigen nicht nur die Grenzen unseres Reiches, sie verteidigen auch die von unseren Vätern und Urvätern ererbte Kultur von Mitteleuropa. Sind sie zurückgekehrt, wollen wir sie mit Lorbeerreisern und offenen Armen empfangen, ihnen heißen Dank zum Ausdruck bringen und sagen: So, jetzt ruht euch aus von den Kriegsstrapazen, aber dann wollen wir zusammenarbeiten, die wirtschaftliche Wohlfahrt des ganzen Reiches und aller seiner Bewohner neu aufblühen lassen. Unsere Pflicht ist es, in schwerer Arbeit dafür zu sorgen, daß die Wunden, die der Krieg geschlagen, bald vernarben, daß das wirtschaftliche Leben neu aufblühe, wieder Arbeit und Verdienst gedeihe und die Wirtschaft Wiens abermals wie in Friedenszeiten, wo wir Friedenswerke unter Luegen schaffen konnten, wieder aufleben, um unsere Stadt schön und ihre Bewohner zufrieden zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Durch das Bündnis der beiden Kaiserreiche mit der Türkei ist eine neue Wirtschaftslinie vorgezeichnet von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen, von der Ostsee bis zur blauen Adria ein neues wirtschaftliches Feld erstanden. Deutscher Geist und deutsche Kraft sind berufen, dieses weite Wirtschaftsgebiet urbar zu machen und damit Segen der Menschheit zu bringen. (Großer Beifall.) Wir hoffen auf einen endgültigen Sieg unserer Waffen, aber auch darauf, daß alle, die guten Willens sind, in Friedenszeiten sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen und dem Bürgermeister helfen, freudige Arbeit aufblühen zu lassen. Wir wollen nichts versäumen, nichts unterlassen, und haben wir in Kriegszeiten bewiesen, daß wir getreu dem Wahlspruche des Kommandanten von Tsingtau „Pflichterfüllung bis zum Aeußersten" handeln, so wollen wir dieses Programm auch dann festhalten. (Beifall.) Wir wollen eingedenk sein, daß wir Mandatare verpflichtet sind, uns Ihr Vertrauen Tag für Tag, Stunde um Stunde neu zu erobern. Dann wird es nicht fehlen an der segnenden Kraft zu harter Arbeit, haben wir doch die Genugtuung, daß wir Tausende Freunde besitzen, die nicht zögern, uns treu zur Seite zu stehen, und Wien wird bleiben, was es war, die glänzende Kaiserstadt an der Donau und die deutsche Stadt, die sie immer war. (Brausender, sich stets erneuernder Beifallssturm und anhaltende Hochrufe.)

Reichspost
1./V. 1915.

52

Aus den Bezirksvertretungen.

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf stellte Bezirksrat Preiß nachfolgenden Antrag:

In Ungarn und Oesterr.-Schlesien wird zufolge jüngst erlassener Anordnungen nur jenen Flüchtlingen aus Galizien der weitere Aufenthalt gestattet, die in staatspolizeilicher und sanitärer Hinsicht unbedenklich sind und auch die entsprechenden Barmittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes besitzen, während alle übrigen Flüchtlinge nach Böhmen und Mähren abgeschoben wurden. Die schleunige Durchführung einer ähnlichen Maßnahme in Wien wäre um so dringlicher, als nicht nur die ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung Wiens infolge der Ueberfülle des Wiener Stadtgebietes mit galizischen Flüchtlingen außerordentlich gesteigert werden, sondern auch eine Millionenstadt wie Wien durch die Beherbergung solcher Massen von mittellosen und zumeist in den ungünstigsten hygienischen Verhältnissen lebenden Flüchtlingen von sanitären und sonstigen Gefahren gewiß weitaus mehr bedroht erscheint, als die vorgenannten Länder. Die Bezirksvertretung stellt an die Gemeindeverwaltung das nachdrückliche Ersuchen, bei den zuständigen staatlichen Zentralstellen dahin zu wirken, daß die bezüglich der Behandlung der galizischen Flüchtlinge in Ungarn und Oesterreich-Schlesien getroffenen Verfügungen auch für Wien analoge Anwendung finden. Es wären sohin nur jene galizischen Flüchtlinge in Wien zu belassen, die in staatspolizeilicher und sanitärer Hinsicht völlig unbedenklich sind und den einwandfreien Nachweis dafür erbringen können, daß sie für sich und ihre Angehörigen Barmittel zu einer mindestens sechsmonatlichen anständigen Lebensführung besitzen. Der Abtransport aller übrigen Flüchtlinge wäre ehestens zu bewerkstelligen: als Aufnahmsländer würden sich ebenfalls Böhmen und Mähren empfehlen, da in diesen Kronländern die Verhältnisse rücksichtlich der Lebensmittelversorgung usw. derzeit noch immer günstiger sind als in Wien.

Der Antrag wurde angenommen, ebenso der Antrag des Bezirksrates Petter, sämtliche Bezirksvertretungen zum Anschluß an diese Beschlußfassung einzuladen.

Amtsblatt der Stadt Wien
4./5. 1915

I
54

Protokoll

über die 2. Obmänner-Konferenz vom **1. August 1914.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain,
Gem.-Räte Steiner, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Granitsch, Dr. Loewenstein, Reumann und Winarsky,
Magistrats-Direktor Dr. Weiß.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt die Konferenz für eröffnet und teilt mit, daß die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen zugunsten der Zentralstelle unter sich eine Sammlung eingeleitet haben, die die respektable Summe von 50.000 K ergeben habe.

Der Bürgermeister führt aus, daß die Kriegsfürsorge sich in drei Gruppen gliedere.

Die I. Gruppe umfasse die Fürsorge für die Verwundeten und Kranken im Kriege. Diese Fürsorge sei ausschließlich Sache des Roten Kreuzes (I., Tuchlauben 6).

Die II. Gruppe betreffe die Fürsorge (im weitesten Sinne) für die Soldaten und deren Familienangehörige. Diese Art der Fürsorge obliege für Wien und Niederösterreich der Zentralstelle für Soldaten und ihre Familienangehörigen (I., Rathaus, Magistrats-Abteilung XI).

Die III. Gruppe schließe die Fürsorge für die Kombattanten im Kriege in sich. Diese Fürsorge werde durch das von Seite des Kriegsministeriums errichtete „Kriegsfürsorgeamt" besorgt (IX., Schwarzspanierstraße 15).

Weiters berichtet der Herr Bürgermeister, daß er gestern eine Sitzung der Armen-Instituts-Obmänner abgehalten, diesen die nötigen Informationen gegeben und weiters Instruktionskurse für die Armenräte angeordnet habe, um diese für die Erteilung aller einschlägigen Auskünfte vorzubereiten.

Auch habe er gestern eine Bezirksamtsleiter-Konferenz abgehalten und den Bezirksamtsleitern dringend ans Herz gelegt, der Bevölkerung gegenüber das weitgehendste Entgegenkommen zu betätigen. Die amtlichen Erhebungen werden bis auf weiteres nicht durch das Marktamt, da dieses vollauf auf den Märkten beschäftigt sei, sondern durch die Beamten des Exekutionsamtes gepflogen, eventuell auch durch vertrauenswürdige Personen, die fallweise dazu bestimmt werden.

Der Bürgermeister ersucht die Konferenz, ihm zum Ankauf von Lebensmitteln einen Kredit bis zu fünf Millionen zur Verfügung zu stellen.

Diesem Ersuchen wird einstimmig Folge gegeben.

Weiters teilt der Herr Bürgermeister mit, daß die Bäcker beschlossen haben, Kriegsgebäck zu erzeugen, und zwar in Form von Wecken, weiß und schwarz à 20 h und Brotlaibe, weiß und schwarz à 40 h. Er habe die diesbezügliche Zuschrift vom Marktamte prüfen lassen, es seien sowohl die Gewichte wie auch die Preise in Ordnung.

Der Anregung des Marktamtes, daß auch halbe Wecken à 10 h verkauft werden, stimme er zu. Bezüglich der Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, betreffend Steuererleichterungen könne er mitteilen, daß das größte Entgegenkommen obwalten werde. Die Bezirksämter seien ermächtigt, Zufristungen zu gewähren. Das in der heutigen „Wiener Zeitung" publizierte Moratorium werde schwere Folgen haben; er habe bereits in der Sache beim Präsidenten der Finanz-Landes-Direktion vorgesprochen, er habe es sich auch vorbehalten, wegen der Hauszinssteuer eventuell einzugreifen, es werde im übrigen in Steuer-

Beigefügt:
(Pk. B. 4647, 4665, M. A. XIV. 1668, 1702.) Die beiden Bauverhandlungs-Protokolle der l.l. n.-ö. Statthalterei vom 15. April 1915, betreffend die Errichtung von Baracken im l. l. Kaiserin Elisabeth-Spital, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Konferenz beschließt, daß auf die Bevölkerung bezüglich des Moratoriums durch eine Kundmachung beruhigend einzuwirken sei. In diese Kundmachung soll auch ein Appell an die Hausherren aufgenommen werden, bei der Zinsbezahlung Entgegenkommen zu bekunden.

Gemeinderat Winarsky meint, die Kundmachung solle eine Erläuterung des Moratoriums enthalten und die Frage der Zinszahlung behandeln. Es solle bloß Anwendung finden auf Arbeiter und Eingerückte.

Der Herr Bürgermeister teilt weiters mit, daß die Zahl der Markttage vermehrt wurde und daß der Abverkauf auch an anderen Tagen als an den üblichen und gegebenenfalls auch über die normierte Marktzeit erfolgen werde,

Gemeinderat Reumann beantragt, daß auf den En gros-Märkten auch im Kleinen verkauft werden dürfe, da es oft vorkommen kann, daß der Kleinhändler mit einzelnen Waren überhaupt nicht oder nicht genügend versehen sei, die aber anderseits auf dem Großmarkte zu haben seien.

Gegen diesen Antrag legt Gemeinderat Leitner Verwahrung ein, mit der Begründung, daß dadurch die Existenz von tausend Kleinhändlern gefährdet werde.

Der Herr Bürgermeister erklärt, diesbezüglich nicht sofort eine Entscheidung treffen zu können, sondern diese Frage erst mit dem Magistratsreferenten besprechen zu müssen.

Weiters berichtet der Herr Bürgermeister, daß seiner Anregung, auch der Zivilverwaltung ein Enteignungsrecht auf Warenvorräte, die aus Spekulationsgründen zurückbehalten werden, einzuräumen, seitens der Regierung entsprochen werde.

Es werde eine Notverordnung erlassen werden, in welcher festgesetzt wird:

1. Anzeigepflicht von Vorräten und Strafen für deren Verheimlichung,

2. Berechtigung des Landes-Chefs, das Enteignungserkenntnis auszusprechen.

Hiedurch könne der sehr peinlichen Frage der Maximaltarife aus dem Wege gegangen werden.

Die enteigneten Vorräte könnte er, der Bürgermeister, jenen Produzenten, die keine Vorräte mehr hätten, zu den Selbstkosten überlassen und diesen dann den Tarif diktieren.

Gemeinderat Reumann wünscht, daß die Notierung der Preise auf den Märkten strenge überwacht werde und daß auf derselben unbedingt bestanden werden müsse.

Der Bürgermeister verspricht, für eine strenge Überwachung Vorsorge treffen zu wollen.

Gemeinderat Reumann regt an, es solle an die Armeninstitute und an die Zentralstelle eine Weisung ergehen, auch an die Familien der einberufenen Ungarn unter Voraussetzung der Parität seitens Ungarns Unterstützungen zu gewähren.

Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, eine diesbezügliche Verfügung zu treffen.

Gemeinderat Dr. Loewenstein berichtet, daß die Ärztekammer einen Permanenz-Ausschuß eingesetzt und für heute eine Sitzung einberufen habe, zu der alle in Frage kommenden Stellen geladen sind, in welcher Sitzung die Regelung des ärztlichen Dienstes in Niederösterreich eingehend besprochen werden solle.

Der Bürgermeister richtet an Gemeinderat Dr. Loewenstein das Ersuchen, in dieser Sitzung in erster Linie für die Stadt Wien einzutreten.

Hierauf schließt der Herr Bürgermeister die Sitzung.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Der Vertreter des Bürgerklubs:
Steiner m. p.

Der Vertreter der liberalen Partei:
Dr. Granitsch m. p.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion:
Reumann m. p.

Märkten auch im Kleinen verkauft werden dürfe, da es oft vor-

Neues Wiener Tagblatt
4./V. 1915.

56

(Aus dem Bürgerklub.) Die „Rathauskorr." meldet: Gestern trat der Bürgerklub unter Vorsitz des Oberkurators Steiner zu seiner Geschäftssitzung zusammen. Oberkurator Steiner stellte die Frage der Einberufung des Wiener Gemeinderates zur Diskussion und hob hervor, daß der Wiener Gemeinderat am 22. September 1914 folgenden Beschluß gefaßt hat: „Für die Dauer des Kriegszustandes wird der Bürgermeister ermächtigt, alle in der Gemeindeverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Beziehung, unter seiner Verantwortung zu treffen und für sie in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt, spätestens aber nach Aufhören des Kriegszustandes, die nach dem Gemeindestatut erforderliche kompetenzmäßige Genehmigung zu erwirken." Nunmehr habe die sozialdemokratische Gruppe im Gemeinderat die Forderung nach Einberufung des Wiener Gemeinderates erhoben, welcher Forderung sich die liberale Gruppe anschloß. Nachdem sich zum Gegenstand niemand zum Wort gemeldet hatte, erklärte Oberkurator Steiner die Debatte für geschlossen und schritt zur Abstimmung. Dieselbe ergab die debattelose Annahme folgender Entschließung: „Der Bürgerklub beharrt auf dem einstimmigen Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 22. September 1914 und findet, da die Verhältnisse, welche zu diesem Beschluß geführt haben, auch heute noch obwalten, keinen Anlaß, von denselben abzugehen." Zum Zeichen der Einstimmigkeit dieser Abstimmung erhoben sich die Versammelten von ihren Sitzen. Hierauf berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Fragen der Gemeindeverwaltung, über welche eine kurze Debatte abgeführt wurden, an welcher sich die Gemeinderäte Körber, Effenberger, Lourenz Müller, Dr. Klotzberg und Josef Müller beteiligten. Auf Grund einer Zuschrift des Zentralverbandes der Wiener Hausbesitzervereine werden als Verwaltungsräte in die zu konstituierende Mietdarlehenskasse, für welche bekanntlich die Gemeinde Wien eine Ausfallsgarantie von einer Million Kronen leistet, Vizebürgermeister Hoß und die Gemeinderäte Daberkow und Baurat Hans Schneider entsendet.

Neues Wiener Tagblatt
16./V.1915.

57

(Dienstfreie Tage der Gemeindeangestellten.) Der Kriegszustand und die durch ihn hervorgerufenen dienstlichen und personellen Verhältnisse in den städtischen Aemtern gestatten auch in diesem Jahre nicht, daß die Angestellten der Gemeinde Wien den normalmäßigen Erholungsurlaub antreten. Anderseits brachten die letzten neun Monate den städtischen Aemtern eine derartige Ueberlastung mit Geschäften, daß die städtischen Angestellten nur mit aller Anstrengung und mit Zuhilfenahme fast der ganzen freien Zeit den gesteigerten dienstlichen Anforderungen entsprechen konnten. Die Gewährung von Erholungspausen erscheint daher nicht bloß billig, sondern auch notwendig. Der Bürgermeister hat in Würdigung dieser Verhältnisse bewilligt, daß den städtischen Angestellten bis auf weiteres nach Zulässigkeit des Dienstes und der ungestörten Geschäftsführung einzelne Tage zu Erholungszwecken dienstfrei gegeben werden. Doch darf die Gesamtzahl der freigegebenen Tage im ganzen Jahre bei Angestellten, die sonst einen vierwöchigen oder längeren Erholungsurlaub beanspruchen könnten, die halbe Zeit dieses Urlaubes und bei den übrigen Angestellten 14 Tage, beziehungsweise wenn die Dauer des normalmäßigen Urlaubes kürzer wäre, diese Dauer nicht überschreiten. Durch diese Bewilligung wird es den städtischen Angestellten ermöglicht werden, wenigstens einzelne Tage ihrer Erholung zu widmen.

Frankfurter Zeitung
4./VI. 1915

65

Erholungsurlaub für Beamte.

N Berlin, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Der Minister der Finanzen und des Inneren haben durch Runderlaß über die Bewilligung von Erholungsurlaub an die Beamten der allgemeinen und inneren Verwaltung folgendes bestimmt: „Während der Dauer des Krieges kommt die Bewilligung eines Erholungsurlaubs an alle Beamten und in der sonst üblichen Dauer nicht in Frage, soweit es jedoch die dienstlichen Verhältnisse gestatten, wird eine Beurlaubung der Beamten auch zur Erholung grundsätzlich zugelassen. Hierbei ist vorzugsweise auf solche Beamten Rücksicht zu nehmen, an deren Arbeitskraft während des Krieges ganz besondere Anforderungen gestellt werden müssen. Ueber die Dauer des Urlaubs für die verschiedenen Beamtengruppen werden allgemeine Regeln nicht aufgestellt, doch ist daran festzuhalten, daß das notwendigste Maß nicht überschritten werden darf. Als Höchstmaß für die Urlaubsdauer werden 4 Wochen festgesetzt. Ein längerer Urlaub darf nur auf Grund eines ärztlichen Attestes bewilligt werden. Im übrigen ist bei der Verschiedenartigkeit der in Betracht kommenden dienstlichen und persönlichen Verhältnisse die Entscheidung über die Urlaubsdauer von Fall zu Fall zu treffen. Häufig wird es sich empfehlen, den Urlaub in zwei Abschnitte zu teilen. Für die Regelung der Vertretung haben die Beamten selbst zu sorgen. Die Stellung eines besonderen Vertreters ist nicht angängig."

Amtsblatt der Stadt Wien. V.

4./11. 1915

40

Abnimmer-Konferenz.

Bestimmung werde auch in die zweite Auflage des von der Gemeinde herausgegebenen Büchleins „Kriegsfürsorge" aufgenommen werden.

Hierauf wird die Konferenz geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für die liberale Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Fraktion:
Reumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Fremdenblatt

8./VI. 1915

18

(Die Blumenkörbe an den Beleuchtungsmasten.) Der Stadtrat beschloß die Ausschmückung der an den Masten der elektrischen Beleuchtung angebrachten Blumenkörbe heuer teils aus Ersparungsgründen, teils auch aus Mangel an Arbeitskräften zu unterlassen.

Neues Wiener Tagblatt
9./VI. 1915

(Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien.) Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Gegenwart der drei Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand gestern eine Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien statt. Der Bürgermeister berichtete über den Stand der Zentralstelle und gab bekannt, daß aus den Mitteln derselben noch 1,922,082 K. verfügbar sind. In Ergänzung des staatlichen Unterhaltsbeitrages werden laufende Unterstützungen an 3310 Personen gewährt. Der monatliche Bedarf hiefür beläuft sich auf 138,798 K.; die Gesamtauslagen für diesen Zweck sind bereits auf 811,478 K. gestiegen. Die öffentliche Ausspeisung koste bisher 1,656,579 K.; der staatliche Unterhaltsbeitrag sei nach dem Stande vom 7. d. an 165,204 Parteien angewiesen. Die von mehreren Seiten gewünschte Statistik, wie viele Personen den staatlichen Unterhaltsbeitrag genießen, könne er noch nicht bieten, da die Unterhaltskommissionen bei der niederösterreichischen Statthalterei mit Arbeit überhäuft sind und erst in einem späteren Zeitpunkte die gewünschten Nachweisungen liefern können. Weiter legte der Bürgermeister den Bericht des Oberstadtphysikus Dr. Böhm über die Gesundheitsverhältnisse in Wien vor, den er als befriedigend bezeichnete. Die Obmännerkonferenz stimmte ferner dem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zu, für die Flüchtlinge aus Görz, Gradisla und Istrien den Betrag von 25,000 K. zu widmen. — Magistratssekretär Dr. Fastenbauer berichtet über den Ankauf von Kohlen aus dem Kohlenrevier Dombrowa für den Haushaltsbedarf der Gemeinde und über die Maßnahmen, welche die Gemeindeverwaltung zur Kohlenversorgung Wiens überhaupt getroffen habe. — Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete weiter über eine Reihe von Approvisionierungsangelegenheiten und fand in seinen Anträgen einstimmige Genehmigung. — Vizebürgermeister Hoß berichtete über die Anstellung von weiblichen Schaffnern bei den städtischen Straßenbahnen, Vizebürgermeister Rain über die Erhöhung der Gebühr für die Militärverköstigung und schließlich Bürgermeister Doktor Weiskirchner über die Errichtung neuer Kühlanlagen durch die Gemeinde, welchem Antrage die Obmännerkonferenz prinzipiell zustimmte. Die weitere Beratung über diese Frage wird in einem Gemeinderatskomitee, in dem Vertreter aller Parteien sitzen werden, durchgeführt werden.

Abnormer Verfahren.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß bei dem Baugeschäfte eine Hauptschwierigkeit darin liege, daß alles Material nur gegen bar geliefert werde.

Hierauf schließt der Bürgermeister die Sitzung.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Der Vertreter des Bürgerklubs:
Steiner m. p.

Der Vertreter des Verbandes der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion:
Reumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Neues Wiener Tagblatt
16./11. 1915

85

(Bürgerklub.) Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt gestern unter dem Vorsitze seines Obmannes Oberkurators Steiner eine Sitzung ab, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Kriegsmaßnahmen der Gemeindeverwaltung referierte, den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Zentralstelle der Fürsorge im Rathause vorlegte, wobei er insbesondere der Baronin Anka Bienerth dankbar gedachte, und schließlich über Verfügungen der Gemeinde auf dem Gebiete der Approvisionierung Mitteilung machte. Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und über Antrag des Vorsitzenden dem Bürgermeister für seine Tätigkeit der Dank ausgesprochen. — Vizebürgermeister Hoß berichtete dann über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1915/16. An der sich daran knüpfenden Debatte beteiligten sich Vizebürgermeister Rain und die Gemeinderäte Baxa, Eglauer, Hötzel, Dr. Klotzberg, Komrowsky, Kroneck, Kunschak, Paulitschke, Spalowsky und Wolny. Die Anträge des Berichterstatters wurden einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende mit Dankesworten an den Berichterstatter und das Gemeinderatspräsidium die Sitzung schloß.

Abnämmer-Konferenz.

Dieser Tarif tritt rückwirkend vom 14. September 1914 in Kraft.")

Auf eine von der Kommission für soziale Fürsorge angeregte Bildung eines besonderen Arbeitslosen-Fondes wird von der Konferenz nicht eingegangen.

Magistrats-Direktor Weiß teilt mit, daß die Firma Arnstein in Triest dem Handelsministerium Valorisationskaffee verkaufe; das Handelsministerium verkaufe sodann diesen Kaffee an die Gemeinde und diese wieder an die Kolonialwarenhändler. Die Gemeinde Wien werde 15.000 Säcke bekommen. Der Detailpreis dürfte mit 4 K für das Kilo festgesetzt werden.

Die Konferenz erklärt sich hiemit einstimmig einverstanden.

Der Bürgermeister erklärt, daß der Kaffeebedarf in den städtischen Anstalten für ein Jahr gedeckt sei.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß teilt mit, daß ihm gestern die Ankerbrotfabrik Fritz und Heinrich Mendl Mitteilung gemacht habe, sie habe 1500 Waggons Mehl in Budapest und wolle es in Wien im X. Bezirke in Baracken lagern. Die Gemeinde solle die Baulinienauflassung der Kudlichgasse in der Strecke zwischen Absberggasse und Randhartingergasse bewilligen, weiters ersuche die Firma Mendl um die Überlassung eines in die Verbauung einzubeziehenden Grundes.

Der Bürgermeister, erklärt, wenn die Gemeinde dieses Ansuchen ablehne, so würde Mendl sagen, die Gemeinde hätte es verhindert, daß 1500 Waggon Mehl nach Wien kommen. Er ersuche daher die Mitglieder der Konferenz um ihre Wohlmeinung.

Die Gem.-Räte Reumann und Dr. Hein sprechen sich für die Ablehnung aus.

Gem.-Rat Goltz erklärt, daß diese Verquickung zwar einer Expressung ähnlich sehe, daß er aber eine schlanke Ablehnung für bedenklich halte.

Gem.-Rat Skaret meint, es sei undenkbar, daß Mendl einen so großen Vorrat habe, da nach der neuen Mahlordnung nur 15 Prozent für Auszugmehl verwendet werden sollen.

Vize-Bürgermeister Rain schlägt vor, der Firma Mendl den in Aussicht genommenen Platz gegen einen jährlichen Pachtzins von 5000 K bestandweise auf fünf Jahre zu überlassen.

Dieser Vorschlag wird einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Gem.-Rat Goltz spricht namens des Künstlerfürsorge-Komitees dem Bürgermeister für die bewilligte Subvention den wärmsten Dank aus.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.
Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.
Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.
Für die sozialdemokratische Fraktion:
Reumann m. p.
Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Die Zeit
9./III. 1915

126

Zurückgestellte Rathausprojekte.

Der Bau des neuen Amtshauses in der Felderstraße hat im Rathaus eine Reihe von Adaptierungsprojekten ausgelöst, die aber infolge des Krieges wieder zurückgestellt werden mußten, da die Fertigstellung des Amtshauses nicht, wie man ursprünglich hoffte, heuer erfolgen kann. Es fehlt eben überall an Arbeitern. Das Amtshaus ist wohl im großen und ganzen baulich fertig, und die Fassade wird bereits abgerüstet, aber die Inneneinrichtung kann vor Juli nächsten Jahres nicht vollendet werden. Dadurch werden jetzt auch mehrere Arbeiten, die im Rathaus selbst durchgeführt werden sollen, verzögert oder vorläufig unausgeführt bleiben. Da sind vor allem die zwei großen Kesselhäuser, die im Rathaus erbaut werden. In jedem sollen acht neue große Pauckert-Kessel zur Aufstellung kommen. Bisher wurde jedoch nur ein Kesselhaus so weit fertig, daß es zur nächsten Heizperiode im Herbst in Betrieb gesetzt werden kann. Von den acht Kesseln fehlen noch drei. Die Montierung geht sehr langsam vor sich, da nur sehr wenig Monteure zur Verfügung stehen. Da das neue Amtshaus ohnehin im Winter noch nicht zur Benützung kommt, wird die Arbeit des zweiten Kesselhauses wahrscheinlich vorläufig gar nicht begonnen werden. Die beiden neuen Kohlenhallen des Rathauses, die 80 Waggons Kohlen fassen, sind bereits fertig und werden nach Bedarf gefüllt. Ein anderes Projekt ist die Verlegung und Vergrößerung des Postamtes im Rathause. Das Postamt in der Lichtenfelsgasse im Hochparterre ist für den Verkehr im Rathaus zu klein. Es soll in die jetzigen Räume des Armendepartements im Parterre verlegt werden; das Armendepartement soll andere Räume erhalten. Da aber die pneumatischen Posteinrichtungen ganz umgebaut werden müßten und sowohl die Post als auch die Gemeinde die erheblichen Kosten nicht übernehmen wollen, bleibt das Projekt vorläufig unausgeführt. Weiter wird auch der Paternosteraufzug, der neben dem Tunnel vom Rathaus zum Amtshaus errichtet werden soll, vorläufig nicht zur Ausführung kommen. Schließlich sollte die Estrade im Festsaale des Rathauses vergrößert werden. Auch diese Arbeit wird mit Rücksicht auf den Krieg und den dadurch hervorgerufenen Arbeitermangel vorläufig unterbleiben.

Amtsblatt der Stadt Wien
9./VII. 2915
IX.
Abnummer-Konferenz 135

eine Million Kilogramm Fleisch von österreichischem Vieh in Pola in einem Kühlschiffe gelagert, bereitgestellt werden könnte. Der Umstand jedoch, daß einerseits durch den Lagerzins eine bedeutende Erhöhung des Preises entstehen, anderseits eine Vermehrung des Fleisches in Österreich hiedurch nicht hervorgerufen, vielmehr durch diese Schlachtungen die Beschickung der Märkte leiden würde, lasse dieses Anbot gegenwärtig als unannehmbar erscheinen. Doch werde er auch dieses Anbot im Auge behalten.

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer führt aus, daß einzelne Vertreter des Ackerbauministeriums der Meinung seien, daß bezüglich des Schweinefleisches nichts zu besorgen sei, während wieder andere behaupten, daß der Preis für Schweinefleisch steigen werde. Der österreichische Viehstand betrage zirka 8,000.000 Stück; dieser Vorrat reiche für die Fleischversorgung aus. Es sei jedoch zweifellos eine Steigerung der Preise zu erwarten.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Fraktion:
Reumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Reichspost Abendbl.
15./VII. 1915

147

Die Lissastraße in Wien.

Der Oesterreichische Flottenverein hat an den Bürgermeister der Stadt Wien folgendes Schreiben gerichtet: Euere Exzellenz wollen gütigst gestatten, Ihre wohlmögende Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, daß ein unscheinbares weltvergessenes Gäßchen mit vier Hausnummern in Wien den Namen „Lissagasse" führt. Es sind 49 Jahre her, daß die ruhmreiche Schlacht bei Lissa geschlagen wurde. Die Erinnerung an diese glorreiche Tat erweckte bei jedem Oesterreicher Freude und Stolz. Konnten wir auch unseren Empfindungen darüber nicht öffentlich Ausdruck geben, weil die Rücksicht auf den vermeintlichen Bundesgenossen Zurückhaltung gebot, so liegt heute keine Veranlassung mehr vor, die sprichwörtlich österreichische Bescheidenheit soweit zu treiben, daß man Ursache hätte, sich ihrer zu schämen. Zu Ehren unseres Tegetthoff und des glorreichen Tages von Lissa, zu Ehren unserer heldenmütigen Kriegsmarine bittet der Oesterreichische Flottenverein Eure Exzellenz, gütigst veranlassen zu wollen, daß eine entsprechende Straße Wiens auf „Lissastraße" umbenannt werde.

*

Die gewiß treffliche Anregung des Flottenvereines ist bereits überholt. Schon vor einem Monate hat im Wiener Stadtrat anläßlich der Budgetberatung Stadtrat Hans Arnold Schwer darauf hingewiesen, daß das Andenken an Custozza, Mortara, Novara, an den Jägeroberst Kopal bisher nur durch die Benennung kleiner Gassenzüge gewahrt wurde, daß man gegenüber dem angeblichen Bundesgenossen Rücksichten übte (Verbot der Aufführung der „Schlacht von Lissa" in der Adriaausstellung!), von denen auch der Magistrat angekränkelt wurde. Stadtrat Schwer beantragte, das Andenken an unsere Siege in Italien in geeigneter und würdiger Weise zu begehen und für die Benennung nach unseren Siegen und Helden jener Kämpfe Hauptstraßen in Wien zu wählen. Dieser Antrag wurde vom Wiener Stadtrat einstimmig angenommen, und der Magistrat wurde beauftragt, bald Vorschläge zu erstatten.

Reichspost Abendbl.
17/VIII. 1915

151

Ein Hötzendorfplatz in Wien.

Vor der Penzinger Kirche.

Laut Taufbuch der Pfarre Alt-Penzing wurde der Chef unseres Generalstabes, Freiherr Conrad v. Hötzendorf am 11. November 1852 in Alt-Penzing, und zwar im Haus 145, geboren. Das Geburtshaus des ruhmgekrönten Feldherrn befindet sich in der Nähe der Penzinger Kirche.

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing, die am 13. Juli stattfand, nahm Bezirksrat Karl Pölderl auf diese Tatsache Bezug und stellte den Antrag, zur Ehrung des Feldherrn, im 13. Bezirke einen Platz oder eine Straße nach dessen Namen zu taufen. Die Bezirksvertretung beschloß einstimmig, den Platz vor der Penzinger Kirche nach Generaloberst Conrad von Hötzendorf zu benennen. Dieser Beschluß wird nunmehr dem Wiener Stadtrat als Antrag vorgelegt werden. Bemerkt sei noch, daß die Anregung zu dieser Ehrung des Chefs unseres Generalstabes von der Bezirksorganisation der Christlichen Arbeiterschaft im 13. Bezirke ausging, die mit Beschluß vom 6. Juni ihren Vertreter in der Bezirksvertretung Hietzing, BR. Karl Pölderl, beauftragte, jenen Antrag einzubringen.

Neues Wiener Tagblatt
17/VIII. 15.

(Der Bürgermeister beim Kriegs- und beim Landesverteidigungsminister.) Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach gestern in Begleitung des Oberkurators Steiner beim Kriegsminister und beim Minister für Landesverteidigung vor, um eine Reihe von Wünschen hinsichtlich der Verbesserung und Ergänzung der Verordnung vom 12. Juni betreffend die Invalidenfürsorge vorzubringen und auch wegen der Arbeitsvermittlung der Invaliden Vorschläge zu erstatten. Bei dieser Gelegenheit brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner auch die Bitte der Wiener Einspännergenossenschaft um Beistellung des erforderlichen Benzins für die Automobile der Wiener Fuhrwerker vor. Oberkurator Steiner unterstützte die Eingabe der Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister (Uralte Haupthütte in Wien), daß auch die Angehörigen der angesehenen Baumeistergenossenschaft zu Landsturmingenieuren mit Offiziersrang ernannt werden. Die beiden Minister versprachen, die Anregungen und Bitten in wohlwollendste Erwägung zu ziehen.

Abnützungs-Konferenz

P. Z. 830/15, M. A. II, 10096/14, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Karolinen-Kinderspital um Koksſubvention. (Antrag: Dem Karolinen-Kinderspitale werden wie im Vorjahre 100 q Koks unentgeltlich überlassen.)

P. Z. 882/15, M. A. II, 5715/14, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Gesellschaft „Österreichisches Schulmuseum" um Subvention für die Hortausstellung 1914. (Antrag: Der Gesellschaft „Österreichisches Schulmuseum" wird für die Hortausstellung vom 13. Juni bis 12. Juli 1914 nachträglich eine Subvention von 500 K bewilligt.)

P. Z. 517/15, M. A. II, 189/15, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Wiener Trabrennverein um Ehrenpreis pro 1915. (Antrag: Bewilligung eines Ehrenpreises von 200 Dukaten, wie im Vorjahre, für das inländischen Trabern reservierte Rennen mit dem Titel „Preis der Stadt Wien", vorausgesetzt, daß dieses Rennen überhaupt stattfindet. Die Ausgabe ist auf den Reservefonds zu verweisen.)

P. Z. 624/15, M. A. VI, 5307/15, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Bewilligung von Zuschußkrediten für das erste Halbjahr 1914 zu drei Sub-Rubriken der Ausgabs-Rubrik XXII 1. (Antrag: Für das erste Halbjahr 1914 werden zur Bedeckung aufgetretener Mehrerfordernisse folgende Zuschußkredite bewilligt:

Zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 a „Kurrente Pflastererhaltung" 51.265 K 74 h;

zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 c „Umpflasterungen" 70.547 K 53 h;

zur Ausgabs-Rubrik XXII 1 d „Straßenherstellungen" 48.580 K 88 h.)

P. Z. 929/15, M. A. XI, 78220/14, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Bewilligung von Zuschußkrediten zur Ausgabs-Rubrik XXXVII „Öffentliche Armenpflege". (Antrag: Zur Ausgabs-Rubrik XXXVII „Öffentliche Armenpflege" werden folgende Zuschußkredite für das erste Halbjahr bewilligt:

Zu Post 10 c „Geldaushilfen durch die Armen-Institute" 69.265 K 7 h.

zu Post 12 a „Erhaltungsbeiträge für Personen über 14 Jahre" 93.360 K 93 h.)

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Fraktion:
Reumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

* * *

Fremdenblatt
23./VII. 1915

1771

Aus der Obmännerkonferenz.

Staatliche Unterstützungen und öffentliche Ausspeisung. — Günstige Gesundheitsverhältnisse. — Approvisionierungsangelegenheiten.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister und der Delegierten der Gemeinderatsparteien fand gestern die Obmännerkonferenz im Rathause statt. Im Einlaufe berichtete der Bürgermeister, daß seit Kriegsbeginn 931.820 Kronen an fortlaufenden staatlichen Unterstützungen und 277.400 Kronen an einmaligen Unterstützungen erfolgt wurden.

In dem Berichte über die von der Gemeinde organisierte allgemeine Ausspeisung heißt es: Die Zahl der täglich beköstigten Personen betrug anfangs rund 10.000, im September stieg sie auf 30.000 und seit Mitte Februar 1915 schwankt die Portionenzahl zwischen 36.000 und 37.000. Von den verköstigten Personen sind 8000 Erwachsene, 24.000 schulpflichtige und 4000 vorschulpflichtige Kinder. Begonnen wurde in 22 Speisestellen, derzeit sind 111 Ausspeisestellen im Betriebe. Die Anzahl der bisher verabreichten Speisenportionen beläuft sich auf rund 8,414.000, die Kosten einschließlich der eingekauften Lebensmittelvorräte auf 2,170.080 Kronen. Der Bürgermeister weist bei dieser Gelegenheit auf die hervorragende Tätigkeit des Komitees „Schwarzgelbes Kreuz" hin und auf die großen Opfer, welche eine große Anzahl von Frauen und Männer durch fortlaufende Monatsbeiträge für die öffentliche Ausspeisung bringen und richtet an die Allgemeinheit die Bitte, diese Opfer in hingebungsvoller Weise auch weiter zu tragen.

Weiters legte der Bürgermeister einen Bericht des Oberstadtphysikus über die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Bevölkerung vor, der außerordentlich günstig ist; vom 8. Juni bis 20. Juli 1915 ist unter der Zivilbevölkerung keine Erkrankung an Kriegsseuchen — von den nur mehr vereinzelten Blatternfällen abgesehen — vorgekommen.

Stadtbaudirektor Goldemund erstattete ein eingehendes Referat über den Entwurf des neuen Gemeindekühlhauses, welches von der Versammlung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Hierauf wurden Approvisionierungsangelegenheiten ausführlich erörtert, so die Mehl-, Fleisch-, Milch-, Zucker- und Kohlenfrage. Die Obmännerkonferenz richtete an die k. k. Regierung die ernste Aufforderung, endlich die Bestimmung über die Verwendung der neuen Ernte herauszugeben, wobei insbesondere die Ausschaltung von Surrogatmehlen bei der Broterzeugung und im Detailhandel als unbedingte Forderung der Konsumenten erklärt wurde. Ferner wurde die Festsetzung billigerer Höchstpreise für Brotmehl gefordert und verlangt, daß die niederösterreichische Getreideproduktion ausschließlich Wien und Niederösterreich zukomme und ein ausreichendes Kontingent an Edelmehl ungarischer Provenienz gewährleistet werde. Es müsse endlich getrachtet werden, daß durch eine zweckmäßige Organisation des Ernteergebnis den Konsumenten in prompter und ausreichender Weise zur Verfügung gestellt werde. Das Brot- und Mehlkartenregime sei bis auf weiteres aufrecht zu erhalten.

In der Milchfrage einigte sich die Obmännerkonferenz dahin, daß ein Verbot zur Erzeugung von Schlagobers, nicht aber ein solches für die Einfuhr sowie ein Verbot für die Verwendung von Milch zur Erzeugung von Gefrorenem (Creme) festgesetzt werde. Die Einführung einer Milchkarte halte die Obmännerkonferenz im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht für angezeigt.

Neues Wiener Tagblatt
23./VII. 1915

172.

Der Bürgermeister über die städtischen Fragen.

Der gemeinderätliche Bürgerklub trat gestern unter dem Vorsitz des Oberkurators Steiner zu einer mehrstündigen Beratung zusammen, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner über eine Reihe von kurrenten Angelegenheiten berichtete. Er wendete sich vor allem der Besprechung der Mehlfrage zu, welche zu einer der wichtigsten Fragen in der Approvisionierungspolitik der Gemeinde geworden sei. Er finde, daß im Publikum vielfach übersehen werde, daß ein freihändiger Ankauf von Mehl seit Monaten nicht mehr möglich ist und die Gemeinde Wien auf jene Mehle angewiesen sei, welche ihr von der staatlichen Kriegsgetreideverkehrsanstalt zugewiesen werden. Wenn im Publikum nicht selten auf kleine Orte hingewiesen werde, in welchen Roggen- und Weizenbrot im Verkehr stehe, so dürfe nicht übersehen werden, daß diese Orte Produktionsorte sind, in welchen durch Roggen- und Weizenvorräte die Erzeugung eines solchen Brotes möglich ist, daß dagegen Wien nahezu ausschließlich einen Konsumort, und zwar den größten Konsumort der Monarchie, darstelle, der lediglich auf Zufuhren von anderswoher angewiesen sei.

Die Gemeindeverwaltung habe in einer Petition an die Regierung die Forderung auf Beistellung von 18,962 Waggons Edelmehl erhoben, und er müsse namens der Wiener Bevölkerung unbedingt fordern, daß die Verwendung von Surrogatmehlen (Mais und Gerste) für den menschlichen Konsum völlig ausgeschaltet und sowohl für die Broterzeugung wie auch für den Detailhandel ausschließlich Edelmehl (Weizen und Roggen) zur Verfügung gestellt werde. Daß heute noch kein besseres Mischungsverhältnis bei der Broterzeugung angewendet werden könne, beruhe darauf, daß noch immer die Regierungsverordnung in Kraft stehe, welche die Beimengung von 50prozentigem Surrogatmehl bei der Broterzeugung und beim Detailverkauf eine Abgabe von 1:1 (Edelmehl : Surrogatmehl) vorschreibe. Diese Verordnung sei am 30. Jänner 1915 in Wirksamkeit getreten und bestehe heute noch aufrecht. Gewiß sei, daß diese Verordnung in einem Teile Oesterreichs nie zur Handhabe und Ausführung gelangte, weil in viele Bezirke überhaupt kein Surrogatmehl geliefert wurde. Die Gemeinde Wien habe aber nie so viel Edelmehl erhalten können, als für den ausschließlichen Verbrauch nötig gewesen wäre, und bekanntlich hat ja Ungarn seit Monaten nicht ein Edelmehlkontingent, sondern ein Maiskontingent zur Verfügung gestellt. Auf weitere Beschwerden könne er darauf hinweisen, daß ja die Kriegsgetreideverkehrsanstalt die Brotfrucht an Mühlen weise und die Gemeinde Wien von diesen Mühlen das Mehl erhalte. Tatsache sei, daß Landmühlen ein schlechtes Mehl geliefert haben, und er müsse insbesondere der Mühle Mantler in Rosenburg gedenken, die ein so schlechtes Mehl lieferte, daß er hierüber an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt die Anzeige erstattete. Es müsse aber auch gefordert werden, daß die Ausmahlung der Brotfrucht nicht wie bisher zu einem so hohen Prozentsatz erfolge, daß noch im Mehl Kleie und Futtermehlprozente enthalten seien. Dem Bürgermeister erscheine es am zweckmäßigsten, wenn aus Weizen 30 Prozent Backmehl und 48 Prozent Brotmehl ausgebeutet würden, so daß noch 22 Prozent Kleie und Futtermehl übrig bleiben, was auch zur Milderung der Futternot wesentlich beitragen würde. Mit Befriedigung könne er auf den Statthaltereierlaß vom 17. Juli hinweisen, mit welchem das Ansuchen der Gemeinde Wien, das gesamte im Wiener Gemeindegebiet beschlagnahmte und durch den bestellten Kommissionär aufzukaufende Getreidequantum an Edelmehlen ausschließlich der Gemeinde Wien zum Verbrauch zuzuweisen genehmigt worden sei, und er spreche hiefür dem Statthalter den besten Dank aus.

Der Bürgermeister berichtete sodann über die Errichtung von Kühlanlagen durch die Gemeinde, und in der Debatte hierüber wurde von mehreren Gemeinderäten betont, daß das Kühlhaus der Gemeinde eine wichtige wirtschaftliche und soziale Funktion zu erfüllen habe, dahin gehend, daß dem wucherischen Treiben durch Zurückhaltung von wichtigen Lebensmitteln Einhalt getan werde.

* * *

Lebhafte Beschwerde wurde darüber erhoben, daß durch die Mängel im Eisenbahndienst große Mengen von Milch sauer ankommen und daß auch Obst und Gemüse unter dem langsamen Transport und den unzureichenden Verkehrsmitteln leiden. Diese Mängel seien auch eine der Ursachen der teueren Preise von Obst und Gemüse. Es wurde beschlossen, den Bürgermeister zu ersuchen, mit allem Nachdruck auf das Eisenbahnministerium und die Zentraltransportleitung einzuwirken, daß Lebensmittelzüge mit aller Raschheit dem Markte zugeführt werden und daß auch durch Beistellung geeigneter Waggons dem Verderben der Ware vorgebeugt werde.

Eine weitere Debatte entspann sich wegen der Einführung eines Nachmittagsmarktes. Von der Mehrheit der Redner wurde erklärt, daß sie sich hievon keine nachhaltige Wirkung zur Verbesserung der augenblicklichen Verhältnisse versprechen.

In eingehender Weise erörterte schließlich der Bürgermeister die Aktion des Wiener Stadtrates wegen Verbesserung der Invalidenfürsorge, erwähnte, daß er mit dem Oberkurator Steiner sowohl beim Kriegsminister wie auch beim Landesverteidigungsminister in Audienz erschienen sei und daß beide Minister die Forderung der Gemeindeverwaltung Wiens einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen zusagten.

Der ausführliche Bericht des Bürgermeisters wurde mit lebhaftem und anhaltendem Beifall aufgenommen. Oberkurator Steiner dankte zum Schluß sowohl dem Bürgermeister als auch dem Stadtbaudirektor Goldemund, letzterem für das große Kühlhausprojekt und für die rasche Fertigstellung des Projektes und des Kostenanschlages. Der Bürgermeister dankte dem Oberkurator Steiner für seine Bemühungen in der Donauregulierungskommission, die für den Bau des Kühlhauses erforderlichen Gründe rasch in den Besitz der Gemeinde gebracht zu haben.

Amtsblatt der Stadt Wien. 6/VIII. 1915

XI

104

Obmänner-Konferenz.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß man dagegen nichts einwenden könne, da diese Maßregel nur für die Kriegsdauer gedacht ist.

Vize-Bürgermeister Rain erklärt, daß die Versorgungsanstalten von der Teuerung nicht allzu schwer getroffen werden, da sie ihre Vorräte aufbrauchen; der Anstaltsarzt bewillige selbstverständlich jedem größeren Esser eine größere Ration.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß mit Rücksicht auf die Fütterungsfrage eine Milchkalamität bevorstehe; es kämen jetzt zwei schlechte Monate, Wien werde mit dänischer Butter versorgt und er gebe es zur Überlegung, ob nicht die Sistierung der Butter-Erzeugung in Niederösterreich wenigstens bis zum Mai oder Juni in Anregung gebracht werden könnte.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, daß er den Zeitpunkt für gegeben erachte, um die Kartoffelvorräte der Gemeinde in den Verkehr zu bringen.

Marktamts-Direktor Bauer bemerkt, daß in der letzten Zeit eine Knappheit auf dem Kartoffelmarkte eingetreten und eine Steigerung des Preises um zirka 100 Prozent zu verzeichnen sei.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit der Herausgabe der Kartoffelvorräte einverstanden.

Vize-Bürgermeister Hoß referiert über die Bilanz der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien und beantragt:

„1. Der Rechenschaftsbericht und die Bilanz der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien über das Geschäftsjahr 1914 werden genehmigt.

2. Von dem verfügbaren Reingewinne des Jahres 1914 per 174.969 K 94 h werden 60.000 K der Pensionsreserve der Anstalt zugewiesen.

3. Der Restbetrag des verfügbaren Reingewinnes per 114.969 K 94 h wird zur teilweisen Deckung des im Vorjahre vorgetragenen Kursausfalles per 417.191 K 95 h verwendet.

4. Der Voranschlag der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien für das Geschäftsjahr 1915 wird genehmigt."

Wird einmütig zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister schließt hierauf die Sitzung.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Fraktion:
Jakob Reumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Neues Wiener Tagblatt 2./VIII. 1915

I
195

Wien im ersten Kriegsjahr.

Der Bericht des Bürgermeisters.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein großzügiges Bild der Tätigkeit der Gemeinde im ersten Kriegsjahr. Die Ziffern des Berichtes sind imponierend. Der Aufwand für Lebensmittel betrug 78 Millionen Kronen, 440,000 Personen stehen im Genusse von Unterhaltsbeiträgen, die bereits die Summe von 60 Millionen Kronen erreicht haben. Mit lebhafter Genugtuung darf man das Lob registrieren, das der Bürgermeister der Tätigkeit der Frauenarbeitskomitees zollt. Ohne Unterschied der Parteistellung haben sich die Damen zur Hilfstätigkeit vereinigt, die geradezu imponierende Erfolge aufzuweisen hat. Die Vorsorge auf sanitärem Gebiete darf der allgemeinen Anerkennung sicher sein.

Wir lassen nun den interessanten Bericht des Bürgermeisters nach der „Rathauskorrespondenz folgen:

Am 28. Juli 1914 erfolgte die Kriegserklärung an Serbien und mit diesem Tage beginnt das Kriegsjahr. Am 29. Juli 1914 fand eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates statt und am selben Tage die erste Stadtratssitzung nach Kriegsbeginn. Die erste Obmännerkonferenz wurde am 28. Juli abgehalten. Im Kriegsjahre 1914/15 fanden statt: 63 Sitzungen des Stadtrates, 24 Sitzungen der Obmännerkonferenz, 7 der Zentralstelle, 2 Sitzungen des Barackenkomitees, 1 Sitzung des Kühlhauskomitees und 2 Sitzungen der Sanitätskonferenz. Wenn ich auf die Kriegsleistungen der Gemeinde zu sprechen komme, glaube ich in erster Linie darauf hinweisen zu müssen, wie die Gemeinde für ihre Angestellten gesorgt hat.

Fürsorge für die Angestellten.

Ich erinnere an den Beschluß, welcher die Fürsorge für die anläßlich des Krieges zur militärischen Dienstleistung eingerückten städtischen Angestellten beinhaltete. Soweit den Angestellten durch eigene Vorschriften nicht ohnehin schon vor dem Kriege auch für den Mobilisierungsfall ihre Stellen gewahrt und Bezüge und Beförderungen zugesichert waren, wurden entsprechende Verfügungen durch Stadtrat und Gemeinderat sofort nach Kriegsausbruch geschaffen. Den Hinterbliebenen der im Felde gefallenen Angestellten werden Versorgungsgenüsse grundsätzlich auch für den Fall gewährt, wenn der Angestellte noch nicht pensionsberechtigt war. In Berücksichtigung der allgemeinen und empfindlichen Teuerung hat die Gemeinde ihren Angestellten, soweit sie unter einem bestimmten Dienstbezug bleiben, eine entsprechende Kriegszulage bewilligt, die sich nach Maßgabe der im Haushalte befindlichen Kinder erhöht. Der Umfang der Angestelltenfürsorge erhellt klar aus folgenden Ziffern: Die Kosten für die Angestelltenfürsorge rücksichtlich der magistratischen Angestellten betrug bisher 2,300,000 K., rücksichtlich der Lehrpersonen und Schuldiener 3,000,000 K., rücksichtlich der Angestellten bei den städtischen Unternehmungen 5,414,800 K., im gesamten mithin 10,714,800 K. An Kriegszulagen hat die Gemeinde seit 1. Mai d. J. an magistratische Angestellte 240,000 K., an Lehrpersonen und Schuldiener 65,000 K. und an Angestellte bei den Unternehmungen der Gemeinde 477,600 K., zusammen also 782,000 K. ausbezahlt. Auf ein Jahr bezogen, wird daher die Kriegszulage mit weit über 3 Millionen Kronen das städtische Budget belasten.

60 Millionen Kronen Unterhaltsbeiträge.

Wenn ich auf die Unterstützungen übergehe, die an die Familien der Eingerückten, sei es aus dem staatlichen Unterhaltsbeitrag, sei es aus den Mitteln der Zentralstelle, gewährt worden sind, dann habe ich in erster Linie mitzuteilen, daß die staatlichen Unterhaltsbeiträge nach dem Stande vom 4. August dieses Jahres an 180,709 Parteien gezahlt werden, so daß man sagen kann, es stehen rund 400,000 Personen in Wien im Genuß des staatlichen Unterhaltsbeitrages. Das Ergebnis der Erhebungen über die ausgezahlten Summen wurde nur in ungefähren Zahlen angegeben, aber auch diese beweisen, wie segensreich das Gesetz vom Jahre 1912 gewirkt hat. Es sind in Wien allein rund 60 Millionen Kronen bisher an staatlichen Unterhaltsbeiträgen gezahlt worden.

Außerdem wurde mit den Mitteln der Zentralstelle helfend eingegriffen, und zwar stehen jetzt 3528 Personen im Genuß laufender Unterstützungen; diese erfordern monatlich 107,900 K. und wurden bisher für diesen Zweck 1,018,920 K. ausgegeben. An einmaligen Unterstützungen wurden von der Zentralstelle 285,347 K. gewährt. Die Ausspeisung kostete bisher 1,266,439 K., die Näh- und Strickstuben erforderten 387,269 K., an Subventionen wurden 403,544 K. gegeben usw.

Die galizischen Flüchtlinge in Wien haben dem Staate bisher mehr als 18 Millionen gekostet. Das sind wohl Ziffern, die erheblich ins Gewicht fallen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf zu sprechen kommen, was die Gemeinde an Subventionen geleistet hat. Die Gemeinde hat, teils aus eigenen Mitteln, teils aus den Mitteln der Zentralstelle, folgende Subventionierungen vorgenommen: An das Rote Kreuz 300,000 K., an die Organisation der Fürsorge für Handelsangestellte 290,000 K., an den Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein 40,000 K., an das Künstlerfürsorgekomitee 25,000 K.; wir haben aber auch eigene Aufträge an die Künstler erteilt, die sich als Notstandsarbeiten im besten Sinne des Wortes darstellen.

Die Uebernahme von Kreditgarantien.

Eine wichtige Aktion der Gemeinde war nach meiner Meinung die Uebernahme von Kreditgarantien; so hat die Gemeinde für die Kriegskreditbank für Wien und Niederösterreich eine Ausfallsgarantie bis zum Betrage von zwei Millionen Kronen übernommen; diese Bank soll vor allem dem Gewerbestande helfen. Wir haben weiter für die nach dem Muster der Kriegskreditbank in Form einer Aktiengesellschaft gegründete Wiener Mietdarlehenskasse eine Ausfallsgarantie bis zum Betrage von einer Million Kronen übernommen. Wir haben für die von der Kriegskreditbank an Kunstgewerbetreibende zu gewährenden Akzeptkredite eine Haftung bis zum Betrage von 50,000 K. übernommen. Dann kommt noch eine andre wichtige Aktion dazu. Wir haben den Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien mit einer Million Kronen höher dotiert, und wir können wohl mit Stolz darauf hinweisen, daß dieser Kreditverein während des Krieges eine erhöhtere Bedeutung gewonnen hat. Die Zahl der Kreditwerber seit Kriegsausbruch beträgt 111 mit einer Kreditsumme von 936,300 K. Berücksichtigt wurden 58 Kreditwerber mit einer Kreditsumme von 497,400 K. Diese Summe stellt die Gesamthöhe der seit Kriegsausbruch bisher gewährten Kredite dar. Der Mitgliederstand beträgt derzeit 445 mit einer Kreditsumme von 2,938,900 K. Der Umsatz des Kreditvereines in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 beziffert sich mit Rücksicht auf die für Approvisionierungszwecke durchgeführten Transaktionen auf 37,895,918 K.

Neues Wiener Tagblatt
7./VIII. 1915

II

196

Ausspeisestellen und Nähstuben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit im Anschlusse an meine Bemerkungen über die Zentralstelle hervorheben, daß die Organisation der Zentralstelle mit ihren in den einzelnen Bezirken errichteten Hilfskomitees und Frauenarbeitskomitees sich im großen und ganzen bewährt hat und daß sich namentlich bei den Ausspeiseaktionen sehr viele Männer und Frauen wirklich geopfert haben. Wir haben 36,000 Personen in der Verköstigung. Wenn man nun bedenkt, daß manche der Frauen seit Kriegsbeginn im ehrenamtlichen Dienste stehen, so ist das wohl außerordentlich anerkennenswert.

Was die Nähstuben anlangt, so haben wir sehr erfreuliche Resultate zu verzeichnen. Ich werde mir erlauben, diesbezüglich einige Zahlen bekanntzugeben, die beweisen, daß dadurch vieler Frauen Not gelindert wurde. Es war namentlich im Anfang des Krieges, als sehr viele Geschäfte ihre Tätigkeit einstellten, geradezu ein Bedürfnis, da helfend einzugreifen. Um Frauen und Mädchen, die durch den Krieg erwerbslos wurden, Verdienst zu schaffen, wurden von der Frauenhilfsaktion in allen Wiener Bezirken Näh- und Strickstuben errichtet, die von Damen der Frauenarbeitskomitees geleitet wurden. Die Arbeitsstuben beschäftigen nicht nur postenlos gewordene Näherinnen und Strickerinnen, sondern bilden auch ungeschulte Frauen und Mädchen in diesen Erwerbszweigen aus und verschaffen ihnen gegen bescheidene Ratenzahlungen Nähmaschinen. Die Gemeinde Wien ließ für ihre Anstalten Vorräte an Wäsche verfertigen und trat auch an das Kriegsministerium, das Kriegsfürsorgeamt, das Gewerbeförderungsamt und an die Baumwollzentrale wegen Ueberlassung von Lieferungen heran. Die Frauenarbeitskomitees vermittelten zahlreiche Privataufträge von der einfachsten Strickarbeit bis zur kunstvollsten Stickerei. Eine Zusammenstellung aller übernommenen und ausgeführten Arbeiten zu geben, ist derzeit nicht möglich. Aber schon die folgenden Ziffern geben ein Bild der weitausgreifenden Tätigkeit:

Viereinhalb Millionen Arbeitsstücke.

Für die Heeresverwaltung wurden zur Lieferung übernommen: Im September 1914 bis Mai 1915 wöchentlich 150,000 Garnituren Militärwäsche, bestehend aus Hose und Hemd, seit August 1915 wöchentlich 6000 Garnituren Militärwäsche zur Konfektionierung, 150,000 Garnituren Militärwäsche als selbständige Lieferung, 1,030,000 Gewehrrollen, 100,000 Stück Militärjacken, 300,000 Paar Hosenbänder, 500,000 Nackenschützer, 49,258 Stück Baschliks, 24,100 Paar Wickelgamaschen, 10,000 Stück Rucksäcke usw. Das sind Zahlen, die beweisen, wie viel Arbeit und Verdienst geschaffen wurde.

Von kleineren Aufträgen seien angeführt: Spitalswäsche, 4000 Stück Anzüge für Eisenbahner, Anzüge für 2380 Gasarbeiter, 3500 Stück dänische Papierdecken für Bezirksmaroden-häuser, wöchentlich 1700 bis 1800 dänische Decken für die Zentrale in der Hofburg, Handtücher, Damenblusen, Kinderkleider und Kinderwäsche, Strohsäcke, Polster, Leintücher, Gummimäntel, Rucksäcke, Sandsäcke, Zwiebacksäcke, Zeltblätter u. dgl.

An Kälteschutzmitteln wurden angefertigt und an Wiener Regimenter, Landsturmformationen usw. als Liebesgaben abgeben: 180,000 Stück Wollsachen, wie Wollwesten, Wadenstutzen, Pulswärmer, Halstücher, Schneehauben, Kniewärmer, Handschuhe u. dgl.

Nicht unerwähnt sollen die 61,000 Marktaschen bleiben, die durch ihre geschmackvolle Ausführung sicherlich den Beifall der Wiener Hausfrauen finden werden.

Im ganzen wurden 4½ Millionen Arbeitsstücke angefertigt, an einem Teil der Lieferungen wird noch gearbeitet. Die Anzahl der Näh- und Strickstuben beträgt 28 und verteilt sich auf die verschiedenen Bezirke. Derzeit finden dort rund 4000 Frauen und Mädchen Arbeit und Verdienst, der durchschnittlich zwischen 5 und 30 K. Wochenlohn schwankt, je nachdem sie ihre ganze Zeit oder nur einen Teil derselben der Näh-, beziehungsweise Strickarbeit widmen können.

Die Tätigkeit des wirtschaftlichen Hilfsbureaus.

Anschließend daran möchte ich des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien gedenken, das ununterbrochen seit Ende August vorigen Jahres unter der Leitung des Geheimen Rates v. Wittek steht und in dem eine große Zahl von Herren, teils aus der Beamtenschaft, teils aus der Advokatie, unentgeltlich ihre Zeit zur Verfügung stellen. Der Verkehr beträgt rund 200 Parteien täglich. Das wirtschaftliche Hilfsbureau hatte in 34,630 Wohnungskündigungsfällen zu intervenieren und die Interventionen des Bureaus haben in 80 Prozent der Fälle die angesuchte Hilfe gebracht und zu einem Ausgleich geführt. Ich muß bei dieser Gelegenheit auch der Hausherren anerkennend gedenken, denn sie haben sich auch in entgegenkommender Weise bemüht.

3132 Mietzinsaushilfen.

Ich möchte hervorheben, daß während der ganzen Zeit in 3132 Fällen für Rechnung der Gemeinde Mietzinsaushilfen in der Höhe von 44,138 K. gewährt wurden. Für zwölf Monate ist das jedenfalls eine Summe, die geradezu verschwindend ist, doch wohl aber auch einen Blick in die allgemeine wirtschaftliche Lage Wiens gewährt, die sich trotz alledem ganz gut gestaltet.

Für Säuglinge und Kinder.

Im Zusammenhang damit halte ich mich verpflichtet, eines unsrer Aemter zu gedenken. Es ist das Amt der städtischen Berufsvormundschaft, denn auch dieses hat sich im Kriege ganz außerordentlich bewährt.

Wie Sie wissen, hat der Stadtrat den Beschluß gefaßt, die offene Armensäuglingsfürsorge durch die Einführung periodischer Armensäuglingsunterstützungen bis zur Höhe des üblichen Pflegegeldes für bedürftige Säuglingsmütter zu erweitern und die geschlossene Armensäuglingspflege durch Erhebung des Pflegegeldes bis monatlich 30 K. auszubauen. In gewissen Fällen wurden die Kinder Einberufener in die vollständige Obsorge der Gemeinde übernommen; die Zahl dieser Kinder beträgt dermalen ungefähr 700. Die Gemeinde hat weiter 120,000 K. zur Versicherung von 300 Kindern im Felde gefallener Wiener gewidmet. Die städtische Berufsvormundschaft hat sich auch insofern in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt, als sie die Kuratel über Säuglinge, deren Väter eingerückt sind, zur sofortigen Geltendmachung des Anspruches auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag übernimmt. Die Zahl dieser Kuratel beträgt 6800.

Von den Frauenarbeitskomitees in den Bezirken werden an stillende Mütter auf Kosten der Gemeinde Nahrungsmittel, wie Reis, Trockenmilch und dergleichen, verabfolgt.

Investitionen im Kriegsjahr.

Zu Beginn des Krieges hat die Gemeindeverwaltung ein großzügiges Investitionsprogramm ausgearbeitet, das damals dem Stadtrate vorgelegt wurde. Ich glaube, wir sind damals auf 30 Millionen Investitionen gekommen. Wir waren einerseits nicht in der Lage, dieses Investitionsprogramm durchzuführen, weil die Arbeitskräfte gemangelt haben, anderseits hat sich die wirtschaftliche Lage im allgemeinen so gehalten, daß von Notstandsbauten eigentlich keine Rede sein konnte. Nichtsdestoweniger haben wir in den ersten 12 Monaten des Krieges Bauten durchgeführt, deren Kosten sich auf ungefähr 17 Millionen Kronen belaufen. Darunter hebe ich ganz besonders das Kühlhaus hervor, das einen Kostenaufwand von 3 Millionen Kronen erfordert und das dazu dienen soll, die künftige Fleischapprovisionierung Wiens sicherzustellen.

Wir haben also trotz des Krieges Friedenswerte im Werte von 17 Millionen geschaffen!

Bei diesen Arbeiten wurden, von den strengen Wintermonaten abgesehen, täglich im Durchschnitte 2300 Arbeiter beschäftigt.

Neues Wiener Tagblatt 7./VIII. 1915

III

Wiener städt. Lesehalle

197

Die Approvisionierung Wiens.

Ich komme nun zur Approvisionierungsfrage. In dieser Beziehung möchte ich mir erlauben, darauf hinzuweisen, daß diese Aktion der Gemeinde sich in folgenden Formen bewegt: Erstens einmal, und davon sind wir zu Beginn ausgegangen, hat es sich darum gehandelt, für die öffentliche Ausspeisung Vorräte zu beschaffen, im Großen und billig einzukaufen, um allen den Vereinen, die sich mit der Ausspeisung befassen, diese Lebensmittel zur Verfügung stellen zu können. Das ist auch geschehen, und wir haben um mehr als 2 Millionen Kronen derartige Lebensmittel gekauft, die teils abgegeben, teils im Vorrate sind; hiefür wurde ein eigenes Depot in der Herzgasse eingerichtet.

Die zweite Funktion der Gemeinde war die, für den Fall der Not gewisse haltbare Vorräte einzukaufen. Eine weitere Funktion war aber die, das Geld herzugeben, und nur zwischen einem Verkäufer und dem befugten Händler mit diesem oder jenem Artikel zu vermitteln. Ein Beispiel in dieser Beziehung ist erstens der Ankauf des Valorisationskaffees in Triest, wo wir das Geld hergegeben und die Ware sofort den Engroshändlern übermittelt haben. Die Gemeinde hat dabei nur die Preisbindung beansprucht, und wenn Kaffee nicht zu jenen Artikeln gehört, wo sprunghafte Preissteigerungen vorgekommen sind, so ist dieser Umstand nur der Gemeinde zu danken, die durch die Preisbindung preisregulierend wirkte. Ein zweiter solcher Fall ergab sich beim Petroleum. Ein dritter beim Zucker. In allen diesen Fällen hat die Gemeinde Wien gekauft, nur um das Geld herzugeben und den Rückersatz von den Wiederverkäufern nur nach Maßgabe der von ihnen abberufenen Waren zu begehren.

Eine andre Funktion der Gemeinde ist die, nicht nur zu kaufen, sondern auch selbst zu verkaufen. Ein Beispiel hiefür ist die Kartoffelabgabe der Gemeinde Wien. Wir haben im Herbst vorigen Jahres gekauft und haben in dem Augenblicke, als es notwendig schien, preisregulierend einzugreifen, mit der Abgabe der Vorräte begonnen. Wir haben die Kartoffel zu einem Preise abgegeben, der billiger war als der Marktpreis, und haben dadurch die Engroshändler gezwungen, die Preissteigerungen einzustellen und mit dem Preise herabzugehen. Außerdem war noch die Möglichkeit gegeben, einen Teil davon als Saatkartoffeln zu verwenden.

Um 1,955,000 Kronen Hausbrandkohle.

Ein zweites Beispiel ist die Kohle gewesen. Wir haben Sorge gehabt, ob die Kohlenversorgung Wiens gewährleistet ist und haben daher Kohlen gekauft und wollten sie durch die Kohlenhändler verkaufen lassen, was aber nicht vollständig gelungen ist. Wir waren gezwungen, selbst als Verkäufer aufzutreten und haben zu diesem Behufe Kohlendepots errichtet; ich habe ja schon zu wiederholten Malen Gelegenheit gehabt, über die diesbezüglichen Zahlen zu berichten. Trotzdem möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß der Gesamtverkauf an Braunkohle auf den städtischen Kohlenlagerplätzen Westbahnhof, Matzleinsdorf, Engerthstraße und Nordwestbahnhof bis 31. Juli 312,971 Meterzentner betrug, das sind im Durchschnitt 1695 Meterzentner pro Tag. Die Anzahl der auf den Kohlenlagerplätzen erschienenen Parteien betrug im gleichen Zeitraume 923,592, so daß auf den Verkaufstag 5323 Parteien entfallen. Auf den Kohlenrutschen der Gemeinde am Nordbahnhof wurden bis 31. Juli 1915 317,040 Meterzentner Ostrauer Steinkohle verkauft. Der Wert der den Kohlenhändlern vertragsmäßig zu den Selbstkosten überlassenen Kohle beträgt bei Steinkohle 258,630 K. 26 H., bei Braunkohle 364,870 K. 99 H., zusammen daher 623,501 K. 25 H. Ende Juli hat die Gemeinde Wien den Alleinverkauf der Produktion der Steinkohlengruben des Dombrowaer Revieres, soweit sie vom Etappenkommando zur Vergebung gelangte, erworben, so daß auch für den kommenden Winter für die Kohlenversorgung Wiens entsprechend vorgesorgt wurde. Die Summe, welche von der Gemeinde Wien für den Ankauf von Hausbrandkohle verausgabt wurde, beträgt rund 1,955,000 K.

Die Mehlaktion der Gemeinde.

Eine ganz eigenartige Funktion der Gemeinde hat sich beim Mehl herausgestellt; sie begann damit, daß wir in Voraussicht dessen, daß eine Not eintreten könnte, Vorräte kauften, und zwar wurde mit der Bevorratung im August 1914 begonnen, als wir in erster Linie auf Grund eines vom Stadtrate bewilligten Kredits von fünf Millionen Kronen Mehl und Reis erwarben; dieser Kredit ist freilich inzwischen sehr vervielfacht worden! Dann kam im Februar 1915 die Beschlagnahme des Getreides durch die Regierung. Es wurde die Kriegsgetreideverkehrsanstalt geschaffen, die die längste Zeit nicht funktionierte; wir sind im März in jene Notlage geraten, daß wir mit unsern Vorräten herausrücken mußten. Es ist uns dann gelungen, Mais zu erwerben, so daß wir wenigstens quantitativ gedeckt waren. Ich möchte bei dieser Gelegenheit bitten, daß die Herren immer darauf hinweisen mögen, daß die Gemeinde nicht aus Vorliebe den Mais genommen hat, sondern aus dem einfachen Grund, weil Ungarn es ablehnte, uns Edelmehle zur Verfügung zu stellen und wir im Lande selbst nicht so viel auftreiben konnten, um dem Bedarf der Zweimillionenstadt zu genügen. Die Gemeinde hat nicht aus irgendwelchen Motiven den Mais protegiert, sondern sie ist gezwungen worden, zu diesem Mittel zu greifen, um wenigstens den Bedarf des breiten Publikums quantitativ zu decken.

Dabei war es unsre stete Aufgabe, sobald als möglich mit der Verbesserung der Mischung vorzugehen. Wir haben damals an den Statthalter appelliert, und die Requisition von Edelgetreide führte zu dem Resultat, daß Ende April das damals bestandene Mischungsverhältnis für die Broterzeugung — ein Sack Mischmehl zu drei Sack Maismehl — verbessert werden konnte, indem zu je einem Sack Roggenmehl nur zwei Sack Maismehl verabfolgt wurden; wir sind also vom Verhältnis 1:3 zu 1:2 übergegangen. Anfang Juli sind wir auf zwei Teile Edelmehl zu zwei Teilen Maismehl übergegangen, und seit dem 30. Juli kommen, abgesehen von einem 25prozentigen Zusatz von Gerstenmehl, nur mehr Weizen- und Roggenmehl zur Verwendung. Von der nächsten Woche an wird nur mehr Edelmehl zur Verteilung an die Bäcker kommen. In gleicher Weise wurde auch beim Handel eine bessere Mehlmischung zur Verfügung gestellt, und ist derzeit nur mehr Weizenmehl Nr. 0 und deutsches Weizenmehl im Verhältnis 1:1 im Verkehre.

Trotz der bedeutenden Anforderungen, die an die Mehlversorgung der Gemeinde gestellt wurden, konnte bei ausreichender Befriedigung des Bedarfes noch eine kleine Reserve von Edelmehlen erübrigt werden, die jetzt in den Verkehr kommt. Daß es der Gemeindeverwaltung gelungen ist, tausend Waggons deutsches Weizenmehl zu erwerben, entlastet uns der Sorge für die Uebergangszeit, bis das Zuschieben der neuen Ernte so erfolgt, daß wir, die wir täglich 52 bis 54 Waggons Mehl brauchen, befriedigt werden können. Im übrigen kann ich noch mitteilen, daß ich über die tausend Waggons deutschen Weizenmehls noch weitere 380 Waggons erhalten habe, so daß wir wohl gut bis zu dem Augenblick versorgt sein werden, in dem wir mit Sicherheit darauf rechnen können, daß das Ergebnis der neuen Ernte auch wirklich zugestreift wird. Die Tätigkeit der Gemeinde in der Mehlversorgung wird durch folgende Zahlen erhellt: Bis zum 31. Juli 1915 wurden an Kleinbäckereibetriebe 1550 Waggons Mehl, an Großbäckereibetriebe 768 Waggons Mehl, und an Gewerbegenossenschaften 579 Waggons Mehl, insgesamt 2897 Waggons Mehl abgegeben. Wir haben

Hier im ersten Sitzungssaal.

also insgesamt 289,700 Meterzentner, oder 28,970,000 Kilogramm Mehl abgegeben. Der Preis bewegte sich zwischen 48 und 72 K. pro Meterzentner im Großhandel. Die Mehlpreise sind nur durch die Gemeinde Wien gehalten worden. Wenn das Mehl frei geblieben wäre, wäre die wahnsinnigste Preistreiberei entstanden. Man hat ja schon 1 K. 40 H. pro Kilogramm begehrt! Bemerkenswert ist es auch, daß der bisherige Umsatz schon 16 Millionen Kronen übersteigt.

Nun gehe ich auf die Zahl über, die die gesamten Einkäufe an Lebensmitteln darstellt; es sind nicht weniger als sechzig Millionen Kronen! Wenn wir noch die 16 Millionen Kronen für Mehl und die zwei Millionen Kronen, die für die öffentliche Ausspeisung aufgewendet wurden, dazurechnen, so kommen wir auf 78 Millionen Kronen.

Ferner muß ich noch erwähnen, daß wir auch eine Futtermittelzentrale geschaffen und in der Zeit vom 14. Mai bis 31. Juli 1915 an 4940 Parteien insgesamt 2,952,846 Kilogramm Futtermittel abgegeben haben. Außerdem hat die Genossenschaft der Milchmeier stets die nötige Kleie bekommen, um für die Nutzkühe das Auslangen zu finden.

Die Fleischversorgung Wiens.

Hinsichtlich der Fleischversorgung hat die Gemeinde wiederholt versucht, Auslandsimporte zu organisieren, aber erst in der letzten Zeit ist dies durch eine Verbindung mit der Berliner Zentraleinkaufsgesellschaft gelungen. Die Verhandlungen wegen Errichtung von Schweinemästereien führten zu keinem Resultat.

1000 Kriegsgemüsegärtner in Wien.

Nun glaube ich, an die Lebensmittelversorgung einige Bemerkungen über den Gemüseanbau in Wien anschließen zu sollen. Wir haben im Eigenbetrieb eine Fläche von 233 Hektar (2,330,000 Quadratmeter) dem Anbau zugeführt und hievon 151 Hektar mit Erdäpfeln, 15 Hektar mit Gemüse und 67 Hektar mit Futtermitteln bebaut. Die Beteiligung der Bevölkerung an dem Anbau äußerte sich in der Nachfrage nach den sogenannten Kriegsgemüsegärten; als solche wurde eine Fläche von rund 30·5 Hektar, die sich teils aus städtischen Gründen oder von der Gemeinde verwalteten Fondsgründen, teils aus den der Gemeinde für diesen Zweck von Privaten unentgeltlich zur Verfügung gestellten Gründen zusammensetzt, in Losen von 150 bis 800 Quadratmeter um den Anerkennungszins von 2 K. an rund 1000 Bewerber vergeben. Es haben sich also in Wien 1000 Gemüsegärtner gefunden, und es ist rührend, wie die Leute noch am späten Abend hinausziehen und ihr Gemüse gießen; das kann namentlich in Grinzing und andern Bezirksteilen ländlichen Charakters beobachtet werden. Da es sich meist um kinderreiche Familien handelt, kann man durch diese Gärten etwa 5000 Menschen als mit Gemüse versorgt annehmen. Städtischen Bediensteten wurde eine Fläche von rund 15½ Hektar als Kriegsgemüsegärten unentgeltlich zugewiesen. Es handelt sich hier hauptsächlich um Gasarbeiter, Feuerwehrleute und Leute aus andern städtischen Betrieben.

Das Beispiel der Gemeinde hat derart aufmunternd gewirkt, daß viele Grund- und Fabriksbesitzer Privaten, beziehungsweise ihren Arbeitern Grundstücke als Gemüsegärten überließen, so daß man neben den städtischen auch viele private Kriegsgemüsegärten entstehen sehen konnte.

Schulkinder als Gärtner.

Die Schulkinder haben eine Fläche von 14½ Hektar mit gutem Erfolge bebaut. Besonders von den Gärten in der Valeriestraße ist das zu erwähnen. An Saatgut wurde verabfolgt: 174,000 Kilogramm Saaterdäpfeln an 370 Parteien zum Preise von 18 H. pro Kilogramm, 20,000 Kilogramm Saaterdäpfeln an Schulkinder unentgeltlich, 780 Kilogramm Pflanzensamen und 1,200,000 Stück Setzlinge unentgeltlich. Im ganzen wurden 317 Hektar, also 3,170,000 Quadratmeter sonst brachliegender Grund, bebaut.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

Ganz kurz möchte ich noch über den Arbeitsmarkt berichten. Nach den Aufzeichnungen des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes waren die Stellenanbote um 23,084, die Stellengesuche um 13,747 und die Vermittlungen um 26,326 größer als in der korrespondierenden Zeitperiode des Vorjahres. Es war also allerdings die Arbeitsnachfrage, aber auch die Anzahl der freien Posten eine bedeutend größere als im Vorjahre, so daß bei der großen Anzahl von Stellenvermittlungen nur ein unbedeutender Prozentsatz der Postensuchenden übrigblieb.

Ein ebenso günstiges Bild geben die Daten über die Bewegung im Stande der Arbeiter und der Nächtigenden im Werkhaus und im Asyl der Stadt Wien. In jenem betrug der durchschnittliche monatliche Zuwachs bloß 156 gegen 268 in der Friedenszeit; die durchschnittlichen monatlichen Verpflegstage erreichten bloß die Ziffer von 7352 gegen 11,805 im Vorjahre. Ebenso benützten das Asyl monatlich bloß 6771 Personen gegen 10,353 in der vorausgegangenen Periode.

900,000 Kronen Verpflegskosten.

In der geschlossenen Armenpflege war auch im ersten Kriegsjahr derselbe Verpflegsstand wie früher, aber die Kosten der Verpflegung haben sich um rund 900,000 K. infolge der Teuerung erhöht. Ebenso sind die Kosten der offenen Armenpflege im ersten Kriegsjahr wesentlich gestiegen und werden die Ueberschreitungen voraussichtlich 371,000 K. hinsichtlich der Geldaushilfen, 200,000 K. hinsichtlich der Erhaltungsbeiträge für Personen über 14 Jahre und 10,000 K. hinsichtlich der Hebammenentschädigungen betragen.

Im übrigen erwähne ich im Anschlusse daran gleich, daß sich die Gemeinde Wien insgesamt mit 58 Millionen an der Kriegsanleihe beteiligt hat und daß die von den Einlegern bei der städtischen Zentralsparkasse gezeichneten Beträge für die Kriegsanleihen die Summe von 43 Millionen erreichten.

Mehr Steuereinnahmen als im Vorjahr.

Die Steuereingänge im Kriegsjahr sind durchweg günstige. Im letzten Viertel wurden insgesamt 80,972,755 K. bei den städtischen Steuerämtern einbezahlt, darunter 5,016,820 K. an allgemeiner Erwerbsteuer und 16,207,564 K. an Einkommensteuer. Gegenüber dem gleichen Viertel des Vorjahres weisen die reinen Empfänge die beträchtliche Zunahme von 2,897,878 K. auf.

Nun müßte noch besonders bemerkt werden, daß ungeachtet der ungeheuren Aufgaben und Ausgaben, die der Krieg dem Haushalte der Gemeinde aufgezwungen hat, die Gemeinde diese Auslagen aus den vorhandenen Mitteln bestreitet; es hat weder eine Erhöhung der Umlagen stattgefunden, noch haben wir während der ganzen Zeit ein Anlehen aufzunehmen gebraucht.

Glänzende Erfolge auf sanitärem Gebiet.

Ich möchte dann noch mit dem Sanitätsbericht schließen; die Gesundsheitsverhältnisse sind durchweg gute; allerdings haben wir auch für sanitäre Maßnahmen ziemliche Opfer gebracht. Ich kann darauf hinweisen, daß wir für Spitalsbaracken, und zwar für provisorische und definitive Infektionsbaracken, 1½ Millionen, für die Komplettierung der Einrichtung des Kaiserjubiläums-Spital 150,000 K., für die Vorkehrungen zur Aufnahme von 2000 bis 3000 Kranke im Versorgungsheim 300,000 K. und für die Einrichtung eines Pavillons des Versorgungsheims als Notspital für 600 Verwundete 144,000 K., für die Umgestaltung und bauliche Einrichtung eines Fabriksgebäudes im 10. Bezirk in eine Desinfektionsanstalt für Zivilpersonen 51,000 K. ausgegeben haben. Sie sehen, das sind Ausgaben, die sich sehr rentieren, weil die Fürsorge für die Gesundheit der Stadt nicht genug gefördert werden kann.

Ich glaube im großen und ganzen Daten geboten zu haben, die den verehrten Herren den Beweis liefern, daß die Gemeindeverwaltung von Wien ihr möglichstes getan hat, um die Not des Krieges zu lindern und das Wirtschaftsleben in Wien aufrecht zu erhalten.

Ich bitte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Stadtrat Professor Schmid dankte sodann in herzlicher Weise dem Bürgermeister für seine Tätigkeit.

Fremdenblatt
8. Juni. 1915

Die Gemeindeverwaltung im ersten Kriegsjahre.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattete in der gestrigen Sitzung des Stadtrates Bericht über die Gemeindeverwaltung im ersten Kriegsjahr. Er rekapitulierte die historischen Ereignisse der Juli- und Augusttage des Jahres 1914 und die Vorkehrungen der Gemeindeverwaltung, zunächst in der Fürsorge für die städtischen Angestellten, deren Kosten sich im Gesamten auf 10,714.800 Kronen belaufen. An Kriegszulagen hat die Gemeinde seit 1. Mai d. J. 782.000 Kronen ausbezahlt. Auf ein Jahr bezogen wird daher die Kriegszulage mit weit über 3 Millionen Kronen das städtische Budget belasten.

Nach dem Stande vom 4. August 1915 wurden an 180.709 Parteien staatliche Unterstützungen ausbezahlt, es stehen somit rund 400.000 Personen in Wien im Genuß des staatlichen Unterhaltsbeitrages. In Wien allein wurden rund sechzig Millionen Kronen bisher an staatlichen Unterhaltsbeiträgen gezahlt. Die 3528 Personen gewährten laufenden Unterstützungen erfordern monatlich 107.900 Kronen, bisher wurden für diesen Zweck 1,018.920 Kronen ausgegeben. An einmaligen Unterstützungen wurden von der Zentralstelle 285.347 Kronen gewährt. Die Ausspeisung kostete bisher 2,266.439 Kronen, die Näh- und Strickstuben erforderten 387.269 Kronen, an Subventionen wurden 403.544 Kronen gegeben usw.

Die galizischen Flüchtlinge in Wien haben dem Staate bisher über 18 Millionen gekostet. Das sind wohl Ziffern, die erheblich ins Gewicht fallen. Der Bürgermeister zählte dann die von der Gemeinde geleisteten Subventionen an das Rote Kreuz (300.000 Kronen), an die Organisation der Fürsorge für Handelsangestellte (290.000 Kronen) und andere auf und besprach die Uebernahme von Kreditgarantien durch die Gemeinde (bisher zwei Millionen Kronen), dann die Gründung der Wiener Mietsdarlehenskasse und anderer Fürsorgeaktionen. In den Näh- und Strickstuben wurden insgesamt viereinhalb Millionen Arbeitsstücke angefertigt, an einem Teil der Lieferungen wird noch gearbeitet. Derzeit finden rund 4000 Frauen und Mädchen Verdienst.

Das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien steht ununterbrochen seit Ende August 1914 unter der Leitung des Ministers a. D. Dr. v. Wittek. Der Verkehr beträgt rund zweihundert Parteien täglich. Das wirtschaftliche Hilfsbureau hatte in 31.630 Wohnungskündigungsfällen zu intervenieren und die Interventionen des Bureaus haben in 80 Prozent der Fälle Hilfe gebracht und zu Ausgleichen geführt.

Das Amt der städtischen Berufsvormundschaft hat sich im Kriege ganz außerordentlich bewährt. In gewissen Fällen wurden die Kinder Einberufener — ungefähr siebenhundert — in die vollständige Obsorge der Gemeinde übernommen; die Gemeinde hat weiters 120.000 Kronen zur Versicherung von 300 Kindern im Felde gefallener Wiener gewidmet. Die städtische Berufsvormundschaft hat sich auch insofern in den Dienst der Kriegsfürsorge gestellt, als sie die Kuratel über Säuglinge, deren Väter eingerückt sind, zur sofortigen Geltendmachung des Anspruches auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag übernimmt. Die Zahl dieser Kuratein beträgt 6800.

Zu Beginn des Krieges hat die Gemeindeverwaltung ein großzügiges Investitionsprogramm ausgearbeitet und für diese Zwecke 30 Millionen vorgesehen. Die Gemeinde war aber außerstande, dieses Investitionsprogramm durchzuführen, weil die Arbeitskräfte gefehlt haben und weil die wirtschaftliche Lage die Ausführung von Notstandsbauten nicht gestattete. Nichtsdestoweniger wurden in den ersten zwölf Monaten des Krieges Bauten mit einem Kostenaufwande von ungefähr 17 Millionen aufgeführt, darunter das Kühlhaus, das drei Millionen Kronen erfordert.

Besonders ausführlich widmet sich der Bericht der Approvisionierungsfrage. Die Kommune hat billig eingekauft, um Vereinen, die sich mit der Ausspeisung befassen, diese Lebensmittel zur Verfügung stellen zu können. Das ist auch geschehen und wir haben um mehr als zwei Millionen Kronen derartige Lebensmittel gekauft. Die Gemeinde habe auch durch Ankauf verschiedener Artikel, als Kaffee, Petroleum, Zucker, Kartoffeln, preisregulierend eingegriffen. In der Kohlenversorgung Wiens habe sie viel geleistet.

Eine ganz eigenartige Funktion der Gemeinde hat sich beim Mehl herausgestellt. Die Kommune erwarb im August 1914 um fünf Millionen Kronen Mehl und Reis; dann kam im Februar 1915 die Beschlagnahme des Getreides durch die Regierung. Es wurde die Kriegsgetreideverkehrsanstalt geschaffen, die die längste Zeit nicht funktionierte; wir sind im März in jene Notlage geraten, daß wir mit unseren Vorräten herausrücken mußten. Es ist uns dann gelungen, Mais zu erwerben, so daß wir wenigstens quantitativ gedeckt waren. Trotz der bedeutenden Anforderungen, die an die Mehlversorgung der Gemeinde gestellt wurden, konnte bei ausreichender Befriedigung des Bedarfes noch eine kleine Reserve von Edelmehlen erübrigt werden, die jetzt in den Verkehr kommt. Daß es der Gemeindeverwaltung gelungen ist, 1000 Waggon deutsches Weizenmehl zu erwerben, entlastet uns der Sorge für die Uebergangszeit, bis das Zuschieben der neuen Ernte so erfolgt, daß wir, die wir täglich 52 bis 54 Waggon Mehl brauchen, befriedigt werden können. Im übrigen kann ich noch mitteilen, daß ich über die 1000 Waggon deutschen Weizenmehls noch weitere 380 Waggon erhalten habe. Die Tätigkeit der Gemeinde in der Mehlversorgung wird durch folgende Zahlen erhellt: Bis 31. Juli 1915 wurden an Kleinbäckereibetriebe 1550 Waggon Mehl, an Großbäckereibetriebe 768 Waggon Mehl und an Gewerbegenossenschaften 579 Waggon Mehl, insgesamt 289.700 Meterzentner abgegeben. Der Preis bewegte sich zwischen 48 und 72 Kr. per Meterzentner im Großhandel. Die Mehlpreise sind nur durch die Gemeinde Wien gehalten worden. Wenn das Mehl frei geblieben wäre, wäre die wahnsinnigste Preistreiberei entstanden. Bemerkenswert ist es auch, daß der bisherige Umsatz schon 16 Millionen Kronen übersteigt.

Hinsichtlich der Fleischversorgung hat die Gemeinde wiederholt versucht, Auslandsimporte zu organisieren, aber erst in der letzten Zeit ist dies durch eine Verbindung mit der Berliner Zentraleinkaufsgesellschaft gelungen. Die Verhandlungen wegen Errichtung von Schweinemästereien führten zu keinem Resultate.

Wegen des Gemüseanbaues in Wien ist zu sagen, daß die Kommune im Eigenbetriebe eine Fläche von 233 Hektar (2,330.000 Quadratmeter) dem Anbau zugeführt und hievon 151 Hektar mit Erdäpfeln, 15 Hektar mit Gemüse und 67 Hektar mit Futtermitteln bebaut hat. In Wien haben sich 1000 Kriegsgemüsegärtner gefunden und es ist rührend, wie die Leute noch am späten Abend hinausziehen und ihr Gemüse begießen. Im ganzen wurden 317 Hektar, also 3,170.000 Quadratmeter sonst brachliegender Grund bebaut.

Nach den Aufzeichnungen des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes waren die Stellenangebote um 23.084, die Stellengesuche um 13.747 und die Vermittlungen um 26.326 größer als in der korrespondierenden Zeitperiode des Vorjahres.

In der geschlossenen Armenpflege haben sich die Kosten um rund 900.000 Kronen infolge der Teuerung erhöht. Ebenso sind die Kosten der offenen Armenpflege im ersten Kriegsjahr wesentlich gestiegen.

Die Steuereingänge im Kriegsjahre sind durchwegs günstig. Im letzten Viertel wurden insgesamt 80,972.755 Kronen bei den städtischen Steuerämtern einbezahlt; die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt 2,8 Millionen.

Ungeachtet der ungeheuren Aufgaben und Ausgaben, die der Krieg dem Haushalte der Gemeinde aufgezwungen hat, bestreitet die Gemeinde diese Auslagen aus den vorhandenen Mitteln; es hat weder eine Erhöhung der Umlagen stattgefunden, noch haben wir während der ganzen Zeit ein Anlehen aufzunehmen gebraucht.

Die Gesundheitsverhältnisse sind durchwegs gut; allerdings haben wir auch für sanitäre Maßnahmen ziemliche Opfer gebracht. Für Spitalsbaracken und Infektionsbaracken wurden anderthalb Millionen, für die Komplettierung der Einrichtung des Kaiserjubiläumsspitales 150.000 Kronen, für die Vorkehrungen zur Aufnahme von 2000 bis 3000 Kranke im Versorgungsheim 300.000 Kronen und für die Einrichtung eines Pavillons des Versorgungsheims als Notspital für 600 Verwundete 144.000 Kronen, für die Umgestaltung und bauliche Einrichtung eines Fabriksgebäudes im 10. Bezirk in eine Desinfektionsanstalt für Zivilpersonen 51.000 Kronen ausgegeben.

Der Bürgermeister schloß seinen Bericht: „Was die Wiener Bevölkerung in dieser schweren Zeit durchgemacht hat, verdient Anerkennung. Wenn auch unter der Wiener Bevölkerung Raunzer, Schwarzseher und Miesmacher sind, so hat doch die Allgemeinheit brav durchgehalten und mit dazu beigetragen, daß Oesterreich steht, wo es eben jetzt steht, so daß wir wohl hoffen können, diesen Krieg siegreich zu überstehen."

Stadtrat Professor Schmid führte aus, der Stadtrat nehme diesen Bericht mit größter Befriedigung zur Kenntnis und danke dem Bürgermeister, der für alle Zeiten ein Denkmal als Kriegsbürgermeister verdient. (Beifall.) Auch die Vizebürgermeister haben sich sehr verdient gemacht.

Neues Wiener Tagblatt
8/VIII. 1915

200

Das erste Kriegsjahr in Wien.

Der Dank des Bürgermeisters an die Bevölkerung.

Mit lebhafter Genugtuung darf der Bericht aufgenommen werden, den Bürgermeister Dr. Weiskirchner in der letzten Sitzung des Stadtrates erstattet hat. Groß und verantwortungsvoll waren die Aufgaben, die der Gemeinde Wien im ersten Kriegsjahre zugefallen sind, und das Bild der Tätigkeit, das der Bericht des Bürgerdas Oberhaupt der Stadt nach Beendigung das schönste Zeugnis aus. „Die Wiener haben durchgehalten und werden durchhalten" — wie ein Faden zieht sich dieser Gedanke durch das Referat, das das Oberhaupt der Stadt nach Beendigung des ersten Kriegsjahres halten durfte. Unsre Feinde, die in der Welt die Ansicht verbreiteten, daß es für uns keine Rettung mehr vom Hungertode geben könne, mögen wohl jetzt in der Nachricht, daß die Wiener Gemeinde allein um 78 Millionen Kronen Lebensmitteln angekauft habe, das Resultat ihrer falschen Rechnung erblicken. Wir haben gerade nicht immer das beste Brot und das billigste Fleisch gehabt, der Gedanke aber an unsre im Felde stehenden Söhne ließ uns im Hinterlande manche Unannehmlichkeit leicht ertragen.

Vieles hat die Gemeindeverwaltung im Kriege geschaffen, das auch diesen überdauern wird. Zahlreiche Mängel haben bestanden, die verbessert wurden, und große Aufgaben, namentlich auf dem Gebiete der Approvisionierung, harren noch der Lösung. Mit lebhafter Genugtuung darf man konstatieren, daß sämtliche Parteien des Gemeinderates sich auf dem Boden der Liebe zu dieser Stadt, auf dem Boden der wirtschaftlichen Fürsorge für die Bewohner gefunden haben. Die politische Streitaxt wurde begraben und die Mitglieder der Minorität, in der sich eine Reihe hervorragender Fachmänner befindet, haben sich mit allem Eifer an allen Arbeiten, zu denen sie herangezogen wurden, beteiligt. Es hat sich diese Mitarbeit, das Zusammenarbeiten aller, bewährt. Es wäre zu wünschen, daß die sachliche Arbeit in der Gemeindestube auch nach glücklicher Beendigung des Krieges abseits vom politischen Getriebe flott vonstatten gehe.

Sehr interessant sind die Mitteilungen, die der Bürgermeister über die glänzenden Erfolge der Frauenarbeitskomitees machen konnte. Hier haben sich die Frauen aller Parteien in einträchtiger Arbeit zusammengefunden. Viereinhalb Millionen Arbeitsstücke wurden in verhältnismäßig kurzer Zeit von etwa viertausend Frauen und Mädchen — zumeist Reservistenfrauen — ausgefertigt, eine geradezu imponierende Leistung, die alle Anerkennung verdient. Bei dieser Gelegenheit soll nur der Wunsch geäußert werden, daß man jenen Frauen, die auch arbeiten, weil ihnen der staatliche Unterhaltsbeitrag zu gering ist, diesen in Hinblick auf ihren Verdienst nicht entziehen möge. Eine derartige Praxis wäre eine Prämie für die Nichtarbeitenden und eine Strafe für arme und fleißige Frauen, die durch der Hände Arbeit ihre Lage verbessern wollen. Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge — die so lange im argen lag — ist auf das allerwärmste zu begrüßen. Das Amt der städtischen Berufsvormundschaft hat heuer seine Feuerprobe bestanden, und man darf mit warmer Sympathie die weitere Tätigkeit auf diesem Gebiete verfolgen.

In den Bauten, die die Gemeinde ausgeführt hat, kam die großzügige Initiative und Energie unsres Baudirektors Goldemund, dieses hervoragenden Beamten unsrer Stadt, zum Ausdruck. Bei der Ausführung der Spitalsbaracken wurde ein Rekord der Schnelligkeit geleistet, für die Approvisionierung Wiens wird das Kühlhaus seine große Bedeutung in der Zukunft erweisen.

Mit lebhaftester Genugtuung muß der Tätigkeit der städtischen Beamtenschaft gedacht werden, die mit wahrer Selbstaufforderung ein musterhaftes Beispiel treuester Pflichterfüllung bot. Es war ein fieberhaftes Treiben im Wiener Rathause, und die städtische Beamtenschaft hat das ihr zugewiesene Plus an Arbeit mit Freude und Verständnis getragen. Sie darf des Dankes der Bevölkerung sicher sein. Dem rührigen Magistratsdirektor Nüchtern stand Oberrat August Mayer, eine Autorität auf kommunalem Gebiete, treu zur Seite. Die einzelnen Magistratsabteilungen leisteten geradezu glänzende Arbeit und unterstützten in jeder Weise die Aktionen des Bürgermeisters.

Ganz besonderes Lob verdient das Wiener Stadtphysikat, das mit berechtigtem Stolz auf den Erfolg seiner Tätigkeit zurückblicken darf. Die umfassenden Vorkehrungen, die auf hygienischem Gebiet getroffen wurden, haben eine größere Verbreitung ansteckender Krankheiten verhindert. Die Opfer, die die Gemeinde für sanitäre Maßnahmen gebracht hat, waren nicht vergebens. Der Dank für die glänzende Haltung der Wiener Bevölkerung kommt in dem nachstehenden Aufruf zum Ausdruck, den der Bürgermeister gestern erlassen hat.

* * *

An die Wiener Bevölkerung!

In dem abgelaufenen Kriegsjahre, welches von unsern tapferen Heeren mit so herrlichen, viel verheißenden Taten abgeschlossen worden ist, hat auch die Wiener Bevölkerung unter oft schwierigen Verhältnissen hervorragenden Patriotismus und Gemeinsinn bewährt und dadurch die Gemeindeverwaltung in der Erfüllung ihrer Aufgaben jederzeit auf das wirksamste unterstützt. Der Wiener Stadtrat hat sich daher verpflichtet gefühlt, der gesamten Bevölkerung hiefür den wärmsten Dank der Gemeindeverwaltung zum Ausdruck zu bringen und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Wiener in ihrer Standhaftigkeit und Opferwilligkeit ausharren werden bis zum endgültigen Sieg.

Wien, 8. August 1915.

Der Bürgermeister:

Dr. Richard Weiskirchner.

Neues Wiener Tagblatt
15./VIII. 1915

201

Versuchsanstalt für Müllerei, Bäckerei, Hefeerzeugung und verwandte Gewerbe.

Das Zustandekommen dieser für Wien projektierten selbständigen Anstalt ist gesichert. Eine Anzahl sämtliche Zweige der einschlägigen Produktionen vertretender Fachmänner wird als Proponenten eines Vereines die Statuten bei der zuständigen Behörde einreichen, sobald die Ressortministerien ihre Delegierten für die Vereinsleitung bezeichnet haben werden. Der Vereinsleitung wird ein Beirat von fachlichen Autoritäten zur Seite stehen, der die wissenschaftlichen und empirischen Versuche zu beeinflussen haben wird. Wenn die Behörden mit den von ihnen erbetenen Antworten nicht zögern werden — das Kriegsministerium hat bereits die Zustimmung zum Beitritt des Militärverpflegsoberoffizials Franz Matiasek in das vorbereitende Komitee erteilt —, besteht die Aussicht, mit einer provisorischen Inbetriebsetzung der Versuchsanstalt, und zwar nach der praktischen und theoretischen Seite hin, in allernächster Zeit beginnen zu können. Die Begründung der Anstalt erfolgt unter der Aegide und Mitwirkung des k. k. Technischen Versuchsamtes (Arbeitsministerium) und durch ein vorbereitendes Komitee, an dessen Spitze der Direktor der k. k. Landwirtschaftlichen Versuchsanstalten (Ackerbauministerium) Hofrat Dr. Franz Dafert steht. Zur Mitwirkung an diesem Unternehmen wurden eingeladen das Ministerium für Kultus und Unterricht, das Ministerium des Innern, das Handels- und das Finanzministerium.

Amtsblatt der Stadt Wien
4./V. 1915

Protokoll

über die 1. Obmännerkonferenz vom **28. Juli 1914.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.
Anwesende: Vize-Bürgermeister Franz Hoß und Josef Rain, Gem.-Räte Steiner, Goltz, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Loewenstein, Reumann und Winarsky.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Der Bürgermeister eröffnet die Konferenz, begrüßt die Anwesenden und teilt mit, daß er für morgen nachmittags eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates behufs Stellungnahme zu den ernsten Ereignissen, die sich in diesen Tagen abgespielt haben, einberufen habe. Er behalte sich vor, in seiner Ansprache einen Appell an die Bevölkerung Wiens zur Mitarbeit bei den schweren und verantwortungsvollen Aufgaben, die nunmehr die Gemeindeverwaltung zu erfüllen habe, zu richten.

Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten, mit Rücksicht auf ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg, an dieser Kundgebung nicht teilnehmen zu können, jedoch ihre Mitarbeit für die notwendigen Gemeindemaßnahmen dem Bürgermeister zur Verfügung stellen zu wollen.

Die Vertreter der liberalen Partei erklärten, an der Kundgebung teilzunehmen und selbstverständlich ebenfalls mit allen ihren Kräften den Bürgermeister unterstützen zu wollen.

Über seinen Vorschlag wird im Prinzipe beschlossen, eine Zentralstelle zur Sammlung von Spenden und Liebesgaben für die Familien der im Felde Stehenden und für die Verwundeten zu schaffen. Der Bürgermeister wird ersucht, mit dem Landmarschall von Niederösterreich Prinzen Liechtenstein und dem Statthalter Freiherrn v. Bienerth das Einvernehmen wegen Organisierung einer solchen Zentralstelle zu treffen, durch welche zwar der Sammeltätigkeit von physischen und juristischen Personen kein Abbruch geschehen, aber die Kontrolle der einlaufenden Spenden gewährleistet und die zweckmäßigste Verwendung gesichert werden soll.

Mit Stimmeneinhelligkeit wird genehmigt, daß die Gemeinde Wien der Zentralstelle eine Spende von 50.000 K widmet. Ebenso wird für das Rote Kreuz eine Spende von 100.000 K bewilligt. Ferner wird zur Kenntnis genommen, daß das Land Niederösterreich 25.000 K der Zentralstelle zur Verfügung stellt.

Der Bürgermeister erörtert die von ihm bereits getroffenen oder eingeleiteten Approvisionierungsmaßnahmen, die von allen Vertretern gutgeheißen werden.

Zum Einkauf von Lebensmitteln (Reis und Mehl) zu Notstandszwecken wird ein Kredit von einer Million Kronen bewilligt.

Die Einführung von Maximalpreisen für Lebensmittel wird mit Stimmeneinhelligkeit einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Prinzipiell wird genehmigt, daß die durch Wien durchziehenden Truppen auf Gemeindekosten bewirtet werden.

Die vom Gemeinderats-Präsidium zur Sicherung der Wiener Hochquellenleitung getroffenen Maßnahmen, sowie die hiefür erforderlichen einmaligen Auslagen per 12.000 K und die täglichen Kosten per 1500 K werden einstimmig genehmigt.

Die Vorschläge der Magistrats-Direktion, beteffend die Entlohnung der zur aktiven Dienstleistung im Heere, der Marine, in der Landwehr und im Landsturm einberufenen städtischen Angestellten der Gemeinde Wien mit Einschluß der bei den Anstalten und Unternehmungen der Gemeinde Wien Beschäftigten, unter welchen nicht nur Beamte, Kanzlisten, Diurnisten, Kanzleigehilfen, Unterbeamte und Diener, sondern auch Bedienstete und Arbeiter jeder Kategorie zu verstehen sind, werden mit der Abänderung genehmigt, daß im ersten Teile des dritten Absatzes bei dem Passus, betreffend die Personen des Mannschaftsstandes, das Wort „ehelich" zwischen den Worten „ein" und „Kind" zu entfallen hat.

Der Ermächtigung des Magistrates zur Gewährung von Vorschüssen auf die fällig werdenden Bezüge an die zur Kriegsdienstleistung einrückenden städtischen Angestellten und Bediensteten wird mit Stimmeneinhelligkeit zugestimmt.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller ersucht den Herrn Bürgermeister um Intervention bei der Finanz-Landes-Direktion, damit bei der Steuereinhebung mit größter Milde vorgegangen werde.

Der Bürgermeister sagt diese Intervention zu.

Es gelangt die Frage der zu gewärtigenden Einführung eines Moratoriums zur Erörterung. Der Bürgermeister teilt mit, daß ein diesbezüglicher Gesetzentwurf bereits in Ausarbeitung begriffen ist.

Er selbst halte die Erlassung eines Moratoriums dermalen noch für verfrüht.

Hierauf wird die Konferenz geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Der Vertreter des Bürgerklubs:
Steiner m. p.

Der Vertreter der liberalen Partei:
Dr. Loewenstein m. p.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion:
Winarsky m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien.
1/VII. 1915

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 4. Obmänner-Konferenz vom **19. August 1914.**

Vorsitz: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.
Anwesende: Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, Gem.-Räte Steiner, Schmid, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Granitsch, Dr. Loewenstein, Reumann und Winarsky, Magistrats-Direktor Dr. Weiß.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.
Entschuldigt: Gem.-Rat Leitner.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

Nach Verlesung des Protokolles über die Obmänner-Konferenz vom 12. August 1914 durch Magistrats-Sekretär Böttger wird das Protokoll ohne Einwand verifiziert.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet über die von ihm auf Grund der Beschlüsse der letzten Obmänner-Konferenz unternommenen Schritte.

Beim Kriegsminister habe er erreicht, daß der Lokalverkehr bis St. Pölten aufgenommen wurde, ebenso sei auf der Linie Auerstal—Stammersdorf der alte Fahrplan im vollen Umfang aktiviert worden.

Aus den von Österreich besetzten Gebieten in Rußland könne zollfrei Getreide eingeführt werden.

Bezüglich des Moratoriums habe er nichts mehr veranlassen können, da die Angelegenheit bereits erledigt war; die Erlassung einer Kundmachung an die Hausbesitzer habe er vorläufig unterlassen, da dem unbedeutenden Notstande durch friedensrichterliche Intervention entgegengetreten wurde.

In der Donauregulierungs-Kommission sei ein Antrag gestellt worden, einen Betrag von 400.000 K für Notstandsarbeiten zu bewilligen. Er habe jedoch einen Betrag von drei Millionen beantragt, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde.

Bezüglich der Durchführung staatlicher Bauten sei ihm seitens des Arbeitsministeriums das weitestgehende Entgegenkommen in Aussicht gestellt worden.

Gegen die Verwendung von Schülern zu verschiedenen Diensten in Ämtern 2c. habe er energisch Stellung genommen; es müßte überhaupt getrachtet werden, daß der Schulbeginn wie sonst durchgeführt werde. Er habe an die Bezirksschulinspektoren die Aufforderung gerichtet, unverzüglich zu berichten, wie der regelmäßige Schulunterricht durchgeführt werden könne, sei es im Halbtagsunterricht, im Wechselunterricht oder auf andere Weise.

Wenn auch der Unterricht nicht lehrplanmäßig durchgeführt werden könne, so müsse doch die Schuljugend beschäftigt werden, um der durch die Kriegsverhältnisse auftretenden Verrohung in energischer Weise zu steuern.

Der Bürgermeister erklärt, er werde in der nächsten Sitzung hierüber Bericht erstatten.

Die Konferenz gibt zu diesem Vorgange ihre Zustimmung.

Über Aufforderung des Bürgermeisters erklärt Gem.-Rat Schmid, die Betreibung der Aufnahme des regelrechten Schulbeginnes in den Mittelschulen beim Landesschulrate zu übernehmen.

Gemeinderats-Sitzung.

Bezüglich der Aktion des Landes-Ausschusses Mayer habe er noch keine Nachricht erhalten.

Von den bis zum heutigen Tage eingelangten 57.979 Unterstützungsansuchen seien von den magistratischen Bezirksämtern 44.842 den Unterhalts-Kommissionen vorgelegt, 4096 von ungarischen Staatsbürgern der Zentralstelle zugewiesen worden; es verbleibe ein unerledigter Rest von 7582 Gesuchen. Von der Statthalterei sollen bis 18. August abends zirka 18.000 Gesuche erledigt worden sein.

Der Bürgermeister erklärt, er habe bereits bei der Statthalterei eine raschere Erledigung der Gesuche verlangt und sie sei ihm auch in sichere Aussicht gestellt worden.

Auch bezüglich der Auszahlung der Unterstützungen seien ihm verschiedene Klagen zugekommen, so aus Ottakring und Floridsdorf. In beiden Fällen habe er Abhilfe geschaffen. Von ungarischen Staatsbürgern seien 4096 Gesuche eingelaufen. Die Befriedigung dieser Ansprüche übersteige die Mittel der Zentralstelle. Zahlreiche ungarische Familien seien nach Wien gekommen, als sie hörten, daß hier Unterstützungen gewährt würden. Der Magistrats-Direktor habe sich in der Frage einer Refundierung seitens der ungarischen Regierung an den Minister des Innern gewendet, der nach Rücksprache mit dem ungarischen Minister-Präsidenten eine Klärung dieser Frage in Aussicht stellte.

Eine große Schwierigkeit habe es mit den aus den feindlichen Staaten Zurückgekehrten; das städtische Asyl- und Werkhaus sei in den letzten Tagen überfüllt gewesen; er sei beim Minister des Innern vorstellig geworden, daß diesen zur Beförderung in ihre Heimat freie Fahrt gewährt werde.

Der Magistrats-Direktor verliest die angeschlossene Tabelle über die Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen (Stichtag 10. August 1914). Die Erhebungen über die Vorräte an Mais und Speiseöl hätten ergeben, daß von ersterem Artikel 26·2 Millionen Kilogramm und von letzterem 650.000 kg vorrätig seien.

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 10. August 1914.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	49,220.922	3.080	4,314.249	540.000	409.470	220.200	78.340	37.500	51.650	8.150	2.300
II.	40,025.150	1.955	—	335.000	46.500	3,974.165	104.900	100.250	12.800	115.000	120.375
III.	6,822.500	2.859	16.505	10.940	1.265	26.730	750	3.033	65.835	—	—
IV.	193.900	—	—	—	900	102.460	3.000	—	1.500	—	—
V.	217.000	3.437	—	—	—	700	—	4.500	36.890	—	—
VI.	290.000	—	840	—	4.100	—	—	—	2.850	—	500
VII.	868.780	—	—	—	500	935	—	200	—	—	—
VIII.	—	6	100	—	880	1.620	—	—	—	—	—
IX.	3,716.000	6.280	3.400	—	980	59.700	60	250	—	—	700
X.	670.500	25.021	164.550	3.670	9.221	3,489.159	1.620	44.100	1.000	—	—
XI.	20.000	10.116	71.730	572	3.300	51.725	—	—	—	—	—
XII.	411.250	1.294	13.005	70	9.392	11.707	—	2.384	5.800	—	—
XIII.	456.000	2.776	—	—	1.600	117.860	—	—	6.250	—	—
XIV.	—	—	5.000	—	2.400	2.700	1.500	650	—	—	—
XV.	21.700	450	3.010	—	4.252	22.784	12.050	5.617	—	—	—
XVI.	—	500	—	—	755	—	—	1.450	—	—	—
XVII.	2,340.000	2.500	1.040	—	3.610	28.395	2.008	—	400	—	—
XVIII.	254.000	3.984	450	—	990	2.775	420	—	—	—	—

Amtsblatt der Stadt Wien.

1./II. 1915

III.

66

Abnahme-Kontrolle.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
XIX.	2.500	13.250	140	80	790	—	—	—	1.700	—	950
XX.	5,464.947	1.008	5.945	17.000	5.923	902.677	—	2.345	—	—	—
XXI.	1,232.600	60	450	—	68.635	44.810	—	3.820	—	—	—
Summe	112,227.749	78 576	4,610.414	907.332	575 463	9,061.102	204.648	216.099	186.675	123.150	124.825

Bezirk	Fette	Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier	Mais	Hafer	Gerste
I.	30.900	27.120	8.600	125.505	41.510	49.960	55.440	18.000	102.900	34.100	4.826	3.720
II.	360.880	23.512	—	2,067.932	500.000	400.000	—	—	18,580.320	5,056.040	202.175	—
III.	41.065	1.527	220	14.075	59.655	6.670	3.977	12.200	260.980	3.400	307.060	—
IV.	1.800	21.436	230	8.300	17.380	1.040	—	—	—	—	—	—
V.	1.200	300	1.200	23.830	2.270	30.700	2.860	—	234.000	1.500	8.800	5.200
VI.	800	1.943	—	400	1.400	250	—	29.610	—	40.000	70.000	—
VII.	38	300	800	4.000	4.263	1.370	—	—	27.900	—	—	—
VIII.	280	2.156	200	1.980	5.900	1.630	—	—	56.000	—	—	—
IX.	2.800	8.000	43.573	109.735	73.900	46.050	5.109	6.000	—	—	—	—
X.	11 340	4.960	105.600	58.880	31.800	60.900	2.935	10.100	81.280	9.560	70.000	—
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII.	207.041	4.891	8.393	42.404	34.654	12.956	1.132	28 075	382.000	—	—	—
XIII.	35.226	33.180	2.000	35.536	600	800	—	—	8,032.650	52 580	47.950	—
XIV.	39.000	6 630	3.800	31.750	6 400	12.300	—	—	4,543.000	311.400	67.800	380.000
XV.	29.161	960	1.581	22.374	8.425	65.481	365	2.798	350.170	—	4.000	—
XVI.	—	37.345	—	182.654	571.515	33.178	1.800	—	1,743.280	—	—	—
XVII.	32.150	1.750	3.470	75.610	10.850	5.500	1.720	150	40.410	12.000	16.500	—
XVIII.	—	2.030	—	5.950	2.900	3.850	—	—	234.700	—	—	—
XIX.	—	1.725	400	20 670	6.666	1 380	3 799	—	2.200	150	3.200	200
XX.	58.972	170.171	630	4.936	—	3.470	400	12.008	10.260	4,269.000	412.000	73.000
XXI.	200	1.000	7.300	11.840	9.760	8.500	210	—	14.000	194.900	228.300	260.840
Summe	852.853	350.936	187.997	2,848.421	1,389.848	745.985	79.747	118.941	34,696.050	9,984.630	1,442.611	722.960

Abnützungs-Konferenz.

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	130.700	10.100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	—	—	31.510	30.200	16.249	1,071.125	5,425.550	1,405.300	—	—	—	15.580
III.	—	—	—	—	—	—	—	—	23.650	3.030	26.000	—
IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	—	—	—	—	—	—	—	7.200	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	6.000	20.000	—	—
VII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
X.	2,550.000	2.500	—	—	—	313.725	—	—	55.000	18.200	—	—
XI.	—	16.200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII.	—	—	—	—	—	1.400	3.060	—	112.200	18.880	—	—
XIV.	310.000	70.000	—	2.500	—	1.950	—	—	—	—	—	—
XV.	—	—	—	—	—	—	—	—	1.500	—	—	—
XVI.	—	—	—	1.150	—	—	—	—	—	—	—	35.700
XVII.	—	—	—	—	—	3.900	9.800	—	199.000	20.000	—	—
XVIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIX.	—	210.000	—	—	—	2.500	3.740	—	—	—	—	—
XX.	275 000	280.000	8.185	—	—	—	—	—	22.000	9.000	—	—
XXI.	440.000	495	—	—	—	2.500	—	—	104.000	6.500	300.000	—
Summe	3,705.700	1,083.800	39.695	33.850	16.249	1,397.100	5,442.150	1,405.300	529.550	95.610	326.000	51.280

Der Bürgermeister teilt mit, daß er bezüglich des Hafers eine Aufhebung der Beschlagnahme nicht erreichen konnte; Reis sei für ein halbes Jahr vorrätig.

Hierauf verliest der Bürgermeister die nachstehende Übersicht über die von ihm eingeleiteten Maßnahmen:

a) zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten:

1. Zur Erhöhung des Pferdestandes in den Sanitätsstationen sind 25 Pferde der städtischen Stellwagenunternehmung an die Sanitätsstationen zu überlassen.

2. Zur Belegung mit Infektionskranken haben folgende Spitäler zu dienen:

a) Das Franz Josef-Spital;
b) das Meidlinger Notspital;
c) das Jedleseer Notspital;
d) das Notspital in der Triesterstraße.

Die Einrichtung der städtischen Notspitäler geschieht auf Kosten der Gemeinde Wien.

3. Der Belagraum des Kaiserjubiläums-Spitales wird um 200 Betten erhöht, um den Kranken aus dem Zivilstande Aufnahme zu sichern.

4. Zur Einrichtung der Notspitäler und Erhöhung des Belagraumes im Kaiserjubiläums-Spitale sind 700 Betten mit entsprechender Einrichtung anzuschaffen.

5. Zum Waschen der Infektionswäsche ist ein Wäschereibetrieb sicherzustellen.

6. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wird ein außerordentlicher, auf den Reservefonds zu verweisender Kredit von 150.000 K genehmigt.

7. Die Durchführung aller notwendigen Maßnahmen wird dem Magistrate im eigenen Wirkungskreise unter Zuziehung der Stadtbuchhaltung aufgetragen.

Amtsblatt der Stadt Wien
1./VII. 1915
V.
62

Abräumungs-Konferenz.

8. Zur Aufnahme Verwundeter sind folgende Spitäler in der aufgezählten Reihenfolge heranzuziehen:

a) Die k. u. k. Garnisonsspitäler;
b) die Spitäler der Gesellschaft vom „Roten Kreuze";
c) die k. k. Krankenhäuser des Wiener Krankenanstaltenfonds;
d) der Pavillon I des Wiener Versorgungsheimes;
e) die allgemeinen Polikliniken.

9. Zur Erweiterung des Belagraumes der k. k. Wiener Krankenanstalten wird die Verwendung nachbenannter Schulen als Filialspitäler genehmigt:

a) Das Schulgebäude in der Schaumburgergasse 7 für das Krankenhaus Wieden;
b) die Schule VII., Zieglergasse 21, für das Sophienspital;
c) die Schule X., Knöllgasse 59, für das Franz Josef-Spital;
d) die Schule XIII., Diesterweggasse 30, für das Rochusspital;
e) die Schule XIV., Selzergasse 19, für das Elisabethspital;
f) die Schule XVI., Landsteinergasse 4, für das Wilhelminenspital;
g) die Schule XVI., Grundsteingasse 65, für das Stephaniespital.

10. Als Entschädigung für die Einrichtung der Filialspitäler und des Kaiserjubiläums-Spitales werden von der Militärverwaltung 50 K per Bett bezahlt und eine Verpflegsgebühr per Kopf und Tag in der Höhe von 2 K in Aussicht gestellt.

11. Den Verwundetentransport von den Wiener Bahnhöfen in die genannten Spitäler übernimmt die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft, welcher 60 Straßenbahnwagen zu dem Zweck überlassen werden. Von der Militärverwaltung werden überdies 20 Autotaxi requiriert und zum Verwundetentransport bestimmt; ihre Einrichtung erfolgt durch die Direktion der städtischen Straßenbahnen. Für die hiezu notwendigen Adaptierungen wird die Militärverwaltung einen Pauschalbetrag von 200 K an die Gemeinde leisten.

b) Zur Unterbringung von Verwundeten:

1. Widmung von 100.000 K für das „Rote Kreuz",

2. Unentgeltliche Abgabe von Wasser, unentgeltliche Beleuchtung und Beheizung in Verwundetenspitälern.

3. Unentgeltliche Besorgung des Verwundetentransportes durch die städtischen Straßenbahnen.

4. Widmung des Pavillons I des Wiener Versorgungsheimes unter gleichzeitiger Angliederung an das Kaiserjubiläums-Spital für die Aufnahme von 600 Verwundeten.

5. Überlassung einer Reihe von Schulgebäuden an den k. k. Krankenanstaltenfonds zur Errichtung von Filialspitälern im Anschlusse an die k. k. Krankenanstalten.

6. Widmung einer besonderen Grabstätte für vaterländische Krieger, die vor dem Feind geblieben sind und in Wien heimatberechtigt oder ansäßig waren, oder die ihren im Kampfe erittenen Verletzungen oder einer Krankheit, die sie sich auf den Kriegsschauplätzen zugezogen haben, in Wien erlegen sind.

7. Kostenlose ambulatorische Behandlung von Verwundeten und auf den Kriegsschauplätzen erkrankten unbemittelten Militärpersonen im Institute für physikalische Heilmethoden des Kaiserjubiläums-Spitales.

8. Unentgeltliche Untersuchung von Verwundeten aus den Reservespitälern „Am Steinhof", „Rothschild-Stiftung Rosenhügel", „Sezession", Spital XIII., Bernbrunngasse, und aus dem Landwehr-Offiziersspitale im XIII. Bezirke im Röntgen-Institute des Kaiserjubiläums-Spitales.

Indirekte Kriegsfürsorge:

1. Vergrößerung der Belagziffer des Kaiserjubiläums-Spitales um 200 Betten und Instandsetzung der beiden Epidemiespitäler im X. Bezirke (Triesterstraße) und XII. Bezirke (Eibesbrunngasse).

2. Teilweise Räumung des Versorgungsheimes und Einrichtung der leeren Pavillons für Spitalszwecke.

3. Errichtung von Barackenspitälern im X. Bezirke (Arsenalstraße), XII. Bezirke (Eibesbrunngasse und Wienerbergstraße) und XXI. Bezirke (Jedlesee) und Zubauten zu den unter 1 genannten Epidemiespitälern mit einem Belagraum von rund 1300 Betten.

Diese Maßnahmen werden von der Konferenz einstimmig genehmigt und zur Durchführung derselben ein Kredit von 150.000 K bewilligt.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß 60 Straßenbahnwagen für Verwundetentransporte adaptiert worden sind. Die Kosten der Adaptierung habe die Rettungsgesellschaft zu tragen. In den Beiwagen fänden vier Verwundete auf Tragbahren Platz, die leichter Verwundeten würden in dem Motorwagen befördert.

Die Beantwortung der Frage des Gem.-Rates Dr. Loewenstein, wie viele Betten für Infektionskranke in den Spitälern zur Verfügung stünden, erklärt der Bürgermeister, werde in der nächsten Sitzung erfolgen. Der Bürgermeister beauftragt den Magistrats-Sekretär Böttger, diese Daten beim Krankenanstaltsfonds zu erheben. Im übrigen erklärt derselbe, müsse in der angeschnittenen Frage strenge die Kompetenz der verschiedenen Stellen gewahrt werden.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller ersucht den Bürgermeister, sich dafür einzusetzen, gewisse kleine Kohlengeschäfte und Lager, die an der Bahn liegen und aus diesem Grunde gesperrt wurden, wie zum Beispiel im Bahnhofe Michelbeuern, wieder frei zu bekommen.

Der Bürgermeister erklärt, daß sich dies nur fallweise beurteilen lasse.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, man müsse bezüglich der ungarischen Staatsbürger den Nachweis der Seßhaftigkeit fordern. Gewiße Personen müßten in ihre Heimat abgeschoben werden; in den Kaffeehäusern werde bereits sehr viel Hasard gespielt. Auf diese Anregung erklärt der Bürgermeister, er habe über diese Zustände bereits mit dem Polizei-Präsidenten Rücksprache gepflogen und dieser habe in Aussicht gestellt, er werde sich mit dieser Angelegenheit, sofort wie es die Verhältnisse gestatten, beschäftigen.

Weiters regt Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller an, es möge sich das Stadtphysikat mit der Militärverwaltung ins Einvernehmen setzen, daß von den in den bakteriologischen Anstalten für das Heer vorhandenen großen Mengen von Serum auch die Gemeinde etwas bekomme.

Die Frage des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller, ob in Asylen bestimmte Fristen für den Aufenthalt festgesetzt wurden, beantwortet der Bürgermeister dahin, daß an den bestehenden Normen bisher nichts geändert worden sei. Er werde übrigens in dieser Angelegenheit Informationen einholen. Der Magistrats-

Amtsblatt der Stadt Wien
1./II. 1915

II.

63

Abmänner-Konferenz.

Direktor befürchtet eine besondere Zunahme der Obdachlosigkeit nicht; die Leute werden keinen Zins zahlen und die Delogierungen werden nicht durchführbar sein.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller fragt an, wie die Familien der aus Galizien stammenden Juden, die rituell getraut sind, bezüglich der Unterstützungen behandelt werden.

Der Bürgermeister erklärt, daß diese Ehen nach der geltenden Rechtsanschauung als ungesetzlich angesehen werden und daher ein Unterstützungsanspruch nicht besteht.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller streift hierauf die Frage der Säuglingsfürsorge, worauf der Bürgermeister erwidert, dies sei Sache des Vereines für „Säuglingsschutz"; man könne ja die Subvention für diesen Verein eventuell erhöhen. Er werde übrigens in dieser Angelegenheit Informationen einholen.

Gem.-Rat Winarsky meint, der Bürgermeister möge eine raschere Erledigung der Gesuche um Unterstützungen bei der Statthalterei bewirken. Aus den Arbeiterbezirken würde Klage geführt über die langsame Erledigung.

Der Bürgermeister verspricht, in dieser Angelegenheit Abhilfe zu schaffen.

Gem.-Rat Winarsky stellt das Ersuchen, es möge eine Instruktion über den Verkehr mit den Gesuchstellern hinausgegeben werden, denn auch in dieser Beziehung sei Klage geführt worden.

Gem.-Rat Winarsky meint bezüglich der Ansuchen von ungarischen Staatsbürgern, daß unter diesen vielen Familien seien, die von frühester Jugend in Wien leben, die nicht imstande waren, das Heimatrecht zu erwerben und die in Ungarn ihre Staatsbürgerschaft verloren haben. Es wäre gut, wenn ein Stichtag festgesetzt würde. Es müsse eine Frist bestimmt werden, die zeige, daß der Betreffende nicht bloß der Unterstützung wegen nach Wien gekommen sei, zum Beispiel einen Monat vor der Kriegserklärung; er schlage den 1. Juli 1914 vor.

Der Bürgermeister stellt sohin fest, daß nur jener, welcher schon vor diesem Tage in Wien war, den Anspruch haben soll.

Die Konferenz nimmt diesen Vorschlag einstimmig an.

Mit dem Vorschlage, daß die aus den feindlichen Staaten nach Wien gekommenen Österreicher in ihre Heimatsgemeinde befördert werden, erklärt sich Gem.-Rat Winarsky einverstanden; dagegen könne er der vom Gem.-Rate Dr. Schwarz-Hiller proponierten Abschiebung von Arbeitslosen nicht beipflichten.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, er spreche sich nicht für die Abschiebung von momentan arbeitslosen Arbeitern aus, sondern für die Abschiebung solcher Personen, die für die Bevölkerung geradezu gefährlich sind, die in den Strafregistern der Polizei geführt werden, wie zum Beispiel die sogenannten Rennschlieferl, Zuhälter, ungarische Taschendiebe 2c.

Gem.-Rat Winarsky meint, daß in den einzelnen Bezirks- und Damen-Komitees nicht nach einem einheitlichen Arbeitsplan vorgegangen werde, es wäre gut, eine Zentralinstruktion an diese Komitees hinauszugeben; auch sei an die sozialdemokratische Frauenorganisation keine Aufforderung zum Beitritt gekommen. Nur einmal sei eine telephonische Anfrage gekommen.

Der Bürgermeister erklärt hierauf, daß die Aufgaben des Komitees genau angegeben seien, die wichtigste Aufgabe des Komitees sei allerdings die Sammeltätigkeit.

Er habe übrigens bereits eine Instruktion in der Form eines „Vademekums" zusammenstellen lassen, das alle einschlägigen Gesetze, Verordnungen 2c. enthalte. Er werde nächster Tage die Obmänner des Komitees abermals einberufen und ihnen bezüglich ihrer Tätigkeit präzise Weisungen geben.

Der Bürgermeister bringt hierauf ein Programm zur Behebung der Arbeitslosigkeit zur Kenntnis.

Der größte Teil dieser Arbeiten sei bereits genehmigt, es handle sich nur um die Fortsetzung, beziehungsweise um die sofortige Inangriffnahme genehmigter und präliminarmäßig bedeckter Arbeiten; in erster Linie werde auf solche Arbeiten Rücksicht genommen, zu deren Ausführung keine qualifizierten Arbeiter notwendig sind und keine Projekte, wie zum Beispiel Planierungen. Mit Rücksicht auf den Mangel an Wagenmaterial wird die Frage der Verwendung von Feldbahnen studiert; es könnten zum Beispiel mit dem Aushub der Wagemann'schen Gründe die Gründe des Kontumazmarktes planiert werden.

Am Flötzersteig könne der Aushub mit Schiebkarren verführt werden. Auch seien in einigen Fällen vorerst noch Verhandlungen mit den Grundbesitzern notwendig. Ebenso seien Verhandlungen bezüglich der Niveauherstellung bei der Czartoryski-Realität erforderlich.

Die Herstellung der Straße XIII in Grinzing könne erst nach der Weinlese erfolgen.

Der Bürgermeister erklärt, er wolle auch an die Regierung herantreten wegen Regulierung des Liesingbaches. Weiters erklärt derselbe, er werde zuerst eine Vergebung der Arbeiten versuchen, jedoch mit kurzem Offerttermin, zum Beispiel achttägig. Wenn dies nicht möglich wäre, so würden die Arbeiten in eigener Regie durchgeführt werden.

Die Konferenz erklärt sich mit diesem Vorschlage einstimmig einverstanden.

Der Bürgermeister bemerkt ferner, es habe sich ein Unternehmer gefunden, der den Bau der Schule in der Vorgartenstraße um den Betrag von 900.000 K durchführen wolle; könne dieser jedoch seinen Versprechungen nicht nachkommen, so werde die Gemeinde eventuell selbst den Bau weiterführen.

Hierauf verliest der Magistrats-Direktor ein Verzeichnis der in Aussicht genommenen Lieferungsvergebungen.

Der Bürgermeister erklärt, daß der Betrag für diese Notstandsaktion zur Behebung der Arbeitslosigkeit rund 30 Millionen ausmache. Die vorhandene Geldreserve reiche jedoch nicht aus. Die Realisierung aller dieser Pläne hänge davon ab, ob er das notwendige Geld hiezu bekomme.

In dieser Richtung habe er mit den maßgebenden Faktoren (Österr.-ung. Bank und Postsparkassa) bereits Verhandlungen eingeleitet und hoffe er, in den nächsten Tagen bereits ein positives Resultat zu erzielen.

Gem.-Rat Neumann erklärt, er nehme dankbar zur Kenntnis, was von Seite des Herrn Bürgermeisters alles zur Schaffung von Arbeit getan wurde. Auch die vom Herrn Bürgermeister eingeleitete Aktion bezüglich der Geldbeschaffung nehme er dankbar zur Kenntnis. Derselbe teilt weiters mit, daß die Regierung plane,

Amtsblatt der Stadt Wien. VII

1./VII. 1915

64

Obmänner-Konferenz.

1. von Seite des Kriegsministeriums eine Erhöhung der Geschwindigkeit auf den Bahnen zu erlangen,

2. eine Verordnung herauszugeben, die sich mit der Betriebseinstellung befaßt; eine Sperrung der Industriebetriebe müsse eingehend motiviert werden, um den zahlreichen, in dieser Hinsicht zutage tretenden Willkürlichkeiten vorzubeugen,

3. Kredit-Institute zu schaffen und zur Belehnung von Waren, die nicht expediert werden können; auch Bestellungen sollen belehnt werden können.

4. Zentralstellen zu schaffen zur Aufnahme von Beschwerden von Arbeiter-Organisationen über das willkürliche Herabdrücken der Löhne.

Gem.-Rat Winarsky richtet an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob er eine Zusammenstellung dieser Arbeiten erhalten könne (1. Zeitpunkt des Arbeitsbeginnes und auf welche Zeit sich die Arbeit erstreckt, 2. ob es zweckmäßig wäre, über diese Arbeiten etwas zu publizieren).

Der Bürgermeister erklärt, den Mitgliedern der Konferenz eine Zusammenstellung der Arbeiten und Lieferungen zur Verfügung zu stellen, spricht sich jedoch gegen eine Publikation derselben aus; selbstverständlich sollen bei diesen Arbeiten in erster Linie nur einheimische Arbeiter beschäftigt werden.

Sämtliche Vorschläge werden von der Konferenz einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister befragt hierauf die Konferenz, ob die Arbeiten, um möglichst vielen Verdienstgelegenheiten zu schaffen, in Schichten vorgenommen werden sollen.

Gem.-Rat Reumann erklärt, er spreche sich für Halbwochenschichten aus.

Der Bürgermeister teilt hierauf mit, daß die im Seehospize San Pelagio untergebracht gewesenen Kinder nach 250stündiger Fahrt in Wien angekommen seien. 29 Schwerkranke wurden ins Jubiläumsspital gebracht, die übrigen wurden von den Eltern übernommen.

Auf die Anfrage des Gem.-Rates Steiner, was mit den zurückgestellten Österreichern geschehen solle, erklärt der Bürgermeister, es sei Pflicht des Kriegsfürsorgeamtes, für diese Leute zu sorgen.

Auf eine Anfrage des Gem.-Rates Winarsky, wie die Lehrersubstituten behandelt werden, teilt der Bürgermeister mit, daß diese Angelegenheit in Behandlung sei und in der nächsten Obmänner-Konferenz zur Sprache gelangen werde.

Gem.-Rat Winarsky bringt folgende zwei Beschwerden vor

1. Im städtischen Elektrizitätswerke wird täglich eine Überstunde gemacht, für die die Arbeiter nichts bezahlt bekommen.

2. Im Straßenbahnhof XVI, wo Leute aufgenommen werden, würden dieselben befragt, ob sie eine Empfehlung von christlich-sozialen Gemeinderäten hätten.

Der Bürgermeister sagt in beiden Fällen eine Abhilfe zu.

Gem.-Rat Steiner berichtet, daß der Präsident des Bühnenvereines Ober-Regisseur Stoll ihn um eine Äußerung ersucht habe, wie er sich zu einer Aktion des Bühnenvereines stelle, nach welcher der Bühnenverein beabsichtigt, fünf Lizenzen zu erwerben. Auf Grund dieser Lizenzen sollen je zehn Herren und je zehn Damen des Schauspielerstandes in Gasthäusern Vortragsabende veranstalten, bei welchen mit Zustimmung des Besitzers aktuelle Lieder zum Vortrage gelangen sollen. Der Ertrag, der durch Absammeln erzielt wird, solle zu verschiedenen Prozentsätzen dem „Roten Kreuze", den Bühnenangehörigen ꝛc. zufließen.

Die Konferenz erklärt einstimmig, die Beantwortung dieser Frage der Statthalterei zu überlassen und zu dieser Frage nicht Stellung zu nehmen.

Die Konferenz sei wohl für eine Hilfsaktion, spreche sich jedoch gegen diese Form entschieden aus.

Die Konferenz wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für die liberale Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Fraktion:
Reumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien. 4/11. 1915

I
66

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 5. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom

7. September 1914.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain. Gem.-Räte: Steiner, Heinrich Schmid, Leitner, Dr. Hein Dr. Schwarz-Hiller. Dr. Loewenstein, Reumann und Winarsky.

Magistrats-Direktor: Dr. Weiß.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß von der liberalen Partei in die Obmänner-Konferenz die Herren Gem.-Räte Goltz, Dr. Hein und Dr. Schwarz-Heller delegiert wurden. An Stelle des erkrankten Herrn Gem.-Rates Goltz sei heute Gem.-Rat Dr. Loewenstein erschienen.

Das Protokoll über die Obmänner-Konferenz vom 15. August 1914 wird ohne Einwand verifiziert.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Erhebung über die Anzahl der in den vier Spitälern für Infektionskrankheiten zur Verfügung stehenden Betten ergeben habe, daß 500 Betten bereit stünden, wenn nur die Infektions-Abteilung des Franz Josef-Spitales in Betracht gezogen werde, sonst 945 Betten; bei Aufstellung neuer Baracken noch um 164 Betten mehr, im ganzen somit 1109 Betten.

Der Bürgermeister erklärt, es sei eine Hauptsorge der Gemeindevertretung, eine genügende Anzahl von Betten für die Zivilbevölkerung zu reservieren. Nach seinen Wahrnehmungen werden bei den Verwundetentransporten die Dispositionen, wohin die Verwundeten zu kommen haben, erst immer in letzter Minute getroffen.

Auch im Jubiläums-Spitale, das er ausschließlich für die Zivilbevölkerung reserviert haben wollte, befänden sich 166 Verwundete. Ein solcher Vorgang sei geeignet, die Pflege der Zivilbevölkerung zu gefährden.

Zur Gewinnung von Betten für Spitalszwecke sei beabsichtigt, die Pfleglinge mehrerer Pavillons des Wiener Versorgungsheimes zusammenzuziehen und einen Teil der Pfleglinge, die durch Anschluß an Familien ihr Fortkommen leicht finden können, gegen Erhöhung der Erhaltungsbeiträge auf 34 K bis 40 K zu entlassen.

Auf diese Weise würden nach der Ansicht des Magistrats-Referenten Magistratsrates Paul, zirka 2000 Betten frei werden, die für den ersten Ansturm der Zivilbevölkerung genügen würden. Auch sei der Bau von Spitalbaracken in Aussicht genommen und werde ein diesbezüglicher Vorschlag demnächst vorgelegt werden.

Diese Maßregeln werden mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Bezüglich der Frage, ob in den bakteriologischen Instituten eine genügende Menge Sera zur Abgabe für die Gemeinde vorhanden sei, teilt der Bürgermeister mit, daß Tetanus-Serum und Dysenterie-Serum von der Heeresverwaltung angekauft worden sei und das seroterapeutische Institut könne daher größere Mengen erst wieder in zwei Monaten abgeben. Kleinere Mengen seien stets zu haben. Alle übrigen therapeutischen Sera, sowie prophylaktische Impfstoffe sind auch für die Zivilbevölkerung in genügender Menge vorrätig. Er könne übrigens die beruhigende Mitteilung machen, daß von 7000 Verwundeten nur 46 verdächtige Fälle gemeldet wurden; von diesen 46 Fällen sei nur in zwei Fällen Dysenterie konstatiert worden.

Bezüglich der Frage, ob eine Verlängerung der Aufenthaltsfristen für Obdachlose im städtischen Asyl- und Werkhause und in anderen Obdachlosenheimen in Aussicht zu nehmen wäre, teilt der Bürgermeister mit, daß eine Verlängerung der Asylzeit in der Anstalt nicht notwendig sei, da Familien in besonderen Fällen ohnehin auch länger behalten werden können. Der Asylverein für Obdachlose belasse einzelne Personen und Familien schon im Frieden meist bis zum freiwilligen Austritte.

Bezüglich der Frage, ob und inwieweit bei der Säuglingsfürsorge auf die Tätigkeit des Vereines „Säuglingsschutz" reflektiert wird und ob dieser Verein den betreffenden Ansprüchen genügen könne, bemerkt der Bürgermeister, daß er den Magistrat ermächtigen werde, Müttern von Säuglingen, wenn diese selbst stillen, monatliche Unterstützungen in der Höhe des Kostgeldes zu bewilligen. Die Tätigkeit des Vereines „Säuglingsfürsorge" brauche nicht weiter in Anspruch genommen zu werden, weil die städtische Säuglingspflege-Anstalt in Verbindung mit den anderen Vorkehrungen genügen werde.

Bezüglich des in der letzten Konferenz geäußerten Wunsches, nach einer Zusammenstellung der Notstandsarbeiten und Lieferungen und Verteilung dieser Zusammenstellung an die Mitglieder der Obmänner-Konferenz teilt der Bürgermeister mit, daß bereits vergeben sind:

A. Erdarbeiten.

V., Steinbauergasse 6400 K.
X., Wagemanngründe 600.000 K.
XVI., Flötzersteig 150.000 K.
Im Zuge X., Kundratstraße 300.000 K.

B. Hochbauten.

II., Schule Vorgartenstraße 400.000 K.

C. Kanalbauten.

XIII., Angermayergasse 14.300 K.
XIX., Hartäckerstraße 28.000 K.
XIX., Geweygasse 11.000 K.
XX., Adalbert Stifter-Gasse 13.000 K.
XVI., Parallelstraße zur Wilhelminenstraße 27.000 K.

Der Bürgermeister gibt weiters bekannt, er habe veranlaßt, um auch das Kunstgewerbe und ähnliche Gewerbe zu unterstützen, daß schon jetzt die Ankäufe für die Armenlotterie vorgenommen werden.

Ein Verzeichnis der Notstandsarbeiten und Lieferungen liege für die Mitglieder der Obmänner-Konferenz bei der Magistrats-Direktion zur Einsicht auf.

Bezüglich der Behandlung der Lehrersubstituten teilt der Bürgermeister mit, daß dieselben wie die städtischen Angestellten behandelt werden sollen. Der bezügliche Bericht komme in die nächste Stadtrats-Sitzung.

Abminuter-Sanfarung.

Die Beratungen der Schulinspektoren hinsichtlich des Schulbeginnes seien noch im Gange; es sei erst heute gelungen, eine Anzahl von Schulen von der Kriegsverwaltung freizubekommen.

Wenn es möglich sei, bis zum 16. September die Form des Unterrichtes und die Einteilung des Lehrpersonales festzusetzen, werde zu diesem Termine mit dem Unterricht begonnen werden.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß er bei der Statthalterei wegen rascherer Erledigung der Gesuche um den Unterhaltsbeitrag wiederholt interveniert habe und tatsächlich seien auch Vorkehrungen getroffen worden, um eine raschere Erledigung herbeizuführen.

Es seien bis jetzt zirka 60.000 inklusive der ungarischen Gesuche erledigt und die Beträge angewiesen; die Ungarn bekommen dasselbe wie die Österreicher (formale Reziprozität). Für die bereits aus den Mitteln der Zentralstelle an die Ungarn ausbezahlten Unterstützungen werde keine Refundierung verlangt.

Die Konferenz erklärt sich mit diesem Vorgang einverstanden.

Auch die Behandlung der Reichsdeutschen sei geordnet. Sie bekommen vom Konsulate Unterstützungsbeiträge, und zwar erwachsene Personen 1 K 32 h, Personen zwischen dem 8. und 14. Lebensjahre 66 h und Personen unter 8 Jahren 33 h.

Das Ministerium des Innern habe einen Betrag von 30.000 K für diese Zwecke zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der Behandlung der Österreicher in Deutschland werde ein analoger Vorgang beobachtet.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß er eine Kundmachung, betreffend die frühere Sperrung der Branntweinschänken erlassen habe. Die Verfügung wird seitens aller Konferenzmitglieder mit Dank zur Kenntnis genommen.

Bezüglich der Vorräte an Hülsenfrüchten teilt der Bürgermeister mit, daß von Linsen keine alten Vorräte vorhanden seien, die neue Ware sei von minderer Qualität. Gespaltene Erbsen seien zumeist aus Rußland gekommen und bleiben jetzt aus. Runde Erbsen kämen aus Ungarn, seien aber stark wipplig, Bohnen seien in ziemlich genügender Menge vorhanden.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß in Betreff der Ausspeisung Arbeitsloser, sowie der Schulkinder, Vorkehrungen getroffen wurden, wonach 63.449 Personen sofort und 43.000 Personen nach kurzen Vorbereitungen, somit zusammen 106.449 Personen täglich ausgespeist werden können, dabei seien weder Volksküchen noch Gastwirte in Anspruch genommen. Er wolle jedoch mit diesen Ausspeisungen nicht früher beginnen, als bis der Moment der Not eingetreten sei.

Bezüglich der Personalaufnahmen bei der Straßenbahn teil der Bürgermeister mit, daß die Zeit zur Schulung der Schaffner 14 Tage, der Wagenführer drei bis vier Wochen (Mindestausmaß) betrage Bis zum 1. September seien 1650 Personen neu aufgenommen worden, davon für den Fahrdienst 860. Derzeit seien 800 Mann in Schulung. Es werden gegenwärtig 265 Pensionisten im Fahrdienste verwendet; der Verlust durch die Einrückung der 40tägig Enthobenen betrage 320 Mann. Von den Neuaufgenommenen seien 120 Mann zum Fahrdienste eingeteilt.

Er habe weiters Veranlassung getroffen, daß die Pensionisten sofort durch die Neugeschulten ergänzt werden. Die vom Gem.-Rate Winarsky in der letzten Sitzung aufgestellte Behauptung, daß nur Gesuchswerber, die mit Empfehlungen christlichsozialer Funktionäre versehen seien, in die Dienste der Straßenbahnen aufgenommen werden, sei den gepflogenen Erhebungen zufolge nicht richtig. Magistrats-Direktor Weiß bemerkt noch, daß beim Bahnhofe „Ottakring" eine Personalaufnahme überhaupt nie stattfinde.

Gem.-Rat Winarsky ersucht den Herrn Bürgermeister zu veranlassen, daß der Nachtbetrieb auf den Straßenbahnen wieder verlängert werde.

Gem.-Rat Leitner spricht sich dagegen aus.

Vize-Bürgermeister Rain spricht sich ebenfalls gegen die Verlängerung des Nachtverkehres aus.

Würden die Intervallen verlängert werden, so würden die Leute anstatt des langen Wartens lieber zu Fuß gehen; auch seien die meisten Wirtsgeschäfte um 10 und ½11 Uhr abends schon gesperrt.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß die Kürzung des Nachtbetriebes hauptsächlich für die an der Peripherie der Stadt wohnenden Bewohner sich empfindlich fühlbar mache.

Nach Ottakring fahren die letzten Wagen schon um 11 Uhr abends. Es wäre wünschenswert, daß einzelne Wagen später noch hinaus geführt werden. Wenn die Theater eröffnet werden, würde die Verlängerung des Betriebes unbedingt notwendig sein. Das finanzielle Moment dürfe für die Betriebsverlängerung nicht maßgebend sein; denn es sei sicher, daß in diesem Jahre mit einem Überschuß bei den Straßenbahnen nicht gerechnet werden könne. Der Herr Bürgermeister möge mit Direktor Spängler nochmals Rücksprache pflegen, ob nicht doch eine Erweiterung des Nachtbetriebes stattfinden könne.

Der Bürgermeister sagt dies zu, betont aber, er habe sich persönlich überzeugt, daß nach 9 Uhr abends die Frequenz auf der Straßenbahn eine kaum nennenswerte sei.

Der Bürgermeister teilt mit, daß er mit Zustimmung der Finanz-Landes-Direktion die Bezirksamtsleiter ermächtigt habe, Exekutionsgebühren zur Abschreibung zu bringen.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß er eine Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung angeordnet habe, und zwar dort, wo Gas- nnd elektrisches Licht konkurrieren. Es werde ein Zeitpunkt kommen, wo mit den Kohlen mehr gespart werden müßte wie jetzt.

Gem.-Rat Reumann wünscht, es möge hiebei planmäßig vorgegangen werden.

In den Vororten sei bis jetzt schon mit der Beleuchtung zu viel gespart worden. Es hätten sich in der letzten Zeit in Hüttelsdorf Einbrüche gezeigt, wie sie früher nicht vorkamen, es möge daher die vielfach mangelhafte Beleuchtung der Vororte nicht reduziert werden.

Der Bürgermeister erwidert, daß, wie bereits erwähnt, die Reduzierung sich nur auf die konkurrenzierende Beleuchtung (Gas- und Bogenlicht) beziehen und selbverständlich nur insoweit durchgeführt werde, als die Sicherheit dies gestatte. Es könne aber gewiß in dem gegenwärtigen Zeitpunkte als Luxus bezeichnet werden, wenn auf Plätzen, wie vor dem Rathause, beide Beleuchtungen belassen werden.

Der Bürgermeister gibt hierauf das nachstehende Verzeichnis des Konskriptionsamtes über die pro 1. September 1914 in Wien gekündigten Monatswohnungen bekannt.

Amtsblatt der Stadt Wien. III
4./VI. 1915
68
Bürgermeister-Konferenz.

Bezirk	Anzahl der gekündigten Wohnungen
I.	25
II. (I.)	103
II. (II.)	771
III.	349
IV.	51
V.	345
VI.	36
VII.	34
VIII.	251
IX.	
X.	796
XI.	104
XII.	429
XIII.	851
XIV.	404
XV.	310
XVI.	893
XVII.	448
XVIII.	302
XIX.	118
XX.	793
XXI.	287
Summe .	7700

Der Bürgermeister befürchtet, daß diese Ziffern in den Monaten Oktober und November gewiß höhere sein werden.

Der Bürgermeister gibt bekannt, daß er eine Kundmachung erlassen habe, in der er an den Gemeinsinn der Hausherren und Mieter appelliere. Er habe beim Oberlandesgerichts-Präsidenten Vittorelli die Einberufung einer Konferenz der Bezirksgerichtsvorsteher durchgesetzt. Die Delogierungen müßten persönlich entgegengenommen und dabei sofort eine friedensrichterliche Tätigkeit entwickelt werden.

Zwischen der Bewilligung und der Vornahme der Delogierung müsse eine Frist liegen, damit eine Intervention des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien möglich sei. Seien alle Versuche erfolglos, dann bleibe wohl nichts anderes übrig, als daß die Gemeinde eingreife und einen Teil des Zinses zahle, oder der Partei einen Betrag zur Verfügung stelle. Im September werde man mit diesen Maßnahmen das Auskommen finden.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller dankt dem Herrn Bürgermeister für seine Bemühungen in dieser Angelegenheit.

Er teilt weiters mit, daß im II. Bezirke ein Wohnungsfürsorgeamt geschaffen wurde und schildert die Tätigkeit desselben.

Er habe an den Justizminister eine Immediateingabe gerichtet, es möchten die Gerichte ermächtigt werden, den in Not befindlichen Frauen der Einberufenen das provisorische Armenrecht zu erteilen.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß verliest hierauf den annachfolgenden Erlaß des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Steuerabschreibung von nicht gezahlten Mietzinsen.

Die in der „Wiener Zeitung" vom 30. August 1914 enthaltene Mitteilung in Betreff einer Verfügung des Finanzministeriums wegen Steuerabschreibung von nichtgezahlten Mietzinsen hat in den Kreisen der Hauseigentümer vielfach zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Es erweist sich daher als empfehlenswert, den Teil des Finanzministerialerlasses vom 26. August 1914, der für die Hauseigentümer von besonderem Interesse ist, seinem Wortlaute nach zu veröffentlichen. Die betreffenden Stellen lauten wie folgt:

„Gemäß § 6 der kaiserlichen Verordnung vom 29. Juli 1914 können gegen Personen, die im Sinne dieser kaiserlichen Verordnung als Militärpersonen und ihnen Gleichgestellte anzusehen sind, während der daselbst näherbezeichneten Zeit wegen Geldforderungen nur Exekutionshandlungen zur Sicherstellung und einstweiligen Verfügung stattfinden. Durch diese aus Anlaß der kriegerischen Verwicklungen getroffene Ausnahmsverfügung wird es den Hausbesitzern in den Fällen, in denen sie auf Grund des Gesetzes vom 24. Oktober 1896 den Anspruch auf Abschreibung der Hauszinssteuer und der 5prozentigen Steuer wegen Uneinbringlichkeit des Mietzinses erheben wollen, unmöglich gemacht, den als Bedingung für die Steuerschreibung gesetzlich vorgesehenen Nachweis der Erfolglosigkeit der gerichtlichen Exekutionsführung während der Geltungsdauer der kaiserlichen Verordnung zu erbringen und es würde sich daher die Notwendigkeit ergeben, entweder mit der Entscheidung über derartige Steuerabschreibungsgesuche bis zum Wiedereintritt normaler Verhältnisse, beziehungsweise bis zur Außerkraftsetzung der kaiserlichen Verordnung zuzuwarten, oder aber von der im § 1, Absatz 3 des zitierten Gesetzes ausnahmsweise eingeräumten Ermächtigung, die Uneinbringlichkeit des Mietzinses durch andere Beweismittel festzustellen, Gebrauch zu machen. Ob die eine oder die andere Vorgangsweise zu beobachten sein wird, muß der Beurteilung der Direktion je nach Beschaffenheit der Verhältnisse im Einzelfalle überlassen bleiben. Es wird daher für die Dauer der gegenwärtigen außergewöhnlichen Verhältnisse keine Einwendung dagegen erhoben, daß der Beweis der Uneinbringlichkeit auch dann als gegeben angenommen wird, wenn der Hausbesitzer auf die bereits fällige Zinsquote verzichtet. Dieser Verzicht hätte jedoch in einer rechtsverbindlichen Form zu erfolgen und müßte insbesondere hievon jedenfalls auch der Mietec oder dessen Vertreter Kenntnis erlangen. Hiebei wird die Direktion auf die Dauer der gegenwärtigen außergewöhnlichen Verhältnisse ermächtigt, auf Grund derartiger Verzichtserklärungen auch in jenen Fällen Steuerabschreibungen ausnahmsweise zu bewilligen, in denen es sich um Mietzinse von Personen handelt, die in einem Dienstesverhältnisse zum Hausbesitzer stehen oder gestanden sind, somit gemäß § 3 des zitierten Gesetzes von der Steuerabschreibung grundsätzlich ausgeschlossen zu bleiben haben. Ferner kann mit Steuerabschreibungen auch dann vorgegangen werden, wenn die Personen, denen der Mietzins erlassen wurde, infolge der aus Anlaß der Kriegskrise erfolgten Einstellung oder Reduktion des Betriebes der Unternehmung, in der sie beschäftigt waren, arbeitslos geworden sind."

Vize-Bürgermeister Rain teilt mit, es habe auch eine Besprechung der Hausbesitzer stattgefunden. Viele Hausbesitzer in den Vororten, die Hypothekarzinsen zahlen müssen, seien in Not geraten. Man müsse daher billigerweise auch den Standpunkt der Hausherren beachten.

Gem.-Rat Dr. Hein meint, es solle der Teil der Fürsorgebeiträge, der gesetzlich als Mietzinsbeitrag bestimmt ist, auch tatsächlich an die Hausherren abgeführt werden.

Gemeinderats-Konferenz.

Gem.-Rat Winarsky regt an, mit Rücksicht auf die im Oktober und November zu gewärtigende größere Obdachlosigkeit die Errichtung von Wohnbaracken für die Delogierten als Notstandsarbeiten ins Auge zu fassen.

Der Bürgermeister erklärt jedoch, es wäre nach seiner Meinung besser, im gegebenen Falle durch eine Notverordnung, die der Gemeinde die Möglichkeit gibt, die Vermietung leerstehender Wohnungen gegen Entrichtung des üblichen Mietzinses zu erzwingen, dem Anwachsen der Obdachlosigkeit zu begegnen.

Gegenwärtig sei eine Vermittlung zwischen Hausherren und Mieter durch das wirtschaftliche Hilfsbureau und durch die Gerichte eingeleitet.

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, daß eine gemeinsame Begräbnisstätte für die gefallenen Wiener, sowie für die in Wien verstorbenen Verwundeten am Wiener Zentral-Friedhofe durch den Stadtrats-Beschluß vom 3. September 1914 gewidmet worden sei und daß für die Beerdigung keinerlei Gebühr aufzurechnen sei. Für diese Begräbnisstätte sei auch die Errichtung eines würdigen Denkmales ins Auge gefaßt.

Die Konferenz erklärt sich hiemit einstimmig einverstanden.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß er bei der Regierung wegen Schaffung einer Kriegshilfsbank und einer Kriegsdarlehenskassa interveniert habe. Die diesbezüglichen Verhandlungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Für die Kriegshilfsbank sollen die Wiener Banken 5 Millionen Kronen, die Gemeinde Wien und die Handels- und Gewerbekammer je $2^1/_2$ Millionen Kronen stellen; durch diese Bank würden Waren lombardiert, Fakturen eskomptiert und Vorschüsse zur Beschaffung von Rohmaterialien gewährt.

Seine Bemühungen wegen Aufhebung der Getreidezölle seien bisher leider erfolglos gewesen, da diese Aktion an dem Widerstande Ungarns scheitere.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß vom Arbeitsvermittlungsamte in der Zeit vom 27. bis 31. August 2616 Arbeitsstellen und in der Zeit vom 1. bis 7. September 6948 Arbeitsstellen und für die Donauregulierungs-Kommission 500 Arbeitsstellen vermittelt worden seien.

Die von der Militär-Kommission gestellten Ansprüche können jedoch nicht ganz befriedigt werden, es werden täglich vier- bis fünfhundert mehr beansprucht, als gestellt werden können.

Er ersuche die Mitglieder der Konferenz, in ihren Kreisen für zahlreiche Meldungen zu diesen Arbeiten zu wirken. Für die Intelligenzberufe sei bei dieser Gelegenheit insofern teilweise gesorgt, als für je 50 Mann ein Partieführer bestellt wird.

Der Bürgermeister teilt zusammenfassend mit, daß vom städtischen Dienstvermittlungsamte in der Zeit vom 1. August bis 6. September 19.000 Arbeitsstellen vermittelt wurden.

Gem.-Rat Steiner bemerkt, daß in einzelnen Berufen der Bedarf an Arbeitskräften in Wien gar nicht befriedigt werden könne. So konnten 100 Fleischhauergehilfen für die Konservenfabriken nicht aufgebracht werden.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß aus Ostgalizien zahlreiche Flüchtlinge nach Wien kommen.

Das Ministerium des Innern habe in Nikolsburg eine Baracke zur Unterbringung dieser Flüchtlinge gebaut. Er habe sich für die Errichtung einer zweiten Baracke mit allem Nachdrucke eingesetzt und sich bemüht, eine Ablenkung der Flüchtlinge von Wien zu erreichen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller weist auf die sanitäre Gefahr hin, die mit dem dichten Zusammenwohnen der Flüchtlinge in Wien verbunden sei. Er richte an den Herrn Bürgermeister die Bitte, bei der Regierung dahin zu wirken, daß den Flüchtlingen, die nachweislich Geld besitzen (Sparkassabücher 2c.), die Möglichkeit geboten werde, wenigstens einen Teil ihres Geldes zu bekommen.

Der Bürgermeister teilt mit, er werde sich an den Philanthropischen Verein und an den Verein gegen Verarmung und Bettelei wenden, damit den Flüchtlingen von diesen Stellen Darlehen gewährt würden.

Der Bürgermeister erklärt sich über die ihm erteilte Ermächtigung bereit, bei der Regierung in dieser Angelegenheit zu intervenieren.

Die Frage des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller, wie sich die Frauen von Eingerückten, die ohne Dokumente gekommen seien, bezüglich ihres Unterhaltsbeitragsanspruches legitimieren sollen, beantwortet der Bürgermeister dahin, daß dies durch Zeugenaussagen erfolgen könne.

Der Bürgermeister teilt mit, daß auf dem letzten Viehmarkte ein schwächerer Auftrieb von Rindern und Schweinen bemerkbar war, wodurch eine Preissteigerung eingetreten sei. Überdies habe die Militärverwaltung vor Beginn der Marktzeit Vorkäufe abgeschlossen und dadurch die Preise in die Höhe getrieben.

Er habe sofort ein Dekret erlassen, in welchem die strikte Einhaltung der Marktzeit in Erinnerung gebracht wird.

Gegen die Verkäufer werde die Strafamtshandlung eingeleitet werden.

Gem.-Rat Steiner begrüßt es, daß eine so große Anzahl von Spitalsbetten für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stünde; für die Hauskrankenpflege stehen aber leider sehr wenig Pflegepersonen zur Verfügung. Es hätten sich im ganzen zirka 70 Personen gemeldet.

Gem.-Rat Dr. Loewenstein anerkennt dankbarst die Fürsorge des Bürgermeisters für die Spitalpflege der Zivilbevölkerung.

Derselbe führt aus, daß die sanitären Verhältnisse in Wien bis jetzt glänzende seien, jedoch durch die Flüchtlinge werde die Bevölkerung dichter; man solle Vorsorge treffen, die Bevölkerung über das Verhalten bei epidemisch auftretenden Krankheiten aufzuklären. Er regt die Einführung von sogenannten Merkblättern durch das Stadtphysikat an.

Gem.-Rat Dr. Loewenstein teilt weiters mit, daß sich 200 Hebammen bereit erklärt hätten, sich zu Krankenpflegerinnen auszubilden. Er finde es bedauerlich, daß die Primarärzte fast nur mehr für die Verwundeten und nur mehr im geringen Maße für die Zivilbevölkerung zu haben seien. Er bespricht auch die Mangelhaftigkeit der Organisation der Verwundetentransporte.

Gem.-Rat Neumann fragt an, ob die Gewährung der Aushilfen irgend einen Einfluß auf die politischen Rechte der Beteilten habe.

Der Bürgermeister erklärt, daß durch diese Unterstützungen das Wahlrecht nicht verloren gehe. Er habe ein diesbezügliches Dekret an den Magistrat bereits erlassen. Diese

Amtsblatt der Stadt Wien
8/VII. 1915
71

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 6. Obmänner-Konferenz
vom **18. September 1914.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.
Anwesende: Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gem.-Räte Goltz, Dr. Hein, Leitner, Reumann, Schmid, Dr. Schwarz-Hiller und Steiner.
Magistrats-Direktor Dr. Max Weiß.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß die vor den Ferien vom Gemeinderate erteilte Ermächtigung, in der Ferialzeit die in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Agenden durch den Stadtrat erledigen zu lassen, erloschen sei. Er habe deshalb heute die Obmänner-Konferenz einberufen, um mit den drei parteipolitischen Gruppen des Gemeinderates in dieser Angelegenheit zu beraten; er habe für den nächsten Dienstag eine Gemeinderats-Sitzung einberufen, um erstens die in der Zwischenzeit verfügten Maßnahmen und Beschlüsse ratihabieren und zweitens um sich eine neue Ermächtigung erteilen zu lassen, in derselben Weise wie bisher die Geschäfte der Gemeinde weiterführen zu dürfen.

Die Ratihabition umfasse drei Gruppen:

1. Die Gegenstände der kurrenten Verwaltung, die gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates durch den Stadtrat erledigt wurden;

2. die Genehmigung jener Stadtrats-Beschlüsse, welche im Plenum eine qualifizierte Mehrheit erfordern, und

3. alle Maßnahmen, die durch die Kriegslage verursacht worden sind.

Um das Weiterfunktionieren der Gemeindeverwaltung in der bisherigen Weise zu sichern, werde er in der nächsten Gemeinderats-Sitzung folgende Anträge stellen:

1. Die in dem vorliegenden Verzeichnisse A*) zusammengestellten Verfügungen des Bürgermeisters und Beschlüsse des Stadtrates anläßlich des Krieges werden nachträglich genehmigt.

2. Für die Dauer des Kriegszustandes wird der Bürgermeister ermächtigt, alle in der Gemeindeverwaltung notwendigen Anordnungen und Verfügungen, insbesondere auch in finanzieller Beziehung, unter seiner Verantwortung zu treffen und für sie in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte, spätestens aber nach Aufhören des Kriegszustandes die nach dem Gemeindestatute erforderliche kompetenzmäßige Genehmigung zu erwirken.

3. Alle infolge des Krieges notwendigen Ausgaben mit Ausnahme derer, für die bereits Verrechnungs-Rubriken in der Gruppe XII des Hauptvoranschlages und Rechnungs-Abschlusses bestehen, sind auf einer neu zu eröffnenden außerordentlichen Rubrik in der Gruppe XIII zu verrechnen.

Die Obmänner-Konferenz werde wie bisher weiterbestehen, er werde alle durch den Krieg notwendigen Verfügungen, sowie alle an den Gemeinderat gehenden Agenden der Obmänner-Konferenz vorlegen. Durch die Institution der Obmänner-Konferenz werde die Verantwortlichkeit des Bürgermeisters entlastet und den Mitgliedern der Opposition die Gelegenheit geboten, Kontrolle zu üben und ihren Klubgenossen über die Tätigkeit der Gemeinde Mitteilung zu machen.

Hierauf fordert der Bürgermeister die Mitglieder der Konferenz auf, in dieser Angelegenheit ihre Meinung zu äußern.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß sein Klub beschlossen habe, den Anträgen des Bürgermeisters debattelos zuzustimmen.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß auch sein Klub den Anträgen zustimme, er wünsche jedoch, daß in die Anträge die Worte eingefügt würden „ohne Präjudiz". Er halte den Vorgang nicht ganz dem Gemeindestatute entsprechend; er wünsche daher, daß festgestellt werde, daß ein Mehrheits-Beschluß in diesem Falle ausgeschlossen sei und Verfügungen nur auf Grund eines einmütigen Beschlusses durchgeführt werden dürfen.

Der Bürgermeister erklärt hierauf, daß durch diesen Antrag auf einstimmigen Beschluß die Autonomie der Gemeinde gefährdet wäre. Er habe die Absicht, die Gemeindeautonomie usque ad finem aufrecht zu erhalten.

Bis jetzt sei noch immer in allem die volle Einstimmigkeit erzielt worden und er hoffe, daß dies auch in Zukunft der Fall sein werde. Er müßte sonst im Falle eines Mehrheits-Beschlusses die Entscheidung des Statthalters einholen. Die Bedeutung der Beifügung „ohne Präjudiz" liege sowieso schon in den Worten „für die Dauer des Krieges". Er ersuche, derartige Andeutungen im Interesse der Autonomie der Gemeinde im Plenum zu unterlassen. Er selbst werde im Plenum erklären, daß dieser Vorgang im Einvernehmen mit allen Parteien des Gemeinderates eingeschlagen wurde; er werde auch der Regierung zur Kenntnis bringen, daß in der Gemeindeverwaltung dieser ausnahmsweise Vorgang mit Rücksicht auf die Verhältnisse eingeschlagen wurde und er sei überzeugt, daß derselbe gewiß die Zustimmung der Regierung finden werde.

Gem.-Rat Steiner bemerkt, er wünsche ebenfalls, daß die Autonomie der Gemeinde aufrecht bleibe, denn in der Gemeinde werde wirklich positive Arbeit geleistet. Man solle sich gegenwärtig nicht mit Interpretationen des Statutes befassen.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß seine Ausführungen mißverstanden worden seien; er erkläre, daß sein Klub die Anträge des Herrn Bürgermeisters einstimmig und ohne Debatte annehme. Es sei auch die Absicht seines Klubs, die Autorität des Bürgermeisters zu stärken; während des Krieges gebe es keine Parteiunterschiede.

Die Anträge des Bürgermeisters werden hierauf einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister erörtert die Einwanderung der galizischen Flüchtlinge in Wien und verweist auf den bezüglichen Erlaß des Statthalters.

Bezüglich jener Flüchtlinge, die Anspruch auf die Unterstützungsbeiträge haben, jedoch keine Dokumente besitzen, müsse ihre Identität durch Zeugen nachgewiesen werden.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, er habe sich in dieser Richtung an das polnische Ministerium gewendet, jedoch bis heute keine Antwort bekommen.

Der Bürgermeister bringt hierauf den nachstehenden Magistratsbericht über den Statthalterei-Erlaß vom 15. Sep-

*) Dieses Verzeichnis erscheint im Amtsblatte Nr. 78 ex 1914 auf S. 2795 u. ff. abgedruckt.

Amtsblatt der Stadt Wien
8./VI. 1915

II

72

Abnahme-Verfügung

tember 1914, betreffend den Unterhaltsbeitrag nach dem Gesetze vom Jahre 1912 für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, zur Kenntnis.

Derselbe lautet:

M. Abt. XVI, 14001/14. Wien, am 16 September 1914.

Unterhaltbeitrag nach dem Gesetze vom Jahre 1912 für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 15. September 1914 den folgenden Erlaß anhergerichtet:

„Das k. k. Ministerium für Landesverteidigung hat mit dem Erlasse vom 13. September 1914, Dep. XVII, Nr. 1681, der Unterhaltslandes-Kommission in Wien folgendes bekanntgegeben:

Aus Galizien oder der Bukowina nach Wien geflüchteten Angehörigen Mobilisierter ist, falls sie einen von der Unterhalts-Kommission ihres bisherigen Wohnsitzes ausgefertigten Zahlungsbogen beibringen, der darin bezifferte Unterhaltsbeitrag, insoweit er noch nicht bezogen wurde, bei der Finanzlandeskassa in Wien anzuweisen, wovon die Partei unter Übermittlung eines neuen Zahlungsbogens in Kenntnis zu setzen ist. — Der alte Zahlungsbogen ist zurückzubehalten.

Gleichzeitig ist an die politische Landesbehörde für Galizien, beziehungsweise jene für die Bukowina, eine Zuschrift nach Muster Beilage A, ferner an die politische Bezirksbehörde des nunmehrigen Aufenthaltsortes ein Aviso nach Muster Beilage B zu richten.

Falls solche Parteien um einen Vorschuß bitten, sind sie — vor Einleitung der weiteren Amtshandlung — mit dem alten Zahlungsbogen zur Abteilung XI des Wiener Magistrates zu schicken, welche den Vorschuß erfolgen und den Zahlungsbogen samt Vorschußquittung sohin an die p. t. behufs Einbringung des Vorschusses, beziehungsweise weiterer Veranlassung leiten wird.

Mit Flüchtlingen, die einen Zahlungsbogen nicht beibringen, aber einen Anspruch nach dem Gesetze vom 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 237, zu haben behaupten, ist das vorgeschriebene Verfahren durchzuführen. Die Anmeldungen sind im Bureau des Herrn Sektionschefs Ritter v. Morawski, III., Rennweg 1 A, oder in der Abteilung XVI des Wiener Magistrates zu erstatten. Zur Entscheidung ist die Unterhaltslandes-Kommission Wien berufen, welche übrigens in beiden Fällen auch als Evidenzstelle fungiert.

Zur Unterstützung bei der Entgegennahme von Anmeldungen seitens solcher Flüchtlinge wird in den allernächsten Tagen eine beider Sprachen mächtige Hilfskraft von dem dortigen Amte zugewiesen werden.

Die Agenden werden von der Unterhaltslandes-Kommission Wien, Nebenstelle, IX., Türkenstraße 3, besorgt werden, weshalb die bezüglichen Geschäftsstücke direkt dorthin zu leiten sind.

Die magistratischen Bezirksämter sind vom Inhalte dieses Erlasses zu verständigen und entsprechend anzuweisen."

Z. Pr. Z. 996/M. M. f. Lv. Nr. 1681, XVII, 1914.
Muster Beilage A.

An
die k. k. Statthalterei / Landesregierung
in .....

Der unten bezeichnete, von der Unterhalts-Bezirks-Kommission in ..... mit dem Zahlungsbogen Nr. ..... zuerkannte Unterhaltsbeitrag wurde über Ansuchen der Partei, die wegen der Kriegsereignisse ihr Domizil nach ..... verlegt hat, vom ..... 1914 angefangen bei der k. k. Finanz-Landeskassa in Wien angewiesen. Die p. t. wird ersucht, zu veranlassen, daß dieser Unterhaltsbeitrag bei der bisherigen Zahlstelle ehemöglichst eingestellt werde.

Name	des Eingerückten:	
Geburtsjahr		
Heimatsgemeinde		
Name des Zahlungsempfängers:		
Bisherige Zahlstelle:		
Angewiesener Unterhaltsbeitrag (Summe pro Tag):		

Der alte Zahlungsbogen wurde eingezogen und der Partei sub Nr. ..... ein neuer Zahlungsbogen ausgefolgt.

Die Unterhalts-Landes-Kommision in Wien,
am ..... 191 .
Der Vorsitzende:

Z. Pr. Z. 996/M. M. f. Lv. Nr. 1681, XVII, 1914.
Muster Beilage B.

Aviso.

An das mag. Bezirksamt für den ..... Bezirk in Wien.

Der unten bezeichnete, von der Unterhalts-Bezirks-Kommission in ..... mit dem Zahlungsbogen Nr. ..... zuerkannte Unterhaltsbeitrag wurde über Ansuchen der Partei, die wegen der Kriegsereignisse ihr Domizil nach ..... verlegt hat, vom ..... 1914 angefangen bei der k. k. Finanz-Landeskassa in Wien angewiesen und daher bei der früheren Zahlungsstelle eingestellt.

Name	des Eingerückten:	
Geburtsjahr		
Heimatsgemeinde		
Name des Zahlungsempfängers:		
Bisherige Zahlstelle:		
Angewiesener Unterhaltsbeitrag (Summe pro Tag):		

Der alte Zahlungsbogen wurde eingezogen und der Partei sub Nr. ..... ein neuer Zahlungsbogen ausgefolgt.

Amtsblatt der Stadt Wien. III
8./VI. 1915
73

Abnämm-Konferenz.

Etwaige Änderungen der für den Fortbestand des Anspruches maßgebenden Verhältnisse sind unverweilt der gefertigten Unterhalts-Kommission anzuzeigen.

Die Unterhalts-Landes-Kommission in Wien,

am ..... 191 ....

Der Vorsitzende:

Für das Verfahren werden also die folgenden Grundsätze zu gelten haben:

1. Die Partei weist einen Zahlungsbogen vor, mit dem ein Unterhaltsbeitrag bei einer k. k. Zahlstelle in Galizien oder der Bukowina zur Auszahlung angewiesen ist. Wenn eine solche Partei sich nicht gleichzeitig einen Vorschuß erbittet, ist mit ihr zu Protokoll das Ansuchen um Anweisung des Unterhaltsbeitrages bei der k. k. Finanz-Landeskassa in Wien aufzunehmen und ihr der Zahlungsbogen abzunehmen. Falls die Partei keinen Meldezettel beibringt, ist in den von ihr angegebenen Wohnorte zu erheben, ob sie daselbst tatsächlich wohnt. Sodann ist der Akt mit dem bisherigen Zahlungsbogen und dem aufgenommenen Protokolle der Unterhalts-Landes-Kommission Wien, Nebenstelle, IX., Türkenstraße 3, unter Beziehung auf den zitierten Erlaß des k. k. Ministeriums für Landes-Verteidigung vom 13. September 1914 vorzulegen.

Wenn sich mit der Partei sprachliche Schwierigkeiten ergeben, so ist sie an das Bureau des Herrn Sektionschefs Ritter v. Morawski, III/3, Rennweg 1A, oder an die Magistrats-Abteilung XVI zu weisen. Zu welchen Stunden h. a. die im Erlasse zugesagte Hilfskraft amtieren wird, wird mit Dienstzettel bekanntgegeben werden.

2. Wenn Parteien, die einen Zahlungsbogen einer galizischen oder bukowinaer Unterhalts-Kommission in Händen haben, einen Vorschuß ansprechen, so sind sie zur Erlangung desselben ausnahmslos an die Magistrats-Abteilung XI zu weisen, und zwar mit der Aufforderung, den Zahlungsbogen und alle in ihren Händen befindlichen Dokumente dorthin mitzunehmen. In solchen Fällen wird die Magistrats-Abteilung XI nicht nur den Vorschuß gewähren, sondern auch das Verfahren wegen Erlangung des neuen Zahlungsbogens durchführen.

3. Parteien, die noch keinen Zahlungsbogen besitzen, aber einen Anspruch zu haben behaupten, sind wegen Anmeldung des Anspruches an das Bureau des Herrn Sektionschefs Ritter v. Morawski, III/3, Rennweg 1A, oder an die Magistrats-Abteilung XVI zu weisen und zu beauftragen, daß sie zu diesem Zwecke den Medezettel und alle allenfalls in ihren Händen befindlichen Personaldokumente mitzunehmen haben.

Der Abteilungsvorstand:

* * *

Der Bürgermeister erklärt weiters, er habe beim Ministerium des Innern vorgesprochen und die Erklärung abgegeben, die Leistung des Unterhaltes für diese Personen sei nicht Sache der Gemeinde Wien, sondern des Staates. Die Gemeinde habe dazu weder eine rechtliche Verpflichtung, noch auch die Mittel. Es habe in dieser Angelegenheit im Ministerium des Innern eine Konferenz stattgefunden, auf Grund welcher der beigeheftete Erlaß an ihn gelangt sei. Der Bürgermeister verliest hierauf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 15. September 1914, Z. 11854/M. d. J. Dieser Erlaß sei vorgestern in Wirksamkeit getreten.

Wien, am 15. September 1914.

Der k. k. Minister des Innern.
11854/M. J.

Unterbringung von Flüchtlingen; allgemeine Grundsätze.
1. Beilage.

Unter Bezugnahme auf die am 13. d. M. im Ministerium des Innern abgehaltene Beratung beehre ich mich, Euerer Exzellenz anverwahrt ein Exemplar jener Grundsätze zur Verfügung zu stellen, die hinsichtlich der Instradierung und Unterbringung von Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina den einzelnen Landesstellen zur sofortigen Veranlassung bekanntgegeben worden sind.

Der k. k. Minister des Innern:
Heinold m. p.

Der k. k. Minister des Innern,
z. Z. 11854/M. I. ex 1914.

Instruktion,

betreffend die Beförderung und Unterbringung von Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina.

Die Gestaltung der militärischen Operationen wird in nächster Zeit eine kontinuierliche Zunahme der Abwanderung von Flüchtlingen aus dem Operationsgebiete und dessen Hinterland nach den westlichen Ländern mit sich bringen, die es notwendig macht, die Instradierung und Unterbringung der Flüchtlinge nach einheitlichen Grundsätzen zu organisieren.

Im Hinblicke darauf, daß die Abreise sich in vielen Fällen, mit größter Raschheit, meist in der Art vollzieht, daß die Flüchtlinge in gewissen Eisenbahnknotenpunkten zusammenströmen und dort bereitstehende Zugsgarnituren besteigen, ohne daß dortselbst eine Scheidung nach ihrer Provenienz durchgeführt werden könnte, kann eine verschiedene Behandlung derselben, darnach ob sie aus den Festungsbereichen evakuiert oder freiwillig geflohen sind, im allgemeinen nicht Platz greifen.

Die nachstehenden Grundsätze gelten daher bis auf weiteres für alle aus Galizien und der Bukowina kommenden Flüchtlinge.

Hingegen wird sich, wie aus dem später Gesagten hervorgeht, eine verschiedene Vorgangsweise darnach ergeben, ob die Flüchtlinge entsprechende Geldmittel besitzen oder nicht.

Die Grundsätze, die bei Durchführung dieser Organisation maßgebend sind, gehen dahin, einerseits die mittellosen Flüchtlinge nach Möglichkeit nicht in größeren Städten und nicht zu sehr verstreut auf dem flachen Lande unterzubringen, weil in diesen Fällen jede Art von Kontrolle, insbesondere jene sanitärer Natur unmöglich würde, und anderseits Personen gleicher Nationalität möglichst in ein und demselben Gebiete unterzubringen, um hiedurch das Heimatsgefühl ungeschwächt zu erhalten. Die Kosten der Unterbringung und Verpflegung der mittellosen Flüchtlinge sind, da die Heimatsgemeinden hiefür derzeit meist nicht aufkommen können, vorläufig von der Staatsverwaltung zu tragen, die anderseits dafür sorgen muß, daß die auf diese Weise versorgten Flüchtlinge in den ihnen angewiesenen Auf-

Abschrift Erlass.

enthaltsorten bleiben und sich nicht ohne Erlaubnis von dort entfernen.

I. Unterbringung.

Die Unterbringung der mittellosen Flüchtlinge erfolgt entweder in den bereits in Errichtung begriffenen Barackenlagern oder in einzelnen größeren Gemeinden, welche zur Aufnahme derselben bereit und in der Lage sind. Ruthenische Flüchtlinge (mit Ausschluß der in Thalerhof bei Graz untergebrachten) werden nach Kärnten dirigiert und in einem in Wolfsberg errichteten Barackenlager untergebracht. Flüchtlinge mosaischer Konfession werden vorläufig in Mähren, im Barackenlager in Nikolsburg untergebracht; im Hinblicke auf die voraussichtlich starke Inanspruchnahme dieses Lagers ist die Errichtung eines zweiten in Pohrlitz, Mähren, bereits in die Wege geleitet. Für die Aufnahme von Flüchtlingen polnischer Nationalität kommen Böhmen und Krain, und zwar im ungefähren Verhältnisse 3 : 1 in Frage. Die Errichtung eines Barackenlagers in Böhmisch-Trübau für 20.000 Personen hat bereits begonnen. Bis zur Fertigstellung sind die Flüchtlinge von Böhmisch-Trübau aus in einzelne von der Statthalterei bereits bestimmte größere Gemeinden Böhmens zu verteilen. In Krain hat bis auf weiteres der letztere Modus von Laibach aus überhaupt Anwendung zu finden.

In Niederösterreich wird ein Barackenlager bei Amstetten errichtet, weiters eine Reihe von leerstehenden, eine größere Personenanzahl fassenden Objekten gemietet, deren Verwendung im Hinblicke auf die immerhin mögliche allzu starke Inanspruchnahme der verschiedenen vorerwähnten Lager einer weiteren Bestimmung vorbehalten bleibt.

Es sind sohin bis auf weiteres alle Transporte von mittellosen Flüchtlingen ruthenischer Nationaltät nach Kärnten (Wolfsberg), polnischer Nationalität nach Böhmen (Böhmisch-Trübau), beziehungsweise nach Krain (Laibach), mosaischer Konfession nach Mähren (Nikolsburg) zu dirigieren.

Die Kosten für die Errichtung der Barackenlager und für die Verpflegung der Flüchtlinge in denselben sind von den Landesstellen auf die Rubrik „Öffentliche Sicherheit", „Verschiedene Auslagen" zu übernehmen und aus dem gleichen Kredite auch gegebenenfalls jene Beträge zu decken, die bei Unterbringung der mittellosen Flüchtlinge in den bestimmten Gemeinden, diesen oder den Ortsinsassen für die Bequartierung und Verpflegung der Flüchtlinge zu zahlen sind und deren Höhe je nach den Lebens- und Teuerungsverhältnissen des Gebietes nach dem Ermessen der Landesstelle, jedenfalls aber nicht höher als mit 70 h pro Tag und Kopf zu bestimmen ist.

Für den Bau der Baracken hat als Richtschnur zu gelten, daß sie in angemessener Entfernung von geschlossenen Ortschaften, an Witterungseinflüssen möglichst wenig zugänglichen Punkten, in welchen einwandfreies Trinkwasser in genügender Menge vorhanden ist, zu errichten sind. Die klaglose Beseitigung der Abfallstoffe muß sichergestellt und für die ständige sanitäre Überwachung durch dauernde oder fallweise Delegierung eines Amtsarztes gesorgt sein.

Für die Unterbringung Infektionskranker (Krankheitsverdächtiger), sowie für die Beobachtung Ansteckungsverdächtiger sind entsprechende Isoliereinrichtungen vorzusehen. Die sanitäre Überwachung hat sich nicht nur auf das Auftreten der anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten, sondern auch auf das Vorkommen anderer Infektionskrankheiten, insbesondere auf Tuberkulose, Syphilis, zu beziehen.

Nach Ankunft von Transporten in das Barackenlager hat eine entsprechende Reinigung der Flüchtlinge (womöglich durch Bäder), Vertilgung von Ungeziefer, allfällige Desinfektion der Effekten vorgenommen zu werden.

Das Barackenlager (namentlich auch die Aborte) sind während des Aufenthaltes von Flüchtlingen fortgesetzt reinzuhalten.

Nach Abgang von Transporten hat eine Reinigung und erforderlichenfalls Desinfektion des Barackenlagers stattzufinden; es ist weiters insbesondere darauf hinzuwirken, daß die Beköstigung den spezifischen Lebensgewohnheiten der installierten Flüchtlinge möglichst entspricht.

Für die Unterbringung der Flüchtlinge in einzelnen Gemeinden, wie sie in Krain und vorläufig auch teilweise in Böhmen beabsichtigt ist, haben die obigen sanitären Grundsätze sinngemäß Anwendung zu finden. Insbesondere ist auch durch ständige amtliche Kontrolle darauf hinzuwirken, daß die Zahl der in einzelnen Gehöften 2c. untergebrachten Personen in einem angemessenem Verhältnisse zur Fläche und zum Luftraume der Ubikation steht, und daß den Flüchtlingen seitens der Gemeinde oder der Ortsinsassen eine entsprechende und preiswerte Nahrung verabreicht wird. Die sanitäre Kontrolle ist in den Gemeinden umso genauer durchzuführen, als die Verteilung der Flüchtlinge auf verschiedene Ubikationen innerhalb der geschlossenen Ortschaften erhöhte Gefahren für die Ortsansässigen mit sich bringen kann. Schließlich ist nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die Flüchtlinge ihren religiösen Pflichten nachkommen können. Sollte sich die Delegierung sprachenkundiger Beamter oder Seelsorger als notwendig erweisen, wäre überhaupt sofort an das Ministerium des Innern Bericht zu erstatten.

II. Instradierung.

a) In Sammeltransporten.

Die Instradierung der aus Galizien kommenden mittellosen Flüchtlinge erfolgt in der Regel in Sammeltransporten, die über die Nordbahn, die Städtebahn oder über Zsolna in der Art geleitet werden, daß sie sämtliche in Prerau, beziehungsweise Ungarisch-Hradisch zusammenlaufen, und zwar in Prerau Transporte der Nordbahn oder solche über Teschen, Wadowice und Bielitz, in Ungarisch-Hradisch Transporte über Zwardon, Orlo und Mezölaborcz.

Zum Zwecke der Überwachung dieser Sammeltransporte werden unter einem seitens der galizischen Statthalterei je zwölf staatliche Funktionäre in die Stationen Wadowice, Oswiecim und Ujzsolna (sogenannte Einsteigestationen) delegiert. Jeder in diesen Stationen einlangende, von Osten nach Westen gehende Sammeltransport ist von einem dieser Funktionäre als Zugsleiter bis zur Revisionsstation Ungarisch-Hradisch oder Prerau zu begleiten. Während der Fahrt ist seitens des begleitenden Funktionärs darauf zu achten, daß nicht einzelne Flüchtlinge den Zug verlassen, und gleichzeitig während dieser Fahrt die genaue Perlustrierung und Trennung der Flüchtlinge nach Kategorien (Polen, Ruthenen, Israeliten) derart vorzunehmen, daß dieselben in der Revisionsstation schon getrennt auswaggoniert und den dort befindlichen vom Eisenbahnministerium speziell delegierten neuen Zugsleitern übergeben werden.

Amtsblatt der Stadt Wien

8./VII. 1915

V.

75

Abräumungs-Konferenz.

Hinsichtlich der eventuellen sanitären Obsorge während der Eisenbahnfahrt ist auf die Weisungen des Erlasses vom 3. September 1914, Z. 6490/S, beziehungsweise auf die Bestimmungen des mit Erlaß vom 8. September 1914, Z. 6564/S, herausgegebenen Merkblattes Bedacht zu nehmen. Der bisherige Zugsleiter hat sich hierauf unverzüglich in die Einsteigestation zurückzubegeben.

Der Zugsleiter der Revisionsstation hat die Trennung der verschiedenen Flüchtlingskategorien endgültig vorzunehmen, deren ärztliche Untersuchung, eventuell die erforderlichen Desinfektionsmaßnahmen zu veranlassen und gleichzeitig der Zentral-Transportleitung telegraphisch mitzuteilen, wie viele und welche Kategorien Flüchtlinge zum Weitertransporte nach den einzelnen Niederlassungen Böhmisch-Trübau, Laibach, Nikolsburg, Wolfsberg transportbereit sind. Eine gleiche telegraphische Verständigung hat unter einem, um die Aufnahme der Flüchtlinge vorzubereiten, auch an jene Landesstelle zu erfolgen, in deren Bereich die für den Transport in Frage kommende Niederlassung liegt. Die Zentral-Transportleitung wird hierauf der Revisionsstation telegraphisch die Stunde der Abfahrt des betreffenden Transportes und der voraussichtlichen Ankunft in einem der vorgenannten Bestimmungsorte bekanntgeben, wovon die in Frage kommende Landesstelle gleichzeitig mit dem Abgange des Transportes seitens der Revisionsstation ebenfalls telegraphisch zu verständigen ist. Der Transport ist von der Revisionsstation bis zum Bestimmungsorte vom Zugsleiter zu begleiten, der sich nach Übergabe des Transportes an die politische Behörde des Bestimmungsortes wieder in die Revisionsstation zurückbegibt.

Die Landesstelle, in deren Verwaltungsgebiet sich die vorerwähnten Flüchtlingsniederlassungen befinden, haben dem Ministerium des Innern fallweise telegraphisch die Zahl der einlangenden Flüchtlinge zu melden und rechtzeitig darüber zu berichten, wenn die Aufnahmsfähigkeit der Niederlassungen, beziehungsweise Gemeinden sich der Grenze zu nähern beginnt.

b) Einzeln einlangende Flüchtlinge.

Nachdem die Flüchtlinge außer den Sammeltransporten auch die fahrplanmäßigen Züge großenteils ohne Legitimation benützen können, hiedurch aber die Gefahr besteht, daß mittellose Flüchtlinge sich ohne jede Kontrolle über das ganze Reich zerstreuen, was aus verschiedenen Gründen unerwünscht scheint, ergibt sich die Notwendigkeit, die aus Galizien nach den westlichen Ländern verkehrenden fahrplanmäßigen Züge in gewissen Punkten polizeilich zu perlustrieren und bei diesem Anlasse jene Flüchtlinge auszuscheiden, welche nicht genügende Mittel besitzen, um sich für die nächste Zeit fortzubringen. Diese Flüchtlinge, für deren Unterhalt und Verpflegung in den einzelnen Niederlassungen seitens des Staates gesorgt wird, sind durch die perlustrierenden Polizeiorgane von der Weiterbeförderung im fahrplanmäßigen Zuge auszuschließen und dem nächsten Sammeltransport anzuschließen, der Flüchtlinge der gleichen Kategorie in die für diese bestimmte Barackenniederlassung, beziehungsweise Gemeinde führt.

Die Beurteilung der Frage, ob ein Flüchtling als bemittelt oder unbemittelt anzusehen ist, muß nach den Verhältnissen des einzelnen Falles (Anzahl der mitreisenden Familienmitglieder, Beruf, Verdienstmöglichkeit 2c.) beurteilt und die Entscheidung dem Ermessen und dem Takte des perlustrierenden Organes überlassen bleiben. Als approximative Grenze wäre vielleicht bei Einzelreisenden der Betrag von 200 K anzunehmen, doch bleibt es dem perlustrierenden Organ nach dem Vorgesagten anheimgestellt, im einzelnen Falle über diesen Betrag hinaus-, beziehungsweise unter denselben herabzugehen. Im übrigen bleibt selbstverständlich jedem Flüchtling unbenommen, nach Ankunft in der gemeinsamen Niederlassung der Aufsicht führenden politischen Behörde den Nachweis zu erbringen, daß sein weiteres Fortkommen in irgend einer Weise gesichert erscheint, in welchem Falle seiner Abreise nichts im Wege steht.

Als diese polizeilichen Perlustrierungsstationen werden hiemit vorläufig die Eisenbahnstationen in Oderberg, Teschen, Marchegg, Bruck an der Leitha und Ungarisch-Brod bestimmt. Zur Durchführung des Dienstes sind seitens der in Frage kommenden Landesstellen in erster Linie jene Polizeiorgane zu delegieren, die bisher im politischen Auswandererkontrolldienste des betreffenden Verwaltungsgebietes verwendet wurden.

Was endlich die Vorgangsweise hinsichtlich jener mittellosen Flüchtlinge anlangt, die bereits vor dieser Organisation in die westlichen Länder gelangt sind und sich dortselbst zerstreut aufhalten, muß es Aufgabe der politischen und Polizeibehörden bilden, dieselben, sofern sie wegen Unterstützung vorsprechen oder wenn auf andere Weise, wie bei Perlustrierungen von Massenquartieren 2c. derartige Personen festgestellt werden, durch Anschluß an die entsprechenden Sammeltransporte oder durch direkte Instradierung in jene Niederlassungen zu leiten, die nach den vorstehenden Grundsätzen als Aufenthaltsort für die betreffende Kategorie von Flüchtlingen in Frage kommen.

Der Bürgermeister erklärt weiter, es sei eine Fürsorgestelle für die galizischen Flüchtlinge im II. Bezirke errichtet worden, die ihren Sitz in der Dienstvermittlungsstelle, II., Kleine Sperlgasse 2 b, habe. Mit der Leitung derselben habe er Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller betraut und er danke diesem für seine bisherigen Bemühungen in dieser Funktion wärmstens.

Die ärgste Sorge bereite die Beschaffung von Obdach für die Flüchtlinge. Er habe das Gebäude des Zirkus Renz ins Auge gefaßt. Doch habe dieses weder Beheizung, noch Beleuchtung, noch Klosetts. Seine Absicht, Flüchtlinge in einzelnen Fabriksräumen unterzubringen, sei an der Abneigung der Eigentümer gescheitert, galizische Flüchtlinge aufzunehmen. Bisher sei die Unterbringung der Flüchtlinge noch gelungen. Um jedoch für die Zukunft entsprechende Abhilfe zu schaffen, habe er sich an den Statthalter gewendet, er möge Vorsorge treffen, daß in verschiedenen Sommerfrischen, wie zum Beispiel Baden, Vöslau 2c. die leerstehenden Sommerwohnungen den bemittelten galizischen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden. Der Statthalter habe zugesagt, in dieser Richtung die nötigen Schritte zu unternehmen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß er schon vor drei Wochen, als die ersten Flüchtlinge in Wien eintrafen — es handelte sich damals ausschließlich um Juden — beim Bürgermeister gewesen und der Herr Bürgermeister der erste gewesen sei, der sagte, er stelle für die Unterbringung der Flüchtlinge die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung; dafür spreche er dem Bürgermeister seinen wärmsten Dank aus; derselbe habe damit etwas getan, was er ihm nie im Leben vergessen werde.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller schildert hierauf den von ihm organisierten Bahndienst bei der Ankunft der galizischen

Abnahme-Konferenz.

Flüchtlinge in den Bahnhöfen. Er führt weiters aus, daß er für die Unterbringung dieser Flüchtlinge auch die Stundenhotels ins Auge gefaßt habe. Jedoch hätten die Besitzer dieser Hotels wenig Entgegenkommen gezeigt und in der Nacht oft gar nicht geöffnet. Auch seien die in diesen Hotels verlangten Preise (6 bis 8 K per Zimmer) viel zu hoch.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß erklärt, der Polizei-Präsident habe ihm mitgeteilt, er werde die Besitzer der Stundenhotels vorladen und ihnen mitteilen, daß sie Flüchtlingen Schlafstätten um 1 K pro Nacht und Bett auf Grund des Evakuierungsgesetzes vermieten müßten.

Der Bürgermeister erklärt hierauf, man werde eben gegen zuwiderhandelnde Hotelbesitzer mit aller Strenge, eventuell mit der Konzessionsentziehung vorgehen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, es sei die Unterbringung der Flüchtlinge derart eingerichtet, daß die polnischen Bauern und Juden in der Leopoldstadt, die christlichen Flüchtlinge in den äußeren Bezirken untergebracht würden. Doch mangle es dortselbst oft an Raum; trotz aller Verordnungen schiebe die ungarische Regierung die Flüchtlinge einfach nach Wien. Es wäre möglich, zahlreiche Flüchtlinge von Wien abzutransportieren. Das Eisenbahnministerium sollte für das Abtransportieren der Flüchtlinge freie Fahrt gewähren. Es solle versucht werden, Freikarten für die Flüchtlinge zu erlangen und durchzusetzen, daß keine weiteren Flüchtlinge nach Wien dirigiert werden. Obwohl bereits in der Leopoldstadt zirka 70.000 Flüchtlinge seien, wäre auch noch für weitere Flüchtlinge daselbst Platz; jedoch mit der Verpflegung stünde es schlecht. Die jüdisch-orthodoxen Flüchtlinge hätten oft tagelang nichts gegessen, da sie keine rituelle Kost bekämen. Nunmehr sei aber auch in dieser Hinsicht vorgesorgt. Die Volksküchen reichen nicht mehr aus; er rege daher die Errichtung einer großen Volksküche im 1. Kaffeehause im Prater an. Viele Familien seien direkt zerrissen worden. Ein neunjähriger Knabe zum Beispiel sei ganz allein nach Wien transportiert worden. Er ersuche daher den Herrn Bürgermeister, folgenden Punkten sein Augenmerk zuzuwenden:

1. Das Eisenbahnministerium werde dringend ersucht, der Zentralstelle Freikarten für die Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen,
2. daß der Flüchtlingszuzug nach Wien aufhöre,
3. daß eine Volksküche im 1. Kaffeehause errichtet werde,
4. daß mit den Stundenhotels eine Verabredung getroffen und
5. daß eine Zusammenstellung der leeren Wohnungen und Zimmer verfaßt werde.

Tausende von unbemittelten Flüchtlingen könnten wieder bemittelt gemacht werden, wenn die unter ihnen befindlichen Staats-, Landes- und Kommunalbeamten und Pensionisten ihre Gehälter, beziehungsweise Pensionen hier ausbezahlt bekämen und wenn die Reservistenansprüche hier flüssig gemacht würden.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller bespricht hierauf die sanitären Zustände auf dem Nordbahnhof. An Ruhr erkrankte Soldaten kommen auf den Bahnhof an und werden auf das allgemeine Klosett geführt, da das Ruhrklosett zu weit entfernt ist.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß die Zimmerpreise in der Leopoldstadt stark in die Höhe gegangen seien.

Der Bürgermeister verspricht, in dieser Angelegenheit neuerlich mit vollem Hochdrucke zu intervenieren.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß von Seite einer Reihe von Spitälern des „Roten Kreuzes" um Einräumung von Begünstigungen beim Bezuge von Gas, Wasser und elektrischen Strom, angesucht worden sei. Diesem Ansuchen sei durch folgenden Stadtrats-Beschluß Rechnung getragen worden.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß verliest den Beschluß des Stadtrates vom 17. September 1914, P. Z. 13164:

„Für die Gebäude oder Räumlichkeiten, die von Privatvereinen oder Einzelpersonen der Pflege der vom Kriegsschauplatze verwundet oder krank zurückkehrenden Militärpersonen gewidmet werden, werden folgende Begünstigungen gewährt: Ein Mehrverbrauch an Wasser über die normalmäßig zugewiesene Menge wird nicht angerechnet. Wo nach dem Gesetze eine Normalwassermenge nicht zugewiesen wird, wird von dem Tarifpreise von 20 h per Kubikmeter ein Nachlaß von 50 Prozent gewährt. Beim Bezuge von Gas und elektrischer Energie wird ein Nachlaß von 50 Prozent vom tarifmäßigen Preise (17 h per Kubikmeter Gas und 7 h pro HW-Stunde elektrischer Energie) zugestanden. Wo der Bezug von Wasser, Gas oder elektrischer Energie für die dem obigen Zwecke gewidmeten Gebäude oder Räumlichkeiten nicht gesondert bemessen werden kann, ist der durch den Nachlaß zu begünstigende Verbrauch durch Einschätzung, und zwar tunlichst nach dem Ergebnisse des Vorjahres zu ermitteln."

Die Konferenz genehmigt einstimmig diesen Vorgang.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß der Stadtrat über seinen Antrag einen Kredit von einer Million Kronen für den Bau von Spitalsbaracken genehmigt habe. Er habe auch beim Ministerpräsidenten dagegen Protest eingelegt, daß die Ruhrkranken nach Wien gebracht werden. Die Regierung habe sich entschlossen, eine Baracke für 1000 Personen in Jedlesee zu errichten. Vorläufig seien die Ruhrkranken im Franz Josef-Spital und in der Marokkanerkaserne im III. Bezirke untergebracht. Es sei beabsichtigt, definitive und provisorische Baracken zu bauen; definitive, weil diese auch nach dem Kriege noch gebraucht werden dürften. Auch im Versorgungsheim seien zwei Pavillons der Spitalspflege gesichert worden.

Die Konferenz stimmt der Bewilligung eines Kredites von einer Million Kronen für den Barackenbau einstimmig zu.

Der Bürgermeister gibt bekannt, daß die im Zentral-Friedhofe zur Beerdigung der im Kriege Gefallenen bestimmte Grabstätte auch als Begräbnisstätte für die Leichen der in Wien gestorbenen deutschen Krieger dienen soll.

Für die in Wien gestorbenen serbischen und russischen Soldaten sei eine andere Stätte im Zentral-Friedhofe bestimmt worden.

Auch mit diesem Vorgang erklärt sich die Konferenz einverstanden.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß sich aus den Wiener Banken und der Handels- und Gewerbekammer ein Komitee zur Gründung einer Kriegskreditbank gebildet habe. Die Banken stellen 5 Millionen zur Verfügung, die Gemeinde Wien und die Handels- und Gewerbekammer übernehmen eine Ausfallsgarantie von je 2 Millionen Kronen.

Die Konferenz genehmigt die Garantieübernahme seitens der Gemeinde Wien mit Stimmeneinhelligkeit.

Ferner sei die Dotierung des Kreditvereines der Zentral-Sparkassa mit 1 Million Kronen in Aussicht genommen. Diese

Amtsblatt der Stadt Wien
8/VII. 1915
VII.
22
77
Abnämmer-Konferenz.

Maßregel sei notwendig, um kleineren Handels- und Gewerbetreibenden bei der Beschaffung der Geschäftsmietzinse zum Novembertermine behilflich sein zu können.

Ferner habe die Gemeinde Wien im Falle der Aufhebung der staatlichen Verzehrungssteuer während der Kriegsdauer auf die Einhebung der Zuschläge zur Verzehrungssteuer für Hirsche und Hasen verzichtet. Er habe auch den Auftrag gegeben, die Kühlanlagen im Pferdeschlachthause in Stand zu setzen, um die Vorräte an Hasen und Hirschen daselbst einzulagern.

Die Konferenz genehmigt alle diese Vorschläge mit Stimmeneinhelligkeit.

Der Bürgermeister führt weiters aus, daß man in der Großmarkthalle die Wahrnehmung mache, daß viel unreifes Fleisch auf den Markt gebracht werde. Der Umstand, daß in Tulln und Krems Befestigungen (Brückenköpfe) gebaut werden, versetze die Bevölkerung in Angst; sie verkaufe daher alles Jungvieh. Dieser Umstand könne aber in der Zukunft große Schwierigkeiten für die Approvisionierung bringen.

Dieser Umstand kann bewirken, daß wir in drei bis vier Monaten vor einem Notstand stehen. Er habe daher eine Eingabe an das Ackerbauministerium gemacht, um die Einführung von argentinischem Gefrierfleisch zu erreichen. Gegen eine ähnliche Aktion, die seitens der Stadt Triest eingeleitet wurde, habe Ungarn Einspruch erhoben; er ersuche die Obmänner der Klubs, die Gem.-Räte Steiner, Dr. Hein und Reumann, mit ihm beim Ministerpräsidenten in dieser Richtung vorzusprechen. Er ersuche weiters den Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller, bei seiner bevorstehenden Reise nach Budapest den Bürgermeister Dr. Barcsy von dieser Aktion der Stadt Wien in Kenntnis zu setzen und ihm mitzuteilen, der Bürgermeister von Wien sei auch bereit, für ihn Gefrierfleisch zu bestellen, denn auch er werde es brauchen; er möge daher in dieser Richtung auf die ungarischen Agrarier seinen Einfluß ausüben.

Gem.-Rat Leitner erklärt, daß er auch im Landeskulturrate gegen die übermäßige Kälberschlachtung protestiert habe.

Der Bürgermeister teilt mit, daß ihn die Zeitungsberichte über die von den Russen in Ostpreußen verübten Greueltaten und der darangeknüpfte Aufruf des Bürgermeisters der Stadt Neidenburg veranlaßt hätten, den Antrag zu stellen, daß die Gemeinde Wien einen Betrag von 25.000 K für die Bevölkerung Ostpreußens widme.

Die Konferenz erklärt sich einstimmig damit einverstanden.

Bezüglich der zahlreichen Beschwerden, daß Postpakete an die im Felde stehenden Soldaten seitens der Postämter nicht übernommen werden, erklärt der Bürgermeister, daß er beim Ministerpräsidenten vorgesprochen und von diesem soeben die telephonische Nachricht erhalten habe, daß von morgen an Pakete an Einzelpersonen (bis zu 10 kg) sowie an Truppenkörper angenommen würden. Jedoch sollen nur notwendige und nicht dem Verderben unterliegende Gegenstände abgesendet werden.

Gem.-Rat Goltz gibt der Meinung Ausdruck, daß es von allgemeinem Interesse wäre, wenn eine eventuelle Verlängerung des Moratoriums nicht erst am letzten Tage, sondern etwas früher bekanntgegeben werde.

Der Bürgermeister erklärt, er zweifle nicht daran, daß eine neuerliche Verlängerung des Moratoriums eintreten werde.

Gem.-Rat Dr. Hein regt an, der Herr Bürgermeister wolle seinen Einfluß geltend machen, daß die Baukredite, die bereits vertragsmäßig zugesichert seien, auch wirklich ausgezahlt würden, was oft unter Hinweis auf das Moratorium nicht geschieht. Der Bürgermeister verspricht, in dieser Hinsicht vorstellig zu werden.

Gem.-Rat Reumann ersucht, man möge den Ehepaaren, die aus den Ehepaarpavillons im Versorgungsheime entlassen und denen Beträge von monatlich je 40 K in Aussicht gestellt wurden, doch einen Betrag von je 50 K monatlich zusprechen.

Der Bürgermeister erklärt, daß ihm die Evakuierung der Ehepavillons nicht bekannt und er damit auch gar nicht einverstanden ist.

Gem.-Rat Reumann regt weiter an, ob nicht die Kommune größere Mengen von Hasen ankaufen könnte.

Der Bürgermeister erklärt, daß dies selbstverständlich sei, damit er preisregulierend wirkend könne.

Weiters teilt Gem.-Rat Reumann mit, daß sich die Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer mit der Beschaffung von Wolle befasse. In Triest sollen größere Partien dieser Ware liegen. Fernec könne auch von Holland diese Ware bezogen werden. Auch in dieser Richtung bitte er den Bürgermeister zu intervenieren.

Die Konferenz wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.
Der Vertreter des Bürgerklubs:
L. Steiner m. p.
Der Vertreter des Verbandes der liberalen Partei:
Dr. Hein m. p.
Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion:
Jakob Reumann m. p.
Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien. 1
11./VI. 1915 80

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 7. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom

29. September 1914.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain. Gem.-Räte: Steiner, Heinrich Schmid, Leitner, Goltz, Dr. Hein, Dr. Schwarz, Hiller, Reumann und Skaret.
Magistrats-Direktor: Dr. Weiß.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß an Stelle des zur Kriegsdienstleistung eingerückten Gem.-Rates Winarsky von der sozialdemokratischen Partei Gem.-Rat Skaret in die Obmänner-Konferenz entsendet wurde.

Weiters gibt der Bürgermeister den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 28. September 1914 bekannt, wonach im ganzen 84.272 Gesuche überreicht worden seien. 1685 Gesuche seien darunter noch unerledigt, das sind zirka 2 Prozent. Man könne daher mit Befriedigung auf die Tätigkeit der städtischen Ämter blicken.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß bei der Zentralstelle bis zum 27. September 1914 an Spenden 1,707.176 K 98 h eingelaufen seien, davon für Ausspeisungszwecke 155.213 K 10 h und für Arbeitslose 7386 K 49 h. In diesen Beträgen sei jedoch die Sammlung der Frau des Statthalters nicht inbegriffen; diese habe für den 4. Oktober 1915 eine Viertelmillion Kronen und weiters für Ausspeisungszwecke einen monatlichen Betrag von 90.000 K in Aussicht gestellt.

Bezüglich der Ausspeiseaktion werde nur schrittweise nach dem Bedürfnisse vorgegangen werden. Die Ausgabe von Speisemarken sei in den Bezirken in Vorbereitung. Teils sind bereits, teils werden noch im Laufe der Woche folgende Ausspeisestellen aktiviert:

II. Bezirk, Suppen- und Teeanstalt, Darwingasse	1.000	Personen
„ „ Israelitische Volksküche	900	„
III. Bezirk, Suppen- und Teeanstalt	200	„
X. Bezirk, Suppen- und Teeanstalt	1.000	„
„ „ in Schulen	1.000	„
XIV. Bezirk, Schule Johnstraße 40	500	„
XVI. Bezirk, Suppen- und Teeanstalt	1.000	„
„ „ Verein Settlement	2.000	„
„ „ Christlicher Frauenbund	700	„
„ „ Erster Wiener Konsumverein	300	„
XVIII. Bezirk, Speise-Komitee, Semperstraße	300	„
XX. Bezirk, Suppen- und Teeanstalt	1.000	„
„ „ Verein zur Speisung hungernder Kinder (Treustraße)	1.000	„
Nach Bezirken:	10.900	Personen.
II. Bezirk	1.900	Personen
III. „	200	„
X. „	2.000	„
XIV. „	500	„
XVI. „	4.000	„
XVIII. „	300	„
XX. „	2.000	„
	10.900	Personen.

Amtsblatt der Stadt Wien
11./VII. 1915
II
8
Abwesenheitskonferenz.

In der nächsten Woche werden in den übrigen Bezirken weitere Ausspeisestellen zur Eröffnung gelangen; auch sei die Vergrößerung und Vermehrung der Ausspeisestellen in den einzelnen Bezirken nach Bedürfnis jederzeit möglich.

Der festgesetzte Betrag von 20 h per Portion werde angesichts der steigenden Lebensmittelpreise in Zukunft nicht eingehalten werden können; die Bäcker hätten bereits erklärt, sie könnten Brot zum bisherigen Preise nicht mehr liefern. Es werde sich der Betrag per Portion auf 24 bis 30 h stellen.

Gem.-Rat Reumann ersucht, es möge auch im XII. Bezirke, wo es viel Not und Elend gäbe, durch Eröffnung der Suppen- und Teeanstalt eine öffentliche Ausspeisestelle eingerichtet werden. Diese Ausspeisestelle könnte auch für einen Teil des XIII. Bezirkes dienen. Der Bürgermeister sagt zu, diesem Wunsche zu entsprechen und ersucht die Mitglieder der Konferenz, ihre diesbezüglichen Wünsche dem Ober-Magistratsrate Dr. Dont jeweils bekanntzugeben.

Der Bürgermeister teilt mit, daß er für morgen 10 Uhr vormittags beim Minister-Präsidenten eine Audienz erwirkt habe, bei welcher er und die Gem.-Räte Steiner, Reumann und Dr. Hein folgende Angelegenheiten vorbringen werden:

1. Die Aufhebung der Getreidezölle,
2. Festsetzung von Maximalpreisen für Getreide und eines Mahllohnes für Getreide,
3. die Einfuhr von argentinischem Gefrierfleisch,
4. die Aufhebung der Verzehrungssteuer auf Wild und Fische,
5. die Kohlenfrage,
6. die Behandlung der galizischen Flüchtlinge und
7. die Bekämpfung der Seuchengefahr.

Gem.-Rat Leitner regt an, es möge bei dieser Audienz auch die Aufhebung des Zolles auf Petroleum, das aus Rumänien eingeführt werden könnte, erwirkt werden. Da unsere galizianischen Petroleumquellen nicht mehr in unseren Händen sind, werde der Preis dieses wichtigen Volksbeleuchtungsmittels bedeutend steigen.

Der Bürgermeister verspricht, auch diese Angelegenheit in der Audienz zur Sprache zu bringen.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß referiert über die im nachstehenden Verzeichnisse angeführten Gegenstände.

Referats-Verzeichnis.

Post 1. P. Z. 13433, M. Abt. IX, 4835, Stadtrats-Beschluß vom 24. Nov. 1914. Ersuchen an die k. k. Regierung, die Linienverzehrungssteuer für Fische auf Kriegsdauer aufzuheben. Verzicht der Gemeinde Wien auf den Zuschlag. (Antrag: Die k. k. Regierung wird ersucht, die Linienverzehrungssteuer für Fische auf Kriegsdauer aufzuheben. Gleichzeitig erklärt sich die Gemeinde bereit, auf den Zuschlag zur Verzehrungssteuer für Fische zu verzichten.)

Zu Post Nr. 1 bemerkt Gem.-Rat Steiner, daß die Händler in den letzten Jahren eine große Anzahl von Hasen in Kühlhäusern angesammelt hätten und man in der Regel in Wien nur alte Hasen zu kaufen bekomme. Auch jetzt werde sich dieser Vorgang wiederholen, die Händler werden die billigen Hasen aufkaufen, in ihren Gefrierhäusern aufstapeln und dann teuer verkaufen. Es wäre gut, das Marktamt zu beauftragen, durch Revisionen diesem Vorgehen vorzubeugen.

Dem Punkte I wird einhellig zugestimmt.

Post 2. P. Z. 13337, M. Abt X, 8659, Stadtrats-Beschluß vom 24. Nov. 1914. Herstellung der Kriegergrabstätte im Wiener Zentral-Friedhofe. (Antrag: In Ausführung des Stadtrats-Beschlusses vom 3. November 1914 und des Gemeinderats-Beschlusses vom 22. November 1914, P. Z. 12528, betreffend die Widmung einer gemeinsamen Kriegerbegräbnisstätte im Wiener Zentral-Friedhofe werden die im vorgelegten Kostenanschlage bezeichneten dringenden Arbeiten mit dem bedeckten Kostenbetrage von 30.000 K genehmigt. Zugleich wird bewilligt, daß die noch nicht belegten Gruppen 61 und 69 des Wiener Zentral-Friedhofes der Ersatzgärtnerei angeschlossen werden und daß die bei der Erhaltungsgärtnerei befindliche Bedürfnisanstalt in der Gruppe 80, und zwar am Seitenwege zwischen dieser Gruppe und der Gruppe 71 A nächst der Kapellenstraße neu aufgestellt wird.)

Zu Punkt 2 bemerkt Gem.-Rat Goltz, ob man nicht jetzt die notleidenden Bildhauer durch Vergebung des Grabdenkmales beschäftigen könnte.

Hierauf erwidert der Bürgermeister, daß das Bauamt bereits beauftragt sei, die Bedingnisse für eine diesbezügliche Offertausschreibung vorzulegen.

Post 3. P. Z. 13319, M. Abt. VIII, 2960, Stadtrats-Beschluß vom 24. November 1914. Kosten für die Sicherung der beiden Hochquellenleitungen (Antrag: Der Bericht des Magistrates vom 18. November 1914, M. Abt. VIII, 2960, über die weitere Ausgestaltung des Überwachungsdienstes der beiden Hochquellenleitungen und über die Bereitstellung von Hilfsmaterialien für den Fall von Wasserleitungsgebrechen wird zur Kenntnis genommen und die hiefür außer den bereits bewilligten einmaligen Auslagen von 20.000 K noch erwachsenen weiteren Auslagen von 55.000 K werden nachträglich genehmigt.)

Post 4. P. Z. 13243, Stellw. Unt., 1176, Stadtrats-Beschluß vom 24. November 1914. Erstreckung des Höchstalters bis zum 40. Lebensjahre bei Neuaufnahmen für den Betrieb der städtischen Stellwagenunternehmung anläßlich der Einberufung von Angestellten zum Militärdienste. (Antrag: Es wird nachträglich genehmigt, daß die Direktion der städtischen Stellwagenunternehmung bei Neuaufnahmen für den Betrieb anläßlich der Einberufung von Angestellten zum Militärdienste und Zuteilung von Stellwagenbediensteten zu den städtischen Straßenbahnen das Höchstalter bis zum vollendeten 40. Lebensjahre erstrecke.)

Post 5. P. Z. 13241, Stellw. Unt., 1275, Stadtrats-Beschluß vom 24. November 1914. Beistellung von Stellwagen zum Transporte Leichtverwundeter. (Antrag: Es wird nachträglich genehmigt, daß der k. u. k. Heeresverwaltung für den Transport Leichtverwundeter 20 bis 25 Stellwagen zur Verfügung gestellt werden unter gleichzeitiger Anwendung der mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 27. August 1914, P. Z. 12336, genehmigten 50prozentigen Ermäßigung der Sonderfuhrentarife.)

Post 6. P. Z. 13317, M. D., 5546, Stadtrats-Beschluß vom 24. November 1914. Ansuchen des Auskunftsbureaus „Rotes Kreuz", Wien, „Kriegsschule", um Begünstigung beim Gasbezuge für Beheizung und Beleuchtung. (Antrag: Gewährung eines Gaspreises von 12 h per Kubikmeter, das ist einer Ermäßigung von rund 30 Prozent.)

Post 7. P. Z. 11482, M. Abt. XV, 6068, Stadtrats-Beschluß vom 30. Juli 1914. Schaffung einer Schulküche in

Amtsblatt der Stadt Wien. III.

11/III. 1915

Konferenz.

der Mädchen-Volksschule XIV., Kröllgasse 20. (Antrag: Es wird die Zustimmung erteilt, daß an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XIV., Kröllgasse 20, der Koch- und Haushaltungsunterricht vom Beginne des Schuljahres 1914/15 an als nicht obligater Unterrichtsgegenstand in der Weise eingeführt werde, daß an demselben die Schülerinnen der beiden VI. [Abschluß-] Klassen teilnehmen.)

Diese Anträge werden mit Stimmeneinhelligkeit genehmigend zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister stellt hierauf folgende Angelegenheiten zur Diskussion:

I. Ausfolgung der Kontrahenten-Kautionen mit Rücksicht auf den Beschluß des Stadtrates, daß von nun ab keine Kautionen verlangt werden sollen.

II. Vereinbarung mit dem k. u. k. Militär-Kommando, betreffend die Benützung der städtischen Straßenbahn durch Militär- und Sanitätspersonale. (Anhängig.)

III. Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung behufs Kohlenersparung.

IV. Beteiligung der Gemeinde Wien an einem geplanten Getreideimport aus Amerika mit 1 Million Kronen.

Bezüglich des Punktes II (Vereinbarung mit dem Militär-Kommando, betreffend die unentgeltliche Benützung der städtischen Straßenbahnen durch das Militär- und Sanitätspersonale) bemerkt der Bürgermeister, daß die Verhandlungen noch im Zuge seien; er habe dem Militär-Ärar den Vorschlag gemacht, monatlich 100.000 Karten zur Verfügung zu stellen.

Die Spitalsverwaltung übergibt durch den diensthabenden Offizier dem Verwundeten die Karte, auf welcher die Fahrtroute angegeben ist. Den Ärzten für den Sanitätsdienst werden 500, dem Pflegepersonal 5000 und dem anderen Personal 6000 Karten zur Verfügung gestellt. Dafür hätte die Militärverwaltung der Gemeinde einen monatlichen Betrag von 10.000 K auf Kriegsdauer zu entrichten. Diese Angelegenheit sei noch in Schwebe und er werde nach deren Erledigung berichten. Mit diesem Vorgange erklärt sich die Konferenz einstimmig einverstanden.

Bezüglich des Punktes III (Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung) erklärt der Bürgermeister, daß man bei den Gaswerken mit den Kohlen sparen müsse. Er sei jedoch der Meinung, daß man von einer weiteren Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung, wie sie mit den Stadtrats-Beschlüssen vom 27. August 1914, P. Z. 12358, und vom 10. September 1914, P. Z. 12744, angeordnet wurde, absehen solle. Das Verlöschen der Flammen um eine Stunde früher würde eine ganz geringfügige Ersparnis bringen und in die Bevölkerung große Beunruhigung tragen.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß erklärt, daß auch die Maßregel, nur die Hälfte der Lampen abends anzuzünden, zur Durchführung nicht geeignet sei und auch nur eine geringe Ersparnis brächte.

Die Konferenz erklärt sich mit dem Vorschlage des Bürgermeisters einstimmig einverstanden.

Bezüglich des Punktes IV (Beteiligung der Gemeinde Wien an einem geplanten Getreideimport aus Amerika) teilt der Bürgermeister mit, daß beabsichtigt sei, Getreide um eine Million Kronen von Amerika über Genua nach Österreich bringen zu lassen.

Eine maßgebende Stelle habe jedoch dagegen in Anbetracht des großen Risikos Bedenken; er habe dagegen die Erklärung abgegeben, daß er für eine Million Kronen namens der Stadt Wien das Risiko übernehmen wolle, unter der Voraussetzung, daß das entsprechende Quantum Weizen tatsächlich der Gemeinde Wien vorbehalten und nicht von der Militärverwaltung beschlagnahmt werde. Es könne diese Million eventuell verloren sein, doch wolle er sich der Bevölkerung gegenüber ausweisen, daß er kein Mittel unversucht gelassen habe, einem künftigen Notstande entgegenzutreten.

Die Konferenz erklärt sich mit diesem Vorgange einstimmig einverstanden.

Bezüglich des Zuzuges der Flüchtlinge aus Galizien erklärt der Bürgermeister, daß abermals zirka 40.000 Menschen durch die Evakuierung Krakaus nach Wien in Bewegung seien. Es seien bis jetzt schon 60.000 Flüchtlinge hier. Dieses Zunehmen der Bevölkerung berge Gefahren für die Approvisionierung und hauptsächlich für den sanitären Zustand der Stadt in sich.

Er habe noch am gestrigen Abend eine große Anzahl galizischer Flüchtlinge, und zwar Postbeamte mit Frauen und Kindern vom Nordbahnhof ins Asylhaus bringen lassen; er habe dem Handelsministerium telephonisch mitgeteilt, es solle doch für diese seinem Ressort unterstehenden Leute selbst sorgen.

Leider sei von dieser Stelle nichts unternommen worden, so daß er sich zu dieser Maßregel veranlaßt sah.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller schildert in ausführlicher Weise die großen Schwierigkeiten, mit denen die Unterbringung und Verköstigung der Flüchtlinge verbunden ist. Die Beherbergung der Flüchtlinge in Nikolsburg geschehe in Scheunen oder unter Plachen auf Wiesen, da die Baracken erst im Bau begriffen seien. Es kämen pro Woche zirka 14.000 Personen am Nordbahnhofe an. Die Gemeinde könne den Ansturm nicht länger aushalten und es müsse daher bei der Regierung mit allem Nachdrucke darauf gedrungen werden, daß die Dirigierung der Flüchtlinge von nun ab nicht mehr nach Wien erfolgen solle.

Die Fürsorgestelle für die galizischen Flüchtlinge gehe in der Weise vor, daß sie per Kopf und Tag 70 h festgesetzt habe, wovon Quartier und Kost bestritten werden. Die Leute suchen sich selbst eine Wohnung und die Zentralstelle bezahlt den Zins. Bisher seien auf diese Weise 4000 Personen untergebracht worden. Da die Volksküchen zur Ausspeisung nicht ausreichen, so zahlt die Zentralstelle ein Kopfrelutum von 2 K 10 h den Leuten bar aus.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller schildert weiters die Schwierigkeiten, die bezüglich der Eisenbahnverwaltung bestehen. Es sei nicht möglich, Freikarten zu bekommen, um die Leute von Wien abzutransportieren. Es müsse diesbezüglich mit der Eisenbahnverwaltung ein Einvernehmen getroffen werden. Die Ungarn betrachten die galizischen Flüchtlinge als österreichische Staatsbürger und schieben sie daher nach Österreich ab. Die sanitären Verhältnisse der nach Wien kommenden Flüchtlinge seien im allgemeinen sehr gute. Es sei bis jetzt kein einziger Fall von Darmerkrankung konstatiert worden.

Die nach Wien ankommenden Militärpersonen entfernen sich jedoch sofort vom Bahnhofe ohne jede Untersuchung. Darin

Amtsblatt der Stadt Wien. IV. 83
11./IV. 1915.

Abmünner-Sonderung.

liege eine große Gefahr und es wäre eine Abhilfe dringendst geboten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß bei allem Mitleide gegen die Flüchtlinge eine Vermehrung der Konsumenten in Wien ihm katastrophal erscheine. Auch sei die Einschleppung von Seuchen gefahrvoll, da die Sanitäts-Polizei im II. Bezirke unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechend gehandhabt werden könne.

Dem Bürgermeister wird hierauf einstimmig die Ermächtigung erteilt, das Haus in der Zirkusgasse 5, welches die Gemeinde im vorigen Jahre vom Katholischen Schulvereine angekauft hat, der Zentralstelle für galizische Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß bis jetzt in Wien fünf Cholerafälle vorgekommen seien, wovon drei letal ausgingen. Diese Fälle betreffen jedoch bloß Militärpersonen, ein Übergreifen auf die Zivilbevölkerung sei noch nicht eingetreten, während Ruhr und Dysenterie leider auch schon bei Zivilpersonen aufgetreten seien, die in der Umgebung jener Kasernen wohnen, wo solche Kranke verpflegt werden. Durch die bereits affigierten Kundmachungen sei die Bevölkerung bezüglich des Auftretens epidemischer Krankheiten bereits aufgeklärt worden.

Gem.-Rat Leitner meint, man müsse den Märkten eine große Aufmerksamkeit widmen, hauptsächlich bezüglich des Obstes.

Der Bürgermeister erklärt, es müsse jede Obstsendung mit einem Zertifikat versehen sein; er könne jedoch nicht die Obstzufuhr aus Ungarn einschränken; er könne überhaupt die Einfuhr von Lebensmitteln nicht einschränken, doch sei er sich der damit verbundenen Gefahr voll und ganz bewußt.

Gem.-Rat Dr. Hein teilt mit, daß verschiedene Brockensammlungsvereine existieren, von welchen alte Kleider nnd Wäschestücke an Verwundete und notleidende Familien abgegeben werden.

Der Bürgermeister erklärt, er werde die Bezirksvorsteher ersuchen, die von den Komitees der Bezirke aufgebrachten Kleider und Wäschestücke in geeigneten Lokalen zu sammeln; er werde sodann die Desinfektion derselben durch die Organe des Stadtphysikates veranlassen.

Gem.-Rat Steiner spricht sich ebenfalls dafür aus, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß keine Flüchtlinge mehr nach Wien transportiert werden.

Der Bürgermeister erklärt, daß die Zivilverwaltung in dieser Beziehung machtlos sei, weil die Militärtransportverwaltung souverän vorgehe.

Gem.-Rat Steiner teilt weiters mit, daß bedauerlicherweise die vom Staate für die Flüchtlinge bestimmten Baracken noch immer nicht fertiggestellt seien.

Derselbe regt auch an, ob nicht eine Zentralstelle geschaffen werden könnte, die rechtzeitig die Ankunft der Flüchtlinge erfährt.

Die Kommission spricht sich entschieden gegen die Veranstaltung einer abermaligen öffentlichen Sammlung aus und richtet an Gem.-Rat Steiner das Ersuchen, er möge bezüglich der von Exzellenz Dr. Mataja in Aussicht genommenen Gründung eines Arbeitslosenfürsorgefonds in der Kommission für soziale Fürsorge gegen eine neue öffentliche Sammlung energisch Stellung nehmen. Es soll in Diskussion gezogen werden, was mit den Intelligenzberufen geschehe und mit den Vertretern jener Berufe, die infolge des Krieges brachliegen.

Gem.-Rat Reumann erklärt, er sei in das engere Komitee dieser Unternehmung gewählt worden. In diesem wurde die Beschaffung des Fonds erörtert und gesagt, man könne nicht wieder eine öffentliche Sammlung veranstalten. Es sollen die unfallversicherungspflichtigen Unternehmen einen Fonds gründen, es solle als freiwilliger Beitrag ein gewisser Prozentsatz geleistet werden.

Der Fonds solle verwendet werden:

1. Zur Unterstützung kleiner Leute, damit sie ihren Betrieb aufrecht erhalten können, und

2. zur Unterstützung der Armenunterstützungsfonds.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß es mit der Belastung der Unternehmer endlich ein Ende haben müsse, denn sonst werden die Unternehmer noch gezwungen, ihre Betriebe gänzlich einzustellen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß durch die Aktion des Bürgermeisters der Arbeitslosigkeit gesteuert wurde und fragt an, wie es mit den Kontoristen und Kommis stehe, von denen am morgigen Tage 6- bis 7000 entlassen werden sollen.

Der Bürgermeister erklärt, daß hiefür Vorsorge getroffen sei durch ein Zusammenwirken der Pensionsanstalten und des Gremiums der Kaufmannschaft.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß die Arbeitslosigkeit bei den Handelsangestellten im Detailhandel nicht sehr groß sei.

Gem.-Rat Goltz bemerkt, daß zahlreiche Künstler von Bedeutung, Privatgelehrte 2c. durch den Krieg brotlos geworden seien. Man könnte diesen durch Erteilung von kleinen Aufträgen helfen.

Der Bürgermeister erklärt, daß ihm ein Anbot gemacht wurde, Bilder durch die Gemeinde zu belehnen, doch sei er nicht dafür, denn das ginge wohl über den Rahmen der Gemeindeverwaltung hinaus. Es sollten sich Berufs-Komitees bilden und diese könnten durch die Gemeinde subventioniert werden.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß er mit der Anregung, es möge heuer zu Allerheigen vom Ankauf von Kränzen abgesehen und die dafür entfallenden Beträge dem „Roten Kreuz" gewidmet werden, nicht einverstanden sei, da hiedurch eine ganze Reihe von Gewerben schwer betroffen und vielen Tausenden von Arbeitskräften, hauptsächlich erwerbslosen Frauen und Mädchen, eine Verdienstmöglichkeit entzogen würde. Es wäre gut, wenn in dieser Angelegenheit eine Verlautbarung vom Rathause aus an die Bevölkerung erginge.

Der Bürgermeister erklärt, er werde in dieser Angelegenheit ein Communiqué an die Blätter hinausgeben.

Gem.-Rat Dr. Hein spricht den Wunsch aus, daß die bereits größtenteils fertiggestellten Bauten zu Ende geführt werden sollen. Es sollten doch wenigstens bis zu einem gewissen Betrage die Baukredite ausbezahlt werden.

Der Bürgermeister meint, daß in einem solchen Falle vielleicht die Kriegsdarlehenkassa aushelfen könnte und ersucht den Gem.-Rat Steiner, auch diese Angelegenheit in der Kommission für soziale Fürsorge zur Sprache zu bringen.

Amtsblatt der Stadt Wien
18/XI.

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 8. Obmänner-Konferenz
vom **14. Oktober 1914.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Vize-Bürgermeister Hierhammer.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Hoß und Rain, die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Goltz, Dr. Hein, Neumann und Skaret.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, daß er, um den lügenhaften Nachrichten über die wirtschaftliche Lage der Stadt Wien, die in der Presse verschiedener Staaten Eingang gefunden haben, zu begegnen, mit Zustimmung des Stadtrates allwöchentlich wahrheitsgetreue Bulletins über den wirtschaftlichen Stand der Stadt Wien während des Krieges an alle größeren Städte Deutschlands und der neutralen Staaten, ferner an die k. u. k. Missionen und k. u. k. österreichisch-ungarischen Konsularvertretungen in auswärtigen Staaten, weiters an das Diplomatische Korps am k. u. k. Hofe und an die auswärtigen Konsularvertretungen in Wien versenden werde. Die Versendung dieser Flugblätter sei von der Wiener Presse sehr günstig aufgenommen worden. (S. Amtsbl. Nr. 83 ex 1914.)

Gem.-Rat Dr. Hein meint, man solle diese Sonder-Abdrucke des Amtsblattes der Stadt Wien auch an die bedeutenden Zeitungen der neutralen Staaten versenden.

Gem.-Rat Goltz meint, man solle sie auch an das Preßbureau des auswärtigen Amtes zur Weiterleitung an die fremden Staaten versenden.

Der Bürgermeister erklärt, er werde die Sache weiter verfolgen; an die hiesigen Korrespondenten der auswärtigen Blätter werden diese Flugblätter ohnehin gesendet.

Die Konferenz erklärt sich mit diesem Vorgange einverstanden.

Der Bürgermeister teilt mit, daß seine Bemühungen, ein Ausfuhrverbot für Wildbret, Fische, Eier 2c. zu erwirken, von Erfolg begleitet waren; durch die Verordnung des Ministeriums des Innern, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues vom 2. Oktober 1914 wurde diesem Wunsche Rechnung getragen. Jedoch bleibe diese Verordnung insolange wirkungslos, als nicht die Aufhebung der Verzehrungssteuer erfolgt sei. Diese Maßregel sei ihm noch für diese Woche zugesichert worden.

Die mit der Verordnung vom 9. Oktober 1914 erfolgte zeitweilige Außerkraftsetzung der Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mehlprodukte sei leider zu spät erfolgt; er habe seine Bemühungen, sowohl aus Rumänien als auch überseeisches Getreide zu erlangen, fortgesetzt, ob sie von Erfolg begleitet sein werden, wisse er nicht. Argentinien habe mit Rücksicht auf seine letzte schlechte Getreideernte ein Ausfuhrverbot auf Getreide erlassen; nach der nächsten im Dezember stattfindenden Getreideernte in Argentinien wird es sich zeigen, ob von dort eine Getreidezufuhr zu erwarten sei.

Der Bürgermeister gibt hierauf den im nachstehenden Verzeichnis ersichtlichen Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 13. Oktober 1914 bekannt.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 13. Oktober 1914.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	a. a.
I.	413	339	—	4	21	40	
II.	7413	6051	110	106	160	986	
III.	6289	6099	84	102	4	—	—
IV.	1283	1065	38	15	70	39	56
V.	4685	4370	10	Abt. XI: 74 20	73	138	—
VI.	1611	1582	—	—	29	—	—
VII.	1929	1738	—	29	56	106	—
VIII.	1314	1150	16	9	35	59	45
IX.	2892	2565	—	—	47	280	—
X.	9267	8755	5	245	85	23	154
XI.	2798	2568	—	26	106	98	—
XII.	5801	5357	—	71	193	—	180
XIII.	6056	5165	—	170	264	457	—
XIV.	5150	4630	—	99	122	296	—
XV.	2394	2255	—	41	26	72	—
XVI.	11767	10820	—	366	163	418	—
XVII.	5859	5567	78	41	29	110	34
XVIII.	2792	2630	4	30	30	98	—
XIX.	2124	1968	30	45	6	75	—
XX.	7385	6687	94	230	171	203	—
XXI.	4502	4200	43	102	157	—	—
Summe	93724				1847	3507	469
ab	3976	85564	512	1825	—206 v.	3976	
	89748				89748		

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß ihm aus Ottakring eine Beschwerde über die Zustände bei der Auszahlung der Unterhaltsbeiträge zugekommen sei, doch habe sich diese Beschwerde nach genauer amtlicher Prüfung als unbegründet erwiesen.

Der Bürgermeister teilt weiters den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 13. Oktober 1914 mit, nach welchem der Gesundheitszustand der Bevölkerung im allgemeinen als günstig zu bezeichnen ist. Die in Wien endemischen Infektionskrankheiten (Scharlach, Diphtheritis 2c.) ergeben im Vergleich zu den Vorjahren normale Zahlen. Über die mit dem Krieg im Zusammenhang stehenden Infektionskrankheiten sind bisher (seit 1. Jänner 1915) 252 Erkrankungen an Thyphus abdominalis zur Anzeige gelangt, darunter 120 Fälle an Ortsfremden.

Das Militär hat bisher 1029 Dysenterie-Fälle angezeigt. Die Zivilbevölkerung ist mit 206 Fällen beteiligt, darunter 51 Ortsfreunde. In den letzten Tagen ist ein starkes Nachlassen an Dysenterie-Meldungen bei Zivil und Militär zu verzeichnen.

Die 31 Cholorafälle erstrecken sich nur auf Militär- und Zivilpersonen, die aus Galizien und Ungarn zugereist sind, hievon seien fünf Personen gestorben, zwei geheilt entlassen worden; er konstatiere, daß kein einziger Wiener Cholerafall vorgekommen sei.

Bei den aus Nordungarn eingeschleppten Fällen handelt es sich um beurlaubte rekonvaleszente Ruhrkranke. Er habe in dieser Beziehung beim Kriegsministerium die Erklärung abgegeben, daß dieser Vorgang eine eminente Einschleppungsgefahr in sich schließe. Er habe vom Kriegsministerium die Mitteilung erhalten, daß jeder Soldat, der vom nördlichen Kriegsschauplatze kommt, in Mähren eine fünftägige Quarantäne mitzumachen habe. Ob diese Quarantäne auch tatsächlich durchführbar sei, wisse er nicht. Gegen Ungarn bestehe jedoch keine Sicherheit. In Budapest sollen in der Zivilbevölkerung Hunderte von Cholerafällen vorgekommen sein.

Der Bürgermeister ladet hierauf die Mitglieder der Konferenz ein, mit ihm Samstag den 17. Oktober 1914 die Spitalsbaracken zu besichtigen.

Der Bürgermeister gibt sodann das nachstehende Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände (Stichtag 5. Oktober 1914) bekannt.

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 5. Oktober 1914.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	1,511.600	—	2.450	—	3.750	156.610	52.100	152.400	13.430	500	12.300
II.	93,983.500	12.320	231.800	23.200	72.400	3,482.240	69.296	966.360	5.822	240.000	1.865
III.	1,473.100	3.089	34.370	26.200	2.549	31.311	280	30.618	119.960	—	1.000
IV.	79.000	61	—	—	1.960	91.080	2.100	400	800	3.400	—
V.	22.000	1.879	—	—	—	11.700	—	17.800	6.600	—	1.020
VI.	340.000	—	70.390	—	3.228	—	340	—	1.450	240	—
VII.	—	—	—	—	—	—	—	550	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	600	1.700	—	400	—	—	—
IX.	2,978.000	60	4.650	—	2.200	29.690	400	33.000	—	—	—
X.	1,361.000	3.095	206.600	1.740	38.203	4,196.890	6.500	104.850	—	—	—
XI.	420.000	—	—	400	4.500	—	—	—	—	—	—
XII.	212.750	410	22.350	1.850	330.900	40.607	—	23.122	5.704	—	—
XIII.	—	2.640	600	60	420	6.505	—	243	—	—	—
XIV.	—	—	2.560	—	2.100	1.150	—	5.700	—	—	—
XV.	59.145	110	4.987	—	2.802	23.627	14.368	15.380	—	—	—
XVI.	—	—	400	—	9.000	3.145	—	2.950	—	—	—
XVII.	407.000	457	2.250	—	1.520	3.550	375	3.135	150	800	1.800
XVIII.	530.600	10	960	100	400	7.800	420	8.400	—	—	—

Amtsblatt der Stadt Wien
18/III. 1915

III.
88

Abnahme Konferenz

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
XIX.	1,121.300	14.615	—	7.290	2.350	—	850	—	1.580	—	—
XX.	6,324.771	837	10.395	42.000	3.841	165.324	—	3.232	—	—	—
XXI.	120.000	58	2,710.000	617.000	155.791	49.810	—	5.450	—	—	—
Summe	110,943.772	36.627	3,304.762	719.840	651.623	8,302.759	147.029	1,373.990	155.466	244.940	17.985

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze *)	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
I.	17.360	22.000	7.600	173.700	176.090	136.940	68.190	11.200	56.000	10.500	—	—
II.	1,017.181	2.090	11.258	2,097.483	1,012.520	766.275	412.709	116.400	10,113.120	16,253.440	1,714.750	402.250
III.	450.546	17.908	450	11.898	187.345	28.472	13.615	119	58.250	102.300	3.000	3.000
IV.	4.470	32.260	500	27.120	4.210	4.950	—	—	1.440	—	—	70
V.	9.000	—	—	6.700	—	3.500	12.900	—	199.000	—	7.800	—
VI.	1.950	1.240	—	—	—	—	—	25.000	31.440	—	250.000	—
VII.	—	700	—	5.150	3.580	2.700	350	—	252.000	—	—	—
VIII.	420	1.830	400	1.850	9.500	7.750	—	—	40.000	—	—	—
IX.	10.175	5.680	71.414	106.220	94.800	52.700	4.234	11.400	230	1.800	150	—
X.	11.400	9.300	64.700	85.625	24.430	94.900	4.291	2.000	5.120	12.570	13.600	—
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.500	—
XII.	16.350	2.677	13.899	73.452	19.037	87.779	4.372	43.652	573.280	850	—	600
XIII.	21.580	1.320	150	1.820	630	2.080	—	—	6,041.535	12 000	19.475	4.000
XIV.	—	2.390	3.200	21.175	5.700	334.600	500	—	2,489.160	330.000	28.000	273.800
XV.	13.930	1.166	8.032	13.382	4.200	138.633	652	3.280	220.300	—	—	—
XVI.	1.100	31.354	850	58.464	623.040	21.396	2.865	—	893.520	1.700	1.000	—
XVII.	1.700	1.680	200	12.320	10.220	8.430	1.250	250	115.800	3.600	55 000	—
XVIII.	1.100	6.420	1.200	26.660	17.340	29.830	8.700	—	282.700	3.200	250	—
XIX.	—	1.707	—	2.700	47.974	1.740	228	935	—	981.610	75.882	100.100
XX.	50.750	39.890	2.823	7.876	573	7.044	209	9.527	9.922	2,380.400	1,594.900	942.900
XXI.	—	—	1.650	14.129	6.460	14 900	—	111.500	25.600	62.600	31.840	12.160
Summe	1,629.012	181.612	188.326	2,747.724	2,247.649	1,744 619	535 075	335.263	19,408.417	20,156 570	5,926.697	1,765.780

*) In der Tabelle über Montag den 28. September 1914 sind in der Rubrik „Gewürze" Schreib(Mundierungs)Fehler im Bezirke XV und in der Endsumme, welch letzter richtig lautet: 562.301.

Abnützungs-Konferenz.

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	731.600	1,225.000	350	15.000	118.560	2,225.550	2,248.940	3,309.000	218.700	20.300	1.000	4.345
III.	75.000	31.000	137	2.000	87	300	—	—	2.000	900	—	—
IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	—	—	6.800	2.850	800	—	—	5.700	1.800	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	16.000	8.000	—	—
VII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII.	—	—	170	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	—	—	—	—	550	630	—	—	—	—	—
X.	2,363.700	—	850	5.900	250	149.300	77.100	—	33.900	21.160	—	—
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	3.500	1.500	—	—
XII.	—	—	—	—	—	340	755	—	—	—	—	—
XIII.	—	3.080	—	—	—	8.000	37.170	6.000	79.500	36.200	—	—
XIV.	570.000	—	—	2.800	—	5.750	13.000	—	—	—	—	—
XV.	—	—	680	3.050	7.000	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	—	2.200	—	4.330	4.500	—	—	14.000	14.000	—	—
XVII.	—	1.100	50	90	—	1.200	2.000	—	73.670	14.350	2.500	—
XVIII.	—	—	—	—	—	400	—	—	—	400	—	—
XIX.	29.200	3.900	—	—	—	—	2.660	—	32.788	11.315	—	—
XX.	693.500	572.300	3.735	—	534	967.950	—	—	17.500	5.600	—	—
XXI.	320.000	600	—	2.400	—	117.600	10.960	—	8.200	—	—	—
Summe	4,783.000	1,837.580	8.172	38.040	133.611	3,482.240	2,393.215	2,995.320	505 448	135.525	3.500	4.345

Der Bürgermeister bringt weiters das nachfolgende Verzeichnis der Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete zur Kenntnis.

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	12. Oktober 1913		25. Juli 1914		12. Oktober 1914	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	160	220	160	220	160	220
	hinteres	„	180	260	180	260	180	260
Schweinefleisch	junges	„	160	280	160	280	200	280
	abgezogenes	„	180	300	160	280	160	300

Amtsblatt der Stadt Wien

18/VII. 1915

V.

Abnützungs-Konferenz.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	12. Oktober 1913		25. Juli 1914		12. Oktober 1914	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Pferdefleisch	vorderes	1 kg	68	112	88	112	88	120
	hinteres	„	96	120	96	120	96	140
Kartoffel	runde	„	10	14	20	26	8	18
Zwiebel		„	40	70	32	40	28	36
Zucker		„	86	96	80	92	84	96
Weizenmehl	Auszugmehl	„	36	44	42	48	60	64
	Mundmehl	„	34	40	40	44	56	58
Brot	weißgemischt	„	28·8	40·8	27·8	42·7	35·2	47·6
	schwarzgemischt	„	26·3	39·8	25·5	39·7	32·4	44·4
Sauerkraut		„	24	28	24	26	24	28
Fisolen		„	40	70	36	60	54	76
Erbsen	ganz	„	40	60	32	48	60	76
	gespalten	„	48	72	48	64	64	100
Reis		„	40	96	42	82	48	88
Schweineschmalz		„	184	220	176	200	176	200
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	176	208	154	200	170	200
Butter	Tee-	„	340	424	320	400	340	420
	Koch-	„	240	320	220	300	240	320
Margarine		„	180	200	160	200	160	210
Eier	frische	1 Stück	8	10	7	10	10	14
	konservierte	„	—	—	—	—	9	11
Milch im Ausschanke	Voll-	1 l	26	32	26	32	26	32
	Mager-	„	20	26	20	26	20	24
Petroleum		„	26	32	26	36	32	40
Kohle	Stein-	50 kg	176	212	186	204	200	216
	Braun-	„	110	119	107	119	119	128

Der Bürgermeister bespricht hierauf die Kohlenfrage und richtet mit Rücksicht darauf, daß nach seinen Informationen der Kohlennot nur durch Einstellung von Überstunden begegnet werden könnte, an die Vertreter der Sozialdemokratie das Ersuchen, auf die Arbeiterorganisationen dahin einzuwirken, daß sie sich, wenn es notwendig ist, mit der Einlegung von Überstunden bei der Kohlenproduktion einverstanden erklären.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß führt aus, daß mit Rücksicht auf die noch zu gewärtigenden weiteren Einberufungen nur durch die Steigerung der Produktion, also durch die Einlegung von Überstunden die Produktion gehoben werden könne. Es handle sich nicht allein um eine momentane größere Anlieferung, sondern hauptsächlich um die Schaffung von größeren Vorräten, um für jene Zeit gerüstet zu sein, wo infolge von Truppen- oder sonstigen Militärtransporten der Kohlentransport unterbunden ist.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß nach seinen Informationen viele Bergarbeiter feiern, er wisse nichts davon,

Amtsblatt der Stadt Wien
18./VII. 1915

II.
91

Gemeinderats-Konferenz.

daß Überstunden gemacht werden sollen; doch werde er sich in dieser Angelegenheit informieren.

Der Bürgermeister erklärt, daß die Kohlenfrage nicht sehr günstig stehe, er wolle für die Werke der Gemeinde Wien genügende Kohlenvorräte ansammeln.

Der Bürgermeister gibt die nachstehende Nachweisung der bei der Zentralstelle eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 13. Oktober 1914 bekannt.

Bezüglich der Fürsorge für postenlose Handelsangestellte habe sich ein Komitee gebildet, an dessen Spitze Exzellenz

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 13. Oktober 1914.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden:					
Für allgemeine Zwecke	1,726.348	04	Für „laufende" Unterstützungen	152.920	56
Für Ausspeisungszwecke	396.281	—	Für „einmalige" Unterstützungen	71.829	61
Für Arbeitslose	8.506	69	Für Ausspeisung	26.700	—
			Für Subventionen	6.000	—
			Für noch nicht rückverrechnete Verläge . .	13.917	09
			Sonstige (Porto, Postsparkassa-Auslagen, Drucksorten ꝛc)	1.427	31
			Verläge an die Zentralstelle für die galizischen Flüchtlinge	133.000	—
Summa .	2,131.135	73	Summa .	405.794	57
Ab die Ausgaben .	405.794	57			
Daher noch verfügbar .	1,725.341	16			

Anmerkung:
An „laufenden" Unterstützungen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . . 70.933 K 15 h

Wien, am 13. Oktober 1914.

Männhalter m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

Dr. Klein als Präsident und er als Vize-Präsident stehen. Die Mittel würden durch das Gremium der Kaufmannschaft und die Pensionsanstalt aufgebracht, und zwar dadurch, daß das Gremium Kriegszuschläge einhebe und die Pensionsanstalt fakultative Beiträge auf die Prämien zu erlangen trachte.

Das Ministerium des Innern habe sich bereit erklärt, 50.000 K monatlich für diesen Zweck zu widmen, die Handels- und Gewerbekammer, sowie das Land Niederösterreich je 10.000 K, die Zentralstelle solle sich mit 50.000 K beteiligen. Die Konferenz erklärt sich hiemit einverstanden.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß er der Zentrale der Fürsorge für galizische Flüchtlinge für Bureauzwecke die Räume der städtischen Realität II., Zirkusgasse 5, überlassen habe. Die Konferenz erklärt sich auch damit einverstanden.

Gem.-Rat Steiner regt an, es solle auf die Regierung eingewirkt werden zu veranlassen, daß die galizischen Flüchtlinge nicht in Wien bleiben, sondern zur Rückkehr in ihre Heimat gezwungen werden.

Die in den heutigen Tagesblättern erschienene diesbezügliche Verlautbarung des Statthalters von Galizien werde keine oder nur wenig Wirkung haben. Dieses plötzliche Anwachsen der Wiener Bevölkerung bilde eine Gefahr für die Approvisionierung der Stadt.

Der Bürgermeister erwidert hierauf, er habe in dieser Angelegenheit bei der Regierung bereits interveniert.

Der Bürgermeister teilt mit, daß er einer Bitte der Vertreter der Wiener Gärtner und Kunstblumen-Erzeuger Rechnung tragend anläßlich Allerheiligen die Errichtung eines provisorischen Katafalkes auf der Kriegergrabstätte im Wiener Zentral-Friedhofe plane. Dadurch soll es den Hinterbliebenen von im Kriege gefallenen und auswärts beerdigten Soldaten ermöglicht werden, ihren in der Ferne ruhenden Lieben durch Kranzniederlegungen die gebührende Pietät zu zollen.

Amtliche Konferenz

Die Konferenz begrüßt diesen höchst sympathischen Vorschlag wärmstens und genehmigt den Entwurf zu diesem Katafalk, sowie die für die Errichtung desselben erforderlichen Kosten von 8000 K.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Magistrats-Direktor Dr. Weiß referiert über die in dem nachstehenden Verzeichnis angeführten Gegenstände.

Referats-Verzeichnis.

P. Z. 13941, M. A. II, 9056, Stadtrats-Beschluß vom 12. Oktober 1914. Österreichische Gesellschaft vom „Roten Kreuze" um neuerliche Subvention. (Antrag: Der Österreichischen Gesellschaft vom „Roten Kreuze" wird eine weitere Subvention im Betrage von 100.000 K bewilligt.)

P. Z. 13421, M. A. III, 7107, Stadtrats-Beschluß vom 1. Oktober 1914. Überlassung eines Teiles des Resselparkes an das Kriegshilfsspital der k. k. technischen Hochschule als Spitalsgarten. (Antrag: Der um das Ressel-Denkmal gelegene Teil des Resselparkes im IV. Bezirke wird dem Kriegshilfsspital der k. k. technischen Hochschule als Spitalsgarten für die Dauer des Bestandes dieses Spitales nebst den daselbst aufgestellten Bänken überlassen. Einige Gartenbänke, welche außerhalb der geplanten Abfriedung zu stehen kämen, sind auf Gemeindekosten in den Spitalsgarten zu versetzen.)

P. Z. 13274, St. B. Z. 2536/Rp., Stadtrats-Beschluß vom 1. Oktober 1914. Verwendung von dem Technisch-akademischen Hilfskorps angehörenden Studierenden im Dienste der städtischen Straßenbahnen. (Antrag: Bis zur Ergänzung des vollen Personalstandes wird die aushilfsweise Verwendung von dem sogenannten „Technisch-akademischen Hilfskorps" angehörenden Studierenden in den Diensten der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" [Führung und Begleitung als Motorführer, beziehungsweise als Begleitmänner von Verwundetenzügen ꝛc.], welche die Prüfung als Motorführer bestanden haben, gegen eine Vergütung ihrer Barauslagen im Betrage von je 2 K täglich, genehmigt. Während ihrer Dienstleistung haben dieselben eine rot-weiße Armbinde mit dem Flügelrade der Straßenbahnen und den Buchstaben TAH zu tragen.)

P. Z. 13849, M. A. II, 8014, Stadtrats-Beschluß vom 8. Oktober 1914. Verein „Distriktskrankenpflege" um Gewährung einer Subvention. (Antrag: Dem Vereine „Distriktskrankenpflege" wird unter Einrechnung der noch nicht bewilligten Jahressubvention von 100 K für seine Tätigkeit auf kriegshumanitärem Gebiete eine finanzielle Beihilfe von 2000 K gewährt.)

P. Z. 13606, St. Str. B., 5278/VI, Stadtrats-Beschluß vom 1. Oktober 1914. Errichtung einer Desinfektionsanlage für Straßenbahnwagen im Betriebsbahnhofe Simmering. (Antrag: Die Errichtung einer Desinfektionsanlage für Wagen nach dem vorgelegten Projekte im Betriebsbahnhofe Simmering der städtischen Straßenbahnen mit einem vorläufig aus Betriebsmitteln zu deckenden und unter die Kriegsauslagen aufzunehmenden Gesamtkostenbetrage von 120.000 K wird genehmigt.)

P. Z. 13537, B. B. G. Zillingdorf 2247/1c, Stadtrats-Beschluß vom 1. Oktober 1914. Regelung der Bezüge der Angestellten der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf im Mobilisierungsfalle.

(Antrag: 1. Den Angestellten der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf, die noch nicht durch ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Gewerkschaft stehen, wird beim Einrücken zur aktiven Dienstleistung, wenn sie einen Jahres- oder Monatsgehalt (-Lohn) beziehen, der vierte Teil des auf einen Monat entfallenden Gehaltes (Lohnes), Familienerhaltern aber die Hälfte des Monatsgehaltes, wenn sie einen Wochenlohn beziehen, ein Wochenlohn und wenn sie im Taglohn stehen, ein sechsfacher Taglohn als Aushilfe gewährt. Den gleichen Betrag erhalten sie bei der Rückkehr von der aktiven Dienstleistung.

2. Für diejenigen Angestellten, die ein Jahr oder länger ununterbrochen im Dienste der Gewerkschaft stehen, gilt Folgendes:

a) Den dem Mannschaftsstande angehörigen ledigen Angestellten, die nicht mindestens einen Elternteil erhalten, gebührt ein Monatslohn (Gehalt) beim Einrücken und, wenn die Militärdienstleistung länger als zwei Monate gedauert hat, ein Monatslohn (Gehalt) bei der Rückkehr. Die dem Mannschaftsstande angehörigen Angestellten hingegen, die für eine Gattin oder ein Kind zu sorgen haben oder mindestens einen Elternteil nachweisbar erhalten, bekommen die Hälfte des Lohnes (Gehaltes) während der aktiven Dienstleistung.

b) Den zu den Militärgagisten gehörigen Angestellten gebührt unter allen Umständen ein Drittel des Gehaltes (Lohnes) auch während der Militärdienstleistung. Außerdem bleibt den letzteren, wenn sie für eine Gattin oder für ein eheliches Kind zu sorgen haben oder mindestens einen Elternteil nachweisbar erhalten, sowie den Angestellten, denen der Fortbezug des halben Monatslohnes (Gehaltes) gebührt, falls sie den Anspruch auf ein Quartiergeld (Mietzinsbeitrag, Quartiergeldbeitrag) oder eine Naturalwohnung (Naturalquartier) besitzen, der Bezug des Quartiergeldes (Mietzinsbeitrages, Quartiergeldbeitrages) oder der Genuß des Naturalquartieres (der Naturalwohnung) gewahrt. An Stelle des letzteren Naturalbezuges kann aber auch ein Ersatzbetrag angewiesen werden.)

P. Z. 13538, M. A. II, 4145, Stadtrats-Beschluß vom 1. Oktober 1914. Zentral-Verein für Hauskrankenpflege um Subvention. (Antrag: Dem Zentral-Verein für Hauskrankenpflege wird die Jahressubvention von 6000 K und als außerordentliche Beihilfe in der durch den Krieg bedingten kritischen Lage weitere 14.000 K, in Summa 20.000 K bewilligt.)

P. Z. 13870, M. A. X, 8787.) Erhöhung des für die Einrichtung von Infektionsbaracken bewilligten Kredites. (Antrag: Der mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. September 1914, Z. 13207, bewilligte Kredit von einer Million Kronen für die Einrichtung von definitiven und provisorischen Infektionsbaracken wird um 500.000 K erhöht.)

P. Z. 13938, M. A. II, 9187. Deutscher Hilfsverein in Wien zur Unterstützung von in Not geratenen reichsdeutschen Staatsbürgern um Subvention. (Antrag: Dem Deutschen Hilfsverein in Wien, I., Graben 12, zur Unterstützung von in Not geratenen reichsdeutschen Staatsbürgern wird eine Subvention von 40.000 K bewilligt.)

St. Str. B., 986/Rt. Freikarten für Militär- und Sanitätspersonen.

M. A. IX, 5160. Petition an das k. k. Ministerrats-Präsidium wegen Herabminderung des Einfuhrzolles für Kaffee.

Obmänner-Konferenz.

Dieselben werden von der Konferenz mit Stimmeneinhelligkeit genehmigend zur Kenntnis genommen.

Gem.-Rat Skaret führt unter Hinweis auf einen die Frau eines Straßenbahnbediensteten betreffenden speziellen Fall aus, daß die Frauen von eingerückten städtischen Angestellten mit ihren Ansuchen um Auszahlung der Differenz auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag vom Konskriptionsamte abgewiesen würden.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß erklärt, daß diese Ergänzung immer gewährt werde und ersucht um Bekanntgabe des angeführten Falles behufs entsprechender Abstellung.

Der Bürgermeister gibt bekannt, daß die bereits in der Obmänner-Konferenz vom 29. September 1914 bekanntgegebene und genehmigte Vereinbarung mit dem Militär-Kommando, betreffend die unentgeltliche Benützung der städtischen Straßenbahnen durch das Militär- und Sanitätspersonale, zur Durchführung gelangt sei.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß er an die Regierung eine Petition gerichtet habe, um eine zeitgemäße Regelung der Versorgungsgenüsse für Militärpersonen und ihre Witwen und Waisen zu erwirken.

Der Bürgermeister gibt eine Zusammenstellung dieser Versorgungsgenüsse bekannt, aus der die Unzulänglichkeit derselben ersichtlich ist.

Gem.-Rat Steiner bemerkt, daß schon lange eine Novelierung dieses Gesetzes geplant sei, doch sei dies hauptsächlich an dem Widerstande der beiden Finanzministerien gescheitert.

Die Konferenz erklärt sich mit der Überreichung der Petition einverstanden.

Gem.-Rat Steiner schildert weiters die Zustände, die er hinsichtlich der bei den Fortifikationsarbeiten nach dem Kriegsdienstleistungsgesetze beschäftigten Personen beobachtet habe. Dieselben seien weder für Krankheit noch für Unfall versichert. Wenn ein solcher Arbeiter erkranke, werde er einfach auf die Straße gesetzt. Er ersuche den Herrn Magistrats-Direktor, in dieser Angelegenheit so rasch als möglich Abhilfe zu schaffen.

Gem.-Rat Leitner schließt sich diesen Ausführungen an.

(Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rat Goltz erinnert den Bürgermeister an sein in der letzten Konferenz gegebenes Versprechen, die zur Unterstützung von Künstlern gebildeten Berufs-Komitees zu subventionieren.

Der Bürgermeister erklärt, daß dieses Komitee noch immer nicht bei ihm gewesen sei und ihm bis jetzt auch keine Eingabe überreicht habe.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß verliest hierauf das nachfolgende Verzeichnis der bis einschließlich 10. Oktober 1914 errichteten Speisestellen der Zentrale I., Neues Rathaus.

Verzeichnis

der bis einschließlich 10. Oktober 1914 errichteten **Speisestellen** der Zentrale I., Neues Rathaus.

II. Bezirk.	
Suppen- und Teeanstalt, II., Darwingasse 21	1.000 Portionen
Verein zur Errichtung von Volksküchen nach israelitischem Ritus, II., Krummbaumgasse 8	900 „
Speise-Komitee für den II. Bezirk, Prater, Ausstellungsstraße 172	250 Portionen
Speise-Komitee für den II. Bezirk, Kaisermühlen, Schüttaustraße 67 (Restaurant Johann Haller)	300 „
zusammen	2.450 Portionen
III. Bezirk.	
Suppen- und Teeanstalt, III., Erdbergstraße 115	400 Portionen
V. Bezirk.	
Suppen- und Teeanstalt, V., Reinprechtsdorferstraße 70	200 Portionen
X. Bezirk.	
Suppen- und Teeanstalt, X., Eugengasse 33	1.000 Portionen
Wärmestube, X., Puchsbaumplatz 13	500 „
Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder in den Schulen X., Quellenstraße 52, Quellenstraße 31, Laaerstraße 274, Sonnleithnergasse 32, Triesterstraße 114, Leibnitzgasse 33 und Alxingergasse 82	1.000 „
zusammen	2.500 Portionen
XII. Bezirk.	
Wärmestube, XII., Schallergasse 24	500 Portionen
Speise-Komitee für den XII. Bezirk, Meidlinger Hauptstraße 63	200 „
zusammen	700 Portionen
XIII. Bezirk.	
Speise-Komitee für den XIII. Bezirk, Wattmanngasse 12	150 Portionen
XIV. Bezirk.	
Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder, XIV., Johnstraße 40	500 Portionen
XVI. Bezirk.	
Suppen- und Teeanstalt, XVI., Gablenzgasse 4	1.000 Portionen
Wärmestube, XVI., Seeböckgasse 18	1.000 „
Verein „Settlement", XVI., Friedrich Kaiser-Gasse 51, Koflerplatz 7 und eventuell Grillemeiergasse 5	2.000 „
Christlicher Wiener Frauenbund, XVI., Grundsteingasse 37	700 „
Erster Wiener Konsumverein, XVI., Wiesberggasse 6	300 „
zusammen	5.000 Portionen
XVIII. Bezirk.	
Speise-Komitee im XVIII. Bezirke, Semperstraße 45, beziehungsweise Michaelergasse 10	300 Portionen

Abrüstungs-Konferenz.

XX. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, XX., Leystraße 129 und Webergasse 25	1.000	Portionen
Wärmestube, XX., Burghardtgasse 3	2.000	„
Verein zur Speisung hungernder Schulkinder, XX., Treustraße 54	1.000	„
zusammen	4.000	Portionen
Gesamtsumme	16.200	Portionen

Es ergibt sich somit seit 3. Oktober 1914 ein Zuwachs von 1000 Portionen, welcher sich folgend auf die einzelnen Bezirke verteilt:

II. Bezirk.

Speise-Komitee für den II. Bezirk, Prater, Ausstellungsstraße 172	250	Portionen
Speise-Komitee für den II. Bezirk, Kaisermühlen, Schüttaustraße 67 (Restaurant Johann Haller)	300	„
zusammen	550	Portionen

III. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, III., Erdbergstraße 115	200	Portionen

V. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, V., Reinprechtsdorferstraße 70	200	Portionen

XII. Bezirk.

Speise-Komitee für den XII. Bezirk, Meidlinger Hauptstraße 63	50	„
zusammen	1000	Portionen

Vize-Bürgermeister Rain berichtet, daß in der vergangenen Woche, um das ebenfalls schwer notleidende Kunstgewerbe zu unterstützen, Einkäufe für die Armenlotterie gemacht wurden. Es wurden bei einzelnen in Not befindlichen Geschäftsinhabern Einkäufe in solcher Höhe gemacht, daß sie wenigstens den Novemberzins bezahlen können; es seien einige hundert Gegenstände mehr angekauft worden, als nötig wären; doch könnten dieselben bei der nächsten Armenlotterie eingestellt werden.

Die Konferenz erklärt sich mit diesem Vorgang einverstanden.

Gem.-Rat Steiner regt die Ausschreibung von Preisen für Kriegserinnerungszeichen an, die in der Weihnachtszeit guten Absatz finden könnten und vielen Kunstgewerbetreibenden Verdienst bringen würden.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß gibt hierauf eine Eingabe der Bezirksvertretung Leopoldstadt bekannt, in welcher dieselbe gegen einen in der „Arbeiter-Zeitung am Abend" vom 30. September 1914 enthaltenen Aufruf zum Schutze der Soldatenfrauen vor Obdachlosigkeit Stellung nimmt.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß dieser Aufruf vollständig mit dem Gesetze im Einklange stehe; im übrigen wirke die Rechtsschutz-Abteilung der sozialdemokratischen Partei auf die Leute dahin ein, sich kleinere Wohnungen zu nehmen.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, man müsse in erster Linie darauf dringen, daß der für den Zins bestimmte Teil des Unterhaltsbeitrages auch wirklich für den Zins verwendet werde; denn die Hausherren, die Hypothekarzinsen zu bezahlen haben, müssen auch geschützt werden.

Gem.-Rat Reumann bespricht hierauf die Ausspeisung in den einzelnen Bezirken und erklärt, daß er mit den vielen vorgesehenen Recherchen nicht einverstanden sei, er meine, es würde genügen, daß von irgend einer Arbeitsvermittlung die Arbeitslosigkeit bestätigt werde, wodurch der Anspruch auf die Ausspeisung erlangt werde. Es sollen durch diese Ausspeisungen vor allem die Schulausspeisungen nicht beinträchtigt werden. Viele Arbeiter benützen die Ausspeisung nicht, da das ganze System den Charakter der Armenunterstützung habe. Er sei auch damit nicht einverstanden, daß an einer Stelle, wie zum Beispiel bei der Suppen- und Teeanstalt im X. Bezirke gleich 1500 Personen ausgespeist würden; es wäre besser, zum Beispiel 300 Personen bei der Suppen- und Teeanstalt und den Rest bei den verschiedenen anderen Ausspeisestellen zu verköstigen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont erklärt, daß die Recherchen notwendig seien; wenn bei einer Stelle eine größere Anzahl von Personen ausgespeist würde, so könne die Kost mit Rücksicht auf die verringerten Regiekosten qualitativ besser sein, da sich das Personal bei Verwendung mehrerer Ausspeisestellen und die damit verbundenen Kosten erhöhen.

Gem.-Rat Reumann spricht den Wunsch aus, es möchte auch heuer wieder die für die Ausspeisung der Schulkinder alljährlich bewilligte Subvention genehmigt und vorgesorgt werden, daß die Ausspeisung der Schulkinder durch die allgemeine öffentliche Ausspeisung keinerlei Abbruch erfahre.

Der Bürgermeister erklärt, daß dies selbstverständlich geschehen werde.

Hierauf schließt der Bürgermeister die Konferenz.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.
Für den Bürgerklub:
L. Steiner m. p.
Für die fortschrittlich-bürgerliche Partei:
Dr. Hein m. p.
Für die sozialdemokratische Fraktion:
Jakob Reumann m. p.
Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien. 1
22/11. 1915 95

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 9. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom **17. November 1914.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.
Anwesende: Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain. Gem.-Räte: Steiner, Heinrich Schmid, Goltz, Dr. Hein, Dr. Schwarz-Hiller, Neumann und Skaret.
Magistrats-Direktor: Dr. Weiß.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.
Entschuldigt: Gem.-Rat Leitner.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt die nachfolgende Nachweisung der bei der Zentralstelle eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 14. November 1914 bekannt.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 14. November 1914.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden: *)					
Für allgemeine Zwecke	2,197.627	10	Für „laufende" Unterstützungen	228.652	43
Für Ausspeisungszwecke	681.506	27	Für „einmalige" Unterstützungen	94.087	07
Für Arbeitslose	9.646	69	Für Ausspeisung	134.453	87
			Für Subventionen	81.000	—
			Für noch nicht rückverrechnete Verläge . .	16.371	09
			Sonstige (Porto, Postsparkassa-Auslagen, Drucksorten ꝛc.)	2.967	57
			Auslagen für Näh- und Strickstuben	33.170	92
			Vorschüsse an die Flüchtlingszentrale . . .	623.000	—
Summa .	2,888.780	06	Summa .	1,213.702	93
Ab die Ausgaben .	1,213.702	93			
Daher noch verfügbar .	1,675.077	13			

Anmerkung:
An „laufenden" Unterstützungen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . 100.482 K 53 h

*) Überdies 127.098 K 82 h Nominale in Wertpapieren.

Wien, am 14. November 1914.

* * *

Magistrats-Direktor Dr. Weiß teilt mit, daß die Rückvergütungen für die von der Zentralstelle an die Flüchtlings-Fürsorgestelle geleisteten Vorschüsse per 823.000 K durch den Staat bis auf einen Betrag von 100.000 K erfolgt seien.

Weiters gibt der Bürgermeister den nachfolgenden Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 18. November 1914 bekannt.

Abnahme - Konferenz.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 18. November 1914.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	a. a.
I.	477	399	—	4	18	56	
II.	8414	7113	110	106	235	850	
III.	6922	6663	123	128	8	—	—
IV.	1464	1258	39	15	42	47	63
V.	5184	4897	13	Abt. XI: 74 20	31	149	—
VI.	1816	1795	—	—	21	—	—
VII.	2166	1977	—	38	34	117	—
VIII.	1579	1372	21	10	38	87	51
IX.	3289	2962	—	—	33	294	—
X.	10271	9768	5	245	66	25	162
XI.	2990	2795	—	26	59	110	—
XII.	6344	6025	—	71	45	—	203
XIII.	6811	5946	—	288	61	516	—
XIV.	5798	5354	—	106	13	325	—
XV.	2670	2504	—	44	30	92	—
XVI.	13098	12184	—	366	103	445	—
XVII.	6525	6220	79	41	35	116	34
XVIII.	3066	2913	4	30	21	98	—
XIX.	2331	2155	32	45	21	78	—
XX.	8354	7717	96	242	89	210	—
XXI.	4951	4729	46	119	57	—	—
Summe	104520				1060	3615	513
ab	4128	69746	568	2018	= 1·05 % v.	4128	
	100392				100392		

* * *

Hierauf verliest der Bürgermeister den nachfolgenden Bericht über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 16. November 1914 und erklärt, daß aus diesen Ziffern hervorgehe, daß kein Grund zur Beunruhigung vorhanden sei. Die Stadt Wien sei gerüstet, auch einer größeren Ausbreitung epidemischer Krankheiten wirksam entgegenzutreten.

Bericht über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 16. November 1914 (5 Uhr nachmittags).

I. Blattern:

Zwei Erkrankungen. 1. Emil Kauer, Feldkanonenregiment Nr. 46, 2. Pilipp Eihnes, Feldkanonenregiment Nr. 9, beide vom nördlichen Kriegsschauplatze.

II. Cholera:

Die Gesamtzahl aller gemeldeten Choleraverdachtsfälle beträgt 519.

Von diesen wurde durch positiven Bazillenbefund Cholera asiatica festgestellt bei 220 Fällen, hievon gehören dem Militär an 206 Fälle, das Zivil betreffen 14 Fälle.

Von den zivilen Fällen sind elf aus choleraverseuchter Gegend zugereist, ein Fall stammt aus Oberlaa, zwei Fälle aus der Wiener Bevölkerung: Josefine Koranda, 21 Jahre, Küchenmagd, V., Rainergasse 32, Amalia Hilmer, 25 Jahre, Marktlieferantin (Rudolfsheimermarkt), XIV., Sueßgasse 7.

Von den Cholerakranken sind bisher genesen 39, gestorben 35.

III. Ruhr:

Die Gesamtzahl der bisher zur Anzeige gelangten Ruhrerkrankungen beträgt 1354.

Hievon gehören dem Miliär an 1128 Fälle, der Zivilbevölkerung Wiens 226 Fälle.

Außerdem wurden eine große Zahl (zirka 4000) ruhrkranker oder ruhrrekonvaleszenter Militärpersonen aus Galizien nach Wien gebracht.

In den letzten Wochen ist unter der Wiener Bevölkerung ein starkes Nachlassen der Dysenterie festzustellen.

Vom 1. bis 15. November kamen aus der Zivilbevölkerung nur mehr zehn Ruhrerkrankungen zur Anzeige, vom Militär in der gleichen Zeit 81 Fälle.

IV. Bauchtyphus:

Die Gesamtzahl der Typhuserkrankungen in der Zivilbevölkerung (vom 1. Jänner bis 15. November) beträgt 267 Fälle, darunter sind 142 Ortsfremde.

Vom Militär wurden im Oktober und November 1914 231 Typhusfälle gemeldet.

Die übrigen Infektionskrankheiten (Diphtherie, Scharlach, Masern ꝛc.) zeigen ein der Jahreszeit entsprechendes, normales Verhalten.

* * *

Hierauf gibt der Bürgermeister die nachfolgende Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete, sowie das nachstehende Verzeichnis über die Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, Stichtag 9. November 1914, bekannt.

Amtsblatt der Stadt Wien.
22./VI. 1915
III
97
Abräumungs-Konferenz.

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.
I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	14. November 1913				14. November 1914	
			Preise in Hellern					
			von	bis			von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	160	220			160	220
	hinteres	"	180	260			180	260
Schweinefleisch	junges	"	160	280			200	280
	abgezogenes	"	180	300			180	300
Pferdefleisch	vorderes	"	68	112			88	120
	hinteres	"	96	120			96	140
Kartoffel	runde	"	10	14			10	18
Zwiebel		"	10	24			36	48
Zucker		"	86	96			86	96
Weizenmehl	Auszugmehl	"	36	44			64	68
	Mundmehl	"	34	40			60	62
Brot	weißgemischt	"	28·8	40·8			37·7	52
	schwarzgemischt	"	26·3	39·8			35·4	47
Sauerkraut		"	24	28			20	28
Fisolen		"	40	70			56	80
Erbsen	ganz	"	40	60			60	80
	gespalten	"	48	72			70	110
Reis		"	40	82			56	88
Schweineschmalz		"	184	220			200	220
Speck geräuchert	ohne Paprika	"	176	208			200	240
Butter	Tee-	"	340	424			340	420
	Koch-	"	240	320			240	320
Margarine		"	180	220			160	210
Eier	frische	1 Stück	9	12			12	16
	konservierte	"	—	—			10	12
Milch im Ausschanke	Voll-	1 l	26	32			26	32
	Mager-	"	20	26			20	24
Petroleum		"	26	36			36	44
Kohle	Stein-	50 kg	176	212			200	216
	Braun-	"	110	119			119	128

Amtsblatt der Stadt Wien.
22./VI. 1915

IV.
98

Abnützungs-Konferenz.

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 9. November 1914.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	508.700	—	2.300	—	3.650	101.800	68.900	102.500	3.480	400	1.300
II.	81,698.900	330	426.200	7.320	174·900	9,323.610	7.116	3,579.520	12.289	250.000	8.000
III.	20.000	2.309	21.215	2.900	1.291	12.625	480	36.644	141.390	—	1.752
IV.	214.000	147	330	200	1.300	97.865	1.300	2.740	1.110	2.800	360
V.	47.600	1.098	780	—	240	1.0630	—	27.600	6.500	—	—
VI.	—	—	1.040	650	1.640	—	—	—	7.650	470	570
VII.	—	—	—	—	350	—	—	1.200	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	100	1.100	—	2.000	—	—	—
IX.	3,098.900	3.645	9.150	—	1.320	28.415	230	20.585	—	—	—
X.	1,941.400	3.272	258.600	1.820	41.976	6,488.179	2.470	173.480	1.570	—	—
XI.	170.000	38	4.047	800	15.184	47.085	—	729	—	—	—
XII.	381.530	301	23.208	3.136	126.421	61.194	—	28.706	3.971	—	—
XIII.	253.500	2.200	566	32	678	2.975	—	300	—	—	—
XIV.	—	—	7.240	—	800	9.550	—	11.050	—	—	—
XV.	25.150	36	5.500	—	6.250	22.155	18.815	18.045	3.289	—	—
XVI.	—	—	5.640	—	10.400	6.450	—	12.673	—	—	—
XVII.	692.500	692	4.140	—	1.520	5.230	1.255	3.715	40	200	—
XVIII.	667.200	32	1.620	3	495	7.920	720	18.125	—	—	—
XIX.	1,950.900	13.016	2.390	8.790	865	2.295	1.360	—	800	—	—
XX.	4,610.249	1.282	9.036	34.700	4.451	218.480	—	—	—	—	—
XXI.	373.500	70	2,482.450	*)630.380	114.505	43.336	—	7.286	—	—	—
Summe	96,654.029	28.468	3,265.452	690.731	508.336	16,490.294	102.771	4,046.898	182.089	253.870	11.982

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer†)	Gerste†)
I.	14.920	15.410	8.950	160.030	84.765	83.280	3.120	95.000	16.000	6.600		
II.	456.440	34.549	20.592	2,231.486	1,237.260	826.075	546.130	153.400	5,102.880	21,988.300		

*) Hievon 190.000 angeblich vom Militär beschlagnahmt.
†) Vergleiche die Spezialaufnahme von Getreide mit dem Stichtage vom 9. November 1914.

Amtsblatt der Stadt Wien. 22./VI. 1915

V. 99

Abnimmer-Konferenz.

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer*)	Gerste*)
III.	352.517	8.538	1.080	17.812	156.957	71.510	83.793	13.810	35.110	902		
IV.	2.850	22.133	2.500	68.730	3.025	4.290	50	—	2 160	700		
V.	6.350	446	100	12.155	1.945	14 980	15.655	—	120.000	150		
VI.	950	870	—	2.700	350	600	—	—	25.000	—		
VII.	194	150	1.000	2.300	6.070	2 300	2.485	—	151.787	—		
VIII.	410	1.570	150	1.700	1.660	5.550	—	2.300	35.000	—		
IX.	7.025	4.241	115.048	75.210	42.458	33.156	2 004	110.325	11.000	6.580		
X.	11.015	8.520	75.912	772.047	14.425	195.700	44.442	6.000	25.320	3.700		
XI.	362	119	1.198	4.770	176	1.551	77	8.289	3.320	90.825		
XII.	6 649	5.319	15.540	65.280	42.777	78.369	5.033	201 810	100.000	2.000		
XIII.	22.915	935	300	4.080	910	5.920	70	3.370	4,197.670	7.580		
XIV.	—	6.620	4.200	36.300	6.610	309.950	450	—	902.880	274.200		
XV.	13.146	859	126.710	29.430	8.116	146.980	645	38.220	153.220	300		
XVI.	1.331	27.186	1.977	81.493	459.319	32.640	3.847	1.050	679.700	2.300		
XVII.	785	1.745	1.330	9.490	7.250	12.324	1.172	670	43.690	2.000		
XVIII.	1.527	7.057	795	36.215	15.766	19.750	2.657	6.550	184.940	2.500		
XIX.	—	1.937	60	14.300	12.430	1.780	5.723	12.360	—	791.980		
XX.	6.803	16.767	2.739	192.668	1.443	7.125	2.934	84.570	11.230	3,013.300		
XXI.	1.113	3.625	5.128	17.820	65.781	10.826	616	212.950	32.800	65.350		
Summe	906.702	168.329	385.309	3,836.116	2,152.493	1,684.656	720.897	950.674	11,833.707	26,259.267	9,161.900	4,142.900

Bezirk	Roggen*)	Weizen*)	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II.			8.550	34.950	45.600	2,867.150	3,229.690	243.100	216.100	10.900	—	500
III.			18	2.500	70	250	—	—	7.400	7.100	—	—
IV.			220	1.000	280	—	800	—	5.000	2.000	—	—
V.			40	6.400	1.475	300	—	—	1.500	1 700	—	—
VI.			—	—	—	—	—	—	30.000	7.000	—	—
VII.			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Vergleiche Spezialaufnahme von Getreide mit dem Stichtage vom 9. November 1914.

Obmänner-Konferenz.

Bezirk	Roggen*)	Weizen*)	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
VIII.			—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.			—	—	—	400	700	—	—	—	—	—
X.			4.345	9.350	2.800	359.700	63.400	—	38.200	35.155	—	—
XI.			168	—	—	18.816	—	—	3.000	2.000	—	—
XII.			—	1.980	—	1.275	1.706	—	—	—	—	—
XIII.			—	—	—	3.550	27.400	2.400	56.100	30.900	—	—
XIV.			—	3.250	—	1.400	1.800	—	—	—	—	—
XV.			170	3.800	10.250	—	—	—	—	—	—	—
XVI.			2.600	1.900	3.770	3.180	3.600	—	25.000	4.000	—	—
XVII.			200	—	560	1.300	4.300	—	67.000	22.400	1.500	—
XVIII.			205	755	—	200	—	—	6.300	1.350	—	—
XIX.			—	—	—	10.000	4.620	—	25.280	7.100	—	—
XX.			280.910	—	1.475	815.050	1,636.002	—	22.200	11.300	—	—
XXI.			—	—	—	87.500	9.600	—	30.890	4.700	3.500	—
Summe	4,150.200	2,282.500	297.426	65.885	66.280	4,170.071	4,983.618	245.500	533.970	147.605	5.000	500

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß der Stadtrat in seiner letzten Sitzung eine Resolution an die Regierung wegen Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl und Kartoffeln beschlossen habe; er habe diese Resolution dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht. In Ungarn bestehe die Absicht, die Festsetzung der Maximalpreise den einzelnen Komitaten zu überlassen. Die Gemeinde habe in dieser Angelegenheit rechtzeitig die nötigen Schritte eingeleitet und alles getan, was in ihrer Macht stehe. Das fortwährende Steigen der Mehlpreise müsse den Unwillen der Bevölkerung hervorrufen.

Gem.-Rat Reumann regt an, es solle die Obmänner-Konferenz durch einen Beschluß ihr Bedauern über das Verhalten der Regierung in dieser Sache aussprechen.

Gem.-Rat Dr. Hein schließt sich den Ausführungen des Gem.-Rates Reumann an.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller hebt hervor, daß sich das Kriegsüberwachungsamt auch mit handelspolitischen Fragen beschäftige, charakteristischerweise sei dieses Amt von Ungarn nicht beschickt worden.

Er meine, im Frühjahre werde die Fleischversorgung eine mangelhafte werden; in Deutschland agitiere man dafür, daß eine Schonung gewisser Lebensmittel durchgeführt werde.

Der Bürgermeister erklärt, daß nach seinem Wissen sich die Tätigkeit des Kriegsüberwachungsamtes hauptsächlich auf die Beobachtung der Spionage und der Presse erstrecket dieses Amt stehe mit dem Ministerium des Innern im Kontak.

Zur Schonung des Jungviehs sei bereits eine Verordnung erlassen worden, die jedoch ihren Zweck nicht erfülle. Er fürchte, daß eine Fleischnot eintreten werde. Auf einem der letzten Märkte seien 1200 Kühe, und zwar auch trächtige, aufgetrieben worden. Schon vor Wochen habe er eine Eingabe an die Regierung wegen Bewilligung der Einfuhr von argentinischem Fleisch gerichtet. Vorgestern habe der ungarische Ministerpräsident die prinzipielle Zustimmung erteilt.

Es wird sohin folgende Resolution mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschlusse erhoben:

Die Obmänner-Konferenz stellt vor allem fest, daß seitens der Wiener Gemeindevertretung bei der k. k. Regierung alle Schritte wegen Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl und Kartoffeln rechtzeitig unternommen worden sind.

Die Obmänner-Konferenz bedauert einmütig die Schwäche und Hilflosigkeit der k. k. Regierung bei der Lösung dieser für die gesamte Bevölkerung höchst wichtigen Frage und erklärt die k. k. Regierung für alle aus ihrem Versäumnis eintretenden schweren Folgen verantwortlich.

Die Obmänner-Konferenz fordert neuerdings und mit allem Nachdrucke die Festsetzung einheitlicher Höchstpreise für Getreide, Mehl und Kartoffeln für das gesamte Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie.

*) Vergleiche die Spezialaufnahme von Getreide mit dem Stichtage vom 9. November 1914.

Amtsblatt der Stadt Wien
22./VI. 1915
Obmänner-Konferenz.

VII.
101

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Gemeinde Wien für die Kriegsanleihe unter Zusammenfassung aller einschlägigen Fonds 27·4 Millionen Kronen zeichnen werde.

Die Konferenz erklärt sich hiemit einstimmig einverstanden.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß berichtet, daß sich die Gemeinde und das Arbeitsministerium seit sechs Wochen mit der Sicherstellung von Kohle beschäftigen. Verhandlungen mit Kohlenhändlern und Produzenten erzielten kein Resultat. Es wurde nach einem Rechtssubjekt für die Bevorratung in Wien gesucht. Es solle ein eiserner Vorrat geschaffen werden. Dieses Rechtssubjekt sei die Gemeinde Wien mit der Koksektion der Länderbank. Es solle ein Vorrat von 180.000 bis 200.000 t geschaffen werden. Einen eventuell verbleibenden Rest müsse die Gemeinde übernehmen. Die Gemeinde habe zu besorgen die Beschaffung (Transport) und die Lagerplätze. Der Bürgermeister habe sich persönlich an einen Kohlengrubenbesitzer wegen Lieferung oberschlesischer Kohle für die Gemeinde Wien gewendet, die Kohlengroßhändler hätten auf einem Umwege versucht, dies zu hintertreiben. Dieser Kohlengrubenbesitzer habe aber hinter dem Rücken der Großkohlenhändler in Wien mit der Gemeinde Wien geschlossen, und zwar auf Lieferung von 15.000 Waggons bis Ende Jänner und 3000 Waggons (täglich 20) für die Gaswerke, das sind zusammen 180.000 t.

Durch den Waggonmangel einerseits und durch die Sperrung der Nordbahn anderseits konnte die Gemeinde bis heute von der oberschlesischen Kohle nichts erhalten.

Es kämen noch folgende Reviere der Kohlenversorgung in Betracht: Preußisch-Schlesien, Ostrau-Karwin und die böhmischen Stein- und Braunkohlenreviere.

Magistrats-Direktor Weiß verliest hierauf die Verordnung des Gesamtministeriums vom 11. November 1914, betreffend die Kohlenversorgung, R.-G.-Bl. Nr. 314, nach welcher, im Falle großen Kohlenmangels die Besitzer von Kohlenbergbauen zur Lieferung von Kohle in bestimmten Mengen und Sorten aus ihren Betrieben verpflichtet werden können und bestehende Schlüsse nicht von der Verpflichtung zur Lieferung der angeforderten Kohle entheben und weiters, daß zur Steigerung der Kohlengewinnung Überschichten und Sonntagsschichten anzuordnen sind.

Sofort nach dem Erscheinen dieser Verordnung habe die Gemeinde Wien 200.000 t Kohle beansprucht. Davon seien gestern 8 Waggons eingelangt. Es handle sich nun darum, Lagerplätze für die Kohlen und Rutschen zu verschaffen. 16 Rutschen am Nordbahnhof wurden gekündigt. Dieselben wurden sofort von der Gemeinde übernommen. Die Gemeinde habe sich bereits einen Lagerplatz am Nordbahnhof für 50.000, einen bei den Elektrizitätswerken in der Engerthstraße für 42.000, einen am Westbahnhof und einen am Südbahnhof für je 20.000 t gesichert. Die aus diesem Anlasse erforderlichen Kosten betragen zirka 130.000 K. Diese Vorräte würde die Gemeinde dann zum Selbstkostenpreise abgeben.

Die Konferenz nimmt sohin folgendes mit Stimmeneinhelligkeit genehmigend zur Kenntnis:

1. Den Abschluß des Vertrages mit dem vorerwähnten Kohlengroßhändler auf Lieferung von 180.000 t oberschlesischer Steinkohle;

2. die Geltendmachung des Anspruches beim k. k. Arbeitsministerium auf 200.000 t Kohle im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 11. November 1914, betreffend die Kohlenversorgung;

3. die seitens des Magistrates hinsichtlich der Kohlen deponierung getroffenen Maßnahmen (Kosten von 130.000 bis 150.000 K für Beschaffung der Lagerplätze 2c.);

4. die seinerzeitige Abgabe der Kohle zum Selbstkostenpreis.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß der größte Teil der böhmischen Kohle nach Deutschland gehe. Bei weiterem Fortschreiten der militärischen Operationen im Norden könnte das schlesische Kohlenbecken ganz ausgeschaltet werden. Es solle eine Maßregel ergriffen werden, um die böhmische Braunkohle ausschließlich für Wien zu sichern.

Diesen Ausführuugen gegenüber bemerkt der Bürgermeister, daß die hinsichtlich der Kohlenversorgung zu treffenden Maßnahmen nicht gar zu weit führen dürfen, weil aus der ganzen Aktion möglicherweise auch Verluste für die Gemeinde eintreteu können.

Gem.-Rat Reumann teilt mit, daß nach seinen Informationen eine Verweigerung von Überstunden durch die Arbeiterorganisation — wie kürzlich behauptet worden sei — nicht stattgefunden habe, sondern daß der Hauptgrund des Kohlenmangels auf die mangelnde Beistellung von Waggons zurückzuführen sei. Die Vortrefflichkeit der Anordnungen, die von Seite des Präsidiums in der Kohlenfrage getroffen wurden, sei über jeden Zweifel erhaben. Daß die Gemeinde bei dieser Gelegenheit Kohlenlagerplätze bekomme, dürfte sich auch für die Zeiten des Friedens als sehr vorteilhaft erweisen.

Gem.-Rat Schmid meint, man könne auch die steirische (Köflacher-)Kohle als letzte Reserve ins Auge fassen. Weiters regt er an, die Obmänner-Konferenz möge feststellen, daß sich die Regierung eines schweren Fehlers dadurch schuldig gemacht habe, daß sie den Donau-Oder-Kanal nicht gebaut habe. Der Sorge in der Kohlenfrage wäre die Gemeinde dadurch enthoben.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß erklärt, die Anregung des Gem.-Rates Schmid, betreffend der Köflacher-Kohle, Rechnung tragen zu wollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht, den für Approvisionierungszwecke genehmigsen Kredit von 5 Millionen Kronen um weitere 5 Millionen Kronen, das ist auf 10 Millionen Kronen zu erhöhen.

Dem Ersuchen des Bürgermeisters wird von der Konferenz einstimmig Folge gegeben.

Gem.-Rat Steiner bringt hierauf den nachstehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kommission für soziale Fürsorge in Wien und Niederösterreich zur Kenntnis.

Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kommission für soziale Fürsorge in Wien uud Niederösterreich.

Zur Ergänzung der Zentralstelle für die Angehörigen von Einberufenen und für die durch den Krieg in Notlage Geratenen hat Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Herrn Statthalter und Landmarschall die „Kommission für soziale Fürsorge in Wien und Niederösterreich" mit der Bestimmung eingesetzt, bei der Fürsorge für die durch den Krieg in Not geratene Bevölkerung mitzuwirken.

Bei der unter dem Vorsitze Seiner Exzellenz des Herrn Bürgermeisters stattgehabten konstituierenden Sitzung der Kommission wurde die Behandlung der der Kommission zugewiesenen Agenden in vier Sektionen beschlossen.

Amtsblatt der Stadt Wien.
22./VII. 1915

VII/102

Abnahme-Konferenz.

Der Sektion List ist die Aufgabe zugewiesen worden, der infolge der Einberufungen erwarteten Not an Arbeitskräften möglichst abzuhelfen. Man hatte befürchtet, daß insbesondere die Bewältigung der Erntearbeiten auf Schwierigkeiten stoßen würde und sich daher mit dem Gedanken befaßt, städtische Arbeitslose als landwirtschaftliche Hilfsarbeiter zu verwenden und nach Möglichkeit die Männerarbeit in gewissen gewerblichen und Verkehrsbetrieben durch Frauenarbeit zu ersetzen. Der Staat hat eine eigene über sämtliche Königreiche und Länder verbreitete Organisation des Arbeitsnachweises in der Weise geschaffen, daß in den Gemeinden Ernte-Kommissionen, für politische Bezirke Bezirksarbeitsnachweisestellen und für die Länder Landesarbeitsstellen errichtet werden. Die Zentralstelle in Wien sollte den Ausgleich der überschüssigen Arbeitskräfte und der etwa sich ergebenden überschüssigen freien Stellen zwischen den einzelnen Ländern vermitteln.

Die tatsächlichen Verhältnisse haben sich aber anders gestaltet, als man bei Kriegsausbruch angenommen hat. Infolge der Sistierung des Zivilgüterverkehres auf den Eisenbahnen und der durch das Moratorium herbeigeführten Hemmung des Geldverkehres haben zahlreiche industrielle und gewerbliche Unternehmungen ihre Betriebe entweder ganz gesperrt oder durch Einschiebung von Feierschichten erheblich reduziert. Dazu kam infolge des ausgesprochenen Widerwillens der Landwirte gegen die Aufnahme städtischer Arbeitsloser als landwirtschaftliche Hilfskräfte die Ausschaltung eines gewichtigen Faktors in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Stadt. Lehrjungen, Hilfsboten und Fabriksarbeiter, die vom Lande stammen, kehrten in die Heimat zurück und betätigen sich im Kreise ihrer Angehörigen, bei Freunden oder Bekannten, so daß von einem Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande nicht mehr gesprochen werden konnte.

Durch das Zusammenwirken aller dieser Momente ergab sich eine Arbeitslosigkeit, welche bald derartige Dimensionen annahm, daß die ernstesten Befürchtungen hinsichtlich des weiteren Verlaufes der Dinge bestanden und eine sehr weitgehende Ausdehnung des Ausmaßes der seitens der Gemeinde Wien in Aussicht genommenen Notausspeisung empfohlen werden mußte. Nach den eingelaufenen Anmeldungen mußte mit Eintritt der kalten Witterung mit einer Zahl von rund 150.000 Arbeitslosen gerechnet werden. Auch in den übrigen Königreichen und Ländern ergab sich ein unverhältnismäßig hohes Angebot von Arbeitskräften, dem fast gar keine Nachfragen nach solchen gegenüberstanden.

Besonders groß war auch die Zahl arbeitsloser Franen und verursachte dieses Problem große Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen erachtete sich die Sektion I verpflichtet, mit allen Kräften für die Beschaffung von Arbeitskräften einzutreten.

Über Anregung der Sektion hat die Donauregulierungs-Kommission die Wiederherstellung des ursprünglichen Profils des Inundationsgebietes als Notstandsarbeit durchgeführt, bei welcher rund 1000 Personen Beschäftigung fanden.

Es ist ferner bei den staatlichen und autonomen Behörden, sowie bei den größeren Bankinstituten die Inangriffnahme der projektierten, aber wegen des Kriegsausbruches zurückgestellten öffentlichen Bauten erbeten worden. Es wurde der Einstellung von Betrieben dadurch entgegengearbeitet, daß die Unternehmer dazu bestimmt worden sind, erforderlichenfalls mit kürzerer Arbeitszeit oder mit reduzierten Löhnen fortzuarbeiten, nicht aber ihre Betriebe ganz einzustellen. In einer Anzahl von Fällen wurde wegen Freigebung von einberufenen Unternehmern und Enthebung von Arbeitern, welche nach dem Kriegsdienstleistungsgesetze für militärische Zwecke in Anspruch genommen worden sind, behufs Aufrechterhaltung der betreffenden Betriebe erfolgreich interveniert.

Die Sektion ist gegen die Arbeit mit Überstunden in den für militärischen Bedarf beschäftigten Unternehmungen aufgetreten und hat sich bemüht, die Einschränkung zu weitgehender Akkordleistungen herbeizuführen, um einer größeren Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen. Es wurden Erhebungen über die Ursachen und das Ausmaß der Arbeitslosigkeit gepflogen und ist zu deren Einschränkung, wegen Wiederaufnahme des Güterverkehres, Abbau des Moratoriums, Erleichterung der Kreditgewährung, sowie des Bezuges von Rohmaterialien ꝛc. eingeschritten worden. Mittels öffentlicher Aufrufe ist die Bevölkerung aufgefordert worden, sich nicht unnötig einzuschränken, damit die Produktion keine unbegründete Hemmung erfahre.

Die Landbevölkerung wurde im Wege der hochwürdigen Geistlichkeit dahin aufgeklärt, daß die Thesaurierung von Papiergeld oder Scheidemünzen wirtschaftlich unvernünftig ist und es ihren Interessen vielmehr entspreche, wenn sie die infolge des reicheren Absatzes landwirtschaftlicher Produkte zufließenden Barmittel zu Anschaffungen für den Haus- und Wirtschaftsbedarf verwendet. Die Sektion ist auch gegen die Besetzung von Arbeitsplätzen bei den Behörden mit freiwilligen Hilfskräften aus dem Schülerhilfskorps mit Erfolg aufgetreten und hat dadurch einer größeren Anzahl von stellenlosen Handelsangestellten Erwerb zugeführt.

Ein eigenes Sub-Komitee der Sektion hat Tarifsätze für Akkord- und Taglöhne für weibliche Notstandsarbeiten ausgearbeitet und verlautbart, wodurch einerseits den Lohndrückereien entgegengewirkt, anderseits verhütet werden sollte, daß die humanitären Näh- und Strickstuben die befugten Gewerbebetriebe konkurrenzieren und dadurch das Angebot von Arbeitskräften beeinträchtigen.

Allmählich haben sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte vollständig geändert. Die Heranziehung von rund 26.000 Arbeitslosen zu den Befestigungsarbeiten, die Wiederaufnahme des Güterverkehres, der Abbau des Moratoriums, die Hinausgabe so umfangreicher Bestellungen für den Militärbedarf und schließlich die wiederholten Musterungen führten dazu, daß die Mehrzahl der Arbeitslosen Beschäftigung fand und daß gegenwärtig an Stelle der ursprünglich bemerkbar gewesenen Arbeitslosigkeit ein ausgesprochener Mangel an bestimmten Kategorien von Arbeitern getreten ist. Maschinen- und Gesenkschlosser, Schmiede, Werkzeugschlosser, Eisen- und Metall-, sowie Werkzeugdreher, autogene Schweißer, Eisengießer, Fleischhauer und Selcher, Schuhmacher, Gerber, Sattler, Riemer, Zimmerleute, Häuer, Förderer, Kutscher, namentlich aber kräftigere, jüngere Hilfsarbeiter werden heute vergeblich in großer Anzahl gesucht und stellen sich die Erwerbsverhältnisse dieser Arbeiterkategorien ganz ausnehmend günstig. Desgleichen fehlt es an Frauen für Näh- und Strickarbeit. In einzelnen Ländern besteht überdies Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern

Amtsblatt der Stadt Wien. IX.
22./III. 1915
103
Abrüstung – Konferenz.

für die Rüben- und Kartoffelernte, nach Pferdeknechten, Schweizern, Stall- und Hausmägden 2c.

Die der Sektion angegliederte Zentralstelle für Arbeitsnachweis hat im eigenen Wirkungskreise unter Inspruchnahme der Bezirks- und Landarbeitsnachweisestellen 2899 Stellen vermittelt, außerdem aber eine wesentlich höhere Zahl von qualifizierten Hilfsarbeitern, Taglöhnern, landwirtschaftlichen Arbeitern 2c. zugewiesen, doch sind über die auch wirklich erfolgten Aufnahmen der Zugewiesenen Berichte nicht eingelangt, so daß die Zahl der daraus hervorgegangenen Vermittlungen nicht festzustellen ist. Dem Wiener städtischen Arbeitsvermittlungsamt wurden 369 männliche und 2 weibliche freie Stellen und auf Grund der eingelaufenen Berichte der Vermittlungsstellen während der Zeit der eigentlichen Arbeitslosigkeit 75.788 männliche und 16.393 weibliche Stellensuchende bekanntgegeben. Wie viele von den ausgewiesenen Arbeitssuchenden sich bei mehreren Vermittlungsstellen angemeldet und daher auch mehrfach gezählt worden sind, läßt sich nicht ermitteln. Die Organisation des Arbeitsnachweises hat sich jedenfalls bewährt und unter Berücksichtigung der vielen Einzelfälle, denen Erwerb beschafft werden konnte, zweifellos zur Linderung des Notstandes beizutragen vermocht. Mangel an Arbeit besteht heute noch in einer Reihe von Luxusgewerben und bei den geistigen Arbeitern. Kräftigere Leute unter diesen sind dazu bestimmt worden, sich als Taglöhner zu verdingen, doch bleibt immerhin noch eine nennenswerte Zahl schwächlicher und älterer Männer, sowie von Fabriksarbeitern, welche zu weiblichen Handarbeiten vollständig ungeeignet sind, übrig, bei denen die öffentliche oder private Fürsorge bis auf weiteres den Mangel an Arbeitsgelegegenheit ersetzen muß.

Die Sektion II hat sich mit Vorschlägen für die Vorsorge für den Ersatz der Spitalsbetten beschäftigt, welche der Zivilbevölkerung dadurch verloren gehen, daß die öffentlichen Krankenanstalten auch mit verwundeten und kranken Soldaten belegt werden. Die Sektion hat die vom Österreichischen Bühnenverein eingeleitete Hilfsaktion für die notleidenden Schauspieler unterstützt und die Bildung eines Komitees zur Schaffung eines Kriegshilfsfonds für beschäftigungslose Musiker zustandegebracht. Die Sektion verteilt aus den ihr zugekommenen Spenden Unterstützungen und hat sich erbötig erklärt, bei einer Aktion für die Angehörigen des Mittelstandes mitzuwirken, welche bei der Gemeinde Wien angeregt worden ist. Es handelt sich darum, solchen Parteien, welche ihre Wohnung oder Geschäftsbetriebe nicht beibehalten können, die Einrichtung derselben durch Deponierung in geeigneten Räumen zu erhalten. Über Antrag der Sektion hat die Gemeinde Wien eine Vermittlungsstelle für möblierte Wohnungen eingerichtet, um den Flüchtlingen und den aus befestigten Plätzen evakuierten Personen geeignete Wohnungen unentgeltlich zu besorgen. Der Sektion ist seitens des Herrn Bürgermeisters ein Betrag von 3000 K zu dem Zwecke zur Verfügung gestellt worden, um Flüchtlingen aus den mit der Monarchie im Kriegszustande befindlichen Staaten eine augenblickliche Unterstützung zu gewähren. Nach den vorliegenden Belegen sind bisher für diesen Zweck 2098 K 52 h ausgegeben worden und ist daher noch eine Summe von 901 K 48 h verfügbar.

Die Sektion III (für Rechtshilfe) diente zufolge Verfügung Seiner Exzellenz des Herrn Bürgermeisters zugleich als Hilfsbüro der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen. Wunschzettel seitens der im Felde stehenden Militärbehörden sind bisher nur in ganz vereinzelten Fällen zugestellt worden und betätigte sich diese Sektion fast ausschließlich als Rechtshilfsstelle im Sinne der ursprünglichen Widmung der Sektion III der Kommission für soziale Fürsorge.

Es besteht ein eigener Unter-Ausschuß für Wohnungsfürsorge, welcher als Einigungsamt zwischen Vermietern und Mietern zur Verhütung von Delogierungen tätig ist und dank der seitens der Gemeinde gewährten Mietzinsbeihilfen es zu erreichen vermochte, daß die Zahl der Kündigungen nicht wesentlich höher ist als die zur gleichen Periode des Vorjahres. Nachdem die Sektion III als wirtschaftliches Hilfsbureou Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister einen eigenen Bericht über die Tätigkeit erstattet hat, glaube ich von einer detaillierten Berichterstattung über die Wirksamkeit dieser Sektion absehen zu können.

Die Sektion IV der Kommission befaßt sich mit der Evidenzhaltung und Zuweisung freiwilliger Hilfskräfte. Sie führt einen Kataster über die bei ihr unmittelbar oder von anderen Stellen als überzählig angemeldeten freiwilligen Hilfskräfte und vermittelt solche an Vereine, Korporationen oder Komitees, welche die Mittel nicht aufbringen können, Arbeitslose als bezahlte Hilfskräfte anzustellen. Die Sektion hat der Ausspeisungsaktion „Schwarz-gelbes Kreuz", der Aktion „Gold für Eisen", des „Silbernen Kreuzes" und der Ausspeisungsaktion im Rathause freiwillige Hilfskräfte in großer Zahl vermittelt, sowie aus den Recherchenten und Recherchentinnen sämtlicher großen Wiener Wohltätigkeitsvereine einen Recherchenapparat zur Verstärkung des Frauen-Arbeits-Komitees in den Wiener Gemeindebezirken gebildet.

Die Kommission unterhält in ihrem Bureau I., Stock-im-Eisenplatz 3, außerdem eine Zentral-Auskunftsstelle für Kriegsfürsorgeeinrichtung und eine Auskunftsstelle für die bemittelten galizischen Flüchtlinge. Die Leitung des Bureaus erfolgt ehrenamtlich. Die Miete, Heizung, Beleuchtung, ferner die Besoldung des aus acht Personen bestehenden Bureaupersonales bestreitet der Landesverband für Fremdenverkehr in Wien und Niederösterreich aus seinen Mitteln und aus den ihm gewährten Subventionen. Die Druckarbeiten liefert die Firma Otto Maaß & Söhne unentgeltlich. Schreibmaschinenpapier, Farbbänder, Portoauslagen und andere kleinere Kanzleispesen werden aus dem von der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Betrage von 2000 K bestritten. Bisher wurden 422 K 2 h verausgabt, so daß noch ein Restbetrag von 1577 K 98 h zur Verfügung steht.

Der Bürgermeister dankt für die Erstattung dieses eingehenden Berichtes.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller gibt hierauf einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien. In den letzten zwölf Tagen habe das Ministerium veranlaßt, daß die Flüchtlinge nicht mehr nach Wien geleitet werden. Die Zentralstelle hat gegenwärtig über 65.000 Menschen in Versorgung; diese Zahl wird jedoch in den nächsten Tagen auf 85.000 steigen. Der Römersaal im Kaisergarten sei als Auszahlungsraum adaptiert worden. Die Adaptierungen besorge Gem.-Rat Melcher zum Selbstkostenpreis. Die Zentralstelle arbeite in 17 Sektionen. Die 17. Sektion habe die Auffindung der Vermißten durchzuführen.

Amtsblatt der Stadt Wien

22./11. 1915

I

104

Obmänner-Konferenz.

Die Zentralstelle habe bis jetzt zirka 826.000 K an die Flüchtlinge ausbezahlt. Sie besitze weiters eine Teestube und einen Kindergarten. Die durch die Recherchenten der Zentralstelle vorgenommenen Revisionen in den Wohnungen der Flüchtlinge haben ergeben, daß nirgends von Massenquartieren oder hygienischen Übelständen die Rede sein könne.

Gem.-Rat Schwarz-Hiller dankt für die Zuweisung mehrerer städtischer Beamten und ersucht den Bürgermeister um die Genehmigung, daß denselben von der Regierung monatliche Zuschüsse gewährt werden.

Der Bürgermeister gibt hiezu seine Zustimmung.

Der Bürgermeister dankt hierauf dem Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller für seine Tätigkeit.

Vize-Bürgermeister Hoß berichtet, daß die Fürsorgestelle für stellenlose Handelsangestellte am 20. Oktober ihre Tätigkeit begonnen habe und daß bis jetzt zirka 30.000 K ausbezahlt worden seien; es sei auch eine Stellenvermittlung errichtet worden.

Hierauf werden nach dem Berichte und Antrage des Magistrats-Direktors Dr. Weiß die im nachfolgenden Verzeichnisse enthaltenen Referate einstimmig genehmigt.

Verzeichnis der Referate zur Tagesordnung der Obmänner-Konferenz am 17. November 1914.

P. Z. 13805, St. E. W., 1840/1 c, Stadtrats-Beschluß vom 8. Oktober 1914. Übernahme der Kosten für die Verlegung der interurbanen Telephon- und Telegraphenleitungen durch die Gemeinde Wien anläßlich der Errichtung von 70.000 Volt-Freileitung Ebensurth—Wien. (Antrag: Es wird nachträglich genehmigt, daß der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion in Beantwortung ihrer Zuschrift vom 16. September 1914, Z. VIII c, 1142/14, die Übernahme der mit rund 270.000 K veranschlagten Kosten für die Umlegung der staatlichen und in staatlicher Instandhaltung befindlichen Schwachstromluftleitungen entlang der Pottendorferbahn zwischen der Station Inzersdorf und dem Schalthause XII., Pottendorferstraße, in Kabel durch die Gemeinde bekanntgegeben und gleichzeitig den von der K. k. priv. Südbahn-Gesellschaft, von der K. k. Staatsbahn-Direktion Wien, von der Aktiengesellschaft der Lokalbahnen, von der K. k. Polizei-Direktion und von der K. k. Finanz-Bezirks-Direktion Wien für die Umlegung ihrer Leitungen gestellten Bedingungen die Zustimmung erteilt werde.)

P. Z. 13977, M. A. II, 3575, Stadtrats-Beschluß vom 15. Oktober 1914. Verein „Säuglingsschutz" um Bewilligung des Restbetrages der Jahressubvention. (Antrag: Bewilligung der restlichen Subvention von 30.000 K.)

P. Z. 13723, St. Stellw. Unt., 1413, Stadtrats-Beschluß vom 15. Oktober 1914. Erstreckung des Höchstalters bis zum 45. Lebensjahre bei Neuaufnahmen für den Betrieb der städtischen Stellwagenunternehmung anläßlich der Einberufung von Angestellten zum Militärdienste. (Antrag: Es wird nachträglich genehmigt, daß die Direktion der städtischen Stellwagenunternehmung bei Neuaufnahmen zur aushilfsweisen Verwendung anläßlich der Einberufung zum Militärdienste das Höchstalter bis zum 45. Lebensjahre erstrecke.)

P. Z. 13411, M. A. IV, 4649, Stadtrats-Beschluß vom 5. November 1914. Wiener Konzerthaus-Gesellschaft um Erlassung der Feuerwachgebühren. (Antrag: Der Wiener Konzerthaus-Gesellschaft werden bis auf Widerruf, längstens aber auf Kriegsdauer, die für die Beistellung der Feuerwache zu den volkstümlichen Orchesterkonzerten im Konzerthause vorgeschriebenen Gebühren erlassen. Die festgesetzten, den Feuerwehrleuten zukommenden Gebühren sind aus den eigenen Geldern der Gemeinde zu entrichten.)

P. Z. 14710, M. A. IV, 5234, Stadtrats-Beschluß vom 5. November 1914. K. k. Gesellschaft der Musikfreunde um Erlaß der Feuerwachgebühren. (Antrag: Der K. k. Gesellschaft der Musikfreunde wird bis auf weiteres, jedoch längstens auf Kriegsdauer, die Entrichtung der Gebühr für die Beistellung der Wache der städtischen Feuerwehr erlassen; die den Feuerwehrmannschaften für den Wachdienst zukommenden Gebühren werden von der Gemeinde bezahlt.)

P. Z. 14927, M. D., 7655, Stadtrats-Beschluß vom 12. November 1914. Weihnachtsgeschenke der Gemeinde Wien für die im Felde stehenden Angehörigen des II. Korps. (Antrag: Die Gemeinde Wien sendet den im Felde stehenden Angehörigen des II. Korps Weihnachtsgeschenke, und zwar: 4000 Stück Zigarren [2000 Virginier, 2000 Cuba-Portorico], 1,800.000 Stück Sportzigaretten, 60.000 Stück Feuerzeuge, 60.000 Pakete Kakes zu je 1/8 kg und 60.000 Weihnachtskarten. Die Gesamtkosten von rund 112.000 K sind auf der Ausgabs-Rubrik LII „Auslagen anläßlich der Kriegsereignisse" zu verrechnen.)

P. Z. 14405, M. D. 6926, Stadtrats-Beschluß vom 5. November 1914. Regelung der Bezüge und des Dienstverhältnisses der zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke herangezogenen Angestellten der Gemeinde Wien. (Antrag: Die „Vorschrift über die Personal- und Dienstverhältnisse der der bewaffneten Macht angehörigen städtischen Bediensteten mit Bezug auf deren Verpflichtung zur aktiven Dienstleistung im Heere, in der Kriegsmarine, in der Landwehr und im Landsturme" [Anhang II zur Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien] und die Bestimmungen des Stadtrats-Beschlusses vom 29. Juli 1914, P. Z. 11531, haben auch auf die anläßlich des gegenwärtigen Krieges auf Grund des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 236, zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke herangezogenen Angestellten der Gemeinde Wien sinngemäße Anwendung zu finden.

P. Z. 14908, M. A. IX, 4963, Stadtrats-Beschluß vom 12. November 1914. Schlachtgebührentarif für Rinderschlachtungen im Schlachthause St. Marx zur Nachtzeit. (Antrag: Der nachstehende Entwurf eines Schlachtgebührentarifes für die Vornahme von Rinderschlachtungen im Schlachthause St. Marx während der Nachtzeit wird genehmigt: „Anhang zum Schlachtgebührentarife für die Schlachthäuser der Gemeinde Wien. Für die Vornahme von Rinderschlachtungen im Schlachthause St. Marx während der Nacht, das ist von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh, ist nebst der per Stück Rind festgesetzten Schlachtgebühr — derzeit 2 K — noch eine weitere Pauschalgebühr von 50 K pro Nacht zu entrichten. Nehmen mehrere Parteien in ein und derselben Nacht Rinderschlachtungen vor, so ist die Pauschalgebühr auf diese Parteien verhältnismäßig nach der Zahl der von ihnen geschlachteten Rinder aufzuteilen. Für Notschlachtungen, die während der Nacht in diesem Schlachthause vorgenommen werden müssen, entfällt die Entrichtung der Pauschalgebühr.

Amtsblatt der Stadt Wien. 29/11. 1915

1

106

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 10. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom

1. Dezember 1914.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Hoß und Rain, die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. v. Dorn, Dr. Hein, Dr. Schwarz-Hiller, Neumann und Skaret.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Entschuldigt: Vize-Bürgermeister Hierhammer.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß an Stelle des von Wien abwesenden Gem.-Rates Goltz vom Klub der freiheitlichen Partei Gem.-Rat Dr. v. Dorn in die Obmänner-Konferenz delegiert wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt die nachstehende Nachweisung der Zentralstelle bekannt und teilt weiters mit, daß die Gattin des Statthalters, Baronin Bienerth, abermals einen Betrag von 200.000 K für die Zentralstelle erlegt habe und einen monatlichen weiteren Betrag von 200.000 K auf Kriegsdauer in Aussicht gestellt hat.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis einschließlich 30. November 1914.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden: *)					
Für allgemeine Zwecke	2,236.810	42	Für „laufende" Unterstützungen	274.308	36
Für Ausspeisungszwecke	706.343	87	Für „einmalige" Unterstützungen	101.191	85
Für Arbeitslose	9.646	69	Für Ausspeisung	239.274	41
			Für Subventionen	141.000	—
			Für noch nicht rückverrechnete Verläge . .	21.098	34
			Sonstige (Porto, Postsparkassa-Auslagen, Drucksorten 2c.)	3.298	25
			Auslagen für Näh- und Strickstuben . .	74.956	04
			Vorschüsse an die Flüchtlingszentrale . . .	—	—
Summa .	2,952.800	98	Summa .	855.127	25
Ab die Ausgaben .	855.127	25			
Daher noch verfügbar .	2,097.673	73			

Anmerkung: An „laufenden" Unterstützungen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . 109.821 K 25 h

*) Überdies in Werteffekten 130.098 K 82 h Nominale.

Wien, am 30. November 1914.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

Dr. Pompe m. p.,
Magistrats-Kommissär.

* * *

Amtsblatt der Stadt Wien. 29./11. 1915 II 107

Abnahme-Konferenz.

Weiters gibt der Bürgermeister den nachstehenden Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 1. Dezember 1914 bekannt.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 1. Dezember 1914.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause		giro.	a. a.
I.	499	418	—	4	15	62	
II.	8668	7410	110	106	192	850	
III.	7083	6787	132	131	33	—	—
IV.	1502	1303	40	15	33	48	63
V.	5322	5054	13	Abt. XI: 74 20	9	152	—
VI.	1863	1842	—	—	21	—	—
VII.	2231	2035	—	40	35	121	—
VIII.	1645	1427	22	10	25	105	56
IX.	3388	3070	—	—	17	301	—
X.	10421	9899	5	245	82	27	163
XI.	3050	2872	—	26	40	112	—
XII.	6510	6159	—	71	71	—	209
XIII.	7010	6075	—	326	77	532	—
XIV.	6019	5539	—	111	40	329	—
XV.	2795	2604	—	46	49	96	—
XVI.	13440	12504	—	366	125	445	—
XVII.	6709	6390	79	41	47	118	34
XVIII.	3109	2967	4	30	10	98	—
XIX.	2381	2209	33	45	14	80	—
XX.	8567	7952	96	242	67	210	—
XXI.	5026	4813	46	122	45	—	—
Summe	107238				1047	3686	525
ab	4211	99329	580	2071	= 1·92% v.	4211	
	103027				103027		

Ferner teilt der Bürgermeister mit, daß er über eine Beschwerde, daß die Vorschriften für die Bewilligung des staatlichen Unterhaltsbeitrages an die Angehöigen der Kleingewerbetreibenden äußerst strenge gehandhabt würden, an den Statthalter das Ersuchen um kulantere Behandlung der Familien von Gewerbetreibenden bei Gewährung des staatlichen Unterhaltsbeitrages gerichtet habe, ein gleiches Ansuchen habe er auch an die Mitglieder der Unterhaltsbezirks-Kommissionen gerichtet.

Gem.-Rat Leitner ersucht, es möge der Magistrat angewiesen werden, bei seinen Relationen nicht zu strenge vorzugehen, da in der Regel die Anträge des Magistrates genehmigt würden.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß es vorkommt, daß Frauen der Rat erteilt wird, sie sollen ihren Gewerbeschein zurücklegen; einer Zeitungsausträgerin sei der Unterhaltsbeitrag verweigert worden, da sie 8 K monatlich verdiene; einer Hausbesorgerin sei der Unterhaltsbeitrag verweigert worden, weil sie freie Wohnung habe. Diese Zustände seien sehr bedauerlich, da hiedurch die Leute direkt zum Müßiggang gezwungen würden.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß Frauen, die sich um Strickarbeit beworben haben, der Unterhaltsbeitrag eingestellt und bloß der für die Kinder ausbezahlt wurde. Er ersuche den Herrn Bürgermeister um Abhilfe in dieser Richtung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht, ihm solche Fälle bekanntzugeben.

Vize-Bürgermeister Hoß erklärt, daß er in zahlreichen derartigen Fällen interveniert habe, und zwar mit Erfolg; es habe sich jedoch immer herausgestellt, daß die Organe der Gemeinde im Interesse der Partei vorgegangen seien.

Gem.-Rat Dr. Hein billigt die an den Statthalter gerichtete Zuschrift.

Es wird von der Konferenz die in dieser Angelegenheit an den Statthalter gerichtete Eingabe zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt den nachfolgenden Bericht über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 30. November 1914 bekannt.

Im allgemeinen kann berichtet werden, daß die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens sehr günstige sind und durch den Kriegszustand bisher in keiner Weise nachteilig beeinflußt wurden.

Die in Wien endemischen Infektionskrankheiten (Scharlach, Diphtherie, Masern 2c.) zeigen einen der Jahreszeit entsprechenden normalen Stand.

Bauchtyphus ist in den letzten Wochen beim Militär stärker aufgetreten. Im September wurden 40, im Oktober 144, im November 276 Erkrankungen gemeldet.

In der Zivilbevölkerung ist jedoch keine Steigerung der Typhusmorbidität zu verzeichnen. Im November kamen 7 Typhusfälle aus der einheimischen Bevölkerung zur Anzeige gegen 21 im gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres.

Ruhr ist in starker Abnahme begriffen. Aus der Wiener Zivilbevölkerung kamen im November nur mehr 18 Ruhrfälle gegen 116 im Oktober zur Anzeige. Im ganzen wurden bisher 234 Ruhrfälle in der einheimischen Bevölkerung konstatiert.

Cholera: Bisher wurden 366 Choleraerkrankungen in Wien bakteriologisch festgestellt. Hievon betreffen 349 Militär- und 17 Zivilpersonen. Von den Zivilpersonen waren 15 ortsfremd, 2 Fälle gehörten der einheimischen Bevölkerung an. An Cholera sind bisher 51 Kranke gestorben, 169 genesen.

Ohnmacht-Konferenz.

Blattern: Bisher wurden 2 Erkrankungen an echten Blattern konstatiert, welche vom nördlichen Kriegsschauplatze zugereiste Militärpersonen betrafen.

Flecktyphus kam bisher in Wien nicht zur Beobachtung.

Weiters bringt der **Bürgermeister** die nachfolgende Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel, sowie das Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände (Stichtag 23. November 1914) zur Kenntnis.

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 23. November bis 30. November 1913		25. Juli 1914		Woche vom 22. November bis 28. November 1914	
			Preise in Hellern					
			von	bis			von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1	160	220	160	220	180	220
	hinteres	„	180	260	180	260	200	260
Schweinefleisch	junges	„	160	280	160	280	200	280
	abgezogenes	„	180	300	160	280	180	300
Pferdefleisch	vorderes	„	68	112	88	112	88	120
	hinteres	„	96	120	96	120	96	140
Kartoffel	runde	„	8	14	20	26	12	18
Zwiebel		„	10	24	32	40	36	48
Zucker		„	86	96	80	92	86	96
Weizenmehl	Auszugmehl	„	36	44	42	48	68	74
	Mundmehl	„	34	40	40	44	—	—
Brot	weißgemischt	„	28·8	40·8	27·8	42·7	40	53·7
	schwarzgemischt	„	26·3	39·8	25·5	39·7	38·8	48·5
Sauerkraut		„	20	24	—	—	20	28
Fisolen		„	40	70	36	40	56	96
Erbsen	ganz	„	40	60	32	48	60	104
	gespalten	„	48	72	48	64	70	130
Reis		„	40	82	42	82	56	96
Schweineschmalz		„	184	220	176	200	200	240
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	176	208	154	200	200	240
Butter	Tee-	„	340	424	320	400	360	440
	Koch-	„	240	320	220	300	280	340
Margarine		„	180	220	160	200	160	220
Eier	frische	1 Stück	9	12	7	10	14	18
	konservierte	„	—	—	—	—	10	15
Milch im Ausschanke	Voll-	1 l	26	32	26	32	26	32
	Mager-	„	20	26	20	26	20	24
Petroleum		„	26	36	26	36	38	46
Kohle	Stein-	50 kg	176	212	186	204	200	216
	Braun- aus dem Julius-Schachte	„	110	119	107	119	119	132
	Braun- sonstige	„					170	200

Übersicht - Konferenz

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 23. November 1914.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	284.000	—	2.750	—	4.650	255.315	38.780	91.200	8.510	700	530
II.	48,896.100	1.050	224.800	14.515	122·730	9,137.811	33.800	3,756.900	8.445	270.000	11.943
III.	21.000	2.305	24.925	2.190	1.163	1.376	1.120	35.494	47.080	—	134
IV.	—	—	20	—	600	80 300	2.000	2.650	—	5.000	—
V.	4.500	766	900	10	160	7.763	—	38.775	6.720	—	—
VI.	—	—	520	120	500	—	—	—	5.350	620	755
VII.	—	—	1.050	—	670	3.333	—	1.538	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	1.265	—	1.600	—	—	—
IX.	1,336.300	—	12.300	—	1.800	6.035	560	36.900	—	—	—
X.	1,645.000	2.798	133.950	1.900	23.794	5,367.706	17.240	176.780	1.460	500	1.500
XI.	1,071.700	20	2.200	480	31.565	14.956	—	520	—	—	—
XII.	102.000	262	17.515	2.350	117.313	38.234	—	27.187	4.628	—	—
XIII.	10.000	298	370	—	550	9.855	—	570	—	—	—
XIV.	—	—	9.700	—	3.000	14.740	—	10.100	—	—	—
XV.	13.200	107	3.883	—	4.790	13.826	33.545	9.528	3.100	—	—
XVI.	6.000	6	4.470	—	8.530	6.585	—	12.315	—	—	—
XVII.	305.000	759	2 420	10	2.275	3.670	1.168	3.370	170	3.720	2.880
XVIII.	695.000	32	650	—	440	2.800	780	27.550	3.570	—	—
XIX.	1,170.200	8.230	110	10.440	645	1.625	1.780	—	700	—	—
XX.	3,637.879	1.756	9.350	5.500	4.405	212.468	—	2.902	—	—	—
XXI.	268.000	37	2,201.890	*)444.000	129.119	34.460	—	4.420	—	—	—
Summe	59,465.879	18.426	2,653.773	481.515	458 699	15,214.123	130.773	4,240.299	89.733	280.540	17.742

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
I.	13.820	24.170	9.900	184.640	89.010	63.280	5.940	200.000	14.480	6.600	—	—
II.	491.750	33.913	3.265	2,178.745	1,257.175	759.720	521.365	34.000	3,495.240	21,373.502	5,880.620	3,474.900

*) 110.000 kg angeblich von der Militärbehörde beschlagnahmt.

Abnahme-Ansprung

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
III.	167.794	1.598	977	14.234	190.516	18.315	56.315	21.350	32.630	880	182.670	2,370.000
IV.	1.190	23.950	6.350	32.730	1.405	5.500	55	1.400	600	—	80	—
V.	4.670	231	550	13.660	1.180	19.650	11.120	1.000	35.600	150	3.800	—
VI.	600	230	—	700	140	80	—	—	20.000	—	10.000	—
VII.	160	174	150	6.030	5.654	1.780	6.82	110	174.160	—	17.000	—
VIII.	630	1.670	100	2.950	2.100	4.870	—	850	23.000	—	—	—
IX.	2.700	3.490	129.730	62.230	62.600	30.100	2.028	120.000	—	6.720	—	—
X.	9.849	8.450	157.240	79.500	17.166	248.060	49.312	32.450	—	1.400	137.300	1,598.800
XI.	233	56	665	3.340	171	940	—	891	2.221	445.025	12.125	—
XII.	6.555	4.813	15.002	68.577	39.798	61.208	4.742	328.950	63.000	2.900	—	—
XIII.	20.860	2.260	250	3.800	595	4.650	—	2.750	3,267.600	5 100	26.800	4.000
XIV.	107.000	6.060	700	26.600	4.090	343.010	650	—	616.320	249.500	28.800	240.000
XV.	12.840	1.234	5.703	18.995	7.217	111.110	548	31.060	132.130	—	—	—
XVI.	840	27.372	2.400	109.511	653.834	31.063	3.430	10.500	317.000	1.490	250	700
XVII.	530	1.760	1.770	13.560	5.633	11.760	1.207	26.260	32.430	2.350	55.800	—
XVIII.	80.875	5.058	1.185	53.530	19.170	22.910	3.310	10.300	132.320	2.012	650	—
XIX.	—	1.538	100	14.560	13.041	2.390	7.652	—	—	729.700	148.790	981.000
XX.	65.852	43.682	3.210	198.171	2.152	7.978	11.640	117.180	8.850	2,799.700	3,662.800	385.700
XXI.	660	3.360	7.850	20.665	10.560	7.930	278	62.233	19.500	52.300	57.250	93.650
Summe	989.408	195.069	347.097	3,106.728	2,383.207	1,836.224	680.274	1,001.284	8,387.081	25,678.729	10,224.735	9,148.750

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	—	—	—	1.700	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	2,745.400	955.700	1.725	129.300	13.200	2,141.300	3,525.020	20.300	213.300	7.400	850	—
III.	5.900	—	68	4.000	50	250	—	—	4.200	57.340	—	—
IV.	—	—	170	700	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	100	775	6.400	400	100	—	—	4.300	2.350	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	25.000	4.000	15.000	—
VII.	—	—	—	—	—	300	—	—	1.900	9.000	500	—

III

Obmänner-Konferenz.

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX	—	—	—	—	—	800	210	—	—	—	—	—
X.	1,326.200	5.800	12.180	7.000	2.750	314.720	52.800	—	46.000	44.000	—	79
XI.	105.000	—	252	—	—	—	—	—	1.500	17.000	—	—
XII.	—	—	—	4.550	—	1.020	5.100	—	—	—	—	—
XIII.	1.080	400	100	—	—	3.200	3.950	—	44.500	31.600	—	—
XIV.	950.000	—	—	3.600	—	940	—	—	—	—	—	—
XV.	—	—	510	1.350	19.250	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	260	1.460	2.600	3.790	3.150	1.750	—	30.000	19.000	—	—
XVII.	—	1.250	200	200	330	500	600	—	70.000	35.670	600	—
XVIII.	—	2.000	340	585	—	550	—	—	7.100	1.800	—	—
XIX.	—	1.430	—	—	—	3.400	8.380	—	23.390	10.160	—	—
XX.	608.200	10.000	7.115	—	1.373	1,146.800	3.050	—	18.400	8.900	—	—
XXI.	260.000	800	—	—	—	94.000	12.390	—	15.800	3.700	8.500	—
Summe	6,001.780	977.740	24.895	161.985	41.143	3,711.030	3,613.250	20.300	505.390	251.920	25.450	79

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf die kaiserlichen Verordnungen vom 28. November 1914, betreffend die Erzeugung und Inverkehrsetzung von Mehl, und betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Getreide und Mehl.

Er habe sich vorgestellt, diese Verordnungen sollten folgende Wirkungen haben:

1. Daß die in spekulativer Tendenz zurückgehaltenen Vorräte auf den Markt kommen;

2. daß niedrigere Preise als jetzt gezahlt werden und einer weiteren Steigerung der Preise Einhalt getan werde, ferner daß

3. für das Militär wie für das Zivil die gleichen Preise zu gelten hätten. Vor allem sei die Inkongruenz der Requisitionspreise für Militär und Zivil nicht zu erfassen.

Weiters werden in Ungarn die Höchstpreise komitatsweise festgesetzt und bei uns durch die Landesregierungen; dadurch entstehe eine Vielfältigkeit der Höchstpreise, die höchst bedenklich sei. Es werde sich ein Übergewicht Ungarns gegenüber Österreich ergeben, auch stehen die beiden Regierungen wegen Festsetzung der Höchstpreise nicht im Verkehr. Wenn die Höchstpreise z. B. in Wien niedriger wären wie in Budapest, so fließen unsere Vorräte nach Budapest.

Nach der Verordnung sei das Sackgeld als Zuschlag zulässig, dieses sei nicht tarifiert und ziemlich hoch, 1 K 20 h bis 3 K.

Bisher seien 45 Prozent Weizenmehl Nr. 0 erzeugt worden, jetzt dürfen nur mehr 15 Prozent erzeugt werden. Die Produktion sei auf ein Drittel beschränkt. Es komme daher weniger auf den Markt. Das Null-Mehl werde noch teuerer werden. Die Wiener müssen sich dann mit Kochmehl, die Bäcker mit Brotmehl begnügen. Das Brotmehl sei eine Mischung, deren eines Produkt einen Höchstpreis habe, das andere dagegen nicht. Die Mischung geschehe nach der Aussage eines gewiegten Fachmannes in der Regel erst beim Bäcker; am gebackenen Brot könne die prozentuelle Zusammensetzung der Mischung nicht mehr konstatiert werden.

Der Bürgermeister erklärt, die Gemeinde Wien müsse zu dieser Verordnung, die er für ganz unzulänglich halte, Stellung nehmen, um ihre Durchführung auf bessere Wege zu leiten.

Gem.-Rat Reumann beanständet, daß für die Festsetzung der Höchstpreise die Preise der letzten zwei Oktoberwochen zugrundegelegt werden sollen, denn dadurch werden zu hohe Preise entstehen. Der größte Fehler der Verordnung sei, daß die Requisitionspreise für das Militär niedriger angenommen wurden als für das Zivil. Bezüglich der Erhebung der Vorräte habe sich die Regierung die größte Lässigkeit zuschulden kommen lassen. Die Verproviantierung der Zivilbevölkerung sei ebenso notwendig wie die der Soldaten.

Die Obmänner-Konferenz müsse erklären, daß sie durch diese Verordnung eine gewaltige Enttäuschung erlebt habe, und daß

Amtsblatt der Stadt Wien
29./11. 1915
VII.
112
Obmänner-Konferenz

die Regierung die Angelegenheit in einer Weise vernachlässigt habe, die die größten Schäden mit sich bringen könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß die amtlichen Notierungen an der Börse alle falsch seien; woher soll dann die Regierung die Preise der zwei letzten Oktoberwochen nehmen?

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, es sei möglich, daß seitens des Militärs niedrigere Preise gezahlt würden als seitens des Zivils; die Händler müssen sich ja fürchten, Waren zu bringen, da sie ihnen seitens des Militärs zu einem niedrigeren Preis als dem Einkaufspreis abgenommen werden können. Es müßten Höchstpreise auch für die Beimischung angestrebt werden, z. B. für Hafer, Kukuruz u. s. w. Den Vorratserhebungen müßten Sachverständige beigezogen werden. Die Erhebungen müßten hauptsächlich bei den Grundbesitzern durchgeführt werden. Es solle auch bei der Bier-Erzeugung eine Einschränkung erfolgen. Im übrigen stimme er den Anträgen des Vorredners zu.

Vize-Bürgermeister Rain meint, man solle die Regierung darauf aufmerksam machen, die Einsicht in die Bücher zu verlangen, um das Verhältnis des Bezuges der einzelnen Mehlsorten zu konstatieren. Die Warenaufnahmen seien sehr unregelmäßig.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß diese Verordnung zum schärfsten Protest herausfordere. Die Regierung könnte den Höchstpreis gleich selbst festsetzen. Ein schwerer Fehler sei die Divergenz zwischen dem militärischen und zivilen Requisitionspreis. Jeder Waggon Getreide oder Mehl gehe auf Gefahr des Käufers, dieser Zustand sei unerträglich. Der Protest müsse sich richten gegen die länderweise Festsetzung der Höchstpreise, man müsse einen einheitlichen Höchstpreis für Österreich-Ungarn verlangen, sowie die Gleichstellung der Preise für Militär und Zivil

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß das Militär zu Beginn des Krieges die Preise hinaufgetrieben habe und jetzt drückt es die Preise wieder hinunter. Es sei auch zu bemängeln, daß eine Kontrolle über die Angaben von Warenvorräten nicht stattfinde. Er weist darauf hin, daß in kurzer Zeit eine Steigerung der Milchpreise eintreten werde, was eben wieder in der Nebenteuerung seinen Grund habe, da zur Aufziehung der jungen Kälber für das sogenannte „Trankl" Mehl notwendig sei.

Vize-Bürgermeister Hoß erklärt, daß man sich über die vorhandenen Vorräte nicht im klaren sei, Sachverständige hätten heute konstatiert, daß in Niederösterreich keine Mehlvorräte vorhanden seien, eine Stunde später sei ein größeres Anbot aus Niederösterreich eingelaufen.

Der Bürgermeister gibt bekannt, er habe bereits im Monat August beim Minister-Präsidenten den Vorschlag auf Einsetzung einer gemeinsammen Einkaufs-Kommission gemacht, bis heute sei jedoch nichts geschehen. Wäre damals dieser Forderung stattgegeben worden, so wäre die heutige Notlage nicht da.

Der Bürgermeister erklärt hierauf, er werde der Regierung eine Resolution unterbreiten, die folgende Gedanken enthalten werde: Die in der Obmänner-Konferenz vereinigten Parteien geben ihrem tiefen Bedauern Ausdruck, daß die Regierung den von der Gemeinde vorgebrachten Klagen und Forderungen keine Folge gegeben habe; die gegenwärtige Verordnung werde der Bevölkerung mehr schaden als nützen. Die verschiedenartige Festsetzung der Höchstpreise in den einzelnen Ländern bringe eine Verschiebung des Getreides mit sich, die sehr schädlich sei.

Weiters solle in der Resolution aufmerksam gemacht werden auf die Inkongruenz der Requisitionspreise für Zivil und Militär und deren schädliche Folgen, weiters sollen in ganz Österreich am gleichen Tage die Vorratserhebungen durchgeführt werden.

Gem.-Rat Skaret meint, es wäre gut, in einer öffentlichen Gemeinderats-Sitzung diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß bei aller Zurückhaltung in der Debatte der Gemeinderat durch eine derartige Beratung gefährdet sei; auch wäre die Wirkung einer solchen Debatte nach außen hin keine günstige.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn meint, es solle in der Resolution auch darauf hingewiesen werden, daß die Erhebung der Warenvorräte schon vor dem Kriege verlangt wurde.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß ihn die Berichte vom Schlachthause St. Marx mit Besorgnis erfüllen; die Zahl der aufgetriebenen Kühe steige täglich, unter 6000 Rindern hätten sich am letzten Markttage 2300 Kühe befunden, wovon die Hälfte trächtig war. Unter diesen Kühen befanden sich solche aus Oberösterreich. Er wolle das Ackerbauministerium auffordern, durch eine Kundmachung die Landbevölkerung vor den Umtrieben gewissenloser Agenten zu warnen. Er werde auch der Regierung in einer Eingabe seine schwere Besorgnis mitteilen. Es stünde eine Fleisch- und Milchnot bevor.

V.-A. Nr. 283/14.

An die Veterinäramts-Direktion!

Der Kriegszustand unserer Monarchie ist auch auf die Beschickung des Fleischmarktes selbstverständlich nicht ohne Einfluß geblieben.

Die Fleischeinfuhr aus Rumänien, eigentlich nie von wesentlicher Bedeutung, sistierte mit einem Waggon von 50 Schweinen aus Burdujeni, der am 15. Juni 1914 in der Großmarkthalle zur Ausladung gelangt war. Anders verhält es sich jedoch mit der Einfuhr von Fleisch aus Serbien, welche durch leistungsfähige Firmen in der Großmarkthalle auf wöchentlich zirka 100.000 kg Schweinefleisch gebracht wurde, während Rindfleisch, obwohl von besserer Qualität als solches rumänischer Provenienz, in ganz geringen Mengen auf den Markt gelangte. Die letzte Sendung langte am 25. Juli 1914 in Wien ein. Die Preise für serbisches Schweinefleisch, die sich in der Höhe von 1 K 50 h bis 1 K 80 h bewegten, wurden von den Preisen für hiesige und ungarische Provenienz von 1 K 40 h bis 2 K 40 h seit Mitte November 1 K 50 h bis 2 K 60 h per Kilogramm abgelöst.

Trotz des Ende September 1914 einsetzenden Ausfalles der galizischen Fleischzufuhren zeigten die Preise für alle Fleischsorten wegen der rückgängigen Tendenz in St. Marx einen Preisausfall, der erst mit Beginn des Monates November bei Kalb- und Schweinefleisch eine steigende Richtung annahm. Die Preise für Rindfleisch mährischer Provenienz, die mit Anfang September von 1 K 60 h bis 2 K per Kilogramm, ja sogar in der zweiten Novemberwoche auf 2 K 10 h hinaufschnellten, gaben Anlaß, daß die Einsender aus Mähren, die vor Kriegsbeginn wöchentlich 8000 bis 10.000 kg Rindfleisch sendeten, nun

geradezu kolossale Mengen (in der abgelaufenen Woche 59.963 kg) Fleisch von Rindern sendeten, das fast vorwiegend von jungen Tieren, und zwar größtenteils von Kalbinnen stammte. Ebenso auffällig ist es, daß aus diesem Kronlande neuestens eine große Anzahl von Spanferkel und jungen Schweinen einlangt, für welche Zufuhr ebenfalls der schon seit Mitte Oktober erzielte Erlös von 1 K 80 h bis 3 K per Kilogramm verantwortlich gemacht werden muß. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch beim Fleisch niederösterreichischer Provenienz. Auch hier ist die Zufuhr um mehr als das Doppelte gestiegen. Wie in Mähren, wird auch hier vorwiegend Fleisch von Jungvieh, Kalbinnen und Kühen eingesendet. Möglich, daß Futtermangel und der früh eintretende Schneefall manches Stück Vieh, das der Landwirt in Ermanglung des unmöglich gewordenen Weideganges nicht überwintern will, dem Metzger überliefert hat, größtenteils scheinen jedoch Angstverkäufe und geschickte Ausnützung der Marktlage seitens der Händler, welche die hohen Preise als Lockmittel ausgiebigst benützen, die Ursache der hohen Zufuhrziffern zu sein.

Vergleichende Übersicht

a) über die in der neuen Halle eingelangten Fleischwaren in Tonnen:

Jahr	September		Oktober	
	Galizien, sonst. Provinz	ohne Serbien		
1913	519·3	221·5	785·2	199·1
1914	75·6	417·6	8 1	493·5
gegen das Vorjahr	— 443·7	+ 196·1	— 777·1	+ 294·4

Jahr	November	
	Galizien, sonst.	Provinz ohne Serbien
1913	724·6	269·6
1914	5·6	391·5
gegen das Vorjahr	— 719·0	+ 121·9

b) über die per Wagen von auswärts in die alte Halle eingeführten Rindfleisches in Tonnen:

Jahr	September	Oktober	November
1913	108·9	147·2	149·0
1914	212·6	314·8	372·2
	+ 103·7	+ 167·6	+ 222·8

Dr. Remeczek m. p.,
Veterinäramts-Direktor.

Dr. Dreyler m. p.,
städt. Veterinäramts-Inspektor.

Ausweis

über die in der Zeit vom 22. bis 28. November 1914 erfolgten Auftriebe von Schlachtvieh auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx.

Aufgetrieben:

5737 Stück Mastvieh,
319 Stück Weidevieh,
5347 Stück Beinlvieh, zusammen 11.403 Stück Rinder.

Hievon waren:

4530 Stück Ochsen,
1092 Stück Stiere,
5740 Stück Kühe und
41 Stück Büffel, zusammen 11.403 Stück Rinder.

Unter den aufgetriebenen 5740 Kühen befanden sich 1410 Melkkühe und 36 trächtige Kühe.

Der Marktamts-Direktor:
Bauer m. p.

Gem.-Rat Skaret fragt an, ob es nicht möglich wäre, das Schlachten oder Handeln mit trächtigen Tieren von unserem Viehmarkte auszuschließen, und ob es nicht möglich sei, durch das Ackerbauministerium ein Verbot auf das Schlachten von trächtigen Kühen zu erreichen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß die bereits erschienene Verordnung, betreffend das Verbot der Kälberschlachtung, wegen ihrer zahlreichen Ausnahmen sich als unzulänglich erwiesen habe. Er werde über die Anregung des Gem.-Rates Skaret einen Bericht verlangen.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit dem Inhalte der Resolution einverstanden. Der Wortlaut derselben wird in der nächsten Sitzung bekanntgegeben werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt weiters aus, daß die Tätigkeit des wirtschaftlichen Hilfsbureaus eine äußerst ersprießliche sei.

Hierauf gibt der Bürgermeister den nachstehenden Tätigkeitsbericht des wirtschaftlichen Hilfsbureaus bekannt.

Wirtschaftliches Hilfsbureau der Gemeinde Wien.

Dieses vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner eingesetzte Hilfsbureau für Privat-Angelegenheiten der Einberufenen und der durch den Krieg in Notstand Geratenen konnte am 23. d. M. auf eine dreimonatliche erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Nicht weniger als 10.269 Parteien haben in dieser Zeitperiode seine Hilfe angerufen und die Arbeiten haben in den letzten Wochen eine derartige Steigerung erfahren, daß die von der Zentralstelle für Wohnungsreform und Kaiser Franz Josef-Stiftung im Hause der letzteren IX., Peregringasse 2, zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten zu enge wurden und nunmehr die genannte Stiftung sich veranlaßt sah, noch weiters ein geräumiges, von der Gemeinde eingerichtetes Gassenlokal als Warteraum zur Verfügung zu stellen.

Unter dem Vorsitze von Exzellenz Dr. v. Wittek und seinen Stellvertretern Vize-Bürgermeister Hierhammer, Vize-Präsident der Advokatenkammer Dr. Pfeiffer und Advokaten Dr. Friedrich Frey, welcher auch als ständiger Berichterstatter fungiert, werden von den 33 freiwilligen Referenten (darunter 4 Universitätsprofessoren, 10 Richter, 12 Anwälte und 7 Beamte aus dem öffentlichen Verwaltungsdienste) und der aus wenigen Angestellten bestehenden Kanzlei die vielseitigen Angelegenheiten erledigt.

Das Hilfsbureau hat in 1260 Unterhalts-Angelegenheiten interveniert und war bemüht, auf eine möglichst extensive Auslegung des § 1 des Gesetzes vom 26 Dezember 1912 hinzuarbeiten, den Kreis der Anspruchsberechtigten zu erweitern (freiwillig Eingerückte, polnische Legionäre, Ersatzreservisten); vielfach hat es auch versucht, die wirtschaftlichen Verhältnisse des eingerückten Kleingewerbetreibenden zu ordnen. Es wurden Rechtsgeschäfte abgewickelt, Verträge geschlossen und aufgelöst, Schulden eingefordert, Nachlässe erwirkt, für die Familien von Eingerückten in Vormundschaftssachen, Kuratel-Angelegenheiten,

Amtsblatt der Stadt Wien.
29./VII. 1915

14

114

Obmänner-Konferenz

Schulsachen, Ehesachen, Erbverhältnissen interveniert; Schadenersatzansprüche der Repatriierten wurden aufgenommen, die Erforschung von Vermißten in 120 Fällen versucht. Die Zahl von Informationsaufnahmen in den Spitälern betrug 372, 460 Soldaten sprachen im Hilfsbureau selbst vor und wurden in ihren Privatrechts-Angelegenheiten beraten.

Eine besondere Tätigkeit entfaltete das Bureau und der von ihm eingesetzte Unter-Ausschuß für Wohnungsfürsorge, der unter Leitung von Exzellenz Dr. v. Wittek steht, welchem als Obmann-Stellvertreter Hofrat Dr. Maresch und kaiserl. Rat Glossy beigeordnet sind, auf dem Gebiete der Miet-Angelegenheiten, das allein 4970 Fälle umfaßte. Hievon wurden 90 Prozent ohne finanzielle Beihilfe der Gemeinde und sonstigen Fonds, 7·5 Prozent unter Mithilfe der Gemeinde und 2·5 Prozent mit Unterstützung anderer Fonds (Künstlerfürsorge-Komitee 2c.) geordnet. Die dabei gepflogenen statistischen Erhebungen zeigten zum Oktobertermin, daß die Zahl der Kündigungen bei den Wiener Bezirksgerichten 7286 (gegenüber 7379 im Jahre 1913) betragen und im Novembertermine bei Monatswohnungen gegenüber 5809 im Vorjahre nur um 480, also auf 6289 stiegen. Die Zahl der Vierteljahrskündigungen betrug im November 5183 gegenüber 4973 im Vorjahre. In diesen Erhöhungen tritt gewiß noch keine krisenhafte Erscheinung zutage. Allerdings können die nächsten Monate dieses verhältnismäßig günstige Bild noch ändern. Eine beträchtliche Kündigungszunahme ist bei den Monatswohnungen nur im IV. und V. Bezirke, dann im III., XVI. und XVII. Bezirke wahrzunehmen, während in vielen anderen Bezirken (insbesondere II., XXI. und XII) eine wesentliche Abnahme zu bemerken ist. Bei den Kündigungen für Vierteljahrswohnungen hat vorwiegend der IV. und V., dann der VI. und VII. Bezirk zugenommen, während im I. bis III. Bezirk Abnahmen zu verzeichnen sind.

Die Zahl der Delogierungen ist ganz unverhältnismäßig zurückgegangen; es genügt beispielsweise anzuführen, daß sie pro 1. November in den Bezirken Ottakring nur 8, Favoriten 4, Meidling 4, Rudolfsheim 3 betrug, eine Zahl, die kaum den zehnten Teil jener in früheren Jahren eingetretenen ausmacht, was gewiß auch auf die Tätigkeit des Hilfsbureaus zurückzuführen ist.

Sodann bringt der Bürgermeister den nachstehenden Bericht über die Schneesäuberung anläßlich der Schneefälle vom 23. und 24. November, zur Kenntnis.

M. Abt. VI.

Wien, am 25. November 1914.

An den Herrn Bürgermeister!

Nachdem am Montag den 23. November 1914 bereits tagsüber es schneite, wurden seitens der Herren Bezirksvorsteher jener Bezirke, die die Straßenpflege in eigener Verwaltung haben (III., V., VII., IX., XI., XIII., XVII., XIX., XX. und XXI. Bezirk) und seitens des städtischen Fuhrwerksbetriebes (die übrigen Bezirke) alle Vorkehrungen getroffen, um einem dauernden größeren Schneefall sofort zweckmäßig entgegentreten zu können.

Es schneite die ganze Nacht hindurch. Schon in den frühen Morgenstunden traten die Schneepflüge in Aktion, das ständige Straßenpersonal begann seine Tätigkeit und wurden, wie sonst üblich, Hilfskräfte (Schneeschaufler) aufgenommen. Allein es zeigte sich gestern, in welch geringer Anzahl sich solche gegenüber anderen Jahren meldeten, ein Zeichen, welches für ein sehr geringes Vorhandensein von Arbeitslosen und Arbeitswilligen spricht. Obwohl die sich Meldenden, darunter viele Frauen, halbwüchsige Burschen und Mädchen, Aufnahme fanden, ergaben sich bezirk weise nur folgende Zahlen:

I. Bezirk	. . .	483	(benötigt werden 1000 bis 1200)
II. „	. . .	94	(obwohl in diesem Bezirke sehr viele total mittellose Flüchtlinge leben sollen)
III. „	. . .	100	
IV. „	. . .	21	
V. „	. . .	70	
VI. „	. . .	27	
VII. „	. . .	52	
VIII. „	. . .	59	
IX. „	. . .	210	
X. „	. . .	39	
XI. „	. . .	19	
XII. „	. . .	47	
XIII. „	. . .	100	
XIV. „	. . .	58	
XV. „	. . .	41	
XVI. „	. . .	199	
XVII. „	. . .	152	
XVIII. „	. . .	60	
XIX. „	. . .	—	(Trotz des Bedarfes hat sich niemand gemeldet; auch heute meldete sich in diesem Bezirke niemand)
XX. „	. . .	64	
XXI. „	. . .	29	
Zusammen	.	1924	

Aufgenommen wären im Anbotsfalle mindestens 3000 bis 4000 worden. Heute bei günstigerer Witterung ist den Berichten nach das Angebot ein größeres, doch noch immer kein genügendes.

Mit Ausnahme des IX. Bezirkes, wo einige Pferdestürze stattfanden, welchem Übelstande durch stärkeres Bestreuen entgegengetreten wurde, sind dem Gefertigten bisher keinerlei Klagen oder Beschwerden zugekommen.

Mit dem vorhandenen Personale und dem Hilfspersonale in Verbindung mit den Schneepflügen wurde die Schneereinigung nach besten Kräften durchgeführt. Die Schneeabfuhr beginnt am heutigen Tage nach Möglichkeit in intensiverer Weise.

Die Obmänner-Konferenz beschließt hierauf einstimmig, im Fasching 1915 von der Veranstaltung eines Balles der Stadt Wien Umgang zu nehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner referiert hierauf über die Verwendung des Wiener Landwehrfonds und beantragt, diese Verwendung unter Aufhebung des Gemeinderats-Beschlusses vom 2. August 1897 neu zu regeln, wie folgt:

Aus dem Fonds können beteilt werden:

1. In Wien heimatberechtigte, infolge Mobilisierung oder Einberufung des Landsturmes oder infolge freiwilligen Eintrittes oder Zugehörigkeit zu einer landsturmpflichtigen Körperschaft zur aktiven Dienstleistung oder nach dem Kriegsleistungsgesetze zur persönlichen Dienstleistung für Kriegszwecke herangezogene Per-

Amtsblatt der Stadt Wien
29./VII. 1915

I

115

Abwesenheits-Konferenz

sonen des Mannschaftsstandes, wenn sie während der aktiven Dienstleistung oder während der persönlichen Dienstleistung für Kriegszwecke eine Verwundung, eine körperliche oder gesundheitliche Schädigung erlitten haben, die sie zu ihrem Berufe oder früheren Erwerbe ganz oder teilweise unfähig macht.

2. Angehörige der im Punkt 1 bezeichneten, vor dem Feinde gefallenen oder infolge Verwundung oder körperlicher oder gesundheitlicher Schädigung verstorbenen Personen, wenn diese Angehörigen mit ihrer Versorgung ganz oder teilweise auf einen solchen Familienerhalter angewiesen waren.

In besonders rücksichtswürdigen Fällen können aus dem Fonde auch beteilt werden:

a) Angehörige der im Punkte 1 bezeichneten, für Kriegszwecke herangezogenen Personen, wenn jene Angehörigen hiedurch ihrer Stütze ganz oder zum größten Teile beraubt werden, und zwar nur auf die Dauer der Abwesenheit der Ernährer und

b) Angehörige der im Punkte 1 bezeichneten, infolge einer während der persönlichen Dienstleistung für Kriegszwecke erlittenen Verwundung, körperlichen oder gesundheitlichen Schädigung ganz oder teilweise berufs- oder erwerbsunfähig gewordenen Personen, wenn diese Angehörigen mit ihrer Versorgung ganz oder teilweise auf einen solchen Familienerhalter angewiesen sind.

Als Angehörige haben die im § 2 des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 237, bezeichneten Personen zu gelten.

3. Unter den vorangeführten Personen haben jene den Vorzug, die dem auf Grund des kaiserlichen Patentes vom 22. August 1851, R.-G.-Bl. Nr. 191, bestehenden Wiener Bürger- und Schützenkorps und dem auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 4. Juli 1914, R.-G.-Bl. Nr. 141, errichteten k. k. österreichischen Kriegerkorps, beziehungsweise den Wiener Kriegervereinen beitreten, ferner jene, die Familienangehörige (im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 237) derartiger Korps- und Kriegervereinsmitglieder sind.

4. Aus dem Fonds können entweder einmalige Zuwendungen oder Renten gewährt werden. Ob anderweitige Versorgungsgenüsse von der Beteiligung aus dem Fonds ausschließen, ist nach den Verhältnissen des einzelnen Falles zu beurteilen.

Für die Beteilung aus dem Fonds können Kapital und Zinsen verwendet werden, doch muß ein Kapital im Nominalbetrage von einer Million Kronen unberührt bleiben.

5. Die zu Beteilenden und die Höhe der Zuwendungen bestimmt der Bürgermeister.

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

Gem.-Rat Steiner stellt die Bitte, es möge die Gemeinde einem Komitee eine Subvention gewähren, an dessen Spitze Exzellenz Dr. Exner stehe, welches sich mit der Sammlung von Mitteln zur Beschaffung von künstlichen Gliedmaßen beschäftige.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, es sei dies nicht nötig, da so wie so ein Teil des Erträgnisses des Schwarzgelben Kreuzes für diesen Zweck verwendet werde

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller beschwert sich, daß er bezüglich seiner Gebarung in der Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien kein Absolutorium bekommen und bittet den Bürgermeister um seine Intervention.

Der Bürgermeister sagt seine Vermittlung zu.

Vize-Bürgermeister Hoß referiert über die Bewilligung einer Subvention für den Roten Halbmond per 20.000 K.

Die Subvention wird einstimmig bewilligt.

Vize-Bürgermeister Rain referiert über die Verlängerung der mit der Firma Soini & Komp. bestehenden Verträge über die Errichtung und Benützung von Ankündigungssäulen auf städtischem Grunde und beantragt:

§ 1.

Die Firma Soini & Komp. verflichtet sich, bis längstens 1. April 1915 im Gemeindegebiete von Wien 60 neue Ankündigungssäulen nach dem bereits bisher genehmigten Muster auf städtischem Straßengrunde zu errichten.

§ 2.

Das Eigentum dieser Säulen geht mit deren Errichtung als Zubehör der öffentlichen Straßen und Plätze, ohne daß es einer besonderen Übergabe bedarf, auf die Gemeinde Wien über. Die Erhaltung der Säulen in stets gutem Zustande obliegt während der Vertragsdauer der Unternehmerin.

§ 3.

Die Gemeinde Wien gibt der Firma Soini & Komp. und die Firma Soini & Komp. nimmt von der Gemeinde Wien

a) die im § 1 angeführten Ankündigungssäulen vom Zeitpunkte ihrer Errichtung,

b) die im Wiener Gemeindegebiete bereits bestehenden 240 Ankündigungssäulen auf öffentlichen Straßengründen vom 1. Juli 1916 an in Bestand.

Die Firma Soini & Komp. hat um Bestimmung der Aufstellungsplätze für die neuen Säulen beim Magistrate Abteilung IV anzusuchen.

§ 4.

Die Firma Soini & Komp. hat als jährlichen Bestandzins

1. für jede der im § 3 unter a) angegebenen Säulen vom 1. April 1915 bis 31. Dezember 1916 75 K, vom 1. Jänner 1917 bis zum 31. Dezember 1919 142 K und vom 1. Jänner 1920 bis 30. Juni 1926 312 K,

2. für jede der im § 3 unter b) angegebenen Säulen vom 1. Juli 1916 an 312 K zu entrichten.

Der Bestandzins ist in vierteljährigen Raten im vorhinein bei der städtischen Hauptkassa zu erlegen.

§ 5.

Dieser Vertrag endet mit dem 30. Juni 1926, wenn er längstens am 31. Dezember 1925 gekündigt wird. Unterbleibt diese Kündigung, so tritt eine stillschweigende Erneuerung des Vertrages ein.

Beiden Vertragsteilen steht sodann eine halbjährige, jederzeit zulässige Kündigung des erneuerten Vertrages offen.

Insolange jedoch die Gemeinde nach diesem Zeitpunkte von ihrem Kündigungsrechte keinen Gebrauch machen sollte, ist die Firma Soini & Komp. verpflichtet, auch für jede der im § 3 unter a) angegebenen Säulen einen jährlichen Bestandzins von 312 K zu entrichten.

Amtsblatt der Stadt Wien

29./VII. 1915

XI

116

Abrainer — Konferenz

§ 6.

Die Bestandnehmerin verpflichtet sich, wenn es öffentliche Rücksichten verlangen, die Säulen auf ihre Kosten über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien binnen 14 Tagen auf andere vom Wiener Magistrate zu bestimmende Plätze zu versetzen oder gänzlich zu beseitigen, alle ihr zum Anschlage zugemittelten öffentlichen Verlautbarungen der Gemeinde Wien jederzeit unentgeltlich, und zwar von dem der Zustellung der betreffenden Verlautbarung nachfolgenden Tage angefangen während der vom Magistrate zu bestimmenden Anschlagsdauer entweder an allen bestehenden Säulen oder nur an den vom Magistrate zu bezeichnenden Säulen an einer gut sichtbaren, möglichst in der Mitte der Säule gelegenen Stelle auf einem Flächenraum bis zu 0·70 m Höhe und 0·92 m Breite durch ihre Bediensteten anbringen zu lassen.

Die Bestandnehmerin hat dafür zu sorgen, daß die mit dem Ankleben der Ankündigungen betrauten Personen in anständiger Kleidung erscheinen und auf der Straße keinerlei Anlaß zur Beanständung bieten; die Bestandnehmerin hat ferner zu verhüten, daß durch die Errichtung der Säulen oder durch das Anschlagen der Ankündigungen Beschädigungen der Gartenanlagen, Bäume, Baumscheiben u. s. w. verursacht werden. Die Bestandnehmerin hat die Verwendung unhöflicher Bediensteter oder solcher, die Anlaß zur Beanständung geben, über Verlangen der Gemeinde sofort einzustellen.

§ 7.

Die Bestandnehmerin verpflichtet sich, die Säulen im Inneren unentgeltlich zur Hinterlegung von Geräten zu Zwecken der Straßensäuberung oder der städtischen Straßenbahn zu überlassen; es ist jedoch wegen Ausübung dieses Rechtes mit der Bestandnehmerin vorher das Einvernehmen zu pflegen.

§ 8.

Die Entfernung von Säulen oder die Änderung ihrer Aufstellungsplätze ohne Zustimmung der Gemeinde ist unzulässig.

§ 9.

Während der Vertragsdauer wird die Gemeinde Wien einem anderen Unternehmer die Genehmigung zur Errichtung neuer gleicher oder ähnlicher Säulen oder Kioske zur Anbringung von Ankündigungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen nicht erteilen.

§ 10.

Die Gemeinde ist berechtigt, in nachstehenden Fällen den Vertrag vor Ablauf der bedungenen Zeit für aufgelöst zu erklären:

a) Wenn die Unternehmerin mit der Säulenaufstellung säumig ist und einer diesbezüglichen Weisung binnen acht Tagen nicht nachkommt;
b) wenn sie die Bewilligung zur Säulenaufstellung oder zur Benützung von Säulen ohne schriftliche Zustimmung der Gemeinde ganz oder teilweise an einen anderen überträgt;
c) wenn die bedungenen Bestandzinsraten nicht binnen 14 Tagen nach dem Tage der Fälligkeit entrichtet werden.

§ 11.

Die zur Ausfertigung dieses Vertrages und für die Empfangsbestätigungen über die bezahlten Bestandzinse erforderlichen Stempelgebühren hat die Bestandnehmerin allein zu tragen.

§ 12.

Die Gemeinde Wien und die Firma Soini & Komp. leisten auf die Bestreitung des Vertrages wegen Verkürzung über die Hälfte Verzicht und die Bestandnehmerin unterwirft sich in allen aus dem gegenwärtigen Vertrage entspringenden Rechtsstreitigkeiten dem Gerichtsstande der Gemeinde Wien.

§ 13.

Von diesem Vertrage wird eine Urschrift ausgefertigt und von der Gemeinde Wien zurückbehalten. Der Bestandnehmerin steht es frei, sich auf ihre Kosten eine beglaubigte Abschrift dieser Urschrift anfertigen zu lassen.

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß referiert über die Kohlenversorgung und teilt mit, daß in dieser Sache in der letzten Zeit zahlreiche Verhandlungen stattgefunden hätten. In Betracht kämen Ober-Schlesien, Ostrau nnd die böhmischen Stein- und Braunkohlenreviere. Bezüglich der oberschlesischen Kohle habe die Gemeinde bereits abgeschlossen. Im Ostrauer Revier hätten 84.000 t Kohle gelagert, über Aufforderung des Armee-Oberkommandos mußten diese Vorräte schleunigst entfernt werden. Für Wien wurden 67.000 t beschlagnahmt. Hievon sollten täglich 400 Waggons für die Gaswerke und 150 Waggons für Hausbrandzwecke geliefert werden.

Es haben sich jedoch in der Zufuhr Schwierigkeiten ergeben. Die Gaswerke erhalten täglich 4000 t; die Hausbrandkohle (täglich 1500 t) sei, weil nicht sortiert, unbrauchbar. Auch sei Hausbrandkohle für die Gemeinde Wien beschlagnahmt worden. Das Arbeitsministerium hätte daher der Gemeinde weitere 64.000 t zugesprochen. Auch seien die Depots vermehrt worden um ein Depot an der Südbahn und ein Depot in Ottakring. Durch die Verteilung der Depots in den einzelnen Bezirken könne die Bevölkerung in ihren Ansprüchen befriedigt werden.

Gem.-Rat Dr. Hein regt an, daß für den Transport der Kohle Hilfsrouten benützt werden sollten; auch sollen die Gegenden, die den Braunkohlenrevieren zunächst liegen, mit Braunkohle versorgt und die Steinkohle nach Wien gebracht werden.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß erklärt, daß das Ministerium in dieser Angelegenheit große Bemühungen an den Tag lege; die für die Gaswerke bestimmte Kohle rolle über die Städtebahn.

Gem.-Rat Skaret fragt an, ob die staatliche Julius-Kohle auch teuerer geworden sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, darüber Erhebungen anstellen zu lassen.

Gem.-Rat Dr. Hein regt an, den Transport der Kohle durch die Straßenbahnen zu veranlassen, worauf

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß er schon vor Wochen den Direktor der Straßenbahnen beauftragt habe, über diese Angelegenheit Studien anzustellen und zu berichten. Die Durchführung derselben stoße aber auf große Schwierigkeiten.

Magistrats-Direktor Dr. Weiß teilt mit, daß die Angehörigen von Einberufenen ihre Einrichtungen gegen ein geringes Entgelt in städtischen Depots einstellen können (Auß-

dorfer Schlachthaus). Das wirtschaftliche Hilfsbureau weise diese Leute an die Gemeinde. Es können jedoch bloß Betriebs- und Wohnungseinrichtungen samt normalem Vorrat, jedoch keine Maschinen eingestellt werden.

Für die Einlagerung müsse jedoch aus prinzipiellen Rücksichten ein geringes Entgelt verlangt werden.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller teilt mit, daß einzelne Hausherren den Gewerbetreibenden die Lokale, auch wenn der Betrieb gesperrt war, unentgeltlich überlassen hätten; doch mußten die Hausherren davon Abstand nehmen, da die Steuerbehörde diese Lokale als „leerstehend" nicht gelten ließ.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß vom wirtschaftlichen Hilfs-Komitee in dieser Richtung Schritte unternommen worden seien, ein Resultat jedoch noch nicht bekannt sei.

Hierauf werden nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß die im nachstehenden Verzeichnisse enthaltenen Referate einstimmig genehmigt.

Referatsverzeichnis.

P. Z. 15006, M. A. II, 8848, Stadtrats-Beschluß vom 19. November 1914. Deutsch-österreichischer Gewerbebund um Subvention für Kriegshilfszwecke. (Antrag: Dem Deutsch-österreichischen Gewerbebund wird für seine Kriegs-Hilfestelle eine Subvention von 1000 K bewilligt und dieser Betrag auf Ausgabs-Rubrik LII „Kriegsauslagen" verwiesen.)

P. Z. 15024, M. A. XV, 13203, Stadtrats-Beschluß vom 19. November 1914. Materielle Unterstützung der zur Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstleistung eingerückten, aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrer II. Klasse. (Antrag: Den aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrern II. Klasse, welchen bisher auf die Dauer ihrer Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstzeit vom Stadtrate fallweise ein Betrag von 300 K gnadenweise bewilligt wurde, wird in Hinkunft unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher von Fall zu Fall vom Stadtrate die Hälfte ihrer zuletzt bezogenen Jahresremuneration gnadenweise gewährt.

Zur Ausgabs-Rubrik XLIII 28 wird ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.)

P. Z. 15187, M. D., 6720, Stadtrats-Beschluß vom 19. November 1914. Bestimmungen über die Ruhe- und Versorgungsgenüsse der zur aktiven Militärdienstleistung eingerückten Angestellten der Gemeinde Wien. (Antrag: Für jene Gemeindeangestellten, die während des gegenwärtigen Krieges aktiven Militärdienst oder nach dem Gesetze vom 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 236, persönliche Dienste für Kriegszwecke leisten, werden folgende Bestimmungen getroffen:

1. Angestellte, welche bei Antritt des Militärdienstes bereits drei anrechenbare Gemeindedienstjahre vollstreckt hatten und infolge Erfüllung der Militärdienstpflicht (der Dienstpflicht für Kriegszwecke) während dieser Dienstleistung oder innerhalb der nächsten fünf Jahre noch vor Vollendung des zehnten Gemeindedienstjahres zum Gemeindedienst untauglich geworden oder gestorben sind, werden bis zur gesetzlichen Neuregelung der Militärversorgung hinsichtlich der städtischen Ruhe- und Versorgungsgenüsse so behandelt, als ob sie zehn Gemeindedienstjahre vollstreckt hätten. Die Auszahlung einer Abfertigung entfällt hiebei.

2. Angestellte, die von der zuständigen Militärbehörde als „vermißt" bezeichnet werden, gelten hinsichtlich der Versorgungsgenüsse ihrer Familienangehörigen mit Ausnahme des Sterbequartales vorläufig als in einem jeweils vom Stadtrate zu bestimmenden Zeitpunkte „gefallen".

3. Erweist sich die Annahme, auf Grund deren Aktivitätsbezüge, Ruhe- oder Versorgungsgenüsse angewiesen worden sind, nachträglich unrichtig, so wird der Gebührenbezug rückwirkend richtiggestellt, das ungebührlich Bezogene jedoch nur dann zurückgefordert, wenn es durch wissentlich unwahre Angaben oder absichtliches Verschweigen erschlichen worden ist. Ebensowenig wird für die Zeit zwischen dem bisher angenommenen und dem gerichtlich bestimmten Todestag eine Nachzahlung geleistet.

4. Die in diesen Bestimmungen begründeten Bezüge werden den Straßenbahnbediensteten und ihren Angehörigen aus Betriebsmitteln und nur unter der Voraussetzung gewährt, daß auf Ansprüche gegen die Pensionskassa und das Pensionsinstitut der Angestellten sowie gegen das Pensionsinstitut des Verbandes der österreichischen Lokalbahnen und Kleinbahnen zugunsten des Betriebes verzichtet wird.

Die vorstehenden Bestimmungen treten unbeschadet erworbener Rechte mit dem 25. Juli 1914 in Wirksamkeit.)

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.
Für den Bürgerklub:
Schmid m. p.
Für den Verband der freiheitlichen Partei:
Dr. Hein m. p.
Für die sozialdemokratische Fraktion:
Jakob Reumann m. p.
Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien.
2./VII. 1975
7
118

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 11. Obmänner-Konferenz vom **11. Dezember 1914.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.
Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gem.-Räte Schmid, Leitner, Dr. Hein, Dr. Schwarz-Hiller, Neumann und Skaret, Ober-Magistratsrat Dr. Nüchtern.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.
Entschuldigt: Die Gem.-Räte Steiner und Dr. Ritter v. Dorn.
Beigezogen: Gem.-Rat Dechant, Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer, Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Fastenbauer, Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Nübel, Marktamts-Direktor Bauer.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und hält dem verstorbenen Magistrats-Direktor Dr. Weiß einen tiefempfundenen Nachruf.

Hierauf stellt der Bürgermeister den mit der Leitung des Magistrates betrauten Ober-Magistratsrat Dr. Nüchtern vor, sowie die anderen beigezogenen Herren.

Der Bürgermeister teilt mit, daß der Statthalter von Niederösterreich mit dem Erlasse vom 6. Dezember 1914, P. Z. 2424/42, der Tätigkeit des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien die Anerkennung ausgesprochen und der Überzeugung Ausdruck gegeben habe, daß dieses Komitee auch fernerhin dem Gemeinwohle dienen und sein überaus nutzbringendes Wirken in gleich anerkennender Weise fortsetzen werde.

Der Bürgermeister gibt seiner Freude über diese Anerkennung Ausdruck und fügt hinzu, daß die Parteienfrequenz des wirtschaftlichen Hilfsbureaus bis zum 22. November 10.299 betrage, daß das Hilfsbureau in 1260 Unterhalts-Angelegenheiten interveniert und sich mit der Rechtshilfe für die Eingerückten, mit den Angelegenheiten der Familien der Eingerückten, sowie mit der Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingerückter Kleingewerbetreibender befaßt habe.

Die Zahl der Kündigungen habe bei den Wiener Bezirksgerichten zum Oktobertermine betragen: Im Jahre 1914 7286, im Jahre 1913 7379; zum Novembertermine bei Monatswohnungen im Jahre 1914 6589, im Jahre 1913 6196, bei Vierteljahrswohnungen im Jahre 1914 5183, im Jahre 1913 4973.

Hierauf gibt der Bürgermeister die nachstehende Nachweisung der bei der Zentralstelle eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 10. Dezember 1914, weiters den nachfolgenden Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 10. Dezember 1914, ferner den nachstehenden Bericht über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 11. Dezember 1914, endlich die nachfolgende Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel, sowie das nachfolgende Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände (Stichtag 30. November 1914) bekannt.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 10. Dezember 1914.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden: *)					
Für allgemeine Zwecke	2,282.697	60	Für „laufende" Unterstützungen	292.104	87
Für Ausspeisungszwecke	919.227	07	Für „einmalige" Unterstützungen	124.079	45
Für Arbeitslose	9.646	09	Für Ausspeisung	273.957	15
			Für Subventionen	146.000	—
			Für noch nicht rückverrechnete Verläge . . .	21.157	92
			Sonstige (Porto, Postsparkassa-Auslagen, Drucksorten 2c.)	3.510	54
			Auslagen für Näh- und Strickstuben . . .	75.170	22
			Vorschüsse an die Flüchtlingszentrale . .	135.179	89
Summa .	3,211.570	76	Summa .	1,071.160	04
Ab die Ausgaben .	1,071.160	04	Anmerkung:		
Daher noch verfügbar .	2,140.410	72	An „laufenden" Unterstützungen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . 112.389 K 85 h		

*) Überdies 130.098 K 82 h Nominale in Werteffekten.

Amtsblatt der Stadt Wien.
2./III. 1915

II

119

Armen-Konferenz

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 11. Dezember 1914.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	a. a.
I.	518	425	—	4	27	62	—
II.	8871	7608	110	106	197	850	—
III.	7294	6988	149	137	20	—	—
IV.	1541	1341	40	15	32	49	64
V.	5412	5119	13	Abt. XI: 74 20	32	154	—
VI.	1905	1878	—	—	27	—	—
VII.	2269	2081	—	41	23	124	—
VIII.	1680	1458	22	10	20	111	59
IX.	3465	3125	—	—	36	304	—
X.	10541	10009	5	245	90	27	165
XI.	3105	2915	—	26	50	114	—
XII.	6607	6243	—	71	80	—	213
XIII.	7137	6203	—	343	48	543	—
XIV.	6189	5618	—	112	124	335	—
XV.	2866	2672	—	48	46	100	—
XVI.	13642	12749	2	366	80	445	—
XVII.	6845	6530	82	41	40	118	34
XVIII.	3138	2992	4	30	14	98	—
XIX.	2418	2237	33	45	23	80	—
XX.	8739	8088	96	242	103	210	—
XXI.	5077	4866	46	125	40	—	—
Summe	109259				1152	3724	535
ab	4259	101145	602	2101	= 1·1‰v.	4259	
	105000				105000		

Bericht über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 11. Dezember 1914.

Die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens sind andauernd sehr günstig und wurden durch den Kriegszustand bisher in keiner Weise nachteilig beeinflußt.

Die in Wien einheimischen Infektionskrankheiten (Scharlach, Diphtherie, Masern ꝛc.) zeigen einen der Jahreszeit entsprechenden Stand.

Der Bauchtyphus, der unter den vom Kriegsschauplatz zurückkehrenden Soldaten ziemlich stark verbreitet ist, hat bisher zu keinen Infektionen unter der Wiener Bevölkerung geführt.

Im November sind 9 Wiener, 12 Ortsfremde und 303 Militärpersonen an Typhus erkrankt.

In der abgelaufenen Dezemberwoche liefen 6 Anzeigen über Typhuserkrankungen von Wienern, 2 von Ortsfremden und 57 von Militärpersonen ein.

Der im November beobachtete starke Rückgang der Ruhr hat auch in der Berichtswoche angehalten. In der abgelaufenen Berichtswoche sind 6 Wiener, 4 Ortsfremde und 19 Militärpersonen an der Ruhr erkrankt.

Auch bei der Cholera ist eine Verminderung der Erkrankungen zu beobachten.

Bis Ende November wurden 366 Erkrankungen bakteriologisch festgestellt, hievon betrafen 349 Militärpersonen, 15 Fälle waren Ortsfremde, 2 Fälle betrafen Personen der Wiener Bevölkerung. In der abgelaufenen Dezemberwoche kamen im ganzen nur 20 Fälle dazu, hievon betrafen 17 Erkrankungen Militärpersonen und 3 Erkrankungen Zivilpersonen, die aus Vösendorf in das k. k. Franz Josef-Spital überführt wurden.

Dagegen hat der Dezember 17 Blatternfälle gebracht, von welchen 2 Militärpersonen betreffen, welche vom nördlichen Kriegsschauplatz zurückgekehrt sind. 2 Blatternfälle bei Militärpersonen waren bereits im November gemeldet worden.

Nach dem bisherigen Ergebnisse der Erhebungen scheint der Herd dieser Erkrankungen in einem Gasthause Riedler, II., Obere Donaustraße 53, zu liegen, auf welches von den 15 zivilen Fällen bereits 8 zurückgeführt werden können. In dem Gasthause verkehren galizische Flüchtlinge. Um die weitere Ausbreitung der Blattern möglichst zu verhüten, wurden umfassende Vorkehrungen getroffen: Spitalsabgabe der Erkrankten, Isolierung der Wohnungsgenossen, Desinfektion in den Wohnungen und in den Arbeitsorten, Observation und Notimpfung in den Blatternhäusern und in den angrenzenden Gebäuden, sowie in den Familien der mit den Blatternkranken in Berührung gekommenen Personen (Arbeitsgenossen ꝛc.), Pockenschutzimpfung auf öffentlichen Impfsammelplätzen und in den Schulen.

Verzeichnis

der bisher als positiv gemeldeten Blatternfälle.

1. Emil Kauer, Militärperson, zugereist von Radom in Russisch-Polen;
2. Philipp Eilmes, Militärperson, zugereist von Galizien;
3. Michael Fodor, Militärperson, zugereist von Galizien;
4. Theresia Bauer, XVIII., Schulgasse 8;
5. Franz Ertl, X., Hardtmuthgasse 110;
6. Leopoldine Chlouba, XVIII., Anastasius Grün-Gasse 23;
7. Leopold Flieder, XVI., Gaullachergasse 59;
8. Johann Wagner, Militärperson, zugereist aus Galizien;
9. Ignaz Zimmermann, III., Rüdengasse 3;
10. Hermine Holubik, XVII., Lacknergasse 14;
11. Josefine Horak, XX., Romanogasse 20;
12. Matthias Gallhofer, XII., Murlingengasse 65;
13. Grete Hampel, XVIII., Hans Sachs-Gasse 29;

Amtsblatt der Stadt Wien
2./VII. 1915
III
120
Abonnenten-Konferenz

14. Franz Riedler, II., Obere Donaustraße 53;
15. Leopoldine Meixner, XVII., Rosensteingasse 77;
16. Rudolf Klinger, XII., Rosasgasse 8;
17. Wladislav Metrik, XX., Romanogasse 20
18. Willy Biritz, XX., Romanogasse 20;
19. Marie Hahn, IX., Pichlergasse 2.

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Woche vom 30. November bis 6. Dezember 1913		25. Juli 1914		Woche vom 29. November bis 5. Dezember 1914	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	160	220	160	220	180	220
	hinteres	„	180	260	180	260	200	260
Schweinefleisch	junges	„	160	280	160	280	200	280
	abgezogenes	„	180	300	160	280	180	300
Pferdefleisch	vorderes	„	68	112	88	112	88	120
	hinteres	„	96	120	96	120	96	140
Kartoffel	runde	„	8	14	20	26	12	18
Zwiebel		„	12	20	32	40	36	48
Zucker		„	82	96	80	92	86	96
Weizenmehl	Auszugmehl	„	36	38	42	48	70	78
	Mundmehl	„	34	36	40	44	—	—
Brot	weißgemischt	„	28·8	40·8	27·8	42·7	40·6	54·8
	schwarzgemischt	„	26·3	39·8	25·5	39·7	38·8	48·8
Sauerkraut		„	16	24	—	—	20	28
Fisolen		„	40	64	36	40	56	96
Erbsen	ganz	„	40	56	32	48	70	104
	gespalten	„	48	68	48	64	80	140
Reis		„	44	82	42	82	56	96
Schweineschmalz		„	176	200	176	200	216	250
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	154	200	154	200	210	250
Butter	Tee-	„	320	400	320	400	360	480
	Koch-	„	220	300	220	300	290	340
Margarine		„	180	200	160	200	160	220
Eier	frische	1 Stück	9	12	7	10	15	20
	konservierte	„	—	—	—	—	13	16
Milch im Ausschank	Voll-	1 l	26	32	26	32	28	34
	Mager-	„	20	26	20	26	20	26
Petroleum		„	26	36	26	36	40	50
Kohle	Stein-	50 kg	176	212	186	204	210	240
	Braun-*)	„	110	119	107	119	119	132

*) Aus dem Julius-Schachte.

Amtsblatt der Stadt Wien. 2./III. 1915

IV

121

Übersicht — Anfang

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 30. November 1914.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	350.000	—	2.850	—	4.800	265.800	39.450	87.500	1.950	600	900
II.	49,122.000	1.200	159.100	14.015	96 800	9,914.545	27.683	3,452.400	12.090	270.000	12.422
III.	19.000	2.004	28.415	250	1.398	5.596	1.140	35.581	124.060	90	6.900
IV.	138.000	47	120	—	1.355	86.155	—	2.110	900	6.400	250
V.	10.600	746	650	10	340	6.343	—	40.710	6.310	—	—
VI.	—	—	—	—	320	—	—	—	6.550	1.850	755
VII.	—	—	900	—	320	1.470	—	1.520	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	1.650	—	1.950	—	—	—
IX.	1,230.000	3.355	17.850	—	1.300	15.765	440	28.150	—	—	—
X.	1,758.300	2.372	112.760	3.840	21.156	6,154.750	11.300	204.700	1.980	—	—
XI.	1,036.500	16	4.667	700	25.130	12.043	—	759	—	—	—
XII.	126.000	195	14.689	3.100	141.754	22.114	—	29 542	5.734	—	—
XIII.	—	—	—	—	—	5.150	—	470	—	—	—
XIV.	—	—	7.480	—	2.060	5.135	—	11.100	—	—	—
XV.	1.000	148	2.600	—	4.200	6.812	39.430	11.984	1.800	—	—
XVI.	—	—	3.000	—	3.665	3.115	—	9.920	—	—	—
XVII.	103.700	618	1.820	106	2.605	6.680	1.150	3.325	200	4.874	3.474
XVIII.	445.000	30	890	—	830	2.550	600	28.720	35.000	—	—
XIX.	1,376.300	8.526	46	10.309	325	1.130	2.260	22	1.200	—	—
XX.	3,611.010	1.122	8.675	150.000	4.510	214.604	—	13.830	—	—	—
XXI.	115.000	43	1,911.865	*)368.000	146.127	21.410	—	2.063	—	—	—
Summe	59,442.410	20.422	2,278.377	550.330	458.995	16,752.817	123.453	3,966.356	197.774	283.814	24.701

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
I.	15.200	23.690	8.400	173.560	85.880	82.920	4.910	192.000	72.000	6.000	—	—
II.	318.809	29.835	10.790	3,001.640	1,318.795	725.730	616.640	34.000	3,009.400	20.692,870	4,586.300	2,995.500

*) Hievon 80.000 kg angeblich von der Militärbehörde beschlagnahmt.

Amtsblatt der Stadt Wien.
2./VII. 1915

V.

122

Abnahme-Anordnung

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
III.	176.045	3.341	1.037	13.165	159.650	22.372	48.612	18.950	27.340	895	174.080	1,819.400
IV.	2.145	18.800	1.400	20.740	3.100	7.220	50	—	1.700	—	50	—
V.	3.655	289	110	11.340	1.050	17.550	9.930	—	29.000	—	—	—
VI.	600	210	—	2.300	345	1.570	—	—	20.000	—	9.000	—
VII.	125	164	200	5.550	5.143	1.780	656	250	109.790	400	15.000	700
VIII.	650	1 640	250	2.140	1.990	4.800	—	650	17.000	—	—	—
IX.	2.250	3.130	79.800	69.885	57.170	31.360	2.014	174.500	14.280	5.950	47.550	—
X.	9.190	8.015	150.250	84.685	19.467	252.580	46.777	38.805	13.370	16.175	162.600	1,888 600
XI.	429	152	1.200	6.721	260	1.890	88	8.100	2.500	518.118	20.160	—
XII.	5.208	3.182	12.841	62.400	28.157	65.722	4.265	353.080	287.840	1.800	—	—
XIII.	21.740	1.970	—	3.340	370	4.675	—	4.900	3,508.820	6.540	66.300	8.700
XIV.	125.990	1.075	700	16.450	5.580	347.250	850	—	600.000	213.490	39.400	226.100
XV.	8.975	1.125	78.316	16.862	10.304	62.821	3.039	3.280	140.810	[illegible]	14.200	—
XVI.	541	26.030	12.560	118.491	693.192	24.835	3.027	10.150	313.345	1 512	4 150	400
XVII.	845	1.777	3.530	12.745	6.600	12.180	1.312	15.390	22.560	10.800	42.500	500
XVIII.	78.107	8.509	1.370	33.950	20 615	32.950	2.812	12.350	208.920	1.900	750	—
XIX.	—	965	100	16.835	10.619	652	4.302	1.260	110	11.400	123.030	891.110
XX.	48.862	35 142	2.376	193.086	2.28	8.830	11.096	185.280	5.920	2,480.900	3,615.000	449.700
XXI.	680	2.916	4.330	16.330	9.219	7.180	360	60.750	9.650	39.190	41.050	124.400
Summe	820.046	171.957	369.560	3,882.515	2,439.786	1,716.867	760.740	1,113.695	8,414.355	24,007.940	8,961.120	8,405.110

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	—	—	—	1.400	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	2,995.500	768.600	7.050	145.750	24.650	2,649.600	3,494.790	76.000	172.200	3 600	800	2.925
III.	1,819.400	—	85	500	50	250	—	—	1.750	1.410	—	—
IV.	—	—	50	200	150	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	140	930	5.750	5.500	100	—	—	—	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	40.000	4.000	12.000	—
VII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Abnahme-Kommission

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
VIII.	—	—	255	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	—	—	—	—	250	—	—	—	—	—	—
X.	1,351.900	25.900	5.935	4.850	—	437.600	52.300	—	42.500	48.300	—	—
XI.	116.200	252	—	—	—	—	—	—	1.500	5.000	—	—
XII.	—	—	—	3.000	—	1.020	4.675	—	—	—	—	—
XIII.	725	1.800	—	—	—	4.400	18.500	—	101.000	19.350	—	—
XIV.	970.000	3.100	—	950	—	1.465	6.650	—	—	—	—	—
XV.	—	—	700	650	8.000	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	240	560	3.350	4.620	1.650	1.050	—	30.000	2.000	—	—
XVII.	—	1.200	50	300	210	1.900	14.000	—	195.000	25.500	300	—
XVIII.	—	2.400	140	980	—	500	400	—	7.500	200	—	—
XIX.	—	—	—	—	—	1.100	2.000	—	17.890	7.840	—	—
XX.	930.800	12.200	10 435	—	1.486	1,221.300	24.600	—	11.700	5.500	—	—
XXI.	388.200	1.000	—	—	—	6.500	—	—	9.000	2.000	3.300	—
Summe	6,122.225	816.832	26.190	167.680	44.666	4,327.635	3,618.965	76.000	630.040	124 700	16.400	2.925

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf die Verordnung der Ministerien des Handels, des Innern und des Ackerbaues vom 6. Dezember 1914, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für den Verkauf von Hasen und Hirschwildbret in Wien. Bei ihrem Wunsche nach dieser Verordnung sei die Gemeinde von dem Gesichtspunkte ausgegangen, ein billiges Fleischnahrungsmittel für die Bevölkerung zu schaffen. Alle Bemühungen der Gemeinde wären jedoch vergeblich gewesen. Dadurch, daß die Höchstpreise nur für Wien bestimmt werden, bestehe kein Anreiz, Ware nach Wien zu bringen. Es war eine Forderung der Gemeinde, den Höchstpreis am Schußplatz zu bestimmen. Auch die Bestimmung, daß der Höchstpreis nur für Hasen im Balg gelte, sei widersinnig, da ja der Händler den Balg abziehen könne und sodann der Hase dieser Verordnung nicht mehr unterliege.

Gem.-Rat Dechant führt aus, daß er seit Monaten in den verschiedenen Ministerien bemüht war; er habe bei Exzellenz Zenker darauf hingewiesen, daß Höchstpreise für den Schußplatz nötig seien, denn nur durch diese Bestimmung könne ein billiger Preis erzielt werden. Wenn der Preis am Schußplatz für einen Hasen über 2 kg mit 4 K, für einen Hasen unter 2 kg mit 2 K 80 h festgesetzt würde, so würde sich der Hase, eingerechnet die Spesen bis Wien mit 20 h, Gewinn für den Engroshändler 40 h, Gewinn für den Detailhändler 40 h, auf 3 K 80 h stellen. So war die Situation Mitte Oktober. Heute kostet der Hase mit Rücksicht darauf, daß die Verzehrungssteuer aufgehoben wurde, am Schußplatz schon 3 K; wer heute Vorräte an Hasen habe, habe sie teuerer in der Hand, weil er noch die Verzehrungssteuer bezahlt habe. Für die Ware, die in Wien lagert, sollte die Verzehrungssteuer zurückgegeben werden. Er habe im Handelsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß niemand Ware nach Wien schicken werde, wenn die Höchstpreise nur für Wien gelten. In Wien lagern zirka 65.000 Fasanen, und außerdem noch 8000 Stück vom Vorjahre, dazu kommen in kurzer Zeit noch 100.000 Stück. Gestern habe das Finanzministerium die Ausfuhrbewilligung für Fasane erteilt.

Der Bürgermeister beantragt eine Resolution, durch welche beanständet wird: erstens daß die Verordnung bloß für Wien gilt, zweitens daß der Höchstpreis für den Hasen im Balg gilt und gefordert wird, daß auch für Gänse ein Höchstpreis festgesetzt werde, weiters soll eine strikte Handhabung der Ausfuhrverbote gefordert werden.

Magistrats-Direktor Bauer erklärt, daß die Verzehrungssteuer für die Gans 40 h per Stück betrage; würde die Verzehrungssteuer aufgehoben, so würde sich das Kilogramm der Gans um zirka 8 h billiger stellen.

Gem.-Rat Dechant führt aus, daß zirka 20 Waggons ungarische Fettgänse in Wien lagern, es sollte doch verhindert werden, daß diese 20 Waggons nach Deutschland gehen, da diese dann dem Wiener Markte zugute kämen. Es wäre gut, wenn neben einem Ausfuhrverbot auch Höchstpreise für Gänse festgesetzt würden, da heute zirka 200.000 Gänse in Wien lagern.

Amtsblatt der Stadt Wien 2./VII. 1915 VII. 124

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß man in Österreich mit den Höchstpreisen die schlimmsten Erfahrungen gemacht habe, es habe den Anschein, als ob die Höchstpreise nur den Zweck hätten, die Ware unerschwinglich teuer zu machen. Die Gans sei ein Volksnahrungsmittel, da sie billiger sei als irgendeine Fleischsorte, auch das Fett der Gans sei billiger wie jedes andere Fett.

Die größte Zufuhr der Gänse nach Wien erfolgt aus Ungarn. Sollten hier Höchstpreise festgesetzt werden, so müßte dies im Einvernehmen mit Ungarn geschehen, da würden jedoch wieder Höchstpreise erzielt werden, die ungünstiger wären, wie bei freier Zufuhr auf dem Wiener Markte. Er spreche sich daher gegen die Einführung von Höchstpreisen für Gänse aus.

Auf eine Anfrage des Herrn Bürgermeisters erklärt Gem.-Rat Dechant, daß sich Gänse in Kühlhäusern drei bis vier Monate halten. Der Grund der Einlagerung sei hauptsächlich die Spekulation.

Gem.-Rat Dr. Schwatz-Hiller fragt an, ob es nicht möglich wäre, dadurch dieser Spekulation entgegenzutreten, daß für die Einlagerung in den Kühlhäusern eine bestimmte Zeit festgesetzt werde.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt ebenfalls, daß bei der Festsetzung von Höchstpreisen im Einvernehmen mit Ungarn nicht viel zu erreichen sei. Werden die Höchstpreise bloß für Österreich festgesetzt, so wird dadurch die Einfuhr geschmälert. Ausfuhrverbote seien im allgemeinen zu begrüßen; er sei damit einverstanden, daß die Ausfuhr der Gänse verhindert werde.

Gem.-Rat Dechant erklärt, daß öffentliche Lagerhäuser, solange sie Platz haben, Lagerungen annehmen müssen. Wenn übrigens die Höchstpreise für Gänse nicht sofort erwirkt werden könnten, habe dies keinen Zweck, denn mit 31. Dezember 1914 höre die Nachfrage nach Gänsen auf.

Die Konferenz erklärt sich mit der Fassung der Resolution nach den erörterten Gesichtspunkten einverstanden.

Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Fastenbauer referiert über die Kohlenversorgung Wiens und führt aus, daß die Zufuhr der Kohle in der letzten Zeit zugenommen habe; eine große Schwierigkeit bereite jedoch die Abbeförderung der Kohle an die Konsumenten. Von der Heranziehung der Straßenbahn für diese Zwecke müsse deshalb abgesehen werden, da dieses Verkehrsmittel wegen der notwendigen Investitionen sehr teuer käme. Auch könne die notwendige Anlage nicht amortisiert werden. Ferner sei die Zeit für die Herstellungen zu kurz. Zur Verführung mit den Straßenbahnen müßten geeignete Plätze vorhanden sein; es bestehen bereits Depotlagerplätze, von welchen die Kohle mit den Straßenbahnen an die Verkaufsplätze verführt werden könnte. Von den bestehenden Plätzen kämen zunächst die Verkaufsplätze der Koksektion der Länderbank in Betracht. Der Umsatz auf diesen Lagerplätzen sei bloß 20 t; auf diesen Lagerplätzen fehlen jedoch Brückenwagen und die Herstellung dieser Wagen sei sehr langwierig und kostspielig; jetzt werde die Kohle nach Maßen verkauft. Eine Erweiterung dieser Verkaufsplätze sei nicht recht möglich, eine Neuerrichtung untunlich, da die notwendigen Investitionen nicht mit dem Erfolge im Einklange stünden.

Es war auch gedacht, die Kohle bei Nacht mittels Lowries der städtischen Straßenbahnen an bestimmte Plätze in der Stadt zu führen und an die Kohlenhändler abzugeben. Die Kohlenhändler eines bestimmten Gebietsteiles sollten sich vereinigen, das zugeführte Quantum übernehmen und unter sich aufteilen. Eine Kohlenabladung mitten auf der Straße sei aber ungemein schwierig; auch seien die Kleinkohlenhändler nicht fähig, eine Organisation zu bilden. Was die Fuhrwerksbeistellung betrifft, müsse festgestellt werden, daß zu wenig Fuhrwerke vorhanden sind. Es sei richtig, daß am Nordbahnhof heuer mehr Kohle ausgeführt werde wie im Vorjahre; doch sei dies darauf zurückzuführen, daß jeder, der ein Vehikel hat, vom Nordbahnhofe Kohle abhole. Er wurde nun in Erwägung gezogen, diesem Übelstande durch die Gemeinde selbst abzuhelfen. Unter Beschränkung der Straßenreinigung sollten 60 Wagen zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden, und zwar sollte dies durch die Genossenschaft der Fuhrwerksbesitzer ausgeführt werden.

Die Gemeinde habe sich außerdem an das Kriegsministerium gewendet, und von diesem sei das Brückenkopf-Kommando aufgefordert worden, der Gemeinde Pferde beizustellen. Das Brückenkopf-Kommando habe sich bereit erklärt, auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes für seine Zwecke Ochsengespanne zu requirieren und der Gemeinde Wien vorläufig 50 Pferdegespanne (je zwei Pferde mit Wagen und Kutscher) zu überlassen, allerdings nur nach Maßgabe der requirierten Ochsengespanne. Es stünden sodann im ganzen 110 Gespanne für die Kohlenverführung zur Verfügung. Erforderlichenfalles werde die Gemeinde vom Brückenkopf-Kommando noch weitere Gespanne verlangen. Da es sich zumeist um requirierte Bauernpferde handle, könnten nur Fuhren mit 3 t befördert werden, nicht wie mit den sonst verwendeten schweren Pferden 4 t, doch könne auf diese Weise dem dringendsten Bedarf abgeholfen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner meint, daß sich die Genossenschaft dieser Einrichtung bedienen könne.

Gem.-Rat Leitner ersucht, es sollen auch gewissen industriellen Unternehmungen, die wegen Mangel an Koks ihren Betrieb einstellen müssen, ebenfalls Wagen für die Kokszufuhr zur Verfügung gestellt werden.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß letzten Montag die Kohlennot, die durch den Mangel der Zufuhr entstanden war, geradezu entsetzlich gewesen sei. Es habe den Eindruck gemacht, als ob Spekulationsnachrichten der Großkohlenhändler im Zuge wären. Gespanne von Kleinkohlenhändlern in Wien seien vom Nordbahnhof leer zurückgekommen. Dieses Zurückhalten zu einer Zeit, wo versichert wird, daß genügend Kohle vorhanden sei, sei merkwürdig und auffallend. Es herrsche ein großer Mangel an Kutschern. Da nun bei den Fortifikationsarbeiten sehr viele Kutscher beschäftigt seien, möge in Erwägung gezogen werden, ob es nicht möglich wäre, beim Brückenkopf-Kommando durchzusetzen, daß diese Kutscher abgegeben würden, nicht bloß zur Kohlen-, sondern auch zur Warenzustellung.

Die Verkaufsplätze kämen im allgemeinen nur der unmittelbaren Umgebung zugute, auch sei der Verkaufsvorgang auf diesen Plätzen ein wenig erfreulicher.

Vize-Bürgermeister Hierhammer führt aus, daß auch ein Mangel an Auf- und Abladepersonal bestehe. Er sei ebenfalls der Meinung, daß vom Brückenkopf-Kommando die Kutscher freigegeben werden sollten, vielleicht bloß auf die Dauer von drei bis vier Wochen; dadurch könnten 12.000 bis 14.000 Fuhren an die Konsumenten gelangen. Kohle sei genügend vorhanden.

Ober-Kommissär Dr. Fastenbauer teilt mit, daß er bereits gestern vom Herrn Bürgermeister den Auftrag erhalten

Amtsblatt der Stadt Wien
2./VII. 1915
125

Gemeinderats-Sitzung

habe, beim Brückenkopf-Kommando wegen Freilassung der Kutscher zu intervenieren. Für das Brückenkopf-Kommando bestehe eine Schwierigkeit darin, die richtigen Leute herauszufinden; es müsse dies erst aus den Arbeitsbüchern konstatiert werden. Er hoffe, daß es ihm gelingen werde, die Kutscher frei zu bekommen.

Gem.-Rat Reumann meint, es solle der Vorgang eingeschlagen werden, daß die Fuhrwerksbesitzer der Gemeinde ihren Bedarf an Kutschern bekanntgeben; darnach wäre erst von der Gemeinde die entsprechende Anzahl Kutscher vom Brückenkopf-Kommando zu beanspruchen. Es könnte sonst vorkommen, daß die vom Brückenkopf-Kommando freigegebenen Kutscher keine Arbeit fänden. Die Bevölkerung an der Stadtgrenze und auch die Konsumvereine in den Vororten leiden stark unter der mangelhaften Zufuhr an Kohle. Es sollten an der Peripherie Ablagerungsstätten errichtet werden. Auch sei er der Meinung, daß es sehr lange dauern könnte, bis das Brückenkopf-Kommando an Stelle der Pferde Ochsen requiriert hätte; das Brückenkopf-Kommando könnte sofort Pferde abgeben, wenn es bei seinen Arbeiten mit der animalischen Kraft etwas haushälterischer vorginge.

Marktamts-Direktor Bauer erklärt den Umstand, daß vom Nordbahnhofe Gespanne leer zurückfahren mußten, damit, daß keine Rutschenarbeiter vorhanden gewesen seien.

Gem.-Rat Schmid meint, es sei gut, daß die Gemeinde die Fuhrwerke an die Genossenschaft abgebe; doch hielte er es für zweckmäßig, daß sich die Gemeinde einige Gespanne für ihre eigenen Zwecke reservieren würde. Es zeige sich auch ein Mangel an Bundholz und es scheine, als dürfte sich ein Kartell gebildet haben, kein Bundholz mehr abzugeben.

Marktamts-Direktor Bauer erklärt den Bundholzmangel damit, daß die meisten Sägewerksarbeiter einberufen sind und infolgedessen die größte Anzahl der Sägewerke stehe. Anstatt des Schwartenholzes werde jetzt gehacktes Brennholz in Butten gehandelt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beauftragt den Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Fastenbauer, die im Laufe der Debatte gefallenen Anregungen zu verfolgen und ihm Bericht hierüber zu erstatten.

Es bestehe subjektiv ein Kohlenmangel, und zwar infolge der Zufuhrverhältnisse, objektiv sei kein Kohlenmangel vorhanden, da gegenwärtig 48.000 t Kohle in Wien lagern.

Gem.-Rat Skaret fragt an, ob es nicht möglich wäre, daß durch Intervention der Gemeinde zersprengte Familien von Flüchtlingen zusammengeführt werden könnten.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller teilt mit, daß bei der Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge eine eigene Sektion gebildet wurde, welche mit dieser Aufgabe betraut sei. Hiebei gelte im Sinne der diesbezüglichen ministeriellen Verfügung der Grundsatz, daß die Familienmitglieder dorthin geleitet werden, wo sich der Ernährer bereis befindet. Auf Grund einer weiteren Verfügung des Ministeriums des Innern werden jetzt keine Flüchtlinge mehr nach Wien geleitet. Über Ausnahmen entscheidet das Ministerium des Innern von Fall zu Fall. Durch die genannte Sektion der Zentralstelle seien bis jetzt beiläufig 200 Familien vereinigt worden.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.
Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.
Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.
Für die sozialdemokratische Fraktion:
Reumann m. p.
Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien.
9./III. 1915

I
127

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 12. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom

17. Dezember 1914.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. v. Dorn, Dr. Hein, Dr. Schwarz-Hiller, Reumann und Skaret, Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr, Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer und Marktamts-Direktor Bauer.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und stellt den neuernannten Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern, sowie dessen neuernannten Stellvertreter Ober-Magistratsra Dr. August Mayr vor.

Der Bürgermeister bringt hierauf Nachstehendes zur Kenntnis:

Die Nachweisung der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben der Zentralstelle bis inklusive 16. Dezember 1914, weiters den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 17. Dezember 1914, ferner die Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete, sowie das Verzeichnis über die Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen (Stichtag 7. Dezember 1914), endlich den Bericht des Stadtphysikates über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 16. Dezember 1914.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis einschließlich 16. Dezember 1914.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden: *)					
Für allgemeine Zwecke	2,307.896	26	Für „laufende" Unterstützungen	320.854	28
Für Ausspeisungszwecke	932.055	07	Für „einmalige" Unterstützungen	128.908	85
Für Arbeitslose	9.646	09	Für Ausspeisung	338.069	44
			Für Subventionen	146.000	—
			Für noch nicht rückverrechnete Verläge . . .	21.157	92
			Sonstige (Porto, Postsparkassa-Auslagen, Drucksorten ꝛc.)	3.513	72
			Auslagen für die Näh- und Strickstuben . .	96.183	66
			Vorschüsse an die Flüchtlingszentrale . . .	255.179	89
Summa .	3,249.597	42	Summa .	1,309.867	76
Ab die Ausgaben .	1,309.867	76			
Daher noch verfügbar .	1,939.729	66			

Anmerkung:
An „laufenden" Unterstützungen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . 113.382 K 05 h

*) Überdies in Werteffekten 132.098 K 82 h Nominale.

Wien, am 17. Dezember 1914.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

Amtsblatt der Stadt Wien. 1
9/11. 1915
Abminir-Amfora
128

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 17. Dezember 1914.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung: giro.	Anmerkung: a. a.
I.	533	436	—	4	30	63	
II.	8969	7702	110	106	201	850	
III.	7404	7086	159	139	20	—	—
IV.	1560	1365	42	16	22	50	65
V.	5490	5177	13	20 (Abt. XI: 74)	51	155	—
VI.	1931	1913	—	—	18	—	—
VII.	2301	2103	—	43	30	125	—
VIII.	1714	1486	22	10	17	119	60
IX.	3509	3180	—	—	23	306	—
X.	10624	10094	5	245	88	27	165
XI.	3127	2940	—	26	46	115	—
XII.	6673	6317	—	71	70	—	215
XIII.	7220	6287	—	353	30	550	—
XIV.	6253	5735	—	115	63	340	—
XV.	2909	2711	—	49	44	105	—
XVI.	13770	12871	2	366	86	445	—
XVII.	6913	6600	83	41	37	118	34
XVIII.	3174	3027	4	30	15	98	—
XIX.	2440	2261	33	45	21	80	—
XX.	8867	8230	104	244	77	212	—
XXI.	5107	4889	46	125	47	—	—
Summe	110488				1036	3758	539
ab	4297	102410	623	2122	= 1% v.	4297	
	106191				106191		

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 7. Dezember bis 13. Dezember 1913		25. Juli 1914		Woche vom 6. Dezember bis 12. Dezember 1914	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	160	220	160	220	180	220
	hinteres	„	180	260	180	260	200	260
Schweinefleisch	junges	„	160	280	160	280	200	280
	abgezogenes	„	180	300	160	280	180	300
Pferdefleisch	vorderes	„	68	112	88	112	88	120
	hinteres	„	96	120	96	120	96	140
Kartoffel	runde	„	8	14	20	26	12	18
Zwiebel		„	12	20	32	40	36	48
Zucker		„	82	96	80	92	86	96
Weizenmehl	Auszugmehl	„	36	38	42	48	70	78
	Mundmehl	„	33	36	40	44	—	—
Brot	weißgemisch:	„	28·8	40·8	27·8	42·7	40·6	57·9
	schwarzgemischt	„	26·5	39·8	25·5	39·7	38·8	54
Sauerkraut		„	20	24	—	—	20	28

1*

Amtsblatt der Stadt Wien. III
9./VII. 1915
Abräumer-Konferenz. 129

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Woche vom 7. Dezember bis 13. Dezember 1913		25. Juli 1914		Woche vom 6. Dezember bis 12. Dezember 1914	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Fisolen		1 kg	40	64	36	40	56	96
Erbsen	ganz	"	40	56	32	48	70	104
	gespalten	"	36	68	48	64	80	140
Reis		"	44	96	42	82	56	96
Schweineschmalz		"	176	200	176	200	216	250
Speck geräuchert	ohne Paprika	"	154	200	154	200	210	260
Butter	Tee-	"	320	400	320	400	360	480
	Koch-	"	220	300	220	300	290	340
Margarine		"	160	204	160	200	160	220
Eier	frische	1 Stück	10	15	7	10	15	20
	konservierte	"	7	9	—	—	13	16
Milch im Ausschanke	Voll-	1 l	26	32	26	32	28	34
	Mager-	"	20	26	20	26	20	26
Petroleum		"	26	32	26	36	40	50
Kohle	Stein-	50 kg	176	212	186	204	210	240
	Braun-*)	"	110	119	107	119	119**)	200

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 7. Dezember 1914.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	75.000	—	1.956	—	5.520	288.065	44.056	90.100	1.165	1.990	750
II.	60,407.000	850	—	—	200·990	9,815.190	29.941	2,706.700	9.025	270.000	12.098
III.	23.000	2.802	12.530	1.550	945	2.033	1.030	37.672	147.400	—	3.117
IV.	8.000	—	750	—	850	94.270	—	3.750	—	8.450	500
V.	—	—	350	—	305	19.703	35	38.098	13.050	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	6.950	1.630	325
VII.	—	—	—	—	100	1.530	—	800	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	2.975	—	1.450	—	—	—
IX.	1,482.600	—	19.550	—	1.930	13.915	300	26.790	—	—	—
X.	1,805.900	2.300	152.490	3.260	9.135	6,872.625	—	194.750	21.900	—	3.240

*) Aus dem Julius-Schachte.
**) Jeder Herkunft.

Amtsblatt der Stadt Wien. 9/III. 1915 IV.

Abnummer-Konferenz 130

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
XI.	940.000	—	4.550	600	30.262	9.999	—	855	—	—	—
XII.	205.000	174	15.624	1.230	130.658	35.627	—	10.796	7.575	1.264	—
XIII.	320.000	2.306	150	50	323	12.555	—	350	—	—	—
XIV.	—	—	6.300	—	600	7.100	—	16.350	—	—	—
XV.	—	—	3.600	—	4.682	34.760	24.859	21.196	—	—	—
XVI.	—	—	1.580	—	6.970	4.565	—	10.433	—	—	—
XVII.	560.000	609	1.200	50	1.050	600	970	1.570	50	540	220
XVIII.	214.500	30	2.100	—	840	12.730	720	22.630	38.000	—	—
XIX.	2,265.000	10.122	2.730	—	—	1.245	1.600	—	1.200	—	—
XX.	4,739.680	1.496	7.090	90.000	2.680	367.625	—	344.546	51	—	—
XXI.	144.500	15	1,791.520	*)394.000	41.741	17.195	—	2.240	—	—	—
Summe	73,190.380	20.704	2,024.070	490.740	439.581	17,614.307	103.511	3,531.076	246.366	283.874	20.250

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
I.	21.550	27.236	10.400	150.770	62.424	76.250	5.380	198.000	75.000	6.700	—	—
II.	303.965	22.375	7.125	2,828.065	1,247.977	722.070	466.200	82.200	2,458.800	20,007.756	6,972.235	3,203.900
III.	195.447	15.161	1.006	15.254	88.036	21.160	46.243	13.630	31.570	770	167.042	1,685.400
IV.	3.730	17.910	700	40.380	2.900	7.650	50	—	850	—	2.000	—
V.	6.380	400	130	15.040	985	11.460	6.240	—	75.560	—	—	—
VI.	700	140	—	2.000	400	1.290	—	—	10.000	—	8.000	—
VII.	—	112	850	4.600	5.850	4.280	600	40.000	135.870	400	13.000	400
VIII.	660	2.625	100	2.950	1.940	5.600	—	350	17.500	—	—	—
IX.	5.426	2.587	7.115	51.080	55.968	31.363	1.084	110.310	430	8.820	11.700	—
X.	6.350	4.290	135.600	51.190	16.760	416.695	47.350	2.500	404.600	123.100	178.915	1,835.400
XI.	272	128	1.175	5.440	250	1.695	51	7.090	3.030	487.590	27.825	30.000
XII.	6.496	4.992	11.956	50.694	27.226	60.535	4.057	253.709	57.520	2.450	—	—
XIII.	233.511	17.867	7.700	22.380	785	7.600	60	2.750	2,916.900	3.170	36.550	6.500
XIV.	133.763	3.310	—	21.450	2.135	319.100	1.600	—	623.520	207.500	23.500	17.850
XV.	19.528	1.480	54.664	25.380	13.566	102.170	13.527	41.060	150.020	—	—	—
XVI.	466	2.330	1.225	20.151	982.859	24.270	4.205	8.380	429.852	2.140	—	500

*) 110.000 kg angeblich von der Militärbehörde beschlagnahmt

Amtsblatt der Stadt Wien.
9./III. 1915
Abnahme-Konferenz

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
XVII.	1.120	853	790	9.000	9.410	9.870	1.180	12.450	52.750	1.520	62.040	300
XVIII.	47.210	6.008	970	48.550	17.629	15.030	2.606	5.250	174.930	2.120	1.000	—
XIX.	200	820	50	5.865	10.520	920	3.400	500	—	970	3.400	860
XX.	52.514	21.415	1.080	202.561	2.253	18.655	1.183	127.750	3.450	2,492.300	3,723.000	485.300
XXI.	646	2.582	3.050	13.605	62.037	7.010	478	100.550	23.220	32.450	34.820	77.400
Summe	1,039.964	154.621	245.686	3,106.728	2,611.943	1,864.673	605.497	1,006.479	7,645.372	23,379.836	11,265.027	7,34.3810

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	—	—	401	1.200	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	2,447.700	757.600	17.745	305.550	31.120	3,359.050	3,218.790	55.500	170.900	—	—	7.600
III.	5.000	—	129	2.400	49	200	—	—	9.000	4.500	—	—
IV.	—	—	—	—	500	—	—	—	1.200	—	—	—
V.	—	100	—	5.100	5.700	50	—	—	—	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	25.000	7.000	—	—
VII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII.	—	—	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
X.	1,088.600	1.000	14.655	5.500	5.200	408.800	52.600	—	43.500	60.600	—	79
XI.	84.000	—	252	—	—	—	—	—	2.000	4.000	—	—
XII.	—	—	—	3.800	—	1.020	4.250	—	—	—	—	—
XIII.	1.445	1.300	—	—	—	5.990	22.700	2.400	115.700	18.000	—	—
XIV.	980.000	3.200	—	2.550	—	3.200	—	—	—	—	—	—
XV.	—	—	800	900	7.800	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	220	360	5.200	4.330	1.630	2.100	—	30.000	4.000	—	—
XVII.	—	1.000	85	600	330	300	200	—	88.400	13.000	300	—
XVIII.	—	2.000	—	200	—	200	—	—	15.000	4.000	—	—
XIX.	—	—	—	—	—	2.890	6.870	—	4.400	3.500	—	—
XX.	1,093.300	750	4.960	850	1.010	704.982	48.000	—	11.500	12.500	—	—
XXI.	12.000	6.000	—	—	—	4.500	13.590	45.000	7.000	1.700	1.900	—
Summe	5,712.045	773.170	39.887	333.850	56.039	4,672.812	3,369.010	102.900	523.600	122.800	2.200	7.679

Amtsblatt der Stadt Wien
9./III. 1915
Obmänner-Konferenz

VI

132

Bericht über den Stand der Infektionskrankheiten in Wien am 16. Dezember 1914.

Die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens sind günstige; der Jahreszeit entsprechend ist eine geringe Zunahme der Erkrankungen der Atmungsorgane zu konstatieren.

Was die ansteckenden Krankheiten betrifft, so zeigen die in Wien einheimischen Infektionskrankheiten (Scharlach, Diphtherie, Masern 2c.) keine erhöhte Morbidität. Der Bauchtyphus ist unter den vom Kriegsschauplatze zurückgekehrten Militärpersonen stark verbreitet. Im Dezember wurden bisher 164 Fälle gemeldet. Aus der Wiener Bevölkerung kamen in derselben Zeit 12 Fälle zur Anzeige, welche sich jedoch nicht auf den Verkehr mit Militär, sondern zum Teile (4 Fälle) auf eine Milchinfektion zurückführen lassen.

Der im November beobachtete starke Rückgang der Ruhr hat auch im Dezember angehalten. In diesem Monat sind bisher 7 Wiener, 5 Ortsfremde und 31 Militärpersonen an Ruhr erkrankt.

Bei der Cholera ist eine weitere Verminderung der Erkrankungen zu beobachten. Im Dezember wurden 20 Erkrankungen, sämtlich Militärpersonen betreffend, bakteriologisch festgestellt.

Zu den bereits gemeldeten 19 Blatternfällen (4 Militär, 15 Zivil) kamen seither noch 5 Fälle, und zwar wurden 4 Fälle unter den in der Sanitätsstation des X. Bezirkes wegen Blatternverdachtes abgesonderten Wohnungsgenossen der früher an Blattern Erkrankten festgestellt, ein Fall stammt aus dem Hause X., Hardtmuthgasse 110, wo schon früher in einer anderen Familie eine Blatternerkrankung beobachtet wurde.

Der Bürgermeister teilt mit, daß am 2. Jänner 1915 die Koupons der Wiener Anlehen (vom Jahre 1898 und 1902) einzulösen sind. Große Posten hievon seien in Deutschland und Frankreich, er habe die Absicht, durch eine Kundmachung zu erklären, daß an französische Besitzer nichts ausbezahlt werde. Die Einlösungsstellen seien angewiesen, eine Verletzung oder Umgehung der gesetzlichen Zahlungsverbote gegen Angehörige feindlicher Staaten möglichst hintanzuhalten. Die Einlösungsdotation für das Anlehen vom Jahre 1902 ist mit Rücksicht auf die für Frankreich bestimmten Stücke um fast 2 Millionen Kronen herabgemindert und wird, falls die Deutsche Bank zustimmt, in Mark erfolgen, die uns von der Postsparkassa in kulanter Weise zur Verfügung gestellt werden. Anderseits wolle die Gemeinde einer Anregung der Deutschen Bank entsprechend auch die Einlösungsdotation für das 60 Millionen-Anlehen vom Jahre 1898, welches zum Teile in Deutschland plaziert ist, in Mark geben, wodurch die deutschen Gläubiger einen kleinen Vorteil erhalten, der der Gemeinde jedoch nichts kostet (80 Mark = 100 K). Für die Einlösung in Deutschland seien 600 000 K erforderlich. Er habe es beim Finanzministerium und bei der Postsparkassa erreicht, die erforderlichen Beträge von zusammen von 2·7 Millionen Mark zum Kurse von 1 K 25 h für die beiden Anlehen zu erhalten. Die Postsparkassa habe sich verpflichtet, wenn bis zum 28. Dezember der Kurs niedriger sei, den niedrigeren Kurs, falls er jedoch höher sei, die Mark mit dem vereinbarten Betrage von 1 K 25 h zu berechnen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtet an Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller das Ersuchen, die geplante Kundmachung mit Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr durchzugehen.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit der Erlassung der Kundmachung und mit der mit der Postsparkassa getroffenen Vereinbarung einverstanden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht die Höchstpreise für Mehl. Die Berechnung der Höchstpreise durch die Statthalterei, die die Preise der zweiten Oktoberhälfte zugrunde legt, beruhe auf falschen Notierungen. Die Preise an der Börse wurden gedrückt; die besseren Sorten seien hier gar nicht geschlossen worden, dadurch habe sich ein zu geringer Durchschnittspreis ergeben. Der Höchstpreis für Weizen sei 40 K 50 h, für Weizenmehl 67 K 85 h. Durch Vergleichung der Höchstpreise findet man, daß Wien den niedrigsten Höchstpreis besitze, auch niedriger wie Budapest; daraus ergebe sich der katastrophale Schluß, daß von Budapest kein Mehl kommen werde; man kann doch nicht teuerer in Budapest einkaufen, als in Wien nach dem Gesetze verkauft werden dürfe. Faßt man ins Auge, daß die Produktion des 0-Mehles auf ein Drittel herabgesetzt wurde und daß diese Preise auch den Großhändler verpflichten, so müsse man zugeben, daß die Verteilung dadurch unendlich leide. Eigentlich sollte man im Interesse einer besseren Mehlversorgung Wiens von der Regierung eine Erhöhung der Höchstpreise verlangen, doch könne dies die Gemeindevertretung unmöglich tun. Die Gemeinde müsse gegen diesen Vorgang der Regierung energischen Protest erheben und die ganze Verantwortung auf die zuständige Stelle wälzen. In vielen Detailhandlungen sei überhaupt kein Mehl erhältlich und er fürchte sehr, daß in kurzer Zeit die Bevölkerung ihrem Unmute in unangenehmer Weise Ausdruck geben werde.

Gem.-Rat Neumann erklärt, es sei ganz richtig, daß die Gemeinde nicht eine Erhöhung der Wiener Höchstpreise verlangen könne; sie könne aber eine einheitliche Fixierung der Höchstpreise fordern.

Gem.-Rat Dr. Hein schließt sich seinem Vorredner an und fordert ebenfalls einheitliche Höchstpreise und daß durch Verhandlungen mit Ungarn für die gesamte Monarchie eine Übereinstimmung erzielt werde.

Gem.-Rat Leitner teilt mit, daß die Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute in einem Zirkulare ankündigt, daß sie den Mehlhandel ausschalte, da ihr jede Möglichkeit genommen sei, Mehl zu erhalten. Dreiviertel des Mehlkonsumes werde aus Ungarn gedeckt. Die Höchstpreise für Wien müßten so festgestellt werden, daß die Frachtdifferenz von Budapest nach Wien im Höchstpreise enthalten sei. Ein ganz bescheidener Zwischengewinn müsse den Mehl-Engroßisten zugestanden werden, denn der Kleinhändler könne nicht direkt von den Mühlen kaufen, da bei der Übernahme bar bezahlt werden müsse. Der Engroßist sei zur Verteilung des Mehles und zur weiteren Abgabe desselben in kleinen Quantitäten an die Kleinhändler notwendig; ohne Gewinn würde er den Artikel einfach ausschalten. Die Differenz zwischen Kochmehl und 0-Mehl (5 h) sei zu klein. Es müsse mindestens 1 K Differenz zwischen dem Wiener und dem ungarischen Höchstpreise bestehen, um Mehl nach Wien zu bekommen und um die Frachtspesen dadurch auszugleichen. Er fürchte, daß, wenn nicht binnen kürzester Zeit eine Abhilfe getroffen werde, es in Wien wegen der Mehlnot zu Krawallen komme.

Amtsblatt der Stadt Wien III
9/III. 1915
Obmänner Konferenz. 133

Gem.-Rat Schmid ist der Meinung, daß der Protest sehr scharf gehalten werden müsse. Man müsse darauf bedacht sein, daß nicht die Bevölkerung der Gemeinde irgend einen Vorwurf machen könne. Er sei mit der Meinung des Gem.-Rates Reumann, daß zwischen den Wiener und den ungarischen Höchstpreisen eine gewisse Relation bestehen solle, nicht einverstanden, die Wiener Gemeindevertretung dürfe nicht den Anstoß zur Erhöhung der Höchstpreise geben; die Gemeinde solle die Fixierung eines Einheitshöchstpreises für die ganze Monarchie verlangen.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn meint, die Resolution solle verlangen, daß die Regierung ihren Einfluß in Ungarn dahin geltend mache, daß dort eine Änderung der Höchstpreise durchgeführt werde; wenn dies nicht geschehe, sei zu befürchten, daß kein Mehl nach Wien komme, es müßten denn die Preise für Wien erhöht werden, was jedoch nicht im Interesse der Stadt gelegen sei.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß es im Hinblick auf die letzte schlechte Weizenernte ausgeschlossen sei, aus Budapest Mehl zu bekommen. Wenn sich auch dort Vorräte befänden, so sei doch nicht daran zu denken, daß Mehl zu diesen Höchstpreisen nach Wien kommen könne. Wenn man Mehl von Budapest haben wollte, müßte im Preise die Fracht, das Sackgeld ꝛc. inbegriffen sein, da würde sich das Kilogramm Mehl auf 73 bis 74 h stellen. Auf den Handel des Mehles ab Wien würde sich kein Budapester Müller einlassen. Ein Einvernehmen mit Ungarn halte er für ausgeschlossen, die ganze Sorge in dieser Angelegenheit müsse der Regierung aufgebürdet werden.

Eine von der Konferenz beschlossene Resolution würde konfisziert werden; er frage an, ob es nicht möglich wäre, diese Angelegenheit in einer öffentlichen Gemeinderats-Sitzung zur Sprache zu bringen; eine solche öffentliche Kundgebung halte er für sehr bedeutungsvoll.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, hiefür keine Verantwortung übernehmen zu können, er wolle die Autonomie der Gemeinde wahren und diese sei durch eine derartige Kundgebung aufs äußerste gefährdet.

Vize-Bürgermeister Hoß macht den Vorschlag, die geplante Resolution durch eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister und den Klubobmännern, dem Ministerpräsidenten zu überreichen.

Gem.-Rat Steiner schließt sich der Ansicht des Vize-Bürgermeisters Hoß an.

Gem.-Rat Reumann stellt fest, daß von der sozialdemokratischen Partei durchaus nicht etwas gewünscht werde, was die Autonomie der Gemeinde gefährden würde. Bestehe die Meinung, daß durch eine öffentliche Beratung des Gegenstandes im Gemeinderate die Autonomie der Gemeinde gefährdet werde, so werde der Antrag auf Abhaltung einer öffentlichen Gemeinderats-Sitzung zurückgezogen; er sei im übrigen damit einverstanden, daß durch die genannte Deputation die Resolution dem Ministerpräsidenten überreicht werde.

Der Bürgermeister bringt hierauf den nachfolgenden Wortlaut der Resolution zur Verlesung.

„Die schweren Besorgnisse, welche der Wiener Stadtrat und die aus Vertretern sämtlicher Gemeinderatsparteien bestehende Obmänner-Konferenz über die von der k. k. Regierung verordnete Art der Bestimmung der Höchstpreise für Getreide und Mehl geäußert haben, werden durch die tatsächlichen Wirkungen dieser Verordnung noch übertroffen. Die Höchstpreise, die eine Verbilligung oder doch wenigstens eine Erleichterung und Sicherung des Getreidebezuges bewirken sollten, sind geradezu ein unüberwindliches Hemmnis der Getreide- und Mehlzufuhr nach Wien geworden. Die Folgen dieses Zustandes sind unabsehbare und es macht sich jetzt schon in weiten Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Mißstimmung und Erregung geltend.

Die Wiener Gemeindevertretung erachtet es daher als ihre Pflicht, auf das nachdrücklichste und dringendste zu fordern, daß die k. k. Regierung ehestens geeignete Maßnahmen treffe, um wieder einen entsprechenden Verkehr in Getreide und Mehlprodukten zu ermöglichen und dadurch die ausreichende Mehlversorgung Wiens zu erträglichen Preisen zu sichern. Zu diesem Zwecke erneuert die Wiener Gemeindeverwaltung ihre bereits am 3. Dezember 1915 erhobene Forderung nach einheitlichen Höchstpreisen für die gesamte Monarchie."

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller meint, man solle diese Resolution nicht bloß dem Ministerpräsidenten, sondern auch der Militärverwaltung, dem Kriegsministerium und dem Armee-Ober-Kommando überreichen.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit dem Wortlaute der Resolution, sowie mit der Überreichung derselben beim Ministerpräsidenten durch eine Deputation einverstanden.

Der Bürgermeister richtet an den Markt-Direktor Bauer die Anfrage, ob er es für zweckmäßig halte, jetzt Höchstpreise für den Detailhandel zu verlangen.

Markt-Direktor Bauer meint, man solle daran erst schreiten, wenn die Situation im Großhandel geklärt sei.

Gem.-Rat Leitner schließt sich der Ansicht des Markt-Direktors Bauer an.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß der Konsumverein „Vorwärts" im XX. Bezirke beanständet worden sei, da er ein Kilogramm Schweinefett um den Preis von 2 K 35 h verkaufte. Das Fett sei um 2 K 32 h angekauft worden. Beim Mehlverkauf habe der Konsumverein „Vorwärts" Verluste erlitten, die nach zehntausenden von Kronen gehen. Der Verein mußte billiger verkaufen als er einkaufte. Würden nun noch die Detailhöchstpreise kommen, dann könnte der Verein seine Mitglieder überhaupt nicht mehr mit Mehl versorgen.

Markt-Direktor Bauer erklärt, daß bezüglich dieses Falles eine Anzeige nicht eingelangt sei; es sei dies auch nicht recht möglich, da vor zirka acht Tagen der höchste Preis des Schmalzes 2 K 16 h bis 2 K 50 h betrug.

Die Konferenz beschließt einmütig, bis auf weiteres von dem Verlangen nach Festsetzung von Höchstpreisen für den Detailhandel abzusehen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß eine Deputation der Obmänner-Konferenz dem Ministerpräsidenten am 30. September 1914 eine Petition um Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffel überreicht und der Stadtrat in seiner Sitzung vom 29. Oktober 1914 eine Resolution beschloß, in welcher Höchstpreise für Getreide, Mehl und Kartoffel gefordert wurden. Er frage den Markt-Direktor, wie die Kartoffelverhältnisse stünden, und ob das Verlangen nach Höchstpreisen wiederholt werden sollte.

Markt-Direktor Bauer führt aus, daß die Zufuhr auf den Märkten nicht schlechter geworden sei. Viele Konsumenten haben sich direkt mit Kartoffel versorgt, auch sei der Preis ein nicht

Amtsblatt der Stadt Wien. VIII
9./VIII. 1915
134
Abnummer-Konferenz

hoher, 12 bis 18 h das Kilogramm gegen 20 bis 26 h am 25. Juli 1914. Bezüglich der Erdäpfel sei also nichts zu befürchten, bis zur nächsten Ernte seien genügende Vorräte vorhanden.

Die Konferenz beschließt, auch in dieser Angelegenheit keine weiteren Schritte zu unternehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtet an die Vertreter des freiheitlichen und sozialdemokratischen Verbandes die Frage, wie sich ihre Klubs zur Erledigung des Hauptrechnungsabschlusses für das Jahr 1913 stellen.

Die Gem.-Räte Dr. Hein und Reumann erklären, daß die Klubs auf der Beratung in öffentlicher Sitzung bestünden.

Hierauf erklärt der Bürgermeister, daß diese Beratung zu einem späteren Zeitpunkte stattfinden werde und bittet, ihn zu ermächtigen, die Remunerationen für die Fertigstellung des Hauptrechnungsabschlusses für das Jahr 1913 für die Beamten der Stadtbuchhaltung im Betrage von 2400 K und für die Beamten des Magistrates im Betrage von 700 K auszubezahlen.

Die Konferenz erklärt sich mit der Verschiebung der Beratung des Rechnungsabschlusses pro 1913 auf einen späteren Zeitpunkt einverstanden und erteilt dem Bürgermeister diese Ermächtigung.

Vize-Bürgermeister Hoß referiert über die nachstehenden Subventionsansuchen und beantragt die Genehmigung der Stadtrats-Anträge.

P. Z. 15975, M. A. II, 3749. Stadtrats-Beschluß vom 3. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für humanitäre Vereine, die sich mit der Armenkinderpflege befassen, pro 1914.[1])

P. Z. 15533, M. A. II, 372. Stadtrats-Beschluß vom 3. Dezember 1914. Ansuchen von Vereinen und Korporationen um unentgeltliche Überlassung von Koks pro 1914.[2])

P. Z. 15976, M. A. II, 1670. Stadtrats-Beschluß vom 3. Dezember 1914. Fünf Ansuchen um unentgeltliche Überlassung von Koks. (Antrag: Es werden

1. der Kongregation der Töchter der göttlichen Liebe für das Reservespital, III., Jacquingasse 53, 150 q;

2. der dem gleichen Orden angehörigen Zweiganstalt „Marienanstalt" für das Reservespital III., Jacquingasse 7, 150 q;

3. derselben Anstalt für das Mädchenheim III., Fasangasse 4, 60 q;

4. Privatpflegestätte für den patriotischen Hilfsverein vom „Roten Kreuz" des Karl Urban, X., Landgutgasse 39, 45 q;

5. dem Taubstummen-Blindenheim XIII., Linzerstraße 178, 20 q Koks unentgeltlich überlassen.)

P. Z. 16274, M. A. II, 3930. Stadtrats-Beschluß vom 10. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für Weihnachtsbeteilungen pro 1914.[3])

[1]) Siehe Amtsblatt Nr. 103 ex 1914, Seite 3352, Spalte 2.
[2]) „ „ „ 103 „ 1914, „ 3344, „ 1.
[3]) „ „ „ 104 „ 1914, „ 3373, „ 2.

P. Z. 16286, M. A. II, 4017. Stadtrats-Beschluß vom 10. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für humanitäre Zwecke pro 1914.[1])

P. Z. 16287, M. A. II, 3748. Stadtrats-Beschluß vom 10. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für Wissenschaft und Kunst, Volksbibliotheken, nationale und vaterländische Zwecke, Fremdenverkehr und Sport und für verschiedene andere Zwecke für 1914.[2])

P. Z. 16547, M. A. II, 3007. Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für Gartenbau- und Verschönerungsvereine und für den Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz in Niederösterreich pro 1914.[3])

P. Z. 16548, M. A. II, 4248. Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für Tierschutzvereine, den Reichsverein für Bienenzucht, die k. k. österreichische Fischereigesellschaft, Wein- und Obstbauvereine, Geflügel- und Kaninchenzüchtervereine für das Jahr 1914.[4])

P. Z. 16549, M. A. II, 3744. Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für gewerbliche Zwecke pro 1914.[5])

P. Z. 16625, M. A. II, 6256. Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen für das Jahr 1914.[6])

P. Z. 16624, M. A. II, 4157. Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1914. Subventionen für Kirchenmusikvereine für 1914.[7])

P. Z. 16264, M. A. II, 4150. Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für sanitäre Zwecke pro 1914.[8])

P. Z. 16550, M. A. II, 1512, Stadtrats-Beschluß vom 17. Dezember 1914. Bewilligung von Subventionen für Kindergärten, für Privat-, Volks- und Bürgerschulen und Lehrerinnen-Bildungsanstalten; für andere Privat-Lehranstalten; für Knabenhorte, Knabenbeschäftigungsanstalten und Vereine zur Pflege des Jugendspieles und für verschiedene Schulzwecke pro 1914.[5])

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt namens seines Klubs, den Anträgen en bloc zuzustimmen, jedoch stelle er das Ersuchen, hieraus kein Präjudiz abzuleiten, so daß es den Mitgliedern seines Klubs möglich sei, im nächsten Jahre bei der Beratung über die Subventionsgesuche im Gemeinderate Anträge zu stellen.

Gem.-Rat Skaret gibt eine im gleichen Sinne gehaltene Erklärung ab.

[1]) Siehe Amtsblatt Nr. 104 ex 1914, Seite 3375, Spalte 1.
[2]) „ „ „ 104 „ 1914, „ 3371, „ 1.
[3]) „ „ „ 105 „ 1914, „ 3385, „ 1.
[4]) „ „ „ 105 „ 1914, „ 3385, „ 2.
[5]) „ „ „ 105 „ 1914, „ 3387, „ 2.
[6]) „ „ „ 105 „ 1914, „ 3389, „ 1.
[7]) „ „ „ 105 „ 1914, „ 3389, „ 2.
[8]) „ „ „ 105 „ 1914, „ 3395, „ 1.

Amtsblatt der Stadt Wien. I
13./VIII. 1915
136

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 13. Obmänner-Konferenz vom **8. Jänner 1915.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Vize-Bürgermeister Hoß.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Rain und die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Goltz, Reumann und Skaret.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern.

Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr.
Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer.
Ober-Kommissär Dr. Nübl.
Marktamts-Vize-Direktor Spring.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Entschuldigt: Vize-Bürgermeister Hierhammer.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt die nachstehende Nachweisung der bei der Zentralstelle eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 7. Jänner 1915 bekannt.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 7. Jänner 1915.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden: *)					
Für allgemeine Zwecke	2,396.453	30	Für „laufende" Unterstützungen	366.501	47
Für Ausspeisungszwecke	1,153.910	97	Für „einmalige" Unterstützungen	142.076	67
Für Arbeitslose	9.646	09	Für Ausspeisung	472.128	69
Noch nicht rückersetzte Verläge für die Flüchtlings-Zentrale	757.879	89	Für Subventionen	207.000	—
			Für noch nicht rückverrechnete Verläge . . .	23.254	42
			Sonstige (Porto, Postsparkassa-Auslagen, Drucksorten rc.)	4.469	04
			Für Näh- und Strickstuben	143.738	99
			Vorschüsse an die Flüchtlings-Zentrale . .	757.879	89
Summa .	4,317.890	25	Summa .	2,117.049	17
Ab die Ausgaben .	2,117.049	17			
Daher noch verfügbar .	2,200.841	08			

Anmerkung:
An „laufenden" Unterstützungen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . 118.143 K 75 h

*) Überdies in Wertpapieren 132.098 K 82 h Nominale.

Wien, am 7. Jänner 1915.

Männhalter,
Ober-Rechnungs-Revident.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß Frau Baronin Bienerth auch für den ersten des nächsten Monates einen weiteren Betrag von 200.000 K in Aussicht gestellt habe.

Hierauf bringt der Bürgermeister Nachstehendes zur Kenntnis: die Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 7. Jänner 1915, weiters die Zusammenstellung über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel, den Ausweis über den Schlachtviehauftrieb auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx in den zwei letzten Wochen, sowie das Verzeichnis über die Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen. (Stichtag: 4. Jänner 1915.)

Übersicht

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 8. Jänner 1915.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung: giro.	Anmerkung: a. a.
I.	555	461	—	4	23	67	—
II.	9286	7997	110	106	223	850	—
III.	7644	7303	167	148	26	—	—
IV.	1608	1410	43	16	24	50	65
V.	5672	5352	13	20 (Abt. XI: 74)	55	158	—
VI.	2001	1980	—	—	21	—	—
VII.	2377	2181	—	45	25	126	—
VIII.	1775	1535	26	10	14	130	60
IX.	3603	3274	—	—	16	313	—
X.	10781	10267	7	245	69	27	166
XI.	3203	3012	—	26	46	119	—
XII.	6855	6481	—	71	84	—	219
XIII.	7517	6486	—	371	95	565	—
XIV.	6460	5912	—	117	84	347	—
XV.	2999	2802	—	49	37	111	—
XVI.	14105	13220	2	366	72	445	—
XVII.	7172	6820	84	42	73	119	34
XVIII.	3222	3078	4	30	12	98	—
XIX.	2508	2325	33	45	25	80	—
XX.	9138	8534	105	244	43	212	—
XXI.	5197	4974	47	126	50	—	—
Summe	113678				1117	3817	544
ab	4361	105404	641	2153	— 1% v.	4361	
	109317				109317		

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Woche vom 28. Dezember 1913 bis 3. Jänner 1914 (Preise in Hellern) von	bis	25. Juli 1914 von	bis	Woche vom 27. Dezember 1914 bis 2. Jänner 1915 von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	160	220	160	220	180	220
	hinteres	„	180	260	180	260	200	260
Schweinefleisch	junges	„	160	280	160	280	200	280
	abgezogenes	„	180	300	160	280	200	300
Pferdefleisch	vorderes	„	68	112	88	112	88	120
	hinteres	„	96	120	96	120	96	140
Kartoffel	runde	„	8	14	20	26	12	18
Zwiebel		„	16	24	32	40	36	48
Zucker		„	82	96	80	92	86	96
Weizenmehl	Auszugmehl	„	36	38	42	48	72	80
	Mundmehl	„	33	36	40	44	—	—
Brot	weißgemischt	„	20·8	40·8	27·8	42·7	44·4	57·3
	schwarzgemischt	„	26·8	39·8	25·5	39·7	40·0	55·0
Sauerkraut		„	20	24	—	—	20	28

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Woche vom 28. Dezember 1913 bis 3. Jänner 1914		25. Juli 1915		Woche vom 27. Dezember 1914 bis 2. Jänner 1915	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Fisolen		"	40	64	36	40	64	100
Erbsen	ganz	"	40	56	32	48	72	112
	gespalten	"	48	68	48	64	80	140
Reis		"	44	82	42	82	66	96
Schweineschmalz		"	176	200	176	200	220	260
Speck geräuchert	ohne Paprika	"	154	200	154	200	220	260
Butter	Tee-	"	320	400	320	400	360	480
	Koch-	"	220	300	220	300	290	360
Margarine		"	180	200	160	200	190	230
Eier	frische	1 Stück	10	14	7	10	14	20
	konservierte	"	8	11	—	—	12	16
Milch im Ausschank	Voll-	1 l	26	32	26	32	28	34
	Mager-	"	20	26	20	26	20	26
Petroleum		"	26	36	26	36	46	58
Kohle	Stein-	50 kg	176	212	186	204	210	240
	Braun-*)	"	110	119	107	119	119	132*)
							170	210**)

Ausweis

über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx in den letzten zwei Wochen.

(28. Dezember 1914 bis 4. Jänner 1915.)

Auftrieb am 28. Dezember 1914.

2937 Mastvieh und 1569 Beinlvieh, zusammen 4506 Rinder darunter befanden sich: 2461 Ochsen,
643 Stiere,
1390 Kühe und
12 Büffel.

Unter den aufgetriebenen Kühen befanden sich 9 trächtige Kühe und 27 Melkkühe.

Auftrieb am 4. Jänner 1915.

2771 Mastvieh und 1634 Beinlvieh, zusammen 4405 Rinder, darunter befanden sich: 1878 Ochsen,
717 Stiere,
1794 Kühe und
16 Büffel.

Unter den aufgetriebenen Kühen befanden sich 350 Melkkühe.

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 4. Jänner 1915.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	66.000	—	840	—	340	3.275	69.150	19.653	8.650	800	540
II.	64,611.000	—	157.870	8.700	138.620	11,234.360	700	4,933.650	13.735	460.000	12.215

*) Aus dem Julius-Schachte.
**) Sonstige Braunkohle.

Amtsblatt der Stadt Wien IV.
13./VII. 1915

Abnehmer-Konferenz

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
III.	847.500	401	43.830	7.800	1.035	3.200	1.075	58.497	114.009	—	—
IV.	122.700	—	—	—	1.150	76.530	—	2.415	—	—	—
V.	9.000	2	270	—	185	1.683	—	24.071	5.650	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	5.700	520	235
VII.	—	—	—	—	500	—	—	1.200	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	450	—	1.450	—	—	—
IX.	1,060.000	2.450	5.020	—	920	18.020	170	31.310	—	—	—
X.	1,257.500	72	6.377	4.000	3.771	7,968.422	8.850	653.240	100	—	—
XI.	1,191.000	37	3.671	380	73.970	6.970	210	808	—	—	—
XII.	62.000	—	—	1.580	222.707	25.740	—	4.050	—	—	—
XIII.	130.000	2.200	290	20	2.180	10.970	—	250	—	—	—
XIV.	—	—	1.300	—	1.320	350	—	11.750	8.680	—	—
XV.	19.450	48	800	—	3.870	11.795	15.705	7.886	1.500	—	600
XVI.	—	2.400	—	—	33.830	368.950	680	113.364	—	—	—
XVII.	1,156.800	447	2.020	30	2.295	1.160	2.020	4.135	120	2.157	1.160
XVIII.	289.000	58	760	—	688	9.800	60	45.770	3.000	—	—
XIX.	1,291.300	8.234	130	18	465	265	4.030	—	920	—	—
XX.	4,483.414	3.082	1.945	—	4.110	711.643	—	225.329	—	—	—
XXI.	161.000	—	1,410.710	*)513.500	167.003	25.495	—	1.210	—	—	—
Summe	76,757.764	19.431	1,635.833	536.028	658.959	20,479.078	102.650	6,140.028	162.064	463.477	14.750

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
I.	7.410	7.140	4.325	49.320	48.085	47.610	9.026	28.080	600	—	—	—
II.	117.645	17.623	20.683	3,262.245	1,270.278	577.086	418.054	111.900	1,568.160	14.728,400	5,100.500	3,242.868
III.	390.455	14.063	551	16.258	65.965	127.370	48.997	9.700	17.201	528	134.605	979.100
IV.	2.020	560	26.500	30.470	3.597	9.385	19	—	250	—	4.300	—
V.	16.600	304	50	20.200	1.165	18.140	9.741	—	20.000	985	8.500	—
VI.	300	30	—	2.800	340	1.540	—	—	—	—	15.000	—
VII.	—	126	—	6.600	4.740	3.350	760	—	43.400	—	14.000	300

*) Hievon 279.500 kg angeblich von der Militärbehörde beschlagnahmt.

Amtsblatt der Stadt Wien V.
13./III. 1915
140

Übernahme-Konferenz

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
VIII.	400	1.872	150	5.150	3.970	5.200	—	2.000	6.500	—	—	—
IX.	4.459	2.008	43.228	82.825	59.251	45.820	3.168	95.380	980	5.100	—	—
X.	2.880	3.833	177.114	63.250	13.062	413.548	52.538	14.620	4.350	117.200	376.725	1,930.000
XI.	1.160	118	1.005	5.340	336	1.846	126	18.105	3.480	402.650	84.310	—
XII.	10	835	2.200	22.600	41.260	15.850	430	—	17.760	1.800	—	—
XIII.	169.354	24.111	12.880	3.520	574	3.600	—	2.300	1,968.060	3.600	77.200	3.000
XIV.	333.499	6.460	8.000	22.460	14.200	286.280	1.000	—	108.720	208.200	13.200	180.000
XV.	5.661	231	202.210	19.864	11.149	46.645	8.265	27.860	122.800	—	—	—
XVI.	23.366	40.605	16.612	153.445	513.875	272.436	4.573	278.200	207.500	1.400	10.100	140.210
XVII.	1.000	1.002	3.370	11.250	8.840	10.790	1.062	29.930	21.440	580	*)48.300	2.400
XVIII.	128.455	9.387	10.565	9.904	15.385	27.620	4.185	600	109.680	400	1.500	—
XIX.	50	3.406	—	7.695	17.969	16.985	7.264	710	—	2.360	13.600	150
XX.	33.878	34.139	1.999	313.858	9.934	8.801	10.158	83.960	15.920	3,473.200	3,124.450	573.320
XXI.	675	1.941	1.520	11.075	56.170	5.380	288	41.500	12.440	7.890	33.950	134.080
Summe	1,239.277	169.794	532.962	4,120.129	2,160.145	1,945.282	579.654	744.845	4,249.241	18,954.293	9,060.240	7,185.428

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	—	—	1.500	3.550	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	1,302.000	483.550	18.410	196.775	51.150	6,383.850	4,973.860	51.000	195.400	69.000	—	12.390
III.	5.500	—	100	1.300	30	200	—	—	6.460	4.060	—	—
IV.	—	—	5	—	—	—	—	—	7.000	2.500	—	—
V.	—	—	90	6.650	4.370	600	—	—	5.340	4.560	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	15.000	16.000	—	—
VII.	—	—	—	1.450	—	1.000	300	—	2.500	3.000	—	—
VIII.	—	—	170	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	—	—	—	—	1.100	3.780	—	—	—	—	—
X.	1,775.000	7.650	12.950	4.950	1.080	102.600	51.300	—	44.100	33.600	—	—
XI.	66.000	—	1.512	—	—	—	—	—	4.000	2.000	—	—

*) Hievon 20.000 kg nach Wien rollend.

Abendausgabe

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
XII.	—	—	—	2.480	—	9.180	4.845	—	—	—	—	—
XIII.	—	800	—	—	—	12.900	23.600	—	109.700	23.850	1.500	—
XIV.	1,170.000	—	—	9.750	—	—	2.800	—	—	—	—	—
XV.	—	—	420	4.950	7.620	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	33.560	3.825	10.800	4.200	2.100	2.800	—	45.000	23.000	—	—
XVII.	—	950	170	500	290	—	5.800	—	150.500	6.500	500	—
XVIII.	—	1.600	60	800	—	150	—	—	2.700	—	—	—
XIX.	—	—	—	—	—	6.100	970	—	3.460	6.100	680	—
XX.	162.900	141.000	830	840	692	1,800.000	—	—	36.700	27.950	—	—
XXI.	148.500	300	255	—	—	43.300	13.080	—	4.600	4.200	9.400	—
Summe	4,629.900	669.410	40.297	244.795	69.432	8,363.080	5,083.135	51.000	632.460	226 320	12.080	12.390

Ferner gibt der Bürgermeister den nachstehenden Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens in der Zeit vom 29. Dezember bis 6. Jänner bekannt.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens in der Zeit vom 29. Dezember bis 6. Jänner.

Die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung, soweit nicht infektiöse Erkrankungen in Betracht kommen, haben sich in der letzten Dezemberwoche wesentlich gebessert, indem sich die Zahl sowohl der Erkrankungen an Bronchialkatarrhen, Lungen- und Rippenfellentzündungen als auch die Zahl der Todesfälle nach solchen Krankheiten bedeutend vermindert hat.

Was die ansteckenden Krankheiten betrifft, so zeigte die Diphtherie normale Verhältnisse; der Scharlach wies unter der Zivilbevölkerung keine große Verbreitung auf, dagegen bestanden zwei Herde in militärischen Unterkünften, im XIV. Bezirke, Meiselstraße 19 und im XVII. Bezirke, Hernalser Remise, von wo verhältnismäßig zahlreiche Scharlachkranke und verdächtige (Anginen) weggeführt wurden. Vom 29. Dezember bis 6. Jänner wurden 27 Scharlacherkrankungen von Militärpersonen gemeldet.

Über Ruhrerkrankungen lief aus der Zivilbevölkerung in der angeführten Zeit eine Anzeige, aus der Militärbevölkerung liefen 19 Anzeigen ein.

Dagegen lassen die Typhuserkrankungen unter dem Militär noch immer keine Abnahme erkennen; in der Berichtszeit wurden 139 Fälle angezeigt, denen 10 Fälle aus der Zivilbevölkerung und 4 ortsfremde Fälle gegenüberstehen.

Die Cholera ist im völligen Erlöschen begriffen; in den neun Berichtstagen ist ein russischer Infanterist (Kriegsgefangener) mit Cholera ins Spital gebracht worden. Seit Mitte November ist keine Zivilperson aus der Wiener Bevölkerung an Cholera erkrankt.

Zu den 53 Blatternfällen aus der Zivilbevölkerung, über welche zuletzt berichtet wurde, sind nunmehr 46 Fälle hinzugekommen, von welchen 36 auf den X. Bezirk entfallen, aus Häusern, welche sich in der Nähe des Franz Josef-Spitales befinden; außerdem ist eine Militärperson an Blattern erkrankt.

In der Durchführung der prophylaktischen Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Blattern wurde ein wichtiger Schritt durch Anwerbung von mehr als 50 Impfärzten für ganz Wien und Anstellung von fünf Epidemieärzten für den X. Bezirk allein, gemacht. Die Durchimpfung der blatternverseuchten Häuser und der Nachbarhäuser, die Schulimpfung und Durchimpfung von gefährdeten Betrieben schreitet in zufriedenstellender Weise fort; auch die allgemeine Impfung an den Impfsammelstellen, von der die Bevölkerung bis vor kurzem nur in geringem Grade Gebrauch gemacht hat, wird wohl infolge der in den Zeitungen erfolgten Veröffentlichung über die bestehende Blatterngefahr, besonders in den äußeren Bezirken, in stärkerem Maße in Anspruch genommen. Da die Isolierung von infektionsverdächtigen Wohnungsgenossen in einer Sanitätsstation schwer möglich wird, sobald die Zahl der Blatternfälle eine gewisse Höhe übersteigt, so bietet eine rasche Durchimpfung der Bevölkerung und eine genaue Durchforschung der dichter bewohnten Häuser nach unerkannten oder nicht gemeldeten Blatternfällen den einzigen Weg, auf dem sich die Maßnahmen gegen die Blatterngefahr mit Aussicht auf Erfolg weiter bewegen können.

Im Anschlusse an diesen Bericht teilt der Bürgermeister mit, daß seinem Verlangen, daß das Ärzte- und Pflegepersonal des Franz Josef-Spitales kaserniert werde, von der Statthalterei noch immer keine Folge gegeben wurde. Das Überhandnehmen der Blatternfälle in Wien (gegenwärtig 120 Fälle) habe die Isolierung unmöglich gemacht. Die an die Bevölkerung gerichtete Aufforderung zur Impfung habe bis jetzt so gut wie gar keinen

Amtsblatt der Stadt Wien VII.
13./VII. 1915
142
Abminus — Konferenz

Erfolg gehabt; er sei der Meinung, man solle in vorsichtiger Weise durch die Presse die Bevölkerung auf die Notwendigkeit der Impfung aufmerksam machen.

Die Gem.-Räte Steiner, Leitner, Schmid, Dr. Hein und Skaret sprechen sich ebenfalls für eine diesbezügliche Aufforderung durch die Presse aus.

Der Bürgermeister wird von der Konferenz ermächtigt, an die Journale eine entsprechende Notiz zu leiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Kohlenfrage als gelöst zu betrachten sei und ladet die Mitglieder der Konferenz ein, die städtische Kohlendeponie am Westbahnhofe zu besichtigen. Der Abverkauf erfolge dort im großen und im kleinen; die Koksvorräte in den Gaswerken seien reichlich. Am Nordbahnhofe lagern 62.000 t Kohlen.

Der Bürgermeister bespricht sodann die am 6. Jänner in den Tagesblättern erschienene offizielle Kundmachung der Regierung in der Frage der Höchstpreise für Getreide und Mehl. Diesem Kommunique, welches einer gewissen Tendenz gegen die Gemeinde nicht entbehre, wolle er folgende Tatsachen gegenüberstellen:

„Sofort nach Eintritt des Kriegszustandes, am 28. Juli 1914, habe er an den Ministerpräsidenten eine Eingabe gerichtet, in der um entsprechende Ermäßigung der Zölle auf Getreide, Mehl und sonstige Lebensmittel aus dem Vertragsauslande für Lieferungen an die Gemeinde Wien und andere autonome Stadtverwaltungen zu gemeinnützigen Approvisionierungszwecken ersucht wurde. Gleichzeitig seien alle Statutargemeinden eingeladen worden, sich diesem Schritte anzuschließen.

Bald darauf, am 12. August 1914, sei er in Erkenntnis der Verhältnisse und in Voraussicht der kommenden Ereignisse an die k. k. Regierung mit der Forderung herangetreten, Höchstpreise für Getreide festzusetzen, um hiedurch die entsprechende Versorgung der Hauptstadt mit Brotfrüchten und Mehl zu ermöglichen und sicherzustellen.

Am 14. August sei die Regierung aufgefordert worden, die Zölle für Getreide und Mehl gänzlich aufzuheben.

Am 30. September 1914 sei er mit den Parteiobmännern des Gemeinderates beim k. k. Ministerpräsidenten in Audienz erschienen, um neuerlich und eindringlich unter Hinweis auf die steigende Tendenz der Mehlpreise die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide im Großhandel und andere im Interesse der Approvisionierung Wiens gelegene Maßnahmen, insbesondere die Aufhebung der Getreidezölle und die Bestimmung eines Mahllohnes für Mühlen zu verlangen.

Diese Schritte hätten insofern einen Erfolg gehabt, als am 9. Oktober durch eine Verordnung der beteiligten Ministerien die Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mehlprodukte außer Kraft gesetzt worden seien.

In der Stadtrats-Sitzung vom 29. Oktober sei nach seinem Berichte und Antrage folgende Resolution beschlossen worden:

„„Bereits am 12. August 1914 hat die Gemeinde Wien an die Regierung die Aufforderung gerichtet, Höchstpreise für das Getreide festzusetzen.

In der Audienz, welche die Vertreter der Gemeinderatsparteien unter Führung des Bürgermeisters bei dem Herrn Ministerpräsidenten am 30. September hatten, wurde diese Forderung erneuert. Leider hat sich bisher die Regierung nicht entschließen können, diese berechtigte Forderung zu erfüllen.

Der Wiener Stadtrat sieht sich in Anbetracht der fortwährend steigenden Mehlpreise genötigt, geradezu in letzter Stunde an die Regierung zu appellieren, mit der Festsetzung von Höchstpreisen für die Brotfrüchte und für Kartoffeln nicht länger zu zögern und endlich gegen das absichtliche Zurückhalten von Vorräten und die geradezu wucherische Preistreiberei einzuschreiten.

Gleichzeitig empfiehlt der Wiener Stadtrat die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Einkaufs-Kommission für die Militär- und Zivilverwaltung, da nur auf diese Weise für die Bedürfnisse der Armee und Zivilbevölkerung gleichmäßig in entsprechender Weise vorgesorgt werden kann.““

Angesichts der sich immer ungünstiger gestaltenden Verhältnisse habe sich der Stadtrat mit dem Beschlusse vom 12. November über die Ausführungen des Bürgermeisters zur Erklärung gezwungen gesehen, daß er jede Verantwortung für das Versäumnis der k. k. Regierung ablehnen müsse und habe ihn ersucht, diese Erklärung der k. k. Regierung mit der neuerlichen Aufforderung zur Kenntnis zu bringen, der vor vielen Wochen, am 12. August, überreichten Petition der Gemeinde Folge zu geben. Er habe sich dieser Aufgabe sofort unterzogen. Ferner sei vom Magistrate über Auftrag des Stadtrates die k. k. Regierung ersucht worden, die k. k. Statthalterei anzuweisen, im Sinne des § 4 der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, zur Versorgung des Wiener Gemeindegebietes mit Brotfrüchten die in Böhmen und Mähren zur Verfügung stehenden Vorräte an Weizen und Roggen festzustellen und das weitere Verfahren wegen Übergabe der angesprochenen Mengen einzuleiten. Über diese Eingabe sei bisher keine Erledigung erfolgt.

Am 28. November sei die Verordnung des Handelsministers erschienen, mit der die Normen über die Bestimmung der Höchstpreise für Getreide und Mehl festgesetzt wurden. Der Stadtrat habe sich sofort veranlaßt gesehen, zu dieser Verordnung Stellung zu nehmen und beschloß in seiner Sitzung vom 3. Dezember 1914 nach einem von ihm erstatteten eingehenden Referate eine Resolution an die k. k. Regierung zu richten, in der die schweren Bedenken der Gemeinde gegen diese Art der Festsetzung der Höchstpreise in sachlicher Darlegung Ausdruck fanden und die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Regierung in objektiver Würdigung der Bedenken von dem ihr nach § 1 der Verordnung zustehenden Überprüfungsrecht im Sinne einheitlicher und möglichst niedriger Höchstpreise für Getreide und Mehl Gebrauch machen werde. An dieser Stelle müsse festgelegt werden, daß die Gemeinde nie um „gleiche“ Höchstpreise, sondern um „einheitliche“ Höchstpreise gebeten habe, das sind solche, bei denen die Differenzierung auf Frachttarifen und Qualität beruht. Gleichzeitig sei die Forderung nach ehester Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffel, Kartoffelmehl und Reismehl gestellt worden.

Einige Tage später, am 8. Dezember 1914, habe er das Ersuchen um Feststellung der verfügbaren Brot-Getreidevorräte in Böhmen und Mähren und deren Beschlagnahme für Approvisionierungszwecke der Stadt Wien wiederholt.

Am 16. Dezember habe er beim k. k. Ministerpräsidenten vorgesprochen, um diesen zur energischen Intervention behufs Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Mehl zu veranlassen.

Amtsblatt der Stadt Wien VIII.

13./VIII. 1915 143

Bürgermeister-Konferenz.

In der Sitzung vom 17. Dezember sei vom Stadtrat auf Grund seiner Ausführungen eine neuerliche Resolution an die k. k. Regierung beschlossen worden, in der die Gemeinde unter Hinweis auf die Wirkungen der Regierungsverordnung über die Höchstpreise, die geradezu ein unüberwindliches Hemmnis der Getreide- und Mehlzufuhr nach Wien bildeten und tiefgehende Mißstimmung und Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen hätten, auf das nachdrücklichste und dringendste Maßnahmen verlangt habe, um die Mehlversorgung Wiens zu erträglichen Preisen zu sichern. Gleichzeitig sei neuerlich die Festsetzung einheitlicher Höchstpreise für die gesamte Monarchie verlangt worden. Er habe sich hierauf mit den Obmännern aller Gemeinderatsparteien am 19. Dezember 1914 zum k. k. Ministerpräsidenten begeben, um die Einleitung von Verhandlungen über die in dieser Resolution enthaltenen Forderungen der Gemeinde zu bewirken.

Am 22. Dezember 1914 sei der Sektionschef im k. k. Ministerium des Innern Anton Ritter v. Simonelli bei ihm zu einer Besprechung erschienen, bei der die Überlassung verschiedener Mehlsorten an die Gemeinde Wien aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Vorräten in Aussicht genommen worden sei.

Nach einer am 23. Dezember 1914 mit den in Betracht kommenden Genossenschaften abgehaltenen Konferenz habe er noch am selben Tage beim Sektionschef Ritter v. Simonelli die Erklärung abgegeben, daß die Gemeinde das ganze verfügbare Mehl zu übernehmen bereit sei. In einer Audienz beim k. k. Finanzminister Dr. Freiherrn v. Engel am 30. Dezember 1914 habe er die Herbeischaffung dieses Mehles und die Bekanntgabe des Preises urgiert, worauf am folgenden Tage, am Sylvesterabend, in einer Besprechung mit dem Vertreter des Finanzministeriums k. k. Ober-Finanzrat Ludwig Ritter v. Bärenklau, zwischen Regierung und Gemeinde die Übergabe von Mehlquantitäten an die Gemeinde Wien unter noch zu bestimmenden Preisen vereinbart worden sei. Von diesen Quantitäten sei bisher ein kleiner Bruchteil eingelangt, der auch sofort den beteiligten Genossenschaften zur Verfügung gestellt und von diesen an ihre Mitglieder abgegeben worden sei.

Auch habe die Gemeinde Wien verschiedene Schritte unternommen, um aus dem Auslande Getreide- und Mehlvorräte zu erhalten.

Von der Magistrats-Direktion würden nahezu täglich eingehende Berichte über die Lage des Mehlmarktes in Wien an die Statthalterei vorgelegt, so daß die Regierung über genügende Informationen verfüge.

Ihm und dem Magistrate sei es stets ferngelegen, die Bevölkerung zu beunruhigen, im Gegenteile hätten durch die ganze Zeit alle Gemeindefunktionäre bewiesen, daß sie nach bestem Wissen und Können ihre Pflicht tun, um der Bevölkerung über unvermeidliche Begleiterscheinungen des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete hinüberzuhelfen."

Hierauf teilt der Bürgermeister mit, daß der Gemeinde Wien die Zuweisung folgender Mehlsorten und Quantitäten aus den Vorräten der österreichischen Staatsverwaltung in Ungarn in Aussicht gestellt sei:

Weizenmehl Nr. 0	15 Waggons,
Weizenmehl Nr. 3	30 Waggons,
Weizenmehl Nr. 5	50 Waggons,
Gerstenmehl	50 Waggons.

Im Zusammenhange damit habe er gestern folgende telephonische Mitteilung erhalten:

„1. Am 5. Jänner sind 10 Waggons nach Miskolcz abgerollt, um den Transport von 10 Waggons Mehl Nr. 0 via Budapest zu ermöglichen.

2. 8½ Waggons Mehl Nr. 3 sind von Esseg avisiert, langen am 7. Jänner in Budapest ein und werden weiterbefördert.

3. 8 Waggons Mehl Nr. 3 werden am 7. Jänner den Beständen entnommen und nach Wien spediert.

4. 20 Waggons Mehl Nr. 5 werden am 7. Jänner ebenfalls aus den Beständen entnommen und verladen.

5. Bezüglich Gerstenmehl wird Zoll-Direktor Rott in einigen Tagen relationieren."

Er habe die Genossenschaften hievon verständigt und werde diesen nach ihren Anmeldungen Mehl zur Verfügung stellen. Bezüglich der Preisfrage erklärte der Finanzminister, er könne den Preis erst bekanntgeben, bis Ungarn die Höchstpreise festgesetzt habe. Die Regierung habe ein minimales Quantum, 46 Waggons, gestellt, die Gemeinde müsse jedoch ein größeres Quantum fordern.

Hierauf gibt der Bürgermeister einen Erlaß des Handelsministeriums vom 31. Dezember 1914, Z. 44031, bekannt, welcher das Verhalten der Regierung in der Frage der Höchstpreise in treffender Weise charakterisiere. Dieser Erlaß enthalte folgendes:

„Wenn zwischen den Mühlen und den den Mühlen Getreide liefernden Zwischenhändlern ein im ganzen 2½ Prozent des Kaufpreises nicht übersteigender Betrag als Vergütung der faktisch aufgewendeten handelsüblichen Spesen und Entlohnung der Mühewaltung des Zwischenhändlers vereinbart wird, so ist dieser von den zur Ausübung der Strafgewalt berufenen politischen Behörden erster Instanz während der erwähnten Zeit nicht zu beanständen, daß sich die durch die Hinzurechnung der Provision bewirkte Überschreitung der normierten Höchstpreise, mit Rücksicht auf die Marktlage oder den im Geschäftsabschlusse vereinbarten Erfüllungsort als unvermeidlich herausstellen sollte.

Hievon sind die berufenen Vertreter der maßgebenden Interessentenorganisationen (Getreide-Großhandel und Mühlen mit Ausnahme des Großmühlenverbandes, welcher von hier aus verständigt wird) — jedoch lediglich mündlich und streng vertraulich zu verständigen."

Im Anschlusse an die Verlesung dieses Erlasses erklärt der Bürgermeister, daß die Regierung trotz der eindringlichen Vorstellung der Gemeindevertretung noch immer nicht an eine Mehlknappheit in Wien glauben wolle und in einer Zeit, in welcher diese Mehlknappheit gleichsam gerichtsordnungsmäßig erwiesen sei, habe das k. u. k. Kriegsministerium den Erlaß vom 22. Dezember 1914, Abt. XII, Nr. 26568, an den Magistrat gerichtet, in welchem es heißt:

„Außer den nach dem Kriegsleistungsgesetze bereits angeforderten Getreidemengen benötigt die Heeresverwaltung noch weitere Quantitäten, womit der Bedarf der Armee bis Ende August gedeckt werden soll.

Das auf Niederösterreich entfallende Kontingent wird seitens der beteiligten Zentralstellen erst festgestellt werden, wonach die Aufteilung auf die einzelnen politischen Bezirke erfolgen wird.

Amtsblatt der Stadt Wien IX

13./VII. 1915

144

Obmänner-Konferenz

Um hiefür die zuverlässigste Basis rechtzeitig zu schaffen, werden die Unterbehörden aufgefordert, unverzüglich an der Hand der zur Verfügung stehenden Behelfe (des bereits vorliegenden Materiales), beziehungsweise durch Neuerhebungen bei den Gemeinden festzustellen:

1. Welche Quantitäten an Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer) sind als Monatsrate pro Dezember an die Landessammelstelle (das Lagerhaus) aus dem Bezirke zur Ablieferung gelangt?

2 Welche bereits angeforderten und sichergestellten Quantitäten werden in den folgenden Monaten einschließlich März zur Einlieferung gelangen?

3. Welche Quantitäten an Getreide (welche Sorten) sind außerdem zur Zeit aus dem Bezirke noch aufbringbar?

Bezüglich Punkt 3 wird es Aufgabe der Unterbehörden sein, möglichst rasch annähernd ein Bild zu gewinnen, wie weit die einzelnen Gemeinden nach den Eigentümlichkeiten der Produktion an einzelnen Getreidesorten noch leistungsfähig sind."

Im Anschlusse daran erklärt der Bürgermeister, daß dieser Erlaß direkt ein Attentat auf die Zivilbevölkerung sei. Die Zivilbevölkerung habe doch auch ein Recht zu leben. Wenn auch Wien als Konsumort durch diese Maßnahmen nicht so sehr betroffen werde, so bedeute dieser Erlaß eine große Gefahr für die Landbevölkerung.

Der Bürgermeister erklärt, er wolle den früher verlesenen Bericht über die Aktionen der Gemeinde Wien in der Mehlversorgungsfrage der Öffentlichkeit übergeben.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß er namens der Großeinkaufsgenossenschaft in der Statthalterei vorgesprochen und Mehl aus den Regierungsvorräten verlangt habe, um die Wiener Bevölkerung mit Mehl versorgen zu können; von den 2400 Waggons solle ein Teil für diesen Zweck sichergestellt werden. Darauf sei ihm erwidert worden, 1200 Waggons gehören der Heeresverwaltung, 500 der Firma Mendl, bezüglich weiterer 500 Waggons könne kein Aufschluß gegeben werden.

Die Bevölkerung sei der Meinung, daß das Mehl zurückgehalten und Wucher getrieben werde. In Wien sei aber tatsächlich kein Mehl mehr vorhanden und es komme auch keines wegen des herrschenden Waggonmangels. Wie die Höchstpreise umgangen werden, dafür sei folgender Fall beispielgebend:

Eine kleine Mühle in Ungarn, von der er Mehl bezog, rechnete für den Sack 5 K, so daß sich das Mehl auf 72 K 85 h stellte; es müßten daher auch Höchstpreise für die Säcke festgesetzt werden.

Der Bürgermeister richtet hierauf an die Konferenz die Frage, wie sie sich zur Heranziehung der eisernen Vorräte der Gemeinde stelle; er sei der Meinung, diese müßten für den Fall der größten Not, die jetzt noch nicht vorliege, zurückgehalten werden. Er habe einen Agenten nach Budapest gesendet zur vertraulichen Erhebung von Getreide- und Mehlvorräten, ebenso einen Agenten nach Mähren, um Beschlagnahms-Anträge stellen zu können, habe jedoch bis jetzt keine Nachricht erhalten.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, er habe auf 15.110 q rumänischen Weizen bis Ende Dezember 1914 geschlossen, die Lieferung sei storniert worden.

Auf ein Anbot zur Lieferung von rumänischem Mehl aus Galatz (20 Waggons) habe er keine Antwort erhalten.

Weitere vier Versuche, amerikanisches Mehl zu bekommen, seien durch die internationale Lage gegenstandslos geworden; zwei weitere Versuche, aus Rumänien Weizen zu bekommen, seien ebenfalls gescheitert.

Ein weiterer Schluß auf amerikanischen Weizen durch die Kreditanstalt auf 10.000 q bis zu 50.000 q Zif. Genua sei noch nicht ausgeführt.

Eine merkwürdige Tatsache ist es, daß die Heeresverwaltung bis jetzt bloß in Österreich, aber nicht in Ungarn requiriert habe.

Gem.-Rat Leitner gibt der Meinung Ausdruck, daß der eiserne Vorrat der Gemeinde zurückgehalten werden solle, bis in Wien überhaupt kein Mehl mehr zu haben sei.

Gem.-Rat Reumann spricht sich in demselben Sinne aus.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß das Verhalten der Regierung in grassem Widerspruch stehe mit dem, was den Vertretern der Obmänner-Konferenz vom Ministerpräsidenten seinerzeit gesagt wurde. Es wurde zugesichert, von den Vorräten des Militärärars der Gemeinde Mehl zu verschaffen, das Gegenteil davon sei aber geschehen, es würden jetzt noch Requisitionen angeordnet. Das Kommunique ironisiere die Schritte der Gemeinde: Wenn das geschehen wäre, was die Gemeinde verlangt habe, nämlich einheitliche Festsetzung der Höchstpreise, dann wäre es noch schlechter. Es solle in dem Berichte des Herrn Bürgermeisters darauf hingewiesen werden, daß die Gemeinde nicht „gleiche", sondern „einheitliche" Höchstpreise verlangt habe.

Die Konferenz erklärt sich mit der Publikation des Berichtes des Bürgermeisters im Amtsblatte einverstanden.

Vize-Bürgermeister Hoß referiert über die Übernahme einer Ausfallsgarantie durch die Gemeinde Wien für die zu gründende Wiener Mietdarlehenskassa und beantragt:

„Die Gemeinde Wien ist bereit, für die nach dem Muster der Kriegskreditbank in Form einer Aktiengesellschaft zu gründende Wiener Mietdarlehenskassa eine Ausfall-garantie bis zum Betrage von einer Million Kronen zu übernehmen, wenn das Aktienkapital von einer Million Kronen aufgebracht, die Einräumung eines Reeskomptes mindestens im vierfachen Betrage des eigenen und garantierten Kapitales seitens der Österreichisch-ungarischen Bank zugesichert und der Gemeinde Wien eine entsprechende Vertretung im Verwaltungsrate (durch mindestens drei Mitglieder) und über Wunsch auch im Exekutiv-Komitee (durch ein Mitglied) gewährleistet wird."

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vize-Bürgermeister Rain referiert über die Vereinfachung der Weißgebäcks-Erzeugung und beantragt, nachstehende Resolution zum Beschlusse zu erheben:

„Mit Rücksicht auf die Knappheit der Vorräte an Brotgetreide ist durch die Verordnung des Handelsministers vom 31. Oktober 1914, R.-G.-Bl. Nr. 301 und 302, die Verwendung von Weizen- und Roggenmehl zur Brot-Erzeugung eingeschränkt und der sogenannte Gebäcksaustausch verboten worden. Die Erzeugung von Weißgebäck ist aber von jeder Beschränkung freigeblieben.

Da nun zu besorgen ist, daß durch übermäßige Erzeugung von Weißgebäck der Zweck der genannten Verordnung vereitelt wird und daß überdies bei dem Mangel an gelernten Arbeitern die üblich große Mannigfaltigkeit der Weißgebäcksorten zu einer unnötigen Gebäcksverteuerung führt, erachtet es der Stadtrat (Gemeinderat) als dringend notwendig, daß auch bezüglich der

Amtsblatt der Stadt Wien. X
13./III. 1915
145
Abnahme – Sammlung

Zusammensetzung und der Form des Weißgebäckes den Verhältnissen entsprechende Zwangsvorschriften von der Regierung erlassen werden."

Auf eine Anfrage des Gem.-Rates Reumann bemerkt Referent, daß über die Gebäcksorten derzeit bei der Genossenschaft noch verhandelt werde, es seien aber drei Gebäcksorten in Aussicht genommen.

Der Referenten-Antrag wird sodann zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister teilt mit, daß er verfügt habe, daß dem wirtschaftlichen Hilfsbureau ab 1. Jänner 1915 zur Bestreitung der Kanzleiauslagen ein erhöhter Monatsverlag von 2000 K aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien gegen nachträgliche Verrechnung zur Verfügung gestellt werde.

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.

Vize-Bürgermeister Hoß fragt die Konferenz, ob die Gemeinde zur Verordnung über die Höchstpreise für Kartoffel Stellung nehmen solle. Er sei nämlich von kompetenter Seite aufmerksam gemacht worden, daß für die im Mai und Juni auf den Markt kommenden Früh-Kartoffel die derzeitigen Höchstpreise unmöglich Geltung haben könnten, da für diese in normalen Zeiten viel höhere Preise gezahlt würden. Diese Lücke in der Verordnung habe viele Landwirte veranlaßt, anstatt der Früh-Kartoffel Getreide zu bauen. Nach seiner Meinung wäre aber das gerade kein Nachteil, da es dann nur mehr Getreide gäbe, während an Kartoffel ohnehin kein Mangel sei.

Die Konferenz beschließt hierauf, von einer Stellungnahme zu dieser Verordnung Abstand zu nehmen.

Vize-Bürgermeister Hoß bringt die nachstehenden Stadtrats-Beschlüsse zur Kenntnis.

P. Z. 16667, M. A. III, 2695, Stadtrats-Beschluß vom 22. Dezember 1914, Jagdpachtübereinkommen mit der Spitzer Jagdgesellschaft. (Antrag: 1. Der mit Adolf Jerie bezüglich des Eigenjagdrevieres des Fondsgutes Spitz an der Donau und bezüglich einiger vom Fondsgute gepachteter Genossenschaftsjagdgebiete abgeschlossene Jagdvertrag vom 2. Juli 1909, M. A. I, 5081/07, wird einverständlich aufgelöst.

2. Der vom Magistrate vorgelegte Entwurf des mit der Spitzer Jagdgesellschaft, bestehend aus Julian Huber, Karl Jedek sen., Karl Jedek jun., Rudolf Jedek, Adolf Jerie, Dr. Peter Krennhuber, Heinrich Petri, Eduard Riether und Moritz Schieder, bezüglich des gleichen Jagdgebietes abzuschließenden Jagdpachtvertrages wird genehmigt).

P. Z. 16948, M. A. II, 9420, Stadtrats-Beschluß vom 22. Dezember 1914. Unentgeltliche Überlassung von zwei Fuhren Koks an den katholischen Gesellenverein im IX. Bezirke, Franz Josefsbahn-Straße 51. (Antrag: Gewährung.)

P. Z. 17008, M. A. XV, 15157, Stadtrats-Beschluß vom 22. Dezember 1914. Arbeits-Komitee im XX. Bezirke der Frauenhilfsaktion im Kriege um Nachsicht der Beheizungs- und Beleuchtungskosten für den an schulfreien Vor- und Nachmittagen zu Mädchenhortzwecken überlassenen Turnsaal der Mädchenschule XX., Greiseneckergasse 29. (Antrag: Gewährung bis auf Widerruf.)

P. Z. 17006, Str. B. 6914/14/2, Stadtrats-Beschluß vom 22. Dezember 1914. Bei einer hölzernen Wagenhalle im Straßenbahnhofe Speising. (Antrag: 1. Der von der Direktion der städtischen Straßenbahnen ausgearbeitete Entwurf einer hölzernen Wagenhalle im Anschlusse an die bestehende Wagenhalle im Bahnhofe Speising wird mit einer Gesamtkostensumme von 160.000 K genehmigt.

2. Von den Gesamtkosten sind 41.000 K auf Grund des Übereinkommens vom 25. November 1914 durch Beitragsleistung des Militärärars bedeckt. Der Rest von 119.000 K findet mit dem Teilbetrage von 60.000 K im Sachkredit vom Investitionspräliminare 1910, Kap. VI, Post 5, und mit dem weiteren Betrage von 59.000 K in der Ersparnis beim Bau des Bahnhofes Floridsdorf aus dem Investitions-Präliminare 1911, Kap. VI, Post 3, per 410.000 K seine Deckung.

Der Gesamtbetrag ist in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. Juni 1914, P. Z. 7154, genehmigten Sachkredit Investitionspräliminare 1914/15 und in dem Präliminaransatz der Ausgabs-Rubrik XIV I/II 5 des Hauptvoranschlages sichergestellt.)

P. Z. 17159, M. A. V, 2981, Stadtrats-Beschluß vom 29. Dezember 1914. Entscheidung des k. k. Eisenbahnministeriums vom 14. Oktober 1914, Z. 36136/7, betreffend die Errichtung einer neuen Lokomotivremise auf dem Franz Josefs-Bahnhofe. (Antrag: Diese Entscheidung wird zur Kenntnis genommen und von der Einbringung einer Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof abgesehen.)

P. Z. 17150, M. A. II, 10656, Stadtrats-Beschluß vom 29. Dezember 1914. Bewilligung eines Zuschußkredites von 70.013 K 31 h zur Ausgabs-Rubrik XII 3 „Gebührenäquivalent" für das erste Halbjahr 1914. (Antrag: Bewilligung.)

P. Z. 17197, M. A. II, 8934, Stadtrats-Beschluß vom 29. Dezember 1914. Wiener Schützenverein um Subvention für seine Landsturmschützenschule. (Antrag: Dem Wiener Schützenvereine wird für seine Landsturmschützenschule eine Subvention von 2000 K unter Verweisung der Ausgabe auf die Ausgabs-Rubrik LII „Kriegsauslagen" bewilligt.)

P. Z. 17308, M. A. XIV, 9467, Stadtrats-Beschluß vom 29. Dezember 1914. Baubewilligung für die Errichtung von Notunterstandsschupfen am Zentral-Viehmarkte im III. Bezirke. (Antrag: Für die Errichtung von Notunterstandsschupfen in einer Gesamtlänge von 114·17 m und einer Tiefe von 12·3 m bis 13 m auf dem Kontumazmarkte [Einl.-Z. 1736 des III. Bezirkes] wird unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen die Baubewilligung erteilt.)

Dieselben werden zustimmend zur Kenntns genommen.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß in letzter Zeit auf dem Zentral-Viehmarkte eine Reihe von Viehdiebstählen vorgekommen sei; diesem Übelstande müsse abgeholfen und den Geschädigten Ersatz geleistet werden.

Vize-Bürgermeister Rain teilt mit, daß auch aus den Kühlhäusern Fleisch bis zu 2000 K gestohlen wurde; er schließe sich dem Begehren seines Vorredners nach Abhilfe an.

Vize-Bürgermeister Hoß beauftragt den anwesenden Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer, mit den kompetenten Faktoren in dieser Angelegenheit eine Besprechung abzuhalten, um die entsprechenden Maßnahmen zur Behebung dieser Übelstände zu vereinbaren.

Gem.-Rat Goltz führt aus, daß trotz Aufhebnng der Verzehrungssteuer und der städtischen Zuschläge die Preise für Wildbret gleich hoch geblieben seien und meint, ob nicht auf die

Händler eingewirkt werden könne, die bezüglichen Vorschriften nicht zu umgehen.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß der Ackerbauminister gelegentlich der Audienz der Vertretung der Obmänner-Konferenz beim Ministerpräsidenten eine Ergänzung der Verordnung über die Höchstpreise für Wildbret und Hasen in Aussicht gestellt habe, dieselbe sei jedoch bis heute nicht erschienen.

Gem.-Rat Reumann bemerkt, daß das Ackerbauministerium nach einer Konferenz mit einem Vertreter der Wildbrethändler merkwürdigerweise die Nachtragsverordnung fallen ließ.

Vize-Bürgermeister Rain teilt mit, daß in Wien gegenwärtig höchstens 500 Stück Hasen vorrätig seien. Die Vorräte werden von Prag und Brünn aufgekauft. Es werden bald in Wien gar keine Hasen mehr zu bekommen sein.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß in Wien gegenwärtig eine große Petroleumnot herrsche; es müßten die Vorräte erhoben und Sorge getragen werden, von Rumänien Petroleum zu bekommen. Ferner habe er vor vier Monaten darauf aufmerksam gemacht, daß der Reis in absehbarer Zeit steigen werde. Damals sei ihm geantwortet worden, daß die Stadt Wien auf ein Jahr mit Reis versorgt sei; heute werde jedoch schon für minderwertigen Reis 60 K verlangt.

Weiters teilt Gem.-Rat Leitner mit, daß in gewissen Kaffeehäusern in der Leopoldstadt — hauptsächlich im Cafe „National" — galizische Flüchtlinge förmliche Winkelbörsen eingerichtet haben, wo sie für Galizien geschlossene Quantitäten verhandeln; das Marktamt solle in diesen Kaffeehäusern Erhebungen pflegen; vielleicht wäre es möglich, einzelne Artikel dort mit Beschlag zu belegen.

Marktamts-Vize-Direktor Spring teilt mit, daß er die entsprechenden Erhebungen bereits einleiten ließ, doch hätten dieselben kein Resultat ergeben.

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer teilt mit, daß für Wien 163 Waggons Reis vorrätig seien; die Vorräte würden jedoch zurückgehalten, um der Spekulation vorzubeugen.

Vize-Bürgermeister Hoß beauftragt Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer, bezüglich der Petroleum- und Reisvorräte noch genaue Erhebungen zu pflegen und hierüber zu berichten.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller regt die Erwirkung einer Verordnung an, nach welcher nur an befugte Gewerbetreibende, nicht aber an Private größere Quantitäten von unentbehrlichen Bedarfsartikeln abgegeben werden sollen.

Gem.-Rat Steiner bespricht die rücksichtslose Anwendung des Kriegsdienstleistungsgesetzes bezüglich der Benützung von Gründen im Weichbilde der Stadt zur Errichtung von Spitalsbaracken. Es würden außerordentlich teuere Gründe für diesen Zweck in Anspruch genommen. Man könnte doch hiefür auch billigere Gründe wählen. Er meine, die Gemeinde könne gegen dieses Vorgehen als Baubehörde remonstrieren. Der Bürgermeister von Linz habe einen solchen Bau sistiert.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller meint, daß sich in dieser Sache nichts machen lasse; es könne höchstens der Standpunkt der Gemeinde bei der Festsetzung der Entschädigungsansprüche, die ihr als politische Behörde zusteht, zum Ausdrucke gebracht werden.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß die Zivilbevölkerung in den Gast- und Kaffeehäusern durch bettelnde und betrunkene verwundete Soldaten belästigt werde und daß die von der Polizei-Direktion festgesetzte frühere Sperrstunde hauptsächlich aus diesem Grunde verfügt wurde.

Weiters regt Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller an, da die Zeit der Steuerfassionen vor der Türe stehe, es möge bei der Finanz-Landes-Direktion die Zuerkennung der Steuerfreiheit für nicht benützte Lokale von eingerückten Gewerbetreibenden urgiert werden.

Vize-Bürgermeister Hoß führt aus, daß Spitalsbaracken wohl deshalb in den Städten hauptsächlich errichtet werden, weil man hier Kanalisation, gutes Trinkwasser, Ärzte ꝛc. habe, doch sei auch er der Meinung, daß man hiefür billigere Gründe in Aussicht nehmen solle. Was die Anregung des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller punkto Steuerfreiheit anlange, so stehe eine diesbezügliche Entscheidung der Finanz-Landes-Direktion bevor.

Vize-Bürgermeister Hoß referiert über den freiwilligen Eintritt der städtischen Angestellten und Lehrpersonen in das Heer und die Landwehr anläßlich der Musterung der Landsturmpflichtigen und beantragt:

„Die bei der Musterung zum Landsturmdienste mit der Waffe geeignet befundenen landsturmpflichtigen Gemeinde-Angestellten der Geburtsjahrgänge 1887, 1888, 1889 und 1890, welche die nach dem Wehrgesetze für die Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes festgesetzte wissenschaftliche Befähigung erbringen können, bedürfen zum freiwilligen Eintritte auf Kriegsdauer in das gemeinsame Heer oder in die Landwehr der sonst für diesen Eintritt erforderlichen Genehmigung des Stadtrates nicht. Hinsichtlich ihres Dienstverhältnisses und ihrer Dienstbezüge gelten entsprechend ihrer Diensteseigenschaft die für die mobilisierten Gemeinde-Angestellten derzeit bestehenden Bestimmungen.

Die im Wiener Schulbezirke an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrkräfte sind in gleichen Fällen analog zu behandeln.

Diese Begünstigung wird schon jetzt auch auf die Angestellten und Lehrer der anderen Jahrgänge, deren Einrückungstermin dermalen noch nicht bekanntgegeben worden ist, ausgedehnt."

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:
Reumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien

16./III. 1915

I

148

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 14. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom

11. Jänner 1915.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, ferner die Gem.-Räte: Steiner, Heinrich Schmid, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Goltz, Reumann und Skaret. Marktamts-Direktor: Dr. Nüchtern. Ober-Magistrats-Direktor: Dr. August Mayr.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer, Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Nübel und Magistrats-Direktor Bauer.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß er einer dringenden Angelegenheit halber die Obmänner-Konferenz einberufen habe. Die Situation bezüglich des Mehles sei noch kritischer geworden; nach einem Berichte des Marktamts-Direktors seien von den 650 Wiener Bäckern, die noch ihren Betrieb aufrecht erhalten, 50 Bäcker noch auf acht bis zehn Tage mit Mehl versorgt. Zirka 600 müßten sich die Vorräte von Fall zu Fall im Kleinen beschaffen. Aus Ungarn sei kein Mehl mehr zu erhalten. Der Inhaber der Firma Mendl habe letzten Samstag beim Statthalter vorgesprochen und darüber Beschwerde geführt, daß eine Bestellung auf 1200 Waggons Mehl bei Budapester Mühlen storniert worden sei, ein Schiedsgericht in Budapest habe den Schluß aufgelöst. Da der Firma Mendl große Militärlieferungen übertragen sind, habe sich das Kriegsministerium an den ungarischen Ministerpräsidenten mit dem Ersuchen um Intervention gewendet. Der ungarische Ministerpräsident telegraphierte dem Kriegsministerium, er habe keine Veranlassung, sich in diese Angelegenheit zu mischen.

Auf der letzten Getreidebörse sei für Mehl die Zahlung in Gold verlangt worden. Dem Bäckermeister Frimmel habe der polnische Flüchtling Wasserlauf Mehl zum Preise von 72 K angeboten. Am nächsten Tag kam ein anderer polnischer Flüchtling und verlangte einen Preis von 82 K, am dritten Tage einen Preis von 85 K; daraus zeige sich, daß die Höchstpreise überhaupt nicht gelten. Die Beschlagnahme von Weizen in Niederösterreich sei nicht möglich, da keine statistischen Daten über die Vorräte zu bekommen seien; auch die bezügliche dritte staatliche Erhebung habe keinen Erfolg gehabt.

Der Bürgermeister teilt mit, er habe in Erfahrung gebracht, daß in Wien 1800 Waggons guter alter Mais lagere, der Eigentum der ungarischen Wechsel- und Eskompte-Gesellschaft in Budapest sei, die sich jedoch weigert, ihn zu verkaufen. Er wolle die Beschlagnahme von 1000 Waggons erwirken und das Quantum sodann für die Gemeinde Wien ankaufen. Der Preis des Maises sei 2·4 Millionen Kronen, somit inklusive des

Amtsblatt der Stadt Wien

16./III. 1915

II

149

Obmänner-Konferenz.

45prozentigen Mahllohnes zirka 3 Millionen Kronen. Mit Rücksicht auf die gefahrdrohende Situation in der Mehlfrage ersuche er um die Ermächtigung zu dieser Maßregel und um die Bewilligung des entsprechenden Kredites.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, die Gemeinde müsse jedes Mittel ergreifen, um der drohenden Gefahr in der Mehlfrage zu begegnen. Mit Rücksicht darauf, daß die Verordnung über die Höchstpreise gar nicht funktioniere, werde die Bevölkerung darauf angewiesen sein, auch Mais heranzuziehen. Die Mehlpreise werden in den nächsten Wochen noch sprunghaft weiter in die Höhe gehen; den österreichischen Mühlen sei nicht zu helfen, sie werden zum Stillstand verurteilt sein. Die Lage werde sich nicht bessern, so lange nicht auf Ungarn dahin eingewirkt werde, daß auch dort ernste Erhebungen und Requisitionen durchgeführt würden. Es dürfe kein Risiko gescheut werden, er unterstütze daher den Antrag des Herrn Bürgermeisters auf das wärmste.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellt fest, daß die ungarische Regierung erklärt habe, das ungarische Mehl müsse im Lande bleiben.

Gem.-Rat Neumann erklärt, er nehme es mit großer Befriedigung zur Kenntnis, daß der Bürgermeister sich mit der Absicht trage, die Beschlagnahme der 1000 Waggons Mais zu erwirken und er billige diesen Schritt vollkommen. Das Risiko komme hiebei nicht in Betracht; denn wenn auch durch Zufall gebundene Vorräte auf den Markt kämen, so könnte die Gemeinde das Risiko eines Geldverlustes leichter tragen, wie das der Gefahr der Not. Mit dieser Requisition zeige die Gemeinde, daß sie es mit der Beschlagnahme ernst nehme. Die Bevölkerung müsse sehen, daß die Gemeinde mit aller Energie vorgehe, wenn irgendwo Vorräte requirierbar wären, er gebe namens der sozialdemokratischen Partei zu diesem Antrage rückhaltslos seine Zustimmung.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß bezüglich des Antrages des Herrn Bürgermeisters nur eine Stimme herrschen könne, nämlich die, jeden Betrag aufzuwenden für die Sicherung der Approvisionierung, selbst wenn die Gefahr von Verlusten damit verbunden sei. Er sei jedoch der Meinung, daß alle diese Aktionen und Vorschläge in kurzer Zeit versagen werden; Österreich könne nicht einmal in normalen Zeiten seinen Getreidebedarf im eigenen Lande decken, dazu sei jetzt auch noch Galizien weggefallen; daher könnten auch alle Beratungen zu keinem dauernden Erfolg führen. In Ungarn sei genügend Getreide vorhanden, um auch an Österreich abzugeben. Die Gemeinde müsse sich in dieser Richtung zu einem entscheidenden Schritte entschließen. Er stelle den Antrag, der Herr Bürgermeister möge entweder allein oder mit den Vertretern der Obmänner-Konferenz bei Seiner Majestät dem Kaiser in Audienz erscheinen, auf die herrschenden Übelstände und deren Folgen hinweisen und darauf aufmerksam machen, daß der gegenwärtige Krieg gemeinsam von Österreich und Ungarn geführt werde, und daher auf Ungarn ein Druck ausgeübt werden müsse, seine gegenwärtige Haltung zu ändern.

Gem.-Rat Leitner erklärt sich ebenfalls mit dem Antrage einverstanden. Er führt aus, daß an der Wiener Börse letzten Samstag ein Posten Brotmehl um 64 K gekauft wurde, für welches der Höchstpreis mit 47 K bestimmt ist. Damit der Verkäufer nicht bestraft werde, wurde es unter dem Titel Kochmehl verkauft. Auf diese Weise würden die Höchstpreise umgangen.

Gem.-Rat Steiner teilt mit, daß er sich in der letzten Zeit bemüht habe, in den landwirtschaftlichen Interessentenkreisen Mitteilungen über Vorräte zu erhalten; es sei ihm von sehr seriöser Seite mitgeteilt worden, daß die österreichischen Großgrundbesitzer mit Ausnahme der mährischen und böhmischen fast keine Vorräte hätten. Dagegen sollen in Ungarn riesige Vorräte vorhanden sein. Mit dem Vorschlage des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller sei er nicht ganz einverstanden, er sei der Meinung, man solle zuerst noch einmal beim Minister-Präsidenten und Kriegsminister vorsprechen, ihnen die Lage schildern und wenn auch dann noch keine Abhilfe geschaffen werde, solle der Bürgermeister bei Seiner Majestät dem Kaiser Audienz nehmen.

Gem.-Rat Skaret ist der Meinung, daß auch in Österreich noch ziemlich große Getreide- und Mehlvorräte vorhanden seien. Die großen Gutsbesitzer in Böhmen verfügen gewiß über große Vorräte; ein großer Teil des Getreides sei noch gar nicht ausgedroschen. Verurteilt müsse die Haltung der Regierung in der Frage der Requisition werden; ein Weg zum Kaiser sei das letzte Mittel. Wenn das Kriegsministerium das Recht der Requisition in Österreich-Ungarn habe, dann dürfe es seinen Bedarf nicht bloß in Österreich decken; vielleicht könnte im Wege des Kriegsministeriums erreicht werden, den Widerstand der ungarischen Regierung zu brechen.

Vize-Bürgermeister Rain spricht sich ebenfalls für den Antrag der Bürgermeisters aus, er glaube sogar, daß durch den Ankauf von Mais andere Produkte auf den Markt kommen werden. Bezüglich des zu unternehmenden Schrittes schließe er sich der Ansicht des Gem.-Rates Steiner an. Es wäre auch zu erwägen, ob man nicht dem Kriegsminister gelegentlich der geplanten Audienz androhen sollte, er solle auch die Verwaltung der Stadt übernehmen. Gegenwärtig sei die Bevölkerung noch für einige Tage mit Mehl versorgt, darum herrsche noch Ruhe, doch dürfte sich die Stimmung bereits in den nächsten Tagen ändern.

Gem.-Rat Goltz erklärt, die Stadt Wien könne sich beglückwünschen, daß sie in Exzellenz Dr. Weiskirchner einen Mann besitze, der mit der größten Energie und Tatkraft die Interessen der Wiener Bevölkerung vertrete. Eine Erscheinung mache tiefen Eindruck, daß Ungarn ein Staat sei, der regiert werde, während Österreich überhaupt keine Regierung habe. Es seien bei uns nur schwächliche Leute am Ruder; wir hätten nur eine starke Persönlichkeit, die sei unser allverehrter Herr Bürgermeister. Er gebe die Anregung, der Herr Bürgermeister solle in irgend einer Form eine Versammlung veranstalten und bei diesem eine schneidige Rede halten ähnlich der des Grafen Tisza.

Gem.-Rat Schmid erklärt, daß die Idee des Gem.-Rates Goltz nicht gut durchführbar sei, er glaube, man solle die Regierung ad absurdum führen; der Bürgermeister von Wien solle erklären, er werde, wenn die österreichische Regierung nicht Abhilfe schaffe, den ungarischen Ministerpräsidenten um Hilfe bitten.

Markt-Direktor Bauer führt aus, daß von den 670 Bäckermeistern in Wien bereits 20 ihren Betrieb eingestellt haben, von den restlichen 650 Bäckern seien 50 mit Mehl auf sechs bis acht Tage versorgt; die übrigen 600 hätten bloß Vorräte auf einen Tag. Frühstückgebäck ist in den Bäckereien um 8 Uhr früh nicht mehr zu haben, um 12 Uhr mittags ist kein Brot mehr zu bekommen. Die Kaufleute können den Anforderungen nach Mehl

Amtsblatt der Stadt Wien
16./III. 1915

III

150

Obmänner-Konferenz.

nicht mehr genügen. Man müsse oft sechs bis sieben Geschäfte aufsuchen, um ein halbes Kilo Mehl zu bekommen und da müsse man noch ein halbes Kilo Gersten- und ein halbes Kilo anderes minderwertiges Mehl nehmen. In den meisten Fällen besitzt der Käufer nicht so viel Geld, um die drei halben Kilogramm bezahlen zu können oder, falls er sie zahlen könne, wisse er mit den ungewohnten Mehlsorten nichts anzufangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner meint, ob es nicht zweckmäßiger wäre, wenn der Verkäufer das Mehl nicht getrennt verkaufen, sondern die Sorten selbst mischen und an das Publikum abgeben würde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner resumiert sohin, daß die Deputation verlangen müsse, daß Ungarn ein angemessenes Quantum Getreide an Österreich zur Verfügung stelle.

Gem.-Rat Dr. Hein meint, die Forderung müsse lauten auf eine angemessene Quantität Getreide oder Mehl.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt sich mit dieser Änderung einverstanden. Weiters teilt Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, daß er sich beim Herrn Statthalter darüber beschwert habe, daß in dem Regierungskommunique angegeben wurde, es seien an einem bestimmten Stichtage 1900 Waggons Getreide für Wien verfügbar, obwohl faktisch nur 400 Waggons als frei verfügbar zu betrachten waren, die anderen Quantitäten teils der Militärverwaltung, teils der Firma Mendl gehörten und der Rest auf den verschiedenen Bahnhöfen durchgehende Ware war.

Die Konferenz ermächtigt sohin den Herrn Bürgermeister, die Beschlagnahme der 1000 Waggons Mais für die Gemeinde Wien zu erwirken, sowie den Ankauf desselben zum Höchstpreise von 24 K per Meterzentner durchzuführen und bewilligt den hiefür notwendigen Betrag von drei Millionen Kronen. Weiters erklärt der Bürgermeister, daß in nächster Zeit eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister, den Vize-Bürgermeistern und Vertretern der Obmänner-Konferenz beim Ministerpräsidenten vorsprechen werde; außerdem werde er beim Kabinetts-Direktor Freiherrn v. Schießl vorsprechen und diesem andeuten, daß er in dieser Frage eventuell bei Sr. Majestät dem Kaiser Audienz nehmen werde.

Hierauf gibt der Bürgermeister bekannt, daß am gestrigen Tage 24 neue Blatternfälle gemeldet wurden, so daß jetzt in Wien zirka 180 Fälle zu verzeichnen sind. Während sich im Jahre 1907 400.000 Menschen impfen ließen, seien bis jetzt erst 3600 geimpft worden; er hoffe, daß eine aufklärende Notiz in der Presse das Impfgeschäft fördern werde.

Gem.-Rat Steiner fragt an, ob in Wien genügend Rauchfangkehrergehilfen vorhanden seien, da am flachen Lande die meisten eingerückt seien und dies eine große Gefahr in sich schließe.

Hierauf erklärt der Bürgermeister, daß die Rauchfangkehrergehilfen in Wien zum größten Teile von der militärischen Dienstleistung enthoben wurden.

Eine Frage des Gem.-Rates Dr. Hein bezüglich der Schlachtung von trächtigen Kühen beantwortet Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer dahin, daß vom 8. Jänner an keine trächtigen Kühe mehr geschlachtet werden dürfen.

Gem.-Rat Reumann richtet an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, er möge der Beunruhigung der Bevölkerung bezüglich des Baues von Baracken durch eine aufklärende Zeitungsnotiz des Inhalts begegnen, daß es sich um Spitäler verwundeter, nicht infektiöser Soldaten handle.

Der Bürgermeister erklärt, diesem Ansuchen entsprechen zu wollen.

Hierauf schließt der Bürgermeister die Sitzung.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:
Reumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien.
23./III. 1915
1
153

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 15. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom **26. Jänner 1915.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Vize-Bürgermeister Hierhammer.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hoß und Rain, ferner die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Goltz, Reumann und Skaret.

Beigezogen: Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern, die Ober-Magistratsräte Dr. August Mayr und Dr. Konstantin Mayer, Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Nübel, Marktamts-Direktor Bauer.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt die Nachweisung der bei der Zentralstelle eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis einschließlich 25. Jänner 1915 bekannt.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis einschließlich 25. Jänner 1915.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden: *)					
Für allgemeine Zwecke	2,424.043	62	Für „laufende" Unterstützungen	451.659	13
Für Ausspeisungszwecke	1,173.440	17	Für „einmalige" Unterstützungen	143.012	09
Für Arbeitslose	9.646	09	Für Ausspeisung	633 094	14
Noch nicht rückersetzte Vorschüsse der Flüchtlings-Zentralstelle	1,277.879	89	Für Subventionen	233.850	—
			Für noch nicht rückverrechnete Verläge . .	23.720	79
			Sonstige (Porto, Postsparkassa-Auslagen, Drucksorten ꝛc.)	5.555	63
			Auslagen für die Näh- und Strickstuben .	235.755	77
			Vorschüsse an die Flüchtlingszentrale . . .	1,277.879	89
Summa .	4,885.009	77	Summa .	3,004.527	44
Ab die Ausgaben .	3,004.527	44			
Daher noch verfügbar .	1,880.482	33			

Anmerkung:
An „laufenden" Unterstützungen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . 120.097 K 63 h an 3158 Personen.

*) Überdies in Werteffekten 132.098 K 82 h Nominale.

Wien, am 25. Jänner 1915.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

Im Anschlusse hieran teilt der Bürgermeister mit, daß er veranlaßt habe, daß der Rechnungsabschluß der Zentralstelle verfaßt, von der Buchhaltug geprüft, in Druck gelegt und den Gemeinderäten zugestellt werde; es wäre wünschenswert, daß diesem Beispiele auch die anderen mit öffentlichen Sammlungen beschäftigten Korporationen folgen.

Amtsblatt der Stadt Wien. 11

23./III. 1915

154

Abrechnungs-Konferenz.

Rechnungsabschluß

über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und der durch den Krieg in Not Geratenen für Wien und Niederösterreich für die Zeit vom 30. Juli bis 31. Dezember 1914.

(Genehmigt in der Sitzung des Zentral-Ausschusses vom 22. Jänner 1915.)

Einnahmen:

1. Spenden ohne besonderen Widmungszweck, und zwar Bargeld: 2,380.633 K 55 h, Wertpapiere: Nennwert 126.305 K 83 h, Kurswert*) 105.723 K 53 h.

2. Spenden für Ausspeisungszwecke, und zwar Bargeld: 940.557 K 97 h, Wertpapiere: Nennwert 5800 K, Kurswert 4409 K 60 h.

3. Spenden für Arbeitslose, und zwar Bargeld: 9646 K 69 h.

4. Zinsen der Wertpapiere, und zwar Bargeld: 1042 K.

5. Aus Staatsmitteln rückersetzte Kosten für mittellose Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, und zwar Bargeld: 2,377.820 K 11 h.

Von den an die Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina hinausgegebenen Verlägen von zusammen 2,975.700 K (siehe Ausgabspost 8) wurden 597.879 K 89 h erst im Jahre 1915 rückersetzt.

6. Rückverrechnete Verläge, und zwar Bargeld: 4102 K 21 h.

Von den verausgabten Verlägen gegen Verrechnung per 28.109 K 8 h (siehe Ausgabspost 9) wurden 24.006 K 87 h erst im Jahre 1915 abgerechnet.

7. Für verschiedene Kriegsfürsorgezwecke eingelangte Spenden, und zwar Bargeld: 82.402 K 24 h, Wertpapiere: Nennwert 500 K, Kurswert 395 K.

Bei der „Spendenannahme-Stelle" der Zentralstelle wurden einbezahlt:

Für den patriotischen Hilfsverein vom „Roten Kreuz"	54.921 K 05 h
bar und in 4prozentiger österreichischer steuerfreier Kronenrente 500 K Nominale;	
für das k. k. Kriegshilfsbureau	114 „ 24 „
für das k. k. Kriegsfürsorgeamt	22.316 „ 37 „
für den Deutschen Kriegshilfsverein	100 „ — „
für sonstige Kriegsfürsorgezwecke	4.950 „ 58 „
Zusammen . .	82.402 K 24 h

bar und 500 K Nominale in Wertpapieren.

(Siehe Ausgabspost 10.)

Summe: Bargeld 5,796.204 K 77 h.

Wertpapiere: Nennwert 132.605 K 83 h.

Kurswert*) 110.528 K 13 h.

Ausgaben:

1. Fortlaufende Unterstützungen, und zwar Bargeld: 366.570 K 55 h.

Ende Dezember 1914 betrugen die fortlaufenden Unterstützungen für Angehörige von Einberufenen, denen ein gesetzlicher Anspruch auf einen staatlichen Unterhaltsbeitrag nicht zusteht, und der Zuschuß zu letzterem monatlich 118.143 K 75 h.

*) Vom 25. Juli 1914 (letzter börsenmäßiger Kurs).

2. Einmalige Unterstützungen, und zwar Bargeld: 127.478 K 91 h.

In 4973 Fällen.

3. Auslagen für die Ausspeisung Bedürftiger, und zwar Bargeld: 452.243 K 38 h.

4. Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Arbeits-Komitees der Frauenhilfsaktion im Kriege, und zwar Bargeld: 117.579 K 19 h.

5 Beiträge an Fürsorgestellen, und zwar Bargeld: 207.000 K.

Bis Ende Dezember 1914 gelangten zur Auszahlung:

An die Fürsorge-Kommission für Angestellte .	150.000 K — h
An das Künstler-Fürsorge-Komitee	25.000 „ — „
An den Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein (außerordentlicher Beitrag) . .	20.000 „ — „
An das Komitee zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten für die durch den Krieg erwerblos gewordenen Frauen und Mädchen . .	5.000 „ — „
An den Kreuzerverein zur Unterstützung von Wiener Gewerbsleuten	5.000 „ — „
An die Lehrlings-Fürsorge-Kommission . . .	1.000 „ — „
An das Komitee zur Beschaffung von Liebesgaben für die verwundeten und kranken Soldaten des südlichen Kriegsschauplatzes	1.000 „ — „
Zusammen . .	297.000 K — h

6. Beiträge für Weihnachtsbeteilungen, und zwar Bargeld: 16.850 K.

Hievon entfallen:

Auf das k. u. k. Militär-Kommando in Wien für die Verwundetenspitäler	4.000 K — h
Auf die Frauenhilfsaktion im Kriege	12.850 „ — „
Zusammen . .	16.850 K — h

7. Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl., und zwar Bargeld: 4519 K 4 h.

8. Verläge an die Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, und zwar Bargeld: 2,975.700 K.

Hievon wurden bis Ende Dezember 1914 aus Staatsmitteln 2,377.820 K 11 h rückersetzt (siehe Empfangspost 5).

9. Verläge gegen Verrechnung, und zwar Bargeld: 28.109 K 8 h.

Hievon wurden bis Ende Dezember 1914 4102 K 21 h rückverrechnet (siehe Empfangspost 6).

10. Abfuhr der für verschiedene Kriegsfürsorgezwecke eingelangten Spenden, und zwar Bargeld: 82.241 K 90 h, Wertpapiere: Nennwert 500 K, Kurswert*) 395 K.

Von den eingelangten Spenden im Gesamtbetrage von 82.402 K 24 h gelangten 160 K 34 h erst im Jahre 1915 zur Abfuhr.

11. Realisierte Einlage beim „Deutschvölkischen Spar- und Kreditinstitute", und zwar Wertpapiere: Nennwert 7 K 1 h, Kurswert 7 K 1 h.

12. Schließliche Bestände:

a) Bargeld: 1,417.912 K 72 h.

b) Wertpapiere (erliegend bei der städtischen Hauptkassa): Nennwert 132.098 K 72 h, Kurswert 110.126 K 12 h.

Amtsblatt der Stadt Wien. 11

23./VII. 1915

155

Abrechnungs-Konferenz.

Summe: Bargeld: 5,796.204 K 77 h.
Wertpapiere: Nennwert 132.605 K 13 h.
Kurswert*) 110.528 K 13 h.

Von der Buchhaltung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. Jänner 1915.

Gustav Hillinger, Direktor. Adolf Männhalter, Rechnungs-Ober-Revident.

Hierauf teilt der Bürgermeister das Verzeichnis über die öffentlichen Ausspeisestellen und die Näh- und Strickstuben der Zentrale mit.

Verzeichnis
der Speisestellen der Zentrale I., Neues Rathaus.

II. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, II., Darwingasse 21.

Verein zur Errichtung von Volksküchen nach israelitischem Ritus, II., Krummbaumgasse 8.

Speise-Komitee für den II. Bezirk, Kaisermühlen, Schüttaustraße 67 (Restaurant Johann Haller).

Speise-Komitee für den II. Bezirk, Prater, Ausstellungsstraße 11.

Elternverein „Pestalozzi", II., Große Sperlgasse 31.

Theresien-Kreuzerverein, II., Untere Augartenstraße 35.

Frauen-Wohltätigkeitsverein „Franz Josefs-Kinderhort" für schulpflichtige Knaben, II., Kleine Sperlgasse 2.

Frauen-Wohltätigkeitsverein „Franz Josefs-Kinderhort" für schulpflichtige Mädchen, II., Obere Augartenstraße 38.

Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder in der Schule II., Schönngasse 2.

III. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, III., Erdbergstraße 115.

Speise-Komitee für den III. Bezirk, Rasumofskygasse 22/24 und Erdbergstraße 76 (Schule).

IV. Bezirk.

Speisestelle des Vereines für israelitische Ferienkolonien „Ferienheim", IV., Favoritenstraße 30.

V. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, V., Reinprechtsdorferstraße 70.

Speise-Komitee für den V. Bezirk, Stöbergasse 11 (Volksbildungsverein).

Speise-Komitee für den V. Bezirk, Schloßgasse 5 (Gasthaus Karl Hamberger).

V., Kohlgasse 39 (Kath. Arbeitervereinshaus).

VI. Bezirk.

Speisestelle für bedürftige Israeliten des VI. und VII. Bezirkes (Humanitärer Verein „Nachlat. Jeschurum", VI., Esterhazygasse 30.

Verein für hauswirtschaftliche Frauenbildung, VI., Brückengasse 3.

VII. Bezirk.

Kath. Jünglingsverein „Mariahilf", VII., Westbahnstraße 40.

VIII. Bezirk.

Knaben- und Mädchen-Verpflegs- und Beschäftigungsanstalt „Breitenfeld", VIII., Uhlplatz 3.

*) Vom 25. Juli 1914 (letzter börsenmäßiger Kurs).

IX. Bezirk.

Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder, IX., Heiligenstädterstraße 12 und IX., Franz Josefs-Bahn-Straße 51.

X. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, X., Eugengasse 33.

Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder in den Schulen X., Quellenstraße 52, Quellenstraße 31, Laaerstraße 274 und Triesterstraße 141.

XI. Bezirk.

Speise-Komitee für den XI. Bezirk, Hauptstraße 175 (Kloster der Barmherzigen Schwestern).

Speise-Komitee für den XI. Bezirk, Hauptstraße 129 (Gasthaus des Anton Kloibhofer).

Speise-Komitee für den XI. Bezirk, Hauptstraße 103 (Gasthaus des Anton Stephinger).

XI., Kaiser Ebersdorferstraße 269 (Gasthaus der Frau Josefa Weninger).

XII. Bezirk.

Speise-Komitee der Frau Hildegarde Burjan in den nachfolgenden Gastwirtschaften:

Franz Nowotny, XII., Michael Bernhardt-Gasse 4.
Ludwig Lohner, XII., Rotenmühlgasse 37.
Hermine Schmid, XII., Schönbrunnerstraße 282.
Anton Schneider, XII., Bendlgasse 7.
Josef Buberl, XII., Schallergasse 7.
Johann Strahofer, XII., Wienerbergstraße 24.
Lorenz Prattengeier, XII., Pohlgasse 30.
Josef Dersch, XII., Vierthalergasse 23.
Marie Weninger, XII., Draschegasse 15.
Theresia Strohmayer, XII., Aichhorngasse 11.
Laurenz Gaß, XII., Reschgasse 18.
Rudolf Jaschke, XII., Wilhelmstraße 46.
Marie Wintersberger, XII., Wilhelmstraße 52.
Alois Patek, XII., Pohlgasse 21.
Josef Freunschlag, XII., Breitenfurterstraße 119.
Michael Brenner, XII., Rotenmühlgasse 8.
Josef Karrer, XII., Grünberggasse 15.
Volksküche XII., Vierthalergasse 17.
Schule XII., Kobingergasse 5/7.

XIII. Bezirk.

Speisestelle für den XIII. Bezirk, Wattmanngasse 12.
XIII., Penzingerstraße 38 (Gasthaus Pumpler).
XIII., Spallartgasse 23, Speisestelle der Frau Sidler.
XIII., Linzerstraße 64, Speisestelle der Frau Liszkay.
XIII., Linzerstraße (Baumgartner Kasino).

Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder, XIII., Hüttelsdorferstraße 227 (Fabrik Piatnik & Söhne).

Speise-Komitee für den XIII. Bezirk, Sechshauserstraße 99 (Gasthaus der Frau Julie Scharbert).

XIV. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, XIV., Arnsteingasse 35 (Provisorium).

Speise-Komitee für den XIV. Bezirk, Felbergstraße 80 (Fabrik S. Elster).

Amtsblatt der Stadt Wien. 23./III. 1915

IV.

156

Abnehmer-Sammlung.

XV. Bezirk.

Speise-Komitee für den XV. Bezirk, Pouthongasse 80 (Kloster der Barmherzigen Schwestern).

Speise-Komitee für den XV. Bezirk, Gebrüder Lang-Gasse 4 (Schulbrüder-Kongregation).

Speise-Komitee für den XV. Bezirk, Dingelstedtgasse 15 (Gasthaus des Georg Schmidt).

Speise-Komitee für den XV. Bezirk, XIV., Stättermayergasse 14 (Gasthaus der Marie Konrad).

Speise-Komitee für den XV. Bezirk, Kannegasse 8 (Gasthaus des Hans Schwarzbauer).

Speise-Komitee für den XV. Bezirk, Robert Hamerlinggasse 23 (Gasthaus des Herrn Illek).

Speise-Komitee für den XV. Bezirk, Tannengasse 5 (Gasthaus des Ignaz Langer).

Kaiser Franz Josefs-Kinderhort zur Ausspeisung armer Schulkinder des XII., XIII., XIV. und XV. Bezirkes im XV. Bezirke, Herklotzgasse 21.

XVI. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, XVI., Gablenzgasse 4.

Verein „Settlement", XVI., Friedrich Kaiser-Gasse 51, Koflerplatz 7 und e entnell Grüllemeiergasse 5.

Erster Wiener Konsumverein.

Lehrer-Hilfs-Komitee, XVI., Lorenz Mandl-Gasse 56. Wilhelminenstraße 94. Neumayrgasse 25, Abelegasse 29 und Stephanieplatz 1 (Schule).

XVII. Bezirk.

Speise-Komitee für den XVII. Bezirk, Hernalser Hauptstraße 86.

XVIII. Bezirk.

Speise-Komitee für den XVIII. Bezirk, Semperstraße 15, beziehungsweise Michaelergasse 10.

XIX. Bezirk.

Speise-Komitee des Herrn Bezirksvorstehers W. Kuhn, XIX., Grinzingerstraße 112 (Fabrik Jac. Schnabl & Komp.) und in den Schulen Pyrkergasse 14/16 und Mannagettagasse 1.

Speise-Komitee des Herrn Bezirksvorstehers W. Kuhn, XIX., Kahlenbergerdorf (Gasthaus Kaisergruber).

Suppen- und Teeanstalt, XIX., Weinberggasse 51.

XX. Bezirk.

Suppen- und Teeanstalt, XX., Leystraße 129 und Webergasse 25.

Verein zur Speisung hungernder Schulkinder, XX., Treustraße 54.

Verein zur Errichtung von Volksküchen nach israelitischem Ritus, XX., Kluckygasse 7.

Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder in der Schule XX., Leystraße 34/36.

Kuratorium zur Speisung hungernder Kinder in der Schule XX., Greiseneckergasse 29.

XXI. Bezirk.

Speise-Komitee des Herrn Bezirksvorstehers Andreas Anderer:

1. Volksschule Theodor Körner-Gasse 25.
2. Kindergarten, Kaiserin Elisabeth-Gasse 35.
3. Volksschule, Jubiläumsgasse 19/21.
4. Volksschule, Kuenburggasse 1.
5. Volksschule, Wenhartgasse 34.
6. Volksschule, Schöpfleuthnergasse 24.

Suppen- und Teeanstalt, XXI., Erzherzog Karl-Platz 134.

* * *

Verzeichnis

der Näh- und Strickstuben der Zentralstelle Wien, I., Neues Rathaus.

I. Bezirk:

I., Wipplingerstraße 8, Strickstube.

II. Bezirk:

II., Obere Augartenstraße 68, Näh- und Strickstube.

III. Bezirk:

III., Karl Borromäus-Platz 3, Strickstube.
III., Heumarkt 12, Näh- und Strickstube.

IV. Bezirk:

IV., Gußhausstraße 29, Näh- und Strickstube.

V. Bezirk:

V., Margaretenplatz 2, Näh- und Strickstube.
V., Arbeitergasse 48, Näh- und Strickstube.

VI. Bezirk:

VI., Amerlingstraße 6, Strickstube.

VII. Bezirk:

VIII., Buchfeldgasse 6, Näh- und Strickstube.

VIII. Bezirk:

VIII., Buchfeldgasse 6, Näh- und Strickstube.

IX. Bezirk:

XVIII., Semperstraße 45, Näh- und Strickstube.

X. Bezirk:

X., Laxenburgerstraße 41, Näh- und Strickstube.

XI. Bezirk:

XI., Simmeringer Hauptstraße 76, Näh- und Strickstube.

XIII. Bezirk:

XIII A. Wattmanngasse 12, Näh- und Strickstube.
XIII B. Diesterweggasse 23, Näh- und Strickstube.

XIV. Bezirk:

XIV., Diesenbachgasse 57, Nähstube.
XIV., Dadlergasse 7, Strickstube.

XV. Bezirk:

XV., Gasgasse 6/8, Näh- und Strickstube.

XVI. Bezirk:

XVI., Rückertgasse 9, Nähstube.
XVI., Arnethgasse 56, Nähstube.

Amtsblatt der Stadt Wien. V.
23./III. 1915 157

Abnützungs-Konferenz

XVI., Grundsteingasse 9, Ausgabestelle für Heimarbeit.
XVI., Hasnerstraße 41, Nähestube.

XVII. Bezirk:

XVII., Klopstockgasse, Fabrik Manner, Näh- und Strickstube.

XVIII. Bezirk:

XVIII., Währingerstraße 95, Näh- und Strickstube.

XIX. Bezirk:

XIX., Billrothstraße 63, Näh- und Strickstube.

XX. Bezirk:

XX., Rafaelgasse 32, Näh- und Strickstube.

XXI. Bezirk:

XXI., Brünnerstraße 21, Näh- und Strickstube.

Weiters gibt der Bürgermeister die nachstehende Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag, über die Lebensmittelpreise und die Vorräte der wichtigsten Bedarfsartikel, ferner über den Viehauftrieb in St. Marx sowie den Sanitätsbericht bekannt.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 26. Jänner 1915.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung: giro.	a. a.
I.	585	491	—	4	18	72	
II.	9857	8385	110	106	396	860	
III.	8108	7727	172	154	55	—	—
IV.	1685	1477	44	16	24	56	68
V.	6068	5686	13	Abt. XI: 74 20	115	160	—
VI.	2151	2129	—	—	22	—	—
VII.	2552	2289	—	49	85	129	—
VIII.	1891	1609	26	10	41	143	62
IX.	3839	3492	—	—	26	321	—
X.	11400	10827	7	245	126	28	167
XI.	3348	3113	—	26	90	119	—
XII.	7281	6841	—	72	147	—	221
XIII.	8046	6851	—	396	205	594	—
XIV.	6879	6199	—	117	200	363	—
XV.	3245	2988	—	49	64	144	–
XVI.	15059	13839	3	366	406	445	—
XVII.	7654	7273	84	42	100	121	34
XVIII.	3385	3229	4	30	24	98	—
XIX.	2629	2436	33	45	32	83	—
XX.	9665	9000	105	244	104	212	–
XXI.	5528	5165	47	130	103	83	—
Summe	120855				2383	4031	552
ab	4583	111046	648	2195	= 2% v.	4583	
	116272				116272		

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 18. Jänner bis 24. Jänner 1914		25. Juli 1914		Woche vom 17. Jänner bis 23. Jänner 1915	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	160	220	160	220	180	230
	hinteres	„	180	260	180	260	200	270
Schweinefleisch	junges	„	160	280	160	280	200	280
	abgezogenes	„	180	300	160	280	200	300
Pferdefleisch	vorderes	„	88	112	88	112	88	120
	hinteres	„	96	120	96	120	96	140

Amtsblatt der Stadt Wien
23./VIII. 1915
VI.
158

Abnützungs-Konferenz

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Woche vom 18. Jänner bis 24. Jänner 1914		25. Juli 1914		Woche vom 17. Jänner bis 23. Jänner 1915	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Kartoffel	runde	„	10	14	20	26	12	18
Zwiebel		„	25	30	32	40	36	48
Zucker		„	82	96	80	92	86	96
Weizenmehl	Auszugmehl	„	36	38	42	48	78	84
	Mundmehl	„	33	36	40	44	—	—
Brot	weißgemischt	„	28·8	40·8	27·8	42·7	45·5	59·8
	schwarzgemischt	„	26·3	39·8	25·5	39·7	41·2	57·1
Sauerkraut		„	20	24	—	—	20	32
Fisolen		1 kg	40	64	36	40	64	100
Erbsen	ganz	„	40	56	32	48	76	120
	gespalten	„	48	68	48	64	96	160
Reis		„	44	96	42	82	66	100
Schweineschmalz		„	176	200	176	200	220	260
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	154	200	154	200	220	270
Butter	Tee-	„	320	400	320	400	360	480
	Koch-	„	220	300	220	300	290	360
Margarine		„	180	200	160	200	190	240
Eier	frische	1 Stück	11	14	7	10	11	20
	konservierte	„	9	11	—	—	10	14
Milch im Ausschanke	Voll-	1 l	26	32	26	32	28	34
	Mager-	„	20	26	20	26	20	26
Petroleum		„	26	50	26	26	50	64
Kohle	Stein-	50 kg	182	199	186	204	220	250
	Braun-*)	„	107	119	107	119	119	132**)
							170	210

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.
(Vorräte in Kilogramm.)
Stichtag: Montag den 18. Jänner 1915.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	—	—	—	—	—	—	60.700	7.700	—	—	—
II.	65,378.208	600	195.900	9.500	290.550	6,885.030	90.051	4,664.400	—	440.000	10.504

*) Aus dem Julius-Schachte.
**) Sonstige Braunkohle.

Amtsblatt der Stadt Wien VII.
23./VII. 1915
159
Abnahme-Konferenz.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
III.	—	2.000	18.200	9.100	—	1.950	850	53.970	—	—	—
IV.	—	—	—	—	1.500	—	—	—	—	1.000	700
V.	—	—	—	—	—	120	—	21.139	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.300	475
VII.	—	—	—	—	200	255	—	1.200	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	330.000	786	5.400	—	900	33.745	130	29.600	—	—	—
X.	527.000	—	18.580	3.780	1.800	4,943.880	—	581.100	—	—	—
XI.	—	—	—	—	83.500	—	—	—	—	—	—
XII.	290.300	807	5.404	900	290.543	1.275	—	6.550	—	—	—
XIII.	—	2.000	—	—	—	4.335	—	150	—	—	—
XIV.	—	—	5.760	—	400	—	—	6.000	—	—	—
XV.	—	45	—	—	1.500	4.200	8.920	9.190	—	—	—
XVI.	—	—	2.450	—	45.000	116.225	—	11.465	—	—	—
XVII.	1,460.000	474	—	—	3.940	—	1.500	—	—	—	—
XVIII.	386.500	36	600	—	—	5.100	200	33.900	—	—	—
XIX.	1,064.400	6.222	—	—	400	—	4.800	—	—	—	—
XX.	5,449.000	3.007	—	85.000	—	660.625	179	224.623	—	—	—
XXI.	—	—	570.800	200.000	163.378	1.200	—	—	—	—	—
Summe	74,885.408	15.977	823.094	308.280	883.611	12,658.340	167.330	5,650.987	—	442.300	11.679

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
I.	6.800	5.800	4.500	41.500	25.000	30.200	17.900	—	—	—	—	—
II.	196.600	2.000	2.600	4,218.750	1,189.615	682.000	428.815	22.000	1,170.000	13,048.900	4,903.444	1,991.000
III.	372.052	15.000	—	3.460	76.655	45.575	50.285	—	—	180	—	—
IV.	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	5.300	—	—	3.200	6.500	16.150	9.491	—	—	3.340	—	—
VI.	—	15.500	—	—	—	—	—	—	—	—	50.000	—
VII.	—	250	—	6.100	4.700	3.100	710	—	47.000	—	24.000	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	1.950	2.530	36.283	78.135	86.600	60.000	2.920	90.000	—	3.330	—	—

Amtsblatt der Stadt Wien VIII.
23./VIII. 1915
160

Übernahme-Konferenz.

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
X.	2.100	2.150	248.100	46.300	1.400	228.700	2.300	—	—	64.000	170.900	110.200
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII.	9.030	820	1.900	15.800	35.800	9.804	500	—	405.700	3.100	—	300
XIII.	11.150	600	—	—	—	1.500	—	—	1,102.070	5 600	37.200	1.900
XIV.	294.869	2.400	—	8.000	—	232.700	—	—	81.360	351.200	20.000	140.840
XV.	4.000	—	58.625	1.080	1.400	35.575	7.100	—	128.000	—	—	—
XVI.	8.701	18.675	600	97.940	617.665	119.102	4.116	—	50.400	3.280	15.100	118.940
XVII.	—	750	—	—	—	—	—	10.000	—	—	43.500	—
XVIII.	1.900	8.160	800	32.000	5.400	19.800	2.750	—	57.620	100	—	—
XIX.	—	2.344	—	1.600	4.669	420	4.160	—	—	280	750	—
XX.	42.906	33.114	—	396.405	16.820	2.600	8.300	10.000	—	2,584.100	2,953.400	417.500
XXI.	18.050	21.950	1.000	5.500	1.500	1.500	150	—	—	—	—	9.500
Summe	976.903	183.473	354.408	4,930.770	2,073.124	1,488.722	539.497	132.000	3,042.150	16,067 410	8,218.294	2,790.180

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	—	—	—	2.200	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	1,844.500	369.400	9.180	80.190	70.100	5,809.350	4,579.750	118.300	25.000	—	—	14.130
III.	—	—	—	2.800	—	150	—	—	—	—	—	—
IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	—	—	5.100	6.240	—	—	—	—	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	15.000	6.000	—	—
VII.	—	—	—	1.150	—	500	500	—	3.000	3.000	600	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	—	—	8.800	—	600	3.150	—	—	—	—	—
X.	553.000	—	12.500	2.750	—	322.550	600	—	63.200	40.700	—	79
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII.	—	—	—	1.400	—	15.720	3.600	—	—	—	—	—
XIII.	—	600	—	—	—	12.900	32.200	—	43.000	3.700	2.000	—
XIV.	1,180.000	—	—	11.400	2.000	450	—	—	—	—	—	—
XV.	—	—	400	9.150	2.955	—	—	—	—	—	—	—

Amtsblatt der Stadt Wien. 17.
23./III. 1915
161

Abnahme-Kontrolle.

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
XVI.	—	25.490	2.780	4.700	3.880	2.380	12.500	—	23.000	15.000	—	—
XVII.	—	—	—	—	—	—	1.300	—	13.000	10.000	—	—
XVIII.	—	3.000	—	1.800	—	—	—	—	—	—	—	—
XIX.	—	—	—	—	—	4.500	490	—	1.000	1.600	—	—
XX.	138.000	232.400	4.050	10.000	1.406	180.000	—	—	2.000	2.000	—	—
XXI.	24.000	5.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	3,739.500	635.890	28.910	141.440	86.581	6,349.100	4,634.090	118.300	188.200	82.000	2.600	14.209

Ausweis

über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx in den letzten zwei Wochen — 11. Jänner und 18. Jänner 1915.

Auftrieb am 11. Jänner 1915:

Mastvieh . . . . 3158 Stück,
Beinlvieh . . . 2050 „
Summe . 5208 Stück,

darunter befanden sich:

2469 Ochsen
744 Stiere
1919 Kühe und
76 Büffel.

Unter den aufgetriebenen Kühen befanden sich keine trächtigen oder Melkkühe.

Auftrieb am 18. Jänner 1915:

Mastvieh . . . . 3487 Stück,
Beinlvieh . . . 2338 „
Summe . 5825 Stück,

darunter befanden sich:

2974 Ochsen,
658 Stiere,
2167 Kühe und
26 Büffel.

Unter den aufgetriebenen Kühen befanden sich keine trächtigen oder Melkkühe.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens in der Zeit vom 20. bis 25. Jänner 1915.

Bei der Sterblichkeit ist in der 2. Jahreswoche ein ziemlich bedeutender Abfall eingetreten, der sich auf alle Altersgruppen fast gleichmäßig verteilt. Von den Infektionskrankheiten zeigten die Blattern eine große Verbreitung; vom 20. bis zum 24. Jänner wurden 90 Blatternerkrankungen neu gemeldet, davon 87 aus der Zivilbevölkerung.

Seit Ende Oktober des Vorjahres sind 437 Blatternerkrankungen vorgekommen, von welchen 66 tödlich endeten (15·1 Prozent.)

Der Andrang zur Impfung war ein enormer; soweit die Berichte bisher einliefen, sind in der Woche vom 17. bis 23. Jänner 1635 Not-, 20.560 Hausimpfungen und 62.986 Impfungen an öffentlichen Impfsammelplätzen, insgesamt daher 85.181 Impfungen ausgewiesen worden.

Scharlach und Diphtherie zeigten ein der Jahreszeit entsprechendes Verhalten.

Von Cholera liefen seit Jahresbeginn nur neun Anzeigen ein, sämtlich Militärpersonen betreffend.

In der gleichen Zeit kamen 7 Erkrankungen von Zivil- und 74 Erkrankungen von Militärpersonen an Ruhr zur Anzeige.

Dagegen hat der Typhus beim Militär noch keinen Rückgang gezeigt; bis zum 24. Jänner wurden 25 Erkrankungen von Zivil-, dagegen 290 von Militärpersonen gemeldet.

* * *

Der Bürgermeister stellt fest, daß im Impfgeschäfte eine wesentliche Steigerung zu verzeichnen sei, daß jedoch der Stand vom Jahre 1907 noch lange nicht erreicht sei.

Gem.-Rat Reumann fragt an, ob in diesen Ziffern auch die bei den Krankenkassen vorgenommenen Impfungen enthalten sind.

Der Bürgermeister erklärt, daß dies nicht der Fall sei; er werde das Stadtphysikat anweisen, in die künftigen Berichte auch diese Ziffern aufzunehmen. Aus dem Sanitätsberichte sei zu ersehen, daß zu einer Besorgnis kein Anlaß sei. Es habe übrigens über sein Ersuchen der Stadtrat zur Bewältigung der außerordentlichen Anforderungen an den Krankentransport die Kosten für zwei weitere Transportautomobile bewilligt.

Gem.-Rat Leitner teilt mit, daß in der Tramwayremise im XVII. Bezirke eine Scharlach-Epidemie herrsche; das Stroh aus dem Spital wurde auf einem öffentlichen Platz hinter der Remise aufgehäuft und dort tagelang liegen gelassen. Erst gestern sei das Stroh weggeführt worden und beim Abtransport seien die Soldaten auf diesem Stroh gelegen.

Der Bürgermeister ersucht den Gem.-Rat Leitner, von derlei Vorkommnissen sofort dem Ober-Stadtphysikus Mitteilung zu machen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß der Vorsteher der Wildbrethändler Gem.-Rat Dechant, sowie das

Amtsblatt der Stadt Wien X.
23./VIII. 1915
162

Abwanderung.

Genossenschaftsmitglied Stein beim Ackerbauminister bezüglich der Verordnung über den Verkauf der Hasen im Balg vorgesprochen und diesen auf die Unhaltbarkeit der Verordnung aufmerksam gemacht habe. Daraufhin habe der Ackerbauminister die Deputation zur Gemeinde geschickt mit der Weisung, die Gemeinde solle in der Angelegenheit Anträge stellen, entweder auf Aufhebung oder auf Erhöhung der Höchstpreise. Darauf habe er, der Bürgermeister, dem Ackerbauminister mitgeteilt, die Gemeinde habe doch bereits in einer Resolution erklärt, daß diese Verordnung undurchführbar und für Wien schädlich sei. Die Gemeinde lehne daher jede weitere Maßnahme ab.

Bezüglich der Mehlfrage teilt der Bürgermeister mit, daß der größte Teil der in der vorigen Sitzung referierten Maisbeschlagnahme durchgeführt sei. 700 Waggons seien bereits beschlagnahmt, 300 stehen noch aus. Er habe mit der Schoeller-Mühle einen Mahlvertrag geschlossen, das Kilogramm Mais käme auf zirka 32 h zu stehen, also um 2 h billiger als der Höchstpreis. Aus dem beschlagnahmten Maisquantum seien zirka 300 Waggons Mehl zu erhalten, die restlichen 200 Waggons Kleie und Streu würden zum Verfüttern und zu anderen Zwecken verwendet werden.

In der nächsten Woche werde mit der Vermahlung begonnen und hierauf werde er mit den beteiligten Korporationen über die Art der Verteilung beraten. Er habe auch Maßnahmen zur Propagierung des Maismehles getroffen; auf der Rückseite der Straßenbahnkarten werden Kochrezepte mit Maismehl abgedruckt, ebenso werden in den Geschäften der Gemischtwaren-Verschleißer Kochrezepte plakatiert.

Er konstatiere mit Genugtuung, daß durch diese Maisbeschaffung ein Akt der größten Fürsorge geschaffen wurde. Der Vorrat dürfte auf sechs bis acht Wochen reichen, im Frühjahre werde er eine weitere Beschlagnahme des Neumais veranlassen.

Von dem von der Regierung angesagten Mehl seien zirka 20 Waggons angerollt. Er glaube, nach menschlicher Voraussicht könne für die nächsten Wochen notdürftig das Auskommen gefunden werden.

Die Mehlfrage habe sich in der letzten Zeit sehr zugespitzt, namentlich durch Preistreibereien von Zwischenhändlern. Der reelle Handel mit Mehl habe überhaupt aufgehört.

An Winkelbörsen in verschiedenen Kaffeehäusern Wiens sei Weizenmehl um 100 K gehandelt worden. Er habe einen Agenten ausgeschickt zur Erhebung, wo in Niederösterreich noch Getreide vorhanden sei. Es solle konstatiert werden, daß in Niederösterreich nichts mehr zu beschlagnehmen sei. Dadurch werde das Petit der Konferenz, daß in Böhmen und Mähren beschlagnahmt werde, dringender erscheinen. Er habe zu Erhebungszwecken einen Agenten auch nach Budapest entsendet, von demselben aber bis heute keine Antwort erhalten. Die Gemeinde müsse den Nachweis erbringen, daß sie alles aufgeboten habe, um der Mehlkalamität zu steuern.

Von verschiedenen Seiten bestehe Besorgnis in Bezug auf den Genuß von Maismehl, namentlich im Ministerium des Innern. Nach einem Gutachten des Ober-Stadtphysikus und des Professors Hockauf könne er versichern, daß gegen das Maismehl, wenn es aus getrocknetem Mais erzeugt wird, kein Bedenken besteht. Die „Pellagra" sei auf den Genuß von verdorbenem Maismehl, auf die Wohnungsverhältnisse und auf den Pauperismus der istrianischen Bevölkerung zurückzuführen.

Marktamts-Direktor Bauer führt aus, daß der reelle Handel mit Mehl seit drei Wochen aufgehört habe. Ein reeller Händler könne mit den unreellen Händlern nicht in Konkurrenz treten. Letztere bieten Auszugmehl mit 95 bis 100 K an. Dieselbe Partie Mehl werde von drei bis vier Agenten angeboten, das Geschäft spiele sich in Kaffeehäusern ab, das Mehl sei nicht in Wien und werde telegraphisch von Mähren oder Ungarn bestellt. In der Inneren Stadt kamen 11 solche Fälle zur Anzeige. Im IX. Bezirke haben Flüchtlinge große Vorräte angesammelt, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und vom Bezirksamte die Ausfolgung eines Gewerbescheines verlangt. Über Weisung der Statthalterei mußte dem Ansuchen Folge gegeben werden. Vollkommen eingestellt seien 25 Bäckereibetriebe in Wien, von den übrigen erzeuge die Hälfte Weißgebäck.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß er einverstanden sei, daß mit den strengsten Maßregeln gegen diese Zwischenagenten vorgegangen werde. Doch sei er der Meinung, daß auch diejenigen, die die Vorräte solange zurückhalten, sich derselben Handlungsweise schuldig machen.

Die Verordnung über die Höchstpreise sei mangelhaft, es müßte eine oberste Grenze geben, z. B. 3 bis 4 K über dem Höchstpreis. Die Preise steigen jedoch fortwährend, deshalb die Zurückhaltung. Es fehlt die der Situation angepaßte Großzügigkeit in der Beschlagnahme.

Gem.-Rat Dr. Hein richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob bekannt sei, in welcher Weise in Ungarn die Requisition erfolge.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, er habe dem Ackerbauminister die Verhältnisse geschildert und die Forderung gestellt, es sollen in beiden Reichshälften die Vorräte festgestellt werden. Der Ackerbauminister erklärte, dazu seien Verhandlungen mit Ungarn nötig.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß wohl mürbes Gebäck erzeugt werde, doch sei dieses aus demselben Material wie das andere; es sei dies bloß eine Verteuerung des Gebäckes. Eine Verschwendung von Feinmehl sei nicht zu befürchten. Die Regierung stehe der Mehlfrage energielos gegenüber. Die Verhandlungen haben keinen Zweck, die österreichische Regierung stehe der ungarischen machtlos gegenüber. Ob die von der Handelskammer gebildete Einkaufs-Kommission etwas erreichen werde, sei fraglich. Die Deklaration der Vorräte habe kein Ergebnis gebracht. Alle Bemühungen bei der Regierung seien zwecklos. Die Gemeinde müsse sich eben selbst helfen.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß von der Regierung in der Sache der Fürsorge für die Zivilbevölkerung nichts mehr zu erwarten sei. Die Mehlkalamität sei auf eine administrative Maßregel Tisza's zurückzuführen. Mehl werde einfach zum Transport auf den Bahnen nicht angenommen. Ein Gang zur Regierung nütze nichts. Die Lage spitze sich derart zu, daß die Bevölkerung zu anderen Mitteln greifen werde. Er sei überzeugt, daß in Ungarn Mehl genügend vorhanden sei. Er frage den Bürgermeister, ob es richtig sei, daß der Preis für das von der Regierung abgegebene Mehl mit 74 h festgesetzt worden sei.

Der Bürgermeister erklärt, es sei ihm von der Regierung kein Preis bekanntgegeben worden, er habe für den Waggon eine Kaution von 7000 K gestellt. Vor einigen Tagen habe er folgenden Erlaß der Statthalterei erhalten:

Amtsblatt der Stadt Wien
23./VII. 1915
XI
163

Abräum-Konferenz

„Euere Exzellenz!

Mit Beziehung auf das geschätzte Schreiben vom 15. Jänner 1915 beehre ich mich mitzuteilen, daß das schleppende Einlangen der 145 Waggons Mehl, die der Gemeinde Wien aus den in Budapest beschafften Vorräten überlassen wurden, lediglich auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen ist. Nebst den im Eingange des Schreibens Euerer Exzellenz erwähnten 16 Waggons sind übrigens am 17. Jänner 1915 weitere 10 Waggons Weizenmehl im Ostbahnhofe eingelangt, wovon die Magistrats-Direktion telephonisch verständigt worden ist.

Hinsichtlich der Preisermittlung ergibt sich eine gewisse Veränderung gegenüber den Annahmen meines Schreibens vom 8. Jänner 1915. Zur Zeit dieses Schreibens war beabsichtigt, die an die Gemeinde Wieu abzugebenden Mehlmengen auf Grund der Schlüsse mit Mühlen und Lieferanten in verschiedenen Komitaten abzuberufen. Leider haben sich mehrere dieser Lieferanten außerstande erklärt, hinsichtlich der in Betracht kommenden Mehlsorten alter Typen ihre Lieferpflicht zu erfüllen. Ich bin infolgedessen genötigt, einen größeren Teil der an die Stadt Wien abzugebenden Quantitäten Schlüssen auf Relation Budapest zu entnehmen. Auch die 50 Waggons Gerstenmehl, die von einer außerhalb Budapests gelegenen Mühle kommen, sind auf Relation Budapest gekauft.

Die Tabelle der in Ungarn geltenden Höchstpreise für Brotfrüchte wurde mit der Verordnung des ungarischen Handelsministeriums vom 5. Jänner 1915, Z. 913/915, verlautbart. Laut Punkt 3 dieser Verordnung sind die Mehlpreise auf Grund der im Punkte 1 der Verordnung festgesetzten Maximalpreise für Weizen, Roggen, Gerste und Mais unter Hinzurechnung der im § 2 der Verordnung des königl. ungar. Ministeriums vom 28. November 1914, Z. 8682 M. E., festgesetzten prozentuellen Preiszuschläge zu berechnen. Diese Zuschläge betragen bei Weizenbackmehl 67·5 Prozent, bei Weizenkochmehl 57·5 Prozent, bei Gerstenmehl 57·8 Prozent. Die übrigen Preiszuschläge kommen für das dermalige Geschäft mit der Gemeinde Wien nicht in Betracht.

Auf dieser Grundlage ergeben sich für die an die Gemeinde abzugebenden Mehle folgende Preise:

Weizenmehl Nr. 0 ab Miskolcz, Höchstpreis per Meterzentner 67 K — h.

Weizenmehl Nr. 3 (Kochmehl), Relation Budapest, ab Bekes Csaba, Höchstpreis per Meterzentner	64 K 58 h
Ein- und Auslagerung	— „ 14 „
Zusammen . .	64 K 72 h

Weizenmehl Nr. 5 (um 2 K weniger als für Weizenmehl Nr. 3), Relation Budapest, ab Bekes Csaba 62 K 72 h.

Gerstenmehl, Relation Budapest, ab Török-Szent-Miklos, Höchstpreis 44 K 18 h.

Alle Preise verstehen sich ohne Sack; die Säcke bleiben Eigentum der österreichischen Finanzverwaltung.

Die weiteren Spesen (Fracht, Wagenstandgelder in Wien, Einlagerung und Abwage 2c.) werden ohnehin vom Wiener Lagerhaus vorschußweise bestritten. Die Höhe dieser Spesen wird der Magistrats-Direktion vom Lagerhause bekanntgegeben werden.

Über den von der Magistrats-Direktion vermittelten Wunsch Euerer Exzellenz wurden am 18. Jänner 1915 20 Waggons reines Roggenmehl ab Pester Komitat zum Preise von 50 K einschließlich Sack und Provision gekauft, welche ich der Gemeinde Wien überlassen werde. Auch der Auftrag zum Ankaufe der von der Gemeinde weiters gewünschten beiläufig 3 Waggons reines Roggenmehl ab Török-Szent-Miklos zu 55 K und 1 K 60 h für den Sack wurde erteilt. Ob der Kauf dieser 3 Waggons realisiert wurde, ist mir noch nicht bekannt. Eine Abrechnung hinsichtlich dieser 23 Waggons möchte ich erst pflegen, bis die Ware der Gemeinde Wien übergeben werden kann."

Gem.-Rat Leitner schließt sich den Ausführungen des Gem.-Rates Skaret an. Er könne für die Großeinkaufs-Genossenschaft das bei den Budapester Mühlen geschlossene Mehl, trotzdem er es bereits bezahlt habe, nicht bekommen. Durch den Umstand, daß das nach Wien rollende Mehl beschlagnahmt wurde, habe die Zufuhr nach Wien gänzlich aufgehört; es getraue sich eben niemand mehr, Mehl nach Wien zu schicken. Die ganzen Vorräte, die nach Wien rollend waren, seien in Preßburg eingelagert worden; die Höchstpreise gelten überhaupt nicht. Wenn dieser Zustand noch vier Wochen andauere, würden Mehlkrawalle entstehen. Er bedauere es, daß den Behörden der Stadt Wien, die den legalen Handel zu schützen trachten, von der Statthalterei Schwierigkeiten gemacht würden. Es solle ein schwerer Protest seitens der Konferenz dagegen erhoben werden, daß die Statthalterei den Entscheidungen des Magistrates Hindernisse in den Weg lege.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß auch die Stadt Prag durch die Umtriebe der Flüchtlinge stark zu leiden hätte; dort hätten die Flüchtlinge die Silberkronen thesauriert. Überall werde für die Flüchtlinge gesammelt und das sei der Dank. Er halte es unter der Würde der Vertreter der Stadt Wien, abermals bei der Regierung vorstellig zu werden. Eine Verordnung, die die Rückkehr der Flüchtlinge nach dem Kriege regle, sei notwendig.

Große Mengen von Kolonialwaren werden nach Ungarn geführt; die österreichische Regierung sollte in der Beziehung die gleiche Stellung einnehmen wie die ungarische. Der Magistrat solle mit aller Energie der Gründung solcher Gesellschaften mit beschränkter Haftung entgegentreten.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß unter den Flüchtlingen gewiß einzelne Individuen seien, gegen welche diese Anschuldigungen berechtigt sind; er bitte jedoch, nicht zu generalisieren. Man könne doch nicht 10.000 dafür büßen lassen, was einzelne verbrechen. Was die Frage der Seßhaftigkeit betreffe, so glaube er, sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, darüber zu debattieren.

Gem.-Rat Schmid meint, daß die Bevölkerung bereits generalisiere. Die Bevölkerung wisse bereits von den Winkelbörsen, es sei bekannt, daß galizische Advokaten mit Kotzen handeln und Militärlieferungen übernehmen. Er stellt an den Bürgermeister die Anfrage, ob nicht die vom Magistrate abgestraften Mehlschwindler abgeschoben werden könnten.

Der Bürgermeister erklärt, er werde dieser Sache sein Augenmerk zuwenden.

Gem.-Rat Schmid spricht sich nicht dafür aus, daß sich die Gemeinde auf die Selbsthilfe verlassen solle. Die Gemeinde solle noch einmal den Weg der Öffentlichkeit betreten, die Gemeinde solle das verlangen, was die Regierung der

Amtsblatt der Stadt Wien
23./VII. 1915
III
164
Obmänner-Konferenz

Schweiz getan habe. Sie solle mit allen Mitteln das Staatsmonopol im Getreidehandel verlangen. Wenn dieses Petit offiziell hinausgegeben werde, liege darin vielleicht ein Wink für die ungarische Regierung.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern gibt einen vom Magistrate ausgearbeiteten Entwurf einer Denkschrift, betreffend Getreide- und Mehlverkehr mit Ungarn, bekannt, welcher in der Bitte ausklingt, die Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung, betreffend eine gemeinsame Regelung aller den Getreideverkehr in Österreich und Ungarn betreffenden Fragen ehestens aufzunehmen und bei dieser Gelegenheit die Zuweisung angemessener, in Ungarn requirierter Getreidemengen an den österreichischen Konsum zu erreichen.

Gem.-Rat Dr. Hein wünscht eine schärfere Fassung und am Schlusse der Petition den Hinweis auf die Anarchie, die auf diesem Gebiete eingetreten sei.

Der Bürgermeister warnt davor, in Details einzugehen, es könnten sonst neuerliche Verhandlungen beginnen.

Die Konferenz stimmt der Petition einhellig zu.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern verliest bezüglich der Reisbeschaffung eine vom Magistrate ausgearbeitete Denkschrift, die die Bitte an die Regierung enthält, daß die in den Reisschälfabriken vorhandenen Vorräte ehestens im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, R.-G.-Bl. Nr. 194, amtlich erhoben und sohin bei einer etwa erforderlichen Requisition die großen Konsumplätze Österreichs, insbesondere in Wien, entsprechend berücksichtigt werden.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß er für die Großeinkaufs-Genossenschaft Reis zu verschiedenen Preisen gekauft habe, zu 40, 42 und 45 K, in letzter Zeit den Bruchreis zu 55 K, heute mit 64 K. Bessere Reissorten fehlen ganz. Frischer Reis komme überhaupt nicht mehr, da Italien seine Grenzen gesperrt habe. Ein Artikel, nämlich Markkaroni, ebenfalls nicht mehr. Das Steigen des Reispreises wird damit in Händlerkreisen begründet, daß der Nährwert eines Kilogramm Reis gleich ist dem Nährwert eines Kilogramm Bohnen oder Erbsen. Die Bohnen seien von 18 auf 80 K gestiegen. Die Bevölkerung von Wien sei zum Genusse der Hülsenfrüchte nicht zu bewegen.

Die Konferenz stimmt dem Entwurfe der Petition einhellig zu.

Die Konferenz nimmt von der Stellung einer Petition in Angelegenheit der Petroleumversorgung Abstand.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung", in welchem die Forderung von Höchstpreisen für Milch aufgestellt wird.

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer führt aus, daß in Wien im Dezember 1914 eine Milchknappheit eingetreten sei; es hätte eine Beratung zwischen Produzenten und Konsumenten stattgefunden, in welcher festgestellt wurde, daß diese Knappheit zurückzuführen sei auf Angstverkäufe der Bauern, auf den Mangel an Melkpersonal, auf Schwierigkeiten im Bahntransport und im Transport zur Bahn, Erhöhung der Futtermittelpreise und Erhöhung der Haushaltungskosten überhaupt. Ein Teil dieser Schwierigkeiten ließe sich nur teilweise und schwer beheben, das ist die Schwierigkeit des Transportes. Die anderen Schwierigkeiten ließen sich dadurch paralysieren, daß die Milchpreise erhöht werden, und zwar schon beim Produzenten. Durch die Erhöhung der Preise würde die Zufuhr größer werden. Ein Haupthindernis seien jedoch die bestehenden Verträge zwischen Milchproduzenten und -Händlern. Diese gehen dahin, daß die Produzenten ihre Preise nur dann erhöhen dürfen, wenn der Detailpreis in Wien von der niederösterreichischen, der Wiener und der Friedrich'schen Molkerei erhöht wird.

Nach längeren Verhandlungen wurden die Detailpreise erhöht (2 bis 4 h). Die Milchzufuhr hat sich inzwischen erhöht und die Milchknappheit sei daher geschwunden. Ob diese Besserung auf die Erhöhung der Preise zurückzuführen sei, ist schwer zu beurteilen. Er halte Höchstpreise für Milch undurchführbar und es würde sich der Magistrat gegen dieselben aussprechen.

Marktamts-Direktor Bauer führt aus, daß die Milchzufuhr in der letzten Zeit nur mäßig gestiegen sei. Die Zufuhrmengen seien ausreichend, mit 800.000 l sei immer das Auslangen gefunden worden. Er könne vor Höchstpreisen nur warnen; die reellen Produzenten würden sich nur mehr mit der Butterung befassen, die unreellen Produzenten würden einfach die Qualität der Milch vermindern. Die ungarischen Produzenten würden ebenfalls abgehalten werden, Milch nach Wien zu bringen.

Gem.-Rat Neumann erklärt ebenfalls, daß Höchstpreise nur auf eine Verteuerung der Milch abzielen würden und bemerkt, daß die Aufnahme des vom Herrn Bürgermeister angeführten Artikels nur durch ein Versehen der Redaktion in die „Arbeiter-Zeitung" gekommen sei. Er müsse sich entschieden gegen Höchstpreise für Milch aussprechen.

Die Konferenz beschließt einstimmig, von einer Forderung nach Höchstpreisen für Milch abzusehen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erteilt hierauf zu dem Referate: „Versorgung der Superarbitrierten" dem Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr das Wort.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr teilt mit, daß das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen Anträge auf Behebung der ärgsten Mängel des dermaligen Militärversorgungs-Systems gestellt habe. Bezüglich der Invalidenversorgung werde eine ehebaldige Reformierung der einschlägigen Gesetze von der Regierung gefordert. Mit dieser Frage habe sich schon der Stadtrat und die Obmänner-Konferenz im Oktober v. J. befaßt. Es wird weiters bezüglich der Behandlung der im Hinterlande erkrankten Mannschaftspersonen eine Gleichstellung mit den vor dem Feind Verwundeten oder Erkrankten verlangt. Weiters werden noch Anträge gestellt bezüglich des Unterhaltsanspruches der Angehörigen von beurlaubten Eingerückten und bezüglich der Beihilfe an Superarbitrierte und deren Angehörige.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß im österreichischen Abgeordnetenhaus und in den Delegationen schon zu jener Zeit, als man die Reform des Militärstrafgesetzbuches verlangte, eine Reform des Unterhaltsbeitragsgesetzes gefordert wurde. Der Finanzminister habe sich jedoch wegen der hohen Kosten dagegen ausgesprochen. Auch jetzt sei diese Forderung wieder gestellt worden, doch könne die Reform auch jetzt nicht durchgeführt werden, weil die Mittel nicht vorhanden seien. Es bange ihm vor der Zeit, wenn der Krieg aus sei. Die Gemeinde könne die entsprechenden Mittel nicht aufbringen. Die eingeleitete Sammlung für die Witwen und Waisen sei selbstverständlich vollkommen

Obmänner-Konferenz.

unzureichend. Die Konferenz müsse eine scharf gehaltene Resolution an die Regierung richten und mit aller Entschiedenheit eine Reform dieses Gesetzes verlangen.

Gem.-Rat Leitner schließt sich den Ausführungen des Gem.-Rates Steiner an.

Gem.-Rat Reumann beantragt, daß diese Resolution durch eine Deputation der Obmänner-Konferenz dem Kriegsminister überreicht werden solle.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß die Vorschläge des wirtschaftlichen Hilfsbureaus von allen Mitgliedern der Konferenz unterstützt werden, doch glaube er, es sei eine Regelung für den Augenblick nicht recht denkbar. Die Abhilfe müsse in zwei Teile zerfallen. Erstens in eine vorübergehende Abhilfe während des Krieges (auf Grund des § 14), zweitens in eine dauernde nach dem Kriege. Durch die Musterung werde diese Frage entschieden brennender.

Vize-Bürgermeister Hierhammer meint, es könne nur durch eine progressive Nationalsteuer den Anforderungen für diese Zwecke entsprochen werden.

Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr teilt folgenden Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern vom 18. Jänner 1915 mit:

„1. Das Tagespauschale von 2 K für Verwundete und Kranke in häuslicher Pflege wird, wenn der Mann nicht wieder diensttauglich wird, bis zum letzten des Monates gewährt, in dem die Superarbitrierung erfolgt.

2. Mannschaften, die aus Galizien und der Bukowina stammen, werden auch nach der Entlassung im Superarbitrierungswege bis zur Sicherstellung des Unterhaltes in anderer Weise beim Ersatzkörper in Unterkunft und Verpflegung belassen.

3. Hinsichtlich der Gebührenbehandlung der im Superarbitrierungswege entlassenen oder beurlaubten Mannschaften, für deren Subsistenz derzeit nur in unzureichendem Maße vorgesorgt ist, schweben zwischen den militärischen Zentralstellen Verhandlungen."

Die Obmänner-Konferenz beschließt die Verfassung einer entsprechenden Resolution, betreffend die Invaliden- und Witwen- und Waisenversorgung, die durch eine Deputation der Obmänner-Konferenz dem Kriegsminister zu überreichen ist.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern teilt mit, daß eine Eingabe an die k. k. Finanz-Landes-Direktion gerichtet werde, in welcher die Bitte ausgesprochen wird, die k. k. Steuer-Administrationen anläßlich der Bemessung der Einkommensteuer anzuweisen, 1. die mit Ende des Jahres 1914 rückständig gebliebenen Mietzinsforderungen nicht etwa unter dem Titel einer außenstehenden Forderung als ein im Jahre 1914 erzieltes Einkommen des Hauseigentümers zu betrachten und 2. in dem Falle, als der Hauseigentümer mit Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage auf den Mietzins ganz oder teilweise verzichtet hat, nicht etwa den Nutzwert dieser Wohnung zu Lasten des Einkommens des Hauseigentümers zu buchen.

Nach dem Berichte und Antrage des Vize-Bürgermeisters Hoß werden die nachstehenden Referate, beziehungsweise Stadtrats-Anträge von der Obmänner-Konferenz einhellig gutgeheißen:

P. Z. 16756/14, M. A. XIV, 9060, Stadtrats-Beschluß vom 22. Dezember 1914. Baulinienbestimmung für die Gasse „Jungherrnsteig" im XIX. Bezirke. (Antrag: In Festsetzung des General-Regulierungs- und General-Baulinienplanes wird gemäß § 105. Wr. B.-O. bestimmt:

1. Für die Gasse „Jungherrnsteig" im Bezirksteile Kahlenbergerdorf im XIX. Bezirke werden die im Plane 1 des Stadtbauamtes Z. 2297/XIII ex 1914 rot schraffierten Linien als Baulinien festgesetzt.

2. Die im Plane 3 rot geschriebenen und unterstrichenen Maßzahlen haben als definitive Niveaus zu gelten.

3. Hinter den Baulinien sind Vorgärten in einer Mindesttiefe von 5 m anzulegen, als solche dauernd zu erhalten und gegen die Gasse und untereinander mit die Durchsicht freilassenden Gittern auf gemauerten Sockeln abzuschließen.

4. Die Verbauung hat mit villenartigen, freistehenden Wohnhäusern zu erfolgen, die außer einem Erdgeschoß, nicht mehr als ein Stockwerk enthalten. Die Bemessung der Seitenabstände hat nach den Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Juni 1901, Z. 10604/1899, zu erfolgen.)

P. Z. 16168/14, M. A. III, 5310. Stadtrats-Beschluß vom 29. Dezember 1914. Anbot des Wilhelm Spitzer und Miteigentümer auf Verkauf der Liegenschaften Einl.-Z. 751, 754, 758, 762, 768, 750 und 759 Inzersdorf-Stadt im X. Bezirke, an die Gemeinde Wien. (Antrag: I. Die Gemeinde Wien kauft von Wilhelm Spitzer, beziehungsweise von Erwin Spitzer, Rosalia Spitzer und der minderjährigen Elfriede Spitzer, verehelichte Györi, Martha Spitzer und Walter Spitzer, und zwar hinsichtlich der den minderjährigen Eigentümern gehörigen Anteile vorbehaltlich der vormundschaftsbehördlichen Genehmigung, die Kat.-Parz. 799/89, Einl.-Z. 754; Kat.-Parz. 799/97, Einl.-Z. 758; Kat.-Parz. 799/102, Einl.-Z. 762; Kat.-Parz. 799/81, Einl.-Z. 768; Kat.-Parz. 799/98, Einl.-Z. 759; Kat.-Parz. 799/85, Einl.-Z. 751 und Kat.-Parz. 799/84, Einl.-Z. 750, sämtliche inneliegend im Grundbuche Inzersdorf-Stadt, im Katastralausmaße von 2793·20 m², wie sie liegen und stehen, zu dem Preise von 16 K per Quadratmeter unter nachstehenden Bedingungen:

1. Die Grundstücke werden der Gemeinde Wien vollkommen satz- und mit Ausnahme der zu ihren Gunsten einverleibten Reallast auch vollkommen lastenfrei übergeben.

2. Die Gemeinde Wien tritt in die bestehenden Pachtverhältnisse ein.

3. Der Kaufschilling wird nach grundbücherlicher Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien und Übergabe der Gründe in ihren physischen Besitz bar ausbezahlt.

4. Die Verkäufer verpflichten sich, über Aufforderung die Rangordnung der beabsichtigten Veräußerung auf den Einlagen 754, 758, 762, 768 und 751 Grundbuch Inzersdorf-Stadt, binnen acht Tagen auf ihre Kosten anmerken zu lassen und die vormundschaftsbehördliche Genehmigung des Verkaufes zu erwirken.

5. Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren mit Ausnahme der Kosten der Satz- und Lastenfreistellung und der Kosten der rechtsfreundlichen Vertretung sowie der Erwirkung der vormundschaftsbehördlichen Genehmigung werden von der Gemeinde Wien getragen.

II. Die Gemeinde Wien erteilt die Zustimmung zur Löschung der auf diesen Einlagen zu ihren Gunsten lastenden Verbindlichkeiten.)

Amtsblatt der Stadt Wien XIV.

23./VII. 1915

166

Übernommen — Verfasser.

P. Z. 168/15, M. A. III, 32/15, Stadtrats-Beschluß vom 8. Jänner 1915. Abänderung einer Bedingung des Tauschvertrages zwischen der Gemeinde Wien und der Firma Karl Zeiß in Jena, betreffend Gründe in Breitensee. (Antrag: Das im Nachstehenden näher ausgeführte Tauschgeschäft zwischen der Gemeinde Wien und der Firma Karl Zeiß in Jena, betreffend Gründe in Breitensee wird mit der Abänderung genehmigt, daß die Aufzahlung von 39.000 K am 15. Jänner 1915 an die Gemeinde entrichtet wird.

Es wird folgendes Tauschgeschäft genehmigt:

1. Die Gemeinde Wien überläßt der Firma Karl Zeiß in Jena die im Plane 1 des Stadtbauamtes Z. XIV, 32/14, violett geränderte, mit den Buchstaben n m l t u_1 u_2 (n) rot umschriebene Grundfläche, Teil der Kat.-Parz. 282/1, inneliegend in der Einl.-Z. 326 des Grundbuches Breitensee, im Ausmaße von rund 1554·90 m².

2. Die Gemeinde legt die im Plane braun geränderte Gründfläche, umschrieben mit den Buchstaben n u_2 u_1 t s r q p o (n) rot, Teil der Kat.-Parz. 282/1, inneliegend in der Einl.-Z. 326 desselben Grundbuches, im Ausmaße von rund 1098·63 m² lastenfrei in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

3. Die Firma Karl Zeiß in Jena legt die im Plane grün umränderte Grundfläche, umschrieben mit den Buchstaben a b c d p (a) rot, Teil der Kat.-Parz. 274, inneliegend in der Einl.-Z. 318 desselben Grundbuches, im Ausmaße von rund 1067·8 m² und die bei Parzellierung dieser Parzelle unentgeltlich abzutretende, im Plane gelb angelegte Grundfläche lasten- und gebührenfrei in das Verzeichnis des öffentliches Gutes.

4. Die Firma Karl Zeiß in Jena leistet binnen acht Tagen nach Verständigung von der Genehmigung des Rechtsgeschäftes eine Aufzahlung von 39.000 K an die Gemeinde.

5. Die Firma verpflichtet sich, auf den unter P. 2 und 3 genannten künftigen Straßengründen vor der Erteilung des Benützungskonsenses für eine der auf den Kat.-Parz. 275, 276 und 277, inneliegend in den Einl.-Z. 319, 320 und 321 Grundbuch Breitensee zu errichtenden Baulichkeiten die richtge Höhenlage auf ihre Kosten herzustellen und diese Verpflichtung auf den genannten Einlagen zugleich mit der grundbücherlichen Durchführung dieses Rechtsgeschäftes als Reallast zugunsten der Gemeinde grundbücherlich einverleiben zu lassen. Bei der Niveauherstellung längs der Linie a b c rot muß die einfüßige Böschung ganz auf Straßengrund zu liegen kommen, so daß von der Böschungskrone bis zur Grenze der Kat.-Parz. 273 Breitensee noch ein rund 0·5 m breiter Abstand verbleibt.

6. Der Baugrund wird nach der Zahlung, der Straßengrund wird vor der Erteilung des Benützungskonsenses zu übergeben sein.

7. Die Übertragungsgebühren und die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, insbesondere die Kosten der Trennungspläne trägt die Firma.

8. Sie anerkennt, daß ihr und ihren Rechtsnachfolgern im Besitze der Kat.-Parz. 275, 276 und 277 Breitensee ein Recht auf den Bestand des Weges Kat.-Parz. 480/1, Breitensee, nicht zusteht. Die Gemeinde verpflichtet sich aber, bis zur Schaffung einer mit dem öffentlichen Verkehrsnetz in Verbindung stehenden Straße einen Zugang und eine Zufahrt zu den genannten Liegenschaften zu gestatten.)

P. Z. 164/15, M. A. XXII, 3881/14, Stadtrats-Beschluß vom 8. Jänner 1915. Präliminare der städtischen Patronats-Pfarrkirche „St. Josef" zu Margareten im V. Bezirke pro 1915. (Antrag: 1. Das Präliminare der städtischen Patronats-Pfarrkirche „St. Josef" zu Margareten im V. Bezirke für das Jahr 1915 wird genehmigt und die Deckung des präliminierten Abganges per 4784 K 45 h aus Gemeindemitteln bewilligt.

2. Da hievon im Hauptvoranschlage der Gemeinde Wien für die laufende, mit 30. Juli 1915 endende Finanzperiode lediglich der Teilbetrag von 2408 K 2 h Bedeckung findet, ist im ersten Halbjahr 1915 lediglich dieser Teilbetrag an die Kirche auszuzahlen; der Rest per 2376 K 43 h ist im Hauptvoranschlage der nächsten Finanzperiode 1915/16 sicherzustellen, daher auch erst im zweiten Halbjahr 1915 flüssig zu machen.

Präliminare:

Einnahmen:

Interessen laut Rechnung pro 1913	3.746 K 92 h
Funeralien	787 „ — „
Opfergelder	950 „ 20 „
Verschiedene Empfänge	657 „ 17 „
Summe	6.141 K 29 h

Ausgaben:

Stiftungsgebühren laut Rechnung pro 1913	2.548 K 25 h
Kirchenerfordernisse	1.865 „ 16 „
Steuern und Gaben	280 „ 93 „
Besoldung, fix, laut Rechnung pro 1913	2.584 „ 60 „
Besoldungen, variabel	266 „ 94 „
Paramente und Geräte	635 „ 26 „
Reparaturen und Herstellungen	657 „ 55 „
Besondere Auslagen für den Gottesdienst	1.155 „ 50 „
Kirchengesang und Kirchenmusik	523 „ 62 „
Pfarrkanzlei	477 „ 19 „
Verschiedene Ausgaben	330 „ 74 „
Summe	11.325 K 74 h

Bilanz:

Wird von der Summe der Ausgaben per	11.325 K 74 h
abgezogen die Summe der Einnahmen per	6.141 „ 29 „
ergibt sich pro 1914 ein Präliminarabgang per	5.184 K 45 h
Da das Kriegsjahr höchstmögliche Sparsamkeit fordert, hofft der Pfarrer, durch Rückstellung verschiedener Erfordernisse bei einzelnen Posten zu ersparen; wenn dies nicht möglich sein sollte, wird derselbe ausnahmsweise diesen Betrag aus Eigenem decken, so daß der rechnungsmäßige Abgang sich beläuft auf	400 „ — „ 4.784 K 45 h)

P. Z. 165, M. Abt. XXII, 2273/14, Stadtrats-Beschluß vom 8. Jänner 1915. Präliminare der städtischen Patronats-Pfarrkirche „St. Othmar unter den Weißgerbern" im III. Bezirke pro 1915. (Antrag: 1. Das Präliminare der städtischen Patronats-Pfarrkirche „St. Othmar unter den Weißgerbern" im

Abnuum = Konfessur.

III. Bezirke für das Jahr 1915 wird genehmigt und die Deckung des präliminierten Abganges per 2221 K 52 h aus Gemeindemitteln bewilligt.

2. Da im Hauptvoranschlage der Gemeinde Wien für die laufende, mit 30. Juni 1915 endende Finanzperiode hievon lediglich ein Betrag von 702 K 86 h Bedeckung findet, ist im ersten Halbjahre 1915 bloß dieser Betrag an die Kirche zur Auszahlung zu bringen.

Der Rest per 1518 K 66 h ist im Hauptvoranschlage der nächsten Finanzperiode 1915/16 sicherzustellen, daher auch erst im zweiten Halbjahre 1915 flüssig zu machen.

Präliminare:

Einnahmen:

Interessen laut Rechnung pro 1913	4162 K 60 h
Klingelbeutel	994 „ 32 „
Funeralien	1109 „ 06 „
Platzzins von einem Holzlegeplatze (freiwilliger Beitrag)	26 „ 88 „
Nuptialiengelder von Hochaltartrauungen	109 „ 33 „
Summe	6402 K 19 h

Ausgaben:

Stiftungsgebühren laut Rechnung pro 1913	3214 K 37 h
Kirchenerfordernisse	1738 „ 55 „
Steuern und Gaben	390 „ 31 „
Besoldungen und Remunerationen der Kirchenbediensteten	1613 „ 58 „
Paramente und Kirchengeräte	362 „ 90 „
Besondere Auslagen für den Gottesdienst	444 „ 66 „
Pfarrkanzleiauslagen	324 „ 84 „
Verschiedene Auslagen	124 „ 31 „
Reparaturen und Herstellungen	224 „ 97 „
Einlage in der Kommunalsparkassa (Maria Waldsche Missionsstiftung) Interessenbehebung jedes 7. Jahr	185 „ 22 „
Summe	8623 K 71 h

Bilanz:

Wird von der Summe der Ausgaben per	8623 K 71 h
abgezogen die Summe der Einnahmen per	6402 „ 19 „
so ergibt sich ein Präliminarabgang per	2221 K 52 h)

P. Z. 167/15, M. A. XXII, 1952/14, Stadtrats-Beschluß vom 8. Jänner 1915. Präliminare der städtischen Patronats-Pfarrkirche „Maria Geburt" am Rennweg im III. Bezirke pro 1915. (Antrag: 1. Das Präliminare der städtischen Patronats-Pfarrkirche „Maria Geburt" am Rennweg im III. Bezirke für das Jahr 1915 wird genehmigt und die Deckung des präliminierten Abganges per 3552 K 16 h aus Gemeindemitteln bewilligt.

2. Da hievon im Hauptvoranschlage der laufenden Finanzperiode 1914/15 bloß ein Teilbetrag von 1365 K 67 h Bedeckung findet, ist im ersten Halbjahr 1915 auch nur dieser Teilbetrag an die Kirche auszuzahlen; der Rest per 2186 K 49 h ist im Hauptvoranschlage der nächsten Finanzperiode 1915/16 sicherzustellen, daher auch erst im zweiten Halbjahre 1915 flüssig zu machen.

Präliminare.

Einnahmen.

Kapitalszinsen	1.811 K 30 h
Läutegebühren	162 „ 84 „
Opfergelder	136 „ 84 „
Klingelbeutel	552 „ 46 „
Verschiedene Empfänge	194 „ 62 „
Summe	2.858 K 06 h

Ausgaben.

Stiftungsgebühren	1.390 K 16 h
Kirchenerfordernisse	2.374 „ 58 „
Steuern und Gaben	406 „ 76 „
Besoldungen	626 „ 40 „
Paramente und Geräte	126 „ 46 „
Herstellungen und Reparaturen	1.033 „ 46 „
Verschiedene Ausgaben	452 „ 40 „
Summe	6.410 K 22 h

Bilanz.

Wird von der Summe der Ausgaben im Betrage von	6.410 K 22 h
abgezogen die Summe der Einnahmen im Betrage von	2.858 „ 06 „
so ergibt sich für das Jahr 1915 ein Abgang von	3.552 K 16 h)

P. Z. 166/15, M. A. XXII, 2447/14, Stadtrats-Beschluß vom 8. Jänner 1915. Präliminare der städtischen Patronats-Pfarrkirche „St. Florian" in Matzleinsdorf im V. Bezirke pro 1015. (Antrag: 1. Das Präliminare der städtischen Patronatskirche „St. Florian" in Matzleinsdorf im V. Bezirke für das Jahr 1915 wird genehmigt und die Deckung des präliminierten Abganges per 1670 K 53 h aus Gemeindemitteln bewilligt.

2. Da hievon im Hauptvoranschlage der Gemeinde Wien für die laufende, am 30. Juni 1915 endende Finanzperiode lediglich der Teilbetrag von 611 K 56 h Bedeckung findet, ist im ersten Halbjahre 1915 auch nur dieser Teilbetrag an die Kirche auszuzahlen; der Rest per 1058 K 97 h ist im Hauptvoranschlage der nächsten Finanzperiode 1915/16 sicherzustellen, daher auch erst im zweiten Halbjahre 1915 flüssig zu machen.

Präliminare.

Einnahmen.

Anfänglicher Vermögensstand	— K — h
Rückgezahlte Kapitalien	— „ — „
Neu zugelegte und angewachsene Kapitalien	368 „ 73 „
Verloste und umschriebene Obligationen	— „ — „
Vermächtnisse und Geschenke	— „ — „
Jährliche Interessen	5.455 „ 93 „
Zinsen und Erträgnisse an Realitäten	— „ — „
Funeralien	1.616 „ 76 „
Friedhofrenten	935 „ 74 „
Opfergelder	1.283 „ 73 „
Mängel-Ersätze	— „ — „
Verschiedene Empfänge	1.839 „ 43 „
Summe	11.500 K 32 h

Amtsblatt der Stadt Wien. XVI.
23/VII. 1915
168
Gemeinde-Sanierung.

Ausgaben.

Auf Guthaben	2.652	K 29	h
Stiftungsgebühren	1.977	„ 61	„
Kirchenerfordernisse	2.786	„ 57	„
Steuern und Abgaben	497	„ 29	„
Besoldungen und Remunerationen	757	„ 37	„
Paramente und Geräte	615	„ 19	„
Baureparaturen und Herstellungen	969	„ 87	„
Neuangelegte Kapitalien	2	„ 07	„
Verloste und umschriebene Obligationen	—	„ —	„
Zurückgezahlte Kapitalien	—	„ —	„
Besondere Auslagen für den Gottesdienst	876	„ 77	„
Kirchengesang und Kirchenmusik	1.227	„ 23	„
Pfarrkanzlei-Auslagen	591	„ 70	„
Verschiedene Auslagen	306	„ 89	„
Summe	13.170	K 85	h

Bilanz.

Wird von der Summe der Ausgaben per	13.170	K 85	h
abgezogen die Summe der Einnahmen per	11.500	„ 32	„
so ergibt sich ein Abgang von	1.670	K 53	h)

P. Z. 16757/14, M. Abt. XIV, 1225/14, Stadtrats-Beschluß vom 8. Jänner 1915. Bestimmung von Baulinien auf dem projektierten Platze nächst der Spinnerin am Kreuz im X. Bezirke zum Zwecke der Erbauung einer Kirche. (Antrag: Für die Erbauung einer Kirche, deren Nebengebäude und Herstellung eines Gartens auf der Kat.-Parz. 776/2, Einl.-Z. 334 Grundbuch Favoriten, im X. Bezirke werden die im Plane des Stadtbauamtes, Z. 494/XIII ex 1914, rot schraffierten und mit den Buchstaben a b c d e f g h a bezeichneten Linien als Baulinien bestimmt.

Die im selben Plane rot bezeichneten Maßzahlen haben als definitive Niveaus zu gelten.)

P. Z. 14702/14, M. Abt. XIV, 5547/14, Stadtrats-Beschluß vom 8. Jänner 1915. Marie Freiin v. Pereira-Arnstein um Genehmigung einer neuen Gasse auf der Liegenschaft Kat.-Parz. 595, Einl.-Z. 281 Hütteldorf, zwischen der Niederpointenstraße und dem Flötzersteige im XIII. Bezirke. (Antrag: Für eine neue, 10 m breite Gasse zwischen der Niederpointenstraße und dem Flötzersteige im XIII. Bezirke werden die im Plane des Stadtbauamtes, Z. 1353/XIII ex 1914, rot schraffierten Linien als Baulinien festgesetzt.

Hinter den Baulinien dieser neuen Gasse sind beiderseits 5 m tiefe Vorgärten anzulegen und als solche dauernd zu erhalten und gegen die Straße mit die Durchsicht nicht behindernden Gittern auf Stein- oder Mauersockeln abzuschließen. Die in dem Plane rot eingezeichneten und unterstrichenen Maßzahlen haben als endgültige Höhenlagen zu gelten. Die genehmigten Verbauungsbestimmungen erfahren keine Änderung.

Die Zustimmung zu der obigen Baulinienbestimmung wird an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Daß die provisorische Kat.-Parz. (595/16) über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien, wie sie liegt und steht, in den physischen Besitz dieser Gemeinde übergehen wird, und gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung der anhängigen Grundabteilung in das Verzeichnis über das öffentliche Gut übertragen werde. Für diese nach § 9 Wr. B.-O. gegen Schadloshaltung abzutretende Grundfläche per 4564 m² leistet die Gemeinde Wien eine Entschädigung von 2 K per Quadratmeter, das ist 9130 K.

Der Betrag der Schadloshaltung ist dann fällig, wenn die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 281 Grundbuch Hütteldorf, XIII. Bezirk, grundbücherlich durchgeführt ist und diese Fläche in den physischen Besitz der Gemeinde Wien übergeben sein wird.

2. Daß die provisorische Kat.-Parz. (595/26) im Ausmaße von 64 m² gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung der Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 281 Grundbuch Hütteldorf, XIII. Bezirk, ohne weiteres Entgelt in das öffentliche Gut übertragen wird.

3. Daß auf den in der neuen Gasse, provisorische Kat.-Parz. (595/22), entstehenden Baustellen die Verpflichtung grundbücherlich einverleibt werde, daß die Trottoire dieser Gasse in einer Breite von 2·5 m hergestellt werden.)

P. Z. 15992/14, M. A. XXII, 3731/14, Stadtrats-Beschluß vom 8. Jänner 1915. Überlassuug des Festsaales im Neuen Rathause zur Abhaltung von Weihnachtsfeiern an den Verein „Pestalozzi" und den „Verein zur Unterstützung mittelloser, taubstummer Schulkinder". (Antrag: Die Überlassung des Festsaales des Neuen Rathauses an den Verein „Pestalozzi" zur Gründung und Erhaltung von Knaben- und Mädchen-Beschäftigungsanstalten am 20. Dezember 1914 und an den „Verein zur Unterstützung mittelloser, taubstummer Schulkinder" am 21. Dezember 1914 zur Abhaltung von Weihnachtsbescherungen wird nachträglich genehmigt. Für diese Veranstaltungen werden die Beleuchtung und Beheizung unentgeltlich von der Gemeinde beigestellt.)

P. Z. 490/15, M. A. XV, 15826/14, Stadtrats-Beschluß vom 14. Jänner 1915. Erster Landstraßer Mädchenhort um Nachsicht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten anläßlich der unentgeltlichen Überlassung des Turnsaales der Knaben-Volksschule, III., Salmgasse 19, bis auf Widerruf, längstens auf Kriegsdauer. (Antrag: Gewährung.)

P. Z. 261/15, M. A. XXII, 22/15, Stadtrats-Beschluß vom 14. Jänner 1915. Deutschmeister-Schützenkorps um unentgeltliche Überlassung von Brennmaterialien. (Antrag: Dem Deutschmeister-Schützenkorps wird in Berücksichtigung seiner größeren Auslagen während der Dauer des Krieges ausnahmsweise und bis auf Widerruf die unentgeltliche Entnahme der für die Beheizung seiner Kanzleiräume im städtischen Hause VIII., Laudongasse 15/17, erforderlichen Brennmaterialien aus den für die städtischen Amtsräume eingelagerten Vorräten bewilligt.)

P. Z. 337/15, M. A. II, 38/15, Stadtrats-Beschluß vom 14. Jänner 1915. Bewilligung einer Subvention an das Zentral-Hilfs-Komitee für die durch den Krieg in Not geratenen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie in Hamburg. (Antrag: Dem genannten Komitee wird zu Handen des k. u. k. österr.-ungar. Generalkonsuls in Hamburg eine Subvention von 3000 K bewilligt.)

Abnahme-Bestätigung.

P. Z. 518/15, M. A. II, 2551/14, Stadtrats-Beschluß vom 14. Jänner 1915. Verein „Kinderschutzstationen" um Subvention pro 1915. (Antrag: Bewilligung einer Subvention von 110.000 K, wie im Vorjahre.)

P. Z. 519/15, M. A. II, 4175/14, Stadtrats-Beschluß vom 14. Jänner 1915. Zentral-Verein zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien um Subvention pro 1915. (Antrag: Bewilligung einer Subvention von 110.000 K, wie im Vorjahre.)

P. Z. 594/15, M. A. II, 269/15, Stadtrats-Beschluß vom 14. Jänner 1915. Übernahme einer Haftung durch die Gemeinde Wien für die von der Kriegskreditbank an Kunstgewerbetreibende zu gewährenden Akzeptkredite. (Antrag: Die Gemeinde Wien übernimmt für die von der Kriegskreditbank an Kunstgewerbetreibende zu gewährenden Akzeptkredite eine Haftung bis zum Betrage von 50.000 K unter der Bedingung, daß auch seitens des n.-ö. Landes-Ausschusses und der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer eine Haftung in der gleichen Höhe übernommen und der Gemeinde Wien in dem zu schaffenden Kredit-Komitee die gleiche Vertretung wie dem n.-ö. Landes-Ausschusse und der Handels- und Gewerbekammer eingeräumt wird.)

P. Z. 266/15, M. A. V, 3245/14, Stadtrats-Beschluß vom 14. Jänner 1915. Mehrerfordernis für die Herstellung von Sprengmauern bei der Wienflußeinwölbung nächst dem Naschmarkte. (Antrag: Das bei der Herstellung von Sprengmauern bei der Wienflußeinwölbung nächst dem Naschmarkte sich ergebende Mehrerfordernis von 25.000 K wird genehmigt, auf den Reservefonds überwiesen und ist auf einer neu zu eröffnenden Ausgabs-Rubrik XXIII 15¼ „Auslagen anläßlich der Fertigstellung der Wienflußeinwölbung" zu verrechnen.)

P. Z. 17415/14 und 603/15, M. D., 8909/14 und 44/15, Stadtrats-Beschluß vom 14. Jänner 1915, Regelung der Bestimmungen, betreffend den freiwilligen Eintritt der städtischen Angestellten und Lehrpersonen in das Heer und die Landwehr anläßlich der Musterung der Landsturmpflichtigen. (Antrag: Die bei der Musterung zum Landsturmdienste mit der Waffe geeignet befundenen landsturmpflichtigen Gemeinde-Angestellten, welche die nach dem Wehrgesetze für die Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes festgesetzte wissenschaftliche Befähigung erbringen können, bedürfen zum freiwilligen Eintritte auf Kriegsdauer in das gemeinsame Heer oder in die Landwehr der sonst für diesen Eintritt erforderlichen Genehmigung des Stadtrates nicht. Hinsichtlich ihres Dienstverhältnisses und ihrer Dienstbezüge gelten entsprechend ihrer Diensteseigenschaft die für die mobilisierten Gemeinde-Angestellten derzeit bestehenden Bestimmungen.

Die im Wiener Schulbezirke an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrkräfte sind in gleichen Fällen analog zu behandeln.)

P. Z. 537/15, M. A. III, 9027/14, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 9. Dezember 1910, P. Z. 17621, bezüglich der Verbauungsfrist für die von Edmund Kallich erworbene Eckbaustelle IV an der Spittelauerlände, Einl.-Z. 1778 Alsergrund, im IX. Bezirke. (Antrag: Dem Edmund Kallich, Realitätenbesitzer IX., Mariannengasse 28, wird zur Verbauung der Liegenschaft Einl.-Z. 1778 Grundbuch Alsergrund, in Anbetracht der durch die Kriegslage geschaffenen Verhältnisse ausnahmsweise eine weitere Frist bis 24. Jänner 1916 gewährt. Die erlegte Kaution von 4000 K haftet auch weiterhin im Sinne des § 3 des Kaufvertrages als Sicherstellung für diese Verbindlichkeit.)

P. Z. 330/15, M. A. VI, 3454/14, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Herstellung der definitiven Bahnabfriedung am Inneren Währingergürtel im IX. Bezirke. (Antrag: 1. Das Projekt für die definitive Bahnabfriedung am Inneren Währingergürtel im IX. Bezirke wird mit den veranschlagten Kosten von 44.000 K genehmigt und der Ausführung der Baumeisterarbeiten, der Geländerlieferrung und -Aufstellung durch die k. k. Staatsbahn-Direktion Wien auf Kosten der Gemeinde Wien zugestimmt.

2. Die von der Kommision für Verkehrsanlagen in Wien laut Zuschrift vom 1. August 1914 angebotene Beitragsleistung von 20.000 K zu den Kosten dieser Bahneinfriedung wird angenommen.

3. Das die Gemeinde Wien treffende Erfordernis von 24.000 K wird auf Ausgabs-Rubrik XXII 23 „Investitions-Anlehen vom Jahre 1908" verwiesen und hat in der durch die Nichtausführung von Präliminarobjekten erzielten Minderausgabe Deckung zu finden.)

P. Z. 946/15, M. A. IX, 3051/14, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Generelles Projekt für die Verlegung des Naschmarktes. (Antrag: Das amtliche generelle Projekt für die Verlegung des Naschmarktes auf die durch die Eindeckung des Wienflusses und der Stadtbahn gewonnene Fläche in der Strecke vom Café Dobner bis zur Magdalenenbrücke im IV. Bezirke wird mit folgenden Abänderungen genehmigt:

1. In jeder der beiden äußeren Randgruppen des Marktes zwischen Getreidemarkt und Schleifmühlgasse wird ein breiter Querdurchgang dadurch geschaffen, daß die zwei mittleren, mit der Rückseite aneinanderstoßenden Stände weggelassen werden.

2. Für die Kapelle im Freihause ist auf dem Marktplatze oberhalb der Schleifmühlgasse ein geeigneter Raum vorzubehalten.

3. Das Geräteamt ist auf einen anderen Platz zu verlegen und der für dasselbe projektierte Platz zu Verkaufsständen zu verwenden.)

P. Z. 533/15, M. A. II, 10043/14, Stadtrats-Beschluß vom 21. Jänner 1915. Sieben Ansuchen um unentgeltliche Überlassung von Koks. (Antrag: Es werden:

1. Dem Erdberger Knabenhort, III., Apostelgasse 9, 30 q

2. dem Katholischen Waisenhilfsverein, I., Wollzeile 20, 50 q;

3. dem Konvent der Elisabethinnen, III., Krankenhaus, 100 q;

4. der Kongregation der Dienerinnen des heil. Herzens Jesu, III., Landstraßer Hauptstraße 137, 30 q;

5. dem Kloster der Schulschwestern, III., Apostelgasse 7, 50 q;

6. dem Kloster vom heil. Herzen, III., Rennweg 31, 30 q;

7. dem Kloster der Heimsuchung, III., Rennweg 10, 30 q Koks unentgeltlich überlassen.)

Amtsblatt der Stadt Wien
30./III. 1915

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 16. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom **24. Februar 1915.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller, Goltz, Neumann und Skaret,
Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern,
die Ober-Magistratsräte Dr. August Mayr und Dr. Konstantin Mayer
Stadtbau-Direktor Ing. Heinrich Goldemund.
Ober-Stadtphysikus Dr. Böhm.
Marktamts-Direktor Bauer.
Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Nübel.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, die nachstehende Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 23. Februar 1915, weiters die nachstehende Nachweisung über die bei der Zentralstelle eingelaufenen Spenden, weiters die nachstehenden Ausweise über die Kleinhandelspreise und über die Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen (Stichtag 15. Februar 1915), schließlich den Ausweis über den Schlachtviehauftrieb auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx.

* * *

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 23. Februar 1915.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung: giro.	a. a.
I.	678	556	—	4	37	81	—
II.	11250	9384	110	106	765	885	—
III.	9142	8510	179	158	295	—	—
IV.	1952	1661	48	16	92	62	73
V.	7128	6639	14	20 Abt. XI : 74	210	171	—
VI.	2542	2493	—	—	49	—	—
VII.	2924	2559	—	50	181	134	—
VIII.	2176	1822	33	10	66	169	76
IX.	4473	4052	—	—	87	334	—
X.	12678	11947	8	245	277	29	172
XI.	3685	3382	—	26	154	123	—
XII.	8315	7815	—	73	193	—	234
XIII.	9089	7662	—	452	382	643	—
XIV.	7669	7027	—	117	133	392	—
XV.	3770	3438	—	50	108	174	—
XVI.	17276	15486	16	366	963	445	—
XVII.	8793	8395	84	42	108	127	37
XVIII.	3858	3668	4	30	56	100	—
XIX.	2997	2758	36	45	73	85	—
XX.	10735	9902	105	246	268	214	—
XXI.	6106	5638	49	143	192	84	—
Summe	137236				4639	4252	592
ab	4844	124794	686	2273	= 3·5% v.	4844	
	132392				132392		

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 23. Februar 1915.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden: *)			„Fortlaufende" Unterstützungen	503.953	25
Für allgemeine Zwecke:			Einmalige Unterstützungen	175.214	35
a) von verschiedenen Parteien	2,162.546	58	Ausspeisung	830.559	27
b) vom Kriegshilfsbureau	575.000	—	Näh- und Strickstuben	258.717	33
Für Ausspeisungszwecke:			Subventionen	296.350	—
a) von verschiedenen Parteien	394.008	97	Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl.	8.120	79
b) von Exz. Baronin Bienerth	1,003.000	—	Noch nicht rückverrechnete Verläge	24.160	70
Für Arbeitslose	9.646	09	Vorschüsse an die Zentralstelle für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina	786.431	19
Zinsen der Wertpapiere	6.981	22	Summa	2,883.506	88
Vom Staate noch nicht rückersetzte Vorschüsse an die Flüchtlings-Zentralstelle	786.431	19	Anmerkung: An „laufenden" Unterstützungen sind bisher bewilligt pro Monat	125.919 K	87 h
Summa	4,937.614	05			
Ab die Ausgaben	2,883.506	88			
Daher noch verfügbar	2,054.107	17			

*) Überdies in Wertpapieren 288.929 K 12 h Nominale.

Wien, am 23. Februar 1915.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.

I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Woche vom 15. Februar bis 21. Februar 1914		25. Juli 1914		Woche vom 14. Februar bis 20. Februar 1915	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	160	220	160	220	200	260
	hinteres	„	180	260	180	260	220	300
Schweinefleisch	junges	„	160	280	160	280	240	400
	abgezogenes	„	180	300	160	280	240	400
Pferdefleisch	vorderes	„	88	112	88	112	100	120
	hinteres	„	96	120	96	120	112	136
Kartoffel	runde	„	8	14	20	26	12	20
Zwiebel		„	30	40	32	40	56	68

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Woche vom 15. Februar bis 21. Februar 1914		25. Juli 1914		Woche vom 14. Februar bis 20. Februar 1915	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Zucker		1 kg	82	96	80	92	86	96
Weizenmehl	Auszug mehl	„	36	38	42	48	*) 80	96
	Mundmehl	„	33	36	40	44	**) 70	84
Brot	weißgemischt	„	28·8	40·8	27·8	42·7	***) 46	64·5
	schwarzgemischt	„	26·3	39·8	25·5	39·7		
Sauerkraut		„	20	24	—	—	20	36
Fisolen		„	40	64	36	40	72	100
Erbsen	ganz	„	40	56	32	48	76	120
	gespalten	„	48	68	48	64	96	160
Reis		„	44	96	42	82	80	120
Schweineschmalz		„	176	200	176	200	320	400
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	154	200	154	200	280	400
Butter	Tee-	„	320	400	320	400	380	480
	Koch-	„	220	300	220	300	320	360
Margarine		„	180	200	160	200	200	260
Eier	frische	1 Stück	11	14	7	10	12	18
	konservierte	„	9	11	—	—	10	14
Milch im Ausschank	Voll-	1 l	26	32	26	32	28	34
	Mager-	„	20	26	20	26	20	26
Petroleum		„	26	50	26	36	64	80
Kohle	Stein-	50 kg	182	199	186	204	220	250
	Braun-*)	„	107	119	107	119	†) 119	132
							††) 170	210

*) Weizengrieß und feines Backmehl.
**) Weizenkochmehl.
***) Brot aus der vorgeschriebenen Mehlmischung.
†) Aus dem Julius-Schachte.
††) Sonstige Braunkohle.

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 15. Februar 1915.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
I.	—	—	—	—	—	1.100	10.400	5.400	—	—	—
II.	86,845.400	2.330	113.500	900	163.700	5,276.575	125.255	5,381.500	—	260.000	12.813

Amtsblatt der Stadt Wien

30./VII. 1915

IV.

776

Abrüstungs-Konferenz

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Fleischwaren	Wildbret	Geflügel
III.	24.490	2.128	38.673	18.250	1.180	3.350	2.770	38.910	—	—	1.350
IV.	—	—	—	—	1.000	7.260	—	—	—	3.935	—
V.	261.500	502	—	—	200	1.190	—	24.946	—	—	—
VI.	—	—	900	600	18.000	—	—	—	—	900	915
VII.	—	—	—	—	350	475	—	800	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	190.000	29	150	—	1.150	65.790	760	1.650	—	—	—
X.	965.000	—	6.100	3.300	2.442	4,815.045	4.450	513.300	—	—	—
XI.	—	—	—	—	109.500	—	—	—	—	—	—
XII.	1,220.000	40	3.800	450	370.270	—	—	3.000	—	—	—
XIII.	200.000	1.200	—	—	—	800	—	—	—	—	—
XIV.	—	—	—	—	200	—	—	5.800	—	—	—
XV.	—	—	—	—	3.300	2.480	64.760	11.110	—	—	—
XVI.	—	—	—	—	45.000	154.275	1.050	7.270	—	—	—
XVII.	1,230.000	335	—	—	650	—	2.250	—	—	—	—
XVIII.	385.000	25	450	—	140	1.700	—	38.150	—	—	—
XIX.	1,078.200	3.524	—	—	1.300	—	3.300	—	—	—	—
XX.	6,145.000	1.737	—	26.000	—	135.310	10.399	41.516	—	—	—
XXI.	160.000	75	290.000	150.000	136.058	9.600	700	—	—	—	—
Summe	98,704.590	12.285	453.573	199.500	838.240	10,474.950	226.094	6,073.352	—	264.835	14.078

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
I.	—	1.700	—	26.200	16.980	26.800	6.900	—	—	1.100	—	—
II.	153.185	7.025	14.450	4,897.958	1,220.050	1,293.700	521.790	29.400	67.040	3,018.430	753.504	1,200.300
III.	120.631	19.360	—	30.370	93.575	30.280	67.495	—	11.520	—	—	—
IV.	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	1.000	350	—	3.400	6.150	17.400	10.051	—	—	—	—	—
VI.	—	13.540	—	—	—	—	—	—	—	—	50.000	—
VII.	—	200	850	4.200	3.930	2.400	600	—	20.500	—	10.300	200

Amtsblatt der Stadt Wien
30./III. 1915
V.
177
Abnahme-Sperre

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	21.225	2.980	19.911	63.746	74.700	32.200	6.496	50.000	—	2.910	—	—
X.	1.700	3.040	251.200	32.150	4.800	448.150	52.800	—	—	182.340	404.200	328.400
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.000	—
XII.	7.120	1.110	1.700	30.300	45.800	3.800	500	11.000	79.260	1.150	—	—
XIII.	11.600	180	—	—	—	—	—	—	338.940	4.450	15.500	—
XIV.	235.173	63.980	—	13.950	2.500	240.000	—	—	65.940	250.000	24.950	260.000
XV.	5.100	200	38.685	910	1.750	6.800	5.850	—	39.000	—	—	—
XVI.	9.253	17.360	—	57.510	520.251	60.602	4.653	—	58.040	300	10.000	84.300
XVII.	30	—	14.000	—	—	—	—	—	—	—	56.800	—
XVIII.	150	10.580	1.100	12.000	6.660	20.500	5.170	—	9.200	—	—	—
XIX.	—	1.964	—	800	350	—	9.175	—	—	7.505	1.250	—
XX.	18.328	76.039	—	207.581	10.400	24.300	7.500	—	—	1,660.700	157.200	151.000
XXI.	29.000	13.400	—	—	49.876	—	—	—	—	—	—	23.400
Summe	614.995	223.008	341.896	5,381.075	2,057.772	2,206.932	698.980	90.400	689.440	5.128.885	1,488.704	2,047.600

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	—	—	—	1.900	—	—	—	—	—	—	—	—
II.	1,630.400	734.200	88.095	204.900	82.577	4,200.425	4,583.385	30.300	10.300	3.500	—	16.720
III.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	—	—	6.800	5.980	—	—	—	—	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	13.000	15.000	—	—
VII.	—	—	—	800	—	200	400	—	2.000	2.500	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	1.700	—	—	—	4.100	2.170	—	—	—	—	—
X.	345.000	12.765	7.115	27.500	—	360.900	150.700	—	49.800	13.500	—	78
XI.	—	—	—	—	—	2.000	3.570	—	1.200	4.000	—	—

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
XII.	—	—	—	850	—	13.600	—	—	—	—	—	—
XIII.	—	900	—	—	—	6.150	5.450	—	22.500	5.000	1.000	—
XIV.	1,038.000	—	—	4.050	2.000	—	—	—	—	—	—	—
XV.	—	—	675	1.450	4.220	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	39.000	—	5.450	3.800	3.000	7.000	—	17.000	18.000	—	—
XVII.	—	—	—	—	—	—	9.500	—	131.500	3.200	—	—
XVIII.	—	1.200	—	1.370	—	—	—	—	—	—	—	—
XIX.	—	—	—	—	—	3.500	3.990	—	—	—	—	—
XX.	61.300	—	—	—	—	3.000	6.600	—	1.900	2.600	—	—
XXI.	296.000	12.800	—	—	—	21.300	—	—	—	—	—	—
Summe	3,370.700	802.565	95.885	255.070	98.577	4,618.175	4,772.765	30.300	249.200	67.300	1.000	16.798

Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx in der Zeit vom 1. bis 22. Februar 1915.

Schlachtviehauftrieb am 1. Februar: 3096 Stück Mastvieh, 1911 Stück Beinlvieh, zusammen 5007 Stück.

Darunter befinden sich: 2564 Stück Ochsen, 627 Stück Stiere, 1790 Stück Kühe, 26 Stück Büffel, zusammen 5007 Stück.

Schlachtviehauftrieb am 8. Februar: 2789 Stück Mastvieh, 1725 Stück Beinlvieh, zusammen 4514 Stück.

Darunter befinden sich: 2372 Stück Ochsen, 467 Stück Stiere, 1666 Stück Kühe, 9 Stück Büffel, zusammen 4514 Stück.

Schlachtviehauftrieb am 15. Februar: 3030 Stück Mastvieh, 1972 Stück Beinlvieh, zusammen 5002 Stück.

Darunter befinden sich: 2394 Stück Ochsen, 630 Stück Stiere, 1966 Stück Kühe, 12 Stück Büffel, zusammen 5002 Stück.

Schlachtviehauftrieb am 22. Februar: 3428 Stück Mastvieh, 2516 Stück Beinlvieh, zusammen 5944 Stück.

Darunter befinden sich: 2855 Stück Ochsen, 755 Stück Stiere, 2322 Stück Kühe, 12 Stück Büffel, zusammen 5944 Stück.

Sodann verliest Bürgermeister Dr. Weiskirchner den nachstehenden Sanitätsbericht:

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens in der Zeit vom 29. Jänner bis 23. Februar 1915.

Der seit Dezember des Vorjahres beobachtete Rückgang der Sterblichkeit hat im Laufe des Februar weitere Fortschritte in dem Maße gemacht, daß vom 1. bis 13. Februar die Sterblichkeit der Wiener Wohnbevölkerung (mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes) nur um 0·3 auf Tausend höher war als in der gleichen Periode des gesundheitlich sehr günstigen Vorjahres. (16·1 auf Tausend gegen 15·8.)

Die starke Abnahme der Sterblichkeit in fast allen Gruppen der Todesursachen wurde zum Teil durch die Zunahme der Todesfälle nach ansteckenden Krankheiten aufgehoben.

Von den letzteren zeigen die Blattern noch immer eine starke Ausbreitung, wenn auch in den letzten zwei Wochen eine Abnahme zu bemerken ist. In der Zeit vom 28. Jänner bis zum 21. Februar wurden 340 Neuerkrankungen an Blattern gemeldet, davon 324 aus der Wiener Zivilbevölkerung; seit Beginn der Epidemie kamen 826 Blatternfälle zur Anzeige, von welchen bisher 176, das sind 21 Prozent tödlich endeten.

Der Andrang zur Impfung war zwar geringer als im Jänner, doch war die Zahl der Impfungen noch immer ziemlich groß. In der Zeit vom 30. Jänner bis zum 19. Februar wurden 6183 Not-, 21.957 Haus- und 92.089 Impfungen in öffentlichen Sammelplätzen, insgesamt daher 120.229 Impfungen ausgewiesen. Seit dem stärkeren Auftreten der Blattern sind im ganzen 479.748 Impfungen durch den von der Gemeinde ins Leben gerufenen Impfdienst, durch die Schulkinder-Impfung (84.940), durch die drei großen Krankenkassen, also ohne Privat-, Betriebs- und sonstige Impfungen durchgeführt worden.

Scharlach und Diphtherie boten nichts bemerkenswertes.

Eine Erkrankung an asiatischer Cholera ist seit dem 22. Jänner 1915 in Wien nicht vorgekommen.

Seit Beginn des Februar sind 23 Zivil- und 125 Militärpersonen an Bauchtyphus erkrankt; seit Jahresbeginn liefen 57 Anzeigen über Typhuserkrankungen bei Zivil- und 502 beim Militär ein.

Über Flecktyphus liefen seit Mitte Dezember des Vorjahres 17 Anzeigen ein, betreffend 7 Zivil- und 10 Militärpersonen.

Auf den Februar entfallen hievon 11 Fälle (4 Zivil- und 7 Militärpersonen). Die Zivilerkrankungen betrafen eine aus Steinklamm zugereiste Krankenpflegerin, einen aus Czernowitz zugereisten Bankbeamten, einen aus Mauthern in Steiermark entlassenen superarbitrierten Soldaten und die Verwandte eines in Wien an Flecktyphus erkrankten, ebenfalls aus Mauthern entlassenen Infanteristen. Von den 17 Fällen sind bisher 5 tödlich verlaufen.

An Rückfallfieber sind bisher neun vom serbischen Kriegsschauplatze zurückgekehrte Soldaten und eine Pflegerin des Wilhelminenspitales erkrankt.

Im Anschlusse an diesen Bericht weist der Bürgermeister darauf hin, daß die Zahl der Flecktyphuserkrankungen in den Lagern, namentlich in Ungarn, in beunruhigender Weise zunehme. Er sei der Ansicht, es müßten schon jetzt gewisse Vorsichtsmaßregeln zum Schutze unserer Stadt ergriffen werden, um namentlich der Verlausungsgefahr vorzubeugen. Diese Maßregeln kosten jedoch Geld.

Ober-Stadtphysikus Dr. Böhm führt aus, daß der Flecktyphus eine Kriegsseuche sei und wie die Erfahrung aus dem Balkankriege und dem jetzigen Kriege lehre, hauptsächlich durch Läuse weiterverbreitet werde. Bei der Armee sowohl, wie in den Gefangenenlagern herrsche der Flecktyphus. Einige Ableger seien bereits nach Wien gekommen und es sei zu fürchten, daß die Zahl dieser Erkrankungen zunehmen könnte. Die Verlausung habe auch in Wien bereits unheimlich zugenommen und es müsse daher diesen Trägern des Flecktyphus das Hauptaugenmerk zugewendet werden. Die mit Flecktyphus Behafteten müssen sowohl selbst, als auch ihre Wohnungsgenossen von den Läusen befreit werden, sie müssen in spezielle Stationen gebracht werden, daselbst gebadet, die Kleider von den Läusen befreit und desinfiziert werden, dann erst können diese Personen in ihre Häuser zurückkehren und müssen während der Inkubationsfrist überwacht werden. Bei Privatwohnungen sei die Überwachung leichter als in Massenquartieren. Über Anordnung des Herrn Bürgermeisters sei ein Haus im X. Bezirke am Ende der Laxenburgerstraße, isoliert gelegen, für die Errichtung einer Entlausungsanstalt in Aussicht genommen. Diese Entlausungsstation solle für Männer und Weiber getrennte Räume enthalten, weiter einen Warteraum, einen Auskleideraum, einen Raum zur Reinigung der verlausten Kleider mittels Schwefeldämpfen, ferner einen Raum zur Übernahme der entlausten Kleider. Die Leute sollen mit eigenen Wagen gebracht und wieder in ihre Wohnungen zurückbefördert werden. Eine große Gefahr bildet die Verlausung des Militärs; doch habe auch die Militärverwaltung bereits Vorsorge getroffen durch Errichtung von drei Entlausungsstellen für das gesunde Militär (Gudrunstraße, Engerthstraße und Arbeitergasse). Für die krank Kommenden ist in den einzelnen Spitälern durch Entlausungsräume vorgesorgt.

Bau-Direktor Goldemund führt aus, daß nach Ergehung des Auftrages des Herrn Bürgermeisters erwogen wurde, ob eine Neuanlage oder die Adaptierung eines Gebäudes für diesen Zweck entsprechender sei. Mit Rücksicht auf die Raschheit der Durchführung wurde ein leerstehendes Werkstättengebäude am Ende der Laxenburgerstraße für diesen Zweck ins Auge gefaßt; da die Erwerbung im gütlichen Wege sich zu sehr in die Länge gezogen hätte, wurde das Gebäude unter Mitwirkung der Militärbehörde nach dem Kriegsdienstleistungsgesetze requiriert.

Bau-Direktor Goldemund gibt nun eine eingehende Schilderung des Projektes an der Hand der Pläne und führt aus, daß für die Adaptierung ein Betrag von zirka 33.000 K erforderlich sei; in dem Hause könnten 25 Männer und 22 Frauen in Behandlung genommen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht, mit Rücksicht darauf, daß daselbst auch eine Kanalanlage errichtet werden müsse, um einen Pauschalkredit von 50.000 K.

Gem.-Rat Leitner erklärt sich mit dieser Maßnahme einverstanden und führt aus, daß der Thalerhof bei Graz der größte Epidemieherd sei. Daselbst seien zirka 1000 Thyphuskranke, von welchen täglich zirka 20 bis 30 sterben. Die Wachmannschaft werde zeitweise beurlaubt und diese Beurlaubten bilden eine starke Gefahr, wenn sie nach Wien kommen. Es solle das dringende Ersuchen an die Militärbehörde gerichtet werden, bei solchen Urlaubserteilungen die größten Vorsichtsmaßregeln anzuwenden. Er weist darauf hin, daß die ruthenischen Geistlichen, trotzdem der Flecktyphus in Galizien eine ständige Epidemie sei, sehr selten oder gar nicht von dieser Erkrankung ergriffen werden, weil sie Röhrenstiefel tragen. Er regt daher an, diesem Umstande eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Gem.-Rat Skaret ist ebenfalls für die Errichtung dieser Entlausungsstation. Wenn jedoch diese Vorkehrungen nur auf Wien beschränkt werden und wenn die staatlichen Behörden die gegenwärtigen Zustände in den Lagern weiterbestehen lassen, so könne die Gefahr von Wien nicht gebannt werden. In dem Lager in Drosendorf sollen fürchterliche Zustände herrschen, die Leute seien vollständig verlaust, 6 bis 8 Wochen müßten sie auf demselben Stroh schlafen, vom Staate werde in dieser Richtung nichts vorgekehrt. In Deutschland werde die Entlausung in den Lagern in radikaler Weise durchgeführt. Wenn nicht unsere Regierung in der gleichen Weise vorginge, würden die Maßnahmen der Gemeinde nichts nützen.

Gem.-Rat Steiner stimmt ebenfalls dem Antrage des Herrn Bürgermeisters zu und führt aus, daß die Zustände in einzelnen Gemeinden Niederösterreichs, wo Flüchtlinge bei Privaten untergebracht sind, oft noch viel ärger seien. Ein großer Teil dieser Leute verkehre auf den Wiener Märkten; die Statthalterei müsse die Wiener Bevölkerung schützen. Die Maßnahmen der Militärbehörden seien unzulänglich. In Wien werden jetzt Baracken für 60.000 Verwundete errichtet, es müsse daher vorgesorgt werden, daß in diese Baracken nicht verlauste Soldaten gebracht werden. Aus diesem Grunde solle ein Transporthaus errichtet werden, wo die Leute, die nach Wien kommen, eine Inkubationsfrist nach vorgenommener Entlausung durchzumachen haben. Die in Wien ankommenden Soldaten fahren in Autos, in der Straßenbahn und im Stellwagen, ohne vorher desinfiziert zu sein. Es solle an die Militärbehörde wegen Errichtung eines solchen Transporthauses herangetreten werden und weiters auch an die Statthalterei, daß sie entsprechende Vorkehrungen treffe.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller richtet an den Ober Stadtphysikus Dr. Böhm die Anfrage, auf welche Weise er ätherische Öle erhalten könne. Er führt weiters aus, daß aus den Lagern in St. Michael, Leoben und Leibnitz Leute ausbrechen und nach Wien kommen, diese müßten mit Gewalt wieder zurückgeführt werden.

Amtsblatt der Stadt Wien.
30./VII. 1915
VIII.
180
Obmänner-Konferenz

Er bittet daher, ihm für den Transport dieser Leute zur Bahn einen Omnibus zur Verfügung zu stellen. Auch solle die Beförderung krankheitsverdächtiger Leute in Eisenbahnwagen erfolgen, die auf irgendeine Weise gekennzeichnet werden. Ferner solle der Südbahnhof sanitär bewacht werden, da die aus Leibnitz Ausbrechenden auf dem Südbahnhof ankommen. Weiters richtet er an den Ober-Stadtphysikus die Frage, ob eine Weiterverbreitung des Flecktyphus durch Fäkalien möglich sei. Mit dem Vorschlage der Errichtung eines Transporthauses könne er sich nicht einverstanden erklären, es wäre viel besser, wenn die suspekten verwundeten Soldaten in dem Spitale, dem sie zugewiesen werden, eine Quarantäne durchzumachen hätten.

Ober-Stadtphysikus Dr. Böhm erklärt, daß bis jetzt kein Fall der Einschleppung aus Thalerhof bekannt geworden sei, dagegen betreffe ein Fall das Lager in Steinklamm und zwei Fälle das Lager in Mauthern. Über Auftrag des Herrn Bürgermeisters habe er im Obersten Sanitätsrat gegen das Überstellen von Suspekten Einspruch erhoben; wenn schon Leute ohne Quarantäne entlassen würden, so müßten diese vorher signalisiert werden, damit sie dann bei ihrer Ankunft in Wien entsprechend überwacht werden könnten.

Daß Röhrenstiefel einen gewissen Schutz gegen Ansteckung verleihen, sei bekannt; vielleicht sei es der Ledergeruch, den die Läuse nicht vertragen. Man könne sich auch durch Wickelgamaschen schützen. Für das Wartepersonal sei es zweckmäßig, lausssichere Kleider anzuschaffen. Es werden Versuche mit Naphthalin, Anis und Nelkenöl gemacht. In Steinklamm seien 134 Fälle konstatiert, 3 Ärzte und 5 Pflegepersonen seien bereits gestorben. Mit dem Eintreten der wärmeren Jahreszeit, wenn die Leute nicht mehr so enge beisammen liegen, werden die Zustände sich bessern.

Die Desinfektion der Transportmittel (Straßenbahn, Stellwagen) werde gründlich durchgeführt, doch seien die militärischen Automobile in schrecklichem Zustande. Er wolle bei der Militärbehörde vorsprechen, daß sie gründlich gereinigt und desinfiziert werden.

Die Errichtung des vom Gem.-Rate Steiner angeregten Transporthauses sei nicht recht möglich, da zu große Transporte auf einmal kommen. Die Transporte müßten verteilt werden, es dürfen höchstens 20 bis 30 Mann gleichzeitig zur Übernahme gestellt werden, um eine gründliche Reinigung vornehmen zu können. Die Quarantäne werde gehandhabt, und Leute, die als suspekt kommen, werden separiert. Der Flecktyphus sei unbedingt eine Blutkrankheit und eine Übertragung durch Fäkalien sei nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft ausgeschlossen. Der Flüchtlingsfürsorge könne vom Stadtphysikate ein zum Transporte verlauster Flüchtlinge geeigneter Wagen zur Verfügung gestellt werden.

Gem.-Rat Leitner erklärt, daß die Verwundeten nicht direkt nach Wien kämen, sondern daß bereits in den Feldspitälern die Entlausung vorgenommen werde.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß auch in den Baracken, in welchen die bei den Schanzarbeiten beschäftigten Personen wohnen, bereits die Verlausung eingetreten sei, dieser Umstand bilde eine große Gefahr. Auch die in den Wärmestuben Übernachtenden sind verlaust. Er sei mit dem Antrage des Bürgermeisters vollständig einverstanden, da die Gefahr eine eminente sei. Die Blatternimpfungen seien wieder zurückgegangen, es sei dies auf die lange Arbeitszeit in den Fabriken zurückzuführen, was daraus hervorgehe, daß mehr Frauen als Männer bis jetzt geimpft worden seien. Es sei in dieser Richtung eine heftige Agitation notwendig. Er sei für die Einsetzung einer Sanitätsüberwachungs-Kommission.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner meint, daß viele Arbeiter sich deshalb nicht impfen ließen, weil sie befürchten, daß sie im Falle einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit kein Krankengeld erhalten würden.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß die Krankenkassen in diesen Fällen das Krankengeld auszahlen.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß die gegen die Errichtung eines Transporthauses gemachten Einwendungen nicht stichhältig seien, es sei dies lediglich eine Geldfrage.

Gem.-Rat Dr. Hein führt aus, daß seinerzeit der Ministerpräsident die Erklärung abgegeben habe, daß gegenüber dem nördlichen Kriegsschauplatze die Quarantäne durchgeführt werde, bezüglich des südlichen Kriegsschauplatzes, wo doch auch der Flecktyphus herrsche, sei nichts bekannt; es solle die Militär-Sanitätsverwaltung ersucht werden, über die Durchführung der Quarantänemaßregeln der Gemeinde Wien eingehende Aufschlüsse zu geben.

Ober-Stadtphysikus Böhm erklärt, daß das Brückenkopf-Kommando für die Baracken der Schanzarbeiter eine Entlausungsstation errichtet habe. Die Baracken werden durchgeschwefelt, doch helfe dies nicht viel. Das Beste wäre die Bereitstellung neuer Ubikationen, doch sei diese ausgeschlossen. Die nach der Impfung eventuell eintretende Arbeitsunfähigkeit bilde oft die Ursache, daß sich viele Arbeiter nicht impfen lassen; es gebe viele Kassenärzte, die prinzipiell bei Erkrankungen nach Impfungen kein Krankengeld anweisen. Für den Fortgang der Impfung wäre es von großem Vorteile, wenn darauf Rücksicht genommen würde.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß ihm keine Fälle bekannt seien, wo bei Erkrankungen nach der Impfung kein Krankengeld gezahlt wurde, er werde übrigens die Angelegenheit im Krankenkassenverbande zur Sprache bringen.

Die Obmänner-Konferenz nimmt die vorgelegten Projekte zur Kenntnis und genehmigt einen Pauschalkredit von 50.000 K.

Weiters wird genehmigt, daß an die Regierung und an die Militärverwaltung die dringende Aufforderung gerichtet werde, alle Vorsichtsmaßregeln bezüglich der Baracken und Lager zu ergreifen und der Gemeinde Wien vollen Aufschluß zu geben über die Organisation des Quarantänedienstes zwischen den Kriegsschauplätzen und der Stadt Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß von mehreren Seiten, insbesondere von Gem.-Rat Reumann angeregt wurde, einen Sanitätsbeirat aufzustellen. Er habe sich daher entschlossen, eine „Sanitäts-Konferenz der Gemeinde Wien" ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein soll, für die Dauer des Kriegszustandes der Gemeindeverwaltung als Beirat in allen mit den Kriegskrankheiten in Verbindung stehenden sanitären Angelegenheiten zur Seite zu stehen und insbesondere über Vorkehrungen und Maßnahmen zur Verhütung der nach dem Epidemiegesetze anzeigepflichtigen Krankheiten zu beraten.

In diese Konferenz wurden berufen: Die Obmänner aller Gemeinderatsparteien, dann die dem Gemeinderate angehörenden Ärzte, der Magistrats-Direktor, der magistratische Sanitäts-

Amtsblatt der Stadt Wien 14.

30./VII. 1915

181

Obmänner-Konferenz

Referent, der Stadtbau-Direktor, Ober-Stadtphysikus, ferner Delegierte der Ärztekammer, der Gesellschaft der Ärzte, des medizinischen Doktorenkollegiums, der Wiener Bezirkskrankenkassa und der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassa in Wien. Weiters sei der Bürgermeister ermächtigt, auch noch Delegierte anderer Korporationen und fallweise Fachmänner den Beratungen beizuziehen.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich einhellig mit der Einsetzung dieser Konferenz einverstanden.

Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr bespricht hierauf in eingehender Weise die kaiserliche Verordnung vom 21. Februar 1915, R.-G.-Bl. Nr. 41, mit welcher der Verkehr mit Getreide und Mahlprodukten geregelt wird. Weiters gibt Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr eine Darstellung der vom Herrn Bürgermeister zur Durchführung dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen. Bis zum 10. März 1915 müsse das zusammengestellte Material der Statthalterei übergeben werden, die Verbrauchsregelung selbst enthalte die Verordnung nicht und ist diese einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, die Gemeinde könne nichts anderes tun, als die ihr vom Gesetze übertragene Aufgabe zu erfüllen. Zur Durchführung der Arbeiten habe er die Lehrer herangezogen. Das Ministerium rechne damit, daß das Übergangsstadium vier Wochen dauern werde, daraus ergeben sich gewisse Konsequenzen. In der Verordnung sei nicht enthalten, auf wie lange Zeit eine Haushaltung Vorräte haben dürfe. Auf seine Frage an den Minister des Innern, ob er die nötigen Vorräte gesichert habe, um allen Gemeinden während der Übergangszeit helfen zu können, vertröstete er ihn auf das Maiskontingent. Diese Vorräte seien jedoch nicht gleich verwendbar, sie müßten erst getrocknet und dann vermahlt werden. Auf vier Wochen seien weder die Bäcker noch die Kaufleute versorgt, er stelle daher an die Konferenz die Anfrage, ob jetzt die Mehlvorräte der Gemeinde, obwohl er dies nicht gern täte, herangezogen werden sollen.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß diese Verordnung viel zu spät gekommen sei. Er regt an, es solle an die Regierung das Ersuchen gerichtet werden, der Gemeinde Wien so viel Mehl zur Verfügung zu stellen, als die nach Wien gekommenen Flüchtlinge und die verwundeten Soldaten brauchen.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß an der Verordnung sehr vieles auszusetzen wäre. Es sei ein großer Fehler, daß die Privaten nicht durch die Verordnung aufgeklärt würden, was mit dem Mehl geschieht, was sie über 20 kg als Vorrat haben. Es bestehe die Gefahr, daß die Erhebungeu mangelhaft ausfallen würden. Er glaube übrigens, daß in den einzelnen Haushaltungen größere Vorräte vorhanden seien. Es müsse so sein, denn sonst hätte es bei dem gegenwärtig herrschenden Mehlmangel in Wien zweifellos schon Revolten gegeben. Er frage weiters den Herrn Bürgermeister, ob nicht auch die Bestände der Gemeinde in Gefahr seien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß diese nach seiner Meinung durch den § 22 geschützt seien.

Gem.-Rat Skaret erklärt, er setze in die Regierung bezüglich der Aufteilung kein großes Vertrauen. Er ersuche den Bürgermeister um Bekanntgabe der Vorräte der Gemeinde.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß die Verordnung sehr spät gekommen sei, trotzdem die Gemeinde die Erhebungen immer und immer wieder verlangt habe. Die zwei bereits durchgeführten Erhebungen hätten unbefriedigende Resultate ergeben.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß die Bestimmung des § 2 der Verordnung unheimlich sei, wenn man weiß, daß das Übergangsstadium vier Wochen dauern werde; die meisten Geschäftsleute leben von der Hand in den Mund, was werden die Leute tun, die nur für den nächsten Tag versorgt sind? Die einberufenen Militärpersonen in den Baracken decken ihren Bedarf bei den Geschäftsleuten. Es sei unglaublich, in welcher Weise die Militärbehörde die Zivilbevölkerung in eine Notlage bringe, es sei unerhört, die Verordnung zu bringen und sich mit der Verteilungsregelung dann Zeit zu lassen; doch sei man dagegen machtlos.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß diese Verordnung gewiß ebenso schleuderhaft sei wie die anderen Verordnungen. Der Begriff „verfügt" im § 2 sei unklar, darunter könne auch Schenkung verstanden werden.

Der Bürgermeister versichert, daß der Magistrat bei der Handhabung der Verordnung so wohlwollend als möglich vorgehen werde.

Auf die Frage des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller, woher die Ausspeisestellen die Vorräte beziehen, erklärt der Bürgermeister, aus den Vorräten der Gemeinde Wien.

Gem.-Rat Leitner erklärt, daß er nicht wisse, welche Wirkungen diese Verordnung auslösen werde. Eines wisse er jedoch, daß wir die ärgsten Krawalle zu besorgen haben. Weder in einem Geschäft noch in einer Bäckerei sei ein größerer Mehlvorrat vorhanden, die vierwöchentliche Sperre müsse zu einer Katastrophe führen. Die Militärverwaltung gehe mit der größten Verschwendung vor. Einer Milch-Genossenschaft seien mehrere Waggons Zwieback zur Verfütterung angeboten worden; ein Kantineur in Wien habe sich eine Schweinemastanstalt errichtet, da er soviele Fleischabfälle bekomme. Es würde gewiß genügen, wenn der Soldat statt 40 nur 30 dkg Fleisch bekäme.

Markt-Direktor Bauer führt aus, daß von den 620 Wiener Bäckern keine 10 Prozent Mehlvorräte auf länger als acht Tage haben. Die übrigen versorgen sich von Tag zu Tag. Vielen Bäckern sei es nicht möglich, das Gebäck nach den bestehenden Mischungsvorschriften herzustellen, da sie die entsprechenden Mehlsorten nicht erhalten können. Die Mehlverschleißstellen seien schon in den Frühstunden förmlich belagert, es käme zu stürmischen Szenen, bei denen die Wache einschreiten müsse. Wenn auch einzelne Private mit Vorräten versehen seien, so hätten doch die breiten Schichten der armen Bevölkerung nicht viel.

Die Obmänner-Konferenz beschließt einmütig:

1. Die von dem Herrn Bürgermeister zur Durchführung der kaiserlichen Verordnung vom 21. Februar 1915, betreffend die Regelung des Verkehres mit Getreide- und Mahlprodukten, getroffenen Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Militärverwaltung ist aufzufordern, daß sie für die dem Kriegsleistungsgesetze unterstehenden Personen (Verwundete und bei Schanzarbeiten Beschäftigte) selbst sorge, und

3. die k. k. Regierung wird aufgefordert, das für die galizischen Flüchtlinge notwendige Getreidequantum aus ihren Vorräten beizustellen.

Amtsblatt der Stadt Wien
30./VII. 1915

I.

182

Abmänner-Konferenz

4. Die Regierung wird aufgefordert, ein entsprechendes Mehlquantum (1200 Waggons) für die Zeit des Überganges bis zur definitiven Verbrauchsregelung zur Verfügung zu stellen.

Der Bürgermeister macht einige Mitteilungen über die von der Gemeinde Wien angekauften Lebensmittelvorräte und stellt für die nächste Sitzung einen detaillierten Bericht in Aussicht.

Weiters verliest der Bürgermeister den nachstehenden Ausweis über die Kohlenversorgung Wiens.

Zusammenstellung

der Ausgaben und Einnahmen der Länderbank für Rechnung der Gemeinde Wien anläßlich der Kohlenversorgung vom 19. November 1914 bis 22. Februar 1915.

Ausgaben.

Für angekaufte Kohle	1,216.666 K 51 h
(die im Februar eingelagerte Kohle ist in diesem Betrage nicht enthalten, da erst mit Monatsschluß fakturiert wird)	
Für Frachten	912.546 „ 67 „
Für Herstellungen in den Depots	98.029 „ 54 „
Für Betriebsauslagen (einschließlich Zentralspesen)	37.086 „ 55 „
Summe der Ausgaben .	2,264.329 K 27 h
Einnahmen für verkaufte Kohle	1,474.067 „ 56 „
Mehrausgaben .	790.261 K 71 h

Hierauf teilt der Bürgermeister den nachstehenden Bericht der Stadtbuchhaltung über das Gebarungsresultat im ersten Halbjahre 1914 mit.

Gebarungsresultat

für das erste Halbjahr 1914.

Ordentliche und außerordentliche Einnahmen .	124,399.762 K 79 h
Ordentliche und außerordentliche Ausgaben .	121,475.103 „ 16 „
Überschuß .	2,924.659 K 63 h

Veranschlagt.

Einnahmen . .	116,136.560 K		
Ausgaben . .	120,527.710 „	Abgang . .	4,391.150 „ — „
Gebarung sohin günstiger um			7,315.809 K 63 h

(Nach Ausscheidung der Investitions-Gebarung:)

Einnahmen der eigenen Gelder höher um 3,019.865 K 96 h.*)
Ausgaben der eigenen Gelder niedriger um 4,295.943 K 67 h.**)

* * *

*) Hauptsächlich durch höhere Einnahmen an Kommunalsteuern und Gebühren (Hauszinssteuern, Zuschlag zur k. k. Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen, Anteil der Gemeinde Wien an dem Ertrage der staatlichen Branntweinsteuer) und durch höhere Abfuhr des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds.

**) Hauptsächlich infolge geringerer Ausgaben für Hochbauten, Brücken, Gartenanlagen, Kanäle, Friedhöfe, Volksbäder und für das Armenwesen, dann durch den Wegfall des präliminierten Zuschusses an die städtische Stellwagenunternehmung infolge Vortrages des Verlustes in der Bilanz dieser Unternehmung.

Inventar:

	Aktivstand	Passivstand
Gemeindevermögen	886,433.639 K 66 h	806,319.342 K 32 h
Gemeindegut . .	404,168.400 „ — „	— „ — „
Gemeindeeigentum	1,290,602.039 K 66 h	806,319.342 K 32 h

	Reines Aktivum	Zunahme gegen das Vorjahr
Gemeindevermögen .	80,114.297 K 34 h	6,175.446 K 21 h
Gemeindegut . . .	404,168.400 „ — „	6,709.400 „ — „
Gemeindeeigentum .	484,282.697 K 34 h	12,884.846 K 21 h

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer berichtet über den Ankauf von Schweinen sowie über die Konservierung des aus denselben gewonnenen Fleisches und Specks.

Mit Rücksicht auf den Schweinemangel sei über Anregung des Herrn Bürgermeisters die Bewilligung zur Einfuhr von Schweinen aus Rumänien erwirkt worden, für Deutschland stehe sie noch aus. Die Länderbank werde das Geschäft durchführen, die Großschlächterei die manuelle Arbeit leisten. Gewinn und Verlust würde die Gemeinde Wien tragen. Es bestehe auch die Absicht, Dauerwurst zu erzeugen und Rindfleisch einzupökeln; nähere Kalkulationen hierüber liegen jedoch noch nicht vor. Die Einlagerung des Fleisches könnte im Gefrierhaus des Pferdeschlachthauses erfolgen. Die Haltbarkeitsdauer werde von der Großschlächterei ohne Umlegung für Fleisch mit vier Monaten, für Speck mit drei Monaten festgesetzt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß infolge Futtermangels in Deutschland viele Schweine geschlachtet werden müßten; sollte es möglich sein, größere Quantitäten zu erlangen, so werde er diese Gelegenheit immer ergreifen.

Gem.-Rat Neumann anerkennt diese fürsorgliche Tätigkeit und erklärt, es solle dem Herrn Bürgermeister die Ermächtigung gegeben werden, zu kaufen, was zu kaufen ist.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit den Vorschlägen des Ober-Magistratsrates Dr. Konstantin Mayer einverstanden.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg referiert über die Aktion der Gemeinde Wien wegen Verwendung von Baugelände und Ödland zu Zwecken des Gemüse-, insbesondere aber des Kartoffelanbaues und führt aus, daß, wenn auch nach dem Berichte des Marktamtes die Versorgung mit Gemüsen ausreiche, mit Rücksicht auf den Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren, mit Rücksicht darauf, daß auf dem Marchfeld Befestigungsarbeiten ausgeführt werden, daß die Zufuhr aus Galizien ganz eingestellt ist und daß infolge der Fleischteuerung man sich mehr der vegetabilischen Kost zuwenden werde, der Anbau von Gemüsen empfehlenswert erscheine.

Ein Erlaß des Herrn Bürgermeisters über die Verwendung brachliegender Gründe für Gemüseanbau habe zur Einsetzung eines Komitees geführt, an dessen Spitze der Magistrats-Direktor stehe. Dem Komitee gehören an: Gem.-Rat Oberleutner, Marktamts-Direktor Bauer, Fortstinspektor Kluß, Magistratsrat Dr. Ehrenberg und fallweise Direktor Hybler. Das Hauptaugenmerk werde auf den Kartoffelbau zu richten sein, da für den Gemüseanbau Dünger notwendig, aber schwer erhältlich sei. Die Kartoffel stellen die geringsten Anforderungen an die Bodenqualität und seien daher für Massenanbau sehr geeignet. Er habe an alle Bezirksämter und

Amtsblatt der Stadt Wien. XI.

30./VII. 1915

183

Obmänner-Konferenz.

Vorsteher um Bekanntgabe brachliegender, öder, nur mangelhaft bearbeiteter Gründe ersucht, der Herr Bürgermeister habe einen allgemeinen Aufruf über die Wichtigkeit des Anbaues von Gärten und Fabriksgründen erlassen. Geeignet wären zum Anbau die Gründe am Margaretengürtel, die Gründe beim Arsenal, an der Laaerstraße und am Laaerberge, eventuell auch die Gründe am Flugfelde, die Gründe beim Stammersdorfer Friedhofe, weiters käme die Lobau in Betracht, doch müßten dort die Arbeiten rasch in Angriff genommen werden, es müßten Rodungen vorgenommen werden, die übrigens im Wirtschaftsplane enthalten seien, es müßte nur jetzt auf einmal ausgeführt werden, was sonst auf mehrere Jahre verteilt durchgeführt würde. Da der Thronfolger das Jagdpachtrecht in der Lobau inne habe, wäre die Zustimmung des Oberstjhofmeisteramtes notwendig.

Auf eine diesbezügliche Anfrage des Herrn Bürgermeisters sei eine ablehnende Antwort gekommen, während der Kriegsminister diese Anregung begrüßte und die Beistellung von Kriegsgefangenen für die Arbeiten in Aussicht stellte. Weiters kämen noch in Betracht die Gründe der israelitischen Kultusgemeinde beim Zentral-Friedhofe sowie die Gründe der Nordbahn in Leopoldau. Mit der Nordbahn könnte mit Rücksicht darauf, daß sie die Absicht habe, für ihr Lebensmittelmagazin dort selbst Gemüse zu bauen, gemeinschaftlich der Anbau betrieben werden.

Weiters kämen in Betracht die Gründe des Stiftes Klosterneuburg, eventuell die Freudenau und der Trabrennplatz. Der Prater und die Schmelz kämen aus militärischen Gründen nicht in Betracht. Für die Organisation des Betriebes des Anbaues gebe es zwei Wege, die Zuweisung der Gründe in kleinen Losen an Familien zur Selbstbebauung gegen einen Anerkennungszins und die eigene Regie. Letztere solle jedoch nur in zweiter Linie eintreten. Im Falle der Eigenregie könnten als Arbeitspersonale Kriegsgefangene und Flüchtlinge herangezogen werden. Für die ordentliche Versorgung der Gemeinde mit Gemüse sei ausschlaggebend, daß in den Gemeinden, die bisher ihre Produkte nach Wien lieferten, keine Einschränkung der Anbauflächen eintrete, vielmehr auch hier für eine intensive Anbautätigkeit gesorgt werde, insbesondere dort, wo noch die Drei-Felder-Wirtschaft bestehe. Er werde auch an alle landwirtschaftlichen Vereine und Körperschaften ein Schreiben richten mit dem Ersuchen, für den Anbau Propaganda zu machen, auch den Bezirksschulrat werde er ersuchen, in den Schulen hiefür Propaganda zu machen. Die Hochschule für Bodenkultur habe die Errichtung eines Kurses für Gemüseanbau in Aussicht gestellt. Das Institut der Schrebergärten werde sich auch in dieser Frage bewähren. Mit der Bebauung könne bereits Mitte März begonnen werden.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß er sich von der Verteilung in Losen nach Art der Schrebergärten Erfolg verspreche. Im nächsten Jahre werden aus Böhmen und Mähren weniger Kartoffel kommen. Er halte es daher für nötig, sich zu versichern, vom Marchfelde Kartoffel zu bekommen. Auch in Grinzing beim Schloß Bellevue seien Gründe für diesen Zweck vorhanden.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit den Vorschlägen des Referenten vollkommen einverstanden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht hierauf, ihm die Bewilligung zur Auszahlung der Bilanzremunerationen für die Beamten und Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, der städtischen Gaswerke und der Leichenbestattung zu erteilen.

Die Bewilligung wird von der Konferenz erteilt.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern bringt mit Rücksicht auf eine seinerzeit vom Gem.-Rate Dr. Schwarz-Hiller gemachte Anregung folgenden Erlaß der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direktion zur Kenntnis:

„Gemäß den Bestimmungen des Pers.-Str.-Gesetzes (§§ 159 und 164, ferner Artikel 4 und 18 der V.-V. IV) gilt als Einkommen aus Gebäuden der ganze, bar oder im Wege der Abrechnung eingegangene Mietzins einschließlich des Entgeltes für mitvermietetes Mobilar, für Hofräume, Lagerplätze, Gärten u. s. w., sowie des Geldwertes der dem Mieter obliegenden Nebenleistungen.

Uneinbringliche Mietzinse bilden kein Einkommen, während rückständig gebliebene Zinse erst im Zeitpunkte der faktischen Berichtigung in Betracht kommen.

Von demselben Gesichtspunkte sind jene Fälle zu beurteilen, wo der Hauseigentümer wegen der voraussichtlichen Uneinbringlichkeit (militärische Einrückung ꝛc.) auf den Zins ganz oder teilweise verzichtet hat.

Allerdings obliegt es dem Steuerpflichtigen, im Bedarfsfalle die Umstände unzweifelhaft darzutun.

Sollten uneinbringlich behandelte Zinse in der Folge dennoch ganz oder teilweise berichtigt werden, so ist der bezügliche Betrag selbstverständlich in dem folgenden Jahre in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen.

Von dieser Zuschrift werden auch die Steueradministrationen in Wien in Kenntnis gesetzt."

Der Bürgermeister schließt hierauf die Konferenz.

Der Bürgermeister:

Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:

Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei

Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Fraktion:

Neumann m. p.

Der Schriftführer:

Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Amtsblatt der Stadt Wien.
6./VIII. 1915

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 17. Obmänner-Konferenz vom **18. März 1915.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Hein, Dr. Schwarz-Hiller, Reumann und Skaret,
Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern.
Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr,
ferner die Magistratsräte Ehrenberg und Jamöck,
Ober-Kommissär Dr. Nübl und
Marktamts-Direktor Bauer.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.
Entschuldigt: Gem.-Rat Goltz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und bringt folgendes zur Kenntnis:

1. Den Ausweis der Zentralstelle im Rathause vom 18. März 1915.
2. Den Ausweis über den Stand der Anmeldungen für den gesetzlichen Unterhaltsbeitrag vom 18. März.
3. Den Ausweis über die Preise und Vorräte der wichtigsten Lebensmittel, sowie über den Viehauftrieb in St. Marx.
4. Den Bericht des Stadtphysikates über den Stand der Infektionskrankheiten.

* * *

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 18. März 1915.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden: *)					
Für allgemeine Zwecke:					
a) von verschiedenen Parteien	2,250.175	05	Fortlaufende Unterstützungen	576.618	66
b) vom Kriegshilfsbureau	575.000	—	Einmalige Unterstützungen	189.390	27
Für Ausspeisungszwecke:			Ausspeisung	1,053.535	45
a) von verschiedenen Parteien	415.126	47	Näh- und Strickstuben	321.066	37
b) von Exz. Baronin Bienerth . .	1,206.449	49	Subventionen	303.150	—
Für Arbeitslose	9.646	09	Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	9.528	50
Zinsen der Wertpapiere	7.994	18	Noch nicht rückverrechnete Verläge	22.428	24
Vom Staate noch nicht rückersetzte Vorschüsse an die Flüchtlings-Zentralstelle .	1,106.431	19	Vorschüsse an die Zentralstelle für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina . .	1,106.431	19
Summa	5,570.822	47	Summa .	3,582.148	68
Ab die Ausgaben .	3,582.148	68			
Daher noch verfügbar .	1,988.673	79			

Anmerkung:
An „laufenden" Unterstützungen für 3220 Personen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . 135.429 K 84 h

*) Überdies an Wertpapieren 232.929 K 12 h Nominale.

Wien, am 18. März 1915.

Männhalter m. p.,
Rechnungs-Ober-Rezident.

Amtsblatt der Stadt Wien. I.

6./VIII. 1915

185

Übernahme – Sendung.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 18. März 1915.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	Anmerkung a. a.
I.	743	628	—	4	20	91	
II.	11915	10392	110	106	393	914	
III.	9645	9158	188	158	102	39	—
IV.	2084	1802	58	16	68	63	77
V.	7647	7219	17	Abt. XI: 74 20	136	181	—
VI.	2730	2699	—	—	31	—	—
VII.	3153	2895	—	51	60	144	—
VIII.	2404	2024	37	10	53	202	78
IX.	4808	4422	—	—	48	338	—
X.	13281	12678	11	245	144	30	173
XI.	3860	3619	—	26	86	129	—
XII.	8816	8387	—	73	111	—	245
XIII.	9606	8224	—	501	207	674	—
XIV.	8383	7804	—	118	45	416	—
XV.	4133	3828	—	53	43	209	—
XVI.	18364	17300	26	366	227	445	—
XVII.	9368	8966	84	42	97	134	45
XVIII.	4072	3917	4	30	21	100	—
XIX.	3176	2946	38	45	62	85	—
XX.	11474	10760	105	247	148	214	—
XXI.	6373	5953	53	151	131	85	—
Summe	146035				2236	4483	618
ab	5111	135621	731	2336	=1·6% v.	5111	
	140924				140924		

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 8. März bis 14. März 1914		25. Juli 1914		Woche vom 7. März bis 13. März 1915	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	160	220	160	220	200	260
	hinteres	„	180	260	180	260	220	360
Schweinefleisch	junges	„	160	280	160	280	280	400
	abgezogenes	„	180	300	160	280	260	400
Pferdefleisch	vorderes	„	88	112	88	112	120	140
	hinteres	„	96	120	96	120	136	160
Kartoffel	runde	„	10	14	20	26	14	22
Zwiebel		„	30	36	32	40	48	72
Zucker		„	82	96	80	92	88	96
Weizenmehl	Auszugmehl	„	34	38	42	48	*)84	100
	Mundmehl	„	32	36	40	44	**)72	88

*) Weizengrieß und feines Backmehl.

**) Weizenkochmehl.

1*

Abnimmer-Konferenz.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Woche vom 8. März bis 14. März 1914		25. Juli 1914		Woche vom 7. März bis 13. März 1915	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Brot	weißgemischt	1 kg	28·8	40·8	27·8	42·7	*)—	—
	schwarzgemischt	„	36·3	39·8	25·5	39·7	47·8	66·7
Sauerkraut		„	24	28	—	—	32	40
Fisolen		„	40	64	36	40	80	120
Erbsen	ganz	„	40	56	32	48	92	130
	gespalten	„	46	68	48	64	114	160
Reis		„	44	96	42	82	100	148
Schweineschmalz		„	176	200	176	200	360	440
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	154	200	154	200	320	440
Butter	Tee-	„	320	400	320	400	400	480
	Koch-	„	220	300	220	300	320	360
Margarine		„	180	200	160	200	240	360
Eier	frische	1 Stück	7	9	7	10	12	18
	konservierte	„	—	—	—	—	—	—
Milch im Ausschanke	Voll-	1 l	26	32	26	32	30	36
	Mager-	„	20	26	20	26	20	28
Petroleum		„	20	50	26	36	70	84
Kohle	Stein-	50 kg	182	199	186	204	220	250
	Braun-	„	107	119	107	119	119	210

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogramm.)

Stichtag: Montag den 8. März 1915.

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Maismehl u. Maisgrieß	Reismehl u. Reisgrieß	Kartoffelmehl und Kartoffelgrieß
I.	—	—	1.200	—	—	380	108.400	6.500	—	—	1.050
**)II.	1,072.000	—	5.500	—	36.950	4,481.705	1.900	5,505.770	261.560	124.000	60.440
III.	—	1.400	—	11.100	—	7.680	2.400	29.930	34.327	—	40.900
IV.	—	—	—	—	1.400	—	—	—	—	—	—

*) Brot aus der vorgeschriebenen Mehlmischung.

**) Die im II. Bezirke in den einzelnen Rubriken und daher auch in den Endsummen sich ergebenden Differenzen erklären sich daraus, daß in dieser Stichwoche die Vorratsanzeige von der Nordbahn-Direktion infolge mißverständlicher Auffassung eines Erlasses der Magistrats-Direktion nicht erstattet wurde.

Abnahme-Anzeige

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Maismehl u. Maisgrieß	Reismehl u. Reisgrieß	Kartoffelmehl und Kartoffelgrieß
V.	22.200	484	—	—	200	2.850	—	6.275	2.825	—	3.820
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VII.	—	—	—	100	450	—	—	650	720	—	1.200
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	160.000	—	600	—	1.300	7.990	760	30.800	23.885	—	—
X.	1,155.000	1.590	3.300	4.300	9.700	4,891.980	8.700	494.810	269.788	286.800	72.800
XI.	15.000	—	—	—	140.000	18.567	—	—	—	—	—
XII.	526.000	1.644	3.900	300	565.380	150	—	6.850	1.540	4.500	550
XIII.	245.000	1.000	100	—	40	—	—	1.200	1.950	400	—
XIV.	—	—	7.200	—	1.200	—	—	520	8.500	—	—
XV.	—	20	—	—	4.450	1.915	60.480	30.900	38.605	1.700	1.300
XVI.	—	—	450	—	35.000	111.805	1.200	11.310	15.030	127.700	90.900
XVII.	920.000	440	—	—	3.900	—	2.950	—	—	—	—
XVIII.	344.000	62	2.100	—	100	4.700	—	10.500	4.810	—	1.100
XIX.	940.000	1.800	—	50	800	—	3.500	—	—	300	—
XX.	4,807.000	1.361	11.000	28.000	—	158.900	—	170.500	24.000	—	39.100
XXI.	150.000	—	26.000	50.000	246.759	21.750	6.000	300	1.300	—	—
Summe	10,356.200	9.801	61.350	93.850	1,078.129	9,710.372	196.290	6,306.815	673.540	545.400	313.160

Bezirk	Speisefette	Speiseöle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
I.	3.300	4.450	4.500	53.850	22.000	30.000	4.050	—	—	300	—	—
*)II.	235.032	4.100	30.904	4,193.060	1,353.455	1,806.900	80.200	—	40.240	1,416.652	145.107	433.600
III.	180.457	11.297	—	24.510	90.625	45.380	63.445	—	—	—	—	—
IV.	3.100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	2.500	350	—	1.025	6.150	24.150	11.125	—	—	—	—	—
VI.	—	25.020	—	—	—	—	—	—	—	10.500	8.000	—
VII.	—	1.400	200	4.600	3.200	3.300	500	35.000	5.100	—	500	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	19.200	3.360	47.210	87.595	46.850	53.900	4.880	13.900	—	3.396	—	—

*) Die im II. Bezirke in den einzelnen Rubriken und daher auch in den Endsummen sich ergebenden Differenzen erklären sich daraus, daß in dieser Stichwoche die Vorratsanzeige von der Nordbahn-Direktion infolge mißverständlicher Auffassung eines Erlasses der Magistrats-Direktion nicht erstattet wurde.

Amtsblatt der Stadt Wien. V.
6./VIII. 1915
188

Abnützungs-Anzeige.

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
X.	2.500	6.400	214.150	54.170	106.300	411.460	47.300	500	25.000	149.835	377.300	385.800
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800	5.150	25.000
II.	1 650	3.800	2.000	26.150	28.660	2.175	500	30.000	3.600	1.100	950	—
III.	40.887	38.933	—	500	205	1.100	—	1.000	464.620	5.350	1.100	—
XIV.	264.860	155.260	—	7.200	2.000	38.700	—	—	144.020	210.000	19.000	132.000
XV.	5.300	300	67.550	1.830	5.730	3.800	3.590	—	130.000	23.200	800	—
XVI.	10.096	3.778	1.100	105.818	575.377	93.667	4.913	—	81.600	—	—	1.800
XVII.	35	200	1.400	—	—	—	—	—	—	2.600	—	—
XVIII.	2.800	7.300	8.450	13.000	16.880	10.600	1.845	—	9.200	—	—	—
XIX.	—	5.051	—	8.100	180	—	9.082	—	—	2.730	150	—
XX.	38.079	89.055	—	308.787	4.495	17.000	7.400	23.300	—	1,490.800	68.400	208.500
XXI.	10.300	39.500	4.000	3.500	43.500	1.000	180	—	—	20.000	—	9.300
Summe	820.096	399.554	381.464	4,893.695	2,305.607	2,543.132	239.010	103.700	903.380	3,337.263	626.457	1,516.000

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
I.	—	—	—	2.250	—	—	—	—	—	—	—	—
*)II.	273.200	65.600	2.115	347.380	51.500	4,075.950	4,400.660	—	—	2.500	—	1.690
III.	—	—	—	10.730	—	150	—	—	—	—	—	—
IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	—	—	2.975	4.060	—	1.875	—	—	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	30.000	7.000	—	—
VII.	—	—	—	900	210	—	1.050	—	3.000	4.000	—	40
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	2.500	—	9.900	—	—	30.000	—	—	—	—	—
X.	91.800	8.000	29.850	32.710	1.000	331.500	157.100	—	79.200	65.700	—	78
XI.	—	—	210	—	—	100	9.380	—	3.100	—	—	—
XII.	—	—	—	500	—	15.200	—	—	—	—	—	—
XIII.	—	—	—	1.100	—	450	12.800	—	30.500	4.400	—	—

*) Die im II. Bezirke in den einzelnen Rubriken und daher auch in den Endsummen sich ergebenden Differenzen erklärten sich daraus, daß in dieser Stichwoche die Vorratsanzeige von der Nordbahn-Direktion infolge mißverständlicher Auffassung eines Erlasses der Magistrats-Direktion nicht erstattet wurde.

Abnehmer Konferenz

Bezirk	Roggen	Weizen	Grieß	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken-milch
XVI.	—	36.000	6.700	—	1.450	—	—	—	—	—	—	—
XVII.	—	—	—	—	—	2.000	10.400	—	156.820	28.400	—	—
XVIII.	—	3.200	—	1.050	—	—	—	—	—	—	—	—
XIX.	—	—	—	—	—	2.950	6.860	—	2.000	4.300	—	—
XX.	—	—	—	—	—	80.000	30.600	1.020	2.000	2.000	—	—
XXI.	157.800	8.000	—	—	—	33.500	—	—	—	200	—	—
XIV.	860.000	—	—	—	600	—	—	—	—	—	—	—
XV.	—	—	170	1.100	2.550	—	—	—	8.000	6.000	—	—
Summe	1,282.800	123.300	39.045	410.595	61.370	4,541.800	4,660.725	1.020	314.620	124.500	—	1.808

Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx in der Zeit vom 1. bis 15. März 1915.

Schlachtviehauftrieb am 1. März: 3387 Stück Mastvieh, 2216 Stück Beinlvieh, zusammen 5603 Stück.

Darunter befinden sich: 2781 Stück Ochsen, 569 Stück Stiere, 2269 Stück Kühe, 34 Stück Büffel, zusammen 5603 Stück.

Schlachtviehauftrieb am 8. März: 3017 Stück Mastvieh, 1367 Stück Beinlvieh, zusammen 4384 Stück.

Darunter befinden sich: 2170 Stück Ochsen, 585 Stück Stiere, 1611 Stück Kühe, 18 Stück Büffel, zusammen 4384 Stück.

Schlachtviehauftrieb am 15. März: 4038 Stück Ochsen, 2107 Stück Beinlvieh, zusammen 6115 Stück.

Darunter befinden sich: 3016 Stück Ochsen, 688 Stück Stiere, 2447 Stück Kühe, 14 Stück Büffel, zusammen 6165 Stück.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung Wiens in der Zeit vom 12. bis 18. März 1915.

Infolge erhöhter Sterblichkeit des Säuglings-, Kindes- und Greisenalters ist die Sterbeziffer etwas gestiegen und betrug in der Berichtsperiode mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes 17·2 auf Tausend gegen 15·2 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Bei den Blattern war in der Zeit vom 9. bis 16. März ein weiterer ziemlich bedeutender Rückgang zu verzeichnen. In der Zeit vom 11. bis 16. März wurden 66 Fälle, davon 62 aus der Wiener Zivilbevölkerung gemeldet. Der Tagesdurchschnitt der Blatternfälle betrug im Jänner 14·3, im Februar 13·4 und in den ausgewiesenen 16 Märztagen 9·4. Seit Anfang Oktober des Vorjahres sind 1074 Blatternerkrankungen gemeldet worden, von denen 235, d. i. 21·8 Prozent tödlich verliefen. Die Beteiligung der öffentlichen Impfung sinkt rapid, trotzdem erhöhen sich die ausgewiesenen Ziffern über die Gesamtimpfungen, weil nunmehr die abschließenden Berichte über Impfungen aus früheren Perioden im Stadtphysikate einlangen. In der Zeit vom 6. bis 12. März wurden 2272 Not-, 2710 Haus- und 6391 Impfungen an öffentlichen Sammelplätzen, außerdem 14.020 Impfungen der Krankenkassa der städtischen Straßenbahnbediensteten, zusammen daher 25.393 Impfungen ausgewiesen. Seit dem stärkeren Auftreten der Blattern sind im ganzen 565.593 Impfungen durch den von den Gemeinde ins Leben gerufenen Impfdienst, Schulkinderimpfung und einige große Krankenkassen durchgeführt worden.

Der Scharlach und die Diphtherie haben einen leichten Rückgang aufgewiesen.

Eine Erkrankung an asiatischer Cholera ist in Wien seit dem 22. Jänner 1915 nicht vorgekommen.

An Bauchtyphus sind seit Beginn des Monates 37 Zivil- und 99 Militärfälle angezeigt worden.

Eine Erkrankung an Flecktyphus ist in der Berichtswoche nicht zur Anzeige gelangt; im Franz Josef-Spitale wurde ein aus dem Gefangenenlager in Frauenkirchen nach Flecktyphus geheilt zurückgekehrter Assistenzarzt behufs weiterer Beobachtung und Isolierung aufgenommen. Seit dem Vorjahre kamen in Wien 24 Flecktyphusfälle zur Anzeige, davon 14 bei Militärpersonen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner referiert über das Ergebnis der Mehl- und Getreideaufnahme mit dem Stichtage am 28. Februar 1915 und spricht dem Magistratsrate Dr. Jamöck, sowie den an den Arbeiten beteiligten Lehrern für die klaglose Bewältigung der Arbeiten den Dank und die Anerkennung aus. Hierauf verliest der Bürgermeister die nachstehende Zusammenstellung über die Mehlsatierungen und führt aus, daß dieses Resultat nicht sehr günstig sei; man sehe, daß die ärmeren Bezirke stark unterdeckt sind, es sei nicht erfindlich, warum die Regierung als Grenze für die Anmeldepflicht ein Quantum von 20 kg festgesetzt habe, in den Ziffern erscheinen viele Personen nicht, Tausende von Personen, die gar keine Vorräte haben. Die für die Einführung der Brotkarten notwendige Basis, die Anzahl der Brotesser zu wissen, sei durch die Aufnahme nicht erreicht

Obmänner-Konferenz.

worden, es müsse daher vor Einführung der Brotkarten abermals eine Neuzählung vorgenommen werden. Nach der Aufnahme vom 28. Februar seien die aus der nachstehenden Tabelle ersichtlichen Vorräte vorhanden. Dieses Resultat sei, wie schon gesagt, nicht günstig.

Ergebnis der Anmeldung.
1. bis 5. März 1915
anläßlich der Aufnahme der Mehl- und Getreideprodukte in Wien.

Bezirk	Unter 20 kg	Über 20 kg	Zusammen	Prozent über 20 kg
I.	5.078	3.621	8.699	41·6
II.	28.567	8.921	37.488	23·8
III.	30.246	5.704	35.950	18·9
IV.	11.240	3.444	14.684	23·5
V.	21.501	2.515	24.016	10·5
VI.	12.369	2.864	15.233	18·8
VII.	14.031	3.409	17.440	19·5
VIII.	10.179	2.714	12.893	21·1
IX.	18.180	4.703	22.883	20·6
X.	32.388	2.543	34.931	7·3
XI.	10.043	1.3 8	11.044	12·2
XII.	23.640	2.338	25.978	9·0
XIII.	24.021	3.974	27.995	14·2
XIV.	19.899	1 870	21.769	8·6
XV.	12.337	1.269	13.606	9·3
XVI.	38.122	4.235	42.357	9 9
XVII.	22.372	2.176	24.528	8 8
XVIII.	19.424	4.221	23.645	17·9
XIX.	10.038	2.473	12.511	19·8
XX.	22.406	2.621	25.027	10·5
XXI.	16.907	3.059	19.966	15·3
Summe .	402.988	70.052	473.040	14·08

Die Fatierung der Bäcker habe ergeben, daß sie an Weizenmehl 301, Roggenmehl 453, Gerste 92, Mais 62, zusammen also 908 Waggons besitzen. Die Firma Mendl allein besitze 121 Waggons Weizen, 308 Waggons Roggen, 59 Waggons Gerste, 39 Waggons Mais, also zusammen 527 Waggons. Auf die übrigen Bäcker entfallen daher 381 Waggons. Unter diesen restierenden Bäckern besitzen 13 mehr als zwei und 57 mehr als einen Waggon. In den 19 Tagen seit dem 28. Februar ist gewiß eine bedeutende Reduktion dieser Vorräte eingetreten. Er glaube, es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo er die Bäcker mit den Vorräten der Gemeinde versorgen müsse, der Notstand, für welchen diese Vorräte aufgehoben wurden, sei jetzt eingetreten; eine große Anzahl von Bäckern mußte ihren Betrieb einstellen und es sei nicht ausgeschlossen, daß es zu großen Brotkrawallen kommen könnte. Zur Abgabe des Mehles an die Bäcker habe er den Magistrats-Direktor ersucht, ein eigenes Amt einzurichten; er habe mit der Genossenschaft der Bäcker eine Besprechung abgehalten und ihnen bereits einige Waggons Mehl zur Verfügung gestellt. Bezüglich der Aufteilung müßten feste Normen festgesetzt werden, in der ersten Woche sollen ungefähr 4800 Säcke, in der zweiten 6000, in der dritten 8000 und in der vierten Woche 10.000 Säcke abgegeben werden. Er wolle jedoch die Regierung ihrer Pflichten nicht entbinden. Er könne daher von den Vorräten nur bis zur definitiven Verbrauchsregelung abgeben. Hätte die Gemeinde jetzt nicht ihre Vorräte, von der Regierung würde sie nichts bekommen. Eine Gemeinde könne nicht verpflichtet werden, auf sechs Monate Vorräte einzuschaffen. Er habe jedoch für so lange Zeit vorgesorgt. Er werde die Bäcker in drei Gruppen einteilen:

1. Diejenigen, welche mehr als einen oder zwei Waggons haben, bekommen nichts;

2. diejenigen, die Weizenmehl, aber kein Mischmehl besitzen, bekommen Mischmehl und

3. diejenigen, die gar nichts haben, die bekommen Mischmehl.

Es seien an die Bäcker, an die Lebensmittelmagazine, Konsumvereine 2c. bisher 145 Waggons abgegeben worden.

Die Schlüsse der Gemeinde inklusive des Maismehles betragen zirka 6000 Waggons, doch sei die Frage, ob dieses Quantum auch einlangen werde. Die Stadt Budapest leide unter der Brotnot noch mehr als Wien. Er habe mit Rumänien auf 200 Waggons Bohnen geschlossen, die rumänische Regierung habe einen Zoll von 3000 Francs in Gold auf die Ausfuhr gelegt, das würde einen Betrag von 600.000 K ausmachen. Für weitere Ankäufe von Vorräten ersuche er um Erhöhung des Kredites auf 20 Millionen. Er richte an die Konferenz die Anfrage, ob er auch an die Detailhändler Mehl abgeben solle.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß die Detailhändler vor einer Katastrophe stünden. Seit zirka 14 Tagen seien sie ohne Mehl. Bei einer Vorsprache im Ministerium sei ihm bedeutet worden, er solle sich an die Gemeinde wenden. In den Detailgeschäften spielen sich die heftigsten Szenen ab, die Bevölkerung sei bei den hohen Fleischpreisen auf Mehl angewiesen, er richte an den Bürgermeister die dringende Bitte, die Detailhändler zu berücksichtigen.

Gem.-Rat Steiner dankt dem Bürgermeister für die Mitteilung, daß die Bevölkerung aus den städtischen Vorräten Mehl bekommen solle. Gleich nach Ausbruch des Krieges haben der Bürgermeister und die Mitglieder der Obmänner-Konferenz wiederholt auf den Ernst der Situation hingewiesen, der Bürgermeister habe Mehl und andere Vorräte sofort gekauft. Von diesen Schlüssen sei ein Teil nicht erfüllbar, hieran dem Bürgermeister eine Schuld beizumessen, wäre ungerecht, und er müsse sich mit aller Entschiedenheit dagegen aussprechen. Er richte in dieser ernsten Zeit an die Mitglieder der Opposition die Bitte, alle parteipolitischen Gegensätze ruhen zu lassen und zusammenzuarbeiten, um diese schwere Zeit glücklich zu überstehen. Die Zustände in der Provinz seien verhältnismäßig schlechter wie in Wien. Er stimme im übrigen allen Anträgen des Herrn Bürgermeisters zu.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß er sich nicht erinnere, daß die Opposition seit Kriegsbeginn in der vom Gem.-Rat Steiner angedeuteten Weise vorgegangen sei, er glaube, es bedürfe eines solchen Appells nicht, allen Anträgen habe die Opposition stets zugestimmt und sogar die Erklärung abgegeben, der Bürgermeister solle über den ihm bewilligten Kredit, wenn notwendig hinausgehen, er werde der einmütigen nachträglichen Genehmigung der Obmänner-Konferenz immer sicher sein. Er sei auch der Meinung, daß die Gemeinde jetzt ihre Vorräte herausgeben müsse, denn die gestrigen Brotkalamitäten waren einfach fürchterlich. Die Regierung stehe der Sache ratlos gegenüber, ihre Verordnungen dienen immer nur dazu, daß Einzelne sich Vorräte ansammeln, nie jedoch eine gleichmäßige Verteilung

Amtsblatt der Stadt Wien. VIII
6/VIII. 1915
1911

Obmänner-Konferenz

stattfinde. Es sei ein Glück, daß die Gemeinde einigermaßen Vorsorge getroffen habe. Er sei jedoch der Meinung, man solle nicht bloß auf die Bäcker, sondern auch auf die Detailhändler Rücksicht nehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, er könne nur gegen bare Bezahlung das Mehl abgeben, womit die Obmänner-Konferenz sich einverstanden erklärt.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß die Leute froh seien, wenn sie um Geld Mehl bekämen. Hierauf bespricht Gem.-Rat Reumann die in der letzten Zeit enorm in die Höhe gegangenen Fleischpreise.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er aus Deutschland 20.000 Schweine einführen lassen wollte; als Bedingung hiefür wurde jedoch seitens des deutschen Einkaufsamtes festgesetzt, daß er für jedes Schwein 5 q Futtermittel, das wären also zusammen 100.000 q Futtermittel, stellen müsse.

Gem.-Rat Reumann schildert, daß in der letzten Zeit die Frauen der armen Bevölkerung die Pferdefleischhauer förmlich stürmen; er ersuche, es möge dahin gewirkt werden, daß die Militärverwaltung Pferde, die nicht mehr dienstfähig sind, direkt an die Genossenschaft der Pferdefleischhauer verkaufen solle und nicht an Zwischenhändler, denn dies verteuere wieder den Preis. Der Bürgermeister solle jede Gelegenheit ergreifen, Fleisch einzukaufen, vielleicht könnte die Frage studiert werden, ähnlich wie in Deutschland Gefrierfleisch aufzustapeln.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt für seine Fraktion, daß seit Kriegsbeginn alle parteipolitischen Gegensätze ruhen, ein anderes Vorgehen wäre unpatriotisch. Den Anträgen des Bürgermeisters stimme er völlig zu. Die Abgabe des Mehles solle jedoch nur während der Übergangszeit erfolgen und nach Ablauf dieser vier Wochen mit dem Erscheinen der in Aussicht gestellten Verordnung sofort sistiert werden. Der Rest der Vorräte solle für einen späteren Zeitpunkt aufgespart werden. Wenn in Budapest wirklich ein Notstand herrsche, so sei dies in den ungarischen Provinzen nicht der Fall. In Ödenburg zum Beispiel werde Luxusgebäck verkauft, in dieser Beziehung habe die Regierung keine Einschränkung auferlegt, daraus müsse man schließen, daß in Ungarn noch genügend Vorräte vorhanden seien. Die Abgabe des Mehles an die Detailhändler würde sich schwieriger gestalten als an die Bäcker; es handle sich nur darum, über die Übergangszeit hinwegkommen; die Vorräte dürften jedoch nicht vollends erschöpft werden. Weiters weise er darauf hin, daß auch die Aufnahme von Gerstenschrot sehr erwünscht wäre, denn in der Landwirtschaft sollen größere Vorräte hievon vorhanden sein.

Gem.-Rat Schmid führt aus, daß das Ergebnis der Mehlfatierungen keine große Hoffnungen biete, der größte Fehler der Verordnung sei gewesen, daß Vorräte unter 20 kg nicht fatiert werden mußten; man könne nicht einmal eine Durchschnittsziffer annehmen, die Gemeinde sei mit dieser Form der Verordnung direkt überrumpelt worden; jetzt müßte ein zweites Mal eine Aufnahme der Vorräte durchgeführt werden. Er sei auch der Meinung, daß jetzt die Vorräte der Gemeinde angegriffen werden müßten, es sei sehr bedauerlich, daß die Regierung die Kriegsgetreideanstalten erst am 15. April werde eröffnen können.

Die Fleischkalamität sei ebenfalls eine große, wie der mangelhafte Viehauftrieb beweise. Erst durch eine Intervention des Herrn Bürgermeisters beim Ministerpräsidenten sei der Anauf von Vieh durch die Militärbehörde auf dem Wiener Markte eingestellt worden. Doch werden noch immer große Quantitäten von den Konservenfabriken aufgekauft. Er sei auch dafür, den Detailhändlern Mehl abzugeben, doch müsse eine gerechte Verteilung Platz greifen.

Die vom Gem.-Rate Steiner früher gemachte Bemerkung beziehe sich darauf, daß in der letzten Zeit in der „Arbeiter-Zeitung" mehrere gehässige Artikel gegen den Herrn Bürgermeister erschienen seien; er richte an den Gem.-Rat Reumann das Ersuchen, auf die „Arbeiter-Zeitung" einzuwirken, derlei ungerechte Angriffe doch zu unterlassen.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß seine Partei auf die „Arbeiter-Zeitung" keinen so unmittelbaren Einfluß nehme, auch wollen sie die Redaktion nicht einer so scharfen Zensur unterziehen. Dadurch, daß viele Leute nach dem 28. Februar weitere Einkäufe machten, ist der fatierte Vorrat lang nicht mehr richtig. Ein großer Fehler der Verordnung sei der gewesen, daß in ihr nicht ausgesprochen wurde, daß dem, der mehr als 20 kg Vorräte habe, dieses Plus nicht weggenommen werde. Die ersten Ansätze zu Brotkrawallen haben bereits gestern stattgefunden. Die meisten Bäckerläden seien bereits um ½7 Uhr abends geschlossen. Wenn dies so fortgehe, sei das Schlimmste zu befürchten, dazu käme noch die Milchkalamität. Nach langem Warten vor der Verschleißstelle erhalten die Frauen keine Milch. Die Kinder müssen ohne Frühstück in die Schule, die Männer ohne Frühstück in die Fabrik. Es sei außerordentlich zu begrüßen, daß der Herr Bürgermeister durch die Ausgabe der Mehlvorräte dem gegenwärtigen Notstande abhelfen könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, am wichtigsten sei es, zu verhindern, daß Leute, die ohnehin schon Vorräte haben, sich noch weitere Vorräte anschaffen, so daß die, welche nichts haben, Gefahr laufen, wieder nichts zu bekommen. Bei den Bäckern sei auf Grund der Fatierung vom 28. Februar leicht durch das Marktamt zu konstatieren, ob sie noch einen Vorrat haben oder nicht. Anders sei dies bei den Detailhändlern.

Der Vorsteher könne nicht wissen, welches Mitglied noch Vorräte habe; auch könne der Verschleißer nicht wissen, ob nicht der Käufer ohnehin ausreichende Vorräte habe. Er sei dafür, den Detailhändlern Mehl abzugeben.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller schlägt mit Rücksicht auf die bevorstehende Herausgabe der Brot- und Mehlkarten vor, daß als erster Grundsatz zu gelten habe, daß jede Partei einer bestimmten Mehlversorgungsstelle zugewiesen werde (Rayonierungssystem). Da sei auch die Kontrolle viel leichter. Da eine Verschleißstelle an dieselbe Partei nicht zweimal Mehl oder Brot abgeben dürfe, sei dadurch der Gefahr des Vorratsansammelns begegnet. Er halte es gefährlich, an die Detailhändler Mehl abzugeben, da eben wieder nicht verhütet werden könne, daß diejenigen, die keine Vorräte haben, wieder nichts bekommen. Die Anhäufung der Vorräte habe zur Folge, daß viel Mehl durch die schlechte Aufbewahrung zugrunde gehe. Auch richte er das Ersuchen an den Herrn Bürgermeister, über eine Monopolisierung der Mehlausgabe Studien anstellen zu lassen. Bezüglich der Krediterhöhung für Vorratsankäufe solle dem Herrn Bürgermeister pleine pouvoir eingeräumt werden.

Er konstatiere, daß in der Obmänner-Konferenz bis heute nur einmütige Beschlüsse gefaßt wurden. Er stelle weiters fest, daß seine Partei bis heute keine Versammlung abgehalten habe.

Amtsblatt der Stadt Wien. IX

6./VIII. 1915

192

Obmänner-Konferenz.

Auf die „Sonn- und Montags-Zeitung" und den „Morgen", die Artikel gegen die Person des Bürgermeisters gebracht hätten, habe weder er noch seine Partei einen Einfluß.

Magistratsrat Dr. Jamöck referiert sodann über die Entwürfe der Ministerial- und Statthalterei-Verordnung, betreffend die Verbrauchsregelung der Mehlvorräte, erklärt die in Aussicht genommene Brot- und Mehlkarte und die Art und Weise der gedachten Durchführung der Verordnungen.

Die Konferenz gibt einmütig der Anschauung Ausdruck, daß der Einführung der Brotkarten seitens der Regierung unbedingt die rechtzeitige Vorsorge für das nötige Mehl vorausgehen müsse, denn ohne genügende Mehlvorräte würde die Einführung der Brotkarten geradezu eine Katastrophe bedeuten.

Gem.-Rat Dr. Hein richtet an den Bürgermeister das Ersuchen, die Sanktionierung des Lehrergehaltsregulierungsgesetzes zu betreiben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß die Regierung unter Hinweis auf die nicht eingetretenen Überweisungen aus der Branntweinsteuer die Sanktion dieses Gesetzes abgelehnt habe.

Die Obmänner-Konferenz beschließt mit Stimmeneinhelligkeit:

1. Die vom Bürgermeister getroffenen Maßnahmen hinsichtlich der Verteilung von Mehl werden zur Kenntnis genommen und der Bürgermeister ermächtigt, die Vorräte der Gemeinde in den Verkehr zu geben.

2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, auch an die Mehlhändler unter noch zu bestimmenden Kautelen Mehl abzugeben.

3. Der dem Bürgermeister bewilligte Kredit zum Ankaufe von Lebensmittelvorräten wird auf 20 Millionen Kronen erhöht.

4. Der Regierung ist die folgende Resolution zu überreichen:

Resolution.

Die Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Getreide sind bekannt.

Nicht zum geringsten Teile liegen sie in der Haltung der Eigner und der Händler.

Die Möglichkeit, daß auch die kommende Ernte, und vielleicht noch bevor sie eingebracht ist, durch einzelne Spekulanten dem allgemeinen Verkehr entzogen und besonderen Absichten dienlich gemacht und zugeführt werde, ist nicht ausgeschlossen, liegt vielmehr nach allen Erfahrungen sehr nahe.

Im allgemeinen Interesse muß dagegen schon jetzt Stellung genommen werden.

Die k. k. Regierung wird aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die kommende Ernte dieses Jahres an Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais, dem allgemeinen Verbrauche zu erhalten, insbesondere sie unter Sperre zu legen, jede Verfügung über sie zu verbieten und alle Rechtsgeschäfte, die gegen dieses Verbot verstoßen, einschließlich der bereits abgeschlossenen, für nichtig zu erklären.

5. Die Anregungen der Gem.-Räte Dr. Hein und Dr. Schwarz-Hiller sind zur Berichterstattung an den Magistrat zu leiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, daß er den Magistrat beauftragt habe, ein Verbot der Verwendung von Milch bei der Gebäcks-Erzeugung und weiters ein Verbot des Verkaufes von gefärbten Ostereiern zu erlassen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest hierauf den folgenden Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 14. März 1915:

„Das k. k. Ministerium für Landesverteidigung hat mit dem Erlasse vom 8. März 1915, Dep. XVII, Nr. 4971, folgendes hierher eröffnet:

In den Fällen des § 6, zweiter Absatz des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 237, sowie in allen jenen Fällen, in denen die zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen als invalid in das nichtaktive Verhältnis rückversetzt werden und außer Stande sind, für den Unterhalt ihrer Angehörigen hinreichend zu sorgen, sind, bei Vorhandensein der übrigen Voraussetzungen des zitierten Gesetzes, die Unterhaltsbeiträge vorläufig nicht einzustellen, beziehungsweise neu anzuweisen.

Es wird jedoch ausdrücklich hervorgehoben, daß aus diesen provisorischen Maßnahmen der k. k. Regierung kein wie immer gearteter rechtlicher Anspruch für die betreffenden Angehörigen abgeleitet werden kann.

Sollte im Falle des § 6, zweiter Absatz des zitierten Gesetzes der Angehörige bereits im Bezuge einer Militärversorgung nach den bestehenden Vorschriften stehen oder einer solchen teilhaftig werden, so ist es der äquivalente Teil des Unterhaltsbeitrages sofort einzustellen.

Die auf Grund dieses Erlasses weiter fortbezahlten Unterhaltsbeiträge sind besonders in Evidenz zu nehmen und müssen in den nach der Ministerial-Verordnung vom 28. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 238, zu § 10, Punkt 8, allmonatlich vorzulegenden Gebarungsübersichten gesondert ausgewiesen werden."

Um den Kassen die besondere Evidenzführung und Verrechnung solcher Unterhaltsbeiträge zu ermöglichen, haben die Unterhalts-Kommissionen in denjenigen Fällen, in welchen Unterhaltsbeiträge auf Grund des vorbezogenen Erlasses neu anzuweisen sind, den betreffenden Zahlungsbogen und die Kassaanweisung oben in der Mitte mit „Invalidenbeitrag" zu bezeichnen. In denjenigen Fällen, in welchen die Angehörigen noch im Fortbezuge des Unterhaltsbeitrages auf Grund der ursprünglichen Zahlungsbögen und Kassaanweisungen stehen, ist an die betreffende Zahlstelle folgende Weisung zu erlassen:

„Der Unterhaltsbeitrag an die Angehörigen des N. N. (Kassaanweisung Nr. . .) ist vom nächsten Zahlungstage an auf Grund des Erlasses des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 8. März 1915, Dep. XVII, Nr. 4971, weiter auszuzahlen und im Sinne dieses Erlasses zu verrechnen."

Die näheren Vorschriften an die Kassen wegen der erforderlichen Kassengebarung werden denselben direkt von der k. k. Finanz-Landes-Direktion in Wien zukommen.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaften werden von diesem Erlasse die Unterhalts-Kommission ihres Verwaltungsbezirkes unverzüglich in Kenntnis zu setzen haben.

Um die entsprechende Anweisung der Unterhaltsbeiträge auszahlenden städtischen Hauptkassen-Abteilungen wird ersucht.

Weiters verliest der Herr Bürgermeister die Zuschrift des k. k. Ministerpräsidenten, betreffend die Portofreiheit im Feldpostverkehr:

Amtsblatt der Stadt Wien. X

6./VIII. 1915

103

Obmänner-Konferenz.

„Mit Beziehung auf die mir seinerzeit von einer Deputation des Wiener Gemeinderates unter Führung Euer Exzellenz bekanntgegebenen Wünsche, betreffend die Portofreiheit im Feldpostverkehr, beehre ich mich mitzuteilen, daß ich nicht ermangelt habe, diese Angelegenheit im Sinne der Darlegung Euer Exzellenz der besonderen Aufmerksamkeit des Herrn Handelsministers zu empfehlen.

Nach einer mir nunmehr vom genannten Herrn Minister zugekommenen Äußerung kann bei vollster Würdigung der in Betracht kommenden Interessen weiter Bevölkerungskreise für die Beurteilung dieser Frage doch auch der Umstand nicht außer Acht gelassen werden, daß die Portofreiheit der Feldpostsendungen von sehr einschneidenden Rückwirkungen auf die finanzielle Gebarung der Postverwaltung begleitet ist.

Nach den Berechnungen des Handelsministeriums hat die portofreie Behandlung der Feldpostsendungen schon in den ersten vier Kriegsmonaten August bis November 1914 einen Ausfall an Einnahmen von rund 12½ Millionen Kronen verursacht; für die Folgezeit ist im Hinblick auf das Anwachsen der Korrespondenzen zweifellos mit einer nicht unerheblichen Steigerung der Ausfälle zu rechnen.

Bei dieser Sachlage erachtet es der Herr Handelsminister für seine unabweisbare Pflicht, die Voraussetzungen für die Gewährung der Portofreiheit nach jeder Richtung sorgfältig zu prüfen und darüber zu wachen, daß sich bei ihrer Inanspruchnahme nicht, wie dies in der ersten Zeit mehrfach der Fall war, Mißbräuche geltend machen. Diese Notwendigkeit, anderseits aber das Bestreben, den Korrespondenzen der im Felde stehenden Soldaten eine möglichst weitgehende Begünstigung zuteil werden zu lassen, liegt der vom Handelsministerium nach längeren Verhandlungen mit der ungarischen Postverwaltung und dem Kriegsministerium erlassenen Verordnung vom 27. Jänner 1915 zugrunde, über deren leitende Gedanken die in der „Wiener Zeitung" vom 31. Jänner 1915 veröffentliche Darstellung näheren Aufschluß gibt.

Wie der Herr Handelsminister auch in seiner nunmehrigen Äußerung hervorhebt, ist insbesondere die Portofreiheit der Korrespondenzen von und zu der Armee im Felde im vollen Umfange gewahrt worden. Um diese Begünstigung nach jeder Richtung zu sichern, wurden überdies besondere Vorkehrungen getroffen, die eine unrichtige Gebührenbehandlung der Feldpostsendungen, wie sie früher aus technischen Gründen nicht immer vermieden werden konnte, unbedingt hintanzuhalten geeignet sind. Es ist daher für die Zukunft allen Korrespondenzen der im Felde stehenden Soldaten die volle Portofreiheit ohne Einschränkung gesichert.

Aber auch betreffs der Korrespondenzen von Militärpersonen im Hinterlande hat die Postverwaltung insofern ein besonderes Entgegenkommen betätigt, als sie über die Bestimmungen des Gesetzes über die Portofreiheit (Artikel II, Post 21) hinausgehend, den Sicherungs- und Besatzungstruppen sowie den Ersatzkörpern für den Fernverkehr — im Ortsverkehr besteht auch sonst keine Portofreiheit — die portofreie Beförderung von je zwei Postkarten per Mann und Woche zugestand, eine Begünstigung, die auch von der Kriegsverwaltung vollkommen anerkannt wird. Anderseits ließe sich jedoch für eine portofreie Beförderung von Korrespondenzen an Militärpersonen im Hinterlande wohl keine Begründung finden und mußten auch die Verwundeten außerhalb der Spitäler schon nach den früheren Bestimmungen von der Portofreiheit ausgeschlossen bleiben, während diese für verwundete Militärpersonen auf dem Transporte und in den Spitälern auch jetzt im vollen Umfange aufrecht bleibt.

Seine einschlägigen Ausführungen zusammenfassend, hat der Herr Handelsminister nochmals darauf hingewiesen, daß er die durch die Ministerialverordnung vom 27. Jänner 1915 getroffene Regelung der Frage der Feldpostsendungen als das äußerste Maß des in dieser Hinsicht vom staatsfinanziellen und postdienstlichen Standpunkte möglichen Entgegenkommens ansehen müsse.

Indem ich Eure Exzellenz hievon in Kenntnis setze, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die nunmehr geltenden Bestimmungen, die speziell die Portofreiheit der in erster Linie in Betracht kommenden Korrespondenzen der Armee im Felde in noch höherem Maße als bisher sichern, ihren Zweck erfüllen und in ihrer praktischen Anwendung zu keinen weiteren Klagen Anlaß geben werden."

Weiters gibt der Bürgermeister die folgende Zuschrift des k. u. k. Kriegsministeriums vom 10. März 1915 bekannt:

„Auf das geschätzte Schreiben Eurer Exzellenz vom 25. Februar 1915 beehre ich mich mitzuteilen, daß ich dem Antrag des Stadtrates und der Obmänner-Konferenz des Wiener Gemeinderates vom 24. Februar 1915 den Nahrungsmittelbedarf für alle militärischen Anstalten, Spitäler ꝛc., aus den der Heeresverwaltung zur Verfügung stehenden Vorräten zu decken, insolange nicht Folge geben kann, bis die in den Militärverpflegsmagazinen befindlichen Verpflegsvorräte eine solche Höhe erreicht haben, daß sie nicht nur für den Nachschub zur Armee, sondern auch für den gedachten Zweck auslangen. Bis dahin muß die Deckung des Bedarfes für das Hinterland aus den vorhandenen Vorräten des Landes durch Kauf und Arendierung erfolgen.

Ich erlaube mir Eurer Exzellenz noch mitzuteilen, daß die Verpflegung des Hinterlandes nun in andere Bahnen gelenkt werden wird, weil das Kriegsministerium in Hinkunft die Deckung seiner Bedürfnisse der ins Leben tretenden Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt übertragen wird, wodurch beiden Teilen — Zivil und Militär — hoffentlich in wünschenswerter Weise Rechnung getragen werden wird.

Von vorstehenden Ausführungen wurden auch das k. k. Ministerium des Innern und Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident verständigt."

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, daß er vom Gem.-Rat Reumann eine Zuschrift erhalten habe, betreffend die Umgangnahme von der Herabsetzung der Brotration in den städtischen Versorgungsanstalten.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß die Verpflegung in den städtischen Versorgungsanstalten viel zu wünschen übrig lasse. Es müsse für die Verpflegung eine höhere Gebühr ausgeworfen werden. Eine weitere Beschneidung der Verpflegung in den Anstalten sei unmöglich.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß die Verköstigung der Pfleglinge in den Anstalten eine sehr gute und reichliche sei und daß mit dem Brote direkt gewüstet werde. Er sei der Meinung, er dürfe die Leute in der Anstalt nicht besser stellen als die Bevölkerung.